

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 12. Januar 1973

Teil II Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
27. 12. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vom 16. November 1945 für die Deutsche Demokratische Republik	1
13. 12. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 28. Juni 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik	16

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Verfassung
der Organisation der Vereinten Nationen
für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
vom 16. November 1945
für die Deutsche Demokratische Republik
vom 27. Dezember 1972**

Die Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vom 16. November 1945 wurde durch die Deutsche Demokratische Republik am 24. November 1972 in ihrer gegenwärtig gültigen Fassung bei der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland in London unterzeichnet und die Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik am gleichen Tage hinterlegt.

Die Verfassung ist damit entsprechend ihrem Artikel XV, Absatz 3 für die Deutsche Demokratische Republik am 24. November 1972 in Kraft getreten.

Nachstehend wird die Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vom 16. November 1945 in ihrer gegenwärtig gültigen Fassung sowie deren deutsche Übersetzung bekanntgemacht.

Berlin, den 27. Dezember 1972

Der Leiter
des Büros des Ministerrates
I. V.: Dr. Kleinert

(Übersetzung)

Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Die Regierungen der Vertragsstaaten dieser Verfassung erklären im Namen ihrer Völker,

daß, da Kriege ihren Ursprung in den Hirnen der Menschen haben, auch der Schutzwall des Friedens im Denken der Menschen errichtet werden muß;

daß die Unkenntnis des Lebens und der Gewohnheiten anderer Völker im Laufe der Geschichte der Menschheit immer wieder Argwohn und Mißtrauen zwischen den Völkern der Welt hervorgerufen hat, wodurch ihre Meinungsverschiedenheiten nur allzu oft zum Krieg geführt haben;

daß der große und furchtbare Krieg, der jetzt zu Ende ist, durch die Verleugnung der demokratischen Grundsätze der Würde, Gleichheit und gegenseitigen Achtung der Menschen möglich wurde, sowie dadurch, daß an deren Stelle unter Ausnutzung von Unwissenheit und Vorurteilen die Lehre von der Ungleichheit der Menschen und Rassen verbreitet wurde;

daß die weite Verbreitung der Kultur und die Erziehung der Menschheit zur Gerechtigkeit, zur Freiheit und zum Frieden für die Würde des Menschen unerlässlich sind und eine heilige Verpflichtung darstellen, die alle Völker im Geiste gegenseitiger Hilfeleistung und eines gemeinsamen Anliegens zu erfüllen haben;

daß ein Frieden, der nur auf politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen der Regierungen beruht, sich nicht der einstimmigen, dauernden und aufrichtigen Zustimmung der Völker zu erfreuen vermag, vielmehr der Frieden, wenn er erhalten bleiben soll, auf der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit errichtet werden muß.

Aus diesen Gründen sind die Vertragsstaaten dieser Verfassung in dem Glauben an das Recht aller auf ungeschmälerter und gleiche Bildungsmöglichkeiten, auf uneingeschränktes Streben nach objektiver Wahrheit und auf den freien Austausch von Gedanken und Kenntnissen einig und entschlossen, die Beziehungen zwischen ihren Völkern zu entwickeln und zu vertiefen und sie zu besserem gegenseitigem Verständnis, zur möglichst vollkommenen und wahrheitsgetreuen gegenseitigen Kenntnis ihrer Lebensweise zu nutzen.

Sie errichten deshalb hiermit die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, um auf diese Weise durch die Beziehungen der Völker auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur den Weltfrieden und die allgemeine Wohlfahrt der Menschheit zu fördern – Ziele, um deren willen die Organisation der Vereinten Nationen errichtet wurde und die in deren Charta verkündet sind.

Artikel I

Ziele und Aufgaben

(1) Ziel der Organisation ist es, durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit beizutragen, um die Achtung vor Gerechtigkeit und Recht, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten in der ganzen Welt für jedermann, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion, zu stärken, wie dies die Charta der Vereinten Nationen für alle Völker vorsieht.

(2) Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Organisation

a) das gegenseitige Sichkennenlernen und Verstehen der Völker durch Mitwirkung an den Massennachrichtensmitteln fördern und dafür internationale Übereinkommen empfehlen, die sie für notwendig hält, um den freien Austausch von Gedanken durch Wort und Bild zu erleichtern;

b) der Volksbildung und der Verbreitung der Kultur neuen Auftrieb geben, und zwar

durch Mitarbeit am Aufbau des Erziehungswesens derjenigen Mitgliedstaaten, die dies wünschen;

durch Einleitung einer Zusammenarbeit zwischen den Völkern, um das Ideal gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht oder wirtschaftlicher oder sozialer Unterschiede zu fördern;

durch Anregen von Erziehungsmethoden, die am besten geeignet sind, die Jugend der ganzen Welt auf die Verantwortlichkeiten freier Menschen vorzubereiten;

c) Kenntnisse wahren, mehren und verbreiten, und zwar

durch Erhaltung und Schutz des Erbes der Welt an Büchern, Kunstwerken und Denkmälern der Geschichte und Wissenschaft, sowie dadurch, daß sie den beteiligten Staaten die dazu erforderlichen internationalen Konventionen empfiehlt;

durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern in allen Bereichen des geistigen Lebens einschließlich des internationalen Austausches von Persönlichkeiten, die auf dem Gebiet der Erziehung, Wissenschaft und Kultur tätig sind, sowie von Veröffentlichungen, Gegenständen künstlerischen und wissenschaftlichen Interesses und sonstigem Informationsmaterial;

durch Einführung von Methoden internationaler Zusammenarbeit mit dem Ziel, allen Völkern die Veröffentlichungen aller anderen Völker zugänglich zu machen.

(3) In dem Bestreben, die Unabhängigkeit, Unverletzlichkeit und schöpferische Mannigfaltigkeit der Kulturen und Bildungssysteme der Mitgliedstaaten der Organisation zu wahren, darf sich diese nicht in Angelegenheiten einmischen, die ihrem Wesen nach zur eigenen Zuständigkeit eines Staates gehören.

Artikel II

Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen berechtigt zur Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

(2) Vorbehaltlich einer auf Grund von Artikel X dieser Verfassung genehmigten Vereinbarung zwischen der Organisation und den Vereinten Nationen können Staaten, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind, auf Empfehlung des Exekutivrates von der Generalkonferenz mit Zweidrittelmehrheit als Mitglied der Organisation aufgenommen werden.

(3) Territorien oder Gruppen von Territorien, die für die Wahrnehmung ihrer internationalen Beziehungen nicht selbst verantwortlich sind, können von der Generalkonferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder als Assoziierte Mitglieder aufgenommen werden, wenn der für ihre internationalen Beziehungen verantwortliche Mitgliedstaat oder die dafür verantwortliche Behörde dies für ein bestimmtes Territorium oder eine Gruppe von solchen beantragt. Art und Umfang der Rechte und Pflichten der Assoziierten Mitglieder bestimmt die Generalkonferenz.

(4) Sind Mitgliedstaaten der Organisation von der Ausübung der sich aus ihrer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ergebenden Rechte und Privilegien suspendiert worden, so werden ihnen auf Antrag der Organisation der Vereinten Nationen auch die Rechte und Privilegien entzogen, die sie als Mitgliedstaat der Organisation genießen.

(5) Von den Vereinten Nationen ausgeschlossene Mitglieder verlieren automatisch auch die Mitgliedschaft der Organisation.

(6) Jeder Mitgliedstaat und jedes Assoziierte Mitglied der Organisation kann nach einer an den Generaldirektor zu richtenden Kündigung aus der Organisation austreten. Die Kündigung wird am 31. Dezember des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dessen Verlauf die Kündigung angezeigt wurde. Der Austritt berührt nicht die finanziellen Verpflichtungen, die gegenüber der Organisation an dem Tage bestehen, mit dem der Austritt wirksam wird. Die Kündigung durch ein Assoziiertes Mitglied erfolgt in dessen Namen durch den für seine internationalen Beziehungen verantwortlichen Mitgliedstaat oder die dafür verantwortliche Behörde.

Artikel III

Organe

Die Organe der Organisation sind die Generalkonferenz, der Exekutivrat und das Sekretariat.

Artikel IV

Die Generalkonferenz

A. Zusammensetzung

(1) Die Generalkonferenz besteht aus den Vertretern der Mitgliedstaaten der Organisation. Die Regierung jedes Mitgliedstaates ernennt höchstens fünf Delegierte, die nach Beratung mit der nationalen Kommission, falls eine solche besteht, oder mit Stellen ausgewählt werden, die auf dem Gebiet des Erziehungswesens, der Wissenschaft und Kultur tätig sind.

B. Aufgaben

(2) Die Generalkonferenz bestimmt die Zielsetzung und die allgemeinen Richtlinien der Arbeit der Organisation. Sie beschließt über die ihr vom Exekutivrat vorgelegten Programme.

(3) Die Generalkonferenz beruft, wenn sie es für wünschenswert hält, in Übereinstimmung mit den von ihr zu erlassenden Regelungen zwischenstaatliche Konferenzen ein über Erziehungsfragen, über Natur- und Geisteswissenschaften oder über die Verbreitung des allgemeinen Wissens; nichtstaatliche Konferenzen über die gleichen Gegenstände kann die Generalkonferenz oder der Exekutivrat in Übereinstimmung mit diesen Regelungen einberufen.

(4) Die Generalkonferenz unterscheidet bei der Annahme von Vorschlägen, die den Mitgliedstaaten vorgelegt werden sollen, zwischen Empfehlungen, die an die Mitgliedstaaten zu richten sind, und internationalen Konventionen, die der Zustimmung der Mitgliedstaaten zur Bindung an sie bedürfen. Im ersten Fall genügt einfache Stimmenmehrheit, im zweiten Fall ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Nach Beendigung einer Tagung der Generalkonferenz hat jeder Mitgliedstaat die während dieser Tagung angenommenen Empfehlungen und Konventionen seinen zuständigen Stellen innerhalb eines Jahres vorzulegen.

(5) Vorbehaltlich des Artikels V Absatz 5 Buchstabe c berät die Generalkonferenz die Vereinten Nationen über die erzieherischen, wissenschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkte von Angelegenheiten, mit denen sich diese befassen, und zwar auf Grund von Bestimmungen und Verfahren, die zwischen den zuständigen Stellen der beiden Organisationen zu vereinbaren sind.

(6) Die Generalkonferenz nimmt die der Organisation von den Mitgliedstaaten zugesandten Berichte über Maßnahmen, die sie auf Grund der in Absatz 4 genannten Empfehlungen und Konventionen getroffen haben, oder bei entsprechendem Beschluß analytische Zusammenfassungen dieser Berichte zur Prüfung entgegen.

(7) Die Generalkonferenz wählt die Mitglieder des Exekutivrates und ernennt auf dessen Empfehlung den Generaldirektor.

C. Abstimmung

(8) a) Jeder Mitgliedstaat hat in der Generalkonferenz eine Stimme. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, außer in Fällen, in denen nach dieser Verfassung oder der Geschäftsordnung der Generalkonferenz eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Als Mehrheit gilt die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

b) Ein Mitgliedstaat hat in der Generalkonferenz kein Stimmrecht, wenn der Gesamtbetrag seiner rückständigen Beiträge den Gesamtbetrag der von ihm für das laufende Jahr und das unmittelbar vorhergegangene Kalenderjahr zu zahlenden Beiträge überschreitet.

c) Die Generalkonferenz kann einen solchen Mitgliedstaat gleichwohl zur Abstimmung zulassen, falls sie davon überzeugt ist, daß der Zahlungsverzug durch Umstände verursacht wurde, die der betreffende Mitgliedstaat nicht zu vertreten hat.

D. Verfahren

(9) a) Die Generalkonferenz tritt alle zwei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Sie kann auf eigenen Beschluß oder auf Einberufung durch den Exekutivrat oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten.

b) Auf jeder Tagung bestimmt die Generalkonferenz den Ort der nächsten ordentlichen Tagung. Den Ort einer außerordentlichen Tagung beschließt die Generalkonferenz, wenn sie die Tagung anberaumt hat, andernfalls bestimmt ihn der Exekutivrat.

(10) Die Generalkonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie wählt auf jeder Tagung einen Präsidenten und das Konferenzbüro.

(11) Die Generalkonferenz setzt Sonder- und Hauptkomitees sowie sonstige zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderliche Nebenorgane ein.

(12) Die Generalkonferenz trifft Vorkehrungen, um vorbehaltlich ihrer Geschäftsordnung der Öffentlichkeit den Zutritt zu den Sitzungen zu ermöglichen.

E. Beobachter

(13) Die Generalkonferenz kann vorbehaltlich ihrer Geschäftsordnung auf Empfehlung des Exekutivrates mit Zweidrittelmehrheit Vertreter anderer internationaler Organisa-

tionen der Art, wie sie in Artikel XI Absatz 4 bezeichnet sind, als Beobachter zu bestimmten Tagungen der Konferenz oder ihrer Komitees einladen.

(14) Hat der Exekutivrat nach Maßgabe des Artikels XI Absatz 4 für derartige nichtstaatliche oder halbstaatliche internationale Organisationen Konsultationsvereinbarungen genehmigt, so werden diese Organisationen eingeladen, zu den Tagungen der Generalkonferenz und ihrer Komitees Beobachter zu entsenden.

Artikel V

Der Exekutivrat

A. Zusammensetzung

(1) Der Exekutivrat wird von der Generalkonferenz aus den von den Mitgliedstaaten ernannten Delegierten gewählt; er besteht aus vierzig Mitgliedern, von denen jedes die Regierung des Staates vertritt, dessen Staatsangehörigkeit es besitzt. Der Präsident der Generalkonferenz gehört dem Exekutivrat von Amts wegen in beratender Eigenschaft an.

(2) Bei der Wahl der Mitglieder des Exekutivrates hat die Generalkonferenz darauf bedacht zu sein, Persönlichkeiten zu wählen, die auf den Gebieten der Kunst, der Geisteswissenschaft, Naturwissenschaft, Erziehung und Publizistik sachverständig und auf Grund ihrer Erfahrungen und Fähigkeiten in der Lage sind, den Verwaltungs- und Exekutivaufgaben des Rates gerecht zu werden. Die Generalkonferenz hat ferner die Mannigfaltigkeit der Kulturen sowie eine ausgewogene geographische Verteilung zu berücksichtigen. Dem Exekutivrat darf jeweils höchstens ein Staatsangehöriger desselben Mitgliedstaates angehören; dies gilt nicht für den Präsidenten der Generalkonferenz.

(3) Die Amtszeit der Mitglieder des Exekutivrates läuft vom Ende der Tagung der Generalkonferenz, auf der sie gewählt wurden, bis zum Ende der auf diese Wahl folgenden zweiten ordentlichen Tagung. Sie sind nicht sofort wiederwählbar. Die Generalkonferenz wählt während jeder ordentlichen Tagung so viele Mitglieder, wie nötig sind, um die am Ende der Tagung frei werdenden Sitze neu zu besetzen.

(4) Im Falle des Todes oder Rücktritts eines Mitglieds des Exekutivrates ernannt der Exekutivrat für die verbleibende Amtszeit einen Nachfolger auf Vorschlag der Regierung des Staates, den das frühere Mitglied vertreten hat. Die vorschlagende Regierung und der Exekutivrat haben die in Absatz 2 erwähnten Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

B. Aufgaben

(5) a) Der Exekutivrat stellt die Tagesordnung der Generalkonferenz auf. Er prüft das Arbeitsprogramm der Organisation sowie die entsprechenden Haushaltsvoranschläge, die ihm nach Artikel VI Absatz 3 vom Generaldirektor vorgelegt werden, und unterbreitet diese der Generalkonferenz mit den ihm wünschenswert erscheinenden Empfehlungen.

b) Der im Auftrag der Generalkonferenz handelnde Exekutivrat ist dieser für die Durchführung des von ihr angenommenen Programms verantwortlich. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Generalkonferenz und unter Berücksichtigung der Umstände, die sich etwa zwischen zwei ordentlichen Tagungen derselben ergeben, trifft der Exekutivrat alle erforderlichen Maßnahmen zur wirksamen und zweckdienlichen Durchführung des Programms durch den Generaldirektor.

c) Der Rat kann zwischen den ordentlichen Tagungen der Generalkonferenz die in Artikel IV Absatz 5 festgelegten Aufgaben eines Beraters der Vereinten Nationen wahrnehmen, wenn das Problem, über das um Beratung nachgesucht wird, schon grundsätzlich von der Konferenz behandelt worden ist oder wenn die Lösung des Problems in den Beschlüssen der Konferenz enthalten ist.

(6) Der Exekutivrat empfiehlt der Generalkonferenz die Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation.

(7) Im Rahmen der Beschlüsse der Generalkonferenz gibt sich der Exekutivrat eine Geschäftsordnung. Er wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorstand.

(8) Der Exekutivrat tritt mindestens zweimal im Jahr zu einer ordentlichen Tagung zusammen; eine außerordentliche Tagung kann der Vorsitzende aus eigenem Entschluß oder auf Antrag von sechs Ratsmitgliedern einberufen.

(9) Der Vorsitzende des Exekutivrates legt im Namen des Rates jeder ordentlichen Tagung der Generalkonferenz mit oder ohne Bemerkungen die Berichte über die Tätigkeit der Organisation vor, die der Generaldirektor nach Artikel VI Absatz 3 Buchstabe b zu erstatten hat.

(10) Der Exekutivrat trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um die Vertreter internationaler Organisationen und Sachverständige zu konsultieren, die sich mit Fragen aus seinem Aufgabengebiet befassen.

(11) Zwischen den Tagungen der Generalkonferenz kann der Exekutivrat den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten über Rechtsfragen ersuchen, die sich im Bereich der Tätigkeit der Organisation ergeben.

(12) Obgleich die Mitglieder des Exekutivrates Vertreter ihrer Regierungen sind, üben sie die ihnen von der Generalkonferenz übertragenen Befugnisse im Namen der gesamten Konferenz aus.

C. Übergangsbestimmungen

(13) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Artikels

a) üben Mitglieder des Exekutivrates, die vor der siebzehnten Tagung der Generalkonferenz gewählt wurden, ihre Tätigkeit bis zum Ende der Amtszeit aus, für die sie gewählt wurden;

b) können Mitglieder des Exekutivrates, die vor der siebzehnten Tagung der Generalkonferenz vom Rat gemäß Absatz 4 dieses Artikels als Nachfolger von Mitgliedern mit einer vierjährigen Amtszeit ernannt wurden, für eine zweite Amtszeit von vier Jahren wiedergewählt werden.

Artikel VI

Das Sekretariat

(1) Das Sekretariat besteht aus einem Generaldirektor und dem erforderlichen Personal.

(2) Der Generaldirektor wird vom Exekutivrat vorgeschlagen und von der Generalkonferenz zu Bedingungen, die sie genehmigt, für sechs Jahre ernannt; seine Wiederernennung ist zulässig. Er ist der leitende Verwaltungsbeamte der Organisation.

(3) a) Der Generaldirektor oder ein von ihm bestellter Vertreter nimmt ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Generalkonferenz, des Exekutivrates und der Komitees der Organisation teil. Er arbeitet Vor-

schläge für die von der Konferenz und dem Exekutivrat zu treffenden Maßnahmen aus und entwirft das Arbeitsprogramm der Organisation mit entsprechenden Haushaltsvoranschlägen zur Vorlage an den Rat.

- b) Der Generaldirektor erstellt regelmäßig Berichte über die Tätigkeit der Organisation und übermittelt sie den Mitgliedstaaten und dem Exekutivrat. Die Generalkonferenz bestimmt, welche Zeitspannen diese Berichte zu erfassen haben.

(4) Der Generaldirektor ernennt das Personal des Sekretariats nach Maßgabe des Personalstatuts, das der Generalkonferenz zur Genehmigung vorzulegen ist. Unter der Voraussetzung, daß das Personal den höchsten Anforderungen an Integrität, Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung zu entsprechen hat, ist bei seiner Auswahl die größtmögliche Verschiedenheit der geographischen Herkunft anzustreben.

(5) Die Verantwortlichkeiten des Generaldirektors und des Personals haben ausschließlich internationalen Charakter. Bei der Wahrnehmung ihrer Dienstobliegenheiten dürfen sie weder von einer Regierung noch einer sonstigen Stelle außerhalb der Organisation Weisungen erbitten oder entgegennehmen. Sie haben sich jeder Handlung zu enthalten, die ihre Stellung als internationale Beamte beeinträchtigen könnte. Alle Mitgliedstaaten der Organisation verpflichten sich, den internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Generaldirektors und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Dienstobliegenheiten zu beeinflussen.

(6) Dieser Artikel hindert die Organisation nicht daran, im Rahmen der Vereinten Nationen besondere Vereinbarungen über gemeinsame Dienste, gemeinsames Personal und den Austausch von Personal zu treffen.

Artikel VII

Mitarbeit nationaler Institutionen

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft unter Berücksichtigung seiner besonderen Verhältnisse geeignete Maßnahmen, um seine mit Fragen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur befaßten maßgeblichen Institutionen mit der Arbeit der Organisation in Verbindung zu bringen, vorzugsweise durch die Bildung einer nationalen Kommission, in der die Regierung und die betreffenden Institutionen vertreten sind.

(2) Soweit nationale Kommissionen oder andere nationale Institutionen zum Zwecke der Zusammenarbeit bestehen, beraten sie die Delegation ihres Staates bei der Generalkonferenz sowie ihre eigene Regierung in den die Organisation betreffenden Fragen und sind als Verbindungsstellen in allen Angelegenheiten tätig, die für die Organisation von Interesse sind.

(3) Die Organisation kann auf Antrag eines Mitgliedstaates ein Mitglied ihres Sekretariats vorübergehend oder ständig in die nationale Kommission des betreffenden Staates entsenden, um sie bei der Entwicklung ihrer Arbeit zu unterstützen.

Artikel VIII

Berichte der Mitgliedstaaten

Jeder Mitgliedstaat unterbreitet der Organisation zu dem Zeitpunkt und in der Form, wie sie von der Generalkonferenz bestimmt werden, Berichte über Gesetze, Verordnungen und Statistiken, die seine Institutionen und seine Tätigkeit auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur betreffen,

sowie über die Maßnahmen, die er auf Grund der in Artikel IV Absatz 4 genannten Empfehlungen und Konventionen getroffen hat.

Artikel IX

Haushalt

(1) Der Haushalt wird von der Organisation verwaltet.

(2) Die Generalkonferenz verabschiedet den Haushaltsplan und bestimmt den finanziellen Beitrag jedes Mitgliedstaates der Organisation, vorbehaltlich der Bestimmungen, die in dieser Hinsicht gegebenenfalls in der nach Artikel X mit den Vereinten Nationen zu schließenden Vereinbarung vorgesehen werden.

(3) Der Generaldirektor kann mit Zustimmung des Exekutivrates Schenkungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen unmittelbar von Regierungen, öffentlichen und privaten Einrichtungen, von Vereinigungen und Privatpersonen entgegennehmen.

Artikel X

Beziehungen zu den Vereinten Nationen

Die Organisation wird so bald wie möglich als eine der in Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen erwähnten Spezialorganisationen mit den Vereinten Nationen in Verbindung gebracht. Diese Verbindung wird mittels einer Vereinbarung mit den Vereinten Nationen nach Artikel 63 ihrer Charta hergestellt; sie bedarf der Genehmigung der Generalkonferenz der Organisation. In dieser Vereinbarung ist eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen bei der Verfolgung ihrer gemeinsamen Ziele vorzusehen und gleichzeitig die Selbständigkeit der Organisation auf den Gebieten anzuerkennen, für die sie auf Grund dieser Verfassung zuständig ist. Diese Vereinbarung kann unter anderem auch Bestimmungen über die Genehmigung und die Finanzierung des Haushaltsplanes der Organisation durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen enthalten.

Artikel XI

Beziehungen zu anderen Spezialorganisationen und -institutionen

(1) Die Organisation kann mit anderen zwischenstaatlichen Spezialorganisationen und -institutionen zusammenarbeiten, deren Interessen und Tätigkeiten denen der Organisation verwandt sind. Zu diesem Zweck kann der Generaldirektor im Auftrag des Exekutivrates wirksame Arbeitsbeziehungen zu derartigen Organisationen und Institutionen aufnehmen und die für eine wirksame Zusammenarbeit erforderlichen gemischten Ausschüsse bilden. Alle Vereinbarungen, die mit solchen Organisationen oder Institutionen getroffen werden, bedürfen der Genehmigung des Exekutivrates.

(2) In allen Fällen, in denen die Generalkonferenz der Organisation und die zuständigen Organe einer zwischenstaatlichen Spezialorganisation oder -institution, deren Ziele und Aufgaben in die Zuständigkeit der Organisation fallen, es für wünschenswert halten, ihre Hilfsmittel und Aufgaben der Organisation zu übertragen, kann der Generaldirektor vorbehaltlich der Genehmigung der Generalkonferenz für beide Teile annehmbare Vereinbarungen zu diesem Zweck treffen.

(3) Die Organisation kann zweckdienliche Vereinbarungen mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen über die gegenseitige Vertretung auf Tagungen treffen.

(4) Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur kann geeignete Vereinbarungen über gegenseitige Konsultation und Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen internationalen Organisationen treffen, die auf Gebieten tätig sind, welche in ihre Zuständigkeit fallen, und kann sie ersuchen, bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Diese Zusammenarbeit kann auch die Form einer angemessenen Beteiligung von Vertretern derartiger Organisationen an der Arbeit der von der Generalkonferenz eingesetzten Beratungskomitees annehmen.

Artikel XII

Rechtsstellung der Organisation

Die Artikel 104 und 105 der Charta der Vereinten Nationen über deren Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten gelten gleichermaßen für die Organisation.

Artikel XIII

Verfassungsänderungen

(1) Änderungen dieser Verfassung treten nach Annahme des diesbezüglichen Antrags durch eine Zweidrittelmehrheit der Generalkonferenz in Kraft; jedoch bedürfen Änderungen, die grundlegende Umwandlungen der Ziele der Organisation oder neue Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten enthalten, vor ihrem Inkrafttreten auch noch der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten. Den Wortlaut von Änderungsanträgen hat der Generalsekretär den Mitgliedstaaten spätestens sechs Monate vor ihrer Beratung durch die Generalkonferenz mitzuteilen.

(2) Die Generalkonferenz kann mit Zweidrittelmehrheit eine Verfahrensordnung zur Durchführung dieses Artikels annehmen.

Artikel XIV

Auslegung

(1) Der englische und der französische Wortlaut dieser Verfassung sind gleichermaßen verbindlich.

(2) Jede Frage oder Streitigkeit über die Auslegung dieser Verfassung ist je nach Beschluß der Generalkonferenz auf Grund ihrer Geschäftsordnung dem Internationalen Gerichtshof oder einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorzulegen.

Artikel XV

Inkrafttreten

(1) Diese Verfassung bedarf der Annahme. Die Annahmearkunde wird bei der Regierung des Vereinigten Königreiches hinterlegt.

(2) Diese Verfassung liegt im Archiv der Regierung des Vereinigten Königreiches zur Unterzeichnung aus. Die Unterzeichnung kann sowohl vor als auch nach Hinterlegung der Annahmearkunde erfolgen. Die Annahme ist nur dann gültig, wenn vorher oder nachher die Unterzeichnung erfolgt.

(3) Diese Verfassung tritt in Kraft, sobald sie von zwanzig Unterzeichnern angenommen worden ist. Nachträgliche Annahmen werden sofort wirksam.

(4) Die Regierung des Vereinigten Königreiches setzt alle Mitglieder der Vereinten Nationen von dem Eingang aller Annahmearkunden sowie von dem Zeitpunkt in Kenntnis, zu dem die Verfassung nach Absatz 3 in Kraft getreten ist.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Verfassung in englischer und französischer Sprache unterschrieben, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu London am 16. November 1945 in englischer und französischer Sprache in einer Urschrift, von der die Regierung des Vereinigten Königreiches den Regierungen aller Mitglieder der Vereinten Nationen beglaubigte Abschriften übermittelt.

Constitution of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

The Governments of the States Parties to this Constitution on behalf of their peoples Declare:

That since wars begin in the minds of men, it is in the minds of men that the defences of peace must be constructed;

That ignorance of each other's ways and lives has been a common cause, throughout the history of mankind, of that suspicion and mistrust between the peoples of the world through which their differences have all too often broken into war;

That the great and terrible war which has now ended was a war made possible by the denial of the democratic principles of the dignity, equality and mutual respect of men, and by the propagation, in their place, through ignorance and prejudice, of the doctrine of the inequality of men and races;

That the wide diffusion of culture, and the education of humanity for justice and liberty and peace are indispensable to the dignity of man and constitute a sacred duty which all the nations must fulfil in a spirit of mutual assistance and concern;

That a peace based exclusively upon the political and economic arrangements of governments would not be a peace which could secure the unanimous, lasting and sincere support of the peoples of the world, and that the peace must therefore be founded, if it is not to fail, upon the intellectual and moral solidarity of mankind.

For these reasons, the States Parties to this Constitution, believing in full and equal opportunities for education for all, in the unrestricted pursuit of objective truth, and in the free exchange of ideas and knowledge, are agreed and determined to develop and to increase the means of communication between their peoples and to employ these means for the purposes of mutual understanding and a truer and more perfect knowledge of each other's lives;

In consequence whereof they do hereby create the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization for the purpose of advancing, through the educational and scientific and cultural relations of the peoples of the world, the objectives of international peace and of the common welfare of mankind for which the United Nations Organization was established and which its Charter proclaims.

Article I

Purposes and Functions

1. The purpose of the Organization is to contribute to peace and security by promoting collaboration among the nations through education, science and culture in order to further universal respect for justice, for the rule of law and for the human rights and fundamental freedoms which are affirmed for the peoples of the world, without distinction of race, sex, language or religion, by the Charter of the United Nations.

2. To realize this purpose the Organization will:

(a) Collaborate in the work of advancing the mutual knowledge and understanding of peoples, through all means of mass communication and to that end recommend such international agreements as may be necessary to promote the free flow of ideas by word and image;

(b) Give fresh impulse to popular education and to the spread of culture; by collaborating with Members, at their request, in the development of educational activities;

by instituting collaboration among the nations to advance the ideal of equality of educational opportunity without regard to race, sex or any distinctions, economic or social;

by suggesting educational methods best suited to prepare the children of the world for the responsibilities of freedom;

(c) Maintain, increase and diffuse knowledge;

by assuring the conservation and protection of the world's inheritance of books, works of art and monuments of history and science, and recommending to the nations concerned the necessary international conventions;

by encouraging co-operation among the nations in all branches of intellectual activity, including the international exchange of persons active in the fields of education, science and culture and the exchange of publications, objects of artistic and scientific interest and other materials of information;

by initiating methods of international co-operation calculated to give the people of all countries access to the printed and published materials produced by any of them.

3. With a view to preserving the independence, integrity and fruitful diversity of the cultures and educational systems of the States members of this Organization, the Organization is prohibited from intervening in matters which are essentially within their domestic jurisdiction.

Article II

Membership

1. Membership of the United Nations Organization shall carry with it the right to membership of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

2. Subject to the conditions of the Agreement between this Organization and the United Nations Organization, approved pursuant to Article X of this Constitution, States not members of the United Nations Organization may be admitted to membership of the Organization, upon recommendation of the Executive Board, by a two-thirds majority vote of the General Conference.

3. Territories or groups of territories which are not responsible for the conduct of their international relations may be admitted as Associate Members by the General Conference by a two-thirds majority of Members present and voting, upon application made on behalf of such territory or group of territories by the Member or other authority having responsibility for their international relations. The nature and extent of the rights and obligations of Associate Members shall be determined by the General Conference.

4. Members of the Organization which are suspended from the exercise of the rights and privileges of membership of the United Nations Organization shall, upon the request of the latter, be suspended from the rights and privileges of this Organization.

5. Members of the Organization which are expelled from the United Nations Organization shall automatically cease to be members of this Organization.

6. Any Member State or Associate Member of the Organization may withdraw from the Organization by notice addressed to the Director-General. Such notice shall take effect on 31 December of the year following that during which the notice was given. No such withdrawal shall affect the financial obligations owed to the Organization on the date the withdrawal takes effect. Notice of withdrawal by an Associate

Member shall be given on its behalf by the Member State or other authority having responsibility for its international relations.

Article III

Organs

The Organization shall include a General Conference, an Executive Board and a Secretariat.

Article IV

The General Conference

A Composition

1. The General Conference shall consist of the representatives of the States members of the Organization. The Government of each Member State shall appoint not more than five delegates, who shall be selected after consultation with the National Commission, if established, or with educational, scientific and cultural bodies.

B Functions

2. The General Conference shall determine the policies and the main lines of work of the Organization. It shall take decisions on programmes submitted to it by the Executive Board.

3. The General Conference shall, when it deems desirable and in accordance with the regulations to be made by it, summon international conferences of States on education, the sciences and humanities or the dissemination of knowledge; non-governmental conferences on the same subjects may be summoned by the General Conference or by the Executive Board in accordance with such regulations.

4. The General Conference shall, in adopting proposals for submission to the Member States, distinguish between recommendations and international conventions submitted for their approval. In the former case a majority vote shall suffice; in the latter case a two-thirds majority shall be required. Each of the Member States shall submit recommendations or conventions to its competent authorities within a period of one year from the close of the session of the General Conference at which they were adopted.

5. Subject to the provisions of Article V, paragraph 5(c), the General Conference shall advise the United Nations Organization on the educational, scientific and cultural aspects of matters of concern to the latter; in accordance with the terms and procedure agreed upon between the appropriate authorities of the two Organizations.

6. The General Conference shall receive and consider the reports sent to the Organization by Member States on the action taken upon the recommendations and conventions referred to in paragraph 4 above or, if it so decides, analytical summaries of these reports.

7. The General Conference shall elect the members of the Executive Board and, on the recommendation of the Board, shall appoint the Director-General.

C Voting

8. (a) Each Member State shall have one vote in the General Conference. Decisions shall be made by a simple majority except in cases in which a two-thirds majority is required by the provisions of this Constitution or of the Rules of Procedure of the General Conference. A majority shall be a majority of the Members present and voting.

(b) A Member State shall have no vote in the General Conference if the total amount of contributions due from it exceeds the total amount of contributions payable by it for the current year and the immediately preceding calendar year.

(c) The General Conference may, nevertheless, permit such a Member State to vote, if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member Nation.

D Procedure

9. (a) The General Conference shall meet in ordinary session every two years. It may meet in extraordinary session if it decides to do so itself or if summoned by the Executive Board, or on the demand of at least one-third of the Member States.

(b) At each session the location of its next ordinary session shall be designated by the General Conference. The location of an extraordinary session shall be decided by the General Conference if the session is summoned by it, or otherwise by the Executive Board.

10. The General Conference shall adopt its own rules of procedure. It shall at each session elect a President and other officers.

11. The General Conference shall set up special and technical committees and such other subordinate bodies as may be necessary for its purposes.

12. The General Conference shall cause arrangements to be made for public access to meetings, subject to such regulations as it shall prescribe.

E Observers

13. The General Conference, on the recommendation of the Executive Board and by a two-thirds majority may, subject to its rules of procedure, invite as observers at specified sessions of the Conference or of its Commissions representatives of international organizations, such as those referred to in Article XI, paragraph 4.

14. When consultative arrangements have been approved by the Executive Board for such international non-governmental or semi-governmental organizations in the manner provided in Article XI, paragraph 4, those organizations shall be invited to send observers to sessions of the General Conference and its Commissions.

Article V

Executive Board

A Composition

1. The Executive Board shall be elected by the General Conference from among the delegates appointed by the Member States and shall consist of forty members each of whom shall represent the Government of the State of which he is a national. The President of the General Conference shall sit ex officio in an advisory capacity on the Executive Board.

2. In electing the members of the Executive Board the General Conference shall endeavour to include persons competent in the arts, the humanities, the sciences, education and the diffusion of ideas, and qualified by their experience and capacity to fulfil the administrative and executive duties of the Board. It shall also have regard to the diversity of cultures and a balanced geographical distribution. Not more than one national of any Member State shall serve on the Board at any one time, the President of the Conference excepted.

3. Members of the Board shall serve from the close of the session of the General Conference which elected them until the close of the second ordinary session of the General Conference following that election. They shall not be immediately eligible for a second term. The General Conference shall, at each of its ordinary sessions, elect the number of members required to fill the vacancies occurring at the end of the session.

4. In the event of the death or resignation of a member of the Executive Board, his replacement for the remainder of his term shall be appointed by the Executive Board on the nomination of the Government of the State the former member

represented. The government making the nomination and the Executive Board shall have regard to the factors set forth in paragraph 2 of this Article.

B Functions

5. (a) The Executive Board shall prepare the Agenda for the General Conference. It shall examine the programme of work for the Organization and corresponding Budget Estimates submitted to it by the Director-General in accordance with paragraph 3 of Article VI and shall submit them with such recommendations as it considers desirable to the General Conference.

(b) The Executive Board, acting under the authority of the General Conference, shall be responsible for the execution of the programme adopted by the Conference. In accordance with the decisions of the General Conference and having regard to circumstances arising between two ordinary sessions, the Executive Board shall take all necessary measures to ensure the effective and rational execution of the programme by the Director-General.

(c) Between ordinary sessions of the General Conference, the Board may discharge the functions of adviser to the United Nations, set forth in Article IV, paragraph 5, whenever the problem upon which advice is sought has already been dealt with in principle by the Conference, or when the solution is implicit in decisions of the Conference.

6. The Executive Board shall recommend to the General Conference the admission of new Members of the Organization.

7. Subject to decisions of the General Conference, the Executive Board shall adopt its own rules of procedure. It shall elect its officers from among its members.

8. The Executive Board shall meet in regular session at least twice a year and may meet in special session if convoked by the Chairman on his own initiative or upon the request of six members of the Board.

9. The Chairman of the Executive Board shall present, on behalf of the Board, to each ordinary session of the General Conference, with or without comments, the reports on the activities of the Organization which the Director-General is required to prepare in accordance with the provisions of Article VI 3(b).

10. The Executive Board shall make all necessary arrangements to consult the representatives of international organizations or qualified persons concerned with questions within its competence.

11. Between sessions of the General Conference, the Executive Board may request advisory opinions from the International Court of Justice on legal questions arising within the field of the Organization's activities.

12. Although the members of the Executive Board are representative of their respective Governments they shall exercise the powers delegated to them by the General Conference on behalf of the Conference as a whole.

C Transitional provisions

13. Notwithstanding the provisions of paragraph 3 of this Article,

(a) Members of the Executive Board elected prior to the seventeenth session of the General Conference shall serve until the end of the term for which they were elected.

(b) Members of the Executive Board appointed, prior to the seventeenth session of the General Conference, by the Board in accordance with the provisions of paragraph 4 of this Article to replace members with a four-year term shall be eligible for a second term of four years.

Article VI

Secretariat

1. The Secretariat shall consist of a Director-General and such staff as may be required.

2. The Director-General shall be nominated by the Executive Board and appointed by the General Conference for a period of six years, under such conditions as the Conference may approve, and shall be eligible for reappointment. He shall be the chief administrative officer of the Organization.

3. (a) The Director-General, or a deputy designated by him, shall participate, without the right to vote, in all meetings of the General Conference, of the Executive Board, and of the Committees of the Organization. He shall formulate proposals for appropriate action by the Conference and the Board, and shall prepare for submission to the Board a draft programme of work for the Organization with corresponding budget estimates.

(b) The Director-General shall prepare and communicate to Member States and to the Executive Board periodical reports on the activities of the Organization. The General Conference shall determine the periods to be covered by these reports.

4. The Director-General shall appoint the staff of the Secretariat in accordance with staff regulations to be approved by the General Conference. Subject to the paramount consideration of securing the highest standards of integrity, efficiency and technical competence, appointment to the staff shall be on as wide a geographical basis as possible.

5. The responsibilities of the Director-General and of the staff shall be exclusively international in character. In the discharge of their duties they shall not seek or receive instructions from any Government or from any authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might prejudice their position as international officials. Each State member of the Organization undertakes to respect the international character of the responsibilities of the Director-General and the staff, and not to seek to influence them in the discharge of their duties.

6. Nothing in this Article shall preclude the Organization from entering into special arrangements within the United Nations Organization for common services and staff and for the interchange of personnel.

Article VII

National Co-operating Bodies

1. Each Member State shall make such arrangements as suit its particular conditions for the purpose of associating its principal bodies interested in educational, scientific and cultural matters with the work of the Organization, preferably by the formation of a National Commission broadly representative of the Government and such bodies.

2. National Commissions or National Co-operating Bodies, where they exist, shall act in an advisory capacity to their respective delegations to the General Conference and to their Governments in matters relating to the Organization and shall function as agencies of liaison in all matters of interest to it.

3. The Organization may, on the request of a Member State, delegate, either temporarily or permanently, a member of its Secretariat to serve on the National Commission of that State, in order to assist in the development of its work.

Article VIII

Reports by Member States

Each Member State shall submit to the Organization, at such times and in such manner as shall be determined by the General Conference, reports on the laws, regulations and

statistics relating to its educational, scientific and cultural institutions and activities, and on the action taken upon the recommendations and conventions referred to in Article IV, paragraph 4.

Article IX

Budget

1. The Budget shall be administered by the Organization.
2. The General Conference shall approve and give final effect to the budget and to the apportionment of financial responsibility among the States members of the Organization subject to such arrangement with the United Nations as may be provided in the agreement to be entered into pursuant to Article X.

3. The Director-General, with the approval of the Executive Board, may receive gifts, bequests, and subventions directly from Governments, public and private institutions, associations and private persons.

Article X

Relations with the United Nations Organization

This Organization shall be brought into relation with the United Nations Organization, as soon as practicable, as one of the Specialized Agencies referred to in Article 57 of the Charter of the United Nations. This relationship shall be effected through an agreement with the United Nations Organization under Article 63 of the Charter, which agreement shall be subject to the approval of the General Conference of this Organization. The agreement shall provide for effective co-operation between the two Organizations in the pursuit of their common purposes, and at the same time shall recognize the autonomy of this Organization, within the fields of its competence as defined in this Constitution. Such agreement may, among other matters, provide for the approval and financing of the budget of the Organization by the General Assembly of the United Nations.

Article XI

Relations with other Specialized International Organizations and Agencies

1. This Organization may co-operate with other specialized intergovernmental organizations and agencies whose interests and activities are related to its purposes. To this end the Director-General, acting under the general authority of the Executive Board, may establish effective working relationships with such organizations and agencies and establish such joint committees as may be necessary to assure effective co-operation. Any formal arrangements entered into with such organizations or agencies shall be subject to the approval of the Executive Board.

2. Whenever the General Conference of this Organization and the competent authorities of any other specialized intergovernmental organizations or agencies whose purposes and functions lie within the competence of this Organization, deem it desirable or effect a transfer of their resources and activities to this Organization, the Director-General, subject to the approval of the Conference, may enter into mutually acceptable arrangements for this purpose.

3. This Organization may make appropriate arrangements with other intergovernmental organizations for reciprocal representation at meetings.

4. The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization may make suitable arrangements for consultation and co-operation with nongovernmental international organizations concerned with matters within its competence,

and may invite them to undertake specific tasks. Such co-operation may also include appropriate participation by representatives of such organizations on advisory committees set up by the General Conference.

Article XII

Legal Status of the Organization

The provisions of Articles 104 and 105 of the Charter of the United Nations Organization concerning the legal status of that Organization, its privileges and immunities, shall apply in the same way to this Organization.

Article XIII

Amendments

1. Proposals for amendments to this Constitution shall become effective upon receiving the approval of the General Conference by a two-thirds majority; provided, however, that those amendments which involve fundamental alterations in the aims of the Organization or new obligations for the Member States shall require subsequent acceptance on the part of two-thirds of the Member States before they come into force. The draft texts of proposed amendments shall be communicated by the Director-General to the Member States at least six months in advance of their consideration by the General Conference.

2. The General Conference shall have power to adopt by a two-thirds majority rules of procedure for carrying out the provisions of this Article.

Article XIV

Interpretation

1. The English and French texts of this Constitution shall be regarded as equally authoritative.

2. Any question or dispute concerning the interpretation of this Constitution shall be referred for determination to the International Court of Justice or to an arbitral tribunal, as the General Conference may determine under its rules of procedure.

Article XV

Entry into Force

1. This Constitution shall be subject to acceptance. The instruments of acceptance shall be deposited with the Government of the United Kingdom.

2. This Constitution shall remain open for signature in the archives of the Government of the United Kingdom. Signature may take place either before or after the deposit of the instrument of acceptance. No acceptance shall be valid unless preceded or followed by signature.

3. This Constitution shall come into force when it has been accepted by twenty of its signatories. Subsequent acceptances shall take effect immediately.

4. The Government of the United Kingdom will inform all Members of the United Nations of the receipt of all instruments of acceptance and of the date on which the Constitution comes into force in accordance with the preceding paragraph.

In faith whereof, the undersigned, duly authorized to that effect, have signed this Constitution in the English and French languages, both texts being equally authentic.

Done in London the sixteenth day of November, one thousand nine hundred and forty-five, in a single copy, in the English and French languages, of which certified copies will be communicated by the Government of the United Kingdom to the Governments of all the Members of the United Nations.

CONVENTION CREAT UNE ORGANISATION DES NATIONS UNIES POUR L'EDUCATION, LA SCIENCE ET LA CULTURE

Les Gouvernements des Etats parties à la présente Convention, au nom de leurs peuples, déclarent:

Que, les guerres prenant naissance dans l'esprit des hommes, c'est dans l'esprit des hommes que doivent être élevées les défenses de la paix;

Que l'incompréhension mutuelle des peuples a toujours été, au cours de l'histoire, à l'origine de la suspicion et de la méfiance entre nations, par où leurs désaccords ont trop souvent dégénéré en guerre;

Que la grande et terrible guerre qui vient de finir a été rendue possible par le reniement de l'idéal démocratique de dignité, d'égalité et de respect de la personne humaine et par la volonté de lui substituer, en exploitant l'ignorance et le préjugé, le dogme de l'inégalité des races et des hommes;

Que, la dignité de l'homme exigeant la diffusion de la culture et l'éducation de tous en vue de la justice, de la liberté et de la paix, il y a là, pour toutes les nations des devoirs sacrés à remplir dans un esprit de mutuelle assistance;

Qu'une paix fondée sur les seuls accords économiques et politiques des gouvernements ne saurait entraîner l'adhésion unanime, durable et sincère des peuples et que, par conséquent, cette paix doit être établie sur le fondement de la solidarité intellectuelle et morale de l'humanité.

Pour ces motifs, les Etats signataires de cette Convention, résolus à assurer à tous le plein et égal accès à l'éducation, la libre poursuite de la vérité objective et le libre échange des idées et des connaissances, décident de développer et de multiplier les relations entre leurs peuples en vue de se mieux comprendre et d'acquérir une connaissance plus précise et plus vraie de leurs coutumes respectives.

En conséquence, ils créent par les présentes l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture afin d'atteindre graduellement, par la coopération des nations du monde dans les domaines de l'éducation, de la science et de la culture, les buts de paix internationale et de prospérité commune de l'humanité en vue desquels l'Organisation des Nations Unies a été constituée, et que sa Charte proclame.

Article premier

Buts et fonctions

1. L'Organisation se propose de contribuer au maintien de la paix et de la sécurité en resserrant, par l'éducation, la science et la culture, la collaboration entre nations, afin d'assurer le respect universel de la justice, de la loi, des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion, que la Charte des Nations Unies reconnaît à tous les peuples.

2. A ces fins, l'Organisation:

(a) Favorise la connaissance et la compréhension mutuelle des nations en prêtant son concours aux organes d'information des masses; elle recommande, à cet effet, tels accords internationaux qu'elle juge utiles pour faciliter la libre circulation des idées, par le mot et par l'image;

(b) Imprime une impulsion vigoureuse à l'éducation populaire et à la diffusion de la culture;

En collaborant avec les Etats membres qui le désirent pour les aider à développer leur action éducatrice;

En instituant la collaboration des nations afin de réaliser graduellement l'idéal d'une chance égale d'éducation pour tous, sans distinction de race, de sexe ni d'aucune condition économique ou sociale;

En suggérant des méthodes d'éducation convenables pour préparer les enfants du monde entier aux responsabilités de l'homme libre;

(c) Aide au maintien, à l'avancement et à la diffusion du savoir;

En veillant à la conservation et protection du patrimoine universel de livres, d'œuvres d'art et d'autres monuments d'intérêt historique ou scientifique, et en recommandant aux peuples intéressés des conventions internationales à cet effet;

En encourageant la coopération entre nations dans toutes les branches de l'activité intellectuelle, l'échange international de représentants de l'éducation, de la science et de la culture ainsi que celui de publications, d'œuvres d'art, de matériel de laboratoire et de toute documentation utile;

En facilitant par des méthodes de coopération internationale appropriées l'accès de tous les peuples à ce que chacun d'eux publie.

3. Soucieuse d'assurer aux Etats membres de la présente Organisation l'indépendance, l'intégrité et la féconde diversité de leurs cultures et de leurs systèmes d'éducation, l'Organisation s'interdit d'intervenir en aucune matière relevant essentiellement de leur juridiction intérieure.

Article II

Membres

1. Les Etats membres de l'Organisation des Nations Unies possèdent le droit de faire partie de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture.

2. Sous réserve des termes de l'accord à intervenir entre la présente Organisation et l'Organisation des Nations Unies, approuvé conformément à l'article X de la présente Convention, les Etats non membres de l'Organisation des Nations Unies peuvent être admis comme membres de l'Organisation, sur recommandation du Conseil exécutif, par la Conférence générale votant à la majorité des deux tiers.

3. Les territoires ou groupes de territoires qui n'assument pas eux-mêmes la responsabilité de la conduite de leurs relations extérieures peuvent être admis comme membres associés par la Conférence générale à la majorité des deux tiers des membres présents et votants, si cette admission a été demandée, pour le compte de chacun de ces territoires ou groupes de territoires, par l'Etat membre ou l'autorité, quelle qu'elle soit, qui assume la responsabilité de la conduite de ses relations extérieures. La nature et l'étendue des droits et des obligations des membres associés seront déterminées par la Conférence générale.

4. Les Etats membres de l'Organisation suspendus de l'exercice de leurs droits et privilèges de membres de l'Organisation des Nations Unies seront, sur la demande de cette dernière, suspendus des droits et privilèges inhérents à la qualité de membre.

5. Les Etats membres de l'Organisation cessent ipso facto d'en être membres s'ils sont exclus de l'Organisation des Nations Unies.

6. Tout Etat membre ou membre associé de l'Organisation peut se retirer de l'Organisation après avis adressé au Direc-

teur général. Le retrait prend effet au 31 décembre de l'année suivant celle au cours de laquelle l'avis a été donné. Il ne modifie en rien les obligations financières de l'Etat intéressé envers l'Organisation à la date à laquelle le retrait prend effet. En cas de retrait d'un membre associé, l'avis est donné en son nom par l'Etat membre ou l'autorité, quelle qu'elle soit, qui assume la responsabilité de ses relations internationales.

Article III

Organes

L'Organisation comprend une Conférence générale, un Conseil exécutif et un Secrétariat.

Article IV

La Conférence générale

A. Composition

1. La Conférence générale se compose des représentants des Etats membres de l'Organisation. Le gouvernement de chaque Etat membre nomme au plus cinq représentants choisis après consultation avec le comité national, s'il en existe, ou avec les institutions et corps éducatifs, scientifiques et culturels.

B. Fonctions

2. La Conférence générale détermine l'orientation et la ligne de conduite générale de l'Organisation. Elle se prononce sur les programmes soumis par le Conseil exécutif.

3. La Conférence générale convoque, s'il y a lieu, conformément au règlement établi par elle, des conférences internationales d'Etats sur l'éducation, les sciences, les humanités ou la diffusion du savoir; des conférences non gouvernementales sur les mêmes sujets peuvent être convoquées par la Conférence générale ou par le Conseil exécutif conformément au règlement établi par la Conférence.

4. Quand elle se prononce pour l'adoption de projets à soumettre aux Etats membres, la Conférence générale doit distinguer entre les recommandations aux Etats membres et les conventions internationales à ratifier par les Etats membres. Dans le premier cas, la majorité simple suffit; dans le second, une majorité des deux tiers est requise. Chacun des Etats membres soumettra les recommandations ou conventions aux autorités nationales compétentes, dans le délai d'un an à partir de la clôture de la session de la Conférence générale au cours de laquelle elles auront été adoptées.

5. Sous réserve des dispositions de l'article V, 5 (c), la Conférence générale conseille l'Organisation des Nations Unies sur les aspects éducatifs, scientifiques et culturels des questions intéressant les Nations Unies, dans les conditions et suivant la procédure qui auront été adoptées par les autorités compétentes des deux organisations.

6. La Conférence générale reçoit et examine les rapports qui sont adressés à l'Organisation par les Etats membres sur la suite donnée aux recommandations et conventions visées au paragraphe 4 ci-dessus ou, si elle en décide ainsi, des résumés analytiques de ces rapports.

7. La Conférence générale élit les membres du Conseil exécutif; elle nomme le Directeur général sur présentation du Conseil exécutif.

C. Vote

8. (a) Chaque Etat membre dispose d'une voix à la Conférence générale. Les décisions sont prises à la majorité

simple, sauf dans les cas où les dispositions de la présente Convention ou du Règlement intérieur de la Conférence générale exigent une majorité des deux tiers. Par majorité, il faut entendre la majorité des membres présents et votants.

(b) Un Etat membre ne peut participer aux votes de la Conférence générale si le montant des sommes dues par lui au titre de ses contributions est supérieur au montant de la participation financière mise à sa charge pour l'année en cours et pour l'année civile qui l'a immédiatement précédée.

(c) La Conférence générale peut néanmoins autoriser cet Etat membre à participer au vote si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de la volonté dudit Etat membre.

D. Procédure

9. (a) La Conférence générale se réunit tous les deux ans en session ordinaire. Elle peut se réunir en session extraordinaire, soit si elle en décide elle-même ainsi, soit sur convocation du Conseil exécutif ou sur demande d'un tiers au moins des Etats membres.

(b) Au cours de chaque session, la Conférence fixe le siège de la session ordinaire suivante. Le siège de toute session extraordinaire est fixé par la Conférence générale si c'est elle qui a pris l'initiative de cette session; et par le Conseil exécutif dans les autres cas.

10. La Conférence générale adopte son règlement intérieur. Elle élit à chaque session son président et son bureau.

11. La Conférence générale crée les commissions tant spéciales que techniques et autres organismes subsidiaires qui peuvent être nécessaires à l'exécution de sa tâche.

12. Des dispositions seront prises pour que le public puisse assister aux délibérations, sous réserve des dispositions du règlement intérieur.

E. Observateurs

13. La Conférence générale, votant à la majorité des deux tiers, sur la recommandation du Conseil exécutif, et sous réserve du règlement intérieur, peut inviter comme observateurs à des sessions déterminées de la Conférence ou de ses commissions des représentants d'organisations internationales, notamment de celles qui sont visées à l'article XI, paragraphe 4.

14. Lorsque le Conseil exécutif a admis de telles organisations internationales non gouvernementales ou semi-gouvernementales à bénéficier d'arrangements en vue de consultations, selon la procédure indiquée à l'article XI, paragraphe 4, ces organisations sont invitées à envoyer des observateurs aux sessions de la Conférence générale et de ses commissions.

Article V

Conseil exécutif

A. Composition

1. Le Conseil exécutif est composé de quarante membres élus par la Conférence générale parmi les délégués nommés par les Etats membres: chacun d'eux représente le gouvernement de l'Etat dont il est ressortissant. Le président de la Conférence générale siège en cette qualité au Conseil exécutif avec voix consultative.

2. En procédant à l'élection des membres du Conseil exécutif, la Conférence générale s'efforcera d'y faire figurer

des personnalités compétentes dans le domaine des arts, des lettres, des sciences, de l'éducation et de la diffusion de la pensée, et ayant l'expérience et la compétence nécessaires pour remplir les fonctions administratives et exécutives qui incombent au Conseil. Elle tiendra compte également de la diversité des cultures et d'une répartition géographique équitable. Il ne pourra jamais y avoir en même temps au Conseil exécutif plus d'un ressortissant d'un même Etat membre, le président de la Conférence n'entrant pas en compte.

3. Les membres du Conseil exécutif conservent leurs fonctions depuis la fin de la session de la Conférence générale qui les a élus jusqu'à la fin de la deuxième session ordinaire subséquente de la Conférence générale.

Ils ne sont pas immédiatement rééligibles pour un second mandat. La Conférence générale procède, lors de chacune de ses sessions ordinaires, à l'élection du nombre de membres requis pour pourvoir aux sièges qui deviendront vacants à la fin de la session.

4. En cas de décès d'un des membres ou de démission présentée par un des membres, le Conseil exécutif procède au remplacement pour la portion du mandat restant à courir, sur présentation de candidature faite par le gouvernement de l'Etat que représentait l'ancien membre. Le gouvernement qui présente la candidature et le Conseil exécutif doivent tenir compte des considérations énoncées au paragraphe 2 ci-dessus.

B. Fonctions

5. (a) Le Conseil exécutif prépare l'ordre du jour des réunions de la Conférence générale. Il étudie le programme de travail de l'Organisation ainsi que les prévisions budgétaires correspondantes que lui soumet le Directeur général, conformément au paragraphe 3 de l'article VI, et les soumet à la Conférence générale en formulant toutes recommandations qu'il juge opportunes.

(b) Le Conseil exécutif, agissant sous l'autorité de la Conférence générale, est responsable devant elle de l'exécution du programme adopté par la Conférence. Conformément aux décisions de la Conférence générale et compte tenu des circonstances qui surviendraient entre deux sessions ordinaires de celle-ci, le Conseil exécutif prend toutes dispositions utiles en vue d'assurer l'exécution efficace et rationnelle du programme par le Directeur général.

(c) Entre deux sessions ordinaires de la Conférence générale, le Conseil peut exercer les fonctions consultatives auprès des Nations Unies, prévues à l'article IV, paragraphe 5, à condition que la question qui fait l'objet de la consultation ait été traitée, dans son principe, par la Conférence, ou que la solution à lui donner procède de décisions de la Conférence.

6. Le Conseil exécutif recommande à la Conférence générale l'admission de nouveaux membres dans l'Organisation.

7. Sous réserve des décisions de la Conférence générale, le Conseil exécutif établit son règlement intérieur. Il élit, parmi ses membres, son bureau.

8. Le Conseil exécutif se réunit en session ordinaire au moins deux fois par an; il peut se réunir en session extraordinaire sur convocation de son président, à l'initiative de celui-ci ou à la demande de six membres du Conseil.

9. Le président du Conseil exécutif présente au nom du Conseil exécutif, à chaque session ordinaire de la Conférence générale, avec ou sans commentaires, les rapports sur l'activité de l'Organisation que le Directeur général doit établir conformément aux dispositions de l'article VI, 3 (b).

10. Le Conseil exécutif prend toutes dispositions utiles pour consulter les représentants des organismes internationaux ou les personnalités qualifiées qui s'occupent de questions relevant de sa compétence.

11. Dans l'intervalle des sessions de la Conférence générale, le Conseil exécutif peut demander des avis consultatifs à la Cour internationale de justice sur les questions juridiques qui se poseraient dans le cadre des activités de l'Organisation.

12. Bien que les membres du Conseil exécutif soient les représentants de leurs gouvernements respectifs, ils exercent les pouvoirs qui leur sont délégués par la Conférence générale au nom de la Conférence tout entière.

C. Dispositions transitoires

13. Nonobstant les dispositions du paragraphe 3 du présent article,

(a) Les membres du Conseil exécutif élus avant la dix-septième session de la Conférence générale conserveront leurs fonctions jusqu'à l'expiration du mandat pour lequel ils ont été élus.

(b) Les membres du Conseil exécutif qui, antérieurement à la dix-septième session de la Conférence générale, auront été nommés par le Conseil conformément aux dispositions du paragraphe 4 du présent article en remplacement des membres exerçant un mandat de quatre ans, seront rééligibles pour un second mandat de quatre ans.

Article VI

Secrétariat

1. Le Secrétariat se compose d'un Directeur général et du personnel reconnu nécessaire.

2. Le Directeur général est proposé par le Conseil exécutif et nommé par la Conférence générale pour une période de six ans, aux conditions qui seront approuvées par la Conférence. Sa nomination est renouvelable. Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Organisation.

3. (a) Le Directeur général ou, à son défaut, le remplaçant qu'il aura désigné prend part, sans droit de vote, à toutes les réunions de la Conférence générale, du Conseil exécutif et des commissions de l'Organisation. Il formule des propositions en vue des mesures à prendre par la Conférence et le Conseil et prépare, afin de le soumettre au Conseil, un projet de programme de travail pour l'Organisation, accompagné des prévisions budgétaires correspondantes.

(b) Le Directeur général établit et communique aux Etats membres et au Conseil exécutif des rapports périodiques sur l'activité de l'Organisation. La Conférence générale détermine les périodes que ces rapports doivent couvrir.

4. Le Directeur général nomme le personnel du Secrétariat conformément au statut du personnel, qui devra être soumis à l'approbation de la Conférence générale. Sous réserve de réunir les plus hautes qualités d'intégrité, d'efficacité et de compétence technique, le personnel devra être recruté sur une base géographique aussi large que possible.

5. Les responsabilités du Directeur général et du personnel ont un caractère exclusivement international. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, ils ne demanderont ni ne recevront d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autorité étrangère à l'Organisation. Ils s'abstiendront de tout acte de nature à compromettre leur situation de fonctionnaires internationaux. Tous les Etats membres de l'Organisation s'en-

gagent à respecter le caractère international des fonctions du Directeur général et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'accomplissement de leur tâche.

6. Aucune des dispositions de cet article ne saurait empêcher l'Organisation de passer, dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies, des accords spéciaux pour la constitution de services communs et le recrutement de personnel commun, ainsi que pour l'échange de personnel.

Article VII

Comités nationaux de coopération

1. Chaque Etat membre prendra les dispositions appropriées à sa situation particulière pour associer aux travaux de l'Organisation les principaux groupes nationaux qui s'intéressent aux problèmes d'éducation, de recherche scientifique et de culture, de préférence en constituant une commission nationale où seront représentés le gouvernement et ces différents groupes.

2. Dans les pays où il en existe, les commissions nationales ou les organismes nationaux de coopération remplissent un rôle consultatif auprès de leur délégation nationale à la Conférence générale et auprès de leur gouvernement pour tous les problèmes se rapportant à l'Organisation. Ils jouent de rôle d'organe de liaison pour toutes les questions qui intéressent l'Organisation.

3. Sur la demande d'un Etat membre, l'Organisation peut déléguer, à titre temporaire ou permanent, auprès de la commission nationale de cet Etat, un membre de son Secrétariat pour collaborer aux travaux de cette commission.

Article VIII

Présentation de rapports par les Etats membres

Chaque Etat membre adresse à l'Organisation, aux dates et sous la forme que déterminera la Conférence générale, des rapports sur les lois, règlements et statistiques relatifs à ses institutions et à son activité dans l'ordre de l'éducation, de la science et de la culture, ainsi que sur la suite donnée aux recommandations et conventions visées à l'article IV, paragraphe 4.

Article IX

Budget

1. Le budget est administré par l'Organisation.

2. La Conférence générale approuve définitivement le budget et fixe la participation financière de chacun des Etats membres, sous réserve des dispositions qui pourront être prévues en cette matière par la convention conclue avec l'Organisation des Nations Unies conformément à l'article X de la présente Convention.

3. Le Directeur général peut, avec l'approbation du Conseil exécutif, recevoir directement tous dons, legs et subventions provenant de gouvernements, d'institutions publiques ou privées, d'associations ou de particuliers.

Article X

Relations avec l'Organisation des Nations Unies

L'Organisation sera liée dès que possible à l'Organisation des Nations Unies. Elle en constituera l'une des institutions spécialisées prévues à l'article 57 de la Charte des Nations

Unies. Ces relations feront l'objet d'un accord avec l'Organisation des Nations Unies conformément aux dispositions de l'article 63 de la Charte. Cet accord sera soumis pour approbation à la Conférence générale de la présente Organisation. Il devra fournir les moyens d'établir une coopération effective entre les deux organisations, dans la poursuite de leurs fins communes. Il consacrerait en même temps l'autonomie de l'Organisation dans le domaine de sa compétence particulière, tel qu'il est défini dans la présente Convention. Cet accord pourrait notamment contenir toutes dispositions concernant l'approbation du budget et le financement de l'Organisation par l'Assemblée générale des Nations Unies.

Article XI

Relations avec d'autres organisations et institutions internationales spécialisées

1. L'Organisation peut coopérer avec d'autres organisations et institutions intergouvernementales spécialisées, dont les tâches et activités sont en harmonie avec les siennes. A cet effet, le Directeur général peut, sous la haute autorité du Conseil exécutif, établir des relations effectives avec ces organisations et institutions et constituer les commissions mixtes jugées nécessaires pour assurer une coopération efficace. Tout accord passé avec ces organisations ou institutions spécialisées sera soumis à l'approbation du Conseil exécutif.

2. Toutes les fois que la Conférence générale et les autorités compétentes de toute autre organisation ou institution intergouvernementale spécialisée poursuivant des activités et des objectifs analogues jugeront souhaitable de transférer à l'Organisation les ressources et fonctions de ladite organisation ou institution, le Directeur général pourra, sous réserve de l'approbation de la Conférence, conclure, à la satisfaction des deux parties, les accords nécessaires.

3. L'Organisation peut, d'un commun accord avec d'autres organisations intergouvernementales, prendre des dispositions appropriées pour s'assurer une représentation à leurs réunions respectives.

4. L'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture peut prendre toutes dispositions utiles pour faciliter les consultations et assurer la coopération avec les organisations internationales privées s'occupant de questions qui entrent dans son domaine. Elle peut les inviter à entreprendre certaines tâches déterminées rentrant dans leur compétence. Cette coopération peut également prendre la forme d'une participation appropriée de représentants des dites organisations aux travaux de comités consultatifs créés par la Conférence générale.

Article XII

Statut juridique de l'Organisation

Les dispositions des articles 104 et 105 de la Charte de l'Organisation des Nations Unies relatives au statut juridique de cette organisation, à ses privilèges et immunités s'appliquent également à la présente Organisation.

Article XIII

Amendements

1. Les projets d'amendements à la présente Convention prendront effet lorsqu'ils auront été adoptés par la Conférence générale à la majorité des deux tiers; néanmoins, les amendements entraînant des modifications fondamentales dans les buts de l'Organisation ou des obligations nouvelles

pour les Etats membres devront être ensuite acceptés par les deux tiers des Etats membres avant d'entrer en vigueur. Le texte des projets d'amendements sera communiqué aux Etats membres par le Directeur général six mois au moins avant d'être soumis à l'examen de la Conférence générale.

2. La Conférence générale aura pouvoir d'adopter à la majorité des deux tiers un règlement en vue de l'application des dispositions du présent article.

Article XIV

Interprétation

1. Les textes anglais et français de la présente Convention font également foi.

2. Toutes questions et tous différends relatifs à l'interprétation de la présente Convention seront soumis pour décision à la Cour internationale de justice ou à un tribunal arbitral, selon ce que décidera la Conférence générale conformément à son règlement intérieur.

Article XV

Entrée en vigueur

1. La présente Convention sera soumise à acceptation. Les instruments d'acceptation seront déposés auprès du gouvernement du Royaume-Uni.

2. La présente Convention sera déposée dans les archives du gouvernement du Royaume-Uni, où elle restera ouverte à la signature. Les signatures pourront être apposées avant ou après le dépôt des instruments d'acceptation. L'acceptation ne sera valable que si elle est précédée ou suivie d'une signature.

3. La présente Convention entrera en vigueur lorsqu'elle aura été acceptée par vingt de ses signataires. Les acceptations ultérieures prendront effet immédiatement.

4. Le gouvernement du Royaume-Uni notifiera à tous les membres de l'Organisation des Nations Unies la réception de tous les instruments d'acceptation et la date à laquelle la Convention entrera en vigueur conformément au paragraphe précédent.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention dans les langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi.

Fait à Londres, le seize novembre mil neuf cent quarante-cinq, en un seul exemplaire dans les langues anglaise et française. Des copies dûment certifiées conformes seront remises par le gouvernement du Royaume-Uni aux gouvernements de tous les Etats membres des Nations Unies.

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Konsularvertrages
vom 28. Juni 1972
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik

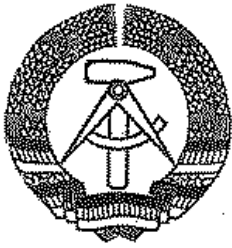
vom 13. Dezember 1972

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juli 1972 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik vom 28. Juni 1972 (GBl. I Nr. 12 S. 187) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 1. Dezember 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 42 am 31. Dezember 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 13. Dezember 1972

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

17

1973

Berlin, den 8. März 1973

Teil II Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
23. 2. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 8. Dezember 1972 über die Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland	17

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrages
vom 8. Dezember 1972
über die Regelung der Beziehungen
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Finnland
vom 23. Februar 1973**

Der Vertrag über die Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland wurde am 8. Dezember 1972 in Helsinki unterzeichnet. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 21. Februar 1973 in Berlin.

Der Vertrag tritt gemäß seinem Artikel 7 am 23. März 1973 in Kraft.

Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 23. Februar 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Vertrag
über die Regelung der Beziehungen
zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik
und der
Republik Finnland**

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Republik Finnland,

ausgehend von der Notwendigkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zur Sicherheit ihrer Völker beizutragen und einen dauerhaften Frieden in Europa im allgemeinen und im Ostseeraum im besonderen zu gewährleisten;

den Willen Finnlands berücksichtigend, außerhalb der gegensätzlichen Interessen der Großmächte zu bleiben;

die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen berücksichtigend;

von der Überzeugung erfüllt, daß alle Staaten klar ihren Willen zum Ausdruck bringen sollten, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt zu verzichten;

in dem Bemühen, Bedingungen für die Lösung von Fragen zu schaffen, die seit Beendigung des 2. Weltkrieges zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland ungelöst geblieben sind;

von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland ausgehend von der „Deklaration der Vereinten Nationen über Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen“ weiter zu entwickeln;

haben beschlossen, den folgenden Vertrag zu schließen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik:

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik,

Otto Winzer;

Der Präsident der Republik Finnland:

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Finnlands,
Ahti Karjalainen,

die folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten haben beschlossen, diplomatische Beziehungen zueinander herzustellen.

Artikel 2

Die Vertragschließenden Seiten werden ihre Beziehungen auf der Grundlage der Achtung der Prinzipien der souveränen Gleichheit, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit weiterentwickeln und festigen.

Artikel 3

Die Deutsche Demokratische Republik respektiert das Bestreben der Republik Finnland, eine Neutralitätspolitik durchzuführen, die die Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit und die Entwicklung von freundschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten fördert, sowie die sich daraus für Finnland in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen ergebenden Rechte und Pflichten.

Artikel 4

Die Vertragschließenden Seiten erklären feierlich, daß sie alle Streitigkeiten in ihren gegenseitigen Beziehungen ausschließlich mit friedlichen Mitteln beilegen und gemäß der Charta der Vereinten Nationen auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt verzichten werden.

Artikel 5

Die Vertragschließenden Seiten werden nach Inkrafttreten dieses Vertrages Verhandlungen zur Lösung finanzieller und rechtlicher Fragen aufnehmen, die seit der Beendigung des 2. Weltkrieges ungelöst geblieben sind.

Die Seiten haben das Recht, in den Verhandlungen die Fragen vorzubringen, deren Erörterung sie für notwendig erachten.

Artikel 6

Die in diesem Vertrag enthaltenen Rechte und Verpflichtungen berühren in keiner Weise die Rechte und Pflichten, die beiden Staaten aus Verträgen entstanden sind, die vor dem Abschluß des vorliegenden Vertrages abgeschlossen wurden.

Artikel 7

Der vorliegende Vertrag wird im Einklang mit dem in der Verfassung jeder Vertragschließenden Seite festgelegten Verfahren ratifiziert und tritt 30 Tage, gerechnet vom Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationsurkunden, in Kraft.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.

Jede Vertragschließende Seite kann den vorliegenden Vertrag kündigen, vorausgesetzt, daß der anderen Seite die Kündigung 12 Monate vorher schriftlich übergeben wird.

Artikel 8

Dieser Vertrag wird gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen registriert.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Helsinki am 8. Dezember 1972
in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und finnischer Sprache, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit besitzen.

In Vollmacht
des Vorsitzenden des
Staatsrates der Deutschen
Demokratischen Republik

Otto Winzer

In Vollmacht
des Präsidenten
der Republik Finnland

Ahti Karjalainen

SOPIMUS

Saksan Demokraattisen Tasavallan ja Suomen Tasavallan
välisten suhteiden järjestelystä

Saksan Demokraattisen Tasavallan valtion neuvoston Puheenjohtaja ja Suomen Tasavallan Presidentti,

pitäen välttämättömänä ryhtyä kaikkiin ponnistuksiin kansojensa turvallisuuden lisäämiseksi ja varmistaa pysyvä rauha Euroopassa yleensä ja erityisesti Itämeren alueella;

ottaen huomioon Suomen tahdon pysyttäytyä suurvaltojen eturistiriitojen ulkopuolella;

ottaen huomioon Yhdistyneiden Kansakuntien peruskirjan päämäärät ja periaatteet;

vakuuttuneina siitä, että kaikkien valtioiden tulee selvästi tuoda julki tahtonsa väkivallan käyttämisen tai sillä uhkaamisen hyökkäämiseksi;

pyrkien luomaan edellytykset niiden kysymysten järjestämiselle, jotka Saksan Demokraattisen Tasavallan ja Suomen Tasavallan välillä ovat jääneet selvittämättä toisen maailmansodan päättymisen jälkeen;

haluten edelleen kehittää Saksan Demokraattisen Tasavallan ja Suomen Tasavallan välisiä suhteita lähtien Yhdistyneiden Kansakuntien kansainvälisen oikeuden periaatteita koskevasta julistuksesta, joka koskee valtioiden välisiä ystävällisiä suhteita ja yhteistyötä Yhdistyneiden Kansakuntien peruskirjan mukaisesti;

ovat päättäneet tehdä tämän sopimuksen ja tässä tarkoit. k. sessä valtuutetuikseen määränneet:

Saksan Demokraattisen Tasavallan valtion neuvoston Puheenjohtaja:

Saksan Demokraattisen Tasavallan ulkoasiainministerin Otto Winzerin

Suomen Tasavallan Presidentti:

Suomen ulkoasiainministerin Ahti Karjalaisen

jotka ovat sopineet seuraavaa:

1 artikla

Sopimuspuolet ovat päättäneet solmia keskenään diplomaattiset suhteet.

2 artikla

Sopimuspuolet tulevat edelleen kehittämään ja vahvistamaan keskinäisiä suhteitaan suverenisen tasa-arvoisuuden, alueellisen koskemattomuuden ja poliittisen riippumattomuuden periaatteiden kunnioittamisen pohjalta.

3 artikla

Saksan Demokraattinen Tasavalta kunnioittaa Suomen Tasavallan pyrkimyksiä toteuttaa puolueettomuuspolitiikkaa, joka edistää kansainvälisen rauhan ja turvallisuuden lujiittamista ja ystävällisten suhteiden kehittämistä kaikkien valtioiden kanssa, sekä Suomelle tästä johtuvia oikeuksia ja velvollisuuksia Yhdistyneiden Kansakuntien peruskirjan periaatteiden mukaisesti.

4 artikla

Sopimuspuolet ilmoittavat juhlallisesti keskinäisissä suhteissaan selvittävänsä kaikki erimielisyydet yksinomaan rauhantomaisiin keinoin ja hyökkäävänä väkivallan käyttämisen

tai sillä uhkaamisen Yhdistyneiden Kansakuntien peruskirjan mukaisesti.

5 artikla

Tämän sopimuksen tultua voimaan sopimuspuolet ryhtyvät neuvotteluihin järjestääkseen ne taloudelliset ja oikeudelliset kysymykset, jotka sopimuspuolten kesken ovat jääneet selvittämättä toisen maailmansodan päättymisen jälkeen.

Sopimuspuolet ovat oikeutettuja ottamaan näissä neuvotteluissa esille ne kysymykset, joiden käsittelyä ne pitävät tarpeellisina.

6 artikla

Tämä sopimus ja sen sisältämät oikeudet ja velvoitukset eivät millään tavalla vaikuta niihin oikeuksiin ja velvoituksiin, joita kumallakin valtiolla on ennen tämän sopimuksen tekemistä tehtyjen sopimusten perusteella.

7 artikla

Tämä sopimus on ratifioitava kummankin sopimuspuolen valtiosäännön edellyttämässä järjestyksessä ja tulee voimaan 30 vuorokauden kuluttua ratifioimiskirjojen vaihtamisesta:

Ratifioimiskirjat vaihdetaan Berliinissä.

Kumpikin sopimuspuoli voi irtisanoa tämän sopimuksen edellyttäen, että siitä ilmoitetaan kirjallisesti kaksitoista kuukautta aikaisemmin toiselle sopimuspuolelle.

8 artikla

Tämä sopimus on rekisteröitävä Yhdistyneiden Kansakuntien järjestön sihteeristössä Yhdistyneiden Kansakuntien peruskirjan 102 artiklan mukaisesti.

Minkä vakuudeksi sopimuspuolten valtuutetut ovat allekirjoittaneet tämän sopimuksen ja vahvistaneet sen sineteillään.

Tehty Helsingissä 8 päivänä joulukuuta 1972 kahtena saksan- ja suomenkielisenä kappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

**Saksan Demokraattisen
Tasavallan valtion
neuvoston
Puheenjohtajan
valtuuttamana**

Otto Winzer

**Suomen Tasavallan
Presidentin valtuuttamana**

Ahti Karjalainen

Wieder lieferbar!

Sonderdruck des Gesetzblattes Nr. 699

Format: A 4 — Umfang: 12 Seiten — EVP: 0,60 M

Ihre schriftliche Bestellung richten Sie bitte umgehend an den

Zentral-Versand Erlurt

501 Erfurt

Postschließfach 696

Außerdem besteht Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

**Buchhandlung
für amtliche Dokumente**

108 Berlin

Neustädtische Kirchstraße 15

Mit dieser Anordnung werden die besonderen Bedingungen für Bauvorhaben und Objekte in der Umgebung von Flugplätzen und Flugsicherungsanlagen geregelt. Je nach Größe und Zweckbestimmung eines Flugplatzes sind die Bauhöhenbeschränkungen und Bereiche mit absolutem Bauverbot in der Anordnung klassifiziert. Im Rahmen der planmäßigen Gestaltung der sozialistischen Landeskultur sind in der Anordnung auch vorläufige Richtwerte über die Ausbreitung des Fluglärms als Empfehlung enthalten und dazu Maßnahmen festgelegt, die die Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz vor Lärm unterstützen.

Durch die Ausdehnung der Baubeschränkungsgebiete bis zu einer Entfernung von 15 km vom Flugplatz wird durch die vorhandenen Flugplätze ein wesentlicher Anteil des Territoriums von Baubeschränkungen unterschiedlichen Umfanges erfaßt.

Die Kenntnis der in dieser Anordnung erstmals veröffentlichten Bedingungen wird dazu beitragen, die Planung, Projektierung und Durchführung von Baumaßnahmen in diesen Bereichen zu verbessern.



**STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1973	Berlin, den 30. März 1973	Teil II Nr. 3
------	---------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
9. 3. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 22. Juni 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	21
19. 3. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 29. März 1972 über die internationale Verantwortlichkeit für Schäden, die durch Weltraumobjekte verursacht werden	21

Abendzeitung
Eing.: 1. 1. APR. 1973

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Konsularvertrages
vom 22. Juni 1972
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik**

vom 9. März 1973

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juli 1972 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 22. Juni 1972 (GBl. I Nr. 12 S. 203) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 19. Februar 1973 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 43 am 21. März 1973 in Kraft tritt.

Berlin, den 9. März 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Konvention
vom 29. März 1972
über die internationale Verantwortlichkeit
für Schäden, die durch Weltraumobjekte
verursacht werden**

vom 19. März 1973

Nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die erforderliche Anzahl von Signatarstaaten der Konvention vom 29. März 1972 über die internationale Verantwortlichkeit für Schäden, die durch Weltraumobjekte verursacht werden, ist diese gemäß Artikel XXIV am 30. August 1972 in Kraft getreten.

Die Ratifikationsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik ist am 30. August 1972 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt worden.

Die Konvention (veröffentlicht im GBl. I 1972 Nr. 14 S. 220) ist für die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 30. August 1972 rechtswirksam geworden.

Berlin, den 19. März 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Im Staatsverlag der DDR erschienen als

Sonderdruck Nr. 726/1 des Gesetzblattes der DDR

„Anordnung über die Methodik zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1974“

Format: A 4

Umfang: 80 Seiten

Preis: etwa 1,20 M

Dieser Sonderdruck enthält ergänzende planmethodische Regelungen zur „Anordnung über die Methodik zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1973“ — Sonderdruck des Gesetzblattes Nr. 726 —, die auch für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1974 anzuwenden ist.

Der Sonderdruck wird von allen Staatsorganen, wirtschaftsleitenden Organen sowie Betrieben, Kombinat und Einrichtungen benötigt.

Sonderdruck Nr. 737/1 des Gesetzblattes der DDR

„Anordnung über die Anwendung technisch-ökonomisch begründeter Normative bei der Planung des Materialverbrauchs im Jahre 1973“

Format: A 4

Umfang: 24 Seiten

Preis: etwa 0,60 M

Zur weiteren Durchsetzung des Beschlusses des Ministerrates vom 3. Mai 1972 über die Anwendung technisch-ökonomisch begründeter Normative bei der Planung des Materialverbrauchs enthält dieser Sonderdruck die Festlegungen zur Anwendung von Normativen bei der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1974. Dieser Sonderdruck wird in den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen sowie Betrieben, Kombinat und Einrichtungen der Ministerien für

- Erzbergbau, Metallurgie und Kali
- Chemische Industrie
- Elektrotechnik und Elektronik
- Schwermaschinen- und Anlagenbau
- Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau
- Leichtindustrie
- Glas- und Keramikindustrie
- Bauwesen einschl. der Wohnungsbaukombinate des örtlich geleiteten Bauwesens

benötigt.

Zur Sicherung einer kurzfristigen Auslieferung dieser Anordnungen sind von den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen sowie zentral geleiteten Kombinat für den eigenen Bedarf und für die ihnen direkt unterstellten Betriebe und Einrichtungen Sammelbestellungen an den

Zentralversand Erfurt

501 Erfurt, Postfach 696

zu richten.

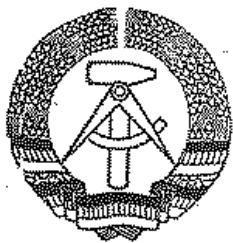
Darüber hinaus besteht für den Berliner Raum Bezugsmöglichkeit bei Selbstabholung und gegen Barzahlung in der

Buchhandlung für amtliche Dokumente

108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15



STAATSV ERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK



GESETZBLATT

23

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 11. April 1973

Teil II Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
30. 3. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) und des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM), beide in der Fassung vom 25. Februar 1961, für die Deutsche Demokratische Republik	23
30. 3. 73	Anordnung zur Aufhebung der Anordnung zur innerstaatlichen Inkraftsetzung der Internationalen Übereinkommen CIV und CIM	23

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Internationalen Übereinkommens über den
Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV)
und des Internationalen Übereinkommens
über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM),
beide in der Fassung vom 25. Februar 1961,
für die Deutsche Demokratische Republik**

vom 30. März 1973

Am 8. Juni 1972 richtete die Deutsche Demokratische Republik die Anträge auf Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik in dem

Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) in der Fassung vom 25. Februar 1961 und in dem

Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) in der Fassung vom 25. Februar 1961

an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die Depositar der oben genannten Übereinkommen ist. Der Antrag auf Mitgliedschaft erstreckt sich ebenfalls auf Abschnitt II, Ziffern 2 und 3, sowie Abschnitt III und IV des Zusatzprotokolls zu den Übereinkommen in der Fassung vom 25. Februar 1961.

Die Internationalen Übereinkommen traten entsprechend ihren Schlußbestimmungen für die Deutsche Demokratische Republik am 1. April 1973 in Kraft.

Die Veröffentlichung der genannten Übereinkommen erfolgte im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. März 1965, Sonderdruck Nr. 503, S. 6 ff.*

Berlin, den 30. März 1973

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

* Die Anlagen und die einheitlichen Zusatzbestimmungen zu den genannten Übereinkommen sind beim Tarifamt des Ministeriums für Verkehrswesen zu beziehen. Ihre Änderungen werden im Tarif- und Verkehrs-Anzeiger (TVA) veröffentlicht.

**Anordnung
zur Aufhebung der Anordnung
zur innerstaatlichen Inkraftsetzung
der Internationalen Übereinkommen CIV und CIM**

vom 30. März 1973

§ 1

Die Anordnung vom 28. Dezember 1964 zur innerstaatlichen Inkraftsetzung des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) und des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) (GBL II Nr. 130 S. 1059) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

Berlin, den 30. März 1973

Der Minister für Verkehrswesen

Arndt

Wieder lieferbar!

Sonderdruck des Gesetzblattes Nr. 699

Format: A 4 — Umfang: 12 Seiten — EVP: 0,60 M

Ihre schriftliche Bestellung richten Sie bitte umgehend an den

Zentral-Versand Erfurt

501 Erfurt

Postschließfach 696

Außerdem besteht Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

Buchhandlung für amtliche Dokumente

108 Berlin

Neustädtische Kirchstraße 15

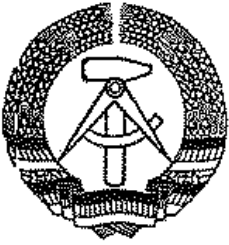
Mit dieser Anordnung werden die besonderen Bedingungen für Bauvorhaben und Objekte in der Umgebung von Flugplätzen und Flugsicherungsanlagen geregelt. Je nach Größe und Zweckbestimmung eines Flugplatzes sind die Bauhöhenbeschränkungen und Bereiche mit absolutem Bauverbot in der Anordnung klassifiziert. Im Rahmen der planmäßigen Gestaltung der sozialistischen Landeskultur sind in der Anordnung auch vorläufige Richtwerte über die Ausbreitung des Fluglärms als Empfehlung enthalten und dazu Maßnahmen festgelegt, die die Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz vor Lärm unterstützen.

Durch die Ausdehnung der Baubeschränkungsgebiete bis zu einer Entfernung von 15 km vom Flugplatz wird durch die vorhandenen Flugplätze ein wesentlicher Anteil des Territoriums von Baubeschränkungen unterschiedlichen Umfangs erfaßt.

Die Kenntnis der in dieser Anordnung erstmals veröffentlichten Bedingungen wird dazu beitragen, die Planung, Projektierung und Durchführung von Baumaßnahmen in diesen Bereichen zu verbessern.



**STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

23

1973

Berlin, den 13. Juni 1973

Teil II Nr. 5

Tag

Inhalt

Seite

13. 6. 73

Gesetz über den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972

25

**Gesetz
über den
Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Bundesrepublik Deutschland
vom 21. Dezember 1972**

vom 13. Juni 1973

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 21. Dezember 1972 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 10 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am dreizehnten Juni neunzehnhundertdreißigsiebenzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den dreizehnten Juni neunzehnhundertdreißigsiebenzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

Vertrag
über die Grundlagen der Beziehungen
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Bundesrepublik Deutschland

Die Hohen Vertragschließenden Seiten

eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten,

in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,

in der Erkenntnis, daß sich daher die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten haben,

ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage,

geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3

Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland gehen davon aus, daß keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Artikel 5

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden friedliche Beziehungen zwischen

den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen.

Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen.

Artikel 6

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 7

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.

Artikel 8

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden ständige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet.

Die praktischen Fragen, die mit der Einrichtung der Vertretungen zusammenhängen, werden zusätzlich geregelt.

Artikel 9

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland stimmen darin überein, daß durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage nach dem Austausch entsprechender Noten in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet.

GESCHEHEN in Berlin am 21. Dezember 1972 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die
Deutsche
Demokratische Republik
Michael Kohl

Für die
Bundesrepublik
Deutschland
Egon Bahr

Zusatzprotokoll
zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und
der Bundesrepublik Deutschland

I

Zu Artikel 3:

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland kommen überein, eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten zu bilden. Sie wird die Markierung der zwischen den beiden Staaten bestehenden Grenze überprüfen und, soweit erforderlich, erneuern oder ergänzen sowie die erforderlichen Dokumentationen über den Grenzverlauf erarbeiten. Gleichmaßen wird sie zur Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme, zum Beispiel der Wasserwirtschaft, der Energieversorgung und der Schadensbekämpfung, beitragen.

Die Kommission nimmt nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Arbeit auf.

II

Zu Artikel 7:

1. Der Handel zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland wird auf der Grundlage der bestehenden Abkommen entwickelt.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden langfristige Vereinbarungen mit dem Ziel abschließen, eine kontinuierliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, überholte Regelungen anzupassen und die Struktur des Handels zu verbessern.

2. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland bekunden ihren Willen, zum beiderseitigen Nutzen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik zu entwickeln und die hierzu erforderlichen Verträge abzuschließen.
 3. Die mit dem Vertrag vom 26. Mai 1972 begonnene Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs wird erweitert und vertieft.
 4. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland erklären ihre Bereitschaft, im Interesse der Rechtsuchenden den Rechtsverkehr, insbesondere in den Bereichen des Zivil- und des Strafrechts, vertraglich so einfach und zweckmäßig wie möglich zu regeln.
 5. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland stimmen überein, auf der Grundlage der Satzung des Weltpostvereins und des Internationalen Fernmeldevertrages ein Post- und Fernmeldeabkommen abzuschließen. Sie werden dieses Abkommen dem Weltpostverein (UPU) und der Internationalen Fernmelde-Union (UIT) notifizieren.
- In dieses Abkommen werden die bestehenden Vereinbarungen und die für beide Seiten vorteilhaften Verfahren übernommen werden.

6. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland erklären ihr Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Sie stimmen überein, daß in dem entsprechenden Vertrag auch der Austausch von Medikamenten sowie die Behandlung in Spezialkliniken und Kuranstalten im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten geregelt werden.
7. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigen, die kulturelle Zusammenarbeit zu entwickeln. Zu diesem Zweck werden sie Verhandlungen über den Abschluß von Regierungsabkommen aufnehmen.
8. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland bekräftigen ihre Bereitschaft, nach Unterzeichnung des Vertrages die zuständigen Sportorganisationen bei den Absprachen zur Förderung der Sportbeziehungen zu unterstützen.
9. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland Vereinbarungen geschlossen werden, um zur Abwendung von Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite beizutragen.
10. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden Verhandlungen mit dem Ziel führen, den gegenseitigen Bezug von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen zu erweitern.
11. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden im Interesse der beteiligten Menschen Verhandlungen zur Regelung des nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs aufnehmen. Dabei werden sie im gegenseitigen Interesse vorrangig für den kurzfristigen Abschluß von Vereinbarungen unter sozialen Gesichtspunkten Sorge tragen.

Protokollvermerk zum Vertrag

Wegen der unterschiedlichen Rechtspositionen zu Vermögensfragen konnten diese durch den Vertrag nicht geregelt werden.

Anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland erklärt die DDR:

„Die Deutsche Demokratische Republik geht davon aus, daß der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage erleichtern wird.“

Berlin, den 21. Dezember 1972

Dr. Michael Kohl

Neuerscheinung!

Staatliche Dokumente zur Förderung der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik

Gesetzesdokumentation
383 Seiten · Leinen · 9,80 M

Der VIII. Parteitag der SED würdigte die hervorragenden Leistungen der Frauen und bezeichnete es als eine der größten Errungenschaften, die Gleichberechtigung der Frau in unserem Staat sowohl gesetzlich als auch im Leben weitgehend verwirklicht zu haben. Zugleich lenkte der Parteitag auch die Aufmerksamkeit auf die vielfältigen Fragen und Probleme, die es noch zu lösen gibt, damit alle Frauen auch in vollem Umfange von ihren gleichen Rechten Gebrauch machen können. Die allseitige Förderung der Frau bleibt daher als Angelegenheit der gesamten Gesellschaft, als Aufgabe der Parteiorganisationen, der Staatsorgane, der Gewerkschaften sowie der anderen Parteien und Massenorganisationen auf der Tagesordnung.

Diese Dokumentensammlung ist hierzu eine wirksame Hilfe.
Gliederung:

Grundsatzdokumente / Förderung der Frau im sozialistischen Bildungsprozeß / Maßnahmen zur Unterstützung der berufstätigen Frauen / Staatliche Fürsorge für Mutter und Kind / Sonstige Bestimmungen / Anhang, Sachregister.



Erhältlich im örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

29

1973

Berlin, den 22. Juni 1973

Teil II Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
21. 6. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972	29
11. 5. 73	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961	29

**Bekanntmachung
über das
Inkrafttreten des Vertrages
über die Grundlagen der Beziehungen
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Bundesrepublik Deutschland
vom 21. Dezember 1972**

vom 21. Juni 1973

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 13. Juni 1973 über den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972 (GBL II Nr. 5 S. 25) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem erfolgten Notenaustausch gemäß seinem Artikel 10 am 21. Juni 1973 in Kraft tritt.

Berlin, den 21. Juni 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**
H. Eichler

**Bekanntmachung
über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik
zur Wiener Konvention
über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961**

vom 11. Mai 1973

Hiermit wird bekanntgemacht, daß die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 4. März 1973 der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 beigetreten ist. Die Beitrittsurkunde der Deutschen De-

mokratischen Republik wurde am 2. Februar 1973 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 11 Absatz 1 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Entsprechend dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten ist die Deutsche Demokratische Republik der Auffassung, daß Meinungsverschiedenheiten über die zahlenmäßige Stärke des Personals einer diplomatischen Vertretung durch Vereinbarung zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat entschieden werden sollen.“

Zusammen mit dem Vorbehalt wurde zu den Artikeln 48 und 50 der Konvention folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik hält es für erforderlich; darauf hinzuweisen, daß die Artikel 48 und 50 der Konvention einer Reihe von Staaten die Möglichkeit nehmen, Mitglied dieser Konvention zu werden. Die Konvention regelt Fragen, die die Interessen aller Staaten berühren, und muß daher auch allen Staaten zur Teilnahme offenstehen. Gemäß dem Prinzip der souveränen Gleichheit steht keinem Staat das Recht zu, andere Staaten von der Teilnahme an einer solchen Konvention auszuschließen.“

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 11. Mai 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**
H. Eichler

VIENNA CONVENTION ON DIPLOMATIC RELATIONS

The States Parties to the present Convention,

Recalling that peoples of all nations from ancient times have recognized the status of diplomatic agents,

Having in mind the purposes and principles of the Charter of the United Nations concerning the sovereign equality of States, the maintenance of international peace and security, and the promotion of friendly relations among nations,

Believing that an international convention on diplomatic intercourse, privileges and immunities would contribute to the development of friendly relations among nations, irrespective of their differing constitutional and social systems,

Realizing that the purpose of such privileges and immunities is not to benefit individuals but to ensure the efficient performance of the functions of diplomatic missions as representing States,

Affirming that the rules of customary international law should continue to govern questions not expressly regulated by the provisions of the present Convention,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purpose of the present Convention, the following expressions shall have the meanings hereunder assigned to them:

- (a) the "head of the mission" is the person charged by the sending State with the duty of acting in that capacity;
- (b) the "members of the mission" are the head of the mission and the members of the staff of the mission;
- (c) the "members of the staff of the mission" are the members of the diplomatic staff, of the administrative and technical staff and of the service staff of the mission;
- (d) the "members of the diplomatic staff" are the members of the staff of the mission having diplomatic rank;
- (e) a "diplomatic agent" is the head of the mission or a member of the diplomatic staff of the mission;
- (f) the "members of the administrative and technical staff" are the members of the staff of the mission employed in the administrative and technical service of the mission;
- (g) the "members of the service staff" are the members of the staff of the mission in the domestic service of the mission;
- (h) a "private servant" is a person who is in the domestic service of a member of the mission and who is not an employee of the sending State;
- (i) the "premises of the mission" are the buildings or parts of buildings and the land ancillary thereto, irrespective of ownership, used for the purposes of the mission including the residence of the head of the mission.

Article 2

The establishment of diplomatic relations between States, and of permanent diplomatic missions, takes place by mutual consent.

Article 3

1. The functions of a diplomatic mission consist *inter alia* in:
 - (a) representing the sending State in the receiving State;
 - (b) protecting in the receiving State the interests of the sending State and of its nationals, within the limits permitted by international law;
 - (c) negotiating with the Government of the receiving State;
 - (d) ascertaining by all lawful means conditions and developments in the receiving State, and reporting thereon to the Government of the sending State;
 - (e) promoting friendly relations between the sending State and the receiving State, and developing their economic, cultural and scientific relations.

2. Nothing in the present Convention shall be construed as preventing the performance of consular functions by a diplomatic mission.

Article 4

1. The sending State must make certain that the agreement of the receiving State has been given for the person it proposes to accredit as head of the mission to that State.
2. The receiving State is not obliged to give reasons to the sending State for a refusal of agreement.

Article 5

1. The sending State may, after it has given due notification to the receiving States concerned, accredit a head of mission or assign any member of the diplomatic staff, as the case may be, to more than one State, unless there is express objection by any of the receiving States.
2. If the sending State accredits a head of mission to one or more other States it may establish a diplomatic mission headed by a *chargé d'affaires ad interim* in each State where the head of mission has not his permanent seat.
3. A head of mission or any member of the diplomatic staff of the mission may act as representative of the sending State to any international organization.

Article 6

Two or more States may accredit the same person as head of mission to another State, unless objection is offered by the receiving State.

Article 7

Subject to the provisions of Articles 5, 8, 9 and 11, the sending State may freely appoint the members of the staff of the mission. In the case of military, naval or air attachés, the receiving State may require their names to be submitted beforehand, for its approval.

Article 8

1. Members of the diplomatic staff of the mission should in principle be of the nationality of the sending State.
2. Members of the diplomatic staff of the mission may not be appointed from among persons having the nationality of the receiving State, except with the consent of that State which may be withdrawn at any time.
3. The receiving State may reserve the same right with regard to nationals of a third State who are not also nationals of the sending State.

Article 9

1. The receiving State may at any time and without having to explain its decision, notify the sending State that the head of the mission or any member of the diplomatic staff of the mission is *persona non grata* or that any other member of the staff of the mission is not acceptable. In any such case, the sending State shall, as appropriate, either recall the person concerned or terminate his functions with the mission. A person may be declared *non grata* or not acceptable before arriving in the territory of the receiving State.
2. If the sending State refuses or fails within a reasonable period to carry out its obligations under paragraph 1 of this Article, the receiving State may refuse to recognize the person concerned as a member of the mission.

Article 10

1. The Ministry for Foreign Affairs of the receiving State, or such other ministry as may be agreed, shall be notified of:
 - (a) the appointment of members of the mission, their arrival and their final departure or the termination of their functions with the mission;

- (b) the arrival and final departure of a person belonging to the family of a member of the mission and, where appropriate, the fact that a person becomes or ceases to be a member of the family of a member of the mission;
 - (c) the arrival and final departure of private servants in the employ of persons referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph and, where appropriate, the fact that they are leaving the employ of such persons;
 - (d) the engagement and discharge of persons resident in the receiving State as members of the mission or private servants entitled to privileges and immunities.
2. Where possible, prior notification of arrival and final departure shall also be given.

Article 11

1. In the absence of specific agreement as to the size of the mission, the receiving State may require that the size of a mission be kept within limits considered by it to be reasonable and normal, having regard to circumstances and conditions in the receiving State and to the needs of the particular mission.

2. The receiving State may equally, within similar bounds and on a non-discriminatory basis, refuse to accept officials of a particular category.

Article 12

The sending State may not, without the prior express consent of the receiving State, establish offices forming part of the mission in localities other than those in which the mission itself is established.

Article 13

1. The head of the mission is considered as having taken up his functions in the receiving State either when he has presented his credentials or when he has notified his arrival and a true copy of his credentials has been presented to the Ministry for Foreign Affairs of the receiving State, or such other ministry as may be agreed, in accordance with the practice prevailing in the receiving State which shall be applied in a uniform manner.

2. The order of presentation of credentials or of a true copy thereof will be determined by the date and time of the arrival of the head of the mission.

Article 14

1. Heads of mission are divided into three classes, namely:

- (a) that of ambassadors or nuncios accredited to Heads of State, and other heads of mission of equivalent rank;
- (b) that of envoys, ministers and internuncios accredited to Heads of State;
- (c) that of *chargés d'affaires* accredited to Ministers for Foreign Affairs.

2. Except as concerns precedence and etiquette, there shall be no differentiation between heads of mission by reason of their class.

Article 15

The class to which the heads of their missions are to be assigned shall be agreed between States.

Article 16

1. Heads of mission shall take precedence in their respective classes in the order of the date and time of taking up their functions in accordance with Article 13.

2. Alterations in the credentials of a head of mission not involving any change of class shall not affect his precedence.

3. This article is without prejudice to any practice accepted by the receiving State regarding the precedence of the representative of the Holy See.

Article 17

The precedence of the members of the diplomatic staff of the mission shall be notified by the head of the mission to the Ministry for Foreign Affairs or such other ministry as may be agreed.

Article 18

The procedure to be observed in each State for the reception of heads of mission shall be uniform in respect of each class.

Article 19

1. If the post of head of the mission is vacant, or if the head of the mission is unable to perform his functions, a *chargé d'affaires ad interim* shall act provisionally as head of the mission. The name of the *chargé d'affaires ad interim* shall be notified, either by the head of the mission or, in case he is unable to do so, by the Ministry for Foreign Affairs of the sending State to the Ministry for Foreign Affairs of the receiving State or such other ministry as may be agreed.

2. In cases where no member of the diplomatic staff of the mission is present in the receiving State, a member of the administrative and technical staff may, with the consent of the receiving State, be designated by the sending State to be in charge of the current administrative affairs of the mission.

Article 20

The mission and its head shall have the right to use the flag and emblem of the sending State on the premises of the mission, including the residence of the head of the mission, and on his means of transport.

Article 21

1. The receiving State shall either facilitate the acquisition on its territory, in accordance with its laws, by the sending State of premises necessary for its mission or assist the latter in obtaining accommodation in some other way.

2. It shall also, where necessary, assist missions in obtaining suitable accommodation for their members.

Article 22

1. The premises of the mission shall be inviolable. The agents of the receiving State may not enter them, except with the consent of the head of the mission.

2. The receiving State is under a special duty to take all appropriate steps to protect the premises of the mission against any intrusion or damage and to prevent any disturbance of the peace of the mission or impairment of its dignity.

3. The premises of the mission, their furnishings and other property thereon and the means of transport of the mission shall be immune from search, requisition, attachment or execution.

Article 23

1. The sending State and the head of the mission shall be exempt from all national, regional or municipal dues and taxes in respect of the premises of the mission, whether owned or leased, other than such as represent payment for specific services rendered.

2. The exemption from taxation referred to in this Article shall not apply to such dues and taxes payable under the law of the receiving State by persons contracting with the sending State or the head of the mission.

Article 24

The archives and documents of the mission shall be inviolable at any time and wherever they may be.

Article 25

The receiving State shall accord full facilities for the performance of the functions of the mission.

Article 26

Subject to its laws and regulations concerning zones entry into which is prohibited or regulated for reasons of national security, the receiving State shall ensure to all members of the mission freedom of movement and travel in its territory.

Article 27

1. The receiving State shall permit and protect free communication on the part of the mission for all official purposes. In communicating with the Government and the other missions and consulates of the sending State, wherever situated, the mission may employ all appropriate means, including diplomatic couriers and messages in code or cipher. However, the mission may install and use a wireless transmitter only with the consent of the receiving State.

2. The official correspondence of the mission shall be inviolable. Official correspondence means all correspondence relating to the mission and its functions.

3. The diplomatic bag shall not be opened or detained.

4. The packages constituting the diplomatic bag must bear visible external marks of their character and may contain only diplomatic documents or articles intended for official use.

5. The diplomatic courier, who shall be provided with an official document indicating his status and the number of packages constituting the diplomatic bag, shall be protected by the receiving State in the performance of his functions. He shall enjoy personal inviolability and shall not be liable to any form of arrest or detention.

6. The sending State or the mission may designate diplomatic couriers *ad hoc*. In such cases the provisions of paragraph 5 of this Article shall also apply, except that the immunities therein mentioned shall cease to apply when such a courier has delivered to the consignee the diplomatic bag in his charge.

7. A diplomatic bag may be entrusted to the captain of a commercial aircraft scheduled to land at an authorized port of entry. He shall be provided with an official document indicating the number of packages constituting the bag but he shall not be considered to be a diplomatic courier. The mission may send one of its members to take possession of the diplomatic bag directly and freely from the captain of the aircraft.

Article 28

The fees and charges levied by the mission in the course of its official duties shall be exempt from all dues and taxes.

Article 29

The person of a diplomatic agent shall be inviolable. He shall not be liable to any form of arrest or detention. The receiving State shall treat him with due respect and shall take all appropriate steps to prevent any attack on his person, freedom or dignity.

Article 30

1. The private residence of a diplomatic agent shall enjoy the same inviolability and protection as the premises of the mission.

2. His papers, correspondence and, except as provided in paragraph 3 of Article 31, his property, shall likewise enjoy inviolability.

Article 31

1. A diplomatic agent shall enjoy immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State. He shall also enjoy immunity from its civil and administrative jurisdiction, except in the case of:

- (a) a real action relating to private immovable property situated in the territory of the receiving State, unless

he holds it on behalf of the sending State for the purposes of the mission:

- (b) an action relating to succession in which the diplomatic agent is involved as executor, administrator, heir or legatee as a private person and not on behalf of the sending State;
- (c) an action relating to any professional or commercial activity exercised by the diplomatic agent in the receiving State outside his official functions.

2. A diplomatic agent is not obliged to give evidence as a witness.

3. No measures of execution may be taken in respect of a diplomatic agent except in the cases coming under sub-paragraphs (a), (b) and (c) of paragraph 1 of this Article, and provided that the measures concerned can be taken without infringing the inviolability of his person or of his residence.

4. The immunity of a diplomatic agent from the jurisdiction of the receiving State does not exempt him from the jurisdiction of the sending State.

Article 32

1. The immunity from jurisdiction of diplomatic agents and of persons enjoying immunity under Article 37 may be waived by the sending State.

2. Waiver must always be express.

3. The initiation of proceedings by a diplomatic agent or by a person enjoying immunity from jurisdiction under Article 37 shall preclude him from invoking immunity from jurisdiction in respect of any counter-claim directly connected with the principal claim.

4. Waiver of immunity from jurisdiction in respect of civil or administrative proceedings shall not be held to imply waiver of immunity in respect of the execution of the judgment, for which a separate waiver shall be necessary.

Article 33

1. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, a diplomatic agent shall with respect to services rendered for the sending State be exempt from social security provisions which may be in force in the receiving State.

2. The exemption provided for in paragraph 1 of this Article shall also apply to private servants who are in the sole employ of a diplomatic agent, on condition:

- (a) that they are not nationals of or permanently resident in the receiving State; and
- (b) that they are covered by the social security provisions which may be in force in the sending State or a third State.

3. A diplomatic agent who employs persons to whom the exemption provided for in paragraph 2 of this Article does not apply shall observe the obligations which the social security provisions of the receiving State impose upon employers.

4. The exemption provided for in paragraphs 1 and 2 of this Article shall not preclude voluntary participation in the social security system of the receiving State provided that such participation is permitted by that State.

5. The provisions of this Article shall not affect bilateral or multilateral agreements concerning social security concluded previously and shall not prevent the conclusion of such agreements in the future.

Article 34

A diplomatic agent shall be exempt from all dues and taxes, personal or real, national, regional or municipal, except:

- (a) indirect taxes of a kind which are normally incorporated in the price of goods or services;

- (b) dues and taxes on private immovable property situated in the territory of the receiving State, unless he holds it on behalf of the sending State for the purposes of the mission;
- (c) estate, succession or inheritance duties levied by the receiving State, subject to the provisions of paragraph 4 of Article 39;
- (d) dues and taxes on private income having its source in the receiving State and capital taxes on investments made in commercial undertakings in the receiving State;
- (e) charges levied for specific services rendered;
- (f) registration, court or record fees, mortgage dues and stamp duty, with respect to immovable property, subject to the provisions of Article 23.

Article 35

The receiving State shall exempt diplomatic agents from all personal services, from all public service of any kind whatsoever, and from military obligations such as those connected with requisitioning, military contributions and billeting.

Article 36

1. The receiving State shall, in accordance with such laws and regulations as it may adopt, permit entry of and grant exemption from all customs duties, taxes, and related charges other than charges for storage, cartage and similar services, on:

- (a) articles for the official use of the mission;
- (b) articles for the personal use of a diplomatic agent or members of his family forming part of his household, including articles intended for this establishment.

2. The personal baggage of a diplomatic agent shall be exempt from inspection, unless there are serious grounds for presuming that it contains articles not covered by the exemptions mentioned in paragraph 1 of this Article, or articles the import or export of which is prohibited by the law or controlled by the quarantine regulations of the receiving State. Such inspection shall be conducted only in the presence of the diplomatic agent or of his authorized representative.

Article 37

1. The members of the family of a diplomatic agent forming part of his household shall, if they are not nationals of the receiving State, enjoy the privileges and immunities specified in Articles 29 to 36.

2. Members of the administrative and technical staff of the mission, together with members of their families forming part of their respective households, shall, if they are not nationals of or permanently resident in the receiving State, enjoy the privileges and immunities specified in Articles 29 to 35, except that the immunity from civil and administrative jurisdiction of the receiving State specified in paragraph 1 of Article 31 shall not extend to acts performed outside the course of their duties. They shall also enjoy the privileges specified in Article 36, paragraph 1, in respect of articles imported at the time of first installation.

3. Members of the service staff of the mission who are not nationals of or permanently resident in the receiving State shall enjoy immunity in respect of acts performed in the course of their duties, exemption from dues and taxes on the emoluments they receive by reason of their employment and the exemption contained in Article 33.

4. Private servants of members of the mission shall, if they are not nationals of or permanently resident in the receiving State, be exempt from dues and taxes on the emoluments they receive by reason of their employment. In other respects, they may enjoy privileges and immunities only to the extent admitted by the receiving State. However, the receiving State

must exercise its jurisdiction over those persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the functions of the mission.

Article 38

1. Except insofar as additional privileges and immunities may be granted by the receiving State, a diplomatic agent who is a national of or permanently resident in that State shall enjoy only immunity from jurisdiction, and inviolability, in respect of official acts performed in the exercise of his functions.

2. Other members of the staff of the mission and private servants who are nationals of or permanently resident in the receiving State shall enjoy privileges and immunities only to the extent admitted by the receiving State. However, the receiving State must exercise its jurisdiction over those persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the functions of the mission.

Article 39

1. Every person entitled to privileges and immunities shall enjoy them from the moment he enters the territory of the receiving State on proceeding to take up his post or, if already in its territory, from the moment when his appointment is notified to the Ministry for Foreign Affairs or such other ministry as may be agreed.

2. When the functions of a person enjoying privileges and immunities have come to an end, such privileges and immunities shall normally cease at the moment when he leaves the country, or on expiry of a reasonable period in which to do so, but shall subsist until that time, even in case of armed conflict. However, with respect to acts performed by such a person in the exercise of his functions as a member of the mission, immunity shall continue to subsist.

3. In case of the death of a member of the mission, the members of his family shall continue to enjoy the privileges and immunities to which they are entitled until the expiry of a reasonable period in which to leave the country.

4. In the event of the death of a member of the mission not a national of or permanently resident in the receiving State or a member of his family forming part of his household, the receiving State shall permit the withdrawal of the movable property of the deceased, with the exception of any property acquired in the country the export of which was prohibited at the time of his death. Estate, succession and inheritance duties shall not be levied on movable property the presence of which in the receiving State was due solely to the presence there of the deceased as a member of the mission or as a member of the family of a member of the mission.

Article 40

1. If a diplomatic agent passes through or is in the territory of a third State, which has granted him a passport visa if such visa was necessary, while proceeding to take up or to return to his post, or when returning to his own country, the third State shall accord him inviolability and such other immunities as may be required to ensure his transit or return. The same shall apply in the case of any members of his family enjoying privileges or immunities who are accompanying the diplomatic agent, or travelling separately to join him or to return to their country.

2. In circumstances similar to those specified in paragraph 1 of this Article, third States shall not hinder the passage of members of the administrative and technical or service staff of a mission, and of members of their families, through their territories.

3. Third States shall accord to official correspondence and other official communications in transit, including messages in code or cipher, the same freedom and protection as is accorded by the receiving State. They shall accord to diplo-

matic couriers, who have been granted a passport visa if such visa was necessary, and diplomatic bags in transit the same inviolability and protection as the receiving State is bound to accord.

4. The obligations of third States under paragraphs 1, 2 and 3 of this Article shall also apply to the persons mentioned respectively in those paragraphs, and to official communications and diplomatic bags, whose presence in the territory of the third State is due to force majeure.

Article 41

1. Without prejudice to their privileges and immunities, it is the duty of all persons enjoying such privileges and immunities to respect the laws and regulations of the receiving State. They also have a duty not to interfere in the internal affairs of that State.

2. All official business with the receiving State entrusted to the mission by the sending State shall be conducted with or through the Ministry for Foreign Affairs of the receiving State or such other ministry as may be agreed.

3. The premises of the mission must not be used in any manner incompatible with the functions of the mission as laid down in the present Convention or by other rules of general international law or by any special agreements in force between the sending and the receiving State.

Article 42

A diplomatic agent shall not in the receiving State practise for personal profit any professional or commercial activity.

Article 43

The function of a diplomatic agent comes to an end, *inter alia*:

- (a) on notification by the sending State to the receiving State that the function of the diplomatic agent has come to an end;
- (b) on notification by the receiving State to the sending State that, in accordance with paragraph 2 of Article 9, it refuses to recognize the diplomatic agent as a member of the mission.

Article 44

The receiving State must, even in case of armed conflict, grant facilities in order to enable persons enjoying privileges and immunities, other than nationals of the receiving State, and members of the families of such persons irrespective of their nationality, to leave at the earliest possible moment. It must, in particular, in case of need, place at their disposal the necessary means of transport for themselves and their property.

Article 45

If diplomatic relations are broken off between two States, or if a mission is permanently or temporarily recalled:

- (a) the receiving State must, even in case of armed conflict, respect and protect the premises of the mission, together with its property and archives;
- (b) the sending State may entrust the custody of the premises of the mission, together with its property and archives, to a third State acceptable to the receiving State;
- (c) the sending State may entrust the protection of its interests and those of its nationals to a third State acceptable to the receiving State.

Article 46

A sending State may with the prior consent of a receiving State, and at the request of a third State not represented in the receiving State, undertake the temporary protection of the interests of the third State and of its nationals.

Article 47

1. In the application of the provisions of the present Convention, the receiving State shall not discriminate as between States.

2. However, discrimination shall not be regarded as taking place:

- (a) where the receiving State applies any of the provisions of the present Convention restrictively because of a restrictive application of that provision to its mission in the sending State;
- (b) where by custom or agreement States extend to each other more favourable treatment than is required by the provisions of the present Convention.

Article 48

The present Convention shall be open for signature by all States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies or Parties to the Statute of the International Court of Justice, and by any other State invited by the General Assembly of the United Nations to become a Party to the Convention, as follows: until 31 October 1961 at the Federal Ministry for Foreign Affairs of Austria and subsequently, until 31 March 1962, at the United Nations Headquarters in New York.

Article 49

The present Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 50

The present Convention shall remain open for accession by any State belonging to any of the four categories mentioned in Article 48. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 51

1. The present Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the twenty-second instrument of ratification or accession with the Secretary-General of the United Nations.

2. For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the twenty-second instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 52

The Secretary-General of the United Nations shall inform all States belonging to any of the four categories mentioned in Article 48:

- (a) of signatures to the present Convention and of the deposit of instruments of ratification or accession, in accordance with Articles 48, 49 and 50;
- (b) of the date on which the present Convention will enter into force, in accordance with Article 51.

Article 53

The original of the present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified copies thereof to all States belonging to any of the four categories mentioned in Article 48.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

DONE AT VIENNA, this eighteenth day of April one thousand nine hundred and sixty-one.

CONVENTION DE VIENNE SUR LES RELATIONS DIPLOMATIQUES

Les Etats Parties à la présente Convention,

Rappelant que, depuis une époque reculée, les peuples de tous les pays reconnaissent le statut des agents diplomatiques,

Conscients des buts et des principes de la Charte des Nations Unies concernant l'égalité souveraine des Etats, le maintien de la paix et de la sécurité internationales et le développement de relations amicales entre les nations,

Persuadés qu'une convention internationale sur les relations, privilèges et immunités diplomatiques contribuerait à favoriser les relations d'amitié entre les pays, quelle que soit la diversité de leurs régimes constitutionnels et sociaux,

Convaincus que le but desdits privilèges et immunités est non pas d'avantager des individus mais d'assurer l'accomplissement efficace des fonctions des missions diplomatiques en tant que représentant des Etats,

Affirmant que les règles du droit international coutumier doivent continuer à régir les questions qui n'ont pas été expressément réglées dans les dispositions de la présente Convention,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Aux fins de la présente Convention, les expressions suivantes s'entendent comme il est précisé ci-dessous:

- a) l'expression « chef de mission » s'entend de la personne chargée par l'Etat accréditant d'agir en cette qualité;
- b) l'expression « membres de la mission » s'entend du chef de la mission et des membres du personnel de la mission;
- c) l'expression « membres du personnel de la mission » s'entend des membres du personnel diplomatique, du personnel administratif et technique et du personnel de service de la mission;
- d) l'expression « membres du personnel diplomatique » s'entend des membres du personnel de la mission qui ont la qualité de diplomates;
- e) l'expression « agent diplomatique » s'entend du chef de la mission ou d'un membre du personnel diplomatique de la mission;
- f) l'expression « membres du personnel administratif et technique » s'entend des membres du personnel de la mission employés dans le service administratif et technique de la mission;
- g) l'expression « membres du personnel de service » s'entend des membres du personnel de la mission employés au service domestique de la mission;
- h) l'expression « domestique privé » s'entend des personnes employées au service domestique d'un membre de la mission, qui ne sont pas des employés de l'Etat accréditant;
- i) l'expression « locaux de la mission » s'entend des bâtiments ou des parties de bâtiments et du terrain attenant qui, quel qu'en soit le propriétaire, sont utilisés aux fins de la mission, y compris la résidence du chef de la mission.

Article 2

L'établissement de relations diplomatiques entre Etats et l'envoi de missions diplomatiques permanentes se font par consentement mutuel.

Article 3

1. Les fonctions d'une mission diplomatique consistent notamment à:

- a) représenter l'Etat accréditant auprès de l'Etat accréditaire;

- b) protéger dans l'Etat accréditaire les intérêts de l'Etat accréditant et de ses ressortissants, dans les limites admises par le droit international;
- c) négocier avec le gouvernement de l'Etat accréditaire;
- d) s'informer par tous les moyens licites des conditions et de l'évolution des événements dans l'Etat accréditaire et faire rapport à ce sujet au gouvernement de l'Etat accréditant;
- e) promouvoir des relations amicales et développer les relations économiques, culturelles et scientifiques entre l'Etat accréditant et l'Etat accréditaire.

2. Aucune disposition de la présente Convention ne saurait être interprétée comme interdisant l'exercice de fonctions consulaires par une mission diplomatique.

Article 4

1. L'Etat accréditant doit s'assurer que la personne qu'il envisage d'accréditer comme chef de la mission auprès de l'Etat accréditaire a reçu l'agrément de cet Etat.

2. L'Etat accréditaire n'est pas tenu de donner à l'Etat accréditant les raisons d'un refus d'agrément.

Article 5

1. L'Etat accréditant, après due notification aux Etats accréditaires intéressés, peut accréditer un chef de mission ou affecter un membre du personnel diplomatique, suivant le cas, auprès de plusieurs Etats, à moins que l'un des Etats accréditaires ne s'y oppose expressément.

2. Si l'Etat accréditant accrédite un chef de mission auprès d'un ou de plusieurs autres Etats, il peut établir une mission diplomatique dirigée par un chargé d'affaires ad interim dans chacun des Etats où le chef de la mission n'a pas sa résidence permanente.

3. Un chef de mission ou un membre du personnel diplomatique de la mission peut représenter l'Etat accréditant auprès de toute organisation internationale.

Article 6

Plusieurs Etats peuvent accréditer la même personne en qualité de chef de mission auprès d'un autre Etat, à moins que l'Etat accréditaire ne s'y oppose.

Article 7

Sous réserve des dispositions des articles 5, 8, 9 et 11, l'Etat accréditant nomme à son choix les membres du personnel de la mission. En ce qui concerne les attachés militaires, navals ou de l'air, l'Etat accréditaire peut exiger que leurs noms lui soient soumis à l'avance aux fins d'approbation.

Article 8

1. Les membres du personnel diplomatique de la mission auront en principe la nationalité de l'Etat accréditant.

2. Les membres du personnel diplomatique de la mission ne peuvent être choisis parmi les ressortissants de l'Etat accréditaire qu'avec le consentement de cet Etat, qui peut en tout temps le retirer.

3. L'Etat accréditaire peut se réserver le même droit en ce qui concerne les ressortissants d'un Etat tiers qui ne sont pas également ressortissants de l'Etat accréditant.

Article 9

1. L'Etat accréditaire peut, à tout moment et sans avoir à motiver sa décision, informer l'Etat accréditant que le chef ou toute autre membre du personnel diplomatique de la mission est *persona non grata* ou que tout autre membre du personnel de la mission n'est pas acceptable. L'Etat accréditant rappellera alors la personne en cause ou mettra fin à ses

fonctions auprès de la mission, selon le cas. Une personne peut être déclarée non *grata* ou non acceptable avant d'arriver sur le territoire de l'Etat accréditaire.

2. Si l'Etat accréditant refuse d'exécuter, ou n'exécute pas dans un délai raisonnable, les obligations qui lui incombent aux termes du paragraphe 1 du présent article, l'Etat accréditaire peut refuser de reconnaître à la personne en cause la qualité de membre de la mission.

Article 10

1. Sont notifiés au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat accréditaire ou à tel autre ministère dont il aura été convenu:

- a) la nomination des membres de la mission, leur arrivée et leur départ définitif ou la cessation de leurs fonctions dans la mission;
- b) l'arrivée et le départ définitif d'une personne appartenant à la famille d'un membre de la mission, et, s'il y a lieu, le fait qu'une personne devient ou cesse d'être membre de la famille d'un membre de la mission;
- c) l'arrivée et le départ définitif de domestiques privés au service des personnes visées à l'alinéa a) ci-dessus, et, s'il y a lieu, le fait qu'ils quittent le service desdites personnes;
- d) l'engagement et le congédiement de personnes résidant dans l'Etat accréditaire, en tant que membres de la mission ou en tant que domestiques privés ayant droit aux privilèges et immunités.

2. Toutes les fois qu'il est possible, l'arrivée et le départ définitif doivent également faire l'objet d'une notification préalable.

Article 11

1. A défaut d'accord explicite sur l'effectif de la mission, l'Etat accréditaire peut exiger que cet effectif soit maintenu dans les limites de ce qu'il considère comme raisonnable et normal, eu égard aux circonstances et conditions qui règnent dans cet Etat et aux besoins de la mission en cause.

2. L'Etat accréditaire peut également, dans les mêmes limites et sans discrimination, refuser d'admettre des fonctionnaires d'une certaine catégorie.

Article 12

L'Etat accréditant ne doit pas, sans avoir obtenu au préalable le consentement exprès de l'Etat accréditaire, établir des bureaux faisant partie de la mission dans d'autres localités que celles où la mission elle-même est établie.

Article 13

1. Le chef de la mission est réputé avoir assumé ses fonctions dans l'Etat accréditaire dès qu'il a présenté ses lettres de créance ou dès qu'il a notifié son arrivée et qu'une copie figurée de ses lettres de créance a été présentée au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat accréditaire, ou à tel autre ministère dont il aura été convenu, selon la pratique en vigueur dans l'Etat accréditaire, qui doit être appliquée d'une manière uniforme.

2. L'ordre de présentation des lettres de créance ou d'une copie figurée de ces lettres est déterminé par la date et l'heure d'arrivée du chef de la mission.

Article 14

1. Les chefs de mission sont répartis en trois classes, à savoir:

- a) celle des ambassadeurs ou nonces accrédités auprès des chefs d'Etat et des autres chefs de mission ayant un rang équivalent;

b) celle des envoyés, ministres ou internonces accrédités auprès des chefs d'Etat;

c) celle des chargés d'affaires accrédités auprès des Ministres des Affaires étrangères.

2. Sauf en ce qui touche la préséance et l'étiquette, aucune différence n'est faite entre les chefs de mission en raison de leur classe.

Article 15

Les Etats conviennent de la classe à laquelle doivent appartenir les chefs de leurs missions.

Article 16

1. Les chefs de mission prennent rang dans chaque classe suivant la date et l'heure à laquelle ils ont assumé leurs fonctions conformément à l'article 13.

2. Les modifications apportées aux lettres de créance d'un chef de mission qui n'impliquent pas de changements de classe n'affectent pas son rang de préséance.

3. Le présent article n'affecte pas les usages qui sont ou seraient acceptés par l'Etat accréditaire en ce qui concerne la préséance du représentant du Saint-Siège.

Article 17

L'ordre de préséance des membres du personnel diplomatique de la mission est notifié par le chef de mission au Ministère des Affaires étrangères ou à tel autre ministère dont il aura été convenu.

Article 18

Dans chaque Etat, la procédure à suivre pour la réception des chefs de mission doit être uniforme à l'égard de chaque classe.

Article 19

1. Si le poste de chef de la mission est vacant, ou si le chef de la mission est empêché d'exercer ses fonctions, un chargé d'affaires *ad interim* agit à titre provisoire comme chef de la mission. Le nom du chargé d'affaires *ad interim* sera notifié soit par le chef de la mission, soit, au cas où celui-ci est empêché de le faire, par le Ministère des Affaires étrangères de l'Etat accréditant, au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat accréditaire ou à tel autre ministère dont il aura été convenu.

2. Au cas où aucun membre du personnel diplomatique de la mission n'est présent dans l'Etat accréditaire, un membre du personnel administratif et technique peut, avec le consentement de l'Etat accréditaire, être désigné par l'Etat accréditant pour gérer les affaires administratives courantes de la mission.

Article 20

La mission et son chef ont le droit de placer le drapeau et l'emblème de l'Etat accréditant sur les locaux de la mission, y compris la résidence du chef de la mission, et sur les moyens de transport de celui-ci.

Article 21

1. L'Etat accréditaire doit, soit faciliter l'acquisition sur son territoire, dans le cadre de sa législation, par l'Etat accréditant des locaux nécessaires à sa mission, soit aider l'Etat accréditant à se procurer des locaux d'une autre manière.

2. Il doit également, s'il en est besoin, aider les missions à obtenir des logements convenables pour leurs membres.

Article 22

1. Les locaux de la mission sont inviolables. Il n'est pas permis aux agents de l'Etat accréditaire d'y pénétrer, sauf avec le consentement du chef de la mission.

2. L'Etat accréditaire a l'obligation spéciale de prendre toutes mesures appropriées afin d'empêcher que les locaux de la mission ne soient envahis ou endommagés, la paix de la mission troublée ou sa dignité amoindrie.

3. Les locaux de la mission, leur ameublement et les autres objets qui s'y trouvent, ainsi que les moyens de transport de la mission, ne peuvent faire l'objet d'aucune perquisition, réquisition, saisie ou mesure d'exécution.

Article 23

1. L'Etat accréditant et le chef de la mission sont exempts de tous impôts et taxes nationaux, régionaux ou communaux, au titre des locaux de la mission dont ils sont propriétaires ou locataires, pourvu qu'il ne s'agisse pas d'impôts ou taxes perçus en rémunération de services particuliers rendus.

2. L'exemption fiscale prévue dans le présent article ne s'applique pas à ces impôts et taxes lorsque, d'après la législation de l'Etat accréditaire, ils sont à la charge de la personne qui traite avec l'Etat accréditant ou avec le chef de la mission.

Article 24

Les archives et documents de la mission sont inviolables à tout moment et en quelque lieu qu'ils se trouvent.

Article 25

L'Etat accréditaire accorde toutes facilités pour l'accomplissement des fonctions de la mission.

Article 26

Sous réserve de ses lois et règlements relatifs aux zones dont l'accès est interdit ou réglementé pour des raisons de sécurité nationale, l'Etat accréditaire assure à tous les membres de la mission la liberté de déplacement et de circulation sur son territoire.

Article 27

1. L'Etat accréditaire permet et protège la libre communication de la mission pour toutes fins officielles. En communiquant avec le gouvernement ainsi qu'avec les autres missions et consulats de l'Etat accréditant, où qu'ils se trouvent, la mission peut employer tous les moyens de communication appropriés, y compris les courriers diplomatiques et les messages en code ou en chiffre. Toutefois, la mission ne peut installer et utiliser un poste émetteur de radio qu'avec l'assentiment de l'Etat accréditaire.

2. La correspondance officielle de la mission est inviolable. L'expression « correspondance officielle » s'entend de toute la correspondance relative à la mission et à ses fonctions.

3. La valise diplomatique ne doit être ni ouverte ni retenue.

4. Les colis constituant la valise diplomatique doivent porter des marques extérieures visibles de leur caractère et ne peuvent contenir que des documents diplomatiques ou des objets à usage officiel.

5. Le courrier diplomatique, qui doit être porteur d'un document officiel attestant sa qualité et précisant le nombre de colis constituant la valise diplomatique, est, dans l'exercice de ses fonctions, protégé par l'Etat accréditaire. Il jouit de l'inviolabilité de sa personne et ne peut être soumis à aucune forme d'arrestation ou de détention.

6. L'Etat accréditant, ou la mission, peut nommer des courriers diplomatiques *ad hoc*. Dans ce cas, les dispositions du paragraphe 5 du présent article seront également applicables, sous réserve que les immunités qui y sont mentionnées cesseront de s'appliquer dès que le courrier aura remis au destinataire la valise diplomatique dont il a la charge.

7. La valise diplomatique peut être confiée au commandant d'un aéronef commercial qui doit atterrir à un point d'entrée

autorisé. Ce commandant doit être porteur d'un document officiel indiquant le nombre de colis constituant la valise, mais il n'est pas considéré comme un courrier diplomatique. La mission peut envoyer un de ses membres prendre, directement et librement, possession de la valise diplomatique des mains du commandant de l'aéronef.

Article 28

Les droits et redevances perçus par la mission pour des actes officiels sont exempts de tous impôts et taxes.

Article 29

La personne de l'agent diplomatique est inviolable. Il ne peut être soumis à aucune forme d'arrestation ou de détention. L'Etat accréditaire le traite avec le respect qui lui est dû, et prend toutes mesures appropriées pour empêcher toute atteinte à sa personne, sa liberté et sa dignité.

Article 30

1. La demeure privée de l'agent diplomatique jouit de la même inviolabilité et de la même protection que les locaux de la mission.

2. Ses documents, sa correspondance et, sous réserve du paragraphe 3 de l'article 31, ses biens jouissent également de l'inviolabilité.

Article 31

1. L'agent diplomatique jouit de l'immunité de la juridiction pénale de l'Etat accréditaire. Il jouit également de l'immunité de sa juridiction civile et administrative, sauf s'il s'agit:

a) d'une action réelle concernant un immeuble privé situé sur le territoire de l'Etat accréditaire, à moins que l'agent diplomatique ne le possède pour le compte de l'Etat accréditant aux fins de la mission;

b) d'une action concernant une succession, dans laquelle l'agent diplomatique figure comme exécuteur testamentaire, administrateur, héritier ou légataire, à titre privé et non pas au nom de l'Etat accréditant;

c) d'une action concernant une activité professionnelle ou commerciale, quelle qu'elle soit, exercée par l'agent diplomatique dans l'Etat accréditaire en dehors de ses fonctions officielles.

2. L'agent diplomatique n'est pas obligé de donner son témoignage.

3. Aucune mesure d'exécution ne peut être prise à l'égard de l'agent diplomatique, sauf dans les cas prévus aux alinéas a), b) et c) du paragraphe 1 du présent article, et pourvu que l'exécution puisse se faire sans qu'il soit porté atteinte à l'inviolabilité de sa personne ou de sa demeure.

4. L'immunité de juridiction d'un agent diplomatique dans l'Etat accréditaire ne saurait exempter cet agent de la juridiction de l'Etat accréditant.

Article 32

1. L'Etat accréditant peut renoncer à l'immunité de juridiction des agents diplomatiques et des personnes qui bénéficient de l'immunité en vertu de l'article 37.

2. La renonciation doit toujours être expresse.

3. Si un agent diplomatique ou une personne bénéficiant de l'immunité de juridiction en vertu de l'article 37 engage une procédure, il n'est plus recevable à invoquer l'immunité de juridiction à l'égard de toute demande reconventionnelle directement liée à la demande principale.

4. La renonciation à l'immunité de juridiction pour une action civile ou administrative n'est pas censée impliquer la

renonciation à l'immunité quant aux mesures d'exécution du jugement, pour lesquelles une renonciation distincte est nécessaire.

Article 33

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, l'agent diplomatique est, pour ce qui est des services rendus à l'Etat accréditant, exempté des dispositions de sécurité sociale qui peuvent être en vigueur dans l'Etat accréditaire.

2. L'exemption prévue au paragraphe 1 du présent article s'applique également aux domestiques privés qui sont au service exclusif de l'agent diplomatique, à condition

- a) qu'ils ne soient pas ressortissants de l'Etat accréditaire ou n'y aient pas leur résidence permanente; et
- b) qu'ils soient soumis aux dispositions de sécurité sociale qui peuvent être en vigueur dans l'Etat accréditant ou dans un Etat tiers.

3. L'agent diplomatique qui a à son service des personnes auxquelles l'exemption prévue au paragraphe 2 du présent article ne s'applique pas doit observer les obligations que les dispositions de sécurité sociale de l'Etat accréditaire imposent à l'employeur.

4. L'exemption prévue aux paragraphes 1 et 2 du présent article n'exclut pas la participation volontaire au régime de sécurité sociale de l'Etat accréditaire pour autant qu'elle est admise par cet Etat.

5. Les dispositions du présent article n'affectent pas les accords bilatéraux ou multilatéraux relatifs à la sécurité sociale qui ont été conclus antérieurement et elles n'empêchent pas la conclusion ultérieure de tels accords.

Article 34

L'agent diplomatique est exempt de tous impôts et taxes, personnels ou réels, nationaux, régionaux ou communaux, à l'exception:

- a) des impôts indirects d'une nature telle qu'ils sont normalement incorporés dans le prix des marchandises ou des services;
- b) des impôts et taxes sur les biens immeubles privés situés sur le territoire de l'Etat accréditaire, à moins que l'agent diplomatique ne les possède pour le compte de l'Etat accréditant, aux fins de la mission;
- c) des droits de succession perçus par l'Etat accréditaire, sous réserve des dispositions du paragraphe 4 de l'article 39;
- d) des impôts et taxes sur les revenus privés qui ont leur source dans l'Etat accréditaire et des impôts sur le capital prélevés sur les investissements effectués dans les entreprises commerciales situées dans l'Etat accréditaire;
- e) des impôts et taxes perçus en rémunération de services particuliers rendus;
- f) des droits d'enregistrement, de greffe, d'hypothèque et de timbre en ce qui concerne les biens immobiliers, sous réserve des dispositions de l'article 23.

Article 35

L'Etat accréditaire doit exempter les agents diplomatiques de toute prestation personnelle, de tout service public de quelque nature qu'il soit et des charges militaires telles que les réquisitions, contributions et logements militaires.

Article 36

1. Suivant les dispositions législatives et réglementaires qu'il peut adopter, l'Etat accréditaire accorde l'entrée et l'exemption de droits de douane, taxes et autres redevances

connexes autres que frais d'entreposage, de transport et frais afférents à des services analogues sur:

- a) les objets destinés à l'usage officiel de la mission;
- b) les objets destinés à l'usage personnel de l'agent diplomatique ou des membres de sa famille qui font partie de son ménage, y compris les effets destinés à son installation.

2. L'agent diplomatique est exempté de l'inspection de son bagage personnel, à moins qu'il n'existe des motifs sérieux de croire qu'il contient des objets ne bénéficiant pas des exemptions mentionnées au paragraphe 1 du présent article, ou des objets dont l'importation ou l'exportation est interdite par la législation ou soumise aux règlements de quarantaine de l'Etat accréditaire. En pareil cas, l'inspection ne doit se faire qu'en présence de l'agent diplomatique ou de son représentant autorisé.

Article 37

1. Les membres de la famille de l'agent diplomatique qui font partie de son ménage bénéficient des privilèges et immunités mentionnés dans les articles 29 à 36, pourvu qu'ils ne soient pas ressortissants de l'Etat accréditaire.

2. Les membres du personnel administratif et technique de la mission, ainsi que les membres de leurs familles qui font partie de leurs ménages respectifs, bénéficient, pourvu qu'ils ne soient pas ressortissants de l'Etat accréditaire ou n'y aient pas leur résidence permanente, des privilèges et immunités mentionnés dans les articles 29 à 35, sauf que l'immunité de la juridiction civile et administrative de l'Etat accréditaire mentionnée au paragraphe 1 de l'article 31 ne s'applique pas aux actes accomplis en dehors de l'exercice de leurs fonctions. Ils bénéficient aussi des privilèges mentionnés au paragraphe 1 de l'article 36 pour ce qui est des objets importés lors de leur première installation.

3. Les membres du personnel de service de la mission qui ne sont pas ressortissants de l'Etat accréditaire ou n'y ont pas leur résidence permanente bénéficient de l'immunité pour les actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions, et de l'exemption des impôts et taxes sur les salaires qu'ils reçoivent du fait de leurs services, ainsi que de l'exemption prévue à l'article 33.

4. Les domestiques privés des membres de la mission qui ne sont pas ressortissants de l'Etat accréditaire ou n'y ont pas leur résidence permanente sont exemptés des impôts et taxes sur les salaires qu'ils reçoivent du fait de leurs services. A tous autres égards, ils ne bénéficient des privilèges et immunités que dans la mesure admise par l'Etat accréditaire. Toutefois, l'Etat accréditaire doit exercer sa juridiction sur ces personnes de façon à ne pas entraver d'une manière excessive l'accomplissement des fonctions de la mission.

Article 38

1. A moins que des privilèges et immunités supplémentaires n'aient été accordés par l'Etat accréditaire, l'agent diplomatique qui a la nationalité de l'Etat accréditaire ou y a sa résidence permanente ne bénéficie de l'immunité de juridiction et de l'inviolabilité que pour les actes officiels accomplis dans l'exercice de ses fonctions.

2. Les autres membres du personnel de la mission et les domestiques privés qui sont ressortissants de l'Etat accréditaire ou qui y ont leur résidence permanente ne bénéficient des privilèges et immunités que dans la mesure où cet Etat les leur reconnaît. Toutefois, l'Etat accréditaire doit exercer sa juridiction sur ces personnes de façon à ne pas entraver d'une manière excessive l'accomplissement des fonctions de la mission.

Article 39

1. Toute personne ayant droit aux privilèges et immunités en bénéficie dès qu'elle pénètre sur le territoire de l'Etat

accréditaire pour gagner son poste ou, si elle se trouve déjà sur ce territoire, dès que sa nomination a été notifiée au Ministère des Affaires étrangères ou à tel autre ministère dont il aura été convenu.

2. Lorsque les fonctions d'une personne bénéficiant des privilèges et immunités prennent fin, ces privilèges et immunités cessent normalement au moment où cette personne quitte le pays, ou à l'expiration d'un délai raisonnable qui lui aura été accordé à cette fin, mais ils subsistent jusqu'à ce moment, même en cas de conflit armé. Toutefois, l'immunité subsiste en ce qui concerne les actes accomplis par cette personne dans l'exercice de ses fonctions comme membre de la mission.

3. En cas de décès d'un membre de la mission, les membres de sa famille continuent de jouir des privilèges et immunités dont ils bénéficient, jusqu'à l'expiration d'un délai raisonnable leur permettant de quitter le territoire de l'Etat accréditaire.

4. En cas de décès d'un membre de la mission qui n'est pas ressortissant de l'Etat accréditaire ou n'y a pas sa résidence permanente ou d'un membre de sa famille qui fait partie de son ménage, l'Etat accréditaire permet le retrait des biens meubles du défunt, à l'exception de ceux qui auront été acquis dans le pays et qui font l'objet d'une prohibition d'exportation au moment de son décès. Il ne sera pas prélevé de droits de succession sur les biens meubles dont la présence dans l'Etat accréditaire était due uniquement à la présence dans cet Etat du défunt en tant que membre de la mission ou membre de la famille d'un membre de la mission.

Article 40

1. Si l'agent diplomatique traverse le territoire ou se trouve sur le territoire d'un Etat tiers, qui lui a accordé un visa de passeport au cas où ce visa est requis, pour aller assumer ses fonctions ou rejoindre son poste, ou pour rentrer dans son pays, l'Etat tiers lui accordera l'inviolabilité et toutes autres immunités nécessaires pour permettre son passage ou son retour. Il fera de même pour les membres de sa famille bénéficiant des privilèges et immunités qui accompagnent l'agent diplomatique ou qui voyagent séparément pour le rejoindre ou pour rentrer dans leur pays.

2. Dans des conditions similaires à celles qui sont prévues au paragraphe 1 du présent article, les Etats tiers ne doivent pas entraver le passage sur leur territoire des membres du personnel administratif et technique ou de service de la mission et des membres de leur famille.

3. Les Etats tiers accordent à la correspondance et aux autres communications officielles en transit, y compris les messages en code ou en chiffre, la même liberté et protection que l'Etat accréditaire. Ils accordent aux courriers diplomatiques, auxquelles un visa de passeport a été accordé si ce visa était requis, et aux valises diplomatiques en transit la même inviolabilité et la même protection que l'Etat accréditaire est tenu de leur accorder.

4. Les obligations des Etats tiers en vertu des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article s'appliquent également aux personnes respectivement mentionnées dans ces paragraphes, ainsi qu'aux communications officielles et aux valises diplomatiques lorsque leur présence sur le territoire de l'Etat tiers est due à la force majeure.

Article 41

1. Sans préjudice de leurs privilèges et immunités, toutes les personnes qui bénéficient de ces privilèges et immunités ont le devoir de respecter les lois et règlements de l'Etat accréditaire. Elles ont également le devoir de ne pas s'immiscer dans les affaires intérieures de cet Etat.

2. Toutes les affaires officielles traitées avec l'Etat accréditaire, confiées à la mission par l'Etat accréditant, doivent être traitées avec le Ministère des Affaires étrangères de

l'Etat accréditaire ou par son intermédiaire, ou avec tel autre ministère dont il aura été convenu.

3. Les locaux de la mission ne seront pas utilisés d'une manière incompatible avec les fonctions de la mission telles qu'elles sont énoncées dans la présente Convention, ou dans d'autres règles du droit international général, ou dans les accords particuliers en vigueur entre l'Etat accréditant et l'Etat accréditaire.

Article 42

L'agent diplomatique n'exercera pas dans l'Etat accréditaire une activité professionnelle ou commerciale en vue d'un gain personnel.

Article 43

Les fonctions d'un agent diplomatique prennent fin notamment:

- par la notification de l'Etat accréditant à l'Etat accréditaire que les fonctions de l'agent diplomatique ont pris fin;
- par la notification de l'Etat accréditaire à l'Etat accréditant que, conformément au paragraphe 2 de l'article 9, cet Etat refuse de reconnaître l'agent diplomatique comme membre de la mission.

Article 44

L'Etat accréditaire doit, même en cas de conflit armé, accorder des facilités pour permettre aux personnes bénéficiant des privilèges et immunités, autres que les ressortissants de l'Etat accréditaire, ainsi qu'aux membres de la famille de ces personnes, quelle que soit leur nationalité, de quitter son territoire dans les meilleurs délais. Il doit en particulier, si besoin est, mettre à leur disposition les moyens de transport nécessaires pour eux-mêmes et pour leurs biens.

Article 45

En cas de rupture des relations diplomatiques entre deux Etats, ou si une mission est rappelée définitivement ou temporairement:

- l'Etat accréditaire est tenu, même en cas de conflit armé, de respecter et de protéger les locaux de la mission, ainsi que ses biens et ses archives;
- l'Etat accréditant peut confier la garde des locaux de la mission, avec les biens qui s'y trouvent, ainsi que les archives, à un Etat tiers acceptable pour l'Etat accréditaire;
- l'Etat accréditant peut confier la protection de ses intérêts et de ceux de ses ressortissants à un Etat tiers acceptable pour l'Etat accréditaire.

Article 46

Avec le consentement préalable de l'Etat accréditaire, et sur demande d'un Etat tiers non représenté dans cet Etat, l'Etat accréditant peut assumer la protection temporaire des intérêts de l'Etat tiers et de ses ressortissants.

Article 47

1. En appliquant les dispositions de la présente Convention, l'Etat accréditaire ne fera pas de discrimination entre les Etats.

2. Toutefois, ne seront pas considérés comme discriminatoires:

- le fait pour l'Etat accréditaire d'appliquer restrictivement l'une des dispositions de la présente Convention parce qu'elle est ainsi appliquée à sa mission dans l'Etat accréditant;
- le fait pour des Etats de se faire mutuellement bénéficier, par coutume ou par voie d'accord, d'un traitement plus favorable que ne le requièrent les dispositions de la présente Convention.

Article 48

La présente Convention sera ouverte à la signature de tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une institution spécialisée, ainsi que de tout Etat partie au Statut de la Cour Internationale de Justice et de tout autre Etat invité par l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies à devenir partie à la Convention, de la manière suivante: jusqu'au 31 octobre 1961, au Ministère fédéral des Affaires étrangères d'Autriche et ensuite, jusqu'au 31 mars 1962, au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York.

Article 49

La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 50

La présente Convention restera ouverte à l'adhésion de tout Etat appartenant à l'une des quatre catégories mentionnées à l'article 48. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 51

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date du dépôt auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies du vingt-deuxième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chacun des Etats qui ratifieront la Convention ou y adhéreront après le dépôt du vingt-deuxième instrument

de ratification ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour après le dépôt par cet Etat de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 52

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera à tous les Etats appartenant à l'une des quatre catégories mentionnées à l'article 48:

- les signatures apposées à la présente Convention et le dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion, conformément aux articles 48, 49 et 50;
- la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, conformément à l'article 51.

Article 53

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en fera tenir copie certifiée conforme à tous les Etats appartenant à l'une des quatre catégories mentionnées à l'article 48.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires, soussignés, dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

FAIT A VIENNE, le dix-huit avril mil neuf cent soixante et un.

維也納外交關係公約

本公約各當事國:

鑒於各國人民自古即已確認外交代表之地位，
察及聯合國憲章之宗旨及原則中實各國主權平等，維持國際和平與安全，以及促進國際間友好關係等項，

深信關於外交往來，特權及豁免之國際公約當能有助於各
國間友好關係之發展——此項關係對於各國憲政及社會制度之
差異，在所不問，

確認此等特權與豁免之目的不在於給與個人以利益而在於
確保代表國家之使館能有效執行職務，

重申凡未經本公約明文規定之問題應繼續適用國際習慣法
之規則，

爰議定條款如下:

第一條

茲適用本公約而言，下列名稱之意義，應依下列規定:

- 稱“使館館長”者，謂派遣國責成擔任此項職位之人；
- 稱“使館人員”者，謂使館館長及使館職員；
- 稱“使館職員”者，謂使館外交職員、行政及技術職員及掌務職員；
- 稱“外交職員”者，謂具有外交官級位之使館職員；
- 稱“外交代表”者，謂使館館長或使館外交職員；
- 稱“行政及技術職員”者，謂承辦使館行政及技術事務之使館職員；

(庚) 稱“掌務職員”者，謂為使館供役之使館職員；

(辛) 稱“私人僕役”者，謂充使館人員僕僕而非為派遣國
雇用之人；

(壬) 稱“使館館舍”者，謂供使館使用及供使館館長寓居
之用之建築物或建築物之各部分，以及其所附屬之土地，至所
有權權屬，則在所不問。

第二條

國與國間外交關係及常設使館之建立，以協議為之。

第三條

一、除其他事項外，使館之職務如下:

- 在接受國中代表派遣國；
- 於國際法許可之限度內，在接受國中保護派遣國及其國民之利益；
- 與接受國政府辦理交涉；
- 以一切合法手段調查接受國之狀況及發展情形，向派遣國政府具報；
- 促進派遣國與接受國間之友好關係，及發展兩國間之經濟、文化與科學關係；

二、本公約任何規定不得解釋為禁止使館執行領事職務。

第四條

一、派遣國對於擬派駐接受國之使館館長人選務須查明其
否已獲得接受國之同意。

二、接受國無須向派遣國說明不予同意之理由。

第五條

一 派遣國向有關接受國妥為通知後，得酌派任一使館館長或外交職員兼駐一個以上國家，但任何接受國明示反對者，不在此限。

二 派遣國委派使館館長兼駐另一國或數國者，得在該館長不常川駐節之國內，設立以臨時代辦為館長之使館。

三 使館館長或使館任何外交職員得兼任派遣國駐國際組織之代表。

第六條

兩個以上國家得合派同一人為駐另一國之使館館長，但接受國明示反對者不在此限。

第七條

除第五條、第八條、第九條及第十一條另有規定外，派遣國得自由委派使館職員，關於陸、海、空軍武官，接受國得要求先行提名，徵求該國同意。

第八條

一 使館外交職員原則上應屬派遣國國籍。

二 委派屬接受國國籍之人為使館外交職員，非經接受國同意，不得為之；此項同意得隨時撤銷之。

三 接受國對於第三國國民之任命為派遣國國民者，得保留同樣之權利。

第九條

一 接受國得隨時不具解釋通知派遣國宣告使館館長或使館任何外交職員為不受歡迎人員或使館任何其他職員為不能接受。遇此情形，派遣國應斟酌情況召回該員或終止其在使館中之職務。任何人員得於其到達接受國國境前，被宣告為不受歡迎或不能接受。

二 如派遣國拒絕或不在此相當期間內履行其依本條第一項規定所負義務，接受國得拒絕承認該員為使館人員。

第十條

一 下列事項應通知接受國外交部或另經商定之其他部：

(甲) 使館人員之委派，其到達及最後離境或其任在使館中職務之終止；

(乙) 使館人員家屬到達及最後離境；遇有任何人成為或不復為使館人員家屬時，亦宜酌量通知；

(丙) 本項(甲)款所稱人員雇用之私人僕役到達及最後離境；遇有私人僕役不復受此等人員雇用時，亦宜酌量通知；

(丁) 雇用居留接受國之人為使館人員或為得享特權與豁免之私人僕役時，其雇用與解雇。

二 到達及最後離境，於可能範圍內，亦應事先通知。

第十一條

一 關於使館之構成人數如多無協議，接受國得酌量本國環境與情況及特定使館之需要，要求使館構成人數不超過該國認為合理及正常之限度。

二 接受國亦得在同樣範圍內並在無差別待遇之基礎上，拒絕接受某一類之官員。

第十二條

派遣國未經接受國事先明示同意，不得在使館本身所在地以外之地點設立辦事處，作為使館之一部分。

第十三條

一 使館館長依照接受國應予劃一適用之通行慣例，在呈遞國書後或在向接受國外交部或另經商定之其他部通知到達並將奉國書正式副本送交後，即視為已在接受國內開始執行職務。

二 呈遞國書或遞送國書正式副本之次第依使館館長到達之日期及時間先後定之。

第十四條

一 使館館長分為如下三級：

(甲) 向國家元首派遣之大使或親廷大使，及其他同等級位之使館館長；

(乙) 向國家元首派遣之使節、公使及教廷公使；

(丙) 向外交部長派遣之代辦。

二 除關於優先地位及禮儀之事項外，各使館館長不應因其所屬等級而有任何差別。

第十五條

使館館長所屬之等級應由關係國家商定之。

第十六條

一 使館館長在其各別等級中之優先地位應按照其依第十三條規定開始執行職務之日期及時間先後定之。

二 使館館長之國書如有變更而對其所屬等級並無變動時，其優先地位不受影響。

三 本條規定不妨礙接受國所採行關於教廷代表優先地位之任何辦法。

第十七條

使館外交職員之優先順序應由使館館長通知外交部或另經商定之其他部。

第十八條

各國接待使館館長，對於同一等級之館長應遵照劃一程序。

第十九條

一 使館館長缺位或不能執行職務時，應由臨時代辦者代為使館館長。臨時代辦姓名應由使館館長通知接受國外交部或另經商定之其他部；如館長不能通知時，則由派遣國外交部通知之。

二 使館如在接受國內並無外交職員時，派遣國得於徵得接受國同意後，指派行政或技術職員一人，主持使館日常行政事務。

第二十條

使館及其館長有權在使館館舍，及在使館館長屬部與交通工
具上使用派遣國之國旗與國徽。

第二十一條

一 接受國應便利派遣國依照接受國法律在其境內置備派
遣國使館所需之館舍，或協助派遣國以其他方法獲得房舍。

二 接受國遇必要時，並應協助使館為其人員獲得適當之
房舍。

第二十二條

一 使館館舍不得侵犯。接受國官吏非經使館館長許可，
不得進入使館館舍。

二 接受國負有特殊責任，採取一切適當步驟保護使館館
舍免受侵入或損害，並防止一切擾亂使館安寧或有損使館尊嚴
之情事。

三 使館館舍及設備，以及館舍內其他財產與使館交通工
具免受搜查、徵用、扣押或強制執行。

第二十三條

一 派遣國及使館館長對於使館所有或租賃之館舍，概免
繳納國家、區域或地方性捐稅，但其為對供給特定服務應納之
費者不在此列。

二 本條所稱之免稅，對於與派遣國或使館館長訂立承辦
契約者依接受國法律應納之捐稅不適用之。

第二十四條

使館檔案及文件無論何時，亦不論位於何處，均屬不得侵
犯。

第二十五條

接受國應給予使館執行職務之充分便利。

第二十六條

除接受國為國家安全設定禁止或限制進入區域另訂法律規
章外，接受國應確保所有使館人員在其境內行動及旅行之自由。

第二十七條

一 接受國應允許使館為一切公務目的自由通訊，並予保
護。使館與派遣國政府及無論何處之該國其他使館及領事館通
訊時，得採用一切適當方法，包括外交信差及明密碼電信在內。
但使館非經接受國同意，不得裝置並使用無線電發報機。

二 使館之來往公文不得侵犯。來往公文指有關使館及其
職務之一切來往文件。

三 外交郵袋不得予以開拆或扣留。

四 構成外交郵袋之包裹須附有可資識別之外部標記，以
裝載外交文件或公務用品為限。

五 外交信差應持有官方文件，載明其身分及構成郵袋之
包裹件數；其於執行職務時，應受接受國保護。外交信差享有
人身不得侵犯權，不受任何方式之逮捕或拘禁。

六 派遣國或使館得派特別外交信差。遇此情形，本條第
五項之規定亦應適用，但特別信差將其所負責攜帶之外交郵袋
送交收件人後，即不復享有該項所稱之豁免。

七 外交郵袋得託交預定在准許入境地點降落之商營飛機
機長轉遞。機長應持有官方文件載明構成郵袋之郵包件數，但
機長不得視同外交信差。使館得派館員一人逕向飛機機長自由
取得外交郵袋。

第二十八條

使館辦理公務所收之規費及手續費免徵一切捐稅。

第二十九條

外交代表人身不得侵犯。外交代表不受任何方式之逮捕或
拘禁。接受國對外交代表應特別尊重，並應採取一切適當步驟
以防止其人身、自由或尊嚴受有任何侵犯。

第三十條

一 外交代表之私人寓所一如使館館舍應享有同樣之不得
侵犯權及保護。

二 外交代表之文書及信件同樣享有不得侵犯權；其財產
除第三十一條第三項另有規定外，亦同。

第三十一條

一 外交代表對接受國之刑事管轄享有豁免。除下列案件
外，外交代表對接受國之民事及行政管轄亦享有豁免：

(甲) 關於接受國境內私有不動產之物權訴訟，但其代表派
遣國為使館用途置有之不動產不在此列；

(乙) 關於外交代表以私人身分並不代表派遣國而為遺囑執
行人、遺產管理人、繼承人或受遺贈人之繼承事件之訴訟；

(丙) 關於外交代表於接受國內為公務範圍以外所從事之專
業或商務活動之訴訟。

二 外交代表無以證人身分作證之義務。

三 對外交代表不得為執行之處分，但關於本條第一項(甲)
(乙)(丙)各款所列之案件，而執行處分復無損於其人身或寓所之
不得侵犯權者，不在此限。

四 外交代表不因對接受國管轄所享之豁免而免除其受
派遣國之管轄。

第三十二條

一 外交代表及依第三十七條享有豁免之人對管轄之豁免
得由派遣國拋棄之。

二 豁免之拋棄，概須明示。

三 外交代表或依第三十七條享有管轄之豁免之人如主動
提起訴訟即不得對與主訴直接相關之反訴主張管轄之豁免。

四 在民事或行政訴訟程序上管轄豁免之拋棄，不得視為對判決執行之豁免亦照此拋棄，後項拋棄須分別為之。

第三十三條

一 除本條第三項另有規定外，外交代表就其對派遣國所為之職務而言，應免適用接受國施行之社會保險辦法。

二 專受外交代表雇用之私人僕役亦應享有本條第一項所規定之豁免，但以符合下列條件為限：

(甲) 非接受國國民且不在該國永久居留者；

(乙) 受有派遣國或第三國之社會保險辦法保護者。

三 外交代表如其所雇人員不得享受本條第二項所規定之豁免，應履行接受國社會保險辦法對雇主所規定之義務。

四 本條第一項及第二項所規定之豁免不妨礙對於接受國社會保險制度之自願參加，但以接受國許可參加為限。

五 本條規定不影響前此所訂關於社會保險之雙邊或多邊協定，亦不禁止此類協定之於將來議訂。

第三十四條

外交代表免納一切對人或對物課稅之國家、區域、或地方性捐稅，但下列各項，不在此列：

(甲) 通常計入商品或勞務價格內之間接稅；

(乙) 對於接受國境內私有不動產課稅之捐稅，但其代表派遣國為使館用途而置有之不動產，不在此列；

(丙) 接受國課稅之遺產稅、遺產取得稅或繼承稅，但以不超過第三十九條第四項之規定為限；

(丁) 對於自接受國內獲致之私人所得課稅之捐稅，以及對於在接受國內商務事業上所為投資課稅之資本稅；

(戊) 為供給特定服務所收費用；

(己) 關於不動產之登記費、法院手續費或紀錄費、抵押稅及印花稅；但第二十三條另有規定者，不在此列。

第三十五條

接受國對外代表應免除一切個人勞務及所有各種公共服務，並應免除關於徵用、軍事募捐及屯宿等之軍事義務。

第三十六條

一 接受國應依本國制定之法律規章，准許下列物品入境，並免除一切關稅及貯存、運送及類似服務費用以外之一切其他課稅：

(甲) 使館公務用品；

(乙) 外交代表或其構成同一戶口之家屬之私人用品，包括供其定居之用之物品在內。

二 外交代表私人行李免受查驗，但有重大理由推定其中裝有不在本條第一項所稱免稅之列之物品，或接受國法律禁止進出口或有檢疫條例加以管制之物品者，不在此限。遇此情形，查驗須有外交代表或其授權代理人在場，方得為之。

第三十七條

一 外交代表之與其構成同一戶口之家屬，如非接受國國民，應享有第二十九條至第三十六條所規定之特權與豁免。

二 使館行政與技術職員暨與其構成同一戶口之家屬，如非接受國國民且不在該國永久居留者，均享有第二十九條至第三十五條所規定之特權與豁免，但第三十一條第一項所規定之接受國民及行政管轄之豁免不適用於執行職務範圍以外之行為。關於最初定居時所輸入之物品，此等人員亦享有第三十六條第一項所規定之特權。

三 使館事務職員如非接受國國民且不在該國永久居留者，就其執行公務之行為享有豁免，其受雇所得課稅免納捐稅，並享有第三十三條所載之豁免。

四 使館人員之私人僕役如非接受國國民且不在該國永久居留者，其受雇所得課稅免納捐稅。在其他方面，此等人員僅得在接受國許可範圍內享有特權與豁免，但接受國對此等人員所施之管轄應妥為行使，以免對使館職務之執行有不當之妨礙。

第三十八條

一 除接受國特許享受其他特權及豁免外，外交代表為接受國國民或在該國永久居留者，僅就其執行職務之公務行為，享有管轄之豁免及不得侵犯權。

二 其他使館職員及私人僕役為接受國國民或在該國永久居留者僅得在接受國許可之範圍內享有特權與豁免，但接受國對此等人員所施之管轄應妥為行使，以免對使館職務之執行有不當之妨礙。

第三十九條

一 凡享有外交特權與豁免之人，自其進入接受國國境前經就任之時起享有此項特權與豁免，其在該國境內者，自其委派通知外交部或另經商定之其他部之時開始享有。

二 享有特權與豁免人員之職務如已終止，此項特權與豁免迄至於該員離境之時或聽任其離境之合理期間終了之時停止。縱有武裝衝突情事，亦應繼續有效至該時為止。但關於其以使館人員資格執行職務之行為，豁免應始終有效。

三 遇使館人員死亡，其家屬應繼續享有應享之特權與豁免，迄聽任其離境之合理期間終了之時為止。

四 遇非為接受國國民且不在該國永久居留之使館人員或其構成同一戶口之家屬死亡，接受國應許可亡故者之動產轉運出國，但任何財產如係在接受國內取得而在當事人死亡時禁止出口者，不在此列。動產之在接受國純係因亡故者為使館人員或其家屬而在接受國境內所積者，應不課稅遺產稅、遺產取得稅及繼承稅。

第四十條

一 遇外交代表前往就任或返任或返回本國，或離第三國國境或在該國境內，而該國當發給所需之護照簽證時，第三國應給予不得侵犯權及確保其過境或返國所必需之其他豁免。享有外交特權或豁免之家屬與外交代表同行時，或單獨旅行前往會聚或返回本國時，本項規定同樣適用。

二、 過境時如本條第一項所述之情形，第三國不得阻礙使
官之行政與技術事務職員及其家屬經過該國境。

三、 第三國對於過境之來往公文及其他公務通訊，包括明
確為受信處內，應一如接受國給予同樣之自由及保護。第三國
已得與所寄往該國之外交官及外交郵袋過境時，應予以
與受國同等之義務，給予同樣之不得侵犯權及保護。

四、 第三國依本條第一項、第二項及第三項規定所負之義
務，對於各該境內之過境及之人員與公務通訊及外交郵袋之前
不可援以為在第三國境內者，亦適用之。

第四十一條

一、 在不妨礙外交特權與豁免之情形下，凡享有此項特權
與豁免之人員，均負有尊重接受國法律規章之義務。此等人員
並負有不干涉該國內政之義務。

二、 使館承辦送遞之命與接受國洽商公務，概應遵照該國
由接受國外交部或各該國定之其他郵政規則。

三、 使館信舍不得充作與本公約或一般國際法之其他規則
或派遣國與接受國間有效之特別協定所規定之使館職務不相符
合之用途。

第四十二條

外交代表不應在接受國內專私人利益從事任何專業或商業
活動。

第四十三條

除其他情形外，外交代表之職務應有下列清單之一部者終
止：

(甲) 派遣國通知接受國謂外交代表職務業已終了；

(乙) 接受國通知派遣國謂依第九條第二項之規定該國拒絕
承認該外交代表為使館人員。

第四十四條

接受國對於非為接受國國民之享有特權與豁免人員，以及
此等人員之家屬，不論其國籍為何，務須給予便利使能儘早離
境，縱有武裝衝突情事，亦應如此辦理。遇必要時，接受國尤
須供給其本人及財產所需之交通運輸工具。

第四十五條

遇兩國斷絕外交關係，或遣使館長期或暫時撤退時：

(甲) 接受國務應尊重並保護使館館舍以及使館財產與檔案，
縱有武裝衝突情事，亦應如此辦理；

(乙) 派遣國得將使館館舍以及使館財產與檔案委託接受國
認可之第三國保管；

(丙) 派遣國得委託接受國認可之第三國代為保護派遣國及
其國民之利益。

第四十六條

派遣國應接受國事先同意，得應本在接受國內設有代表之
第三國之請求，負責暫時保護該第三國及其國民之利益。

第四十七條

一、 接受國應用本公約規定時，對各國不得差別待遇。

二、 但下列情形不以差別待遇論：

(甲) 接受國因派遣國對接受國使館適用本公約條一規定有
所限制，對同一規定之適用不予限制；

(乙) 各國依慣例或協定，彼此給予較本公約所規定者更為
有利之待遇。

第四十八條

本公約應經由聯合國或任何專門機關之公報委員會，或國
際法院規約當事國，及經聯合國大會邀請成為本公約當事一方
之任何其他國家簽署。其辦法如下：至一九六一年十月三十一
日止在奧地利聯邦外交部簽署，其後至一九六二年五月三十一
日止在紐約聯合國會所簽署。

第四十九條

本公約須經批准。批准文件應送交聯合國秘書長存放。

第五十條

本公約應經由屬於第四十八條所稱四類之一之國家加入。
加入文件應送交聯合國秘書長存放。

第五十一條

一、 本公約應於第二十二條批准或加入文件送交聯合國秘
書長存放之日後第三十日起發生效力。

二、 對於在第二十二條批准或加入文件存放後批准或加入
本公約之國家，本公約應於各該國存放批准或加入文件後第三
十日起發生效力。

第五十二條

聯合國秘書長應將下列事項通知所有屬於第四十八條所稱
四類之一之國家：

(甲) 依第四十八條、第四十九條及第五十條對本公約所為
之簽署及送存之批准或加入文件；

(乙) 依第五十一條本公約發生效力之日期。

第五十三條

本公約之原本應交聯合國秘書長存放，其中文、英文、法
文、俄文及西班牙文各本同一作準；秘書長應將各文正式副本
分送所有屬於第四十八條所稱四類之一之國家。

為此，下列全權代表，各奉本國政府正式授予簽字之權，
謹簽字於本公約，以昭信守。

公曆一千九百六十一年四月十八日訂於維也納。

ВЕНСКАЯ КОНВЕНЦИЯ О ДИПЛОМАТИЧЕСКИХ СНОШЕНИЯХ

Государства, являющиеся Сторонами настоящей Конвенции, отмечая, что народы всех стран с древних времен призывают статус дипломатических агентов,

принимая во внимание цели и принципы Устава Организации Объединенных Наций в отношении суверенного равенства государств, поддержания международного мира и безопасности и содействия развитию дружественных отношений между государствами,

будучи убеждены, что заключение международной конвенции о дипломатических сношениях, привилегиях и иммунитетах будет способствовать развитию дружественных отношений между государствами, независимо от различий в их государственном и общественном строе,

сознавая, что такие привилегии и иммунитеты предоставляются не для выгоды отдельных лиц, а для обеспечения эффективного осуществления функций дипломатических представительств как органов, представляющих государства,

подтверждая, что нормы международного обычного права будут продолжать регулировать вопросы, прямо не предусмотренные положениями настоящей Конвенции,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

В настоящей Конвенции приводимые ниже термины имеют следующее значение:

- a) «глава представительства» есть лицо, на которое аккредитующим государством возложена обязанность действовать в этом качестве;
- b) «сотрудниками представительства» являются глава представительства и члены персонала представительства;
- c) «членами персонала представительства» являются члены дипломатического персонала, административно-технического персонала и обслуживающего персонала представительства;
- d) «членами дипломатического персонала» являются члены персонала представительства, имеющие дипломатический ранг;
- e) «дипломатический агент» есть глава представительства или член дипломатического персонала представительства;
- f) «членами административно-технического персонала» являются члены персонала представительства, осуществляющие административно-техническое обслуживание представительства;
- g) «членами обслуживающего персонала» являются члены персонала представительства, выполняющие обязанности по обслуживанию представительства;
- h) «частный домашний работник» есть лицо, выполняющее обязанности домашнего работника и сотрудника представительства и не являющееся служащим аккредитующего государства;
- i) «помещения представительства» означают здания или части зданий, используемые для целей представительства, включая резиденцию главы представительства, кому бы ни принадлежало право собственности на них, включая обслуживающий данное здание или часть здания земельный участок.

Статья 2

Установление дипломатических отношений между государствами и учреждение постоянных дипломатических представительств осуществляются по взаимному согласию.

Статья 3

1. Функции дипломатического представительства состоят, в частности:

- a) в представительстве аккредитующего государства в государстве пребывания;

- b) в защите в государстве пребывания интересов аккредитующего государства и его граждан в пределах, допускаемых международным правом;

- c) в ведении переговоров с правительством государства пребывания;

- d) в выяснении всеми законными средствами условий и событий в государстве пребывания и сообщения о них правительству аккредитующего государства;

- e) в поощрении дружественных отношений между аккредитующим государством и государством пребывания и в развитии их взаимоотношений в области экономики, культуры и науки.

2. Ни одно из положений настоящей Конвенции не должно истолковываться как препятствующее выполнению дипломатическим представительством консульских функций.

Статья 4

1. Аккредитующее государство должно убедиться в том, что государство пребывания дало согласие на то лицо, которое оно предполагает аккредитовать как главу представительства в этом государстве.

2. Государство пребывания не обязано сообщать аккредитующему государству мотивы отказа в согласии.

Статья 5

1. Аккредитующее государство может, надлежащим образом уведомив соответствующие государства пребывания, аккредитовать главу представительства или назначить любого члена дипломатического персонала, смотря по обстоятельствам, в одно или несколько других государств, если не заявлено возражений со стороны любого из государств пребывания.

2. Если аккредитующее государство аккредитует главу представительства в одном или нескольких других государствах, то оно может учредить дипломатические представительства, возглавляемые временными поверенными в делах, в каждом государстве, где глава представительства не имеет постоянного местопребывания.

3. Глава представительства или любой член дипломатического персонала представительства может действовать в качестве представителя аккредитующего государства при любой международной организации.

Статья 6

Два или несколько государств могут аккредитовать одно и то же лицо в качестве главы представительства в другом государстве, если государство пребывания не возражает против этого.

Статья 7

С исключениями, предусмотренными в статьях 5, 8, 9 и 11, аккредитующее государство может свободно назначать членом персонала представительства. Что касается военных, морских или авиационных атташе, то государство пребывания может предложить, чтобы их имена заранее сообщались на его одобрение.

Статья 8

1. Члены дипломатического персонала представительства в принципе должны быть гражданами аккредитующего государства.

2. Члены дипломатического персонала представительства не могут назначаться из числа лиц, являющихся гражданами государства пребывания, иначе как с согласия этого государства, причем это согласие может быть в любое время аннулировано.

3. Государство пребывания может оговорить за собой то же право в отношении граждан третьего государства, которые не являются одновременно гражданами аккредитующего государства.

Статья 9

1. Государство пребывания может в любое время, не будучи обязано мотивировать свое решение, уведомить аккредитующее государство, что глава представительства или какой-либо из членов дипломатического персонала представительства является *persona non grata* или что любой другой член персонала представительства является неприемлемым. В таком случае аккредитующее государство должно соответственно отозвать данное лицо или прекратить его функции в представительстве. То или иное лицо может быть объявлено *persona non grata* или неприемлемым до прибытия на территорию государства пребывания.

2. Если аккредитующее государство откажется выполнить или не выполнит в течение разумного срока свои обязательства, предусмотренные в пункте 1 настоящей статьи, государство пребывания может отказаться признавать данное лицо сотрудником представительства.

Статья 10

1. Министерство иностранных дел государства пребывания или другое министерство, в отношении которого имеется договоренность, уведомляется

- a) о назначении сотрудников представительства, их прибытии и о их окончательном отбытии или о прекращении их функций в представительстве;
- b) о прибытии и окончательном отбытии лица, принадлежащего к семье сотрудника представительства и, в надлежащих случаях, о том что то или иное лицо становится или перестает быть членом семьи сотрудника представительства;
- c) о прибытии окончательном отбытии частных домашних работников, состоящих на службе у лиц, упомянутых в подпункте «а» настоящего пункта, и, в надлежащих случаях, об оставлении ими службы у таких лиц;
- d) о найме и увольнении лиц, проживающих в государстве пребывания, в качестве сотрудников представительства или домашних работников, имеющих право на привилегии и иммунитет.

2. Уведомление о прибытии и окончательном отбытии, по возможности, должно делаться также предварительно.

Статья 11

1. При отсутствии конкретного соглашения о численности персонала представительства государство пребывания может предложить, чтобы численность персонала представительства сохранялась в пределах, которые оно считает разумными и нормальными, учитывая обстоятельства и условия, существующие в государстве пребывания, и потребности данного представительства.

2. Государство пребывания может также, на тех же основаниях и без дискриминации, отказаться принять должностных лиц какой-либо определенной категории.

Статья 12

Аккредитующее государство не может, без предварительного определенно выраженного согласия государства пребывания, учреждать канцелярии, составляющие часть дипломатического представительства, в других населенных пунктах, кроме тех, где учреждено само представительство.

Статья 13

1. Глава представительства считается приступившим к выполнению своих функций в государстве пребывания, в зависимости от практики, существующей в этом государстве, которая должна применяться единообразно, либо с момента вручения своих верительных грамот, либо с момента сообщения о своем прибытии и представлении заверенных копий верительных грамот министерству иностранных дел государ-

ства пребывания или другому министерству, в отношении которого имеется договоренность.

2. Очередность вручения верительных грамот или представления их заверенных копий определяется датой и часом прибытия главы представительства.

Статья 14

1. Главы представительств подразделяются на три класса, а именно:

- a) класс послов и нунциев, аккредитуемых при главах государств, и других глав представительств эквивалентного ранга;
- b) класс посланников и интернунциев, аккредитуемых при главах государств;
- c) класс поверенных в делах, аккредитуемых при министрах иностранных дел.

2. Иначе как в отношении старшинства и этикета, не должно проводиться никакого различия между главами представительств вследствие их принадлежности к тому или иному классу.

Статья 15

Класс, к которому должны принадлежать главы представительств, определяется по соглашению между государствами.

Статья 16

1. Старшинство глав представительств соответствующего класса определяется датой и часом вступления ими в исполнение своих функций согласно статье 13.

2. Изменения в верительных грамотах главы представительства, которые не влекут за собой перемени класса, не отражаются на его старшинстве.

3. Настоящая статья не затрагивает принятой в государстве пребывания практики относительно старшинства представителя Ватикана.

Статья 17

Старшинство членов дипломатического персонала представительства сообщается главой представительства министерству иностранных дел или другому министерству, в отношении которого имеется договоренность.

Статья 18

Порядок, соблюдаемый в каждом государстве при приеме глав представительств, должен быть одинаков в отношении каждого класса.

Статья 19

1. Если пост главы представительства вакантен или если глава представительства не может выполнять своих функций, временно исполняющим обязанности главы представительства является временный поверенный в делах. Фамилия временного поверенного в делах сообщается министерству иностранных дел государства пребывания или другому министерству, в отношении которого имеется договоренность, либо главой представительства, либо, если он не в состоянии это сделать, министерством иностранных дел аккредитующего государства.

2. В тех случаях, когда ни один дипломатический сотрудник представительства не находится в государстве пребывания, член административно-технического персонала может, с согласия государства пребывания, быть назначен аккредитующим государством ответственным за ведение текущих административных дел представительства.

Статья 20

Представительству и его главе принадлежит право пользоваться флагом и эмблемой аккредитующего государства на помещениях представительства, включая резиденцию главы представительства, а также на его средствах передвижения.

Статья 21

1. Государство пребывания должно либо оказать содействие аккредитуемому государству в приобретении на своей территории, согласно своим законам, помещений, необходимых для его представительства, либо оказать помощь аккредитуемому государству в получении помещений каким-либо иным путем.

2. Оно должно также, в случае необходимости, оказывать помощь представительствам в получении подходящих помещений для их сотрудников.

Статья 22

1. Помещения представительства неприкосновенны. Власти государства пребывания не могут вступать в эти помещения иначе, как с согласия главы представительства.

2. На государстве пребывания лежит специальная обязанность принимать все надлежащие меры для защиты помещений представительства от всякого вторжения или нанесения ущерба и для предотвращения всякого нарушения спокойствия представительства или оскорбления его достоинства.

3. Помещения представительства, предметы их обстановки и другое находящееся в них имущество, а также средства передвижения представительства, пользуются иммунитетом от обыска, реквизиции, ареста и исполнительных действий.

Статья 23

1. Аккредитуемое государство и глава представительства освобождаются от всех государственных, районных и муниципальных налогов, сборов и пошлин в отношении помещений представительства, собственных или наемных, кроме таких налогов, сборов и пошлин, которые представляют собой плату за конкретные виды обслуживания.

2. Фискальные изъятия, о которых говорится в настоящей статье, не касаются тех налогов, сборов и пошлин, которыми, согласно законам государства пребывания, облагаются лица, заключающие контракты с аккредитуемым государством или главой представительства.

Статья 24

Архивы и документы представительства неприкосновенны в любое время и независимо от их местонахождения.

Статья 25

Государство пребывания должно предоставлять все возможности для выполнения функций представительства.

Статья 26

Поскольку это не противоречит законам и правилам о зонах, въезд в которые запрещается или регулируется по соображениям государственной безопасности, государство пребывания должно обеспечивать всем сотрудникам представительства свободу передвижения по его территории.

Статья 27

1. Государство пребывания должно разрешать и охранять свободные сношения представительства для всех официальных целей. При сношениях с правительством и другими представительствами и консульствами аккредитуемого государства, где бы они ни находились, представительство может пользоваться всеми подходящими средствами, включая дипломатических курьеров и закодированные или шифрованные депеши. Тем не менее, представительство может устанавливать и эксплуатировать радиопередатчик лишь с согласия государства пребывания.

2. Официальная корреспонденция представительства неприкосновенна. Под официальной корреспонденцией понимается вся корреспонденция, относящаяся к представительству и его функциям.

3. Дипломатическая почта не подлежит ни вскрытию, ни задержанию.

4. Все места, составляющие дипломатическую почту, должны иметь видимые внешние знаки, указывающие на их характер, и они могут содержать только дипломатические документы и предметы, предназначенные для официального пользования.

5. Дипломатический курьер, который должен быть снабжен официальным документом с указанием его статуса и числа мест, составляющих дипломатическую почту, пользуется при исполнении своих обязанностей защитой государства пребывания. Он пользуется личной неприкосновенностью и не подлежит аресту или задержанию в какой бы то ни было форме.

6. Аккредитуемое государство или представительство могут назначать дипломатических курьеров ad hoc. В таких случаях положения пункта 5 настоящей статьи также применяются, за тем исключением, что упомянутые в нем иммунитеты прекращаются в момент доставки таким курьером порученной ему дипломатической почты по назначению.

7. Дипломатическая почта может быть вверена командиру экипажа гражданского самолета, направляющегося в аэропорт, прибытие в который разрешено. Командир должен быть снабжен официальным документом с указанием числа мест, составляющих почту, но он не считается дипломатическим курьером. Представительство может направить одного из своих сотрудников принять дипломатическую почту непосредственно и беспрепятственно от командира самолета.

Статья 28

Вознаграждения и сборы, взимаемые представительством при выполнении своих официальных обязанностей, освобождаются от всех налогов, сборов и пошлин.

Статья 29

Личность дипломатического агента неприкосновенна. Он не подлежит аресту или задержанию в какой бы то ни было форме. Государство пребывания обязано относиться к нему с должным уважением и принимать все надлежащие меры для предупреждения каких-либо посягательств на его личность, свободу или достоинство.

Статья 30

1. Частная резиденция дипломатического агента пользуется той же неприкосновенностью и защитой, что и помещения представительства.

2. Его бумаги, корреспонденция и, с исключениями, предусмотренными в пункте 3 статьи 31, его имущество равным образом пользуются неприкосновенностью.

Статья 31

1. Дипломатический агент пользуется иммунитетом от уголовной юрисдикции государства пребывания. Он пользуется также иммунитетом от гражданской и административной юрисдикции, кроме случаев:

- a) вещных исков, относящихся к частному недвижимому имуществу, находящемуся на территории государства пребывания, если только он не владеет им от имени аккредитуемого государства для целей представительства;
- b) исков, касающихся наследования, в отношении которых дипломатический агент выступает в качестве исполнителя завещания, попечителя над наследственным имуществом, наследника или отказополучателя как частное лицо, а не от имени аккредитуемого государства;
- c) исков, относящихся к любой профессиональной или коммерческой деятельности, осуществляемой дипломатическим агентом в государстве пребывания за пределами своих официальных функций.

2. Дипломатический агент не обязан давать показаний в качестве свидетеля.

3. Никакие исполнительные меры не могут приниматься в отношении дипломатического агента, за исключением тех случаев, которые подпадают под подпункты «а», «в» и «с» пункта 1 настоящей статьи, и иначе как при условии, что соответствующие меры могут приниматься без нарушения неприкосновенности его личности или его резиденции.

4. Иммунитет дипломатического агента от юрисдикции государства пребывания не освобождает его от юрисдикции аккредитующего государства.

Статья 32

1. От иммунитета от юрисдикции дипломатических агентов и лиц, пользующихся иммунитетом согласно статье 37, может отказаться аккредитующее государство.

2. Отказ должен быть всегда определенно выраженным.

3. Возбуждение дела дипломатическим агентом или лицом, пользующимся иммунитетом от юрисдикции согласно статье 37, лишает его права ссылаться на иммунитет от юрисдикции в отношении встречных исков, непосредственно связанных с основным иском.

4. Отказ от иммунитета от юрисдикции в отношении гражданского или административного дела не означает отказа от иммунитета в отношении исполнения решения, для чего требуется особый отказ.

Статья 33

1. При условии соблюдения положения пункта 3 настоящей статьи, постановления о социальном обеспечении, действующие в государстве пребывания, не распространяются на дипломатического агента в отношении услуг, оказываемых аккредитующему государству.

2. Изъятие, предусмотренное в пункте 1 настоящей статьи, распространяется также на домашних работников, которые находятся исключительно на службе у дипломатического агента, при условии,

- а) что они не являются гражданами государства пребывания или не проживают в нем постоянно,
- б) что на них распространяются постановления о социальном обеспечении, действующие в аккредитующем государстве или в третьем государстве.

3. Дипломатический агент, занимающий лиц, на которых не распространяется изъятие, предусмотренное в пункте 2 настоящей статьи, должен выполнять обязательства, налагаемые на работодателей постановлениями о социальном обеспечении, действующими в государстве пребывания.

4. Изъятие, предусмотренное в пунктах 1 и 2 настоящей статьи, не препятствует добровольному участию в системе социального обеспечения государства пребывания, при условии, что такое участие допускается этим государством.

5. Положения настоящей статьи не затрагивают двусторонних или многосторонних соглашений о социальном обеспечении, заключенных ранее, и не препятствуют заключению таких соглашений в будущем.

Статья 34

Дипломатический агент освобождается от всех налогов, сборов и пошлин, личных и имущественных, государственных, районных и муниципальных, за исключением:

- а) косвенных налогов, которые обычно включаются в цену товаров или обслуживания;
- б) сборов и налогов на частное недвижимое имущество, находящееся на территории государства пребывания, если он не владеет им от имени аккредитующего государства для целей представительства;

с) налогов на наследство и пошлин на наследование, взимаемых государством пребывания, с изъятиями, предусмотренными в пункте 4 статьи 39;

д) сборов и налогов на частный доход, источник которого находится в государстве пребывания, и налогов на капиталовложения в коммерческие предприятия в государстве пребывания;

е) сборов, взимаемых за конкретные виды обслуживания;

г) регистрационных, судебных и реестровых пошлин, ипотечных сборов и гербового сбора в отношении недвижимого имущества, с изъятиями, предусмотренными в статье 23.

Статья 35

Государство пребывания обязано освобождать дипломатических агентов от всех трудовых и государственных повинностей, независимо от их характера, а также от военных повинностей, таких как реквизиции, контрибуции и военный постой.

Статья 36

1. Государство пребывания, в соответствии с принятыми им законами и правилами, разрешает ввозить и освобождает от всех таможенных пошлин, налогов и связанных с этим сборов, за исключением складских сборов, сборов за перевозку и подобного рода услуг:

- а) предметы, предназначенные для официального пользования представительства;
- б) предметы, предназначенные для личного пользования дипломатического агента или членом его семьи, живущим вместе с ним, включая предметы, предназначенные для его обзаведения.

2. Личный багаж дипломатического агента освобождается от досмотра, если нет серьезных оснований предполагать, что он содержит предметы, на которые не распространяются изъятия, упомянутые в пункте 1 настоящей статьи, или предметы, ввоз или вывоз которых запрещен законом или регулируется карантинными правилами государства пребывания. Такой досмотр должен производиться только в присутствии дипломатического агента или его уполномоченного представителя.

Статья 37

1. Члены семьи дипломатического агента, живущие вместе с ним, пользуются, если они не являются гражданами государства пребывания, привилегиями и иммунитетами, указанными в статьях 29—36.

2. Члены административно-технического персонала представительства и члены их семей, живущие вместе с ними, пользуются, если они не являются гражданами государства пребывания или не проживают в нем постоянно, привилегиями и иммунитетами, указанными в статьях 29—35, с тем исключением, что иммунитет от гражданской и административной юрисдикции государства пребывания, указанный в пункте 1 статьи 31, не распространяется на действия, совершенные ими не при исполнении своих обязанностей. Они пользуются также привилегиями, указанными в пункте 1 статьи 36, в отношении предметов первоначального обзаведения.

3. Члены обслуживающего персонала представительства, которые не являются гражданами государства пребывания или не проживают в нем постоянно, пользуются иммунитетом в отношении действий, совершенных ими при исполнении своих обязанностей, и освобождаются от налогов, сборов и пошлин на заработок, получаемый ими по своей службе, а также пользуются освобождением, упомянутым в статье 33.

4. Домашние работники сотрудников представительства, если они не являются гражданами государства пребывания или не проживают в нем постоянно, освобождаются от налогов, сборов и пошлин на заработок, получаемый ими по

своей службе. В других отношениях они могут пользоваться привилегиями и иммунитетами только в той мере, в какой это допускает государство пребывания. Однако государство пребывания должно осуществлять свою юрисдикцию над этими лицами так, чтобы не вмешиваться ненадлежащим образом в осуществление функций представительства.

Статья 38

1. Помимо дополнительных привилегий и иммунитетов, которые могут быть предоставлены государством пребывания, дипломатический агент, который является гражданином государства пребывания или постоянно в нем проживает, пользуется лишь иммунитетом от юрисдикции и неприкосновенностью в отношении официальных действий, совершенных им при выполнении своих функций.

2. Другие члены персонала представительства и домашние работники, которые являются гражданами государства пребывания или постоянно в нем проживают, пользуются привилегиями и иммунитетами только в той мере, в какой это допускает государство пребывания. Однако государство пребывания должно осуществлять свою юрисдикцию над этими лицами так, чтобы не вмешиваться ненадлежащим образом в осуществление функций представительства.

Статья 39

1. Каждое лицо, имеющее право на привилегии и иммунитеты, пользуется ими с момента вступления его на территорию государства пребывания при следовании для занятия своего поста или, если оно уже находится на этой территории, с того момента, когда о его назначении сообщается министерству иностранных дел или другому министерству, в отношении которого имеется договоренность.

2. Если функции лица, пользующегося привилегиями и иммунитетами, заканчиваются, эти привилегии и иммунитеты нормально прекращаются в тот момент, когда оно оставляет страну, или по истечении разумного срока для того, чтобы это сделать, но продолжают существовать до этого времени даже в случае вооруженного конфликта. Однако в отношении действий, совершенных таким лицом при выполнении своих функций сотрудником представительства, иммунитет продолжает существовать.

3. В случае смерти сотрудника представительства члены его семьи продолжают пользоваться привилегиями и иммунитетами, на которые они имеют право, до истечения разумного срока для оставления страны пребывания.

4. В случае смерти сотрудника представительства, который не был гражданином государства пребывания или не проживал в нем постоянно, или члена его семьи, жившего вместе с ним, государство пребывания должно разрешить вывоз движимого имущества умершего, за исключением всего того имущества, которое приобретено в этой стране и вывоз которого был запрещен ко времени его смерти. Налог на наследство и пошлины на наследование не взимаются с движимого имущества, нахождение которого в государстве пребывания обусловлено исключительно пребыванием здесь умершего как сотрудника представительства или члена семьи сотрудника представительства.

Статья 40

1. Если дипломатический агент проезжает через территорию третьего государства, которое выдало ему визу, если таковая необходима, или находится на этой территории, следуя для занятия своего поста или возвращаясь на этот пост или же в свою страну, это третье государство предоставляет ему неприкосновенность и такие другие иммунитеты, какие могут потребоваться для обеспечения его проезда или возвращения. Это относится также к любым членам его семьи, пользующимся привилегиями или иммунитетами, которые сопровождают дипломатического агента или следуют отдельно, чтобы присоединиться к нему или возвратиться в свою страну.

2. При обстоятельствах, подобных тем, которые указаны в пункте 1 настоящей статьи, третьи государства не должны препятствовать проезду через их территорию членом административно-технического или обслуживающего персонала представительства и членом их семей.

3. Третьи государства должны предоставлять официальной корреспонденции и другим официальным сообщениям, следующим транзитом, включая закодированные или шифрованные депеши, ту же свободу и защиту, которая предоставляется государством пребывания. Они должны предоставлять дипломатическим курьерам, которым выдана виза, если таковая необходима, и дипломатической почте, следующей транзитом, ту же неприкосновенность и защиту, которую обязано предоставлять государство пребывания.

4. Обязанности третьих государств, предусмотренные пунктами 1, 2 и 3 настоящей статьи, относятся также к лицам, упомянутым в этих пунктах, и к официальным сообщениям и дипломатической почте, находящиеся которых на территории третьего государства вызвано форсмажорными обстоятельствами.

Статья 41

1. Без ущерба для их привилегий и иммунитетов, все лица, пользующиеся такими привилегиями и иммунитетами, обязаны уважать законы и постановления государства пребывания. Они также обязаны не вмешиваться во внутренние дела этого государства.

2. Все официальные дела с государством пребывания, введенные представительству аккредитующим государством, ведутся с министерством иностранных дел государства пребывания или через это министерство, либо с другим министерством, в отношении которого имеется договоренность, или через это другое министерство.

3. Помещения представительства не должны использоваться в целях, не совместимых с функциями представительства, предусмотренными настоящей Конвенцией или другими нормами общего международного права, или же каким-либо специальными соглашениями, действующими между аккредитующим государством и государством пребывания.

Статья 42

Дипломатический агент не должен заниматься в государстве пребывания профессиональной или коммерческой деятельностью в целях личной выгоды.

Статья 43

Функции дипломатического агента прекращаются, в частности,

- a) по уведомлении аккредитующим государством государства пребывания о том, что функции дипломатического агента прекращены;
- b) по уведомлении государством пребывания аккредитующего государства, что, согласно пункту 2 статьи 9, оно отказывается признавать дипломатического агента сотрудником представительства.

Статья 44

Государство пребывания должно, даже в случае вооруженного конфликта, оказать содействие, необходимое для возможно быстрого выезда пользующихся привилегиями и иммунитетами лиц, не являющихся гражданами государства пребывания, и членом семей таких лиц, независимо от их гражданства. Оно должно, в частности, предоставить в случае необходимости в их распоряжение перевозочные средства, которые требуются для них самих и их имущества.

Статья 45

В случае разрыва дипломатических сношений между двумя государствами либо окончательного или временного отзыва представительства,

- a) государство пребывания должно, даже в случае вооруженного конфликта, уважать и охранять помещения представительства вместе с его имуществом и архивами;

- b) аккредитующее государство можетверить охрану помещений своего представительства вместе с его имуществом и архивами третьему государству, приемлемому для государства пребывания;
- c) аккредитующее государство можетверить защиту своих интересов и интересов своих граждан третьему государству, приемлемому для государства пребывания.

Статья 46

Аккредитующее государство может, с предварительного согласия государства пребывания и по просьбе третьего государства, не представленного в государстве пребывания, взять на себя временную защиту интересов этого третьего государства и его граждан.

Статья 47

1. При применении положений настоящей Конвенции государство пребывания не должно проводить дискриминации между государствами.

2. Однако не считается, что имеет место дискриминация,

- a) если государство пребывания применяет какое-либо из положений настоящей Конвенции ограничительно ввиду ограничительного применения этого положения к его представительству в аккредитующем государстве;
- b) если по обычаю или соглашению государства предоставляются друг другу режим, более благоприятный, чем тот, который требуется положениями настоящей Конвенции.

Статья 48

Настоящая Конвенция открыта для подписания всеми государствами-членами Организации Объединенных Наций или специализированных учреждений, государствами, являющимися участниками Статута Международного Суда, а также любым другим государством, приглашенным Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций стать участником Конвенции: до 31 октября 1961 года — в Федеральном министерстве иностранных дел Австрии, а затем, до 31 марта 1962 года, — в Центральных Учреждениях Организации Объединенных Наций в Нью-Йорке.

Статья 49

Настоящая Конвенция подлежит ратификации. Ратификационные грамоты сдаются на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

CONVENCION DE VIENA SOBRE RELACIONES DIPLOMATICAS

Los Estados Partes en la presente Convención,

Teniendo presente que desde antiguos tiempos los pueblos de todas las naciones han reconocido el estatuto de los funcionarios diplomáticos,

Teniendo en cuenta los propósitos y principios de la Carta de las Naciones Unidas relativos a la igualdad soberana de los Estados, al mantenimiento de la paz y de la seguridad internacionales y al fomento de las relaciones de amistad entre las naciones,

Estimando que una convención internacional sobre relaciones, privilegios e inmunidades diplomáticos contribuirá al desarrollo de las relaciones amistosas entre las naciones, prescindiendo de sus diferencias de régimen constitucional y social,

Reconociendo que tales inmunidades y privilegios se conceden, no en beneficio de las personas, sino con el fin de garantizar el desempeño eficaz de las funciones de las misiones diplomáticas en calidad de representantes de los Estados,

Статья 50

Настоящая Конвенция открыта для присоединения любого государства, принадлежащего к одной из четырех категорий, перечисленных в статье 48. Акты о присоединении сдаются на хранение Генеральному Секретарю Объединенных Наций.

Статья 51

1. Настоящая Конвенция вступит в силу на тридцатый день после сдачи на хранение двадцать второй ратификационной грамоты или акта о присоединении Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

2. В отношении каждого государства, которое ратифицирует Конвенцию или присоединится к ней после сдачи на хранение двадцать второй ратификационной грамоты или акта о присоединении, Конвенция вступит в силу на тридцатый день после сдачи на хранение этим государством своей ратификационной грамоты или акта о присоединении.

Статья 52

Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уведомляет все государства, принадлежащие к одной из четырех категорий, перечисленных в статье 48:

- a) о подписании настоящей Конвенции и о сдаче на хранение ратификационных грамот или актов о присоединении в соответствии со статьями 48, 49 и 50;
- b) о дате вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии со статьей 51.

Статья 53

Подлинник настоящей Конвенции, тексты которого на русском, английском, испанском, китайском и французском языках являются равно аутентичными, будет сдан на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций, который направит его заверенные копии всем государствам, принадлежащим к одной из четырех категорий, перечисленных в статье 48.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, надлежащим образом уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию.

СОВЕРШЕНО В ВЕНЕ восемнадцатого апреля тысяча девятьсот шестьдесят первого года.

Afirmando que las normas del derecho internacional consuetudinario han de continuar rigiendo las cuestiones que no hayan sido expresamente reguladas en las disposiciones de la presente Convención,

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

A los efectos de la presente Convención:

- a) por "jefe de misión", se entiende la persona encargada por el Estado acreditante de actuar con carácter de tal;
- b) por "miembros de la misión", se entiende el jefe de la misión y los miembros del personal de la misión;
- c) por "miembros del personal de la misión", se entiende los miembros del personal diplomático, del personal administrativo y técnico y del personal de servicio de la misión;
- d) por "miembros del personal diplomático", se entiende los miembros del personal de la misión que posean la calidad de diplomático;

- e) por "agente diplomático", se entiende el jefe de la misión o un miembro del personal diplomático de la misión;
- f) por "miembros del personal administrativo y técnico", se entiende los miembros del personal de la misión empleados en el servicio administrativo y técnico de la misión;
- g) por "miembros del personal de servicio", se entiende los miembros del personal de la misión empleados en el servicio doméstico de la misión;
- h) por "criado particular", se entiende toda persona al servicio doméstico de un miembro de la misión, que no sea empleada del Estado acreditante;
- i) por "locales de la misión", se entiende los edificios o las partes de los edificios, sea cual fuere su propietario, utilizados para las finalidades de la misión, incluyendo la residencia del jefe de la misión, así como el terreno destinado al servicio de esos edificios o de parte de ellos.

Artículo 2

El establecimiento de relaciones diplomáticas entre Estados y el envío de misiones diplomáticas permanentes se efectúa por consentimiento mutuo.

Artículo 3

1. Las funciones de una misión diplomática consisten principalmente en:

- representar al Estado acreditante ante el Estado receptor;
- proteger en el Estado receptor los intereses del Estado acreditante y los de sus nacionales, dentro de los límites permitidos por el derecho internacional;
- negociar con el gobierno del Estado receptor;
- enterarse por todos los medios lícitos de las condiciones y de la evolución de los acontecimientos en el Estado receptor e informar sobre ello al gobierno del Estado acreditante;
- fomentar las relaciones amistosas y desarrollar las relaciones económicas, culturales y científicas entre el Estado acreditante y el Estado receptor.

2. Ninguna disposición de la presente Convención se interpretará de modo que impida el ejercicio de funciones consulares por la misión diplomática.

Artículo 4

1. El Estado acreditante deberá asegurarse de que la persona que se proponga acreditar como jefe de la misión ante el Estado receptor ha obtenido el asentimiento de ese Estado.

2. El Estado receptor no está obligado a expresar al Estado acreditante los motivos de su negativa a otorgar el asentimiento.

Artículo 5

1. El Estado acreditante podrá, después de haberlo notificado en debida forma a los Estados receptores interesados, acreditar a un jefe de misión ante dos o más Estados, o bien destinar a ellos a cualquier miembro del personal diplomático, salvo que alguno de los Estados receptores se oponga expresamente.

2. Si un Estado acredita a un jefe de misión ante dos o más Estados, podrá establecer una misión diplomática dirigida por un encargado de negocios ad interim en cada uno de los Estados en que el jefe de la misión no tenga su sede permanente.

3. El jefe de misión o cualquier miembro del personal diplomático de la misión podrá representar al Estado acreditante ante cualquier organización internacional.

Artículo 6

Dos o más Estados podrán acreditar a la misma persona como jefe de misión ante un tercer Estado, salvo que el Estado receptor se oponga a ello.

Artículo 7

Sin perjuicio de lo dispuesto en los artículos 5, 8, 9 y 11, el Estado acreditante nombrará libremente al personal de la misión. En el caso de los agregados militares, navales o aéreos, el Estado receptor podrá exigir que se le sometan de antemano sus nombres, para su aprobación.

Artículo 8

1. Los miembros del personal diplomático de la misión habrán de tener, en principio, la nacionalidad del Estado acreditante.

2. Los miembros del personal diplomático de la misión no podrán ser elegidos entre personas que tengan la nacionalidad del Estado receptor, excepto con el consentimiento de ese Estado, que podrá retirarlo en cualquier momento.

3. El Estado receptor podrá reservarse el mismo derecho respecto de los nacionales de un tercer Estado que no sean al mismo tiempo nacionales del Estado acreditante.

Artículo 9

1. El Estado receptor podrá, en cualquier momento y sin tener que exponer los motivos de su decisión, comunicar al Estado acreditante que el jefe u otro miembro del personal diplomático de la misión es persona non grata, o que cualquier otro miembro del personal de la misión no es aceptable. El Estado acreditante retirará entonces a esa persona o pondrá término a sus funciones en la misión, según proceda. Toda persona podrá ser declarada non grata o no aceptable antes de su llegada al territorio del Estado receptor.

2. Si el Estado acreditante se niega a ejecutar o no ejecuta en un plazo razonable las obligaciones que le incumben a tenor de lo dispuesto en el párrafo 1, el Estado receptor podrá negarse a reconocer como miembro de la misión a la persona de que se trate.

Artículo 10

1. Se notificará al Ministerio de Relaciones Exteriores, o al Ministerio que se haya convenido, del Estado receptor:

- el nombramiento de los miembros de la misión, su llegada y su salida definitiva o la terminación de sus funciones en la misión;
- la llegada y la salida definitiva de toda persona perteneciente a la familia de un miembro de la misión y, en su caso, el hecho de que determinada persona entre a formar parte o cese de ser miembro de la familia de un miembro de la misión;
- la llegada y la salida definitiva de los criados particulares al servicio de las personas a que se refiere el inciso a) de este párrafo y, en su caso, el hecho de que cesen en el servicio de tales personas;
- la contratación y el despido de personas residentes en el Estado receptor como miembros de la misión o criados particulares que tengan derecho a privilegios e inmunidades.

2. Cuando sea posible, la llegada y la salida definitiva se notificarán también con antelación.

Artículo 11

1. A falta de acuerdo explícito sobre el número de miembros de la misión, el Estado receptor podrá exigir que ese número esté dentro de los límites de lo que considere que es razonable y normal, según las circunstancias y condiciones de ese Estado y las necesidades de la misión de que se trate.

2. El Estado receptor podrá también, dentro de esos límites y sin discriminación alguna, negarse a aceptar funcionarios de una determinada categoría.

Artículo 12

El Estado acreditante no podrá, sin el consentimiento previo y expreso del Estado receptor, establecer oficinas que formen parte de la misión en localidades distintas de aquella en que radique la propia misión.

Artículo 13

1. Se considerará que el jefe de misión ha asumido sus funciones en el Estado receptor desde el momento en que haya presentado sus cartas credenciales o en que haya comunicado su llegada y presentado copia de estilo de sus cartas credenciales al Ministerio de Relaciones Exteriores, o al Ministerio que se haya convenido, según la práctica en vigor en el Estado receptor, que deberá aplicarse de manera uniforme.

2. El orden de presentación de las cartas credenciales o de su copia de estilo se determinará por la fecha y hora de llegada del jefe de misión.

Artículo 14

1. Los jefes de misión se dividen en tres clases:

- a) embajadores o nuncios acreditados ante los Jefes de Estado, y otros jefes de misión de rango equivalente;
- b) enviados, ministros o internuncios acreditados ante los Jefes de Estado;
- c) encargados de negocios acreditados ante los Ministros de Relaciones Exteriores.

2. Salvo por lo que respecta a la precedencia y a la etiqueta, no se hará ninguna distinción entre los jefes de misión por razón de su clase.

Artículo 15

Los Estados se pondrán de acuerdo acerca de la clase a que habrán de pertenecer los jefes de sus misiones.

Artículo 16

1. La precedencia de los jefes de misión, dentro de cada clase, se establecerá siguiendo el orden de la fecha y hora en que hayan asumido sus funciones, de conformidad con el artículo 13.

2. Las modificaciones en las cartas credenciales de un jefe de misión que no entrañen cambio de clase no alterarán su orden de precedencia.

3. Las disposiciones de este artículo se entenderán sin perjuicio de los usos que acepte el Estado receptor respecto de la precedencia del representante de la Santa Sede.

Artículo 17

El jefe de misión notificará al Ministerio de Relaciones Exteriores, o al Ministerio que se haya convenido, el orden de precedencia de los miembros del personal diplomático de la misión.

Artículo 18

El procedimiento que se siga en cada Estado para la recepción de los jefes de misión será uniforme respecto de cada clase.

Artículo 19

1. Si queda vacante el puesto de jefe de misión o si el jefe de misión no puede desempeñar sus funciones, un encargado de negocios *ad interim* actuará provisionalmente como jefe de la misión. El nombre del encargado de negocios *ad interim* será comunicado al Ministerio de Relaciones Exteriores del Estado receptor, o al Ministerio que se haya convenido, por

el jefe de misión o, en el caso en que éste no pueda hacerlo, por el Ministerio de Relaciones Exteriores del Estado acreditante.

2. Caso de no estar presente ningún miembro del personal diplomático de la misión en el Estado receptor, un miembro del personal administrativo y técnico podrá, con el consentimiento del Estado receptor, ser designado por el Estado acreditante para hacerse cargo de los asuntos administrativos corrientes de la misión.

Artículo 20

La misión y su jefe tendrán derecho a colocar la bandera y el escudo del Estado acreditante en los locales de la misión, incluyendo la residencia del jefe de la misión, y en los medios de transporte de éste.

Artículo 21

1. El Estado receptor deberá, sea facilitar la adquisición en su territorio de conformidad con sus propias leyes, por el Estado acreditante, de los locales necesarios para la misión, o ayudar a éste a obtener alojamiento de otra manera.

2. Cuando sea necesario, ayudará también a las misiones a obtener alojamiento adecuado para sus miembros.

Artículo 22

1. Los locales de la misión son inviolables. Los agentes del Estado receptor no podrán penetrar en ellos sin consentimiento del jefe de la misión.

2. El Estado receptor tiene la obligación especial de adoptar todas las medidas adecuadas para proteger los locales de la misión contra toda intrusión o daño y evitar que se turbe la tranquilidad de la misión o se atente contra su dignidad.

3. Los locales de la misión, su mobiliario y demás bienes situados en ellos, así como los medios de transporte de la misión, no podrán ser objeto de ningún registro, requisa, embargo o medida de ejecución.

Artículo 23

1. El Estado acreditante y el jefe de la misión están exentos de todos impuestos y gravámenes nacionales, regionales o municipales, sobre los locales de la misión de que sean propietarios o inquilinos, salvo de aquellos impuestos o gravámenes que constituyan el pago de servicios particulares prestados.

2. La exención fiscal a que se refiere este artículo no se aplica a los impuestos y gravámenes que, conforme a las disposiciones legales del Estado receptor, estén a cargo del particular que contrate con el Estado acreditante o con el jefe de la misión.

Artículo 24

Los archivos y documentos de la misión son siempre inviolables, dondequiera que se hallen.

Artículo 25

El Estado receptor dará toda clase de facilidades para el desempeño de las funciones de la misión.

Artículo 26

Sin perjuicio de sus leyes y reglamentos referentes a zonas de acceso prohibido o reglamentado por razones de seguridad nacional, el Estado receptor garantizará a todos los miembros de la misión la libertad de circulación y de tránsito por su territorio.

Artículo 27

1. El Estado receptor permitirá y protegerá la libre comunicación de la misión para todos los fines oficiales. Para comunicarse con el gobierno y con las demás misiones y consulados del Estado acreditante, dondequiera que radiquen, la

misión podrá emplear todos los medios de comunicación adecuados, entre ellos los correos diplomáticos y los mensajes en clave o en cifra. Sin embargo, únicamente con el consentimiento del Estado receptor podrá la misión instalar y utilizar una emisora de radio.

2. La correspondencia oficial de la misión es inviolable. Por correspondencia oficial se entiende toda correspondencia concerniente a la misión y a sus funciones.

3. La valija diplomática no podrá ser abierta ni retenida.

4. Los bultos que constituyan la valija diplomática deberán ir provistos de signos exteriores visibles indicadores de su carácter y sólo podrán contener documentos diplomáticos u objetos de uso oficial.

5. El correo diplomático, que debe llevar consigo un documento oficial en el que conste su condición de tal y el número de bultos que constituyan la valija, estará protegido, en el desempeño de sus funciones, por el Estado receptor. Gozará de inviolabilidad personal y no podrá ser objeto de ninguna forma de detención o arresto.

6. El Estado acreditante o la misión podrán designar correos diplomáticos ad hoc. En tales casos se aplicarán también las disposiciones del párrafo 5 de este artículo, pero las inmunidades en él mencionadas dejarán de ser aplicables cuando dicho correo haya entregado al destinatario la valija diplomática que se le haya encomendado.

7. La valija diplomática podrá ser confiada al comandante de una aeronave comercial que haya de aterrizar en un aeropuerto de entrada autorizado. El comandante deberá llevar consigo un documento oficial en el que conste el número de bultos que constituyan la valija, pero no podrá ser considerado como correo diplomático. La misión podrá enviar a uno de sus miembros, a tomar posesión directa y libremente de la valija diplomática de manos del comandante de la aeronave.

Artículo 28

Los derechos y aranceles que perciba la misión por actos oficiales están exentos de todo impuesto y gravamen.

Artículo 29

La persona del agente diplomático es inviolable. No puede ser objeto de ninguna forma de detención o arresto. El Estado receptor le tratará con el debido respeto y adoptará todas las medidas adecuadas para impedir cualquier atentado contra su persona, su libertad o su dignidad.

Artículo 30

1. La residencia particular del agente diplomático goza de la misma inviolabilidad y protección que los locales de la misión.

2. Sus documentos, su correspondencia y, salvo lo previsto en el párrafo 3 del artículo 31, sus bienes, gozarán igualmente de inviolabilidad.

Artículo 31

1. El agente diplomático gozará de inmunidad de la jurisdicción penal del Estado receptor. Gozará también de inmunidad de su jurisdicción civil y administrativa, excepto si se trata:

- a) de una acción real sobre bienes inmuebles particulares radicados en el territorio del Estado receptor, a menos que el agente diplomático los posea por cuenta del Estado acreditante para los fines de la misión;
- b) de una acción sucesoria en la que el agente diplomático figure, a título privado y no en nombre del Estado acreditante, como ejecutor testamentario, administrador, heredero o legatario;
- c) de una acción referente a cualquier actividad profesional o comercial ejercida por el agente diplomático en el Estado receptor, fuera de sus funciones oficiales.

2. El agente diplomático no está obligado a testificar.

3. El agente diplomático no podrá ser objeto de ninguna medida de ejecución, salvo en los casos previstos en los incisos a), b) y c) del párrafo 1 de este artículo y con tal de que no sufra menoscabo la inviolabilidad de su persona o de su residencia.

4. La inmunidad de jurisdicción de un agente diplomático en el Estado receptor no le exime de la jurisdicción del Estado acreditante.

Artículo 32

1. El Estado acreditante puede renunciar a la inmunidad de jurisdicción de sus agentes diplomáticos y de las personas que gocen de inmunidad conforme al artículo 31.

2. La renuncia ha de ser siempre expresa.

3. Si un agente diplomático o una persona que goce de inmunidad de jurisdicción conforme al artículo 31 entabla una acción judicial, no le será permitido invocar la inmunidad de jurisdicción respecto de cualquier reconvencción directamente ligada a la demanda principal.

4. La renuncia a la inmunidad de jurisdicción respecto de las acciones civiles o administrativas no ha de entenderse que entraña renuncia a la inmunidad en cuanto a la ejecución del fallo, para lo cual será necesaria una nueva renuncia.

Artículo 33

1. Sin perjuicio de las disposiciones del párrafo 3 de este artículo, el agente diplomático estará, en cuanto a los servicios prestados al Estado acreditante, exento de las disposiciones sobre seguridad social que estén vigentes en el Estado receptor.

2. La exención prevista en el párrafo 1 de este artículo se aplicará también a los criados particulares que se hallen al servicio exclusivo del agente diplomático, a condición de que:

- a) no sean nacionales del Estado receptor o no tengan en él residencia permanente; y
- b) estén protegidos por las disposiciones sobre seguridad social que estén vigentes en el Estado acreditante o en un tercer Estado.

3. El agente diplomático que emplee a personas a quienes no se aplique la exención prevista en el párrafo 2 de este artículo, habrá de cumplir las obligaciones que las disposiciones sobre seguridad social del Estado receptor impongan a los empleadores.

4. La exención prevista en los párrafos 1 y 2 de este artículo no impedirá la participación voluntaria en el régimen de seguridad social del Estado receptor, a condición de que tal participación esté permitida por ese Estado.

5. Las disposiciones de este artículo se entenderán sin perjuicio de los acuerdos bilaterales o multilaterales sobre seguridad social ya concertados y no impedirán que se concierten en lo sucesivo acuerdos de esa índole.

Artículo 34

El agente diplomático estará exento de todos los impuestos y gravámenes personales o reales, nacionales, regionales o municipales, con excepción:

- a) de los impuestos indirectos de la índole de los normalmente incluidos en el precio de las mercaderías o servicios;
- b) de los impuestos y gravámenes sobre los bienes inmuebles privados que radiquen en el territorio del Estado receptor, a menos que el agente diplomático los posea por cuenta del Estado acreditante y para los fines de la misión;
- c) de los impuestos sobre las sucesiones que corresponda percibir al Estado receptor, salvo lo dispuesto en el párrafo 4 del artículo 33;

- d) de los impuestos y gravámenes sobre los ingresos privados que tengan su origen en el Estado receptor y de los impuestos sobre el capital que graven las inversiones efectuadas en empresas comerciales en el Estado receptor;
- e) de los impuestos y gravámenes correspondientes a servicios particulares prestados;
- f) salvo lo dispuesto en el artículo 23, de los derechos de registro, aranceles judiciales, hipoteca y timbre, cuando se trate de bienes inmuebles.

Artículo 35

El Estado receptor deberá eximir a los agentes diplomáticos de toda prestación personal, de todo servicio público cualquiera que sea su naturaleza y de cargas militares tales como las requisiciones, las contribuciones y los alojamientos militares.

Artículo 36

1. El Estado receptor, con arreglo a las leyes y reglamentos que promulgue, permitirá la entrada, con exención de toda clase de derechos de aduana, impuestos y gravámenes conexos, salvo los gastos de almacenaje, acarreo y servicios análogos:

- a) de los objetos destinados al uso oficial de la misión;
- b) de los objetos destinados al uso personal del agente diplomático o de los miembros de su familia que formen parte de su casa, incluidos los efectos destinados a su instalación.

2. El agente diplomático estará exento de la inspección de su equipaje personal, a menos que haya motivos fundados para suponer que contiene objetos no comprendidos en las exenciones mencionadas en el párrafo 1 de este artículo, u objetos cuya importación o exportación esté prohibida por la legislación del Estado receptor o sometida a sus reglamentos de cuarentena. En este caso, la inspección sólo se podrá efectuar en presencia del agente diplomático o de su representante autorizado.

Artículo 37

1. Los miembros de la familia de un agente diplomático que formen parte de su casa gozarán de los privilegios e inmunidades especificados en los artículos 29 a 36, siempre que no sean nacionales del Estado receptor.

2. Los miembros del personal administrativo y técnico de la misión, con los miembros de sus familias que formen parte de sus respectivas casas, siempre que no sean nacionales del Estado receptor ni tengan en él residencia permanente, gozarán de los privilegios e inmunidades mencionados en los artículos 29 a 35, salvo que la inmunidad de la jurisdicción civil y administrativa del Estado receptor especificada en el párrafo 1 del artículo 31, no se extenderá a los actos realizados fuera del desempeño de sus funciones. Gozarán también de los privilegios especificados en el párrafo 1 del artículo 36, respecto de los objetos importados al efectuar su primera instalación.

3. Los miembros del personal de servicio de la misión que no sean nacionales del Estado receptor ni tengan en él residencia permanente, gozarán de inmunidad por los actos realizados en el desempeño de sus funciones, de exención de impuestos y gravámenes sobre los salarios que perciban por sus servicios y de la exención que figura en el artículo 33.

4. Los criados particulares de los miembros de la misión, que no sean nacionales del Estado receptor ni tengan en él residencia permanente, estarán exentos de impuestos y gravámenes sobre los salarios que perciban por sus servicios. A otros respecto, sólo gozarán de privilegios e inmunidades en la medida reconocida por dicho Estado. No obstante, el Estado receptor habrá de ejercer su jurisdicción sobre esas personas de modo que no estorbe indebidamente el desempeño de las funciones de la misión.

Artículo 38

1. Excepto en la medida en que el Estado receptor conceda otros privilegios e inmunidades, el agente diplomático que sea nacional de ese Estado o tenga en él residencia permanente sólo gozará de inmunidad de jurisdicción e inviolabilidad por los actos oficiales realizados en el desempeño de sus funciones.

2. Los otros miembros de la misión y los criados particulares que sean nacionales del Estado receptor o tengan en él su residencia permanente, gozarán de los privilegios e inmunidades únicamente en la medida en que lo admita dicho Estado. No obstante, el Estado receptor habrá de ejercer su jurisdicción sobre esas personas de modo que no estorbe indebidamente el desempeño de las funciones de la misión.

Artículo 39

1. Toda persona que tenga derecho a privilegios e inmunidades gozará de ellos desde que penetre en el territorio del Estado receptor para tomar posesión de su cargo o, si se encuentra ya en ese territorio, desde que su nombramiento haya sido comunicado al Ministerio de Relaciones Exteriores o al Ministerio que se haya convenido.

2. Cuando terminen las funciones de una persona que goce de privilegios e inmunidades, tales privilegios e inmunidades cesarán normalmente en el momento en que esa persona salga del país o en el que expire el plazo razonable que le haya sido concedido para permitirle salir de él, pero subsistirán hasta entonces, aun en caso de conflicto armado. Sin embargo, no cesará la inmunidad respecto de los actos realizados por tal persona en el ejercicio de sus funciones como miembro de la misión.

3. En caso de fallecimiento de un miembro de la misión, los miembros de su familia continuarán en el goce de los privilegios e inmunidades que les correspondan hasta la expiración de un plazo razonable en el que puedan abandonar el país.

4. En caso de fallecimiento de un miembro de la misión que no sea nacional del Estado receptor ni tenga en él residencia permanente, o de un miembro de su familia que forme parte de su casa, dicho Estado permitirá que se saquen del país los bienes muebles del fallecido, salvo los que hayan sido adquiridos en él y cuya exportación se halle prohibida en el momento del fallecimiento. No serán objeto de impuestos de sucesión los bienes muebles que se hallaren en el Estado receptor por el solo hecho de haber vivido allí el causante de la sucesión como miembro de la misión o como persona de la familia de un miembro de la misión.

Artículo 40

1. Si un agente diplomático atraviesa el territorio de un tercer Estado que le hubiere otorgado el visado del pasaporte si tal visado fuere necesario, o se encuentra en él para ir a tomar posesión de sus funciones, para reintegrarse a su cargo o para volver a su país, el tercer Estado le concederá la inviolabilidad y todas las demás inmunidades necesarias para facilitarle el tránsito o el regreso. Esta regla será igualmente aplicable a los miembros de su familia que gocen de privilegios e inmunidades y acompañen al agente diplomático o viajen separadamente para reunirse con él o regresar a su país.

2. En circunstancias análogas a las previstas en el párrafo 1 de este artículo, los terceros Estados no habrán de dificultar el paso por su territorio de los miembros del personal administrativo y técnico, del personal de servicio de una misión o de los miembros de sus familias.

3. Los terceros Estados concederán a la correspondencia oficial y a otras comunicaciones oficiales en tránsito, incluso a los despachos en clave o en cifra, la misma libertad y protección concedida por el Estado receptor. Concederán a los correos diplomáticos a quienes hubieren otorgado el

visado del pasaporte si tal visado fuere necesario, así como a las valijas diplomáticas en tránsito, la misma inviolabilidad y protección que se halla obligado a prestar el Estado receptor.

4: Las obligaciones de los terceros Estados en virtud de los párrafos 1, 2 y 3 de este artículo serán también aplicables a las personas mencionadas respectivamente en esos párrafos, así como a las comunicaciones oficiales y a las valijas diplomáticas, que se hallen en el territorio del tercer Estado a causa de fuerza mayor.

Artículo 41

1. Sin perjuicio de sus privilegios e inmunidades, todas las personas que gocen de esos privilegios e inmunidades deberán respetar las leyes y reglamentos del Estado receptor. También están obligadas a no inmiscuirse en los asuntos internos de ese Estado.

2. Todos los asuntos oficiales de que la misión esté encargada por el Estado acreditante han de ser tratados con el Ministerio de Relaciones Exteriores de ese Estado o por conducto de él, o con el Ministerio que se haya convenido.

3. Los locales de la misión no deben ser utilizados de manera incompatible con las funciones de la misión tal como están enunciadas en la presente Convención, en otras normas del derecho internacional general o en los acuerdos particulares que estén en vigor entre el Estado acreditante y el Estado receptor.

Artículo 42

El agente diplomático no ejercerá en el Estado receptor ninguna actividad profesional o comercial en provecho propio.

Artículo 43

Las funciones del agente diplomático terminarán, principalmente:

- a) cuando el Estado acreditante comunique al Estado receptor que las funciones del agente diplomático han terminado;
- b) cuando el Estado receptor comunique al Estado acreditante que, de conformidad con el párrafo 2 del artículo 9, se niega a reconocer al agente diplomático como miembro de la misión.

Artículo 44

El Estado receptor deberá, aun en caso de conflicto armado, dar facilidades para que las personas que gozan de privilegios e inmunidades y no sean nacionales del Estado receptor, así como los miembros de sus familias, sea cual fuere su nacionalidad, puedan salir de su territorio lo más pronto posible. En especial, deberá poner a su disposición, si fuere necesario, los medios de transporte indispensables para tales personas y sus bienes.

Artículo 45

En caso de ruptura de las relaciones diplomáticas entre dos Estados, o si se pone término a una misión de modo definitivo o temporal:

- a) el Estado receptor estará obligado a respetar y a proteger, aun en caso de conflicto armado, los locales de la misión así como sus bienes y archivos;
- b) el Estado acreditante podrá confiar la custodia de los locales de la misión, así como de sus bienes y archivos, a un tercer Estado aceptable para el Estado receptor;
- c) el Estado acreditante podrá confiar la protección de sus intereses y de los intereses de sus nacionales a un tercer Estado aceptable para el Estado receptor.

Artículo 46

Con el consentimiento previo del Estado receptor y a petición de un tercer Estado no representado en él, el Estado acreditante podrá asumir la protección temporal de los intereses del tercer Estado y de sus nacionales.

Artículo 47

1. En la aplicación de las disposiciones de la presente Convención, el Estado receptor no hará ninguna discriminación entre los Estados.

2. Sin embargo, no se considerará como discriminatorio:

- a) que el Estado receptor aplique con criterio restrictivo cualquier disposición de la presente Convención, porque con tal criterio haya sido aplicada a su misión en el Estado acreditante;
- b) que, por costumbre o acuerdo, los Estados se concedan recíprocamente un trato más favorable que el requerido en las disposiciones de la presente Convención.

Artículo 48

La presente Convención estará abierta a la firma de todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas o de algún organismo especializado, así como de todo Estado Parte en el Estatuto de la Corte Internacional de Justicia y de cualquier otro Estado invitado por la Asamblea General de las Naciones Unidas a ser parte en la Convención, de la manera siguiente: hasta el 31 de octubre de 1961, en el Ministerio Federal de Relaciones Exteriores de Austria; y después, hasta el 31 de marzo de 1962, en la Sede de las Naciones Unidas en Nueva York.

Artículo 49

La presente Convención está sujeta a ratificación. Los instrumentos de ratificación se depositarán en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 50

La presente Convención quedará abierta a la adhesión de los Estados pertenecientes a alguna de las cuatro categorías mencionadas en el artículo 48. Los instrumentos de adhesión se depositarán en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 51

1. La presente Convención entrará en vigor el trigésimo día a partir de la fecha en que haya sido depositado en poder del Secretario General de las Naciones Unidas el vigesimosegundo instrumento de ratificación o de adhesión.

2. Para cada Estado que ratifique la Convención o se adhiera a ella después de haber sido depositado el vigesimosegundo instrumento de ratificación o de adhesión, la Convención entrará en vigor el trigésimo día a partir de la fecha en que tal Estado haya depositado su instrumento de ratificación o de adhesión.

Artículo 52

El Secretario General de las Naciones Unidas comunicará a todos los Estados pertenecientes a cualquiera de las cuatro categorías mencionadas en el artículo 48:

- a) qué países han firmado la presente Convención y cuáles han depositado los instrumentos de ratificación o adhesión, de conformidad con lo dispuesto en los artículos 48, 49 y 50;
- b) en qué fecha entrará en vigor la presente Convención, de conformidad con lo dispuesto en el artículo 51.

Artículo 53

El original de la presente Convención, cuyos textos chino, español, francés, inglés y ruso son igualmente auténticos, será depositado en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, quien remitirá copia certificada a todos los Estados pertenecientes a cualquiera de las cuatro categorías mencionadas en el artículo 48.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL, los plenipotenciarios infrascritos, debidamente autorizados por sus respectivos Gobiernos, han firmado la presente Convención.

HECHA EN VIENA, el día dieciocho de abril de mil novecientos sesenta y uno.

Übersetzung**Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen**

Die Partnerstaaten dieser Konvention —

eingedenk dessen, daß die Völker aller Staaten von alters her die besondere Stellung des Diplomaten anerkannt haben, in Anbetracht der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ziele und Grundsätze in bezug auf die souveräne Gleichheit der Staaten, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und auf die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten,

überzeugt, daß eine internationale Konvention über den diplomatischen Verkehr, diplomatische Vorrechte und Immunitäten geeignet ist, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen beizutragen,

in der Erkenntnis, daß diese Vorrechte und Immunitäten nicht dem Zweck dienen, einzelne zu bevorzugen, sondern zum Ziel haben, den diplomatischen Missionen als Vertretungen von Staaten die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten,

unter Bekräftigung des Grundsatzes, daß die Regeln des Völkergewohnheitsrechts auch weiterhin für alle Fragen gelten sollen, die nicht ausdrücklich in dieser Konvention geregelt sind —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieser Konvention haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- a) der Ausdruck „Missionschef“ bezeichnet die Person, die vom Entsendestaat beauftragt ist, in dieser Eigenschaft tätig zu sein;
- b) der Ausdruck „Mitglieder der Mission“ bezeichnet den Missionschef und die Mitglieder des Personals der Mission;
- c) der Ausdruck „Mitglieder des Personals der Mission“ bezeichnet die Mitglieder des diplomatischen Personals, des Verwaltungs- und technischen Personals und des Dienstpersonals der Mission;
- d) der Ausdruck „Mitglieder des diplomatischen Personals“ bezeichnet die in diplomatischem Rang stehenden Mitglieder des Personals der Mission;
- e) der Ausdruck „Diplomat“ bezeichnet den Missionschef und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission;
- f) der Ausdruck „Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals“ bezeichnet die im Verwaltungs- und technischen Dienst der Mission beschäftigten Mitglieder ihres Personals;
- g) der Ausdruck „Mitglieder des Dienstpersonals“ bezeichnet die als Hausangestellte bei der Mission beschäftigten Mitglieder ihres Personals;
- h) der Ausdruck „privater Hausangestellter“ bezeichnet eine im häuslichen Dienst eines Mitglieds der Mission beschäftigte Person, die nicht Angestellter des Entsendestaats ist;
- i) der Ausdruck „Räumlichkeiten der Mission“ bezeichnet ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Gebäude oder Gebäudeteile und das dazugehörige Gelände, die für die Zwecke der Mission verwendet werden, einschließlich der Residenz des Missionschefs.

Artikel 2

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Staaten und die Errichtung ständiger diplomatischer Missionen erfolgen in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 3

(1) Aufgabe einer diplomatischen Mission ist es unter anderem,

- a) den Entsendestaat im Empfangsstaat zu vertreten,

- b) die Interessen des Entsendestaats und seiner Angehörigen im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu schützen,
- c) mit der Regierung des Empfangsstaats zu verhandeln,
- d) sich mit allen rechtmäßigen Mitteln über Verhältnisse und Entwicklungen im Empfangsstaat zu unterrichten und darüber an die Regierung des Entsendestaats zu berichten,
- e) freundschaftliche Beziehungen zwischen Entsendestaat und Empfangsstaat zu fördern und ihre wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen auszubauen.

(2) Diese Konvention ist nicht so auszulegen, als schließe sie die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben durch eine diplomatische Mission aus.

Artikel 4

(1) Der Entsendestaat hat sich zu vergewissern, daß die Person, die er als Missionschef bei dem Empfangsstaat zu beglaubigen beabsichtigt, dessen Agrément erhalten hat.

(2) Der Empfangsstaat ist nicht verpflichtet, dem Entsendestaat die Gründe für eine Verweigerung des Agréments mitzuteilen.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat kann nach einer Notifikation an die beteiligten Empfangsstaaten die Beglaubigung eines Missionschefs oder gegebenenfalls die Bestellung eines Mitglieds des diplomatischen Personals für mehrere Staaten vornehmen, es sei denn, daß einer der Empfangsstaaten ausdrücklich Einspruch erhebt.

(2) Beglaubigt der Entsendestaat einen Missionschef bei einem oder mehreren weiteren Staaten, so kann er in jedem Staat, in dem der Missionschef nicht seinen ständigen Sitz hat, eine diplomatische Mission unter der Leitung eines Geschäftsträgers ad interim errichten.

(3) Ein Missionschef oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission kann den Entsendestaat bei jeder internationalen Organisation vertreten.

Artikel 6

Mehrere Staaten können dieselbe Person bei einem anderen Staat als Missionschef beglaubigen, es sei denn, daß der Empfangsstaat Einspruch erhebt.

Artikel 7

Vorbehaltlich der Artikel 5, 8, 9 und 11 kann der Entsendestaat die Mitglieder des Personals seiner Mission nach freiem Ermessen ernennen. Bei Militär-, Marine- und Luftwaffenattachés kann der Empfangsstaat verlangen, daß ihm ihre Namen vorher zwecks Zustimmung mitgeteilt werden.

Artikel 8

(1) Die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission sollen grundsätzlich Angehörige des Entsendestaats sein.

(2) Angehörige des Empfangsstaats dürfen nur mit dessen Zustimmung zu Mitgliedern des diplomatischen Personals der Mission ernannt werden; die Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden.

(3) Der Empfangsstaat kann sich das gleiche Recht in bezug auf Angehörige eines dritten Staates vorbehalten, die nicht gleichzeitig Angehörige des Entsendestaats sind.

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat kann dem Entsendestaat jederzeit ohne Angabe von Gründen notifizieren, daß der Missionschef oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission persona non grata oder daß ein anderes Mitglied des Personals der Mission ihm nicht genehm ist. In diesen Fällen hat der Entsendestaat die betreffende Person entweder abzurufen oder ihre Tätigkeit bei der Mission zu beenden. Eine Person kann als non grata oder nicht genehm erklärt werden, bevor sie im Hoheitsgebiet des Empfangsstaats eintrifft.

(2) Weigert sich der Entsendestaat oder unterläßt er es innerhalb einer angemessenen Frist, seinen Verpflichtungen auf Grund des Absatzes 1 nachzukommen, so kann der Emp-

fangsstaat es ablehnen, die betreffende Person als Mitglied der Mission anzuerkennen.

Artikel 10

(1) Dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder einem anderen in gegenseitigem Einvernehmen bestimmten Ministerium des Empfangsstaats ist folgendes zu notifizieren:

- a) die Ernennung von Mitgliedern der Mission, ihre Ankunft und ihre endgültige Abreise oder die Beendigung ihrer dienstlichen Tätigkeit bei der Mission;
- b) die Ankunft und die endgültige Abreise eines Familienangehörigen eines Mitglieds der Mission und gegebenenfalls die Tatsache, daß eine Person Familienangehöriger eines Mitglieds der Mission wird oder diese Eigenschaft verliert;
- c) die Ankunft und die endgültige Abreise von privaten Hausangestellten, die bei den unter Buchstabe a bezeichneten Personen beschäftigt sind, und gegebenenfalls ihr Ausscheiden aus deren Dienst;
- d) die Anstellung und die Entlassung von im Empfangsstaat ansässigen Personen als Mitglied der Mission oder als private Hausangestellte mit Anspruch auf Vorrechte und Immunitäten.

(2) Die Ankunft und die endgültige Abreise sind nach Möglichkeit im voraus zu notifizieren.

Artikel 11

(1) Ist keine ausdrückliche Vereinbarung über den Personalbestand der Mission getroffen worden, so kann der Empfangsstaat verlangen, daß dieser Bestand in den Grenzen gehalten wird, die er in Anbetracht der bei ihm vorliegenden Umstände und Verhältnisse sowie der Bedürfnisse der betreffenden Mission für angemessen und normal hält.

(2) Der Empfangsstaat kann ferner innerhalb der gleichen Grenzen, aber ohne Diskriminierung, die Zulassung von Beamten einer bestimmten Kategorie ablehnen.

Artikel 12

Der Entsendestaat darf ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Empfangsstaats keine zur Mission gehörenden Büros an anderen Orten als denjenigen einrichten, in denen die Mission selbst ihren Sitz hat.

Artikel 13

(1) Als Zeitpunkt des Amtsantritts des Missionschefs im Empfangsstaat gilt der Tag, an welchem er nach der im Empfangsstaat geübten und einheitlich anzuwendenden Praxis entweder sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat oder aber dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder einem anderen in gegenseitigem Einvernehmen bestimmten Ministerium des Empfangsstaats seine Ankunft notifiziert hat und diesem eine beglaubigte Abschrift seines Beglaubigungsschreibens überreicht worden ist.

(2) Die Reihenfolge der Überreichung von Beglaubigungsschreiben oder von deren beglaubigten Abschriften richtet sich nach Tag und Zeit der Ankunft des Missionschefs.

Artikel 14

(1) Die Missionschefs sind in folgende drei Klassen eingeteilt:

- a) die Klasse der Botschafter oder Nuntien, die bei Staatsoberhäuptern beglaubigt sind, und sonstiger in gleichem Rang stehender Missionschefs;
- b) die Klasse der Gesandten, Minister und Internuntien, die bei Staatsoberhäuptern beglaubigt sind;
- c) die Klasse der Geschäftsträger, die bei Außenministern beglaubigt sind.

(2) Abgesehen von Fragen der Rangfolge und der Etikette wird zwischen den Missionschefs kein Unterschied auf Grund ihrer Klasse gemacht.

Artikel 15

Die Staaten vereinbaren die Klasse, in welche ihre Missionschefs einzuordnen sind.

Artikel 16

(1) Innerhalb jeder Klasse richtet sich die Rangfolge der Missionschefs nach Tag und Zeit ihres Amtsantritts gemäß Artikel 13.

(2) Änderungen im Beglaubigungsschreiben des Missionschefs, die keine Änderung der Klasse bewirken, lassen die Rangfolge unberührt.

(3) Dieser Artikel läßt die Praxis unberührt, die ein Empfangsstaat hinsichtlich des Vorrangs des Vertreters des Heiligen Stuhls angenommen hat oder künftig annimmt.

Artikel 17

Die Rangfolge der Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission wird vom Missionschef dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder dem anderen in gegenseitigem Einvernehmen bestimmten Ministerium notifiziert.

Artikel 18

Das in einem Staat beim Empfang von Missionschefs zu befolgende Verfahren muß für jede Klasse einheitlich sein.

Artikel 19

(1) Ist der Posten des Missionschefs unbesetzt oder ist der Missionschef außerstande, seine Aufgaben wahrzunehmen, so ist ein Geschäftsträger ad interim vorübergehend als Missionschef tätig. Den Namen des Geschäftsträgers ad interim notifiziert der Missionschef oder, wenn er dazu außerstande ist, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Entsendestaats dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder dem anderen in gegenseitigem Einvernehmen bestimmten Ministerium des Empfangsstaats.

(2) Ist kein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission im Empfangsstaat anwesend, so kann der Entsendestaat mit Zustimmung des Empfangsstaats ein Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals mit der Leitung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten der Mission beauftragen.

Artikel 20

Die Mission und ihr Chef sind berechtigt, die Flagge und das Hoheitszeichen des Entsendestaats an den Räumlichkeiten der Mission einschließlich der Residenz des Missionschefs und an dessen Beförderungsmitteln zu führen.

Artikel 21

(1) Der Empfangsstaat erleichtert nach Maßgabe seiner Rechtsvorschriften dem Entsendestaat den Erwerb der für dessen Mission in seinem Hoheitsgebiet benötigten Räumlichkeiten oder hilft ihm, sich auf andere Weise Räumlichkeiten zu beschaffen.

(2) Erforderlichenfalls hilft der Empfangsstaat ferner den Missionen bei der Beschaffung geeigneten Wohnraums für ihre Mitglieder.

Artikel 22

(1) Die Räumlichkeiten der Mission sind unverletzlich. Vertreter des Empfangsstaats dürfen sie nur mit Zustimmung des Missionschefs betreten.

(2) Der Empfangsstaat hat die besondere Pflicht, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Räumlichkeiten der Mission vor jedem Eindringen und jeder Beschädigung zu schützen und um zu verhindern, daß der Friede der Mission gestört oder ihre Würde beeinträchtigt wird.

(3) Die Räumlichkeiten der Mission, ihre Einrichtung und die sonstigen darin befindlichen Gegenstände sowie die Beförderungsmittel der Mission genießen Immunität von jeder Durchsuchung, Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung.

Artikel 23

(1) Der Entsendestaat und der Missionschef sind hinsichtlich der in ihrem Eigentum stehenden und der von ihnen gemieteten bzw. gepachteten Räumlichkeiten der Mission von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit, soweit diese nicht als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden.

(2) Die in diesem Artikel vorgesehene Steuerbefreiung gilt nicht für Steuern und sonstige Abgaben, die nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaats von den Personen zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat oder dem Missionschef Verträge schließen.

Artikel 24

Die Archive und Schriftstücke der Mission sind jederzeit unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

Artikel 25

Der Empfangsstaat gewährt der Mission jede Erleichterung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Artikel 26

Vorbehaltlich seiner Gesetze und anderen Rechtsvorschriften über Zonen, deren Betreten aus Gründen der nationalen Sicherheit verboten oder geregelt ist, gewährleistet der Empfangsstaat allen Mitgliedern der Mission volle Bewegungs- und Reisefreiheit in seinem Hoheitsgebiet.

Artikel 27

(1) Der Empfangsstaat gestattet und schützt den freien Verkehr der Mission für alle amtlichen Zwecke. Die Mission kann sich im Verkehr mit der Regierung, den anderen Missionen und den Konsulaten des Entsendestaats, wo immer sie sich befinden, aller geeigneten Mittel einschließlich diplomatischer Kuriere und verschlüsselter Nachrichten bedienen. Das Errichten und Betreiben einer Funksendeanlage ist der Mission jedoch nur mit Zustimmung des Empfangsstaats gestattet.

(2) Die amtliche Korrespondenz der Mission ist unverletzlich. Als „amtliche Korrespondenz“ gilt die gesamte Korrespondenz, welche die Mission und ihre Aufgaben betrifft.

(3) Das diplomatische Kuriergepäck darf weder geöffnet noch zurückgehalten werden.

(4) Gepäckstücke, die das diplomatische Kuriergepäck bilden, müssen äußerlich sichtbar als solches gekennzeichnet sein; sie dürfen nur diplomatische Schriftstücke oder für den amtlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(5) Der diplomatische Kurier muß ein amtliches Schriftstück mit sich führen, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Gepäckstücke ersichtlich sind, die das diplomatische Kuriergepäck bilden; er wird vom Empfangsstaat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben geschützt. Er genießt persönliche Unverletzlichkeit und unterliegt keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art.

(6) Der Entsendestaat oder die Mission kann diplomatische Kuriere ad hoc ernennen. Auch in diesen Fällen gilt Absatz 5; jedoch finden die darin erwähnten Immunitäten keine Anwendung mehr, sobald der Kurier das ihm anvertraute diplomatische Kuriergepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(7) Diplomatisches Kuriergepäck kann dem Kommandanten eines Zivilflugzeugs anvertraut werden, dessen Bestimmungsort ein zugelassener Einreiseflugplatz ist. Der Kommandant muß ein amtliches Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke ersichtlich ist, die das Kuriergepäck bilden; er gilt jedoch nicht als diplomatischer Kurier. Die Mission kann eines ihrer Mitglieder entsenden, um das diplomatische Kuriergepäck unmittelbar und ungehindert von dem Kommandanten des Luftfahrzeugs entgegenzunehmen.

Artikel 28

Die Gebühren und Kosten, welche die Mission für Amtshandlungen erhebt, sind von allen Steuern und sonstigen Abgaben befreit.

Artikel 29

Die Person des Diplomaten ist unverletzlich. Er unterliegt keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art. Der Empfangsstaat behandelt ihn mit gebührender Achtung und trifft alle geeigneten Maßnahmen, um jeden Angriff auf seine Person, seine Freiheit oder seine Würde zu verhindern.

Artikel 30

(1) Die Privatwohnung des Diplomaten genießt dieselbe Unverletzlichkeit und denselben Schutz wie die Räumlichkeiten der Mission.

(2) Seine Papiere, seine Korrespondenz und — vorbehaltlich des Artikels 31 Absatz 3 — sein Vermögen sind ebenfalls unverletzlich.

Artikel 31

(1) Der Diplomat genießt Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats. Ferner steht ihm Immunität von dessen Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit zu; ausgenommen hiervon sind folgende Fälle:

- a) dingliche Klagen in bezug auf privates, im Hoheitsgebiet des Empfangsstaats gelegenes unbewegliches Vermögen, es sei denn, daß der Diplomat dieses im Auftrag des Entsendestaats für die Zwecke der Mission im Besitz hat;
- b) Klagen in Nachlasssachen, in denen der Diplomat als Testamentsvollstrecker, Verwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer in privater Eigenschaft und nicht als Vertreter des Entsendestaats beteiligt ist;
- c) Klagen im Zusammenhang mit einer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die der Diplomat im Empfangsstaat neben seiner amtlichen Tätigkeit ausübt.

(2) Der Diplomat ist nicht verpflichtet, als Zeuge auszusagen.

(3) Gegen einen Diplomaten dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den in Absatz 1 Buchstaben a, b und c vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit seiner Person oder seiner Wohnung zu beeinträchtigen.

(4) Die Immunität des Diplomaten von der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaats befreit ihn nicht von der Gerichtsbarkeit des Entsendestaats.

Artikel 32

(1) Auf die Immunität von der Gerichtsbarkeit, die einem Diplomaten oder gemäß Artikel 37 einer anderen Person zusteht, kann der Entsendestaat verzichten.

(2) Der Verzicht muß stets ausdrücklich erklärt werden.

(3) Strengt ein Diplomat oder eine Person, die gemäß Artikel 37 Immunität von der Gerichtsbarkeit genießt, ein Gerichtsverfahren an, so können sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität von der Gerichtsbarkeit berufen.

(4) Der Verzicht auf die Immunität von der Gerichtsbarkeit in einem Zivil- oder Verwaltungsgerichtsverfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität von der Urteilsvollstreckung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 33

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 3 ist ein Diplomat in bezug auf seine Dienste für den Entsendestaat von den im Empfangsstaat geltenden Vorschriften über soziale Sicherheit befreit.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für private Hausangestellte, die ausschließlich bei einem Diplomaten beschäftigt sind, sofern sie

- a) weder Angehörige des Empfangsstaats noch in demselben ständig ansässig sind und
- b) den im Entsendestaat oder in einem dritten Staat geltenden Vorschriften über soziale Sicherheit unterstehen.

(3) Beschäftigt ein Diplomat Personen, auf welche die in Absatz 2 vorgesehene Befreiung keine Anwendung findet, so hat er die Vorschriften über soziale Sicherheit zu beachten, die im Empfangsstaat für Betriebe gelten.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Befreiung schließt die freiwillige Beteiligung an dem System der sozialen Sicherheit des Empfangsstaats nicht aus, sofern dieser eine solche Beteiligung zuläßt.

(5) Dieser Artikel läßt bereits geschlossene zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte über soziale Sicherheit unberührt und steht dem künftigen Abschluß weiterer Übereinkünfte dieser Art nicht entgegen.

Artikel 34

Der Diplomat ist von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Personal- und Realsteuern oder -abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind

- a) die normalerweise im Preis von Waren oder Dienstleistungen enthaltenen indirekten Steuern;

- b) Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Hoheitsgebiet des Empfangsstaats gelegenen unbeweglichem Vermögen, es sei denn, daß der Diplomat es im Auftrag des Entsendestaats für die Zwecke der Mission im Besitz hat;
- c) Erbschaftssteuern, die der Empfangsstaat erhebt, jedoch vorbehaltlich des Artikels 39 Abs. 4;
- d) Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie Vermögensteuern von Kapitalanlagen in gewerblichen Unternehmen, die im Empfangsstaat gelegen sind;
- e) Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
- f) Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren in bezug auf unbewegliches Vermögen, jedoch vorbehaltlich des Artikels 23.

Artikel 35

Der Empfangsstaat befreit Diplomaten von allen persönlichen Pflichtleistungen, von allen öffentlichen Pflichtleistungen jeder Art und von militärischen Auflagen wie zum Beispiel Beschlagnahmen, Kontributionen und Einquartierungen.

Artikel 36

(1) Gemäß seinen geltenden Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften gestattet der Empfangsstaat die Einfuhr der nachstehend genannten Gegenstände und befreit sie von allen Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben mit Ausnahme von Gebühren für Einlagerung, Beförderung und ähnliche Dienstleistungen:

- a) Gegenstände für den amtlichen Gebrauch der Mission;
- b) Gegenstände für den persönlichen Gebrauch des Diplomaten oder eines zu seinem Haushalt gehörenden Familienmitglieds, einschließlich der für seine Einrichtung vorgesehenen Gegenstände.

(2) Der Diplomat genießt Befreiung von der Kontrolle seines persönlichen Gepäcks, sofern nicht triftige Gründe für die Vermutung vorliegen, daß es Gegenstände enthält, für welche die in Absatz 1 erwähnten Befreiungen nicht gelten oder deren Ein- oder Ausfuhr nach dem Recht des Empfangsstaats verboten oder durch Quarantänenvorschriften geregelt ist. In solchen Fällen darf die Kontrolle nur in Anwesenheit des Diplomaten oder seines ermächtigten Vertreters stattfinden.

Artikel 37

(1) Die zum Haushalt eines Diplomaten gehörenden Familienmitglieder genießen, wenn sie nicht Angehörige des Empfangsstaats sind, die in den Artikeln 29 bis 36 bezeichneten Vorrechte und Immunitäten.

(2) Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission und die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder genießen, wenn sie weder Angehörige des Empfangsstaats noch in demselben ständig ansässig sind, die in den Artikeln 29 bis 35 bezeichneten Vorrechte und Immunitäten; jedoch sind ihre nicht in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen von der in Artikel 31 Absatz 1 bezeichneten Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaats ausgeschlossen. Sie genießen ferner die in Artikel 36 Absatz 1 bezeichneten Vorrechte in bezug auf Gegenstände, die anlässlich ihrer Ersteinrichtung eingeführt werden.

(3) Mitglieder des Dienstpersonals der Mission, die weder Angehörige des Empfangsstaats noch in demselben ständig ansässig sind, genießen Immunität in bezug auf ihre in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen, Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben auf ihre Dienstbezüge sowie die in Artikel 33 vorgesehene Befreiung.

(4) Private Hausangestellte von Mitgliedern der Mission genießen, wenn sie weder Angehörige des Empfangsstaats noch in demselben ständig ansässig sind, Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben auf die Bezüge, die sie auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses erhalten. Im übrigen stehen ihnen Vorrechte und Immunitäten nur in dem vom Emp-

fangsstaat zugelassenen Umfang zu. Der Empfangsstaat darf jedoch seine Hoheitsgewalt über diese Personen nur so ausüben, daß er die Mission bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht ungebührlich behindert.

Artikel 38

(1) Soweit der Empfangsstaat nicht zusätzliche Vorrechte und Immunitäten gewährt, genießt ein Diplomat, der Angehöriger dieses Staates oder in demselben ständig ansässig ist, Immunität von der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit lediglich in bezug auf seine in Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen.

(2) Anderen Mitgliedern des Personals der Mission und privaten Hausangestellten, die Angehörige des Empfangsstaats oder in demselben ständig ansässig sind, stehen Vorrechte und Immunitäten nur in dem vom Empfangsstaat zugelassenen Umfang zu. Der Empfangsstaat darf jedoch seine Hoheitsgewalt über diese Personen nur so ausüben, daß er die Mission bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht ungebührlich behindert.

Artikel 39

(1) Jede Person, die Anspruch auf Vorrechte und Immunitäten hat, genießt diese von dem Zeitpunkt an, an dem sie in das Hoheitsgebiet des Empfangsstaats einreist, um dort ihren Posten anzutreten, oder, wenn sie sich bereits in diesem Hoheitsgebiet befindet, von dem Zeitpunkt an, an dem ihre Ernennung dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder dem anderen in gegenseitigem Einvernehmen bestimmten Ministerium notifiziert wird.

(2) Die Vorrechte und Immunitäten einer Person, deren dienstliche Tätigkeit beendet ist, werden normalerweise im Zeitpunkt der Ausreise oder aber des Ablaufs einer hierfür gewährten angemessenen Frist hinfällig; bis zu diesem Zeitpunkt bleiben sie bestehen, und zwar auch im Fall eines bewaffneten Konflikts. In bezug auf die von der betreffenden Person in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit als Mitglied der Mission vorgenommenen Handlungen bleibt jedoch die Immunität auch weiterhin bestehen.

(3) Stirbt ein Mitglied der Mission, so genießen seine Familienangehörigen bis zum Ablauf einer angemessenen Frist für ihre Ausreise weiterhin die ihnen zustehenden Vorrechte und Immunitäten.

(4) Stirbt ein Mitglied der Mission, das weder Angehöriger des Empfangsstaats noch in demselben ständig ansässig ist, oder stirbt ein zu seinem Haushalt gehörendes Familienmitglied, so gestattet der Empfangsstaat die Ausfuhr des beweglichen Vermögens des Verstorbenen mit Ausnahme von im Inland erworbenen Vermögensgegenständen, deren Ausfuhr im Zeitpunkt des Todesfalles verboten war. Von beweglichem Vermögen, das sich nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Mitglied der Mission oder als Familienangehöriger eines solchen in diesem Staat aufhielt, dürfen keine Erbschaftssteuern erhoben werden.

Artikel 40

(1) Reist ein Diplomat, um sein Amt anzutreten oder um auf seinen Posten oder in seinen Heimatstaat zurückzukehren, durch das Hoheitsgebiet eines dritten Staates oder befindet er sich im Hoheitsgebiet dieses Staates, der erforderlichenfalls seinen Paß mit einem Sichtvermerk versehen hat, so gewährt ihm dieser Staat Unverletzlichkeit und alle sonstigen für seine sichere Durchreise oder Rückkehr erforderlichen Immunitäten. Das gleiche gilt, wenn Familienangehörige des Diplomaten, denen Vorrechte und Immunitäten zustehen, ihn begleiten oder wenn sie getrennt von ihm reisen, um sich zu ihm zu begeben oder in ihren Heimatstaat zurückzukehren.

(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 dürfen dritte Staaten auch die Reise von Mitgliedern des Verwaltungs- und technischen Personals und des Dienstpersonals einer Mission sowie ihrer Familienangehörigen durch ihr Hoheitsgebiet nicht behindern.

(3) Dritte Staaten gewähren in bezug auf die amtliche Korrespondenz und sonstige amtliche Mitteilungen im Transit, einschließlich verschlüsselter Nachrichten, die gleiche Freiheit und den gleichen Schutz wie der Empfangsstaat.

Diplomatischen Kurieren, deren Paß erforderlichenfalls mit einem Sichtvermerk versehen wurde, und dem diplomatischen Kuriergepäck im Transit gewähren sie die gleiche Unverletzlichkeit und den gleichen Schutz, die der Empfangsstaat zu gewähren verpflichtet ist.

(4) Die Verpflichtungen dritter Staaten auf Grund der Absätze 1, 2 und 3 gelten gegenüber den in jenen Absätzen bezeichneten Personen sowie in bezug auf amtliche Mitteilungen und das diplomatische Kuriergepäck auch dann, wenn diese sich infolge höherer Gewalt im Hoheitsgebiet des dritten Staates befinden.

Artikel 41

(1) Alle Personen, die Vorrechte und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Gesetze und andere Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zu beachten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einzumischen.

(2) Alle Amtsgeschäfte mit dem Empfangsstaat, mit deren Wahrnehmung der Entsendestaat die Mission beauftragt, sind mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder dem anderen in gegenseitigem Einvernehmen bestimmten Ministerium des Empfangsstaats zu führen oder über diese zu leiten.

(3) Die Räumlichkeiten der Mission dürfen nicht in einer Weise benutzt werden, die unvereinbar ist mit den Aufgaben der Mission, wie sie in dieser Konvention, in anderen Regeln des allgemeinen Völkerrechts oder in besonderen, zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat in Kraft befindlichen Übereinkünften niedergelegt sind.

Artikel 42

Ein Diplomat darf im Empfangsstaat keine berufliche oder gewerbliche Tätigkeit ausüben, die auf persönlichen Gewinn gerichtet ist.

Artikel 43

Die dienstliche Tätigkeit eines Diplomaten wird unter anderem dadurch beendet,

- a) daß der Entsendestaat dem Empfangsstaat die Beendigung der dienstlichen Tätigkeit des Diplomaten notifiziert, oder
- b) daß der Empfangsstaat dem Entsendestaat notifiziert, er lehne es gemäß Artikel 9 Absatz 3 ab, den Diplomaten als Mitglied der Mission anzuerkennen.

Artikel 44

Auch im Fall eines bewaffneten Konflikts gewährt der Empfangsstaat den Personen, die Vorrechte und Immunitäten genießen und nicht seine Angehörigen sind, sowie ihren Familienmitgliedern ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, die erforderlichen Erleichterungen, um es ihnen zu ermöglichen, sein Hoheitsgebiet so bald wie möglich zu verlassen. Insbesondere stellt er ihnen im Bedarfsfall die benötigten Beförderungsmittel für sie selbst und ihre Vermögensgegenstände zur Verfügung.

Artikel 45

Werden die diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten abgebrochen oder wird eine Mission endgültig oder vorübergehend abberufen,

- a) so hat der Empfangsstaat auch im Fall eines bewaffneten Konflikts die Räumlichkeiten, das Vermögen und die Archive der Mission zu achten und zu schützen;
- b) so kann der Entsendestaat einem dem Empfangsstaat genehmen dritten Staat die Obhut der Räumlichkeiten, des Vermögens und der Archive der Mission übertragen;
- c) so kann der Entsendestaat einem dem Empfangsstaat genehmen dritten Staat den Schutz seiner Interessen und derjenigen seiner Angehörigen übertragen.

Artikel 46

Ein Entsendestaat kann mit vorheriger Zustimmung des Empfangsstaats auf Ersuchen eines im Empfangsstaat nicht

vertretenen dritten Staates den zeitweiligen Schutz der Interessen des dritten Staates und seiner Angehörigen übernehmen.

Artikel 47

(1) Bei der Anwendung dieser Konvention unterläßt der Empfangsstaat jede diskriminierende Behandlung von Staaten.

(2) Es gilt jedoch nicht als Diskriminierung,

- a) wenn der Empfangsstaat eine Bestimmung dieser Konvention deshalb einschränkend anwendet, weil sie im Entsendestaat auf seine eigene Mission einschränkend angewandt wird;
- b) wenn Staaten auf Grund von Gewohnheit oder Vereinbarung einander eine günstigere Behandlung gewähren, als es nach dieser Konvention erforderlich ist.

Artikel 48

Diese Konvention liegt für alle Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen oder ihrer Spezialorganisationen, für Vertragsstaaten des Statuts des Internationalen Gerichtshofs und für jeden anderen Staat, den die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen einlädt, Partnerstaat der Konvention zu werden, wie folgt zur Unterzeichnung auf: bis zum 31. Oktober 1961 im österreichischen Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und danach bis zum 31. März 1962 am Sitz der Organisation der Vereinten Nationen in New York.

Artikel 49

Diese Konvention bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 50

Diese Konvention liegt zum Beitritt für jeden Staat auf, der einer der in Artikel 48 bezeichneten vier Kategorien angehört. Die Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 51

(1) Diese Konvention tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- und Beitrittsurkunde die Konvention ratifiziert oder ihr beitrifft, tritt sie am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 52

Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen notifiziert allen Staaten, die einer der in Artikel 48 bezeichneten vier Kategorien angehören,

- a) die Unterzeichnung dieser Konvention und die Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden gemäß den Artikeln 48, 49 und 50;
- b) den Tag, an dem diese Konvention gemäß Artikel 51 in Kraft tritt.

Artikel 53

Die Urschrift dieser Konvention, deren chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten, die einer der in Artikel 48 bezeichneten vier Kategorien angehören, beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diese Konvention unterschrieben.

Geschehen zu Wien am 18. April 1961



GESETZBLATT

61

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 29. Juni 1973

Teil II Nr. 7

Tag

Inhalt

Seite

20. 6. 73

Bekanntmachung über die Ratifikation der Konvention vom 24. April 1973 über die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten des Stabes und der anderen Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

61

**Bekanntmachung
über die Ratifikation der Konvention
vom 24. April 1973 über die
Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten
des Stabes und der anderen Führungsorgane
der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten
des Warschauer Vertrages**

vom 20. Juni 1973

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 19. Juni 1973 die nachstehend veröffentlichte Konvention über die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten des Stabes und der anderen Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 24. April 1973 ratifiziert hat.

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 29. Juni 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Übersetzung**Konvention
über die****Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten
des Stabes und der anderen Führungsorgane
der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten
des Warschauer Vertrages**

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

haben,

geleitet von den Prinzipien des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, der am 14. Mai 1955 in Warschau unterzeichnet wurde,

in Anbetracht des Beschlusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, der auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses am 17. März 1969 in Budapest gefaßt wurde,

in der Feststellung, daß die allgemeinen Aufgaben und die Bestimmung des Stabes und der anderen Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte in Dokumenten festgelegt sind, die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages beschlossen wurden,

unter der Berücksichtigung der Grundsätze über die Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Kommando der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages,

in dem Bewußtsein, daß für die Erfüllung der Aufgaben, die dem Stab und den anderen Führungsorganen der Vereinten Streitkräfte übertragen worden sind, diesen Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten gewährt werden sollten,

folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Der Stab der Vereinten Streitkräfte besteht aus Generalen, Admiralen und Offizieren der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, denen bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten Privilegien und Immunitäten entsprechend der vorliegenden Konvention gewährt werden.

Im Stab der Vereinten Streitkräfte arbeiten ebenfalls Beschäftigte, die vom Aufenthaltsstaat des Stabes gestellt werden und von denen ein Teil Privilegien und Immunitäten unter den in der vorliegenden Konvention vorgesehenen Bedingungen genießt. Die Kategorien und die Anzahl der Beschäftigten, die Privilegien und Immunitäten genießen, werden durch den Stab der Vereinten Streitkräfte mit den Generalstäben (Hauptstab) der Armeen der Teilnehmerstaaten der Konvention vereinbart. Die namentliche Liste dieser Beschäftigten wird durch den Stab der Vereinten Streitkräfte jährlich den Generalstäben (Hauptstab) der Armeen der Teilnehmerstaaten der Konvention zur Kenntnis gegeben.

2. Für die Zwecke der vorliegenden Konvention beinhaltet der Terminus „Stab der Vereinten Streitkräfte“ auch die anderen Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.
3. Der Sitz des Stabes der Vereinten Streitkräfte ist die Stadt Moskau.

Artikel 2

Der Stab der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ist eine juristische Person und hat zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben, für die er geschaffen worden ist, das Recht:

- a) Abkommen abzuschließen;
- b) Vermögen zu erwerben, zu mieten und zu veräußern;
- c) vor Gericht aufzutreten.

Artikel 3

1. Der Stab der Vereinten Streitkräfte genießt auf dem Territorium jedes Teilnehmerstaates der vorliegenden Konvention die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten, wie sie in der vorliegenden Konvention vorgesehen sind.
2. Die Räumlichkeiten des Stabes der Vereinten Streitkräfte, sein Vermögen, seine Guthaben und Dokumente genießen unabhängig von ihrem Standort Immunität gegen jegliche Form eines administrativen und gerichtlichen Eingriffs mit der Ausnahme, daß der Stab selbst im Einzelfall auf die Immunität verzichtet.
3. Der Stab der Vereinten Streitkräfte ist von direkten Steuern und Abgaben auf dem Territorium jedes Teilnehmerstaates der Konvention befreit. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf die Bezahlung konkreter Arten von Diensten und kommunalen Dienstleistungen.
4. Der Stab der Vereinten Streitkräfte ist von Zöllen und Beschränkungen bei der Einfuhr und Ausfuhr von Gegenständen, die für den Dienstgebrauch bestimmt sind, befreit.
5. Der Stab der Vereinten Streitkräfte genießt auf dem Territorium jedes Teilnehmerstaates der vorliegenden Konvention mindestens die gleichen Vergünstigungen in bezug auf die Vorrangigkeit der Abfertigung, die Tarife und Gebührensätze im Post-, Fernschreib- und Fernsprechverkehr, wie sie im jeweiligen Land der nationalen Armeeführung oder den diplomatischen Vertretungen gewährt werden.

Artikel 4

1. Den Mitarbeitern des Stabes der Vereinten Streitkräfte werden auf dem Territorium jedes Teilnehmerstaates der vorliegenden Konvention bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten folgende Privilegien und Immunitäten gewährt:
 - a) Unantastbarkeit aller Papiere und Dokumente;

- b) die gleichen Zollvergünstigungen in bezug auf das persönliche Gepäck, wie sie den Mitarbeitern der diplomatischen Vertretungen im jeweiligen Land gewährt werden;
- c) Befreiung von persönlichen Pflichtleistungen und direkten Steuern und Abgaben in bezug auf die Dienstbezüge (Arbeitslohn), die dem Personal des Stabes der Vereinten Streitkräfte durch das Land gezahlt werden, von dem es kommandiert wurde;
- d) Immunität gegen persönliche Inhaftierung oder Festnahme sowie gegen Jurisdiktion durch gerichtliche und administrative Instanzen in bezug auf alle Handlungen, die sie als Mitarbeiter begehen können.

Die Bestimmungen der Punkte b) und c) werden auf die Familienangehörigen angewandt, die mit den Mitarbeitern des Stabes der Vereinten Streitkräfte zusammenleben.

2. Der Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte und seine Stellvertreter genießen außer den im Absatz I dieses Artikels genannten Privilegien und Immunitäten auf dem Territorium aller Teilnehmerstaaten der vorliegenden Konvention die Privilegien und Immunitäten, wie sie im jeweiligen Land den diplomatischen Vertretern gewährt werden. Die genannten Personen erhalten Diplomatenausweise.

3. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden dem darin aufgeführten Personenkreis ausschließlich im Interesse der Erfüllung ihrer dienstlichen Funktion gewährt.

Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte hat das Recht und ist verpflichtet, in Absprache mit dem Minister für Verteidigung des entsprechenden Staates auf die Immunität eines Mitarbeiters des Stabes in allen Fällen zu verzichten, in denen die Immunität die Ausübung der Rechtsprechung behindert und der Verzicht auf die Immunität die Ziele, für die sie gewährt wurde, nicht beeinträchtigt.

4. An die Mitarbeiter des Stabes der Vereinten Streitkräfte und ihre Familienangehörigen werden durch den Stab Sonderausweise ausgegeben, die das Recht auf Privilegien und Immunitäten bescheinigen.

Die Mitarbeiter des Stabes der Vereinten Streitkräfte und ihre Familienangehörigen sind von der Meldepflicht und Registrierung befreit. Sie werden durch den Stab der Vereinten Streitkräfte registriert.

5. Die Bestimmungen der Absätze 1., 2., 3. und 4. dieses Artikels gelten nicht in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Mitarbeitern des Stabes der Vereinten Streitkräfte sowie ihren Familienangehörigen und den Orga-

nen des Landes, dessen Bürger sie sind, oder des Landes, auf dessen Territorium sie ihren ständigen Wohnsitz haben.

6. Personen, die Privilegien und Immunitäten genießen, wie sie in der vorliegenden Konvention festgelegt sind, haben die Pflicht, die Gesetze des Staates zu achten, auf dessen Territorium sie sich befinden, und sich nicht in die inneren Angelegenheiten dieses Staates einzumischen.

Artikel 5

Für den Fall, daß der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte auf die gemäß Artikel 4 der vorliegenden Konvention vorgesehene Immunität eines Mitarbeiters des Stabes verzichtet, wird in bezug auf die Person, die eine Strafrechtsverletzung oder administrative Rechtsverletzung begangen hat, die Rechtsprechung des Landes angewandt, auf dessen Territorium die Rechtsverletzung begangen worden ist, und es werden die für die Verfolgung strafbarer Handlungen zuständigen Militärjustizorgane dieses Landes wirksam.

Die Militärjustizorgane der Teilnehmerstaaten der vorliegenden Konvention können einander um Rechtshilfe zu diesen Fällen ersuchen. Solche Ersuchen werden wohlwollend behandelt.

Artikel 6

1. Die vorliegende Konvention bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten entsprechend ihrer verfassungsmäßigen Verfahrensweise.
2. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt, die als Depositär der vorliegenden Konvention ernannt wird.
3. Die Konvention tritt am Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden beim Depositär durch drei Staaten in Kraft. In bezug auf die anderen Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben, tritt sie am Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden in Kraft.
4. Mögliche Streitfragen, die sich aus der Auslegung und Anwendung der vorliegenden Konvention ergeben, werden von den Teilnehmerstaaten der vorliegenden Konvention durch Verhandlungen zwischen den nationalen Armeeführungen oder auf diplomatischem Wege oder auf beliebigem anderen Wege nach Vereinbarung gelöst.
5. Die vorliegende Konvention ist in einem Exemplar in russischer Sprache ausgefertigt. Die Konvention wird bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt, die den Regierungen aller anderen Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften übersendet sowie diese Regierungen und den Stab der Vereinten Streitkräfte von der Hinterlegung jeder Urkunde in

Kenntnis setzt. Zur Beglaubigung dessen haben die auf gehörige Weise dazu bevollmächtigten Endunterzeichneter die vorliegende Konvention unterzeichnet.

Geschehen in Moskau, am 24. April 1973

Für die Regierung der Volksrepublik Bulgarien	K. Nestorow
Für die Regierung der Ungarischen Volksrepublik	Jozsef Marjai
Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	Oskar Fischer
Für die Regierung der Volksrepublik Polen	Jan Czajka
Für die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien	N. Ghenea
Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	Rodionow
Für die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	F. Krajcir

КОНВЕНЦИЯ**о правоспособности, привилегиях и иммунитетах
Штаба и других органов управления Объединенных
Вооруженных Сил государств-участников Варшавского
Договора**

Правительства Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Польской Народной Республики, Социалистической Республики Румынии, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Социалистической Республики,

руководствуясь принципами Договора о дружбе, сотрудничестве и взаимной помощи, подписанного в Варшаве 14 мая 1955 года,

принимая во внимание Решение государств-участников Варшавского Договора, принятое на совещании Политического Консультативного Комитета 17 марта 1969 года в городе Будапеште,

отмечая, что общие задачи и назначение Штаба и других органов управления Объединенных Вооруженных Сил определены документами, принятыми государствами-участниками Варшавского Договора,

учитывая Положение об Объединенных Вооруженных Силах и Объединенном Командовании государств-участников Варшавского Договора,

сознавая, что для выполнения задач, возложенных на Штаб и другие органы управления Объединенных Вооруженных Сил, им следует предоставить правоспособность, привилегии и иммунитеты,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

1. Штаб Объединенных Вооруженных Сил состоит из генералов, адмиралов и офицеров государств-участников Варшавского Договора, которым при исполнении служебных обязанностей предоставляются привилегии и иммунитеты в соответствии с настоящей Конвенцией.

В Штабе Объединенных Вооруженных Сил работают также служащие, выделенные государством местопребывания Штаба, часть которых пользуется привилегиями и иммунитетами в условиях, предусмотренных настоящей Конвенцией. Категории и численность служащих, пользующихся привилегиями и иммунитетами, согласовываются Штабом Объединенных Вооруженных Сил с Генеральными (Главными) штабами армий государств-участников Конвенции. Именной список этих служащих ежегодно сообщается Штабом Объединенных Вооруженных Сил Генеральным (Главным) штабам армий государств-участников Конвенции.

2. Для целей настоящей Конвенции термин «Штаб Объединенных Вооруженных Сил» означает также и другие органы управления Объединенных Вооруженных Сил государств-участников Варшавского Договора.

3. Местом пребывания Штаба Объединенных Вооруженных Сил является город Москва.

Статья 2

Штаб Объединенных Вооруженных Сил государств-участников Варшавского Договора является юридическим лицом и в целях выполнения задач, для которых он был создан, правомочен:

- а) заключать соглашения;
- б) приобретать, арендовать и отчуждать имущество;
- в) выступать в суде.

Статья 3

1. Штаб Объединенных Вооруженных Сил пользуется на территории каждого государства-участника настоящей Конвенции правоспособностью, привилегиями и иммунитетами, предусмотренными настоящей Конвенцией.

2. Помещения Штаба Объединенных Вооруженных Сил, его имущество, активы и документы, независимо от места их нахождения, пользуются иммунитетом от любой формы административного и судебного вмешательства с изъятием, когда Штаб сам отказывается от иммунитета в каком-либо отдельном случае.

3. Штаб Объединенных Вооруженных Сил освобождается от прямых налогов и сборов на территории каждого из государств-участников Конвенции. Это положение не относится к оплате за конкретные виды обслуживания и коммунальные услуги.

4. Штаб Объединенных Вооруженных Сил освобождается от таможенных сборов и ограничений при ввозе и вывозе предметов, предназначенных для служебного пользования.

5. Штаб Объединенных Вооруженных Сил пользуется на территории каждого государства-участника настоящей Конвенции не менее благоприятными условиями в отношении первоочередности, тарифов и ставок почтовой, телеграфной и телефонной связи, чем те, которыми в этой стране пользуются национальное военное командование или дипломатические представительства.

Статья 4

1. Должностным лицам Штаба Объединенных Вооруженных Сил на территории каждого государства-участника настоящей Конвенции при исполнении ими своих служебных

обязанностей предоставляются следующие привилегии и иммунитеты:

- а) неприкосновенность всех бумаг и документов;
- б) те же таможенные льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются сотрудникам дипломатических представительств в данной стране;
- в) освобождение от личных повинностей и от прямых налогов и сборов в отношении оклада содержания (заработной платы), выплачиваемого личному составу Штаба Объединенных Вооруженных Сил командировавшей их страной;
- г) иммунитет от личного ареста или задержания, а также от юрисдикции судебных и административных учреждений в отношении всех действий, которые могут быть ими совершены в качестве должностных лиц.

Положения пунктов «б» и «в» применяются к членам семей, проживающим совместно с должностными лицами Штаба Объединенных Вооруженных Сил.

2. Начальник Штаба Объединенных Вооруженных Сил и его заместители, кроме привилегий и иммунитетов, указанных в пункте 1 настоящей статьи, пользуются на территориях всех государств-участников настоящей Конвенции привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми в данной стране дипломатическим представителям. Указанные лица получают дипломатические карточки.

3. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются упомянутым в ней лицам исключительно в интересах выполнения этими лицами служебных функций.

Главнокомандующий Объединенными Вооруженными Силами по согласованию с Министром обороны соответствующего государства имеет право и обязан отказаться от иммунитета должностного лица Штаба во всех случаях, когда иммунитет препятствует осуществлению правосудия и отказ от иммунитета не нанесет ущерба целям, в связи с которыми он был предоставлен.

4. Должностным лицам Штаба Объединенных Вооруженных Сил и членам их семей выдаются Штабом специальные удостоверения личности, подтверждающие право на привилегии и иммунитеты.

Должностные лица Штаба Объединенных Вооруженных Сил и члены их семей освобождаются от обязательной прописки и регистрации. Они регистрируются Штабом Объединенных Вооруженных Сил.

5. Положения пунктов 1, 2, 3 и 4 настоящей статьи не применяются к взаимоотношениям должностных лиц Штаба Объединенных Вооруженных Сил и членов их семей с орга-

нами страны, гражданами которой они являются, либо страны, на территории которой они постоянно проживают.

6. Лица, которые пользуются привилегиями и иммунитетами, предусмотренными настоящей Конвенцией, обязаны уважать законы государства, на территории которого они находятся, и не вмешиваться во внутренние дела данного государства.

Статья 5

В случае отказа Главнокомандующего Объединенными Вооруженными Силами от иммунитета должностного лица Штаба, предусмотренного статьей 4 настоящей Конвенции, в отношении такого лица, совершившего уголовное или административное правонарушение, применяется законодательство страны, на территории которой совершено правонарушение, и действуют ее органы военной юстиции, компетентные по вопросам преследования наказуемых деяний.

Органы военной юстиции государств-участников настоящей Конвенции могут взаимно обращаться друг к другу с просьбой оказать юридическую помощь в отношении отдельных дел. Такие просьбы будут рассматриваться благожелательно.

Статья 6

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации подписавшими ее государствами в соответствии с их конституционной процедурой.

2. Ратификационные грамоты будут сданы на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик, которое назначается депозитарием настоящей Конвенции.

3. Конвенция вступит в силу со дня сдачи на хранение депозитарию ратификационных грамот трех государствами. В отношении других государств, подписавших Конвенцию, она вступит в силу в день сдачи ими на хранение своих ратификационных грамот.

4. Возможные спорные вопросы, возникающие из толкования и применения настоящей Конвенции, будут решаться государствами-участниками данной Конвенции путем переговоров между национальными командованиями или по дипломатическим каналам, или любым другим путем по договоренности.

5. Настоящая Конвенция составлена в одном экземпляре на русском языке. Конвенция будет сдана на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик, которое разошлет ее заверенные копии правительствам всех других подписавших ее государств, а также будет извещать эти правительства и Штаб Объединенных Вооруженных Сил о сдаче на хранение каждой грамоты.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию.

Совершено в городе Москве 24 апреля 1973 года.

За Правительство Народной Республики Болгарии	К. Несторов
За Правительство Венгерской Народной Республики	Йожеф Марья
За Правительство Германской Демократической Республики	Оскар Фишер
За Правительство Польской Народной Республики	Ян Чапла
За Правительство Социалистической Республики Румынии	Н. Генца
За Правительство Союза Советских Социалистических Республик	Родионов
За Правительство Чехословацкой Социалистической Республики	Ф. Крайчир

Lieferbar!

Das Geltende Recht

Ausgabe 1973

Format: L 4 — Kunstleder

Umfang: 816 Seiten

Preis: 24,— M

Das „Geltende Recht“ ist ein chronologisch und systematisch geordnetes Nachschlagewerk über die veröffentlichten geltenden Rechtsvorschriften der DDR vom 7. Oktober 1949 bis 31. Dezember 1972 (ohne preisrechtliche Bestimmungen und ohne staatliche Standards).

Im systematischen Teil sind die geltenden Rechtsvorschriften in 10 Hauptgruppen erfaßt:

- 0 Verfassungsrecht; Stellung, Aufbau und Arbeitsweise der Staatsorgane
- 1 Grundfragen der Leitung der Volkswirtschaft, Planung, Statistik und Finanzen
- 2 Rationalisierung, Investitionen, Material- und Warenprüfung, Materialwirtschaft, Leitung der Industrie und des Handwerks, Kommunalwirtschaft, Internationale ökonomische Beziehungen der DDR, Außenwirtschaft, Zollrecht
- 3 Bauwesen, Wohnungswirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
- 4 Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft, Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Landtechnik, Bodenrecht, Meliorationswesen, Forstwirtschaft, Jagdwesen, Wasserwirtschaft, Fischereiwesen, Naturschutz
- 5 Binnenhandel und Versorgung der Bevölkerung
- 6 Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Gesundheits- und Sozialwesen
- 7 Einheitliches sozialistisches Bildungssystem, Wissenschaften, Kultur, Jugend und Sport
- 8 Rechtspflege, Innere Ordnung und Sicherheit, Verteidigung
- 9 Auswärtige Angelegenheiten

Mit diesem Nachschlagewerk wird insbesondere unseren Staats- und Wirtschaftsfunktionären ein wertvolles Mittel in die Hand gegeben, um einen Überblick über das geltende Recht zu erhalten.

Durch diesen Titel sind die 1971 und davor erschienenen Ausgaben inhaltlich überholt, da sie nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen.

Richten Sie Ihre schriftliche Bestellung an den

Zentral-Versand Erfurt**501 Erfurt**

Postschließfach 696

Außerdem besteht Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

**Buchhandlung
für amtliche Dokumente**

108 Berlin

Neustädtische Kirchstraße 15



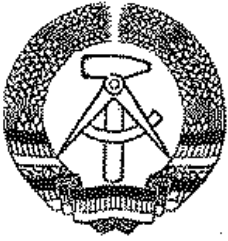
**STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 289 36 22 — Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 299 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

69

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 18. Juli 1973

Teil II Nr. 8

Tag	Inhalt	Seite
12. 7. 73	Gesetz über den Konsularvertrag vom 15. November 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien	69

**Gesetz
über den Konsularvertrag
vom 15. November 1972
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Sozialistischen Republik Rumänien**

vom 12. Juli 1973

§ 1

Die Volkskammer erteilt dem am 15. November 1972 in Berlin unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien ihre Zustimmung.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 44 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Mit dem Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 15. November 1972 tritt das Gesetz vom 24. September 1958 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik vom 15. Juli 1950 (GBI. I S. 759) außer Kraft.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1973 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwölften Juli neunzehnhundertdreißig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwölften Juli neunzehnhundertdreißig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der
Sozialistischen Republik Rumänien

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Republik Rumänien haben,

vom Wunsch geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem am 12. Mai 1972 in Bukarest unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien zu vertiefen, und

im Interesse der weiteren Entwicklung der konsularischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien,

beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Oskar Fischer,

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik,

der Vorsitzende des Staatsrates
der Sozialistischen Republik Rumänien

Vasile Vlad,

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in der Deutschen Demokratischen Republik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I

Definitionen

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. „Konsulat“ ist ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat oder eine Konsularagentur.
2. „Konsularbezirk“ ist das Gebiet, das für die Ausübung der Konsularfunktionen festgelegt wird.
3. „Leiter des Konsulats“ ist die mit dieser Funktion vom Entsendestaat beauftragte Person.
4. „Konsularische Amtsperson“ ist eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist.
5. „Konsularangestellter“ ist eine Person, die im Konsulat administrative oder technische Funktionen ausübt.
6. „Angehöriger des dienstlichen Hauspersonals“ ist eine im Haushalt des Konsulats beschäftigte Person.
7. „Mitarbeiter des Konsulats“ ist eine konsularische Amtsperson, ein Konsularangestellter und ein Angehöriger des dienstlichen Hauspersonals.
8. „Konsularräumlichkeiten“ sind Gebäude oder Gebäudeteile, einschließlich der Residenz des Leiters des Konsulats sowie der Grundstücke, die zu diesen Gebäuden oder Gebäudeteilen gehören und ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden.
9. „Konsulararchiv“ umfaßt den gesamten dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher, technische Arbeitsmittel sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung bestimmt sind.
10. „Schiff“ ist jedes Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt.

Kapitel II

**Einrichtung von Konsulaten und Ernennung
von konsularischen Amtspersonen**

Artikel 2

Einrichtung von Konsulaten

1. Jede der Vertragschließenden Seiten hat das Recht, nach den Bestimmungen dieses Vertrages auf dem Territorium der anderen Vertragschließenden Seite Konsulate einzurichten.
2. Der Sitz des Konsulats, sein Rang und der Konsularbezirk werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

Ernennung des Leiters des Konsulats

1. Vor Ernennung des Leiters des Konsulats holt der Entsendestaat das Einverständnis des Empfangsstaates zur Person auf diplomatischem Weg ein.
2. Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats, seinen Rang sowie den Konsularbezirk, in dem er seine Funktionen ausüben wird, und den Ort, in dem das Konsulat seinen Sitz hat.
3. Nach Vorlage des Konsularpatents oder eines anderen Dokuments über die Ernennung des Leiters des Konsulats erteilt ihm der Empfangsstaat möglichst kurzfristig das Exequatur oder eine andere Erlaubnis.
4. Der Leiter des Konsulats kann seine Funktionen nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben.
5. Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Konsulats bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.
6. Der Empfangsstaat trifft nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis die erforderlichen Maßnahmen, damit der Leiter des Konsulats seine Funktionen ausüben kann.

Artikel 4

Staatsbürgerschaft einer konsularischen Amtsperson

Eine konsularische Amtsperson kann nur Bürger des Entsendestaates sein, der seinen ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 5

**Mitteilung über die Ernennung eines Mitarbeiters
des Konsulats**

1. Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen und den Rang einer jeden konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt, sowie Vor- und Zunamen und die Staatsbürgerschaft eines Konsularangestellten und eines Angehörigen des dienstlichen Hauspersonals. Ankunft und ständige Abreise der in diesem Absatz genannten Personen werden gemäß den im Empfangsstaat bestehenden Gepflogenheiten bekanntgegeben.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates stellen gemäß den Bestimmungen des Empfangsstaates für einen Mitarbeiter des Konsulats und für die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen entsprechende Dokumente aus.

Artikel 6

**Zeitweilige Ausübung der Funktionen des Leiters
des Konsulats**

1. Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen als Leiter des Konsulats nicht ausüben

kann oder die Stelle des Leiters zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats des Entsendestaates im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat zeitweilig mit der Leitung des Konsulats beauftragen. Der Entsendestaat teilt vorher Vor- und Zunamen dieser Person dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg mit.

2. Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, ist berechtigt, die Funktionen des Leiters des Konsulats auszuüben. Sie genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.
3. Die Delegation eines Mitglieds des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates an das Konsulat entsprechend Absatz 1 berührt nicht seine Privilegien und Immunitäten, die ihm auf Grund seines diplomatischen Status gewährt werden.

Artikel 7

Besondere Fälle der Beendigung der Tätigkeit eines Mitarbeiters des Konsulats

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder eine andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wurde oder daß ein anderer Mitarbeiter des Konsulats nicht erwünscht ist. In solchen Fällen hat der Entsendestaat die betreffende Person abzurufen oder die Beendigung ihrer Tätigkeit zu veranlassen.

Kapitel III

Konsularfunktionen

Artikel 8

Ausübung der Konsularfunktionen

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, die in diesem Kapitel vorgesehenen Funktionen sowie andere Konsularfunktionen auszuüben, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.
2. Eine konsularische Amtsperson tritt für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragsschließenden Seiten ein und trägt zur allseitigen Entwicklung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit auf politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen, juristischen, touristischen und anderen Gebieten bei.
3. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Bürger wahrzunehmen.
4. Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen unmittelbar schriftlich oder mündlich an die zuständigen Organe des Konsularbezirkes wenden.
5. Eine konsularische Amtsperson kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen auch außerhalb des Konsularbezirkes ausüben.

Artikel 9

Funktionen auf dem Gebiet der Registrierung der Bürger, der Staatsbürgerschaft und des Personenstandswesens

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:
 - a) Bürger des Entsendestaates zu registrieren;
 - b) Anträge zu Fragen der Staatsbürgerschaft entgegenzunehmen und Dokumente in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates auszuhändigen;

- c) entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Ehen zu schließen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Bürger des Entsendestaates handelt;
- d) Geburten- und Sterberegister von Bürgern des Entsendestaates zu führen.

2. Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1, Buchstabe c und d, festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.
3. Die in Absatz 1, Buchstabe c und d, enthaltenen Festlegungen befreien die betreffenden Bürger des Entsendestaates nicht von der Pflicht, die entsprechenden Rechtsvorschriften des Empfangsstaates einzuhalten.

Artikel 10

Funktionen in bezug auf Reisedokumente und Visa

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

- a) für Bürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu ergänzen, ungültig zu machen oder einzuziehen;
- b) Visa zu erteilen.

Artikel 11

Funktionen bei Adoptionsverfahren sowie in Vormundschafts- und Pflegschaftsangelegenheiten

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit dem zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen erforderliche Maßnahmen in Adoptionsverfahren sowie bei Vormundschaften und Pflegschaften zu treffen.

Artikel 12

Notariatsfunktionen

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, soweit diese Handlungen den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widersprechen:

1. Erklärungen von Bürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen, zu beglaubigen und aufzubewahren;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtshandlungen von Bürgern des Entsendestaates betreffen, aufzunehmen, zu beglaubigen und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Bürgern des Entsendestaates aufzunehmen und zu beglaubigen; davon sind Rechtsgeschäfte über die Begründung oder Übertragung von Rechten an im Empfangsstaat belegenen Immobilien ausgenommen;
4. Unterschriften von Bürgern des Entsendestaates zu beglaubigen und Schriftstücke, die von Organen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt werden, zu legalisieren sowie Abschriften und Auszüge dieser Schriftstücke zu beglaubigen;
5. Übersetzungen von Schriftstücken, die von Organen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt werden, zu beglaubigen;
6. andere notarielle Handlungen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, vorzunehmen.

Die in Übereinstimmung mit diesem Artikel ausgefertigten, legalisierten oder beglaubigten Dokumente haben im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft wie Dokumente, die von den zuständigen Organen des Empfangsstaates ausgefertigt, legalisiert oder beglaubigt wurden.

Artikel 13

Funktionen in Nachlassangelegenheiten

1. Die Zuständigkeit und die Aufgaben einer konsularischen Amtsperson in Nachlassangelegenheiten sind in dem zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen geregelt.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson über die Eröffnung eines Nachlassverfahrens im Empfangsstaat, wenn der Erbe oder Vermächtnisnehmer Bürger des Entsendestaates ist.
Das trifft auch dann zu, wenn den zuständigen Organen des Empfangsstaates die Eröffnung eines Nachlassverfahrens auf dem Gebiet eines dritten Staates zugunsten eines Bürgers des Entsendestaates bekannt wird.

Artikel 14

Vertretung vor den Organen des Empfangsstaates

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, Bürger des Entsendestaates vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder eine Vertretung vor den Gerichten zu veranlassen, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen außerstande sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Die Vertretung erfolgt so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

Artikel 15

Verbindung mit den Bürgern des Entsendestaates

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit jedem Bürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten und diese zu unterhalten, ihn zu beraten, ihm jegliche Unterstützung zu erweisen und notwendigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um ihm Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu gewähren.
Die Bürger des Entsendestaates können sich mit einer konsularischen Amtsperson in Verbindung setzen oder das Konsulat aufsuchen.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson in spätestens vier Tagen über die vorläufige Festnahme oder Verhaftung eines Bürgers des Entsendestaates.
3. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, fünf Tage nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten.
4. Die in Absatz 2 vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson werden periodisch gewährt.
5. Die in diesem Artikel vorgesehenen Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung verwirklicht, daß sie diese Rechte nicht aufheben.

Artikel 16

Funktionen auf dem Gebiet der Schifffahrt

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates jegliche Unterstützung und Hilfe zu leisten.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich an Bord des Schiffes begeben, sobald dem Schiff der freie Verkehr mit dem Land gestattet wurde. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder können mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung treten.

3. Eine konsularische Amtsperson kann in allen Fragen hinsichtlich des Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere dieses Schiffes die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Hilfe ersuchen, soweit es sich nicht um Passagiere handelt, die Bürger des Empfangsstaates sind.
4. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:
 - a) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute des Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu vernehmen, Schiffsdokumente zu überprüfen, Erklärungen über die Reiseroute und das Ziel des Schiffes entgegenzunehmen sowie das Ein- und Auslaufen oder den Verbleib des Schiffes im Hafen zu unterstützen;
 - b) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates Maßnahmen zur Klärung von Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied zu treffen, einschließlich von Streitfragen im Zusammenhang mit dem Heuervertrag, soweit das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
 - c) Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitglieds oder zu dessen Rückführung zu treffen;
 - d) Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bezüglich der Schiffe vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen;
 - e) provisorische Zertifikate für neu erworbene Schiffe gemäß den Rechtsvorschriften des Entsendestaates auszustellen, die berechtigen, unter dessen Flagge zu fahren.
5. Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen oder eine Untersuchung vorzunehmen, ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon vorher zu verständigen, damit sie bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann. Läßt die Dringlichkeit der Sache eine vorherige Verständigung nicht zu oder war die konsularische Amtsperson nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates eine vollständige Information über die Geschehnisse.
Die vorstehenden Festlegungen finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen auf dem Schiff durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates an Land vernommen werden sollen.
Die Festlegungen dieses Absatzes finden keine Anwendung bei Zoll-, Paß- oder Hygienekontrollen sowie allen anderen Handlungen, die auf Ersuchen oder mit Einverständnis des Kapitäns des Schiffes vorgenommen werden.
6. Wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie im Empfangsstaat hat, oder wenn irgend ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes des Entsendestaates, des Empfangsstaates oder eines dritten Staates gehört, Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist und an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson umgehend in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson auch über Maßnahmen, die zur Rettung von Menschen, des Schiffes, der Ladung und anderer Güter sowie Schiffsteilen oder Teilen der Ladung, die sich vom Schiff losgelöst haben, getroffen wurden.
7. Eine konsularische Amtsperson kann einem solchen Schiff, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe leisten. Zu diesem Zweck kann sie die zuständigen

Organe des Empfangsstaates um Beistand ersuchen, einschließlich erforderlicher Maßnahmen für die Ladung und die Reparatur des Schiffes.

Sie kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, solche Maßnahmen zu ergreifen oder fortzusetzen.

8. Wenn ein havariertes Schiff oder ein zu einem solchen Schiff gehörender Schiffsgegenstand an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän des Schiffes noch der Eigentümer, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder einen solchen Gegenstand zu treffen, gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers des Schiffes Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

Diese Festlegungen betreffen auch jeden Gegenstand, der Teil der Schiffsladung und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist.

9. Wenn ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes eines dritten Staates gehört und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist, an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän noch der Eigentümer des Gegenstandes, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über diesen Gegenstand zu treffen, so gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers solche Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

Artikel 17

Funktionen auf dem Gebiet der Luftfahrt

Die Bestimmungen in Artikel 16 werden unbeschadet anderer zwischen den Vertragsschließenden Seiten geltender Abkommen sinngemäß auf die Luftfahrt angewandt.

Artikel 18

Funktionen in bezug auf Schiffe der Streitkräfte

Eine konsularische Amtsperson kann die in Artikel 16 und 17 vorgesehenen Funktionen unter Beachtung der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates und in dem Maße, wie sie vom Entsendestaat bevollmächtigt ist, auch in bezug auf Schiffe und Flugzeuge der Streitkräfte des Entsendestaates entsprechend ausüben.

Kapitel IV

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 19

Erleichterungen für die Tätigkeit der Mitarbeiter des Konsulats

Der Empfangsstaat schafft die erforderlichen Voraussetzungen für den normalen Ablauf der Tätigkeit des Konsulats und gewährt den Mitarbeitern des Konsulats den erforderlichen Schutz und trifft die notwendigen Maßnahmen, damit sie ihre Funktionen ausüben und ihre Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die im vorliegenden Vertrag vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können.

Artikel 20

Bereitstellung von Räumlichkeiten

Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile für das Konsulat und Wohnungen

für Mitarbeiter des Konsulats im Empfangsstaat als Eigentum erwerben, pachten oder Gebäude errichten. Dabei erweist der Empfangsstaat, falls notwendig, dem Entsendestaat jegliche Hilfe und Unterstützung.

Artikel 21

Benutzung der Staatsflagge und des Staatswappens

1. Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in der Sprache des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.
2. Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.
3. Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 22

Unverletzlichkeit der Konsularräumlichkeiten und der Wohnungen der konsularischen Amtspersonen und Konsularangestellten

1. Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten und der Wohnungen der konsularischen Amtspersonen.
2. Die Konsularräumlichkeiten sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten ohne Erlaubnis des Leiters des Konsulats, des Leiters der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von diesen bevollmächtigten Person nicht betreten.
3. Die Bestimmungen in Absatz 2 finden auch auf die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen und Konsularangestellten Anwendung. Das gilt nicht für die Wohnungen der Konsularangestellten, die Bürger des Empfangsstaates oder Personen sind, die ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

Artikel 23

Unverletzlichkeit der Konsulararchive

Konsulararchive sind zu jeder Zeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

Artikel 24

Freiheit der Nachrichtenübermittlung

1. Das Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle allgemeinen Verbindungsmittel, Chiffre, diplomatische und konsularische Kuriere sowie diplomatisches und konsularisches Kuriergepäck benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation darf nur mit Zustimmung des Empfangsstaates erfolgen. Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.
2. Dienstpost des Konsulats, unabhängig von den benutzten Verbindungsmitteln, sowie diplomatisches und konsularisches Kuriergepäck, soweit sichtbar und auf den offiziellen Charakter hinweisend gekennzeichnet, sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder kontrolliert noch zurückgehalten werden.

3. Konsularkurieren werden die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt.

Konsularkurieren können nur Bürger des Entsendestaates sein, die ihren ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben.

4. Das Konsulargepäck kann dem Kapitän eines Schiffes oder einem Flugzeugführer anvertraut werden, der ein offizielles Dokument erhält, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke hervorgeht. Dieser wird jedoch nicht als Konsularkurier betrachtet. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, dieses Gepäck vom Kapitän eines Schiffes oder vom Flugzeugführer direkt und unbehindert in Empfang zu nehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 25

Unantastbarkeit der Person

1. Eine konsularische Amtsperson, ein Konsularangestellter und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind unantastbar. Sie dürfen weder vorläufig festgenommen noch verhaftet werden.
2. Der Empfangsstaat ist verpflichtet, die in Absatz 1 genannten Personen mit gebührender Achtung zu behandeln und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um den Schutz ihrer Person, ihrer Freiheit und Würde zu sichern.

Artikel 26

Immunität einer konsularischen Amtsperson vor der Gerichtsbarkeit und vor staatlichen Zwangsmaßnahmen

1. Eine konsularische Amtsperson genießt die Immunität vor der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates, mit Ausnahme bei:
- Klagen in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, soweit sie es nicht im Namen des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken besitzt;
 - Klagen in Nachlasssachen, in denen eine konsularische Amtsperson in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftritt;
 - Klagen, die durch einen von einer konsularischen Amtsperson abgeschlossenen Vertrag hervorgerufen werden, wobei sie nicht direkt oder indirekt als Vertreter des Entsendestaates auftritt;
 - Klagen, die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen werden.
2. Gegen eine konsularische Amtsperson dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den unter Absatz 1, Buchstabe a, b, c und d, vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.

Artikel 27

Immunität eines Konsularangestellten vor der Gerichtsbarkeit und vor staatlichen Zwangsmaßnahmen

Ein Konsularangestellter genießt die Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates. Die anderen in Artikel 26, Absatz 1, genannten Immunitäten genießt er nur für die in Ausübung seiner dienstlichen Befugnisse vollzogenen Handlungen.

Artikel 28

Immunität eines Angehörigen des dienstlichen Hauspersonals vor der Gerichtsbarkeit und vor staatlichen Zwangsmaßnahmen

Ein Angehöriger des dienstlichen Hauspersonals genießt die Immunität vor der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit und vor staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates nur für die in Ausübung seiner dienstlichen Befugnisse vollzogenen Handlungen.

Artikel 29

Immunität der Familienangehörigen vor der Gerichtsbarkeit und vor staatlichen Zwangsmaßnahmen

Die in Artikel 26, 27 und 28 vorgesehenen Immunitäten für konsularische Amtspersonen, Konsularangestellte und Angehörige des dienstlichen Hauspersonals gelten sinngemäß für die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen.

Artikel 30

Verzicht auf Immunitäten

1. Der Entsendestaat kann auf die Immunität eines Mitarbeiters des Konsulats sowie seiner Familienangehörigen verzichten. Der Verzicht muß in jedem Fall ausdrücklich und in schriftlicher Form erfolgen. Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in Zivilverfahren und bei administrativen Angelegenheiten bedeutet nicht den Verzicht auf die Immunität in bezug auf die Vollstreckung der Entscheidung, wozu ein ausdrücklicher Verzicht erforderlich ist.
2. Erhebt eine Person, die gemäß Artikel 26, 27, 28 und 29 Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

Artikel 31

Befreiung von Zeugenaussagen

1. Ein Mitarbeiter des Konsulats kann von Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden.
2. Eine konsularische Amtsperson ist nicht verpflichtet, als Zeuge auszusagen. Das gilt auch für einen Konsularangestellten und einen Angehörigen des dienstlichen Hauspersonals in bezug auf dienstliche Befugnisse. Sie können sich weigern, offiziellen Schriftverkehr oder Dokumente vorzulegen, die ihre dienstliche Tätigkeit betreffen.
3. Wenn sich ein Konsularangestellter oder ein Angehöriger des dienstlichen Hauspersonals weigert, über seine dienstliche Tätigkeit als Zeuge auszusagen, dürfen ihm gegenüber keine Strafen oder Zwangsmaßnahmen angewandt werden.
4. Im Falle der Zeugenaussage eines Mitarbeiters des Konsulats werden die zuständigen Organe des Empfangsstaates die Tätigkeit des Konsulats nicht behindern. Wenn es möglich ist, können mündliche oder schriftliche Zeugenaussagen im Konsulat oder in der Wohnung des Mitarbeiters des Konsulats entgegengenommen werden.
5. Die Bestimmungen dieses Artikels werden entsprechend auf Familienangehörige eines Mitarbeiters des Konsulats angewandt, die mit diesem im gemeinsamen Haushalt leben.

Artikel 32

Befreiung von Zwangsverpflichtungen

Ein Mitarbeiter des Konsulats und die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind im Empfangsstaat von allen Zwangsverpflichtungen befreit.

Artikel 33

Befreiung von der Meldepflicht

Ein Mitarbeiter des Konsulats und die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Ausländermeldepflicht und über den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung ergeben.

Artikel 34

Befreiung des Entsendestaates von Steuern und Gebühren

1. Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von allen Steuern und anderweitigen Gebühren befreit für:
 - a) Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, einschließlich der Wohnungen für Mitarbeiter des Konsulats, wenn die genannten Immobilien Eigentum des Entsendestaates sind oder in dessen Namen gepachtet werden;
 - b) Verträge und Dokumente, die den Erwerb der genannten Immobilien betreffen, wenn der Entsendestaat diese ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt;
 - c) Transportmittel und andere bewegliche Güter, die Eigentum des Entsendestaates sind oder sich in seinem Besitz oder seiner Benutzung befinden und ausschließlich für konsularische Zwecke gebraucht werden.
2. Die Befreiungen in Absatz 1 beziehen sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 35

Befreiung eines Mitarbeiters des Konsulats von Steuern und Gebühren

1. Eine konsularische Amtsperson und ein Konsularangestellter sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind im Empfangsstaat von allen Steuern und Gebühren befreit.
2. Die in Absatz 1 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf:
 - a) indirekte Steuern, die gewöhnlich im Preis der Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
 - b) Abgaben und Steuern für privates, auf dem Gebiet des Empfangsstaates belegenes unbewegliches Vermögen;
 - c) Erbschaftssteuern oder Steuern und Gebühren für Eigentumsübertragung, die der Empfangsstaat erhebt, mit Ausnahme der in Artikel 37 vorgesehenen Bestimmungen;
 - d) Steuern und Gebühren für Einkünfte jeder Art, deren Quellen im Empfangsstaat liegen, mit Ausnahme der dienstlichen Einkünfte;
 - e) Gerichts-, Hypotheken- und Verwaltungsgebühren;
 - f) Gebühren für Dienstleistungen.
3. Der Empfangsstaat befreit die Angehörigen des dienstlichen Hauspersonals von der Entrichtung der Steuern und Abgaben für Einkünfte aus ihrer dienstlichen Tätigkeit.

Artikel 36

Befreiung von Zollgebühren und von der Zollkontrolle

1. Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die zur dienstlichen Nutzung des Konsulats eingeführt werden, sind von Zollgebühren unter den gleichen Bedingungen wie die Gegenstände, die zur dienstlichen Nutzung der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates eingeführt werden, befreit.

2. Eine konsularische Amtsperson und die mit ihr im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind von der Zollkontrolle wie die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates befreit.
3. Eine konsularische Amtsperson und ein Konsularangestellter sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebende Familienangehörige sind hinsichtlich ihres Gepäcks und anderer Gegenstände, die für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollgebühren genauso wie die entsprechenden Kategorien des Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates befreit.
4. Die in Absatz 3 gebrauchte Bezeichnung „entsprechende Kategorien des Personals der diplomatischen Vertretung“ betrifft Mitglieder des diplomatischen Personals, wenn sie konsularische Amtspersonen sind, und Mitglieder des administrativen und technischen Personals, wenn es sich um Konsularangestellte handelt.

Artikel 37

Befreiung von Steuern und Gebühren und Ausfuhr von Vermögenswerten bei Todesfällen

Im Falle des Ablebens eines Mitarbeiters des Konsulats oder eines mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen

- a) genehmigt der Empfangsstaat die Ausfuhr des beweglichen Vermögens des Verstorbenen mit Ausnahme des im Empfangsstaat erworbenen Vermögens, dessen Ausfuhr zum Zeitpunkt des Ablebens verboten war;
- b) erhebt der Empfangsstaat keinerlei Erbschaftssteuern oder Gebühren oder Steuern für Eigentumsübertragungen des beweglichen Vermögens, das sich nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Mitarbeiter des Konsulats oder als Familienangehöriger in diesem Staat aufhielt.

Artikel 38

Konsulargebühren

1. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.
2. Die gemäß Absatz 1 erhobenen Gebühren unterliegen im Empfangsstaat keinerlei Steuern oder Abgaben.

Artikel 39

Bewegungs- und Reisefreiheit

Der Empfangsstaat gewährt einem Mitarbeiter des Konsulats Bewegungs- und Reisefreiheit, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder besonders geregelt ist, widerspricht.

Artikel 40

Einhaltung der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, unbeschadet dieser Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates einzuhalten.

Artikel 41

Ausnahmen von Befreiungen, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Die in diesem Vertrag vorgesehenen Befreiungen, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, mit Ausnahme des Artikels 31, Absatz 2 und 3, und des Artikels 37, gelten nicht für Konsularangestellte, für Angehörige des dienstlichen

Hauspersonals und für Familienangehörige der Mitarbeiter des Konsulats, die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben, sofern sie Bürger des Empfangsstaates sind oder ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

Kapitel V

Schlußbestimmungen

Artikel 42

Wahrnehmung der Konsularfunktionen durch Mitglieder des diplomatischen Personals

1. Die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten konsularischer Amtspersonen gelten auch für die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit der Ausübung konsularischer Funktionen in der diplomatischen Vertretung beauftragt wurden.
2. Die Ausübung konsularischer Funktionen durch die in Absatz 1 genannten Personen berührt nicht die ihnen auf Grund ihres diplomatischen Status gewährten Privilegien und Immunitäten.

Artikel 43

Juristische Personen

Die Bestimmungen dieses Vertrages, die auf Bürger des Entsendestaates Anwendung finden, gelten sinngemäß auch für die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bestehenden juristischen Personen.

Artikel 44

Inkrafttreten

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Bukarest erfolgt, in Kraft.
2. Der vorliegende Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Vertragsschließenden Seiten der anderen Vertragsschließenden Seite die Kündigung des Vertrages notifiziert.
3. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verliert der am 15. Juli 1958 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik in Bukarest abgeschlossene Konsularvertrag seine Gültigkeit.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragsschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 15. November 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Oskar Fischer

Für die
Sozialistische Republik
Rumänien

Vlad

CONVENTIE CONSULARA
intre
REPUBLICA DEMOCRATA GERMANA
și
REPUBLICA SOCIALISTA ROMANIA

Republica Democrată Germană și Republica Socialistă România,

animate de dorința de a dezvolta, în continuare, relațiile de prietenie pe baza Tratatului de prietenie, colaborare și asistență mutuală dintre Republica Democrată Germană și Republica Socialistă România, semnat la București, la 12 mai 1972,

în interesul dezvoltării, în continuare, a relațiilor consulare dintre Republica Democrată Germană și Republica Socialistă România,

au hotărât să încheie prezenta Convenție consulară și, în acest scop, au numit ca împuterniciți ai lor:

Președintele Consiliului de Stat al Republicii Democratice Germane pe:

OSKAR FISCHER, adjunct al ministrului afacerilor externe al Republicii Democratice Germane;

Președintele Consiliului de Stat al Republicii Socialiste România pe:

VASILE VLAD, ambasador extraordinar și plenipotențiar al Republicii Socialiste România în Republica Democrată Germană;

care, după schimbul deplinului puteri, găsite în bună și cuvenită formă, au convenit asupra celor ce urmează:

CAPITOLUL I

DEFINIȚII

Articolul 1

În prezenta Convenție, termenii menționați mai jos au următorul înțeles:

1. „oficiu consular“ înseamnă orice consulat general, consulat, viceconsulat sau agenție consulară;
2. „circumscripție consulară“ înseamnă teritoriul stabilit pentru exercitarea funcțiilor consulare;
3. „șef al oficiului consular“ înseamnă persoana însărcinată de statul trimițător să conducă oficiul consular;
4. „funcționar consular“ înseamnă orice persoană, inclusiv șeful oficiului consular, însărcinată cu exercitarea funcțiilor consulare;
5. „angajat consular“ înseamnă orice persoană care îndeplinește funcții administrative sau tehnice în oficiul consular;
6. „membru al personalului de serviciu“ înseamnă orice persoană afectată serviciului casnic al oficiului consular;
7. „membru al oficiului consular“ înseamnă funcționarul consular, angajatul consular și membrul personalului de serviciu;
8. „localuri consulare“ înseamnă clădirile sau părțile din clădiri, inclusiv reședința șefului oficiului consular, precum și terenurile aferente, oricui ar aparține, care sînt folosite exclusiv în scopul activității consulare;

9. „arhive consulare“ înseamnă întreaga corespondență de serviciu, cifrul, documentele, cărțile, mijloacele tehnice de lucru, precum și echipamentul destinat păstrării acestora;

10. „navă“ înseamnă orice mijloc de transport pe apă care navighează sub pavilionul statului trimițător în conformitate cu legislația statului trimițător.

CAPITOLUL II

**INFINTAREA OFICILOR CONSULARE ȘI
 NUMIREA FUNCȚIONARILOR CONSULARI**

Articolul 2

Infintarea oficiilor consulare

1. Fiecare Parte Contractantă are dreptul ca, în conformitate cu prezenta Convenție, să infinteze oficii consulare pe teritoriul celeilalte Părți Contractante.
2. Sediul oficiului consular, rangul și circumscripția sa consulară, se stabilesc prin înțelegere între statul trimițător și statul de reședință.

Articolul 3

Numirea șefului oficiului consular

1. Înainte de numirea șefului oficiului consular, statul trimițător solicită, pe cale diplomatică, consimțămîntul statului de reședință cu privire la persoana acestuia.
2. Statul trimițător va transmite statului de reședință, pe cale diplomatică, patenta consulară sau un alt document privind numirea șefului oficiului consular, clasa acestuia, circumscripția consulară în care își va exercita funcțiile, precum și sediul oficiului consular.
3. După prezentarea patentei consulare sau a unui alt document cu privire la numirea șefului oficiului consular, statul de reședință va elibera acestuia, în cel mai scurt timp posibil, exequaturul sau o altă autorizație.
4. Șeful oficiului consular poate să-și exercite funcțiile după ce statul de reședință îi eliberează exequaturul sau o altă autorizație.
5. Pînă la eliberarea exequaturului sau a unei alte autorizații, statul de reședință poate permite șefului oficiului consular să-și exercite, cu titlu provizoriu, funcțiile sale.
6. După acordarea exequaturului, sau a altei autorizații, statul de reședință ia măsurile necesare pentru ca șeful oficiului consular să-și poată exercita funcțiile.

Articolul 4

Cetățenia funcționarilor consulari

Funcționarul consular poate fi numai cetățean al statului trimițător care nu are domiciliul pe teritoriul statului de reședință.

Articolul 5

Notificarea numirii membrilor oficiului consular

1. Statul trimițător va notifica statului de reședință, pe cale diplomatică, numele, prenumele și clasa funcționarilor consulari, alții decît șeful oficiului consular, precum și numele, prenumele și cetățenia angajaților consulari și ale membrilor personalului de serviciu. Sosirile și ple-

cările definitive ale persoanelor prevăzute în prezentul paragraf vor fi notificate potrivit uzanțelor existente în statul de reședință.

2. Autoritățile competente ale statului de reședință vor elibera, în conformitate cu legislația acestui stat, legitimații corespunzătoare membrilor oficiului consular și membrilor lor de familie care fac parte din gospodăria acestora.

Articolul 6

Exercitarea cu titlu temporar a funcțiilor șefului oficiului consular

1. În cazul în care, din anumite motive, șeful oficiului consular este în imposibilitate de a-și exercita funcțiile, sau dacă postul de șef al oficiului consular este temporar vacant, statul trimițător poate încredința, temporar, conducerea oficiului consular unui funcționar consular din cadrul aceluiași oficiu consular sau din cadrul altui oficiu consular al statului trimițător din statul de reședință sau unui membru al personalului diplomatic din cadrul misiunii sale diplomatice din statul de reședință. Numele și prenumele acestei persoane vor fi notificate, în prealabil, pe cale diplomatică, statului de reședință.
2. Persoana împuternicită cu conducerea temporară a oficiului consular este autorizată să exercite funcțiile șefului oficiului consular. Ea se bucură de drepturile, facilitățile, privilegiile și imunitățile acordate de prezenta Convenție șefului oficiului consular.
3. Numirea unui membru al personalului diplomatic din cadrul misiunii diplomatice a statului trimițător, în cadrul oficiului consular al acestui stat, în conformitate cu prevederile paragrafului 1, nu afectează privilegiile și imunitățile care îi sînt acordate în virtutea statului său diplomatic.

Articolul 7

Cazuri speciale de încetare a activității unui membru al oficiului consular

Statul de reședință poate oricînd să încunoștințeze statul trimițător că exequaturul sau altă autorizație a șefului oficiului consular a fost retrasă, sau că un alt membru al oficiului consular este nedorit. În asemenea cazuri, statul trimițător va rechemă persoana în cauză sau va dispune încetarea activității acesteia.

CAPITOLUL III

FUNCȚII CONSULARE

Articolul 8

Exercitarea funcțiilor consulare

1. Funcționarul consular are dreptul să îndeplinească funcțiile prevăzute în prezentul capitol, precum și alte funcții consulare încredințate de statul trimițător dacă acestea nu sînt interzise de legislația statului de reședință.
2. Funcționarul consular acționează pentru consolidarea relațiilor de prietenie dintre Părțile Contractante și contribuie la dezvoltarea multilaterală și la adîncirea colaborării frățești în domeniul politic, economic, științific, cultural, juridic, turistic și în alte domenii;
3. Funcționarul consular are dreptul să apere drepturile și interesele statului trimițător și ale cetățenilor săi.

4. În exercitarea funcțiilor sale, funcționarul consular se poate adresa, în scris sau oral, autorităților competente din circumscripția consulară.
5. Cu consimțămîntul statului de reședință, funcționarul consular poate exercita funcții consulare și în afara circumscripției consulare.

Articolul 9

Funcții privind evidența cetățenilor, cetățenia și starea civilă

1. Funcționarul consular are dreptul:
 - a. să țină evidența cetățenilor statului trimițător;
 - b. să primească cereri în probleme de cetățenie și să înmîneze documente în conformitate cu legislația statului trimițător;
 - c. să officieze căsătorii potrivit legislației statului trimițător, cu condiția ca ambii soți să fie cetățeni ai statului trimițător;
 - d. să înregistreze nașterea și decesul cetățenilor statului trimițător.
2. Funcționarul consular va încunoștința autoritățile competente ale statului de reședință despre înregistrările făcute potrivit paragrafului 1, litera c și d, dacă aceasta este cerută de legislația statului de reședință.
3. Prevederile literelor c și d din paragraful 1 al prezentului articol nu scutesc pe cetățenii statului trimițător de obligațiile stabilite de legislația statului de reședință.

Articolul 10

Funcții privind acte de călătorie și vize

Funcționarul consular are dreptul:

- a. să elibereze, să prelungească, să completeze, să anuleze sau să retragă actele de călătorie ale cetățenilor statului trimițător;
- b. să elibereze vize.

Articolul 11

Funcții privitoare la înfiere, tutelă și curatelă

Funcționarul consular are dreptul ca, în conformitate cu Tratatul privind asistența juridică în cauzele civile, familiale și penale în vigoare între cele două state, să ia măsurile necesare în legătură cu cazurile de înfiere, tutelă și curatelă.

Articolul 12

Funcții notariale

Funcționarul consular are dreptul, în măsura în care această activitate nu contravine legislației statului de reședință:

1. să primească, să legalizeze și să păstreze declarații ale cetățenilor statului trimițător;
2. să primească, să autentifice și să păstreze testamente sau alte înscrisuri care se referă la acte juridice unilaterale ale cetățenilor statului trimițător;
3. să primească și să autentifice înscrisuri privitoare la acte juridice ale cetățenilor statului trimițător, cu excepția înscrisurilor care privesc imobile situate pe teritoriul statului de reședință sau drepturi reale asupra unor astfel de imobile;

4. să legalizeze semnăturile cetățenilor statului trimițător și înscrisurile întocmite de autoritățile statului trimițător sau ale statului de reședință și să certifice copii sau extrase de pe aceste înscrisuri;
5. să certifice traducerea înscrisurilor întocmite de autoritățile statului trimițător sau ale statului de reședință;
6. să îndeplinească alte funcții notariale încredințate de statul trimițător.

Înscrisurile întocmite, legalizate sau certificate de funcționarul consular în conformitate cu prezentul articol au în statul de reședință aceeași valoare juridică și forță probantă ca înscrisurile întocmite, legalizate sau certificate de autoritățile competente ale statului de reședință.

Articolul 13

Funcții în materie de succesiuni

1. Competența și atribuțiile funcționarului consular referitoare la succesiuni sînt reglementate de Tratatul privind asistența juridică în cauzele civile, familiale și penale în vigoare între cele două state.
2. Autoritățile competente ale statului de reședință vor înștiința pe funcționarul consular despre deschiderea unei succesiuni în statul de reședință, cînd moștenitorul sau legatarul este cetățean al statului trimițător. În același mod se va proceda și în cazul în care autoritățile competente ale statului de reședință au cunoștință despre deschiderea unei moșteniri pe teritoriul unui stat terț, la care este îndreptățit un cetățean al statului trimițător.

Articolul 14

Reprezentarea în fața autorităților statului de reședință

1. Funcționarul consular are dreptul să reprezinte cetățenii statului trimițător în fața autorităților statului de reședință și să ia măsuri pentru reprezentarea lor în fața justiției, dacă aceștia lipsesc sau din alte cauze obiective ei nu pot să-și apere, în timp util, drepturile și interesele. Reprezentarea încetează cînd persoanele în cauză își numesc împuterniciții lor sau își asumă personal apărarea drepturilor și intereselor lor.

Articolul 15

Legătura cu cetățenii statului trimițător

1. Funcționarul consular are dreptul să se întâlnească și să ia legătura cu orice cetățean al statului trimițător, să-l îndrume și să-i acorde orice sprijin, inclusiv să ia măsuri pentru a i se asigura asistența juridică atunci cînd este necesar. Cetățenii statului trimițător se pot adresa funcționarului consular sau oficiului consular.
2. Autoritățile competente ale statului de reședință vor înștiința pe funcționarul consular despre arestarea sau reținerea sub orice formă a unui cetățean al statului trimițător nu mai tîrziu de patru zile de la data arestării sau reținerii.
3. Funcționarul consular are dreptul să viziteze și să ia legătura cu cetățeanul statului trimițător, aflat sub arest sau reținut sub orice formă sau care execută o pedeapsă privativă de libertate, după cinci zile de la data arestării sau reținerii.

4. Drepturile funcționarului consular menționate la paragraful 3 din prezentul articol se acordă periodic.
5. Drepturile prevăzute în prezentul articol se exercită în conformitate cu legislația statului de reședință, cu condiția ca aceste drepturi să nu fie anulate.

Articolul 16

Funcții în materie de navigație

1. Funcționarul consular are dreptul să acorde orice sprijin și asistență unei nave a statului trimițător care se află într-un port, în apele teritoriale sau interioare ale statului de reședință.
2. Funcționarul consular se poate urca pe bordul navei după ce este aprobată comunicarea liberă cu coasta. Căpitanul navei și membrii echipajului pot să ia legătura cu funcționarul consular.
3. Funcționarul consular se poate adresa pentru sprijin autorităților competente ale statului de reședință în orice probleme referitoare la navele statului trimițător, la căpitan, echipaj, precum și la pasagerii acestor nave care nu sînt cetățeni ai statului de reședință.
4. Funcționarul consular are dreptul:
 - a. fără a aduce atingere drepturilor autorităților statului de reședință, să efectueze cercetări în legătură cu orice fapte petrecute pe nava statului trimițător în timpul cursei, să pună întrebări căpitanului sau oricărui membru al echipajului navei statului trimițător, să verifice documentele de bord, să primească declarații în legătură cu cursa navei și locul de destinație și să facă demersuri pentru facilitarea intrării, staționării și plecării navei din port;
 - b. fără a aduce atingere competenței autorităților statului de reședință, să ia măsurile necesare pentru soluționarea neînțelegerilor dintre comandant și orice membru al echipajului, inclusiv cele referitoare la contractul de muncă pe navă, în măsura în care legislația statului trimițător prevede aceasta;
 - c. să ia măsuri pentru îngrijirea medicală a căpitanului sau a oricărui membru al echipajului navei sau pentru înapoierea acestora;
 - d. să primească, să întocmească sau să certifice orice declarație sau document prevăzute de legislația statului trimițător în privința navelor;
 - e. să elibereze, în conformitate cu legislația statului trimițător, certificate provizorii care dau dreptul navei achiziționate să navigheze sub pavilionul acestui stat.

5. În cazul în care autoritățile competente ale statului de reședință intenționează să ia măsuri de constrîngere sau să efectueze acte de urmărire penală la bordul navei statului trimițător, autoritățile competente ale statului de reședință vor înștiința, în prealabil, funcționarul consular astfel încît acesta să poată fi prezent la efectuarea lor. Dacă, datorită urgenței cauzei, informarea prealabilă a funcționarului consular nu a fost posibilă sau dacă acesta nu a fost de față, autoritățile competente ale statului de reședință îi vor prezenta o informare completă în legătură cu cele petrecute.

Dispozițiile de mai sus se aplică și atunci cînd căpitanul sau un membru al echipajului este interogată, pe uscat, de către autoritățile competente ale statului de reședință în

legătură cu fapte petrecute pe navă. Prevederile acestui paragraf nu se aplică în ceea ce privește controlul vamal, sanitar sau controlul documentelor de trecere a frontierei, precum și în privința oricăror acțiuni întreprinse la rugămintea sau cu acordul căpitanului navei.

6. Dacă o navă a statului trimițător naufragiază, eșuează sau este aruncată pe țărni ori suferă orice altă avarie în statul de reședință sau dacă orice obiect, făcând parte din încărcătura navei avariate a statului trimițător, a statului de reședință sau a unui terț stat, care este proprietatea unui cetățean al statului trimițător est găsit pe țărni sau în apropierea coastei statului de reședință, sau este adus în portul acestui stat, autoritățile competente ale statului de reședință vor informa, în timpul cel mai scurt, pe funcționarul consular. De asemenea, ele vor comunica funcționarului consular măsurile luate pentru salvarea navei, a membrilor echipajului și a pasagerilor, a încărcăturii și a altor bunuri, precum și a unor părți ale navei sau ale încărcăturii separate de navă.

7. Funcționarul consular poate acorda orice asistență unei asemenea nave, membrilor echipajului și pasagerilor. În acest scop, el poate cere autorităților competente ale statului de reședință asistență, inclusiv luarea de măsuri necesare cu privire la încărcătură și la repararea navei. El poate să solicite de la autoritățile competente ale statului de reședință să ia sau să continue astfel de măsuri.

8. Dacă nava avariata sau orice obiect care a aparținut unei asemenea nave au fost găsite pe coastă, în apropierea coastei statului de reședință sau au fost aduse într-un port al acestui stat iar căpitanul navei, proprietarul ei, ori împuternicitul acestuia sau organizațiile de asigurare corespunzătoare nu au posibilitatea de a întreprinde măsuri pentru păstrarea sau dispunerea de asemenea navă sau obiect, funcționarul consular este considerat împuternicit să întreprindă, în numele proprietarului navei, asemenea măsuri pe care le-ar fi putut întreprinde însuși proprietarul. Aceste prevederi se aplică, în mod corespunzător, oricărui obiect care face parte din încărcătura navei și care este proprietatea unui cetățean al statului trimițător.

9. Dacă orice obiect, care face parte din încărcătura navei avariate a unui stat terț și este proprietatea unui cetățean al statului trimițător, este găsit pe țărni, în apropierea țărmului statului de reședință sau este adus într-un port al acestui stat și nici căpitanul navei, nici proprietarul obiectului, nici împuternicitul său, nici organizațiile de asigurare corespunzătoare nu pot întreprinde măsuri pentru păstrarea sau dispunerea de asemenea obiect, funcționarul consular este considerat împuternicit să întreprindă în numele proprietarului asemenea măsuri pe care le-ar fi putut întreprinde însuși proprietarul.

Articolul 17

Funcții în materie de navigație aeriană

Fără a aduce atingere altor convenții în vigoare între Părțile Contractante, prevederile articolului 16 din prezenta Convenție se aplică, în mod corespunzător, și navigației aeriene.

Articolul 18

Funcții privind navele militare

Cu observarea legislației statului de reședință, funcționarul consular poate îndeplini, în mod corespunzător, funcțiile prevăzute de articolele 16 și 17 din prezenta Convenție și cu privire la navele și aeronavele militare ale statului trimițător, în măsura în care este autorizat de către acesta.

CAPITOLUL IV

FACILITATI, PRIVILEGII SI IMUNITATI

Articolul 19

Facilități privind activitatea membrilor oficiului consular

Statul de reședință asigură condițiile necesare pentru desfășurarea normală a activității oficiului consular, acordă sprijin membrilor oficiului consular și ia măsurile necesare care să le permită să-și exercite funcțiile și să se bucure de drepturile, facilitățile, imunitățile și privilegiile prevăzute în prezenta Convenție.

Articolul 20

Procurarea de localuri

Statul trimițător poate dobândi în statul de reședință, în proprietate sau cu chirie, terenuri, clădiri sau părți din clădiri și să construiască clădiri, în conformitate cu legislația statului de reședință, pentru localuri consulare, precum și locuințe pentru membrii oficiului consular. Statul de reședință acordă, la nevoie, statului trimițător, orice ajutor și sprijin.

Articolul 21

Folosirea drapelului de stat și a stemei de stat

1. Scutul cu stema statului trimițător și inscripția cu denumirea oficiului consular, scrisă în limba statului trimițător și în limba statului de reședință poate fi așezat la sediul oficiului consular.

2. Drapelul statului trimițător poate fi arborat la sediul oficiului consular, precum și la reședința șefului oficiului consular.

3. Șeful oficiului consular poate arbora drapelul statului trimițător pe mijloacele sale de transport.

Articolul 22

Inviolabilitatea localurilor consulare și a locuințelor funcționarilor și angajaților consulari

1. Statul de reședință asigură protecția localurilor consulare și a locuințelor funcționarilor consulari.

2. Localurile consulare sînt inviolabile. Autoritățile statului de reședință nu pot pătrunde în localurile consulare fără acordul șefului oficiului consular, al șefului misiunii diplomatice a statului trimițător sau al persoanei desemnate de către unul din aceștia.

3. Prevederile paragrafului 2 din prezentul articol se aplică și locuințelor funcționarilor consulari și angajaților consulari. Ele nu se aplică locuințelor angajaților consulari dacă sînt cetățeni ai statului de reședință sau domiciliază în acest stat.

Articolul 23

Inviolabilitatea arhivelor consulare

Arhivele consulare sînt inviolabile în orice moment și oriunde s-ar afla.

Articolul 24

Libertatea de comunicare

1. Oficiul consular are dreptul să comunice cu guvernul, precum și cu misiunile diplomatice și cu alte oficii consulare ale statului trimițător, oriunde s-ar afla acestea.

În acest scop, oficiul consular poate folosi toate mijloacele obișnuite de comunicare: cifru, curieri diplomatici și consulari, valize diplomatice și consulare.

Un post de radio-emisie poate fi instalat și utilizat numai cu acordul statului de reședință.

La folosirea mijloacelor obișnuite de legătură, oficiului consular i se aplică aceleași tarife ca și misiunii diplomatice.

2. Corespondența de serviciu a oficiului consular, indiferent de mijloacele de comunicare folosite, valiza diplomatică și valiza consulară, prevăzute cu semne exterioare vizibile care indică caracterul lor oficial, sînt inviolabile și nu pot fi controlate sau reținute de către autoritățile statului de reședință.

3. Curierilor consulari li se acordă aceleași drepturi, privilegii și imunități ca și curierilor diplomatici ai statului trimițător care nu au domiciliul pe teritoriul statului de reședință.

4. Valiza consulară poate fi încredințată comandantului navei sau aeronavei, care va poseda un document oficial cu indicarea numărului coletelor din care se compune valiza. El însă, nu este considerat curier consular. Funcționarul consular are dreptul să preia valiza consulară direct și nestinjenit de la comandantul navei sau aeronavei, precum și să-i predea o asemenea valiză.

Articolul 25

Inviolabilitatea personală

1. Funcționarii consulari, angajații consulari și membrii lor de familie, care fac parte din gospodăria lor, se bucură de inviolabilitate personală. Ei nu vor fi supuși arestului sau reținerii.

2. Statul de reședință este obligat să acorde respectul cuvenit persoanelor prevăzute la paragraful precedent și să întreprindă măsurile corespunzătoare pentru a preveni orice atingere adusă persoanei, libertății sau demnității acestora.

Articolul 26

Imunitatea de jurisdicție și față de orice măsuri de constrângere a funcționarului consular

1. Funcționarul consular se bucură de imunitate de jurisdicție penală, civilă și administrativă și nu poate fi sancționat sau supus unor măsuri de constrângere pe linie de stat în statul reședință, cu următoarele excepții:

- o acțiune reală privind o proprietate personală imobiliară situată pe teritoriul statului de reședință, afară numai dacă funcționarul consular nu o posedă în contul statului trimițător pentru realizarea scopurilor oficiului consular;
- o acțiune privind o succesiune, în care funcționarul consular figurează ca executor testamentar, administrator, moștenitor sau legatar cu titlu particular și nu în numele statului trimițător;
- o acțiune care rezultă din încheierea unui contract de către un funcționar consular, pe care acesta nu l-a încheiat în mod expres sau implicit în calitatea sa de mandatar al statului trimițător;
- o acțiune intentată de un terț pentru o pagubă rezultată dintr-un accident cauzat în statul de reședință de un vehicul.

2. Față de funcționarul consular nu poate fi luată nici o măsură de executare, în afară de cazurile prevăzute la alineatele a, b, c și d ale paragrafului 1 din prezentul articol și numai dacă executarea poate avea loc fără a se aduce atingere inviolabilității persoanei sale sau a locuinței sale.

Articolul 27

Imunitatea de jurisdicție și față de orice măsuri de constrângere a angajatului consular

Angajatul consular beneficiază de imunitatea de jurisdicție penală a statului de reședință. El se bucură de celelalte imunități prevăzute la articolul 26, paragraful 1 din prezenta Convenție numai pentru actele îndeplinite în exercitarea atribuțiilor sale de serviciu.

Articolul 28

Imunitatea de jurisdicție și față de orice măsuri de constrângere a membrilor personalului de serviciu

Membrii personalului de serviciu beneficiază de imunitatea de jurisdicție penală și civilă, precum și față de orice măsuri de constrângere pe linie de stat în statul de reședință numai pentru actele îndeplinite în exercitarea atribuțiilor lor de serviciu.

Articolul 29

Imunitatea de jurisdicție și față de orice măsuri de constrângere a membrilor de familie

Imunitățile prevăzute la articolele 26, 27 și 28 din prezenta Convenție pentru funcționarii consulari, angajații consulari și membrii personalului de serviciu se acordă, în mod corespunzător, și membrilor lor de familie care fac parte din gospodăria lor.

Articolul 30

Renunțarea la imunități

1. Statul trimițător poate renunța la imunitatea unui membru al oficiului consular și a membrilor lui de familie. În toate cazurile renunțarea trebuie să fie expresă și în formă scrisă. Renunțarea la imunitatea de jurisdicție pentru o acțiune civilă sau în materie administrativă nu înseamnă renunțarea la imunitatea privind executarea hotărârii, pentru care se cere o renunțare expresă.

2. Dacă o persoană care, potrivit articolelor 26, 27, 28 și 29 din prezenta Convenție, beneficiază de imunitate de jurisdicție intențează o acțiune, ea nu mai invocă imunitatea de jurisdicție față de nici o cerere reconvențională direct legată de cererea principală.

Articolul 31

Scutirea de obligația de a depune ca martor

1. Un membru al oficiului consular poate fi chemat să depună mărturie în față justiției sau a altor autorități competente ale statului de reședință.

2. Funcționarul consular nu poate fi obligat să depună ca martor. Dispoziția este aplicabilă și angajaților consulari, precum și membrilor personalului de serviciu, în privința activității lor de serviciu. Ei pot refuza să prezinte corespondență sau documente oficiale referitoare la activitatea lor de serviciu.

3. Dacă un angajat consular sau un membru al personalului de serviciu refuză să depună ca martor în legătură cu activitatea de serviciu, nici o măsură de constrângere sau sancțiune nu va fi luată împotriva lui.

4. În cazul când un membru al oficiului consular depune mărturie, autoritățile competente ale statului de reședință vor evita să stînjenească activitatea oficiului consular. Dacă este posibil, mărturia poate fi făcută, oral sau în scris, la sediul oficiului consular sau la locuința membrului oficiului consular.

5. Prevederile prezentului articol se aplică, în mod corespunzător, și membrilor de familie ai membrilor oficiului consular care fac parte din gospodăria lor.

Articolul 32

Scutirea de prestații

Membrii oficiului consular și membrii familiilor lor care fac parte din gospodăria acestora sînt scutiți în statul de reședință de orice fel de prestații obligatorii.

Articolul 33

Scutirea de înregistrare

Membrii oficiului consular și membrii familiilor lor care fac parte din gospodăria acestora sînt scutiți de orice obligații prevăzute de legislația statului de reședință referitoare la înregistrarea străinilor și eliberarea permiselor de sedere.

Articolul 34

Scutirea statului trimițător de impozite și taxe

1. Statul trimițător este scutit, în statul de reședință de orice impozite și taxe pentru:

- a. terenurile, clădirile și părțile din clădiri care sînt proprietatea statului trimițător sau sînt închiriate de acesta sau în numele acestuia și care sînt folosite pentru îndeplinirea activității consulare sau ca locuințe pentru membrii oficiului consular;
- b) actele și documentele necesare pentru dobîndirea unor astfel de imobile, dacă statul trimițător le procură exclusiv pentru scopuri consulare;
- c. mijloacele de transport și orice bunuri mobile care se află în proprietatea, folosința sau posesiunea statului trimițător și care sînt utilizate în scopuri exclusiv consulare.

2. Scutirile prevăzute la paragraful 1 nu se aplică la plata prestărilor de servicii.

Articolul 35

Scutirea membrilor oficiului consular de impozite și taxe

1. Funcționarii consulari și angajații consulari, precum și membrii lor de familie care fac parte din gospodăria acestora, sînt scutiți în statul de reședință de orice impozite și taxe.

2. Scutirile prevăzute la paragraful 1 nu se referă la:

- a. impozitele indirecte, care sînt în mod normal cuprinse în prețul mărfurilor și tariful serviciilor;
- b. impozitele și taxele asupra bunurilor imobile proprietate personală, situate pe teritoriul statului de reședință;

c. impozitele și taxele pentru succesiuni și bunuri dobîndite în statul de reședință, cu excepția cazurilor prevăzute la articolul 37 din prezenta Convenție;

d. impozitele și taxele asupra veniturilor de orice natură, care își au sursa în statul de reședință, cu excepția salariilor primite pentru activitatea lor oficială;

e. taxele de înregistrare, de grefă, de ipotecă și de timbru;

f. taxele pentru prestările de servicii.

3. Statul de reședință scutește membrii personalului de serviciu de plata impozitelor și taxelor pentru veniturile provenite din activitatea lor oficială.

Articolul 36

Scutirea de taxe vamale și de control vamal

1. Toate obiectele, inclusiv automobilele, destinate activității oficiului consular se scutesc de taxe vamale în aceleași condiții ca și obiectele destinate activității misiunii diplomatice a statului trimițător.

2. Funcționarii consulari și membrii lor de familie care fac parte din gospodăria lor, se scutesc de control vamal ca și membrii personalului diplomatic al misiunii diplomatice a statului trimițător.

3. Funcționarii consulari, angajații consulari precum și membrii lor de familie care fac parte din gospodăria lor, se scutesc de taxe vamale pentru bagajele lor, precum și pentru alte obiecte destinate uzului lor personal ca și categoriile corespunzătoare ale personalului misiunii diplomatice a statului trimițător.

4. În înțelesul expresiei „categoriile corespunzătoare ale personalului misiunii diplomatice” de la paragraful 3 al prezentului articol, funcționarii consulari sînt asimilați cu agenții diplomatice, iar angajații consulari sînt asimilați cu membrii personalului tehnico-administrativ.

Articolul 37

Scutirea de impozite și taxe și exportul bunurilor în caz de deces

În cazul decesului unui membru al oficiului consular sau al unui membru de familie al acestuia care face parte din gospodăria sa, statul de reședință:

- a. permite exportul bunurilor mobile ale defunctului, cu excepția celor care au fost dobîndite în statul de reședință dacă ele fac obiectul unei prohibiții la export în momentul decesului;
- b. scutește bunurile mobile succesoriale de orice impozite și taxe succesoriale și de mutație, cu condiția ca aceste bunuri să se fi găsit pe teritoriul statului de reședință numai datorită prezenței defunctului în calitate de membru al oficiului consular sau de membru de familie al unui membru al oficiului consular.

Articolul 38

Taxe consulare

1. Funcționarul consular are dreptul să perceapă taxe consulare în conformitate cu legislația statului trimițător.
2. Sumele percepute potrivit paragrafului 1 sînt scutite în statul de reședință de orice impozite și taxe.

Articolul 39

Libertatea de deplasare

Sub rezerva legislației referitoare la zonele în care accesul este interzis sau supus unor reguli speciale din motive de securitate națională, statul de reședință permite membrilor oficiului consular libertatea de deplasare pe teritoriul său.

Articolul 40

Respectarea legislației statului de reședință

Fără a aduce atingere facilităților, privilegiilor și imunităților prevăzute în prezenta Convenție, persoanele care beneficiază de aceste facilități, privilegii și imunități au obligația de a respecta legislația statului de reședință.

Articolul 41

Excepții de la scutiri, facilități, privilegii și imunități

Scutirile, facilitățile, privilegiile și imunitățile prevăzute în prezenta Convenție, cu excepția paragrafelor 2 și 3 din articolul 31 și articolul 37, nu se aplică angajaților consulari, membrii personalului de serviciu, precum și membrilor de familie ai membrilor oficiului consular care fac parte din gospodăria lor, dacă sînt cetățeni ai statului de reședință sau domiciliază în acest stat.

CAPITOLUL V

DISPOZIȚII FINALE

Articolul 42

Exercitarea funcțiilor consulare de către membrii personalului diplomatic

1. Prevederile prezentei Convenții referitoare la drepturile obligațiile funcționarilor consulari se aplică și membrilor personalului diplomatic al misiunii diplomatice a statului trimițător care sînt însărcinați cu îndeplinirea funcțiilor consulare în cadrul misiunii.

2. Îndeplinirea funcțiilor consulare de către persoanele indicate la paragraful 1 nu aduce atingere privilegiilor și imunităților care le sînt acordate în virtutea statutului lor diplomatic.

Articolul 43

Persoane juridice

Dispozițiile prezentei Convenții, referitoare la cetățenii statului trimițător, se aplică, în mod corespunzător, și persoanelor juridice ale statului trimițător înființate în conformitate cu legislația acestui stat.

Articolul 44

Intrarea în vigoare

1. Prezenta Convenție va fi supusă ratificării. Ea va intra în vigoare în a treizecea zi de la data schimbului instrumentelor de ratificare, care va avea loc la București.
2. Prezenta Convenție va rămîne în vigoare timp de șase luni de la data la care una din Părțile Contractante va notifica, în scris, celeilalte Părți Contractante denunțarea Convenției.
3. Din momentul intrării în vigoare a prezentei Convenții, Convenția consulară dintre Republica Democrată Germană și Republica Populară Română, semnată la 15 iulie 1958, la București, își încetează valabilitatea.

Drept care împuterniciții Părților Contractante au semnat prezenta Convenție și au aplicat sigiliile lor,

Intocmit la Berlin, la 15 noiembrie 1972, în două exemplare, fiecare în limba germană și în limba română; ambele texte avînd aceeași valabilitate.

PENTRU
REPUBLICA DEMOCRATA
GERMANA

Oskar Fischer

PENTRU
REPUBLICA SOCIALISTA
ROMANIA

Vlad

Neuerscheinung: Erfahrungen aus der Arbeit der Sowjets

Wissenschaftliche Beiträge und Gesetzesdokumente

Übersetzungen aus dem Russischen

Schriftenreihe „Der sozialistische Staat, Theorie — Leitung — Planung“
Herausgeber: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR,
Potsdam-Babelsberg · 239 Seiten · Broschur · 5,20 M

Im vorliegenden Sammelband werden zum erstenmal in deutscher Sprache wichtige Gesetzgebungsakte der UdSSR zur Vervollkommnung der Organisation und Tätigkeit der örtlichen Organe der sozialistischen Staatsmacht zusammen mit anderen Dokumenten und Aufsätzen bekannter sowjetischer Staatswissenschaftler veröffentlicht.

Diese Materialien geben Einblick in wesentliche Seiten des Prozesses der Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, insbesondere

- in die mit dem neuen Gesetz der UdSSR über den Status der Deputierten der Sowjets der Werktätigen verbundenen Schritte zur weiteren Entwicklung der Aktivität und Initiative der Deputierten, sowie zur Erhöhung der Effektivität ihrer Tätigkeit;
- in die neue sowjetische Gesetzgebung zur Stärkung der Rolle und Verantwortung der örtlichen Sowjets der Deputierten der Werktätigen, zur Gestaltung ihrer Wechselbeziehungen zu den obersten und zentralen Organen der Staatsmacht und
- in die mit der Entwicklung der gewählten Volksvertretungen eng verbundenen Fragen der Qualifizierung der Arbeit des örtlichen Staatsapparates, speziell der Organe der Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 16 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großewald-Straße 17, Telefon: 299 43 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,30 M, Teil II 3, — M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

85

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 20. Juli 1973

Teil II Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
12. 7. 73	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Volksrepublik Algerien vom 2. 12. 1972 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	85

**Gesetz
über den Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
vom 2. 12. 1972
über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen
vom 12. Juli 1973**

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 2. Dezember 1972 in Algier unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 64 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1973 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwölften Juli neunzehnhundertdreiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwölften Juli neunzehnhundertdreiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen

Die Deutsche Demokratische Republik und die Demokratische Volksrepublik Algerien haben, von dem Wunsche geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern zu vertiefen und den Rechtsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern, beschlossen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Die Deutsche Demokratische Republik:

Hans-Joachim Heusinger,
 Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates
 und Minister der Justiz

Die Demokratische Volksrepublik Algerien:

Dr. Boualem Benhamouda,
 Minister der Justiz
 und Siegelbewahrer

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Teil I

Rechtsschutz

Artikel 1

Umfang des Rechtsschutzes

(1) Die Staatsbürger des einen Vertragspartners genießen für ihre Person und ihr Vermögen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsbürger. Entsprechend haben sie freien Zutritt zu den Gerichten und anderen für Zivil-, Familien- und Strafsachen zuständigen Organen sowie auch das Recht, vor diesen Organen Verfahren zum Schutze ihrer persönlichen und Vermögensrechte einzuleiten.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten für juristische Personen entsprechend.

Artikel 2

Befreiung von der Sicherheitsleistung

(1) Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners, die vor den Gerichten des anderen Vertragspartners auftreten, darf, soweit sie sich auf dem Territorium eines der Vertragspartner aufhalten, keine Sicherheitsleistung für die Gerichtskosten allein aus dem Grunde auferlegt werden, daß sie Ausländer sind oder daß sie im Inland weder Wohnsitz noch Aufenthalt haben.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten für juristische Personen entsprechend.

Kostenbefreiung für ein Verfahren

Artikel 3

Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners wird von den Gerichten des anderen Vertragspartners Kostenbefreiung für ein Verfahren unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfange wie eigenen Staatsbürgern gewährt.

Artikel 4

(1) Die Bescheinigung über die persönlichen und die Vermögensverhältnisse, die für die Bewilligung der Kostenbefreiung gemäß Artikel 3 dieses Vertrages erforderlich ist, stellt das zuständige Organ des Vertragspartners aus, auf dessen Territorium der Antragsteller seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Hat der Antragsteller weder auf dem Territorium des einen noch des anderen Vertragspartners seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt, so genügt eine Bescheinigung der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners, dessen Staatsbürger er ist.

(3) Das Gericht (oder das zuständige Organ), das über den Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren entscheidet, kann im Rahmen seiner Zuständigkeit die eingereichten Bescheinigungen und Angaben auf ihre Richtigkeit überprüfen und erforderlichenfalls das Organ des anderen Vertragspartners um ergänzende Angaben ersuchen.

Artikel 5

(1) Der Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren kann auch über das zuständige Gericht (oder das zuständige Organ) des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Antragsteller ist, eingereicht werden. Diese Organe übersenden den Antrag auf Kostenbefreiung mit der Bescheinigung gemäß Artikel 4 und den übrigen vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen für ein Verfahren dem Gericht des anderen Vertragspartners gemäß der Bestimmung des Artikels 9 dieses Vertrages.

(2) Gleichzeitig mit dem Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren können der Antrag zur Einleitung des Verfahrens in der Sache, auf die sich die Kostenbefreiung bezieht, sowie der Antrag auf Beordnung eines Anwaltes oder sonst in Frage kommende Anträge eingereicht werden.

Artikel 6

Eine Kostenbefreiung, die von dem zuständigen Organ eines Vertragspartners in einer bestimmten Sache gewährt worden ist, gilt für alle Prozeßhandlungen, die in diesem Verfahren vor dem Gericht des anderen Vertragspartners durchgeführt werden.

Teil II

Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen

Artikel 7

(1) Die Gerichte der Vertragspartner gewähren sich gegenseitig Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen.

(2) Gerichte im Sinne dieses Teils des Vertrages sind auch andere Organe der Vertragspartner, die gemäß den Gesetzen ihres Staates in Zivil- und Familiensachen zuständig sind.

Artikel 8

Gegenstand der Rechtshilfe

Die Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen umfaßt die Zustellung von Schriftstücken und die Durchführung einzelner Prozeßhandlungen in Form der Vernehmung von Zeugen oder Parteien, des Sachverständigenutachtens, des gerichtlichen Augenscheins und anderes.

Artikel 9

Art der Übermittlung

Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren die Gerichte der beiden Vertragspartner über die Ministerien der Justiz, soweit im vorliegenden Vertrag keine andere Regelung getroffen ist.

Artikel 10

Sprache im Rechtshilfeverkehr

Alle im Rechtshilfeverkehr zu übersendenden Schriftstücke sind in der Sprache des ersuchenden Vertragspartners abzufassen und mit einer beglaubigten Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragspartners oder in die französische Sprache zu versehen.

Artikel 11**Form der Rechtshilfeersuchen**

(1) Ersuchen um Rechtshilfe (im weiteren Text als Rechtshilfeersuchen bezeichnet) und die zuzustellenden Schriftstücke müssen unterschrieben und mit einem Siegel des Gerichts versehen sein.

(2) Die Form des Rechtshilfeersuchens richtet sich nach den Gesetzen des ersuchenden Vertragspartners.

Artikel 12**Inhalt der Rechtshilfeersuchen**

(1) Das Rechtshilfeersuchen muß die Bezeichnung des Gegenstandes enthalten, auf den es sich bezieht, die Bezeichnung des Gerichts, von dem das Ersuchen ausgeht, nach Möglichkeit die Bezeichnung des Gerichts, an das das Ersuchen gerichtet ist, die Namen der Parteien, ihre Staatsbürgerschaft, ihren Beruf sowie ihren Wohnort, gegebenenfalls ihren Aufenthaltsort, Namen und Anschriften der Rechtsvertreter.

(2) Rechtshilfeersuchen um Zustellung von Schriftstücken müssen neben den Angaben gemäß Absatz 1 dieses Artikels die Anschrift des Empfängers und die Art der zuzustellenden Schriftstücke enthalten.

(3) Rechtshilfeersuchen um die Durchführung von Prozeßhandlungen müssen weiter enthalten: die Bezeichnung der Tatsachen, worüber die Beweisaufnahme durchgeführt werden soll sowie gegebenenfalls die Fragen, zu denen die betreffende Person zu vernehmen ist.

Erladigung der Rechtshilfeersuchen**Artikel 13**

(1) Bei der Erladigung der Rechtshilfe wendet das ersuchte Gericht seine innerstaatlichen Gesetze an.

(2) Das ersuchte Gericht kann auf Verlangen des ersuchenden Gerichts sowohl hinsichtlich der Art als auch der Form so verfahren, wie es im Rechtshilfeersuchen bezeichnet ist, sofern dies nicht den Grundsätzen der Gesetzgebung des ersuchten Vertragspartners widerspricht.

Artikel 14

(1) Ist das ersuchte Gericht unzuständig, so gibt es das Rechtshilfeersuchen an das zuständige Gericht weiter.

(2) Das ersuchte Gericht teilt auf Verlangen dem ersuchenden Gericht unverzüglich den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Rechtshilfeersuchens mit.

Artikel 15

(1) Bei der Erladigung von Zustellungsersuchen wendet das ersuchte Gericht seine innerstaatlichen Gesetze an.

(2) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragspartners oder in die französische Sprache versehen, so übergibt das ersuchte Gericht das Schriftstück dem Empfänger nur dann, wenn dieser bereit ist, es freiwillig anzunehmen.

(3) Die Zustellung wird entweder durch eine Empfangsbescheinigung, die das Zustellungsdatum, die Unterschriften des Empfängers und des Zustellers sowie das Siegel des Gerichts enthält, oder durch eine Niederschrift des Gerichts nachgewiesen, aus der hervorgeht, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt das betreffende Schriftstück übergeben worden ist.

(4) Ist die im Rechtshilfeersuchen bezeichnete Person unter der angegebenen Anschrift nicht auffindbar, so trifft das ersuchte Gericht die notwendigen Maßnahmen zur Feststellung der Anschrift.

(5) Ist dem ersuchten Gericht die Erladigung des Rechtshilfeersuchens nicht möglich, so benachrichtigt es das ersu-

chende Gericht davon unter Mitteilung der Gründe, welche die Erladigung verhinderten.

Artikel 16

Die Vertragspartner können Zustellungen an ihre eigenen Staatsbürger, die sich auf dem Territorium des anderen Vertragspartners aufhalten, durch ihre diplomatische und konsularische Vertretung bewirken.

Artikel 17**Kosten der Rechtshilfe**

(1) Für die Gewährung der Rechtshilfe verlangt der ersuchte Vertragspartner keine Kosten. Die Vertragspartner tragen alle durch diese Rechtshilfe auf ihrem Gebiet entstandenen Kosten, insbesondere auch die bei der Durchführung von Beweisaufnahmen entstehenden Kosten selbst.

(2) Das ersuchte Gericht gibt dem ersuchenden Gericht die Höhe der entstandenen Kosten bekannt. Soweit das ersuchende Organ diese Kosten von dem Kostenpflichtigen einzieht, verbleiben sie dem einziehenden Vertragspartner.

Artikel 18**Ablehnung eines Rechtshilfeersuchens**

Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn sie den Grundprinzipien der Gesetzgebung oder der öffentlichen Ordnung des ersuchten Vertragspartners widerspricht.

Artikel 19**Freies Geleit für Zeugen und Sachverständige**

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, welche Staatsbürgerschaft er auch besitzt, der auf eine ihm durch das Gericht des ersuchten Vertragspartners zugestellte Ladung vor den Gerichten des ersuchenden Vertragspartners in Zivil-, Familien- oder Strafsachen erscheint, darf nicht strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen werden wegen einer Straftat, die er bereits vor Überschreiten der Grenze des ersuchenden Vertragspartners begangen hatte, und er darf nicht aufgrund eines früher ergangenen Gerichtsurteils einer Bestrafung zugeführt werden.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger verliert den unter Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Schutz, wenn er das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht binnen 15 Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem ihm mitgeteilt wurde, daß seine Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, verlassen hat, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte.

(3) Wird eine Person, die sich auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in Haft befindet, von einem Gericht des anderen Vertragspartners als Zeuge oder Sachverständiger geladen und soll sie zu diesem Zwecke zeitweilig überstellt werden, so genießt sie den in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels zugesicherten Schutz.

Teil III**Urkunden****Artikel 20****Verwendung von Urkunden**

(1) Urkunden, die von einem Gericht oder von einer Amtsperson des einen Vertragspartners im Rahmen ihrer Zuständigkeit ausgestellt oder beglaubigt sind, bedürfen, sofern sie mit Unterschrift und amtlichem Siegel versehen sind, für ihre Verwendung vor den Gerichten und vor anderen Organen des anderen Vertragspartners keiner Legalisation.

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels gilt auch für Abschriften von Urkunden, die von einem Gericht oder einem anderen zuständigen Organ beglaubigt worden sind.

Artikel 21**Beweiskraft von Urkunden**

Öffentliche Urkunden, die auf dem Territorium des einen Vertragspartners errichtet worden sind, haben auf dem Territorium des anderen Vertragspartners die gleiche Beweiskraft wie eigene Urkunden.

Artikel 22**Austausch von Personenstandsunterlagen**

(1) Die Vertragspartner stellen sich gegenseitig Auszüge aus den Personenstandsregistern zu, die sich auf die Geburt, die Eheschließung und den Tod von Staatsbürgern des anderen Vertragspartners beziehen.

(2) Die beiden Vertragspartner übersenden einander auf Verlangen kostenlos Personenstandsunterlagen für den amtlichen Gebrauch.

(3) Bei der Übermittlung und Erledigung von Ersuchen gemäß Absatz 2 dieses Artikels verkehren die Vertragspartner nach den Bestimmungen des Artikels 9 dieses Vertrages.

Teil IV**Regelung von Nachlasssachen****Artikel 23****Vertretungsbefugnis der diplomatischen und konsularischen Vertretung**

In Nachlasssachen einschließlich Erbstreitigkeiten vertreten die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Vertragspartner ihre Staatsbürger ohne besondere Vollmacht, sofern diese nicht zugegen sind und keine Bevollmächtigten eingesetzt haben, vor den Gerichten und anderen Organen des anderen Vertragspartners.

Artikel 24**Mitteilung von Todesfällen**

(1) Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so setzt das zuständige Organ die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners unverzüglich davon in Kenntnis. Es teilt dabei mit, was über etwaige Erben, deren Wohnsitz oder Aufenthalt und die Beschaffenheit des Nachlasses sowie über das Bestehen einer letztwilligen Verfügung bekannt ist. Ist dem Organ bekannt, daß der Verstorbene in einem anderen Staat Vermögen hinterlassen hat, so gibt es auch darüber Auskunft.

(2) Stellt ein Organ im Nachlassverfahren fest, daß der Erbe Staatsbürger des anderen Vertragspartners ist, so ist es verpflichtet, die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners davon in Kenntnis zu setzen.

(3) Erhält die diplomatische oder konsularische Vertretung zuerst von dem Todesfall Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses das zuständige Nachlassorgan zu benachrichtigen.

Maßnahmen zur Sicherung des Nachlasses**Artikel 25**

Befindet sich auf dem Territorium des einen Vertragspartners der Nachlass eines Staatsbürgers des anderen Vertragspartners, so trifft das Nachlassorgan zu seiner Sicherung und Verwaltung auf Antrag oder von Amts wegen, in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Gesetzen, geeignete Maßnahmen.

Artikel 26

Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners während seines zeitweiligen Aufenthaltes auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so werden die Sachen, die er mit sich führte, ohne weiteres Verfahren mit einem Verzeichnis

der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Verstorbene war.

Übergabe des Nachlasses**Artikel 27**

(1) Befindet sich auf dem Territorium des einen Vertragspartners beweglicher Nachlaß, so wird dieser zum Zwecke der Durchführung eines Nachlassverfahrens dem für die Durchführung des Nachlassverfahrens zuständigen Organ vermittels der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Erblasser war, soweit die Voraussetzungen gemäß Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe b) dieses Vertrages erfüllt sind.

(2) Beide Vertragspartner behalten sich vor, vor Herausgabe des beweglichen Nachlasses gemäß Absatz 1 dieses Artikels die Bezahlung der Abgaben und Gebühren zu fordern, die mit dem Antritt einer Erbschaft verbunden sind.

Artikel 28

(1) Fällt der bewegliche Nachlaß oder der aus dem Verkauf von beweglichem oder unbeweglichem Nachlaß erzielte Erlös nach Durchführung eines Nachlassverfahrens an Erben mit Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, und kann diesen oder ihren Bevollmächtigten der Nachlaß oder sein Erlös nicht direkt übergeben werden, erfolgt die Aushändigung an die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners.

(2) Gemäß der Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels wird verfahren, wenn

- a) alle mit der Erbschaft verbundenen Abgaben und Gebühren bezahlt oder sichergestellt sind,
- b) das zuständige Organ die notwendige Genehmigung zur Ausfuhr der Nachlassgegenstände oder für die Überweisung von Geldbeträgen erteilt hat.

Teil V**Vollstreckung von Entscheidungen****Artikel 29****Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen**

(1) Die Vertragspartner vollstrecken unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen auf ihrem Territorium folgende Entscheidungen, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ergangen sind:

- a) Gerichtsentscheidungen in Zivil- und Familiensachen und gerichtliche Vergleiche in diesen Sachen über vermögensrechtliche Ansprüche sowie Kostenentscheidungen
- b) Gerichtsentscheidungen in Strafsachen über Schadensersatzansprüche
- c) Entscheidungen von Schiedsgerichten einschließlich Vergleiche in Wirtschafts- bzw. Handelsstreitigkeiten gemäß den Bestimmungen des Artikels 31 dieses Vertrages.

(2) Gerichtsentscheidungen im Sinne der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels sind auch Entscheidungen in Nachlasssachen, die von den Organen eines Vertragspartners erlassen worden sind, die nach den innerstaatlichen Gesetzen ihres Staates für die Regelung in Nachlasssachen zuständig sind.

Artikel 30

Voraussetzungen für die Vollstreckung von Entscheidungen
Entscheidungen nach Artikel 29 dieses Vertrages werden unter folgenden Voraussetzungen vollstreckt:

- a) wenn die Entscheidung nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium sie ergangen ist, rechtskräftig und vollstreckbar ist;

- b) wenn das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, in dem Verfahren nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Vollstreckung begehrt wird, zuständig war;
- c) wenn die unterlegene Partei, die am Verfahren nicht teilgenommen hat, nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und im Falle ihrer Prozeßunfähigkeit ordnungsgemäß vertreten werden konnte;
- d) wenn in dem gleichen Rechtsstreit zwischen den gleichen Parteien auf dem Territorium des Vertragspartners, auf welchem die Entscheidung zu vollstrecken ist, nicht bereits früher von einem ordentlichen oder Schiedsgericht eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist oder wenn bei dem Gericht dieses Vertragspartners nicht schon früher ein Verfahren in dieser Sache anhängig wurde;
- e) wenn die Vollstreckung der Entscheidung den Grundprinzipien der Gesetzgebung und der öffentlichen Ordnung des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung zu vollstrecken ist, nicht widerspricht.

Artikel 31

Voraussetzungen für die Vollstreckung von Entscheidungen der Schiedsgerichte

Entscheidungen der Schiedsgerichte werden vollstreckt, wenn neben den Bedingungen des Artikels 30 dieses Vertrages noch folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) wenn die Entscheidung aufgrund eines schriftlichen Vertrages über die Unterwerfung unter die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts für einen bestimmten Prozeß oder für künftige Prozesse aus einem bestimmten Rechtsverhältnis erfolgt ist und wenn das Schiedsgericht im Rahmen seiner vereinbarungsgemäß festgelegten Befugnisse entschieden hat;
- b) wenn die Vereinbarung über die Unterwerfung unter die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts nach den Gesetzen des Vertragspartners rechtsgültig ist, auf dessen Territorium die Entscheidung vollstreckt werden soll.

Artikel 32

Anträge auf Vollstreckung von Entscheidungen

(1) Der Antrag auf Vollstreckung einer Entscheidung kann unmittelbar bei dem zuständigen Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung vollstreckt werden soll, gestellt werden oder beim Gericht, das in dieser Rechtssache in erster Instanz entschieden hat, wobei dieser Antrag dem zuständigen Gericht des anderen Vertragspartners in der in Artikel 9 dieses Vertrages vorgesehenen Weise übermittelt wird.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

- a) eine Ausfertigung bzw. eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung mit der Bescheinigung der Rechtskraft und Vollstreckbarkeit, sofern dies nicht aus der Entscheidung selbst hervorgeht;
- b) eine Bestätigung, daß die unterlegene Partei, die nicht am Verfahren teilgenommen hat, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und, falls sie prozeßunfähig war, ordnungsgemäß vertreten werden konnte;
- c) die beglaubigte Übersetzung der unter Buchstaben a) und b) angeführten Urkunden in der Sprache des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung vollstreckt werden soll.

(3) Wird die Vollstreckung aufgrund der Entscheidung eines Schiedsgerichts beantragt, so wird auch eine beglaubigte Übersetzung des Vertrages über die Unterwerfung unter die Zuständigkeit des Schiedsgerichts in dieser Sache beigelegt.

Verfahren bei der Vollstreckung

Artikel 33

(1) Das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium eine Entscheidung zu vollstrecken ist, führt diese nach den Gesetzen seines Staates durch.

(2) Das Gericht, welches über den Antrag auf Vollstreckung entscheidet, beschränkt sich allein darauf, festzustellen, ob die in den Artikeln 30 und 31 dieses Vertrages festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) Gegen die Entscheidung kann der Schuldner die Einwendungen vorbringen, die die Gesetze des Vertragspartners vorsehen, dessen Gericht über die Vollstreckung entscheidet.

Artikel 34

Die in Artikel 29 des vorliegenden Vertrages genannten Gerichtsentscheidungen werden vollstreckt, wenn sie nach Inkrafttreten dieses Vertrages rechtskräftig und vollstreckbar geworden sind.

Artikel 35

Vollstreckung von Kostenentscheidungen

(1) Wird eine Partei, die gemäß Artikel 2 dieses Vertrages von der Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten befreit war, durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung eines Vertragspartners zur Erstattung der Verfahrenskosten verpflichtet, so wird diese Entscheidung auf Antrag der berechtigten Partei auf dem Territorium des anderen Vertragspartners gebührenfrei vollstreckt.

(2) Das Gericht, welches über die Genehmigung der Vollstreckung der Entscheidung gemäß Absatz 1 dieses Artikels entscheidet, beschränkt sich allein darauf, festzustellen, ob die Kostenentscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist.

(3) Für den Antrag auf Vollstreckung und die beizufügenden Anlagen gelten die Bestimmungen des Artikels 32 dieses Vertrages entsprechend.

Artikel 36

Ausfuhr von Sachen und Überweisungen

Von den Bestimmungen dieses Vertrages über die Vollstreckung von Entscheidungen werden die gesetzlichen Vorschriften der Vertragspartner über die Überweisung von Geldbeträgen oder die Ausfuhr von Gegenständen, die durch eine Vollstreckung erlangt sind, nicht berührt.

Teil VI

Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung

1. Rechtshilfe

Artikel 37

(1) Die Gerichte der Vertragspartner gewähren sich gegenseitig Rechtshilfe in Strafsachen unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen.

(2) Gerichte im Sinne dieses Teils des Vertrages sind auch andere Organe der Vertragspartner, die nach den Gesetzen ihres Staates in Strafsachen zuständig sind.

Artikel 38

Umfang der Rechtshilfe

Die Rechtshilfe in Strafsachen umfaßt die Zustellung von Schriftstücken und Beweismitteln sowie die Durchführung einzelner Prozeßhandlungen, in Form der Vernehmung von Straffälligen, Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen, gerichtlicher Untersuchungen, Beschaffung von Gutachten, Durchsuchung von Wohnungen und Personen und anderes.

Artikel 39

Rechtshilfeverkehr in Strafsachen

(1) Bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen wenden sich die Gerichte seitens der Deutschen Demokratischen Republik über das Ministerium der Justiz oder den Generalstaatsanwalt an das Ministerium der Justiz der Demokratischen Volksrepublik Algerien, seitens der Demokratischen Volksrepublik Algerien über das Ministerium der Justiz an das Ministerium der Justiz oder den Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Im übrigen finden bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen die Bestimmungen der Artikel 10–19 dieses Vertrages entsprechend Anwendung.

Artikel 40

Übernahme der Strafverfolgung

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Gesetzen auf Ersuchen des anderen Vertragspartners ein Strafverfahren gegen eigene Staatsbürger, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine Straftat begangen haben, einzuleiten, wenn eine Auslieferung gemäß Artikel 43 dieses Vertrages möglich ist.

(2) Dem Ersuchen zur Durchführung eines Strafverfahrens sind das Ermittlungsergebnis sowie weitere Beweismittel beizufügen, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen.

(3) Der ersuchte Vertragspartner setzt den anderen Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens in Kenntnis; ist ein Urteil ergangen, übermittelt er ihm die Abschrift des rechtskräftigen Urteils.

Artikel 41

Information über Gerichtsurteile in Strafsachen

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, einander zu Beginn eines jeden Jahres über rechtskräftige Verurteilungen, die ihre Gerichte gegen Staatsbürger des anderen Vertragspartners im abgelaufenen Jahr erlassen haben, zu unterrichten.

(2) Auf Ersuchen des einen Vertragspartners informiert der andere Vertragspartner über alle anderen Urteile, einschließlich der noch nicht rechtskräftigen Verurteilungen, die von seinen Gerichten gegen Bürger des ersuchenden Vertragspartners ergangen sind.

(3) Die Übermittlung der Ersuchen und der Information gemäß Absatz 1 und 2 dieses Artikels erfolgt auf dem in Artikel 47 dieses Vertrages vorgesehenen Wege.

2. Auslieferung

Artikel 42

Verpflichtung zur Auslieferung

Die Vertragspartner verpflichten sich entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages auf Ersuchen einander solche Personen auszuliefern, die sich auf ihrem Territorium befinden und gegen die eine Strafverfolgung durchgeführt oder eine Strafe vollzogen werden soll.

Artikel 43

Auslieferungsstraftaten

(1) Die Auslieferung zum Zwecke der Strafverfolgung erfolgt nur wegen solcher Straftaten, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr bedroht sind.

(2) Die Auslieferung zum Zwecke des Vollzugs einer Strafe erfolgt nur wegen solcher Straftaten, die nach den Gesetzen

beider Vertragspartner strafbar sind, und wenn die betreffende Person zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden ist.

Ablehnung der Auslieferung

Artikel 44

Die Auslieferung erfolgt nicht, wenn

- a) die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Bürger des ersuchten Vertragspartners ist;
- b) die Straftat auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners begangen wurde und ein Ersuchen auf Übernahme der Strafverfolgung gemäß Artikel 40 Absatz 1 dieses Vertrages nicht gestellt wird;
- c) nach den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners ein Strafverfahren nicht durchgeführt oder das Urteil infolge von Verjährung nicht vollstreckt werden darf;
- d) die Auslieferung nach den Gesetzen eines der Vertragspartner nicht zulässig ist;
- e) gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, bereits auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in der gleichen Strafsache ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist oder das Verfahren endgültig eingestellt wurde.

Artikel 45

Erfolgt die Auslieferung nicht, so setzt der ersuchte Vertragspartner hiervon den ersuchenden Vertragspartner in Kenntnis.

Artikel 46

Bedingte Auslieferung

Wird um Auslieferung einer Person ersucht, die von einem Gericht des ersuchenden Vertragspartners in Abwesenheit verurteilt wurde, so kann der ersuchte Vertragspartner die Auslieferung an die Bedingung knüpfen, daß ein neues Verfahren in Anwesenheit der auszuliefernden Person durchgeführt wird.

Artikel 47

Verkehr in Sachen der Auslieferung und Übernahme der Strafverfolgung

In Sachen der Übernahme der Strafverfolgung und der Auslieferung verkehren seitens der Deutschen Demokratischen Republik das Ministerium der Justiz oder der Generalstaatsanwalt und seitens der Demokratischen Volksrepublik Algerien das Ministerium der Justiz miteinander.

Artikel 48

Auslieferungsersuchen

(1) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke einer Strafverfolgung sind beizufügen: der Haftbefehl mit einer Darstellung der Straftat; die Beschreibung von Beweismitteln, aus denen sich ein dringender Tatverdacht ergibt; der Text des Strafgesetzes, nach welchem die Handlung, die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegt, beurteilt wird. Ist durch die Straftat ein materieller Schaden entstanden, so ist, soweit möglich, dessen Höhe anzugeben.

(2) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Vollzug einer Strafe sind die Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils und der Text des der Verurteilung zugrunde liegenden Strafgesetzes beizufügen. Hat der Verurteilte bereits einen Teil seiner Strafe verbüßt, so sind auch darüber Angaben zu übermitteln.

(3) Dem Ersuchen um Auslieferung sind nach Möglichkeit eine Beschreibung sowie ein Paßbild der auszuliefernden Person beizufügen sowie Angaben über ihre Staatsbürgerschaft und ihren Aufenthaltsort, sofern diese Angaben nicht bereits aus dem Haftbefehl oder dem Urteil hervorgehen.

Artikel 49

Ergänzung des Auslieferungersuchens

Enthält das Auslieferungersuchen nicht die erforderlichen Angaben, so kann der ersuchte Vertragspartner seine Vollständigkeit verlangen sowie eine Frist bestimmen, in der die ergänzenden Angaben zu übermitteln sind. Auf Ersuchen kann diese Frist verlängert werden.

Auslieferungshaft

Artikel 50

Der ersuchte Vertragspartner trifft nach Eingang des Auslieferungersuchens unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, und ordnet gegebenenfalls auch ihre Inhaftierung an.

Artikel 51

Auf Antrag kann eine Person vor Eingang des Auslieferungersuchens inhaftiert werden, wenn sich das zuständige Organ des ersuchenden Vertragspartners auf einen Haftbefehl oder ein rechtskräftiges Urteil unter gleichzeitiger Ankündigung des Auslieferungersuchens beruft. Dieser Antrag kann auf dem Postwege, telegrafisch oder auf eine andere Weise schriftlich übermittelt werden.

Von der Inhaftierung ist der andere Vertragspartner unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Artikel 52

(1) Der ersuchte Vertragspartner stellt das Auslieferungsverfahren ein und setzt die inhaftierte Person auf freien Fuß, wenn innerhalb der gemäß Artikel 49 dieses Vertrages zu bestimmenden Frist die geforderten zusätzlichen Angaben nicht übermittelt werden.

(2) Eine nach den Bestimmungen des Artikels 51 dieses Vertrages inhaftierte Person wird auf freien Fuß gesetzt, wenn das Ersuchen nicht innerhalb von 2 Monaten eintrifft, von dem Tage an gerechnet, an dem der andere Vertragspartner von der Inhaftierung dieser Person in Kenntnis gesetzt wurde.

Artikel 53

Aufschub der Auslieferung

(1) Wird gegen eine Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Strafverfahren durchgeführt oder ist diese wegen einer anderen Straftat auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners verurteilt worden, so kann die Auslieferung bis zum Abschluß des Strafverfahrens oder bis zum Vollzug der Strafe aufgeschoben werden.

(2) Würde der Aufschub der Auslieferung zur Verjährung der Strafverfolgung oder zur Erschwerung der Durchführung des Strafverfahrens gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, führen, so kann einem begründeten Ersuchen eines Vertragspartners auf zeitweilige Auslieferung zur Durchführung eines Strafverfahrens stattgegeben werden. Der ersuchende Vertragspartner ist verpflichtet, die ausgelieferte Person spätestens nach 3 Monaten, gerechnet vom Tage der Übergabe an, zurückzuführen. Die Frist kann in begründeten Fällen verlängert werden.

Artikel 54

Ersuchen anderer Staaten

Bei Ersuchen mehrerer Staaten um Auslieferung einer Person wegen einer bestimmten oder wegen verschiedener strafbarer Handlungen entscheidet der ersuchte Vertragspartner, welchem Ersuchen stattgegeben werden soll, unter Berücksichtigung insbesondere der Staatsbürgerschaft der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, sowie des Ortes und der Schwere der Straftat und des Zeitpunktes der Ersuchen.

Artikel 55

Grenzen der Strafverfolgung

(1) Die ausgelieferte Person darf wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung, die nicht von der Zustimmung zur Auslieferung erfaßt wird, ohne Einwilligung des ersuchten Vertragspartners weder strafrechtlich verfolgt, dem Vollzug einer Strafe zugeführt noch einem dritten Staat zur Strafverfolgung bzw. zum Vollzug einer Strafe ausgeliefert werden.

(2) Die Zustimmung des ersuchten Vertragspartners ist nicht erforderlich,

- a) wenn eine ausgelieferte Person, die nicht Staatsbürger des ersuchenden Vertragspartners ist, innerhalb von einem Monat, gerechnet vom Tage der Beendigung des Strafverfahrens oder dem Vollzug der Strafe, das Territorium des ersuchenden Staates nicht verlassen hat. In diese Frist ist die Zeit nicht einbegriffen, in welcher die ausgelieferte Person gegen ihren Willen das Territorium dieses Vertragspartners nicht verlassen konnte;
- b) wenn die ausgelieferte Person das Territorium des Vertragspartners, an dem sie ausgeliefert wurde, verlassen hat, jedoch erneut freiwillig auf dessen Territorium zurückkehrt.

Artikel 56

Information über das Ergebnis des Strafverfahrens

Der um Auslieferung ersuchende Vertragspartner informiert den ersuchten Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens gegen die ausgelieferte Person. Wird die ausgelieferte Person verurteilt, so ist auch eine Abschrift des rechtskräftigen Urteils zu übermitteln.

Artikel 57

Übergabe der auszuliefernden Person

(1) Der ersuchte Vertragspartner, welcher der Auslieferung zustimmt, unterrichtet den anderen Vertragspartner über Ort und Zeit der Auslieferung der Person.

(2) Eine Person, deren Auslieferung stattgegeben wurde, wird auf freien Fuß gesetzt, wenn der ersuchende Vertragspartner innerhalb einer Frist von 7 Tagen, gerechnet von dem Tage an, der als Tag der Übergabe festgesetzt wurde, diese Person nicht übernimmt.

Artikel 58

Erneute Auslieferung

Entzieht sich eine ausgelieferte Person, auf welche Weise auch immer, einem Strafverfahren oder dem Strafvollzug und befindet sich diese auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners, so wird sie aufgrund eines erneuten Auslieferungersuchens ohne Übermittlung der im Artikel 48 dieses Vertrages genannten Unterlagen ausgeliefert.

Artikel 59

Übergabe von Gegenständen

(1) Der um Auslieferung ersuchte Vertragspartner übergibt die Gegenstände, die für die Begehung einer Straftat verwendet wurden, für die eine Auslieferung gemäß Artikel 43 dieses Vertrages zulässig ist, sowie die Gegenstände, die sich der Straffällige durch die Straftat erworben hat, an den ersuchenden Vertragspartner. Diese Gegenstände werden auch dann übergeben, wenn es infolge Todes oder aus anderen Gründen nicht zur Auslieferung der betreffenden Person kommt.

(2) Der ersuchte Vertragspartner kann die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Gegenstände zeitweilig zurückbehalten, wenn er sie für ein anderes Strafverfahren benötigt.

(3) Die Rechte einer dritten Person an Gegenständen, die unter Absatz 1 dieses Artikels fallen, bleiben unberührt. Spätestens nach Abschluß des Strafverfahrens gibt der Vertragspartner, an den die Gegenstände herausgegeben wurden, diese dem ersuchten Vertragspartner zwecks Übergabe an die Berechtigten zurück. Befinden sich Personen, die Rechte an Gegenständen haben, auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners, so ist dieser mit Zustimmung des ersuchten Vertragspartners berechtigt, die Gegenstände direkt an die Berechtigten zurückzugeben.

Artikel 60

Durchleitung

(1) Die Vertragspartner gestatten einander auf Ersuchen die Durchleitung solcher Personen durch ihr Territorium, die einem der Vertragspartner von einem Drittstaat ausgeliefert werden. Der ersuchte Vertragspartner ist nicht verpflichtet, die Durchleitung zu gestatten, wenn nach diesem Vertrag keine Auslieferung vorgesehen ist.

(2) Ein Ersuchen um Durchleitung ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln.

(3) Der ersuchte Vertragspartner gestattet die Durchleitung auf die ihm am zweckmäßigsten erscheinende Weise.

Artikel 61

Auslieferungs- und Durchleitungskosten

Die Auslieferungs- und Durchleitungskosten trägt der Vertragspartner, auf dessen Territorium sie entstanden sind.

Teil VII

Artikel 62

Information über Probleme der Rechtspflege

Die Ministerien der Justiz der Vertragspartner erteilen einander auf Wunsch Auskunft über das Recht und die Rechts-

praxis ihrer Staaten. Sie informieren sich wechselseitig über wichtige Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet der Rechtspflege und tauschen ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung von Gesetzen aus.

Neben Gesetzestexten werden auch entsprechende Kommentare und andere rechtswissenschaftliche Literatur zwischen beiden Ministerien ausgetauscht.

Teil VIII

Schlußbestimmungen

Artikel 63

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.

(2) Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.

Artikel 64

(1) Der Vertrag tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Jeder Vertragspartner kann den vorliegenden Vertrag kündigen. Diese Kündigung wird sechs Monate nach ihrer Übermittlung an den anderen Vertragspartner wirksam.

Ausgefertigt in Algier am 2. Dezember 1972 in zwei Originalen, jedes in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte die gleiche Gültigkeit besitzen. In Zweifelsfällen bei der Auslegung der Bestimmungen des Vertrages gilt der französische Text.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Heusinger

Für die
Demokratische Volksrepublik
Algerien

Benhamouda

المادة 1

تتضمن هذه المادة أحكاماً تتعلق بالاعتراف بالسيادة على الجزر الواقعة في البحر المتوسط...

من المزمع أن تشمل المادة 2 أحكاماً تتعلق بالاعتراف بالسيادة على الجزر الواقعة في البحر المتوسط...

المادة 3

ان الجمهورية الجزائرية الديمقراطية الشعبية والجمهورية الديمقراطية الألمانية...

أخذت على اتمام هذه الاتفاقية...

لهذا الغرض اتفقتا على ما يلي:

1- أن الجمهورية الجزائرية الديمقراطية الشعبية والجمهورية الديمقراطية الألمانية...

القسم الأول

الاتفاقية الثنائية

المادة الأولى

مدرسة الرقابة العدلية

1- يتعهد مواطنو إحدى الطرفين المتعاقدين فيما يخص استخدام وأحكام في أرض الطرف المتعاقد الآخر من التسمية التولية التي يحددها هذا الأخير...

المادة 2

الاعتراف من شأنه

1- لا يحجب على مواطني أحد الطرفين المتعاقدين الذين يقيمون لدى نظام الطرف المتعاقد الآخر ولا على التقيمين بالتسم أملاك الطرفين أملاكهما...

من المساعدة الثنائية

المادة 2

يتعهد مواطنو كل من الطرفين المتعاقدين لدى ممتلكات الأخرى الثابتة الأخرى من المساعدة الثنائية بنفس الشروط والقدر المستخدمة لولاية الوطن الذي هم يقيمون به.

المادة 3

1- يعمد أن تشمل المادة 4 أحكاماً تتعلق بالاعتراف بالسيادة والثباتية التي تحدها المادة 5 الثنائية...

2- في صورة ما إذا كان مكان إقامة الطالب المادية أو مقسمة، لا يعمد غير موجود في أي من الطرفين المتعاقدين فإن المساعدة سلمة من طرف النيابة الدبلوماسية أو القنصلية التابعة للطرف المتعاقد الملحق له الطالب كالتسمية.

3- يجوز للملكة أو لكتب المساعدة الثنائية الذي يقرر منح المساعدة الثنائية اسمان السفر في نطاق اختصاص كل منهما في الطلب وفي المعطيات المقدمة كما يجوز أيضاً الأعمال عند الاتساق بالمؤسسات الثنائية التابعة للطرف الأخرى لتسهيل إجراءات مكلمة.

المادة 5

1- يمكن أيضاً تقديم طلب المساعدة الثنائية للملكة أو المكتب اللذين لهما الاختصاص الموجود في الطرف الذي يكون الطالب من رعاياه وهذه الملكة أو المكتب يوجه طلب المساعدة الثنائية والتمهات المنصوص عليها في المادة 4 والمستندات الأخرى التي يقدمها الطالب إلى محكمة الطرف المتعاقد المقابل وفقاً للمادة 9 من هذه الاتفاقية.

2- وأما طلب المساعدة الثنائية يمكن الأدلة بحريضة للتكامل بالنازلة المتقدمة في الطلب السابق ذكره مع كل اقتراح يجري تقاسم في ذلك الطلب.

المادة 6

يمتد منح المساعدة الثنائية التي جمادت بها الملكة أو المكتب المخصص في هذه التسمية التابعية لأحدى الدولتين المتعاقدين لائتر الأعمال الواجب القيام بها في هاتاه المرافعة لدى مكلمة الدولة المتعاقد الأخرى.

القسم الثاني

التعاون الثنائي والعدلي في

السواد المدنية والتجارية والعائلية

المادة 7

1- اعقبت الطرفان المتعاقدان على وضع مستون التعاون الثنائي بين ميثاقهما الثنائية في السواد المدنية والتجارية والعائلية وفقاً للشروط المنصوص عليها في هذه الاتفاقية.

2- تعتبر أيضاً هيئات تمثيلية بالمعنى التام عليه هذا القسم مؤسسات الطرفين المتعاقدين التي لها الاختصاص في السواد المدنية والتجارية والعائلية يقتضى تواجد الدولة المنتسبة إليها تلك المؤسسات.

المادة 8

موضوع التعاون الثنائي

يشمل التعاون الثنائي في السواد المدنية والتجارية والعائلية الأشجار المستندات وتفيد عقود الأجراءات مثل عقد الاستئجار أو لتنازج أو لغيرها، والتوجه إلى مكان النزاع وغير ذلك من مسائل التحقيق.

المادة 9

طريقة المراسلة

لكي تجري ممارسة التعاون القضائي ينبغي أن تتراعى العيادات القضائية التابعة لكلتي الدولتين بواسطة وزارة العدل الخاصة بكل منهما ما دامت هاتاه الاتفاقية تجري على هذا النوال ولا تشمل طريقة أخرى.

المادة 10

اللغة الرسمية

تكون حائر المستندات المتبادلة في تظار التعاون القضائي مسجورة بلغة الطرف الطالب أو مسجورة بتعريبها باللغة الفرنسية مصادقا على صحتها.

المادة 11

صيغة الأنايات القضائية ومطالب التحقيق

- 1) كل الشامل لنيل تعاون قضائي حسب النوال الآتي بيانه أو اناية قضائية أو طلب تحقيق أو كل مستند يقع الاضمار به بحسب أن يكون كل ذلك مرقما عليه ومترجما بتامم المحكمة .
- 2) تنظم هيئة الأناية القضائية أو طلب التحقيق حسب توازن الطرف الطالب .

المادة 12

مضمون الأناية القضائية أو مضمون طلب التحقيق

- 1) تدقق الأناية القضائية أو شريطة التحقيق ما ترمي إليه كل منهما والاسم والصفة المبروفة بهما المصلحة القضائية التي تد مستمدا . وأن أكن ذلك فانهما توضع أيضا الاسم والصفة المتأصلة بها المصلحة القضائية المرسل إليها ذلك واسم ومفقات الأوكس المتأزمين ومنجبتهم ومترجمها ومند التأصله مثل التأصله واسم وهنوا من يتوبه مكن كل منهما بصفة قانونية .
- 2) وعلاوة على البيانات المطلوبة تير الفقرة الأولى من مستند المادة فانه يجب أن تسي أيضا طلبات للاضمار بالتمسك اذ يستل عنوان المرسل إليه وعلى الجهة المستندة المصلحة للاضمار بهما .
- 3) ويجب أن تهيأ الأنايات القضائية واقتراحات التحقيق الخاصة بتفليد مستندات القضية ترق ذلك الوثائق التي يحسب التحقيق فيها وعند الاضمار المسائل التي تشملها المادة المطلوبة .

تنفيذ الأناية القضائية وطلب التحقيق

المادة 13

- 1) من أجل تنفيذ الأناية القضائية أو تنفيذ طلب تحقيق متعلق المحكمة المطلوب منها ذلك التنفيذ القوانين اذائية .
- 2) ويجوز للمحكمة المطلوب منها ذلك يطلب من المحكمة الطالبة أن تعمل حسب الصيغ والنظمة المعهنة في الأناية القضائية أو في اقتراح التحقيق ما دام ذلك لا يعارض القواعد القانونية الخاصة بالطرف المطلوب من ذلك .

المادة 14

- 1) وفي حالة ما اذا كانت المحكمة المطلوب منها ذلك لا تملك الامتصاص فيما طلب منها فانما تحيل الأناية القضائية أو اقتراح التحقيق على الجهة التي لها ذلك الاختصاص .
- 2) ويطلب المحكمة الطالبة تنفيذ المحكمة المطلوبة من تفسير تأخير بالتاريخ والعمل اللذين يسري فيما تنفيذ الأناية القضائية أو اقتراح التحقيق .

المادة 15

- 1) وعند تنفيذ التزامات الاضمار تاتي المحكمة المطلوبة اذاتين الدالية .
- 2) أن كان المستند المراد الاضمار به ليس مسجورا لا بتعريبه الى لغة الطرف المطلوب من ذلك ولا بتحويله الى اللغة الفرنسية مصادقا على صحتها فان المحكمة المطلوبة لا تحيل المستند الا على شرط أن المرسل إليه ذلك يرضى به عن طرفه خاصة .

3) يجب أن يثبت الاضمار سواء بمرسل يدين التاوية الذي جرى فيه ذلك الاضمار ويضمن ترويح كل من السوية اليتم الاضمار المذكور وترويح الشخص الذي قام به وكذلك خاص المحكمة وسواء بمرسل مسجور على يد المحكمة مبن تاريخ الاضمار والاسلوب الذي تم به ذلك الاضمار .

4) وأن لم يقع الشرط على الشخص المعين في الأناية القضائية أو في طلب التحقيق في الشواهد المعين فان المحكمة المطلوبة تتحمل بالتساوي التاوية لايجاد عنوانه الحقيقي .

5) وفي حالة ما اذا تمخض عن المحكمة المطلوبة تنفيذ الأناية القضائية أو طلب التحقيق فانما تنسب المحكمة الطالبة بذلك صيغة لها الاسباب التي حالت دون التنفيذ .

المادة 16

يجوز للطرفين المتعاقدين أن يكلفا نيابتهما اذيلوجرافية أو القضائية بالتقيام بالالتزامات الواجبة لولا عاقتا التاوية في حزب الطرف المتعاقد الاخر .

المادة 17

تكاليف التعاون القضائي

- 1) لا تطالب المحكمة المطلوبة بأداء تكاليف القيام بالتعاون القضائي فالطرفان المتعاقدان مستومان بمصاريف النفقات الخاصة من ذلك التعاون في ترابهما لا سيما في تنفيذ التحقيقات .
- 2) وتخير المحكمة المطلوبة المحكمة الطالبة بمبلغ النفقات التي وبسبب فان استعملت المؤسسة الطالبة تلك النفقات من النظم الواجبة عليه هذه النفقات فان هاتاه الأخيرة تبقى تحت تصرف الدولة المتعاقد التي تبتتها .

المادة 18

رفض تنفيذ الأناية القضائية وطلب التحقيق

يمكن رفض تنفيذ الأناية القضائية أو طلب التحقيق ان كان أحدهما أو كلاهما مخالفتين للقواعد الأساسية التي يوت عليها توازن الدولة المطلوبة أو النظام العام المتساوي بها .

حماية المصير والتعويض

المادة 19

- 1) كل من يحضر من المصير أو المصير من أي طبيعة كان تسمية حاية أو تجارية أو مرفقة أو جزائية تدر مساكم الطرف الطالب بتفليس أمر بمصير تسم اصابه به عن طرف محكمة الطرف المتعاقد المطلوب لا يجوز ملاحقة تسمه اذيا ولا ايقافه بسبب مخالفة الترتيبات قبل اجتهاده حدوده الطرف الطالب ولا ارفاهه على تضاها ما عسى أن يكون تمسك حكم به عليه من أيام محكومة عيبن حسب تروار سابق .

2) غير أن الشاهد أو المصير يقد التعاينة المنجوبة له حسب الفقرة الأولى من هذه المادة ان لم يتناذر عند ما كانت له المحكمة ذلك اقليم الطرف الطالب بعد سفي 15 يوما ابتداء من التاريخ الذي أخير فيه بأن وجوده هناك لم يبق واجبا .

3) وأن صدر أمر بالمصير لشخص معتقل في اقليم الطرف المطلوب من طرف محكمة من محاكم الطرف المتعاقد الاخر بصفة شاهد أو مصير ويجب تحويله لذلك الغرض فانه يقتض بالحماية التي منحها الاقترجان 1 و 2 من هذه المادة .

وخاصة واجبة للاحتفاظ بحمل سيرات

المادة 25

ان كان حركات مواطن من مواطني أحد الطرفين المتعاقدين موجودا في شراب الشرك المتعاقد الآخر فان المؤسسة المختصة بالنظر في شؤون الموارث تأمر سواه بحمل أم من تلقاها نفسها وكذا للقوانين الاخرى بمماثل كيفية بالمحافظة على السيرات والتصرف فيها .

المادة 26

وعند وفاة مواطن من مواطني أحد الطرفين المتعاقدين أثناء إقامة وتربية في إقليم الشرك المتعاقد الآخر فان جميع الاختصاصات والأشياء التي كانت تحت يده تبلى مع قائمة صحيحة فيسأ مسبقا غير قيام بأجره من الاجراءات للنسابة الديبلوماسية أو التنفيذية الخاصة بالشرك المتعاقد الذي ينتسب اليه العائل .

تسليم أمانة الشركة

المادة 27

1) ان كانت متولات شركة موجودة في شراب أحد الطرفين فانها تلم قصد تنفيذ الاجراءات البراءة للمؤسسة المختصة أو للنسابة الديبلوماسية أو التنفيذية التابعة للشرك الذي كان الدائن من رعاياه على شرط ان تكون أحكام المادة 28 العقيدة بالققرة 2 منها من هذه الاتفاقية قد تم العمل بها .

2) يحتفظ الطرفان المتعاقدان قبل تسليم متولات الشركة حسب الفترة 1 من هذه المادة بحق المطالبة بالفرساقب والواجبات القانونية الناشئة عن كل سيرات .

المادة 28

1) ان ثبت بعد اجراء الواجبات المبراة ان متولات شركة أو اثنين الذي يبعث به متولات أو أصول شركة يستحقها ورثة يورثه موطنهم أو سبل اتاحس في إقليم الشرك المتعاقد الاخر وكذلك ان كان تسليم الشركة أو متولا للورثة أو لنوابهم مباشرة غير ممكن فان أسرار الشركة أو الشئ الذي يبعث به تلم للنسابة الديبلوماسية أو التنفيذية التابعة للشرك المتعاقد المذكور .

2) تطبق الققرة 1 من هذه المادة على شرط :

- أ) ان تكون سائر الشراب الخاصة بالشركة قد دفعت أو تم التكميل بها .
- ب) ان تكون المؤسسة المختصة قد منحت الرخصة الضرورية لتقدير الاموال أو لحالة متاد الشركة .

القسم الثاني

تنفيذ السيرات

المادة 29

السيرات القضائية القابلة للتنفيذ

1) على أساس الشروط الموضحة في هذه الاتفاقية ينفذ الطرفان المتعاقدان في إقليميهما القرارات القابلة الصادرة في إقليم الشرك المتعاقد الاخر :

- أ) القرارات القضائية الصادرة في المصاد المدنية والتجارية والمالية والائتمانية والائتمانية القضائية المتعلقة بالمنازعات المبراة في السيرات القضائية المتعلقة بالتكليف .
- ب) القرارات القضائية الصادرة في المصاد الجزائية المتعلقة بمطالبة التعويضات .

ج) القرارات التحكيمية بما في ذلك اتفاقات التحكيم التي عسست بين الخصوم في المصاد الاقتصادية والتجارية حسب أحكام المصادرة 31 من حاشية الاتفاقية .

2) تعتبر أيضا سيرات قضائية بالمعنى المتبذ في الققرة 1 من حاشية المادة القرارات الصادرة في المصاد المبراة من تسليم مؤسسات الطرفين المتعاقدين التي لها بتقضى القوانين الدولية انه أخية الاختصاص في القضايا المبراة .

القسم الثالث

المستندات

المادة 20

استعمال المستندات

1) لم يبق المستندات المسئلة أو المصادق على صحتها من طرف محكمة أو موظف من أحد الطرفين المتعاقدين في نطاق اختصاصهما في حاجة الى التصديق القانوني لاستعمالها من طرف المحاكم أو غيرها من المؤسسات الخاصة بالشرك المقابل على شرط ان تكون مخصصة بالتوقيع الواجب والخاتم الرسمي .

2) تطبق أحكام الققرة الاولى من حاشية المادة على نسخ المستندات التي صادقت عليها من طرف محكمة أو مؤسسة مخصصة في ذلك .

المادة 21

قوة البرهان القطعية

ان المستندات الرسمية الصادرة في إقليم أحد الطرفين المتعاقدين لها في إقليم الطرف الاخر نفس ما للمستندات التي سلمها هذا الاخر من قوة البرهان .

المادة 22

تبادل مستندات الحالة المدنية

1) يتسلم الطرفان المتعاقدان احدهما للاخر مقاطع مستخرجة من سجلات الحالة المدنية فيما يتعلق بالميلاد والنزوح والسرقة الخاصة برعايا الشرك المتعاقد الاخر .

2) يتحمل الطرفان المتعاقدان بتسليم مستندات الحالة المدنية عند طلبها لاستعمالها في وجه رسمي .

3) يطبق الطرفان المتعاقدان من أجل تسليم وتنفيذ العائل ونسبا للققرة 3 من هذه المادة أحكام المادة 9 من هذه الاتفاقية .

القسم الرابع

تفسيح المبراة

المادة 23

الشرك المخصص للنسابة المستندة للبيانات الديبلوماسية والتنفيذية

في القضايا المبراة بما في ذلك المنازعات الخاصة بالسيرات فان البيانات الديبلوماسية والتنفيذية لها حق النفاذ والقيام من نفس المصلحة بتوكيل خاص لدى المحاكم وغيرها من المؤسسات التابعة للشرك المتعاقد الاخر في حق مواطنها الذين هم غير موجودين في حين المكان ولم يكلفوا احدا بالنسابة منهم .

المادة 24

الاعلان بتوقيع وفاة

1) ان توفي مواطن من مواطني أحد الطرفين المتعاقدين في إقليم الشرك المتعاقد الاخر فان السلطة التي لها الاختصاص في ذلك تلم حبالا الهيئة الديبلوماسية أو التنفيذية التابعة للشرك المقابل بذلك وترسل سائر المصاد الخاصة بمن عسى ان يكونوا من ورثة الدائن وعشرون كبل منهم وسجل اتاحسهم كما تشير بتقضى الشركة ويوجد ما عن الممكن ان أرى في به النفاذ وان عملت السجلات بسبب ان ذلك شرك مالا في ذوقه اخرى فانها تحسب بذلك أيضا للشرك المعسفي بالامر .

2) وان تطلبت مؤسسة أثناء سير تفسيح مبراة بان السيرات مواطن للشرك المتعاقد الاخر فانه يجب عليها اختيار النسابة الديبلوماسية أو التنفيذية التابعة له لتسليمها بذلك .

3) وان عملت النسابة الديبلوماسية أو التنفيذية بالفراسة قبل سيرتها فانها مخرجة بأخبار المؤسسة المختصة بالتسليم في التسليم المبراة في كل ما تعلق به الاخرى على أن وسلاية الشركة .

المادة 30

شروط تنفيذ القرارات

تنفذ القرارات المنصوص عنها في المادة 29 من هذه الاتفاقية على الشروط التالية :

(أ) ان يبلغ القرار قوة الشيء المنقضي بعد إصدار نطقه ويمكنني تراسل الطرف المتعاقد الذي صدر في اقليمه ذلك القرار .

(ب) ان كانت الهيئة القضائية التابعة للطرف المتعاقد الذي صدر في اقليمه القرار مخصصة في ذلك حسب تراسل الطرف الذي وقّع عليه طلب التنفيذ في اقليمه .

(ج) ان كان النظم المحكوم عليه الذي لم يشارك في الاجراءات القضائية قد امتد على في الوقت المناسب وعلى الهيئة القضائية والنظمة حسب قوانين الطرف المتعاقد الذي صدر في اقليمه القرار وكذلك ان كان لهذا النظم نائب يمكنه القيام مقامه على الهيئة القضائية وعلى أحسن وجه ان كان ذلك النظم غير أهل للتراجع أمام القضاء .

(د) ان لم يصدر سابقا قرار ببلغ قوة الشيء المنقضي به مسبقا طرف هيئة قضائية نافذة أو تنفيذية في نفس القضية بين التماسين أنفسهم وفي اقليم الطرف المتعاقد الذي يجب تنفيذ القرار فيه أو ان لم يحدث في نفس النازلة سابقة قضائية لازالة جارية لدى هيئة قضائية تابعة لذلك الطرف المتعاقد .

(هـ) ان كان التنفيذ غير متماش مع القواعد الاعلانية الناشئة عن القوانين وتراعى النظام العام الخاص بالطرف المتعاقد الذي يجب تنفيذ القرار في اقليمه .

المادة 31

الشروط الواجبة لتنفيذ قرارات هيئات التحكيم القضائية

ستنفذ قرارات هيئات التحكيم القضائية ان توفرت الشروط التالية بزيادة على الشروط المقررة في المادة 29 من هذه الاتفاقية وذلك ان اتضح :

(أ) انه صدر القرار بتنفيذ اتفاق مكتوب يثبت اختصاص هيئة التحكيم القضائية في قضية معينة أو في قضايا أخرى في المستقبل مستشفاً عن مسألة شرعية معينة وأحداث الهيئة التنفيذية قرارها فيسبق الاختصاصات المنطق عليها .

(ب) انه ثبت ما يحق صحة الاتفاقية المضمنة للاعتراف بالاختصاص لهيئة تحكيم قضائية حسب قوانين الطرف المتعاقد الذي يجب تنفيذ القرار في اقليمه .

المادة 32

طلب أمر بالتنفيذ في اقليم الدولة المقابلة

(1) يمكن رفع طلب أمر مباشرة بتنفيذ قرار تم إصداره من الهيئة القضائية المختصة التابعة للطرف المتعاقد الذي يجب تنفيذ القرار في اقليمه أو الى الهيئة القضائية التي حكمت في القضية ابتدائيا على أن ذلك الطلب يرسل الى الهيئة القضائية التابعة للطرف المتعاقد الآخر وفقا لاحكام المادة 9 من هذه الاتفاقية .

(2) ويجوز أن يكون الطلب مرصفا :

(أ) بنسخة أو نظير مصادق على مائلته للأصل من القرار الذي يكون مصحوبا بشهادة تثبت بأن القرار له قوة الأمر المنقضي به وتنسوخ التنفيذ على شرط ألا يكون ذلك مدرجا في القرار نفسه .

(ب) وشهادة تثبت أن المحكوم عليه الذي لم يحضر في النزاع كان أمرا بالحضر به في الوقت المناسب على الوجه القانوني والعرفي وكانت له القدرة في صورة ما اذا كان عاجزا عن مباشرة الخصام على أن ينوب عنه غيره نيابة شرعية .

(ج) وبترجمة مصادق على صحتها للمستندات المذكورة تحت حرقسي (أ) و (ب) وذلك بلغة الطرف المتعاقد الذي يجب تنفيذ القرار في اقليمه .

(3) ان حور طلب أمر بالتنفيذ على أمر قرار صدر من هيئة تحكيم قضائية فانه يجب أن يكون ذلك الطلب مصحوبا بترجمة مصادق على مطابقتها للأصل من حيثان يثبت وجوب التنفيذ لان اختصاص هيئة التحكيم القضائية في هذه النازلة .

اجراءات التنفيذ

المادة 33

(1) تقوم محكمة الطرف المتعاقد الذي يجب اجراء التنفيذ في اقليمه بذلك التنفيذ وفقا لقوانين دولته .

(2) تحت المحكمة التي تحكم في قبول طلب التنفيذ بتحقيق ما اذا كانت الشروط المتقدمة في المادة 30 و 31 من هذه الاتفاقية قد تم القيام بها .

(3) يجوز للمتطلب في التنفيذ في أرض الدولة المقابلة ان يعارض القرار بقوانين الطرف المتعاقد الذي تقوم محكمته بالتنفيذ .

المادة 34

تنفذ القرارات القضائية المقيدة في المادة 29 من هذه الاتفاقية ان بلغت قوة الأمر المنقضي به وأصبحت نافذة بعد أن تكون مسندة الاتفاقية مارية المعمول .

المادة 35

تنفيذ قرارات متعلقة بتكاليف الدعوى

(1) ان صدر حكم على الخصم الذي أعلن من اجراء ضامنين تاجر على وقفاً المدعى وفقا للمادة 2 من هذه الاتفاقية بتداد تكاليف الدعوى الخاصة بقرار قضائي ببلغ قوة الأمر المنقضي به وصدر من طرف محكمة من محاكم أحد الطرفين المتعاقدين فان القرار ينفذ بطلب المحكوم له في اقليم الطرف المتعاقد الآخر ما اذا لم يمسح من طرف المحكمة .

(2) تتحصر عهدة المحكمة التي تنفذ في تنفيذ القرار المنصوص عنه في الفقرة 1 من هذه المادة في تحقيقها اذا كان القرار الخاص بتكاليف الدعوى ببلغ قوة الشيء المنقضي به وأصبح نافذاً .

(3) تنطبق أحكام المادة 32 من هذه الاتفاقية على طلب تنفيذ في الدولة المقابلة وعلى المستندات التي يجب ارفاقها بها .

المادة 36

تحويل الاموال وتقل السجلات البنكية

ليس لأحكام هذه الاتفاقية الخاصة بتنفيذ القرارات تأثير على الأحكام القانونية المنصوص بها كل من الطرفين المتعاقدين المتعلقة بتحويل مستودع أو إصدار أمانة تم التحويل عليها بتنفيذ قضائية .

القسم السادس

التعاون القضائي في الدولة الجنائية وتلميح المجرمين بين الدولتين

1 التعاون القضائي

المادة 37

(1) يلتزم الطرفان المتعاقدان بتحقيق التعاون القضائي فيما بينهما سواء الجنائية بين مائلتهما على الطريقة المخطوطة في هذه الاتفاقية .

(2) تخضع أحكام الملحق الثاني في هذا القسم لمؤسسات الترتيبين المتعاقدين التي لها الاختصاص في المواد الجنائية حسب قوانين دولتيهما .

المادة 38

مدي التعاون القضائي

يشمل التعاون القضائي في الامور الجنائية عد لول المستندات والوثائق الاتباعية وكذلك استلام أعمال الاجراءات كاستنطاق الجانحين واستخبار الضمير وتحقيقات قضائية وتكليف خبراء وتقنيات وتعيين أسدان الأشخاص .

وقتي تسليم المجرمين

المادة 44

لن يقع تسليم المجرمين:

- (أ) ان كان الشخص المطلوب تسليمه مواطناً للطرف المتعاقد المطلوب منه ذلك التسليم .
- (ب) ان ارتكبت المصالحة في إقليم الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم وان لم يرفع أي طلب ملائمة جزائية ضده حسب المادة 40 والفترة 1 منها من هذه الاتفاقية .
- (ج) اذا كان لا يمكن حسب قوانين الطرف المتعاقد المطلوب منه ذلك اجراء قضية جزائية أو تنفيذ حكم بحقوق وجوب ذلك لقنوات العدة الميعة لاجرائها .
- (د) ان كان التظلم لا يجوز بموجب قوانين أحد الطرفين المتعاقدين .
- (هـ) ان صدر في حق الشخص المطلوب تسليمه وفي نفس القضية قرار له قوة الشيء المقضي به أو صدر أمر في إقليم الطرف المتعاقد المطلوب منه ذلك بعدم التابعة لعدم وجود وجه لها .

المادة 45

ان لم يقع تسليم المجرم ضمن ذلك الطرف المتعاقد المطلوب منه به الطرف المتعاقد الذي طلبه .

المادة 46

تسليم المجرمين المتعلق بشرط

ان وقع طلب تسليم شخصين صدر عليه حكم غير حتمي معتبر من قبل محكمة من محاكم الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم على شرط أن تجري اجراءات في فترة جديدة بمقتضى الشخص الذي تم تسليمه .

المادة 47

كيفية الرامية في مساواة تسليم المجرمين واستئناف المصالح الجزائية

في قضايا تسليم المجرمين واستئناف المصالح الجزائية متعدي المصالحات بين الدولتين على أن الجمهورية الجزائرية الديمقراطية الشعبية تتفق مع الطرف المتعاقد الآخر على أن الجمهورية الجزائرية الديمقراطية الشعبية تتفق مع الطرف المتعاقد الآخر .

المادة 48

تسليم تسليم المجرمين

(1) في أثناء التحقيق يجب أن يكون طلب تسليم المجرمين مستوفياً بما ذكره بالفصل مع وصف المصالحة الاجرامية المرتكبة ووصف الوسائل التي استخدمتها في ارتكاب الجريمة وتسمية المجرمين الذين وقع عليهم القبض في التماس الذي يطلب من أجله ذلك التسليم وان أحدثت المصالحة ضرراً مادياً يجب تعويضه بقدر الامكان .

(2) يجب عند الحكم أن يكون طلب التسليم مستوفياً بنسبة من التوافق القضائي الذي له قوة الشيء المقضي به وكذلك نص القانون الجزائري الذي كان أساس العقوبة وان تنص العقاب جزاءً منها فانه ينبغي الادلاء ببيان في ذلك .

(3) يجب أن يكون طلب التسليم مستوفياً ان أمكن ذلك بوصف الشخص المتعقد وضورة شمية منه وكذلك بالسواد المتعلقة بجديته وسكان اقامته ان لم يستثن ذلك من مذكرة الاعتقال أو من القضاة الصادر .

المادة 49

تكتلة توقيف بنية طلب تسليم

ان لم يكن طلب التسليم مستوفياً للتحقيقات الضرورية فان الطرف المتعاقد المطلوب يتكف المصالحات بتوقيفات تكتلية وتحدد مدة للاسلام بها وعنده المدة يمكن تمديد ها بطلب .

المادة 39

استعمال التعاون القضائي في السواد الجزائرية

(1) لكي يجري التعاون القضائي في السواد الجزائرية يصحى خطاب المصالحات القضائية بالنسبة للجمهورية الجزائرية الديمقراطية الشعبية بواسطة وزارة العدل بها لوزارة العدل بالجمهورية الديمقراطية الألمانية أو النائب العام بها بالنسبة للجمهورية الديمقراطية الألمانية بواسطة وزارة العدل بها أو النائب العام بها لوزارة العدل بالجمهورية الجزائرية الديمقراطية الشعبية .

(2) تطبق أحكام المواد 10 الى 19 من مائة الاتفاقية بكتيبة ماثلة موحدة على منخ التعاون القضائي في السواد الجزائرية .

المادة 40

استئناف المصالحة الجزائية

(1) يلتزم الطرفان المتعاقدان باجراء دعوى جزائية وفقاً للتدابير الداخلية وطلب الطرف الآخر ضد رعاياهما التوقيفين الذين ارتكبوا مخالفة جنائية في إقليم الطرف المقابل ان كان تسليم المجرمين مكاناً حسب المادة 43 من مائة الاتفاقية .

(2) يجب أن يكون طلب اجراء المصالحة الجزائية مستوفياً بتفاصيل التحقيق وغيرها من وسائل الاجاز استعمالنا المتفق بها بالتفصيل المتعاقب عنه .

(3) يقوم الطرف الذي طلب بذلك باعلام الطرف المتعاقب بتسمية الاجراءات الجزائية ان صدر حكم في القضية ويرسل اليه نسخة منسقة القضية الذي يبلغ قوة الشيء المقضي به .

المادة 41

الاعلان عن القرارات القضائية في السواد الجزائرية

(1) التزم الطرفان المتعاقدان بالقيام في بداية كل سنة بتبادل المعلومات الخاصة بالمتقدمات السلطة التي بلغت سلطة الشيء المقضي به المحكوم بها أثناء السنة المتعقبة من قبل محاكمها ضد مواطني الطرف المتعاقد الآخر .

(2) يطلب أحد الطرفين المتعاقدين يخبره الطرف الآخر عنس من القرارات الاخرى الصادرة مع ما في ذلك من التغيرات التي لم يبلغ قسوة الشيء المقضي به الصادرة من المحاكم التابعة له ضد مواطني الطرف الثالث .

(3) ترسل المطالب ما حصر من التحقيقات المفصولة عنها في التوقيين 1 و 2 من مائة المادة بالطريقة المبينة في المادة 47 من هذه الاتفاقية .

III تسليم المجرمين

المادة 42

الالتزام بتسليم المجرمين

يتعهد الطرفان المتعاقدان وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية بتسليم المجرمين الموجودين في اقليمهما الذين يجب أن تجري ضد هم ملاحقة جزائية أو تنفيذ عقوبة .

المادة 43

المصالحات الاجرامية التي توجب تسليم المجرمين

(1) لا يقع تسليم المجرمين لاجراء ملاحقة جزائية عليهم الا في حالة مخالفة اجرامية قابلة لأن تعاقب حسب قوانين الدولتين التوقيفتين بها بقصد العروة لمدة تزيد على عام .

(2) لا يقع تسليم مواطن لتتفيذ عقوبة الا في حالة مخالفة للمصالحات اجرامية تعاقب وفقاً لقوانين الطرفين المتعاقدين وفي حالتها اذا صدرت على الشخص المطلوب عقوبة تتقدم العروة لمدة تتلوي العام .

المادة 56

الامتناع عن تنفيذ الاجراءات الجزائية

يملك الطرف المتعاقد الطالب التسليم الطرف المتعاقد المطلوب منه ذلك بالنتيجة التي أعترفت عنها الاجراءات الجزائية التي أدرت على الشخص الواقع تسليمه وأن صدر حكم على الشخص الواقع تسليمه بتهمة التي يملك التحقيق نسخة من ذلك الحكم ان كانت للحكم قوة الشيء المقضي به .

المادة 37

كيفية تسليم المجرمين

1) يخبر الطرف المتعاقد المطلوب الذي يرضى بتسليم المجرمين الطرف المتعاقد الطالب بالمكان والتاريخ اللذين سيجري فيهما تسليم الشخص المقصود .
2) والشخص الذي تم تسليمه يطلق سراحه ان لم يتحمل به الطرف الطالب في أجل خمسة أيام ابتداء من اليوم المحدد للتسليم .

المادة 58

تسليم المجرمين من جنس يد

ان تصلى شخص بأية كفة كانت من الاجراءات المتبعة عنده أو من تنفيذ عقوبة جزائية ويقسم في اقليم الطرف الذي كان طلب منه تسليمه فانه يتبع تسليمه على امر طلب جديد لتسليمه من غير ارسال المقتدات المذكورة في المادة 49 من هاتاه الاطارية .

المادة 59

تسليم الاشياء

1) يرسل الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم الى الطرف المتعاقد الطالب الاشياء والادوات المصنوعة في ارتكاب المظالم الجنائية التي يكون التسليم مبررا بحسبها حسب المادة 43 من هذه الاطارية وكذلك جميع

الاشياء التي اقتضاه المتعمس بنفسه الجنائي وتسليم تلك الاشياء رقم صدر وتزوج تسليم المتعمس بسبب وفاته أو بسبب آخر .

2) يجوز للطرف المتعاقد المطلوب منه تسليم المجرمين ان يحتشد برضا بالاشياء المذكورة في الفقرة 1 من هاتاه المادة ان كان في حاجة اليها في نطاق اجراءات جزائية أخرى .

3) تقيس حقوق الغير في الاشياء المذكورة في الفقرة 1 من هاتاه المادة بوقوفه على حالها من غير تخصيص وتسلم تلك الاشياء في رعاية اذخسرات الجزائية على أكثر تقدير من قبل الطرف الذي تملكها وذلك للطرف المستلزم ويمكن لهذا الاخير ردعا لذوي الحقوق وان كان اشخاص من ذوي الحقوق موجدون في اقليم الطرف الطالب فانه يتسنى لهذا الطرف ان يرد لها مباشرة لمستحقيها على شرط ان يوافق الطرف المطلوب على ذلك .

المادة 50

تسليم المجرمين بمسجون

1) يسمح الطرفان المتعاقدان عند الطلب بمسور الأشخاص الذين تم تسليمهم من قبل دولة ثالثة لأحد هما في اقليمهما والطرف المتعاقد المستلزم ليس مجبورا على التكفل بسلامة الاحتجاز بالمسجون على ارضه في حالة ما اذا لم يكن ذلك التسليم مقرورا حسب هاتاه الاطارية .

2) يجب تقديم طلب العجور والقيام بواجبه بنفس الطريقة المشروطة في طلب التسليم .

3) يرضخ الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم بمسور اقليمه حسب الطريقة التي يراها أوفق من غيرها .

المادة 61

تكاليف التسليم والمسير

شتمثل تكاليف التسليم والمسير والطرف المتعاقد الذي جرى ذلك في ايته .

المادة 50

التفاه القوي بحسبة تسليم المجرمين

بمجرد استلام طلب تسليم المجرمين يتم التسليم المتعاقد المطلوب منه ذلك بالبحسبة على الشخص المطلوب تسليمه وأمسوان لم ذلك بالتفاه القوي نفسه .

المادة 51

يمكن اشتراط شخص بالتسليم صريح في ذلك قبل ورود طلب تسليمه ان أعتدت في ذلك المؤسسة المنهضة التابعة للطرف الطالب ان مذكرة تحريف أو قرار لحد قسوة الشيء المقضي به وأخبرته مسبقا بطلب التسليم وعذا الاضرواح الترويج يمكن ارساله على طريق البريد أو النقل أو وسيلة أخرى تتحرر اشورا مكتوبا .

والاعتقال حسب اوضاع هاتاه المادة يجب اخبار الطرف الاخر به من غير محسلة .

المادة 52

1) ان لم يتسع ارسال التقيقات التكميلية في الاصل الذي يجب تحديده حسب المادة 49 من هاتاه الاطارية فان الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم يتوقف مطهارة اجراءات التسليم حلالا ويطلق سراح الشخص الموقوف .

2) يطلق سراح الشخص الذي تم توقيفه بحسب أحكام المادة 51 من هاتاه الاطارية ان لم يتسع ارسال في الطلب مدة شهرين ابتداء من اليوم الذي تم اشعار الطرف المتعاقد الاخر بالاعتقال .

المادة 53

تأجيل تسليم المجرمين

1) ان كان الشخص المطلوب تسليمه تمت قسوة اجراءات جزائية أو كان صدر عليه حكم بمعاقب في اقليم الطرف المطلوب منه تسليمه بمسوجب ارتكابه مخالفة جنائية أخرى فان تسليمه يجوز تأجيله الى نهاية الاجراءات الجزائية أو الى تمام تنفيذ العقاب .

2) ان اتجر من تأجيل التسليم استقال الملاحقة الجزائية لسنوات أجلها أو وقعت عسرة يصعب التأجيل في سير الاجراءات الجزائية فانه يجوز اعادة الطلب المعتل الذي قدمه أحد الطرفين المتعاقدين الرامي اليه التسليم المؤقت من أجل مطهارة اجراءات جزائية وفي تلك الصورة يلتزم الطرف الطالب بتجميع الشخص المسلم في أجل ثلاثة اشهر على أكثر تقدير ابتداء من يوم تسليمه وان اتضت الضرورة ذلك فانه يتسع تحديدا ذلك الاجسل .

المادة 54

طلب تسليم المجرمين صادرا من عدة دول

ان طلبت عدة دول تسليم شخص واحد بحسب مخالفة جنائية واحدة أو مخالفات كثيرة فان الطرف المتعاقد المستلزم منه ذلك له ان يعرض الدولة التي تتوجب الاحابة لطلبها وتقع لهذا الغرض خصوصا براعاة جنسية الشخص المطلوب تسليمه وتاريخ الطلب وسجل الجريمة المقترنة ومسيرتها .

المادة 55

حدود الملاحقة الجزائية

1) ان لم تتم مراعاة الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم تسليمان الشخص المسلم لا يمكن ملاحقته جزائيا ولا الزامه بتحمل عقوبة ولا تسليمه

لدولة ثالثة من أجل ملاحقة أو من أجل تنفيذ عقوبة مماثلة بمخالفة جنائية لم تفكر في الملاحقة على التسليم وكانت اقررت تسلي التسليم .

2) ليست مراعاة الطرف المتعاقد المطلوب مسورة في الاحسارال اطلاقية :

- أ) ان كان الشخص المفقود تم تسليمه قبل مراخض للطرف الطالب تسليم ولم يخادر اقليم هذا الطرف في التسلم الذي صبح اقليمه الاجراءات الجزائية أو تعاقبه تنفيذ العقوبة . وهذا الاصل لا يشمل العسرة التي كان الشخص الواقع تسليمه في حالة يستحيل فيها عليه معاداة الاقليم المشار اليه لاحباب تفوق ارادته .
- ب) ان صاد الشخص الواقع تسليمه اقليم الطرف المتعاقد الذي جرى فيه تسليمه ولكنه عاد اليه من تلقا نفسه .

القسم الخامس

المادة 52

الاشتراك في المشاكل الإدارية والاقتصادية

ستتبادل عند الطلب وزارة العدل للفرنسيين المتعاقدين مشاركين
في القانون والمواثيق الاقتصادية المتبعة في دولتهم والمقود والعمليات المدنية
العامة التي حدثت في عدان التماثل ويقومان بتبادل الاجتهادات الخاصة بتدريئة القوانين.

وعلاوة على التوسيع القانوني التي ستعدان احد اعضاء الاخرى
فان الزارعين ستبادلان أيضا التماثل والمشتريات المتعاقبة بملصم
القانون والاجراء الرسمية والفقعية .

القسم السادس

الاجتهاد الخامسية

المادة 53

(1) يجب ان يتم التصديق على هذه الاتفاقية .

(2) سيتم تبادل اوراق التصديق بين الطرفين في سنة

المادة 54

(1) سيبدأ العمل بعاهة الاتفاقية بعد مضي ثلاثين يوما مسين
تبادل اوراق التصديق .

(2) يسوغ لكل واحد من الطرفين المتعاقدين الغاء مسسنة
الاتفاقية - ويغير هذا الاغناء حالي المفعول بعد مضي ستة اشهر
من تاريخ اشعار الطرف الاخر بهذا القرار .

حسوت عاهة الاتفاقية في
تاريخ على مستشرين امليشين كل واحد
منحفا بالسلطات الرسمية والاكاديمية والفرعية على ان كذا من التمسلات
واقبل ايضا ما لكل من الاخرين من التمسلة وفي حالة الاختصاص في
تغير نظامها يكون المرجع الي النس الفرنسي .

وصحة ما مضى كذا وقع منحفا الطرفين المتعاقدين على
عاهة الاتفاقية وختمها بختمها .

عن الجمهورية الجزائرية
الديمقراطية الشعبية

عن الجمهورية الألمانية
الديمقراطية الشعبية

Convention
de Coopération judiciaire et juridique en matière
civile, commerciale, familiale et pénale
entre la République Algérienne Démocratique et
Populaire
et la République Démocratique Allemande

La République Algérienne Démocratique et Populaire et la République Démocratique Allemande, désireuses de renforcer les rapports d'amitié entre leurs deux peuples et de faciliter la coopération judiciaire et juridique entre les deux Etats, sont convenues de conclure la présente convention.

A cet effet, elles ont désigné comme leurs plénipotentiaires:

La République Algérienne Démocratique et Populaire, le Docteur Boualem BENHAMOUDA, Ministre de la Justice, Garde des Sceaux.

La République Démocratique Allemande, Monsieur HANS JOACHIM HEUSINGER, Vice-Président du Conseil des Ministres, Ministre de la Justice.

Lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme sont convenus des dispositions ci-après.

Chapitre Ier
Protection juridique

Article 1er

Etendue de la protection juridique

1. — Les citoyens de l'une des parties contractantes bénéficient, quant à leur personne et à leur propriété, sur le territoire de l'autre partie contractante, de la protection juridique que cette dernière accorde à ses propres citoyens. Ils auront libre accès aux juridictions et aux autres organismes compétents en matière civile, commerciale, familiale et pénale, ainsi que le droit d'engager une procédure devant ces organismes afin de protéger leurs droits personnels et patrimoniaux.

2. — Les dispositions de l'alinéa 1 seront étendues aux personnes morales.

Article 2

Dispense de la caution

1. — Il ne pourra être imposée aux citoyens de l'une des deux parties contractantes comparaisant devant les juridictions de l'autre partie contractante et séjournant sur le territoire de l'une des deux parties, aucune caution au seul motif qu'ils sont étrangers ou qu'ils n'ont ni domicile ni résidence sur le territoire.

2. — Les dispositions de l'alinéa 1 seront étendues aux personnes morales.

Attribution de l'assistance judiciaire

Article 3

Les citoyens des deux parties contractantes jouissent devant les tribunaux de l'autre partie contractante du bénéfice de l'assistance judiciaire dans les mêmes conditions et dans la même mesure que les ressortissants du pays d'accueil.

Article 4

1. — Le certificat relatif aux situations personnelle et patrimoniale qui justifie l'octroi de l'assistance judiciaire conformément à l'article 3 de la présente convention doit être délivré par l'autorité compétente de la partie contractante sur le territoire de laquelle le citoyen requérant a son domicile ou sa résidence habituelle.

2. — Au cas où la résidence habituelle ou le domicile du requérant ne se trouverait pas sur le territoire de l'une des parties contractantes, un certificat, délivré par la représentation diplomatique ou consulaire de la partie contractante dont il est le ressortissant, est suffisant.

3. — Le tribunal ou le bureau d'assistance judiciaire qui décide de l'octroi de l'assistance judiciaire pourra, dans la cadre de ses compétences, examiner l'exactitude de la demande et des données fournies et s'adresser, au besoin, aux organismes respectifs de l'autre partie pour l'obtention des renseignements complémentaires.

Article 5

1. — La demande d'assistance judiciaire peut aussi être introduite auprès du tribunal ou du bureau compétent de la partie dont le requérant est citoyen. Ce tribunal ou bureau adressera la demande d'assistance judiciaire, le certificat prévu à l'article 4 et les autres pièces fournies par le requérant au tribunal de l'autre partie contractante, conformément à l'article 9 de la présente convention.

2. — Parallèlement à la demande d'assistance judiciaire, peuvent être déposées la requête introductive de l'instance objet de la précédente demande ainsi que toute autre demande utile y afférente.

Article 6

L'attribution de l'assistance judiciaire accordée par la juridiction ou le bureau compétents de l'une des deux parties contractantes pour cette affaire s'étendra à tous les actes de procédure faits dans cette affaire devant le tribunal de l'autre partie contractante.

Chapitre II

L'entraide judiciaire et juridique en matière civile,
commerciale et familiale

Article 7

1. — Les parties contractantes conviennent de promouvoir l'entraide judiciaire entre leurs juridictions en matière civile, commerciale et familiale conformément aux conditions prévues par la présente convention.

2. — Sont aussi considérés comme juridictions au sens du présent chapitre les organismes des parties contractantes qui sont compétents en matière civile, commerciale et familiale en vertu des lois de leur Etat.

Article 8

Objet de l'entraide judiciaire

L'entraide judiciaire en matière civile, commerciale, familiale comprend la signification de pièces et l'exécution d'actes de procédures tels que l'audition de témoins ou de parties, l'expertise, le transport sur les lieux et toutes autres mesures d'enquête.

Article 9

Modes de transmission

Pour l'exercice de l'entraide judiciaire, les juridictions des deux parties contractantes correspondent par l'intermédiaire des ministères de la justice tant que la présente convention n'en dispose pas autrement.

Article 10

Langue officielle

Tous les documents échangés dans le cadre de l'entraide judiciaire seront rédigés dans la langue de la partie requérante ou accompagnés d'une traduction certifiée en langue française.

Article 11

Formes des commissions rogatoires et demandes d'enquête

1. — Toute demande d'entraide judiciaire ci-après désignée commission rogatoire ou demande d'enquête, ou tout document signifié doit être signé et porter le timbre du tribunal.

2. — La forme de la commission rogatoire ou demande d'enquête se règle selon les lois de la partie requérante.

Article 12

Teneur de la commission rogatoire ou demande d'enquête

1. — La commission rogatoire ou demande d'enquête précisera l'objet auquel elle se réfère, le nom et la qualité de la juridiction qui formule la demande, si possible le nom et la qualité de la juridiction à laquelle elle est adressée, le nom et les qualités des deux parties, leur nationalité, leur profession et leur domicile, au besoin leur lieu de séjour, le nom et l'adresse de leurs représentants légaux.

2. — Outre les indications requises par l'alinéa 1 du présent article, les demandes de signification de pièces devront également mentionner l'adresse du destinataire et la nature des pièces à signifier.

3. — Les commissions rogatoires ou demandes d'enquête relatives à l'exécution des actes de procédure, devront préciser en outre, les faits qui devront faire l'objet de l'enquête, éventuellement les questions sur lesquelles portera l'audition requise.

Exécution de la commission rogatoire et demande d'enquête

Article 13

1. — Pour l'exécution de la commission rogatoire ou demande d'enquête, le tribunal requis appliquera la législation interne.

2. — Le tribunal requis peut, sur demande du tribunal requérant, procéder selon les formes et les modalités déterminées dans la commission rogatoire ou demande d'enquête tant que cela n'est pas contraire aux principes de la législation de la partie requise.

Article 14

1. — Dans le cas où la juridiction requise n'est pas compétente elle transmettra la commission rogatoire ou la demande d'enquête à l'instance compétente.

2. — A la demande de la juridiction requérante la juridiction requise notifiera sans délai la date et le lieu de l'exécution de la commission rogatoire ou de la demande d'enquête.

Article 15

1. — Lors de l'exécution des demandes de signification, la juridiction requise appliquera la législation interne.

2. — Si la pièce à signifier n'est accompagnée ni d'une traduction dans la langue de la partie requise ni d'une traduction certifiée en français, la juridiction requise ne transmettra la pièce qu'à condition que le destinataire l'accepte de son plein gré.

3. — La signification doit être prouvée, soit par un accusé de réception indiquant la date à laquelle celle-ci a été effectuée, et portant les signatures du destinataire et de la personne qui a procédé à la signification, ainsi que le timbre de la juridiction, soit par un procès-verbal de la juridiction indicatif de la date et du mode de signification.

4. — Si la personne désignée à la commission rogatoire ou à la demande d'enquête n'est pas retrouvée à l'adresse indiquée, la juridiction requise se chargera des démarches nécessaires pour trouver l'adresse véritable.

5. — Dans le cas où la juridiction requise n'a pu exécuter la commission rogatoire ou la demande d'enquête elle en informera la juridiction requérante en indiquant les motifs qui ont empêché l'exécution.

Article 16

Les parties contractantes peuvent faire effectuer, par les soins de leurs représentations diplomatiques et consulaires, des significations à leurs ressortissants qui séjournent sur le territoire de l'autre partie contractante.

Article 17

Les frais de l'entraide judiciaire

1. — La partie requise ne demandera pas le paiement des frais pour l'exercice de l'entraide judiciaire. Les parties contractantes assument la charge de tous les frais qui découlent de cette entraide sur leur territoire notamment dans l'exécution des enquêtes.

2. — La juridiction requise fera connaître à la juridiction requérante, le montant des frais causés. Si l'organisme requérant recouvre ces frais de la partie qui doit les supporter, ils restent à la disposition de la partie contractante, qui les a perçus.

Article 18

Refus d'exécution de la commission rogatoire ou de la demande d'enquête

L'exécution de la commission rogatoire ou de la demande d'enquête peut être refusée si elle est contraire aux principes fondamentaux de la législation et de l'ordre public de la partie requise.

Protection des témoins et experts

Article 19

1. — Un témoin ou un expert, quelle que soit sa nationalité qui apparaît dans une affaire civile, commerciale, familiale ou pénale devant les juridictions de la partie requérante en suite d'une citation qui lui a été signifiée par une juridiction de la partie contractante requise, ne doit pas être soumis à une poursuite judiciaire ni arrêté pour une infraction commise avant d'avoir franchi la frontière de la partie requérante, ni être forcé à purger une peine en vertu d'un verdict antérieur.

2. — Un témoin ou un expert perd la protection qui lui est accordée selon l'alinéa 1 du présent article s'il n'a pas alors qu'il en a eu la possibilité quitté le territoire de la partie requérante 15 jours après qu'il lui ait été signifié que sa présence n'est plus nécessaire.

3. — Lorsqu'une personne détenue sur le territoire de la partie requise est citée par une juridiction de l'autre partie contractante en qualité de témoin ou d'expert, et doit être transférée à cette fin, elle bénéficie de la protection accordée par les alinéas 1 et 2 du présent article.

Chapitre III

Documents

Article 20

Utilisation des documents

1. — Les documents délivrés ou certifiés par une juridiction ou un fonctionnaire de l'une des deux parties contractantes dans le cadre de leur compétence, n'ont plus besoin de légalisation pour l'utilisation par les juridictions et autres organismes de l'autre partie, à la condition toutefois d'être signés et revêtus d'un timbre officiel.

2. — Les dispositions de l'alinéa 1 du présent article s'appliquent aussi aux copies de documents qui ont été certifiées par une juridiction ou un autre organisme compétent.

Article 21

Force probante des documents

Les documents officiels qui ont été délivrés sur le territoire de l'une des deux parties contractantes ont, sur le territoire de l'autre partie, la même force probante que les documents délivrés par cette dernière.

Article 22

Echange des pièces d'état-civil

1. — Les deux parties contractantes remettront l'une à l'autre des extraits du registre d'état-civil, concernant la naissance, le mariage et le décès de citoyens de l'autre partie contractante.

2. — Les deux parties contractantes s'engagent à fournir gratuitement sur demande les pièces d'état-civil pour un usage officiel.

3. — Pour la remise et l'exécution des demandes conformément à l'alinéa 3 du présent article, les parties contractantes appliquent les dispositions de l'article 9 de la présente convention.

Chapitre IV

Liquidation des successions

Article 23

Pouvoir de représentation des missions diplomatiques et consulaires

Dans les affaires successorales, y compris les litiges successoraux, les représentations diplomatiques et consulaires des parties contractantes représentent sans procuration particulière, devant les tribunaux et autres organismes de l'autre partie contractante leurs citoyens qui ne sont pas sur les lieux et n'ont pas constitué de mandataire.

Article 24

Notification des cas de décès

1. — Lorsqu'un citoyen de l'une des parties contractantes est décédé sur le territoire de l'autre partie, l'autorité compétente en informe immédiatement la représentation diplomatique ou consulaire de l'autre partie. Elle transmet tous les éléments disponibles relatifs aux présumés héritiers, leur adresse ou leur lieu de séjour, à la nature de la succession et à l'existence d'une disposition testamentaire. Si l'autorité a connaissance que le défunt a laissé des biens dans un autre Etat, elle en informe aussi la partie intéressée.

2. — Si un organisme constate au cours d'une procédure successorale que l'héritier est citoyen de l'autre partie contractante, il est tenu d'en informer la représentation diplomatique ou consulaire de cette partie.

3. — Si la représentation diplomatique ou consulaire a pris connaissance du décès la première, elle est tenue d'en informer l'organisme compétent en matière successorale afin que celui-ci assure la sécurité de la succession.

Mesures en vue de garantir une succession

Article 25

Si la succession d'un citoyen de l'une des parties contractantes se trouve sur le territoire de l'autre partie contractante, l'organisme compétent en matière de succession prendra, sur demande ou d'office, et conformément aux lois internes, les mesures appropriées pour garantir et administrer la succession.

Article 26

En cas de décès d'un citoyen de l'une des parties contractantes pendant un séjour temporaire sur le territoire de l'autre partie, tous les effets et objets qu'il avait en sa possession

seront remis, avec une liste exacte, sans autres formalités, à la représentation diplomatique ou consulaire, de la partie contractante dont il est ressortissant.

Remise des biens de la succession

Article 27

1. — Si des biens mobiliers d'une succession se trouvent sur le territoire de l'une des deux parties, ils seront remis en vue de l'exécution d'une procédure successorale à l'organisme compétent ou à la représentation diplomatique ou consulaire de la partie dont le défunt était le ressortissant, à condition que les prescriptions de l'article 28, alinéa 2 de la présente convention soient remplies.

2. — Les deux parties contractantes se réservant, avant de remettre les biens mobiliers de la succession, selon l'alinéa 1 du présent article, le droit de revendiquer le paiement des taxes et droits dus en cas d'héritage.

Article 28

1. — Si les biens mobiliers de la succession ou le produit de la vente des biens mobiliers ou immobiliers de la succession vont après une procédure successorale à des héritiers dont le domicile ou la résidence se trouve sur le territoire de l'autre partie contractante, et si la succession ou son produit ne peut être remis directement aux héritiers ou à leurs mandataires, les biens ou les produits de la vente seront délivrés à la représentation diplomatique ou consulaire de la partie contractante.

2. — L'alinéa 1 du présent article sera appliqué à condition:

- que tous les droits et taxes relatifs à la succession soient payés ou garantis;
- que l'organisme compétent ait donné l'autorisation nécessaire pour l'exportation des biens ou le transfert des valeurs de la succession.

Chapitre V

Exécution des décisions

Article 29

Les décisions de justice susceptibles d'être exécutées

1. — Dans les conditions stipulées par la présente convention, les deux parties contractantes exécutent sur leur territoire les décisions suivantes rendues sur le territoire de l'autre partie contractante:

- les décisions judiciaires rendues en matière civile, commerciale et familiale, et les compromis judiciaires relatifs au préjudice successorales et les décisions relatives aux frais.
- les décisions judiciaires en matière pénale, relatives à des demandes de dommages-intérêts,
- les décisions arbitrales, y compris les compromis intervenus dans les litiges économiques et commerciaux, suivant les dispositions de l'article 31 de la présente convention.

2. — Seront considérées aussi comme décisions judiciaires au sens de l'alinéa 1 du présent article les décisions, en matière de succession, qui ont été rendues par les organismes des parties contractantes qui, selon les lois internes de l'Etat, ont compétence dans les affaires successorales.

Article 30

Conditions de l'exécution des décisions

Les décisions prévues à l'article 29 de la présente convention seront exécutées dans les conditions suivantes:

- si la décision est passée en force de chose jugée et est devenue exécutoire en vertu des lois de la partie contractante sur le territoire de laquelle elle a été rendue.

b) si la juridiction de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision a été rendue, est compétente en la matière selon la législation de la partie sur le territoire de laquelle l'exécution est requise.

c) si la partie succombante qui n'a pas pris part à la procédure, a été citée à temps et en bonne et due forme, selon les lois de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision a été rendue; et si elle a pu être représentée en bonne et due forme en cas d'incapacité de sa part d'estimer en justice.

d) si, dans la même procédure entre les mêmes parties et sur le territoire de la partie contractante où la décision doit être exécutée, il n'y a pas eu, antérieurement, une décision passée en force de chose jugée rendue par une juridiction ordinaire ou arbitrale ou si, dans la même affaire, il n'y a pas eu antérieurement une procédure en instance auprès d'une juridiction de cette partie contractante.

e) si l'exécution de la décision n'est pas contraire aux principes fondamentaux des lois et de l'ordre public de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision doit être exécutée.

Article 31

Conditions pour l'exécution des décisions des juridictions arbitrales

Les décisions des juridictions arbitrales seront exécutées, si, outre les conditions prévues à l'article 30 de la présente convention les conditions suivantes sont remplies:

a) la décision a été rendue suite à un accord écrit établissant la compétence d'une juridiction arbitrale pour un litige donné ou des litiges futurs naissant d'un rapport juridique déterminé, et la juridiction arbitrale a rendu sa décision en fonction des attributions convenues.

b) la convention portant reconnaissance de la compétence d'une juridiction arbitrale est valide selon les lois de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision doit être exécutée.

Article 32

Demande d'exéquatur

1. — La demande d'exéquatur d'une décision rendue peut être faite directement auprès de la juridiction compétente de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision doit être exécutée ou encore auprès de la juridiction qui a jugé l'affaire en première instance, la demande étant transmise à la juridiction de l'autre partie contractante conformément aux dispositions de l'article 9 de la présente convention.

2. — La demande doit être accompagnée:

a) d'une expédition ou d'une copie certifiée conforme de la décision à laquelle est joint un certificat de l'effet de chose jugée et de force exécutoire si tant est que cela ne ressorte pas de la décision elle-même.

b) d'un certificat attestant que la partie succombante qui n'a pas assisté au procès, a été citée à temps et en bonne et due forme, et a pu, en cas d'incapacité d'estimer en justice, être valablement représentée.

c) d'une traduction certifiée conforme des documents cités aux lettres (a) et (b) dans la langue de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision doit être exécutée.

3. — Si la demande d'exéquatur est formulée en suite d'une décision d'une juridiction arbitrale, elle doit être accompagnée d'une traduction certifiée conforme de l'accord sur l'assujettissement à la compétence de la juridiction arbitrale dans cette affaire.

Procédure d'exécution

Article 33

1. — La juridiction de la partie contractante sur le territoire de laquelle la décision doit être exécutée, l'exécute conformément aux lois de son Etat.

2. — La juridiction qui décide de la demande d'exécution, se borne à constater si les conditions prévues aux articles 30 et 31 de la présente convention sont remplies.

3. — Le défendeur à l'exéquatur pourra soulever, contre la décision, les objections prévues par la législation de la partie contractante dont le tribunal statue sur l'exécution.

Article 34

Les décisions judiciaires prévues à l'article 29 de la présente convention seront exécutées, lorsqu'elles sont passées en force de chose jugée et devenues exécutoires après l'entrée en vigueur de la présente convention.

Article 35

Exécution de décisions relatives aux frais de procédure

1. — Si la partie dispensée conformément à l'article 2 de la présente convention de la caution *judicatum solvi* est condamnée au remboursement des frais de procédure afférents à une décision judiciaire, ayant force de chose jugée et rendue par une juridiction de l'une des parties contractantes, la décision est exécutée, à la demande du bénéficiaire, sur le territoire de l'autre partie contractante en franchise de taxes.

2. — La juridiction qui statue sur l'exécution de la décision prévue à l'alinéa 1 du présent article, se bornera à vérifier si la décision sur les frais de procédure est passée en force de chose jugée et est devenue exécutoire.

3. — Les dispositions de l'article 32 de la présente convention s'appliquent à la demande d'exéquatur et aux documents à annexer.

Article 36

Transfert des biens et virements

Les dispositions de la présente convention sur l'exécution de décision n'affectent pas les dispositions légales des parties contractantes relatives au virement d'argent ou à l'exportation d'objets, obtenus par une exécution judiciaire.

Chapitre VI

Entraide judiciaire en matière pénale et d'extradition

I. — Entraide judiciaire

Article 37

1. — Les deux parties contractantes s'engagent à réaliser l'entraide judiciaire en matière pénale entre leurs tribunaux respectifs dans les conditions fixées par la présente convention.

2. — Sont aussi considérés comme tribunaux au sens du présent chapitre les autres organismes des parties contractantes qui, selon les lois de leurs Etats, sont compétents en matière pénale.

Article 38

Etendue de l'entraide judiciaire

L'entraide judiciaire en matière pénale comprend la signification de documents et de pièces justificatives ainsi que l'accomplissement d'actes de procédure tels que: audition de délinquants, de témoins et d'experts, enquêtes judiciaires, expertises, perquisitions et visites corporelles.

Article 39

Mise en œuvre de l'entraide judiciaire en matière pénale

1. — Pour la mise en œuvre de l'entraide judiciaire en matière pénale, les juridictions s'adresseront pour la République Algérienne Démocratique et Populaire par le truchement du ministère de la justice auprès du ministère de la justice ou du procureur général de la République Démocratique Allemande et pour la République Démocratique Allemande par

le truchement du ministère de la justice ou du procureur général auprès du ministère de la justice de la République Algérienne Démocratique et Populaire.

2. — Les dispositions des articles 10 à 19 de la présente convention s'appliquent de façon analogue à l'octroi de l'entraide judiciaire en matière pénale.

Article 40

Reprise de la poursuite pénale

1. — Les deux parties contractantes s'engagent à ouvrir en conformité avec leurs lois internes et sur demande de l'autre partie, une procédure pénale contre leurs propres citoyens qui ont commis une infraction sur le territoire de l'autre partie, si l'extradition est possible selon l'article 43 de la présente convention.

2. — La demande de poursuites pénales, doit être accompagnée des résultats de l'instruction ainsi que d'autres moyens de preuve disponibles et relatifs à l'acte punissable.

3. — La partie requise informera l'autre partie du résultat de la procédure pénale, lorsqu'un jugement est rendu, elle lui transmettra une copie du verdict passé en force de chose jugée.

Article 41

Information sur les décisions judiciaires en matière pénale

1. — Les parties contractantes s'engagent à se communiquer au début de chaque année, les condamnations ayant acquis l'autorité de la chose jugée, prononcées au cours de l'année écoulée, par leurs juridictions contre les citoyens de l'autre partie contractante.

2. — Sur requête de l'une des parties contractantes l'autre partie l'informerá sur toutes les autres décisions rendues y compris celles qui ne sont pas passées en force de chose jugée par ses juridictions contre les citoyens de la partie requérante.

3. — Les requêtes et les informations prévues aux alinéas 1 et 2 du présent article seront transmises par la voie indiquée à l'article 47 de la présente convention.

2. — Extradition

Article 42

Obligation à l'extradition

Les parties contractantes s'engagent à extradier l'une à l'autre, suivant les dispositions de la présente convention, les personnes qui se trouvent sur leur territoire et contre qui une poursuite pénale ou l'exécution d'une peine doit être intentée.

Article 43

Infractions donnant lieu à extradition

1. — L'extradition en vue d'une poursuite pénale ne se fera que dans les cas d'infractions qui sont passibles selon les lois des deux Etats signataires d'une peine privative de liberté supérieure à un an.

2. — L'extradition d'un citoyen en vue de l'exécution d'une peine ne se fera qu'en cas d'infractions punissables en vertu des lois des deux parties contractantes et lorsque la personne dont s'agit a été condamnée à une peine privative de liberté supérieure à un an.

Refus d'extradition

Article 44

L'extradition n'aura pas lieu:

- a) si la personne dont l'extradition est requise, est citoyen de la partie contractante requise,
- b) si l'infraction a été commise sur le territoire de la partie contractante requise et si aucune requête en vue d'initier une poursuite pénale selon l'article 40 alinéa 1 de la présente convention n'a été faite.

c) Si, selon les lois de la partie contractante requise, une procédure pénale ne peut être intentée ou un jugement exécuté pour cause de prescription.

d) si l'extradition n'est pas admise d'après les lois de l'une des deux parties contractantes.

e) si à l'égard de la personne dont on demande l'extradition, et pour le même fait, un verdict ayant force de chose jugée a déjà été prononcé ou une ordonnance de non-lieu a été rendue sur le territoire de la partie contractante requise.

Article 45

Si l'extradition n'a pas lieu, la partie contractante requise en informera la partie contractante requérante.

Article 46

Extradition conditionnelle

Si l'extradition d'une personne condamnée non contradictoirement par une juridiction de la partie requérante est demandée, la partie contractante requise peut accorder l'extradition à condition qu'une nouvelle procédure soit faite en présence de la personne extradée.

Article 47

Modes de transmission en matière d'extradition et de reprise de la poursuite pénale

Dans les affaires d'extradition et de reprise de la poursuite pénale, les relations sont assurées, pour la République Algérienne Démocratique et Populaire par le ministère de la justice, pour la République Démocratique Allemande, par le ministère de la justice ou le procureur général.

Article 48

Demande d'extradition

1. — En cours d'information: la demande d'extradition doit être accompagnée du mandat d'arrêt avec description de l'infraction commise, d'une description des moyens de preuve qui fondent la suspicion grave, du texte de la loi pénale d'après laquelle sera jugé l'acte qui fait l'objet de la demande d'expedition; si l'infraction a causé un dommage matériel, le montant en doit être indiqué autant que possible.

2. — Après jugement: la demande d'extradition doit être accompagnée d'une expédition de la décision judiciaire ayant force de chose jugée ainsi que du texte de la loi pénale qui constituait la base de la condamnation. Si le condamné a déjà purgé une partie de sa peine, il y a lieu d'en donner des indications.

3. — La demande d'extradition doit être accompagnée si possible, d'une description exacte et d'une photographie de la personne dont s'agit ainsi que des éléments relatifs à sa nationalité et à son lieu de séjour, lorsque ceux-ci ne ressortent pas du mandat d'arrêt ou du verdict.

Article 49

Supplément d'information en matière d'extradition

Si la demande d'extradition ne comporte pas les précisions nécessaires, la partie contractante requise peut demander des informations supplémentaires et fixer un délai pour leur signification. Ce délai peut être prolongé sur demande.

Article 50

Arrestation aux fins d'extradition

Dès réception de la demande d'extradition, la partie contractante requise recherchera la personne dont l'extradition est demandée et ordonnera éventuellement son arrestation.

Article 51

Sur demande expresse, une personne peut être emprisonnée même avant la réception de la demande d'extradition, si l'organisme compétent de la partie requérante invoque un mandat d'arrêt ou une décision ayant force de chose jugée et donne préavis de la demande d'extradition. Cette demande expresse peut être transmise par voie postale, par télégramme, ou par tout autre moyen laissant une trace écrite.

L'arrestation selon les dispositions du présent article doit être portée sans délai à la connaissance de l'autre partie.

Article 52

1. — Si les informations supplémentaires requises ne sont pas transmises dans le délai à fixer suivant l'article 49 de la présente convention la partie contractante requise suspendra immédiatement la procédure d'extradition et mettra en liberté la personne arrêtée.

2. — Une personne emprisonnée en vertu des dispositions de l'article 51 de la présente convention sera remise en liberté si la demande n'est pas signifiée dans un délai de deux mois à partir du jour où l'emprisonnement a été notifié à l'autre partie contractante.

Article 53

Ajournement de l'extradition

1. — Si une personne dont l'extradition a été demandée est soumise à une procédure pénale ou si elle a été condamnée sur le territoire de la partie requise pour une autre infraction commise, l'extradition peut être différée jusqu'à la fin de la procédure pénale ou jusqu'à l'exécution de la peine.

2. — Si l'ajournement de l'extradition entraîne la prescription de la poursuite pénale ou entrave la procédure pénale suivie contre la personne dont l'extradition est requise, il peut être donné suite à la demande dûment motivée d'une des parties contractantes à l'extradition temporaire en vue d'une procédure pénale. La partie requérante s'engage alors à reconduire la personne extradée au plus tard trois mois après le jour de la remise. En cas de nécessité, ce délai peut être prolongé.

Article 54

Demande d'extradition de plusieurs États à la fois

Si plusieurs États demandent l'extradition d'une même personne à cause d'une ou plusieurs infractions, la partie contractante requise décide à quelle demande il sera donné suite. Il sera tenu compte à cet effet notamment de la citoyenneté de la personne dont l'extradition est demandée, de la date de la demande, du lieu et de la gravité de l'infraction commise.

Article 55

Limites de la poursuite pénale

1. — Sans l'accord de la partie contractante requise la personne extradée ne peut être poursuivie pénalement, ni être contrainte à purger une peine, ni être remise à un État tiers pour une poursuite ou pour l'exécution d'une peine relative à une infraction n'étant pas mentionnée dans la confirmation d'extradition et ayant été commise avant l'extradition.

2. — L'accord de la partie contractante requise n'est pas nécessaire:

a) si une personne extradée qui n'est pas citoyen de la partie requérante, n'a pas quitté le territoire de la partie requérante dans le mois suivant la clôture d'une procédure pénale ou la fin de l'exécution d'une peine. Ce délai ne comprend pas le temps pendant lequel la personne extradée était dans l'impossibilité de quitter le territoire dont s'agit pour des raisons indépendantes de sa volonté.

b) si la personne extradée a quitté le territoire de la partie contractante où elle a été extradée mais y retourne de son plein gré.

Article 56

Information sur le résultat de la procédure pénale

La partie contractante requérant l'extradition informe la partie requise du résultat de la procédure pénale suivie contre la personne extradée. Si la personne extradée est condamnée, elle joindra à cette information une expédition du jugement ayant force de chose jugée.

Article 57

Modalités d'extradition

1. — La partie contractante requise qui consent à l'extradition, informe la partie requérante du lieu et de la date de l'extradition de la personne dont s'agit.

2. — Une personne dont l'extradition a été accordée sera mise en liberté si la partie requérante ne se charge pas d'elle dans un délai de 7 jours à partir du jour fixé pour l'extradition.

Article 58

Ré-extradition

Si une personne extradée se soustrait d'une façon quelconque à la procédure suivie à son encontre ou à l'exécution d'une sanction pénale, et séjourne sur le territoire de la partie déjà requise, elle est extradée suite à une demande réitérée d'extradition sans transmission des pièces citées à l'article 48 de la présente convention.

Article 59

Remise d'objets

1. — La partie contractante requise en matière d'extradition transmettra à la partie requérante les objets utilisés pour la commission de l'infraction pour laquelle l'extradition est admise selon l'article 43 de la présente convention, ainsi que tous les objets que le délinquant a acquis par l'acte délictueux. Ces objets seront remis même lorsque l'extradition n'est pas exécutée à cause du décès de la personne dont s'agit ou pour d'autres raisons.

2. — La partie contractante requise peut retenir temporairement les objets cités à l'alinéa 1 du présent article lorsqu'elle en a besoin dans le cadre d'une autre procédure pénale.

3. — Les droits des tiers aux objets cités à l'alinéa 1 du présent article restent in affectés. Ces objets seront remis au plus tard après la fin de la procédure pénale par la partie qui les a reçus, à la partie requise afin que celle-ci les restitue aux ayants droit. Si des personnes ayant droit aux objets se trouvent sur le territoire de la partie requérante, celle-ci sera autorisée à les leur restituer directement à la condition que la partie requise donne son accord.

Article 60

Extradition en transit

1. — Les deux parties contractantes autoriseront, sur demande, le passage sur leur territoire de personnes qui sont extradées par un État tiers à l'une des parties. La partie contractante requise n'est pas obligée de garantir le passage en transit dans les cas où l'extradition n'est pas prévue suivant la présente convention.

2. — Une demande en matière de transit doit être déposée et traitée selon les mêmes modalités qu'une demande d'extradition.

3. — La partie contractante requise autorise le passage sur son territoire selon le mode qui lui apparaît le plus approprié.

Article 61

Frais d'extradition et d'extradition en transit

Les frais d'extradition et de passage en transit sont assumés par la partie contractante sur le territoire de laquelle ils ont été occasionnés.

Chapitre VII**Article 62****Information sur les problèmes de l'administration de la justice**

Sur demande, les ministères de la justice des parties contractantes s'informent mutuellement, sur le Droit et la pratique judiciaire de leurs Etats, sur les actes législatifs importants intervenus dans le domaine de l'administration de la justice. Ils font un échange d'expériences en matière de préparation de lois.

Outre les textes de lois, les deux ministères échangeront aussi des commentaires et des publications relatifs à la science juridique.

Chapitre VIII**Dispositions Finales****Article 63**

1. — La présente convention doit être ratifiée.
2. — Les instruments de ratification seront échangés à Berlin.

Article 64

1. — La présente convention entrera en vigueur trente jours après l'échange des instruments de ratification.

2. — Chacune des parties contractantes peut dénoncer la présente convention. Cette dénonciation prendra effet six mois après la date de notification à l'autre partie de cette décision.

Fait à Alger, le 2. Décembre 1972 en deux exemplaires originaux, chacun en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant également foi. En cas de divergences dans l'interprétation des dispositions de cette convention, le texte français prévaudra.

En foi de quoi, des Plénipotentiaires des parties contractantes ont signé la présente convention et y ont apposé les sceaux.

Pour la
République Démocratique
Allemande

Hans-Joachim Heusinger

Pour la
République Algérienne
Démocratique et Populaire

Benhamouda

Neuerscheinung!

Staatliche Dokumente zur Förderung der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik

**Gesetzesdokumentation
383 Seiten · Leinen · 9,80 M**

Der VIII. Parteitag der SED würdigte die hervorragenden Leistungen der Frauen und bezeichnete es als eine der größten Errungenschaften, die Gleichberechtigung der Frau in unserem Staat sowohl gesetzlich als auch im Leben weitgehend verwirklicht zu haben. Zugleich lenkte der Parteitag auch die Aufmerksamkeit auf die vielfältigen Fragen und Probleme, die es noch zu lösen gibt, damit alle Frauen auch in vollem Umfange von ihren gleichen Rechten Gebrauch machen können. Die allseitige Förderung der Frau bleibt daher als Angelegenheit der gesamten Gesellschaft, als Aufgabe der Parteiorganisationen, der Staatsorgane, der Gewerkschaften sowie der anderen Parteien und Massenorganisationen auf der Tagesordnung.

Diese Dokumentensammlung ist hierzu eine wirksame Hilfe.
Gliederung:

Grundsatzdokumente / Förderung der Frau im sozialistischen Bildungsprozeß / Maßnahmen zur Unterstützung der berufstätigen Frauen / Staatliche Fürsorge für Mutter und Kind / Sonstige Bestimmungen / Anhang, Sachregister.



Erhältlich im örtlichen Buchhandel

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber:

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

140–160 Seiten

Format 12 x 21 cm

Vorzugspreis für
die DDR: 3,- M

Erscheinungsweise:

4 x im Jahr

Erhältlich über den
Postzeitungsvertrieb

Forschungshefte

Heft 1/1973

Internationale Konzerne – Monopolmacht – Klassenkampf

Die Rolle der internationalen Konzerne
in der kapitalistischen Weltwirtschaft
Von Dr. habil. Katja Nehls

Inhalt:

Internationale Konzerne – neue Form der Monopolisierung und des Kampfes um Einflußsphären / Strategie der internationalen Konzerne und Grenzen der kapitalistischen Internationalisierung / Internationale Konzerne und Arbeiterklasse.

Heft 2/1973

Friedliche Koexistenz – ideologischer Kampf

Materiellen des internationalen wissenschaftlichen Kolloquiums „Die Politik der friedlichen Koexistenz und der ideologische Kampf“ am 14. und 15. Februar 1973 in Berlin. Dieses Heft enthält das Hauptreferat sowie überarbeitete Diskussionsbeiträge dieser Veranstaltung.

Heft 3/1973

Lohnanreiz als Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung (Arbeitstitel)

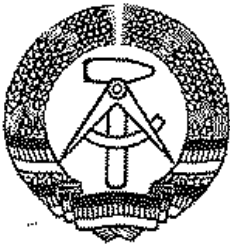
Heft 4/1973

Kapitalkonzentration in der BRD-Industrie (Arbeitstitel)

Staatsverlag



der Deutschen Demokratischen Republik



1973

Berlin, den 27. Juli 1973

Teil II Nr. 10

Tag

Inhalt

Seite

5. 7. 73

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über den Rechtsschutz von Erfindungen, Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit vom 12. April 1973

109

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
über den Rechtsschutz von Erfindungen,
Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen
bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen
Zusammenarbeit vom 12. April 1973**

vom 5. Juli 1973

Das mehrseitige „Abkommen über den Rechtsschutz von Erfindungen, Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ wurde am 12. April 1973 in Moskau durch den Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet.

Das Abkommen tritt entsprechend seinem Artikel 20 am 11. Juli 1973 zwischen der DDR und der UdSSR in Kraft.

Das Inkrafttreten des Abkommens in den Beziehungen zu weiteren Staaten entsprechend seinen Artikeln 20 und 21 wird im Gesetzblatt Teil II bekanntgegeben.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 5. Juli 1973

**Der Leiter
des Büros des Ministerrates**
Dr. Rost
Staatssekretär

Übersetzung

**Abkommen
über den Rechtsschutz von Erfindungen,
Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen
bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen
Zusammenarbeit**

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben, von dem Wunsche geleitet, die Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu fördern, durch Regelung der bei der Zusammenarbeit auftretenden Fragen des Rechtsschutzes von Erfindungen, Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen sowie durch gegenseitige Hilfeleistung bei der Regelung dieser Fragen beschlossen,

das vorliegende Abkommen abzuschließen und folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Dieses Abkommen erstreckt sich auf

a) Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster, die von Bürgern der Abkommensländer im Ergebnis der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit dieser Länder gemacht wurden:

bei der gemeinsamen Durchführung von Forschungs-, Projektierungs-, Konstruktions-, technologischen und Versuchsarbeiten in internationalen Forschungsinstituten, Projektierungs- und Konstruktionseinrichtungen, gemeinsamen Labors und Abteilungen, in internationalen wissenschaftlichen Produktionsvereinigungen und anderen internationalen Organisationen und Kollektiven, die auf der Grundlage von zwei- oder mehrseitigen Vereinbarungen gebildet werden;

bei der Durchführung von Forschungs-, Projektierungs-, Konstruktions-, technologischen und Versuchsarbeiten durch die zusammenwirkenden Organisationen der Abkommensländer durch vertraglich vereinbarte arbeitsteilige Kooperation;

bei der Durchführung von koordinierten Forschungs-, Projektierungs-, Konstruktions-, technologischen und Versuchsarbeiten durch die zusammenwirkenden Organisationen der Abkommensländer auf der Grundlage eines gemeinsamen abgestimmten Planes mit dem Ziel, das Gesamtergebnis durch selbständige Bearbeitung einzelner Themen (Durchführung von Arbeitsetappen) zu erreichen, bei gegenseitiger Verpflichtung, die Arbeitsergebnisse anschließend zur Benutzung in der Volkswirtschaft der Länder zu übergeben.

b) Warenzeichen, die zur Kennzeichnung von Erzeugnissen benutzt werden, die im Ergebnis der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Abkommensländer hergestellt werden.

Die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens werden auch auf Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster angewandt, die im Ergebnis der Produktionskooperation und -spezialisierung von Betrieben der Abkommensländer sowie bei anderen Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit dieser Länder in Übereinstimmung mit den Verträgen und Vereinbarungen, die eine solche Zusammenarbeit vorsehen, entstanden sind.

2. Die Bestimmungen der Artikel 3, 7, 12, 13, 14 (2), 15 und 17 dieses Abkommens gelten auch für Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster, die nicht das Ergebnis der Tätigkeit im Rahmen der wirtschaftlichen und wis-

senschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Abkommensländer sind, wenn diese Erfindungen und Muster Bestandteil von technischen Dokumentationen sind, die von Organisationen eines Landes (mehrerer Länder) an Organisationen eines anderen Landes (anderer Länder) übergeben werden.

Die Bestimmungen der Artikel 3, 7, 16 und 17 dieses Abkommens gelten auch für Warenzeichen, die die Abkommensländer selbständig bereits früher eintragen ließen, wenn solche Zeichen für die Kennzeichnung von Erzeugnissen verwendet werden, die im Ergebnis der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit dieser Länder hergestellt werden.

Artikel 2

1. Unter Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern gemäß Artikel 1 (1) des vorliegenden Abkommens sind gemeinsame Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster zu verstehen, aber auch Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster, die selbständig von Bürgern eines der Abkommensländer gemacht worden sind.
2. Gemeinsame Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster sind solche:
 - a) die von Bürgern der Abkommensländer in gemeinsamer Urheberschaft gemacht wurden, unabhängig davon, auf welchem Territorium dieser Länder sie gemacht worden sind. Die Rechte an solchen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern stehen den Abkommensländern, deren Bürger ihre Urheber sind, oder, sofern dies die nationale Gesetzgebung gestattet, den entsprechenden Organisationen dieser Länder zu;
 - b) die in internationalen Forschungsinstituten, Projektierungs- und Konstruktionseinrichtungen, gemeinsamen Labors und Abteilungen, in internationalen wissenschaftlichen Produktionsvereinigungen und anderen internationalen Organisationen und Kollektiven gemacht wurden, unabhängig davon, ob diese Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster von Bürgern eines oder mehrerer Abkommensländer gemacht wurden, sofern in den Vereinbarungen über die Bildung derartiger Organisationen und Kollektive nichts anderes vorgesehen ist. Die Rechte an solchen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern stehen den Abkommensländern der genannten Organisationen, Kollektive oder, sofern dies die nationale Gesetzgebung gestattet, den entsprechenden Organisationen dieser Länder zu;
 - c) die bei der Durchführung gemeinsam finanzierter Arbeiten durch die Abkommensländer entstanden sind, wenn dies in den Vereinbarungen und Verträgen über die Durchführung derartiger Arbeiten vorgesehen ist. Die Rechte an solchen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern stehen den an diesen Arbeiten beteiligten Ländern oder, sofern dies die nationale Gesetzgebung gestattet, den entsprechenden Organisationen dieser Länder zu.
3. Unter den Rechten an gemeinsamen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern sind zu verstehen:
 - a) das Recht, diese Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster auf dem Territorium des eigenen Landes entsprechend der nationalen Gesetzgebung schutzrechtlich zu sichern und zu benutzen;
 - b) das Recht, diese Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster schutzrechtlich in den Ländern zu sichern, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht;
 - c) das Recht, Erzeugnisse, die unter Benutzung dieser Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster hergestellt wurden, zu exportieren;
 - d) das Recht, diese Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster an Länder zu übergeben, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht.

Eine solche Übergabe kann unentgeltlich oder gegen Erstattung eines bestimmten Teiles der Aufwendungen für die Ausarbeitung oder auf der Grundlage von Lizenzverträgen auf kommerzieller Basis erfolgen.

Die unter b), c) und d) genannten Rechte können nur bei gegenseitigem Einvernehmen zwischen den kompetenten Organisationen der Abkommensländer, denen das Recht an den gemeinsamen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern zusteht, oder in der Art und Weise ausgeübt werden, wie sie in den Dokumenten, die die Tätigkeit der betreffenden internationalen Organisationen und Kollektive regeln, vorgesehen ist.

4. Unter selbständig gemachten Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern gemäß Abs. 1 dieses Artikels sind Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster zu verstehen, die im Ergebnis der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit von Bürgern eines der Abkommensländer gemacht worden sind, mit Ausnahme der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster, die gemäß Abs. 2 Buchstabe b) und c) dieses Artikels als gemeinsame Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster gelten. Die Rechte an diesen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern stehen dem Land, dessen Bürger der Erfinder ist, oder, sofern die nationale Gesetzgebung dies gestattet, der entsprechenden Organisation dieses Landes zu.

Den anderen Abkommensländern kann das Recht der Benutzung solcher Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster zu zwischen den kompetenten Organisationen der interessierten Länder vereinbarten Bedingungen gewährt werden.

Artikel 3

Die zusammenwirkenden Organisationen der Abkommensländer treffen die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Rechtsschutzes der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster.

Die zusammenwirkenden Organisationen treffen Maßnahmen zur Geheimhaltung der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster, bis ihr Rechtsschutz gewährleistet ist.

Artikel 4

Anmeldungen zum Schutz gemeinsamer Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster werden so kurzfristig wie möglich in allen Abkommensländern, denen die Rechte an diesen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern zustehen, entsprechend der nationalen Gesetzgebung dieser Länder eingereicht. Die Erstanmeldung wird in der Regel in dem Land eingereicht, auf dessen Territorium die Erfindung oder das Muster entstanden ist. Falls nach der Gesetzgebung dieses Landes kein Rechtsschutz für die Erfindung oder das Muster gewährt werden kann, so besteht die Möglichkeit, die Erstanmeldung in einem der genannten Länder vorzunehmen, in dem der Rechtsschutz gewährt werden kann. In den anderen Abkommensländern werden die Anmeldungen innerhalb von 4 Monaten, gerechnet vom Zeitpunkt der Hinterlegung der Erstanmeldung, eingereicht. Hierbei ist die Verbandspriorität in Anspruch zu nehmen.

Artikel 5

Bei der gegenseitigen Anmeldung gemeinsamer Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster in den Abkommensländern, deren Organisationen an der Zusammenarbeit beteiligt sind, ist ein Schutzrecht zu beantragen, das das Recht der Benutzung der Erfindung, des Geschmacks- und Gebrauchsmusters dem Staat oder der entsprechenden Organisation einräumt, sofern dies nach der nationalen Gesetzgebung des Landes möglich ist, in dem das Schutzrecht beantragt wird.

In einzelnen Verträgen, die zwischen den zusammenwirkenden Organisationen abgeschlossen werden, kann auch eine andere Form des Rechtsschutzes dieser Erfindungen und Muster vorgesehen werden. Diese Verträge bedürfen der Bestätigung durch die kompetenten staatlichen Organe.

Artikel 6

Das Amt für Erfindungswesen, bei dem die Anmeldung zum Schutz einer gemeinsamen Erfindung, eines gemeinsamen Geschmacks- und Gebrauchsmusters eingereicht wurde, führt die Neuheitsprüfung dieser Anmeldung durch. Die Prüfungsergebnisse, die bei der Prüfung der Anmeldung zum Schutz dieser Erfindung und dieses Musters in den anderen Abkommensländern benutzt werden können, sind unverzüglich den Ämtern für Erfindungswesen dieser Länder mitzuteilen. Erforderlichenfalls führen die Ämter für Erfindungswesen während des Prüfungsverfahrens gegenseitige Konsultationen durch.

Artikel 7

Die zusammenwirkenden Organisationen der Abkommensländer informieren einander unverzüglich über eingereichte Anmeldungen, den Erwerb von Schutzrechten und über alle Handlungen und Änderungen, die den Rechtsschutz der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster betreffen.

Artikel 8

Die kompetenten Organisationen der zusammenwirkenden Abkommensländer prüfen gemeinsam Vorschläge zur Sicherung des Rechtsschutzes für gemeinsame Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster in Ländern, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, stimmen sich ab, in welchen Ländern diese Erfindungen und Muster schutzrechtlich zu sichern sind, und legen fest, welche der zusammenwirkenden Organisationen gegebenenfalls als Anmeldender auftritt.

Bei der Anmeldung von gemeinsamen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern in Ländern, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, treten als Anmeldender, sofern die Gesetzgebung des Landes, in dem die Anmeldung vorgenommen wird, es gestattet, eine oder mehrere zusammenwirkende Organisationen unter Angabe der Urheber auf. In den Ländern, in denen die Anmeldung von dem Urheber (den Urhebern) eingereicht werden muß, tritt als Anmeldender (treten als Anmeldender) der Urheber (die Urheber) auf.

Internationale Organisationen und Kollektive, die von den Abkommensländern gebildet wurden, behandeln die mit dem Rechtsschutz gemeinsamer Erfindungen oder Muster verbundenen Fragen entsprechend der Verfahrensweise, wie sie in den Dokumenten, die die Tätigkeit solcher Organisationen oder Kollektive regeln, festgelegt ist.

Bekundet die kompetente Organisation eines der Abkommensländer, denen das Recht an den gemeinsamen Erfindungen und Mustern zusteht, ihr Nichtinteresse an der Sicherung des Rechtsschutzes solcher Erfindungen und Muster in Ländern, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, so können die übrigen zusammenwirkenden Länder selbständig Maßnahmen zum Rechtsschutz solcher Erfindungen und Muster treffen.

In diesem Falle müssen die Fragen der Aufteilung des Erlöses aus der Übergabe der gemeinsamen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster, des Exports von unter Benutzung solcher Erfindungen und Muster hergestellten Erzeugnissen, der Verfahrensweise bei der Vergütungszahlung an die Urheber der Erfindungen und Muster und andere Fragen der Benutzung der Rechte an diesen Erfindungen und Mustern durch eine spezielle Vereinbarung zwischen den kompetenten Organisationen aller Länder, denen die Rechte an solchen gemeinsamen Erfindungen und Mustern zustehen, geregelt werden.

Artikel 9

Die mit dem Rechtsschutz von gemeinsamen Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern verbundenen Kosten werden auf die zusammenwirkenden Organisationen der Abkommensländer wie folgt aufgeteilt:

- a) Jede zusammenwirkende Organisation trägt selbst die Kosten für den Rechtsschutz der Erfindungen, Ge-

schmacks- und Gebrauchsmuster im eigenen Land, unabhängig vom Verfahren der Finanzierung der Arbeiten, in deren Ergebnis die Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster entstanden sind.

- b) Die Kosten, die mit dem Rechtsschutz der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster in Ländern verbunden sind, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, tragen die zusammenwirkenden Organisationen der Länder, denen das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, proportional ihrem Anteil an der Finanzierung der Arbeiten, in deren Ergebnis die Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster entstanden sind, oder auf andere Weise entsprechend der Vereinbarung der kompetenten Organisationen der zusammenwirkenden Länder.

Artikel 10

Der Erlös, der aus der Übergabe gemeinsamer Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster an Länder, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, auf kommerzieller Basis oder gegen Erstattung eines Teiles der Aufwendungen für die Ausarbeitung erzielt wurde, wird auf die kompetenten Organisationen der Länder, denen das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, proportional ihrem Anteil an der Finanzierung der Arbeiten aufgeteilt, in deren Ergebnis die Erfindungen und Muster entstanden sind. Die kompetenten Organisationen der zusammenwirkenden Länder, die für die Abwicklung von Außenhandelsgeschäften bevollmächtigt sind, können auch eine andere Aufteilung des genannten Erlöses vereinbaren.

Artikel 11

Die in Artikel 9 Buchstabe b) dieses Abkommens genannten Kosten werden in der Währung aufgeteilt, in der sie getragen wurden.

Der im Artikel 10 des vorliegenden Abkommens genannte Erlös wird in der Währung aufgeteilt, in der er vereinnahmt wurde.

In Einzelfällen kann nach Vereinbarung der kompetenten Organisationen der zusammenwirkenden Abkommensländer die Überweisung der entsprechenden Beträge in einer anderen Währung erfolgen.

Artikel 12

Die Urheber von Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern haben ein Recht auf Vergütung bei Benutzung der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster auf dem Territorium der Länder, denen das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, sowie bei der Übergabe der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster an andere Länder.

Artikel 13

Bei Benutzung gemeinsamer Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster auf dem Territorium eines oder mehrerer Abkommensländer, denen das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, wird die Vergütung für den (die) Urheber von den entsprechenden Organisationen der Länder berechnet, die die Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster benutzen. Die Höhe der Vergütung wird nach der Gesetzgebung des Landes festgelegt, in dem die Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster benutzt werden.

Der Vergütungsbetrag, der den Urhebern zusteht, die Bürger der anderen Länder sind, wird an die kompetenten Organisationen der Länder überwiesen, in denen die Urheber ihren ständigen Wohnsitz haben. Die kompetenten Organisationen nehmen entsprechend der nationalen Gesetzgebung ihres Landes die Auszahlung dieser Vergütung an die Urheber vor.

Die Überweisung der Beträge der Urhebervergütung zwischen den Ländern erfolgt entsprechend den geltenden Abkommen über die Verrechnung von nichtkommerziellen Zahlungen.

Artikel 14

1. Bei unentgeltlicher Übergabe gemeinsamer Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster an Länder, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, werden die Fragen der Zahlung der Urhebervergütung auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen den kompetenten Organisationen des übergebenden Landes (der übergebenden Länder) und den Organisationen des übernehmenden Landes (der übernehmenden Länder) geregelt.
2. Bei Übergabe gemeinsamer Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster an Länder, denen nicht das Recht an diesen Erfindungen und Mustern zusteht, gegen Erstattung eines bestimmten Teiles der Aufwendungen für die Ausarbeitung sowie auf der Grundlage von Lizenzverträgen auf kommerzieller Basis zahlen die kompetenten Organisationen der Länder, die diese Erfindungen und Muster übergeben haben, aus ihrem Anteil am Erlös die Vergütung an die Urheber solcher Erfindungen und Muster entsprechend ihrer nationalen Gesetzgebung.

Artikel 15

Bei Übergabe von selbständig gemachten Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern von einem Abkommensland an ein anderes gegen Erstattung eines bestimmten Teiles der Aufwendungen für die Ausarbeitung sowie auf der Grundlage von Lizenzverträgen auf kommerzieller Basis wird die Vergütung an die Urheber entsprechend der Verfahrensweise nach Artikel 14 Abs. 2 dieses Abkommens gezahlt.

Bei unentgeltlicher Übergabe einer technischen Dokumentation, die Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster enthält, von einem Abkommensland an ein anderes Abkommensland wird die Urhebervergütung nach Artikel 13 dieses Abkommens festgelegt und ausgezahlt. Besteht der Rechtsschutz der Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster nur im übergebenden Land, wird die Vergütung an die Urheber dieser Erfindungen und Muster auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der übergebenden und der übernehmenden Organisation gezahlt.

Artikel 16

Die Fragen der Auswahl, Benutzung und des Rechtsschutzes eines Warenzeichens für die Kennzeichnung der im Ergebnis der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Abkommensländer hergestellten Erzeugnisse werden in den Verträgen über die Durchführung der Forschungs-, Projektierungs-, Konstruktions-, technologischen und Versuchsarbeiten sowie in den Produktionskooperations- und -spezialisierungsverträgen geregelt.

Artikel 17

Die Fragen, die mit der Realisierung dieses Abkommens und der weiteren Vervollkommnung der Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens zusammenhängen, werden von den kompetenten Organen der Abkommensländer behandelt.

Streitigkeiten zwischen den zusammenwirkenden Organisationen, die beim Rechtsschutz und bei der Benutzung von Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmustern und Warenzeichen bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auftreten, werden entsprechend der am 26. Mai 1972 unterzeichneten „Konvention über die schiedsgerichtliche Beflegung von zivilrechtlichen Streitfällen, die sich aus den Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben“, geregelt.

Abkommensländer, die nicht Mitglied dieser Konvention sind, können die genannten Streitigkeiten auch anders, nach Vereinbarung zwischen den interessierten Ländern regeln.

Streitigkeiten, für deren Behandlung auf Grund der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens geltenden nationalen Gesetzgebung oder internationaler Abkommen ausschließlich die entsprechenden Organe der Abkommensländer zuständig sind, werden von diesen Organen entschieden.

Artikel 18

Dieses Abkommen steht zur Unterzeichnung in Vollmacht der Regierungen der in der Präambel dieses Abkommens genannten Länder bis zum 1. Juni 1973 offen.

Artikel 19

Bei der Unterzeichnung dieses Abkommens kann jedes Land den Vorbehalt der nachfolgenden Bestätigung des Abkommens gemäß seiner nationalen Gesetzgebung machen.

Die Benachrichtigungen über die Bestätigung dieses Abkommens sind dem Sekretariat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu übermitteln, das der Depositär dieses Abkommens ist.

Artikel 20

Dieses Abkommen tritt zwischen den Abkommensländern, die es ohne Vorbehalt der nachfolgenden Bestätigung unterzeichnen, 90 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

Für die Abkommensländer, die dieses Abkommen mit dem Vorbehalt der nachfolgenden Bestätigung unterzeichnen, tritt das Abkommen 90 Tage nach der Benachrichtigung des Depositärs über die Bestätigung des Abkommens in Kraft.

Artikel 21

Diesem Abkommen können nach seinem Inkrafttreten mit Zustimmung der Abkommensländer andere Länder durch Übermittlung der Beitrittsurkunden an den Depositär beitreten. Der Beitritt wird nach Ablauf von 90 Tagen wirksam, gerechnet von dem Tage an, an welchem der Depositär die letzte Zustimmungserklärung zum Beitritt erhalten hat.

Artikel 22

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet vom Tage seines Inkrafttretens, abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Frist verlängert es sich automatisch jeweils um weitere fünf Jahre. Jedes Abkommensland kann dieses Abkommen sechs Monate vor Ablauf seiner jeweiligen Geltungsdauer durch schriftliche Benachrichtigung des Depositärs kündigen.

Im Falle des Außerkrafttretens dieses Abkommens finden seine Bestimmungen auf den Rechtsschutz der vom Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Erfindungen, Geschmacks- und Gebrauchsmuster und Warenzeichen weiterhin Anwendung, die während der Geltungsdauer dieses Abkommens entstanden sind.

Artikel 23

Dieses Abkommen kann nur mit Zustimmung aller Abkommensländer geändert werden. Änderungsvorschläge können von jedem Abkommensland eingebracht werden. Sie sind dem Depositär zu übermitteln.

Artikel 24

Der Depositär dieses Abkommens trifft entsprechende Maßnahmen, um dieses Abkommen beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen entsprechend deren Charta registrieren zu lassen.

Artikel 25

Der Depositär übermittelt allen Abkommensländern beglaubigte Kopien dieses Abkommens, benachrichtigt sie vom Datum des Inkrafttretens dieses Abkommens, von erhaltenen Benachrichtigungen über die Bestätigung des Abkommens, von Beitritten zum Abkommen, von Kündigungen sowie von allen anderen erhaltenen Benachrichtigungen.

Ausgefertigt in Moskau am 12. April 1973 in einem Exemplar in russischer Sprache.

In Vollmacht der Regierung der Volksrepublik Bulgarien

Mit Vorbehalt der nachfolgenden Bestätigung entsprechend der nationalen Gesetzgebung der VRB

I. Iwanow

In Vollmacht der Regierung der Ungarischen Volksrepublik	Mit Vorbehalt der Ratifizierung	E. Tasnádi
In Vollmacht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik		J. Hemmerling
In Vollmacht der Regierung der Republik Kuba	Mit Vorbehalt der Ratifizierung	R. Padilla
In Vollmacht der Regierung der Mongolischen Volksrepublik	Mit Vorbehalt der nachfolgenden Bestätigung durch die Regierung der MVR	N. Awirmid
In Vollmacht der Regierung der Volksrepublik Polen	Mit Vorbehalt der Ratifizierung	J. Szomański
In Vollmacht der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien	Mit Vorbehalt der nachfolgenden Bestätigung entsprechend der Gesetzgebung der SRR	I. Marinete
In Vollmacht der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken		J. Maksarew
In Vollmacht der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	Mit Vorbehalt der Bestätigung durch die zuständigen Organe der CSSR	M. Bělohávek

СОГЛАШЕНИЕ

о правовой охране изобретений, промышленных, общепользных образцов и товарных знаков при осуществлении экономического и научно-технического сотрудничества

Правительства Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Республики Куба, Монгольской Народной Республики, Польской Народной Республики, Социалистической Республики Румынии, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Социалистической Республики, руководствуясь желанием содействовать развитию экономического и научно-технического сотрудничества путем урегулирования возникающих в ходе осуществления сотрудничества вопросов правовой охраны изобретений, промышленных, общепользных образцов и товарных знаков и оказания взаимной помощи в решении этих вопросов, решили заключить настоящее Соглашение и договорились о нижеследующем:

Статья 1

1. Настоящее Соглашение распространяется:

а) на изобретения, промышленные и общепользные образцы, созданные гражданами стран-участниц Соглашения в результате осуществления экономического и научно-технического сотрудничества этих стран:

при совместном проведении научно-исследовательских, проектно-конструкторских, технологических и экспериментальных работ в международных научно-исследовательских институтах, проектно-конструкторских организациях, совместных лабораториях и отделах, в международных научно-производственных объединениях и других международных организациях и коллективах, создаваемых на основе двусторонних или многосторонних соглашений;

при проведении сотрудничающими организациями стран-участниц Соглашения научно-исследовательских, проектно-конструкторских, технологических и экспериментальных работ в порядке кооперации, на основе разделения труда, зафиксированного в соответствующих договорах;

при проведении сотрудничающими организациями стран-участниц Соглашения координированных научно-исследовательских, проектно-конструкторских, технологических и экспериментальных работ по общему согласованному плану с целью достижения общего результата путем самостоятельной разработки отдельных тем (проведения этапов работы) со взаимным обязательством последующей передачи результатов работ для использования их в народном хозяйстве стран;

б) на товарные знаки, используемые для обозначения продукции, изготовленной в результате осуществления экономического и научно-технического сотрудничества стран-участниц Соглашения.

Положения настоящего Соглашения будут применяться также к изобретениям, промышленным и общепользымым образцам, созданным в результате осуществления кооперирования и специализации производства продукции предприятиями стран-участниц Соглашения и при других формах экономического и научно-технического сотрудничества этих стран в соответствии с договорами и соглашениями, предусматривающими такое сотрудничество.

2. Положения статей 3, 7, 12, 13, 14 (пункт 2), 15 и 17 настоящего Соглашения распространяются также на изобретения, промышленные и общепользные образцы, не являющиеся результатом деятельности в рамках экономического и научно-технического сотрудничества стран-участниц Соглашения, в тех случаях, когда эти изобретения и образцы входят в состав технической документации, передаваемой организациями одной страны (нескольких стран) организациям другой страны (других стран).

Положения статей 3, 7, 16 и 17 настоящего Соглашения распространяются также на товарные знаки, ранее зарегистрированные самостоятельно странами-участницами Соглашения, в тех случаях, когда такие знаки используются для обозначения продукции, изготовленной в результате осуществления экономического и научно-технического сотрудничества этих стран.

Статья 2

1. Под изобретениями, промышленными и общепользымыми образцами в соответствии с пунктом 1 статьи 1 настоящего Соглашения понимаются совместные изобретения, промышленные и общепользные образцы, а также изобретения, промышленные и общепользные образцы, созданные самостоятельно гражданами одной из стран-участниц Соглашения.

2. Совместными являются:

а) изобретения, промышленные и общепользные образцы, созданные в соавторстве гражданами стран-участниц Соглашения, независимо от того, на территории какой из этих стран они созданы. Права на такие изобретения, промышленные и общепользные образцы принадлежат странам-участницам Соглашения, граждане которых являются их создателями, или соответствующим организациям этих стран, поскольку это допускается национальным законодательством;

б) изобретения, промышленные и общепользные образцы, созданные в международных научно-исследовательских институтах, проектно-конструкторских организациях, совместных лабораториях и отделах, в международных научно-производственных объединениях и других международных организациях и коллективах, независимо от того, созданы ли эти изобретения, промышленные и общепользные образцы гражданами одной страны или нескольких стран-участниц Соглашения, если соглашениями об образовании таких организаций и коллективов не предусмотрено иное. Права на такие изобретения, промышленные и общепользные образцы принадлежат странам-участницам указанных организаций, коллективов или соответствующим организациям этих стран, поскольку это допускается национальным законодательством;

в) изобретения, промышленные и общепользные образцы, созданные при проведении странами-участницами Соглашения совместно финансируемых работ, если это предусмотрено соглашениями и договорами о проведении таких работ. Права на такие изобретения, промышленные и общепользные образцы принадлежат странам-участницам указанных работ или соответствующим организациям этих стран, поскольку это допускается национальным законодательством.

3. Под правами на совместные изобретения, промышленные и общепользные образцы понимаются:

а) право обеспечения правовой охраны и использования этих изобретений, промышленных и общепользных образцов на территории своей страны в соответствии с национальным законодательством;

б) право обеспечения правовой охраны этих изобретений, промышленных и общепользных образцов в странах, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы;

в) право на экспорт продукции, изготовленной с использованием этих изобретений, промышленных и общепользных образцов;

г) право передачи этих изобретений, промышленных и общепользных образцов в страны, которым не принадлежит право на изобретения и образцы. Такая передача может быть осуществлена на безвозмездной основе или на условиях возмещения определенной части затрат на разработку, или по лицензионным соглашениям на коммерческой основе.

Права, предусмотренные подпунктами «б», «в» и «г» настоящего пункта, могут быть использованы только по взаимному согласию между компетентными организациями стран-участниц Соглашения, имеющих право на совместные изобретения, промышленные и общепользные образцы, или в порядке, предусмотренном документами, регулирующими деятельность соответствующих международных организаций и коллективов.

4. Под самостоятельно созданными изобретениями, промышленными и общепользными образцами в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи понимаются изобретения, промышленные и общепользные образцы, созданные в результате осуществления экономического и научно-технического сотрудничества гражданами одной из стран-участниц Соглашения, за исключением изобретений, промышленных и общепользных образцов, признаваемых совместными согласно подпунктам «б» и «в» пункта 2 настоящей статьи. Права на такие изобретения, промышленные и общепользные образцы принадлежат стране гражданства изобретателя или соответствующей организации этой страны, поскольку это допускается национальным законодательством.

Другим странам-участницам Соглашения может предоставляться право использования таких изобретений, промышленных и общепользных образцов на условиях, согласованных между компетентными организациями заинтересованных стран.

Статья 3

Сотрудничающие организации стран-участниц Соглашения принимают необходимые меры к обеспечению правовой охраны изобретений, промышленных и общепользных образцов.

Сотрудничающие организации принимают меры к недопущению разглашения сведений об изобретениях, промышленных и общепользных образцах до тех пор, пока не будет обеспечена их правовая охрана.

Статья 4

Заявки на охрану совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов подаются в возможно короткий срок во все страны-участницы Соглашения, которым принадлежат права на такие изобретения, промышленные и общепользные образцы, в соответствии с национальным законодательством этих стран. Первая заявка подается, как правило, в стране, на территории которой создано изобретение или образец. В тех случаях, когда по законодательству этой страны правовая охрана изобретения или образца не может быть

предоставлена, возможна подача первой заявки в одну из указанных стран, в которой может быть предоставлена правовая охрана. В другие страны-участницы Соглашения заявки подаются в срок, не превышающий четырех месяцев с момента подачи первой заявки, с сохранением конвенционного приоритета.

Статья 5

При взаимной подаче заявок на охрану совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов в странах-участницах Соглашения, организации которых участвуют в сотрудничестве, испрашивается охранный документ, предоставляющий право использования изобретения, промышленного и общепользного образца государству или соответствующей организации, поскольку это допускается национальным законодательством страны, в которой испрашивается охранный документ.

В отдельных договорах, заключаемых между сотрудничающими организациями, может быть предусмотрена и иная форма охраны этих изобретений и образцов. Такие договоры должны утверждаться компетентными государственными органами.

Статья 6

Ведомство по изобретательству, в которое подана заявка на охрану совместного изобретения, промышленного и общепользного образца, проводит экспертизу этой заявки на новизну. Результаты экспертизы, которые могут быть использованы при рассмотрении заявки на охрану этого изобретения и образца в других странах-участницах Соглашения, незамедлительно сообщаются ведомствам по изобретательству этих стран.

В случае необходимости ведомства по изобретательству организуют взаимные консультации в период проведения экспертизы.

Статья 7

Сотрудничающие организации стран-участниц Соглашения незамедлительно информируют друг друга о поданных заявках, приобретении правовой охраны и о всех действиях и изменениях, касающихся правовой охраны изобретений, промышленных и общепользных образцов.

Статья 8

Компетентные организации сотрудничающих стран-участниц Соглашения будут совместно рассматривать предложения об обеспечении правовой охраны совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов в странах, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, согласовывать перечень стран, где необходимо обеспечить правовую охрану этих изобретений и образцов, а также определять, какая из сотрудничающих организаций будет выступать в необходимых случаях в качестве заявителя.

При подаче заявок на совместные изобретения, промышленные и общепользные образцы в страны, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, в качестве заявителя, поскольку законодательство страны, куда подается заявка, это допускает, выступает одна или несколько сотрудничающих организаций с указанием авторов. В странах, где требуется подача заявки автором (авторами), в качестве заявителя выступает автор (авторы).

Международные организации и коллективы, созданные странами-участницами Соглашения, будут рассматривать вопросы, связанные с правовой охраной совместных изобретений и образцов, в порядке, предусмотренном документами, регулирующими деятельность таких организаций или коллективов.

Если компетентная организация одной из стран-участниц Соглашения, имеющих право на совместные изобретения и образцы, заявит о своей незаинтересованности в обеспечении правовой охраны таких изобретений и образцов в странах, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, остальные сотрудничающие страны могут самостоятельно принять меры к правовой охране таких изобретений и образцов.

В этом случае вопросы, связанные с распределением поступлений, полученных от передачи совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов, с экспортом продукции, изготовленной с использованием таких изобретений и образцов, порядком выплаты вознаграждения авторам изобретений и образцов, и другие вопросы использования прав на эти изобретения и образцы должны регулироваться специальным соглашением между компетентными организациями всех стран, имеющих право на такие совместные изобретения и образцы.

Статья 9

Расходы, связанные с правовой охраной совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов, распределяются между сотрудничающими организациями стран-участниц Соглашения в следующем порядке:

а) каждая сотрудничающая организация производит за свой счет расходы по правовой охране изобретений, промышленных и общепользных образцов в своей стране независимо от порядка финансирования работ, в результате которых созданы изобретения, промышленные и общепользные образцы;

б) расходы, связанные с правовой охраной изобретений, промышленных и общепользных образцов в странах, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, несут сотрудничающие организации стран, имеющих право на эти изобретения и образцы, пропорционально их доле участию в финансировании работ, в результате которых созданы изобретения, промышленные и общепользные образцы, или в ином порядке по договоренности между компетентными организациями сотрудничающих стран.

Статья 10

Поступления, полученные в связи с передачей совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов в страны, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, на коммерческой основе или на условиях частичного возмещения затрат на разработку, распределяются между компетентными организациями стран, которые имеют право на эти изобретения и образцы, пропорционально доле участию в финансировании работ, в результате которых созданы изобретения и образцы. По договоренности между компетентными организациями сотрудничающих стран, правомочными совершать внешнеторговые сделки, распределение указанных поступлений может производиться и в ином порядке.

Статья 11

Расходы, указанные в пункте «б» статьи 9 настоящего Соглашения, распределяются в той валюте, в которой они были произведены.

Поступления, указанные в статье 10 настоящего Соглашения, распределяются в той валюте, в которой они были получены.

В отдельных случаях по согласованию между компетентными организациями сотрудничающих стран-участниц Соглашения может быть достигнута договоренность о переводе соответствующих сумм в другой валюте.

Статья 12

Авторы изобретений, промышленных и общепользных образцов имеют право на вознаграждение за использование изобретений, промышленных и общепользных образцов на территории стран, которым принадлежит право на эти изобретения и образцы, а также при передаче изобретений, промышленных и общепользных образцов в другие страны.

Статья 13

При использовании совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов на территории одной или нескольких стран-участниц Соглашения, которым принадлежит право на эти изобретения и образцы, вознаграждение автору (авторам) начисляется соответствующими организациями стран, использующих изобретения, промышленные и общеполь-

лезные образцы. Размер вознаграждения определяется по законодательству страны, в которой используются изобретения, промышленные и общепользные образцы.

Сумма вознаграждения, причитающаяся авторам-гражданам других стран, переводится компетентным организациям стран постоянного местожительства авторов, которые в соответствии с национальным законодательством своей страны производят выплату вознаграждения авторам.

Перевод сумм авторского вознаграждения осуществляется между странами в соответствии с действующими соглашениями о расчетах по неторговым платежам.

Статья 14

1. В случае безвозмездной передачи совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов в страны, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, вопросы выплаты авторского вознаграждения регулируются на основе договоренности между компетентными организациями страны (стран), передающей изобретения, промышленные и общепользные образцы, и организациями страны (стран), получающей эти изобретения и образцы.

2. При передаче совместных изобретений, промышленных и общепользных образцов в страны, которым не принадлежит право на эти изобретения и образцы, на условиях возмещения определенной части затрат на разработку и по лицензионным соглашениям на коммерческой основе компетентные организации стран, передавших эти изобретения и образцы, из своей доли поступлений выплачивают вознаграждение авторам таких изобретений и образцов в соответствии со своим национальным законодательством.

Статья 15

При передаче из одной страны-участницы Соглашения в другую самостоятельно созданных изобретений, промышленных и общепользных образцов на условиях возмещения определенной части затрат на разработку и по лицензионным соглашениям на коммерческой основе вознаграждение авторам выплачивается в порядке, предусмотренном пунктом 2 статьи 14 настоящего Соглашения.

При безвозмездной передаче из одной страны-участницы Соглашения в другую технической документации, в состав которой входят изобретения, промышленные и общепользные образцы, вознаграждение авторам определяется и выплачивается в соответствии со статьей 13 настоящего Соглашения. При наличии правовой охраны изобретений, промышленных и общепользных образцов только в передающей стране вознаграждение авторам этих изобретений и образцов выплачивается на основе договоренности между передающей и получающей организациями.

Статья 16

Вопросы выбора, использования и правовой охраны товарного знака для обозначения продукции, изготовленной в результате осуществления экономического и научно-технического сотрудничества стран-участниц Соглашения, регулируются в договорах о проведении научно-исследовательских, проектно-конструкторских, технологических и экспериментальных работ, а также в соглашениях и договорах о специализации и кооперировании производства.

Статья 17

Вопросы, связанные с реализацией настоящего Соглашения и дальнейшим совершенствованием сотрудничества в рамках Соглашения, рассматриваются компетентными органами стран-участниц Соглашения.

Споры между сотрудничающими организациями, возникающие в связи с правовой охраной и использованием изобретений, промышленных, общепользных образцов и товарных знаков при осуществлении экономического и научно-технического сотрудничества, разрешаются в соответствии с Конвенцией о разрешении арбитражным путем гражданско-правовых

вых споров, вытекающих из отношений экономического и научно-технического сотрудничества, подписанной 26 мая 1972 г. Страны-участницы Соглашения, не являющиеся участниками этой Конвенции, могут разрешать указанные споры в ином порядке по договоренности между заинтересованными странами.

Споры, рассмотрение которых отнесено национальным законодательством, действующим на момент подписания настоящего Соглашения, или международными соглашениями к исключительной компетенции соответствующих органов стран-участниц Соглашения, разрешаются этими органами.

Статья 18

Настоящее Соглашение открыто для подписания по уполномочию правительств стран, упомянутых в преамбуле настоящего Соглашения, до 1 июня 1973 г.

Статья 19

При подписании настоящего Соглашения любая страна может сделать оговорку о последующем его утверждении в соответствии с ее национальным законодательством.

Уведомления об утверждении настоящего Соглашения направляются Секретариату Совета Экономической Взаимопомощи, который является депозитарием этого Соглашения.

Статья 20

Настоящее Соглашение вступает в силу между странами-участницами, которые подпишут его без оговорки о последующем утверждении, через 90 дней после его подписания.

В отношении стран-участниц, которые подпишут настоящее Соглашение с оговоркой о последующем утверждении, Соглашение вступает в силу через 90 дней после уведомления ими депозитария об утверждении Соглашения.

Статья 21

К настоящему Соглашению после вступления его в силу могут присоединиться с согласия стран-участниц другие страны путем передачи депозитарию документов о присоединении. Присоединение считается вступившим в силу по истечении 90 дней со дня получения депозитарием последнего сообщения о согласии на присоединение.

Статья 22

Настоящее Соглашение заключается на срок 5 лет со дня его вступления в силу. По истечении этого срока Соглашение автоматически продлевается каждый раз на новый пятилетний период. Любая страна-участница может денонсировать Соглашение за 6 месяцев до истечения очередного срока действия Соглашения, письменно уведомив об этом депозитария.

В случае прекращения действия настоящего Соглашения его положения будут применяться в отношении правовой охраны подпадающих под действие настоящего Соглашения изобретений, промышленных, полезных образцов и товарных знаков, созданных в период действия этого Соглашения.

Статья 23

Настоящее Соглашение может быть изменено лишь с согласия всех стран-участниц. Предложения об изменениях могут быть внесены любой страной-участницей Соглашения. Такие предложения направляются депозитарию.

Статья 24

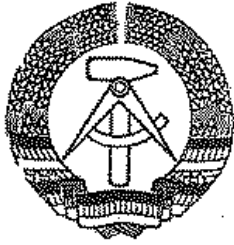
Депозитарий настоящего Соглашения примет соответствующие меры с целью регистрации этого Соглашения в Секретариате Организации Объединенных Наций в соответствии с ее Уставом.

Статья 25

Депозитарий направляет заверенные копии настоящего Соглашения всем странам-участницам, извещает их о дате вступления в силу Соглашения, о полученных уведомлениях об утверждении Соглашения, о присоединении к нему, о денонсациях, а также о всех других полученных уведомлениях.

Совершено в Москве 12 апреля 1973 г. в одном экземпляре на русском языке.

По уполномочию Правительства Народной Республики Болгарии	С оговоркой о последующем утверждении в соответствии с национальным законодательством НРБ	И. Иванов
По уполномочию Правительства Венгерской Народной Республики	С оговоркой о ратификации	Э. Ташнади
По уполномочию Правительства Германской Демократи- ческой Республики	С оговоркой о ратификации	Й. Хеммерлинг
По уполномочию Правительства Республики Куба	С оговоркой о ратификации	Р. Падиля
По уполномочию Правительства Монгольской Народной Республики	С оговоркой о последующем утверждении Правительством МНР	Н. Авирмид
По уполномочию Правительства Польской Народной Республики	С оговоркой о ратификации	Я. Шоманьски
По уполномочию Правительства Социалистической Республики Румынии	С оговоркой о последующем утверждении в соответствии с законодательством СРР	Л. Маринете
По уполномочию Правительства Союза Советских Социалистических Республик	С оговоркой об утверждении соответствующими органами СССР	Ю. Макареп
По уполномочию Правительства Чехословацкой Социалистической Республики	С оговоркой об утверждении соответствующими органами СССР	М. Белоглазек
Копия верна: Заведующий юридическим отделом Секретариата СЭВ М. Кудрянов		



GESETZBLATT

117

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 20. August 1973

Teil II Nr. 11

Tag

Inhalt

Seite

8. 8. 73

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gemeinsame Kontrolle im grenzüberschreitenden Verkehr

117

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung
der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die gemeinsame Kontrolle
im grenzüberschreitenden Verkehr
vom 8. August 1973**

Am 16. Februar 1973 wurde in Berlin das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gemeinsame Kontrolle im grenzüberschreitenden Verkehr unterzeichnet.

Das Abkommen trat entsprechend seinen Schlußbestimmungen nach erfolgtem Notenaustausch am 3. Juli 1973 in Kraft.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 8. August 1973

**Der Leiter
des Büros des Ministerrates**

**Dr. Rost
Staatssekretär**

**Abkommen
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung
der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die gemeinsame Kontrolle
im grenzüberschreitenden Verkehr**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben, geleitet von dem Wunsch,

die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs auf der Grundlage des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Verkehrs wesens und über die Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle beim Grenzübertritt, der in Prag am 21. Dezember 1970 unterzeichnet wurde, zu erweitern und zu vertiefen,

beschlossen, das vorliegende Abkommen abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Oskar Fischer

die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

den Stellvertreter des Ministers des Innern der ČSSR
Ján Pješčák,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Sofern in diesem Abkommen die Bezeichnung „Kontrollorgane“ verwendet wird, werden darunter Organe verstanden, die die Grenz- und Zollkontrolle von Personen, Waren und Transportmitteln sowie auch die epidemiologische, veterinäre und phytosanitäre Kontrolle an der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr ausüben.

Artikel 2

(1) Die Kontrollorgane der Abkommenspartner üben die gemeinsame Kontrolle auf den in der Anlage zu diesem Abkommen genannten Stationen und Abschnitten der geöffneten Grenzübergangsstellen aus.

(2) Die Erweiterung der gemeinsamen Kontrolle auf weitere Grenzübergangsstellen bzw. die Regelung ihrer Ausübung wird von den zuständigen zentralen Organen vereinbart und in der im Abs. 1 genannten Anlage aufgeführt.

Artikel 3

(1) Mit der Kontrolle der Personen, Waren und Transportmittel beginnen die Organe des Ausreise- bzw. Ausfuhrstaates. Die Kontrolle durch die Kontrollorgane des Einreise- bzw. Einfuhrstaates beginnt unmittelbar, nachdem die Kontrollorgane des Ausreise- bzw. Ausfuhrstaates die Kontrolle für abgeschlossen erklärt haben.

(2) Die Kontrolle der Personen, Waren und Transportmittel, die durch die Kontrollorgane des Ausreise- bzw. Ausfuhrstaates durchgeführt wird, gilt auch dann als abgeschlossen, wenn diese Organe die Dokumente, die zum Grenzübertritt berechtigen, den Kontrollorganen des Einreise- bzw. Einfuhrstaates übergeben haben.

(3) Die gemeinsame Kontrolle der Eisenbahn-, Post- und anderen Beschäftigten des einen Abkommenspartners, die auf den Bahnhöfen des anderen Abkommenspartners ihren Dienst

verschen, führen die Kontrollorgane auf den Übergabebahnhöfen durch, die von den Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner vereinbart werden.

Artikel 4

(1) Unter der Kontrolle der die Grenzübergangsstellen passierenden Transportmittel ist die innere und äußere Kontrolle dieser Transportmittel zu verstehen.

(2) Die zuständigen Organe des Abkommenspartners, auf dessen Hoheitsgebiet die gemeinsame Kontrolle ausgeübt wird, werden an den Grenzübergangsstellen Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze durchführen.

(3) Die die Grenzübergangsstellen passierenden Transportmittel im Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr werden auf den Bahnhöfen, Eisenbahnstrecken, Anlegestellen oder Abschnitten der Wasserwege, die für die gemeinsame Kontrolle festgelegt sind, von den zuständigen Organen desjenigen Abkommenspartners bewacht, auf dessen Hoheitsgebiet die Kontrolle ausgeübt wird.

Artikel 5

(1) Die zuständigen Organe der Abkommenspartner werden auf ihrem Hoheitsgebiet die notwendigen materiell-technischen Voraussetzungen zur Ausübung der gemeinsamen Kontrolle schaffen.

(2) Die zuständigen Organe des Abkommenspartners, auf dessen Hoheitsgebiet die gemeinsame Kontrolle ausgeübt wird, stellen den Kontrollorganen des anderen Abkommenspartners die erforderlichen Räumlichkeiten mit der notwendigen Inneneinrichtung zur Verfügung, gewährleisten deren Instandhaltung und Reparatur und tragen alle sich daraus ergebenden Kosten. Über die Diensträume und Einrichtungen, die von den Kontrollorganen des anderen Abkommenspartners benutzt werden, wird ein Verzeichnis in zweifacher Ausfertigung angelegt und gegenseitig bestätigt.

(3) Die dienstlichen Ferngespräche werden den Kontrollorganen des anderen Abkommenspartners unentgeltlich gewährt.

(4) Die Art und Weise sowie der Umfang des Ausgleichs für die erbrachten materiellen Leistungen, einschließlich des Verfahrens, werden zwischen den zuständigen zentralen Organen der Abkommenspartner vereinbart.

Artikel 6

Die Verkehrsträger des Abkommenspartners, auf dessen Hoheitsgebiet die gemeinsame Kontrolle ausgeübt wird, gewähren den Angehörigen der Kontrollorgane des anderen Abkommenspartners die unentgeltliche Benutzung der Verkehrsmittel zur Ausübung der gemeinsamen Kontrolle. Sie stellen zugleich die erforderlichen Dienstabteile in den internationalen Reisezügen zur Verfügung.

Artikel 7

Die Kontrollorgane informieren sich rechtzeitig über die zu erwartende Anzahl der die Staatsgrenze überschreitenden Reisenden sowie über andere wichtige Umstände, die die gemeinsame Kontrollausübung beeinflussen.

Artikel 8

Die Verkehrsträger der Abkommenspartner gewährleisten in Übereinstimmung mit den Kontrollorganen ihrer Seite die Trennung des internationalen Verkehrs vom Inlandsverkehr im erforderlichen Maße überall dort, wo die gemeinsame Kontrolle ausgeübt wird.

Artikel 9

Im Falle einer Erkrankung oder des Unfalles eines Angehörigen der Kontrollorgane auf dem Hoheitsgebiet des anderen Abkommenspartners gewähren die Organe dieses Abkommenspartners unentgeltlich die erforderliche ärztliche Behandlung.

Artikel 10

(1) Auf die Organe und Beschäftigten der Abkommenspartner, die ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Abfertigung von Personen, Waren und Transportmitteln, die die Staatsgrenze überschreiten, ausüben und keine Kontrollorgane im Sinne des Artikels 1 sind, finden die Bestimmungen der Artikel 5, 6 und 9 an den in Artikel 2 Abs. 1 genannten Stationen und Abschnitten Anwendung.

(2) Die Abkommenspartner legen das Kontrollorgan fest, das gegenüber den in Artikel 1 Abs. 1 und Artikel 10 Abs. 1 genannten Organen weisungsberechtigt ist.

Artikel 11

Die zuständigen zentralen Organe der Abkommenspartner können die entsprechenden Vereinbarungen zur Durchführung des vorliegenden Abkommens abschließen.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen bedarf der Bestätigung nach den Rechtsvorschriften der Abkommenspartner und tritt am Tage des Austausches der Noten über die Bestätigung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Es verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn es nicht von einem der Abkommenspartner zwölf Monate vor Ablauf der Gültigkeit gekündigt wird. Das Abkommen verliert jedoch seine Gültigkeit mit dem Tage des Außerkrafttretens des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens und über die Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle beim Grenzübertritt, unterzeichnet am 21. Dezember 1970 in Prag.

Ausgefertigt in Berlin, am 16. Februar 1973 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik
Oskar Fischer

Für die Regierung
der Tschechoslowakischen
Sozialistischen Republik
Ján Pješčák

Anlage

Verzeichnis der Stellen und Abschnitte, auf denen die gemeinsame Kontrolle ausgeübt wird

Grenzübergangsstellen	Ort der gemeinsamen Kontrolle
I. Grenzüberschreitender Straßenverkehr	
Schönberg–Vojtanov	Vojtanov (vorerst in Schönberg)
Oberwiesenthal–Boží Dar	Boží Dar (vorerst in Oberwiesenthal)
Zinnwald–Cinovec	– in Richtung ČSSR in Zinnwald – in Richtung DDR in Cinovec
Schmilka–Hřensko	– in Richtung ČSSR in Schmilka – in Richtung DDR in Hřensko
Seifhennersdorf–Varnsdorf	Reiseverkehr – in Richtung ČSSR in Seifhennersdorf – in Richtung DDR in Varnsdorf Güterverkehr – in Seifhennersdorf

Grenzübergangsstellen Ort der gemeinsamen Kontrolle

Grenzübergangsstellen	Ort der gemeinsamen Kontrolle
II. Grenzüberschreitender Eisenbahnverkehr	
Bad Brambach–Vojtanov	Vojtanov sowie die Eisenbahnstrecke zwischen Bad Brambach und Vojtanov
Bad Schandau–Děčín	Eisenbahnstrecke zwischen Bad Schandau und Děčín sowie zwischen Dresden und Ústí n. L.
III. Grenzüberschreitender Binnenschiffsverkehr	
Schöna–Hřensko	Wechsel- und Transitverkehr für Güter – Standkontrolle in Schöna und Hřensko Wechselverkehr mit Fahrgastschiffen und Sportbooten – Standkontrolle in Hřensko

Die gemeinsame phytosanitäre und veterinärmedizinische Kontrolle wird nur an der Grenzübergangsstelle eines der Abkommenspartner durchgeführt. Die konkrete Festlegung der Grenzübergangsstelle erfolgt nach Vereinbarung der zuständigen zentralen Organe der Abkommenspartner.

Der Termin der Aufnahme der gemeinsamen Kontrolle wird durch die zuständigen zentralen Organe der Abkommenspartner gesondert vereinbart.

Dohoda

**mezi vládou Německé demokratické republiky
a vládou Československé socialistické republiky
o společné kontrole na státních hranicích**

Vláda Německé demokratické republiky a vláda Československé socialistické republiky, vedeny přáním rozšířit a prohloubit spolupráci v oblasti společné kontroly na státních hranicích na základě Smlouvy mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou v oblasti dopravy a v pasové, celní a jiné kontrole při přestupu státních hranic ze dne 21. prosince 1970, se rozhodly uzavřít tuto dohodu.

Za tím účelem jmenovaly svými zmocněnci
vláda Německé demokratické republiky
náměstka ministra zahraničních věcí
Oskara Fischera,

vláda Československé socialistické republiky
náměstka ministra vnitra ČSSR
Jana Pješčáka,

kterí se po výměně plných mocí, jež byly shledány ve správné a náležité formě, dohodli takto:

Článek 1

Pokud se v této dohodě užívá označení „kontrolní orgány“, rozumějí se tím orgány, jež provádějí pasovou a celní kontrolu osob, zboží a dopravních prostředků, jakož i epidemiologickou, veterinární a fytokarantenní kontrolu na státních hranicích mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou z železniční, silniční a říční dopravy.

Článek 2

1/ Kontrolní orgány smluvních stran provádějí společnou kontrolu v místech a úsecích na otevřených hraničních přechodech, jež obsahuje příloha této dohody.

2/ Rozšíření společné kontroly na další hraniční přechody popřípadě úpravu jejího provádění dohodnou příslušné ústřední orgány a uvedou je v příloze této dohody.

Článek 3

1/ Kontrolu osob, zboží a dopravních prostředků provádějí jako první orgány smluvní strany, z jejíhož území osoby a zboží vystupují. Bezprostředně poté, kdy tyto kontrolní orgány prohlásí kontrolu za skončenou, přistoupí k jejímu provedení orgány smluvní strany, na jejíž území osoby a zboží vstupují.

2/ Kontrola osob, zboží a dopravních prostředků prováděná kontrolními orgány smluvní strany, z jejíhož území osoby a zboží vystupují, platí za skončenou rovněž tehdy, kdy tyto kontrolní orgány předaly doklady opravňující k přestupu státních hranic kontrolním orgánům smluvní strany, na jejíž území osoby a zboží vstupují.

3/ Společnou kontrolu železničních, poštovních a jiných zaměstnanců smluvní strany, kteří vykonávají službu v železničních stanicích na území druhé smluvní strany, provádějí kontrolní orgány ve výměnných stanicích určených v příslušných ujednáních železničních správ smluvních stran.

Článek 4

1/ Kontrolou dopravních prostředků přestupujících státní hranice se rozumí vnitřní a vnější kontrola těchto prostředků.

2/ Příslušné orgány smluvní strany, na jejímž území se provádí společná kontrola, učiní na hraničních přechodech opatření k zajištění ochrany státních hranic.

3/ Dopravní prostředky přestupující státní hranice v železniční a říční dopravě jsou v železničních stanicích, úsecích železničních tratí, přístavištích a na úsecích vodních cest, určených k výkonu společné kontroly, stráženy orgány smluvní strany, na jejímž území se kontrola provádí.

Článek 5

1/ Příslušné orgány smluvních stran vytvoří na svém území potřebné materiálně technické předpoklady pro provedení společné kontroly.

2/ Příslušné orgány smluvní strany, na jejímž území se provádí společná kontrola, poskytnou kontrolním orgánům druhé smluvní strany potřebné prostory s nezbytným vnitřním zařízením, zajistí jejich údržbu a opravy a ponесou všechny s tím související náklady. O služebních místnostech a zařízeních, které používají kontrolní orgány druhé smluvní strany, se pojdí ve dvojím vyhotovení seznam, který se vzájemně potvrdí.

3/ Služební telefonní rozhovory se poskytují kontrolním orgánům druhé smluvní strany bezplatně.

4/ Způsob a rozsah vyrovnání vynaložených prostředků včetně postupu, kterého přitom bude použito, dohodnou příslušné ústřední orgány smluvních stran.

Článek 6

Dopravní orgány smluvní strany, na jejímž území se provádí společná kontrola poskytnou příslušníkům kontrolních orgánů pro provedení společné kontroly bezplatnou přepravu. Zároveň dají k dispozici potřebné služební oddíly v mezinárodních vlacích osobní přepravy.

Článek 7

Kontrolní orgány se vzájemně informují o očekávaném počtu osob přestupujících státní hranice, jakož i o jiných důležitých okolnostech, jež ovlivňují provádění společné kontroly.

Clánek 8

Dopravní orgány zajistí v dohodě s kontrolními orgány své smluvní strany nezbytnou oddělitelnost mezinárodní dopravy od vnitřní dopravy všude tam, kde se provádí společná kontrola.

Clánek 9

V případě onemocnění nebo úrazu příslušníka kontrolních orgánů na území druhé smluvní strany poskytnou mu orgány této smluvní strany bezplatně potřebnou lékařskou péči.

Clánek 10

/1/ Ustanovení článků 5, 6 a 9 se vztahují i na orgány a zaměstnance smluvních stran, kteří v souvislosti s odbavováním osob, zboží a dopravních prostředků přestupujících státní hranice vykonávají činnost v místech a úsecích uvedených v článku 2 odstavec 1 a kteří nejsou kontrolními orgány ve smyslu článku 1.

/2/ Smluvní strany určí odpovědného pracovníka, který řídí orgány uvedené v článku 1 odstavec 1 a v článku 10 odstavec 1.

Clánek 11

Příslušné ústřední orgány mohou sjednat potřebná ujednání k provádění této dohody.

Clánek 12

/1/ Dohoda podléhá schválení podle ústavních předpisů smluvních stran a vstoupí v platnost dnem výměny nót o tomto schválení.

/2/ Dohoda se uzavírá na dobu pěti let. Nevypoví-li jedna ze smluvních stran dohodu nejpozději jeden rok před uplynutím této lhůty, zůstává v platnosti vždy dalších pět let. Dnem pozbytí platnosti Smlouvy mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o spolupráci v oblasti dopravy a v pasové, celní a jiné kontrole při přestupu státních hranic ze dne 21. prosince 1970 pozbývá platnosti i tato dohoda.

Dáno v Berlíně dne 16. února 1973 ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu
Německé demokratické
republiky

Oskar Fischer

Za vládu
Československé
socialistické
republiky

Ján Pješčák

Příloha

Seznam
míst a úseků na nichž se provádí společná kontrola

Hraniční přechody	Místo společné kontroly
I. Silniční hraniční přechody	
Schönberg—Vojtanov	Vojtanov / prozatímně Schönberg/
Oberwiesenthal—Boží Dar	Boží Dar /prozatímně Oberwiesenthal/
Zinnwald—Cínovec	do ČSSR—Zinnwald do NDR—Cínovec
Schmilka—Hřensko	do ČSSR—Schmilka do NDR—Hřensko
Seifhennersdorf—Varnsdorf	osobní přeprava do ČSSR—Seifhennersdorf do NDR—Varnsdorf nákladní přeprava Seifhennersdorf
II. Železniční hraniční přechody	
Bad Brambach—Vojtanov	Vojtanov, jakož i železniční trať mezi Bad Brambach a Vojtanovem
Bad Schandau—Děčín	železniční trať mezi Bad Schandau a Děčínem, jakož i mezi Dresden a Ústím nad Labem
III. Říční hraniční přechody	
Schöna—Hřensko	vzájemná a transitní přeprava zboží Schöna a Hřensko vzájemná přeprava osobních lodí a sportovních člunů Hřensko

Společná veterinární a fytokarantenní kontrola je prováděna jen na hraničním přechodu jedné smluvní strany. Hraniční přechody budou jmenovitě určeny po dohodě příslušných ústředních orgánů smluvních stran.

Příslušné ústřední orgány dohodnou termín zahájení společné kontroly.



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

121

1973

Berlin, den 13. September 1973

Teil II Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
21. 8. 73	Bekanntmachung über die Hinterlegung der Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen vom 14. Dezember 1960	121

Bekanntmachung über die Hinterlegung der Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen vom 14. Dezember 1960

vom 21. August 1973

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Annahmeerkunde zu der nächstehend veröffentlichten Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen am 5. Juli 1973 hinterlegt hat.

Die Konvention tritt gemäß Artikel 14 am 5. Oktober 1973 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft.

Berlin, den 21. August 1973

Der Leiter
des Büros des Ministerrates

Dr. Rost
Staatssekretär

Inoffizielle Übersetzung

Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen

Die Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, versammelt in Paris zu ihrer Elften Tagung vom 14. November bis 15. Dezember 1960 —

EINGEDENK der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die den Grundsatz der Nichtdiskriminierung bekräftigt und das Recht jedes Menschen auf Erziehung verkündet,

IN DER ERWÄGUNG, daß Diskriminierung im Bildungswesen Rechte verletzt, die in dieser Erklärung aufgeführt sind,

IN DER ERWÄGUNG, daß sich die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in ihrer Verfassung die Aufgabe gestellt hat, zwischen den Völkern eine Zusammenarbeit mit dem Ziel einzuleiten, in der ganzen Welt die Achtung vor den Menschenrechten und gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle sicherzustellen,

IN DER ERKENNTNIS, daß es demnach Pflicht der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur ist, unter Beachtung der Verschiedenheit der nationalen Bildungssysteme nicht nur jegliche Diskriminierung im Bildungswesen zu verurteilen, sondern auch auf diesem Gebiet gleiche Möglichkeiten für alle und die Gleichbehandlung aller zu fördern,

BEFASST mit Vorschlägen zu den verschiedenen Aspekten der als Punkt 17.1.4. auf ihrer Tagesordnung stehenden Diskriminierung im Bildungswesen,

GEMÄSS DEM während ihrer Zehnten Tagung gefaßten Beschluß, diese Frage zum Gegenstand einer internationalen Konvention und von Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten zu machen —

NIMMT heute, am 14. Dezember 1960, folgende Konvention an:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieser Konvention umfaßt der Begriff „Diskriminierung“ jegliche auf der Rasse oder der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen oder sozialen Herkunft, den wirtschaftlichen Verhältnissen oder der Geburt beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die den Zweck oder die Wirkung hat, die Gleichbehandlung auf dem Gebiet des Bildungswesens aufzuheben oder zu beeinträchtigen und insbesondere

- a) einer Person oder Personengruppe den Zugang zur Bildung — gleichviel welcher Art oder Stufe — zu verwehren,
- b) eine Person oder Personengruppe auf einen niedrigen Bildungsstand zu beschränken,
- c) für Personen oder Personengruppen getrennte Bildungssysteme oder -anstalten zu schaffen oder zu unterhalten, mit Ausnahme der nach Artikel 2 zulässigen,
- d) einer Person oder Personengruppe Bedingungen aufzuerlegen, die mit der Menschenwürde unvereinbar sind.

(2) Im Sinne dieser Konvention bezieht sich der Begriff „Bildung“ auf deren sämtliche Arten und Stufen und umfaßt den Zugang zur Bildung, deren Niveau und Qualität sowie die Bedingungen, unter denen sie vermittelt wird.

Artikel 2

Soweit staatlich zugelassen, gilt folgendes nicht als Diskriminierung im Sinne des Artikels 1 dieser Konvention:

- a) für Schüler der beiden Geschlechter getrennte Bildungssysteme oder -anstalten zu schaffen oder zu unterhalten, sofern sie gleichwertige Zugangsmöglichkeiten zur Bildung eröffnen, über Lehrkräfte mit gleichwertiger Lehrbefähigung, über Schulgebäude und Ausstattung gleicher Qualität verfügen und gleiche oder gleichwertige Bildungsmöglichkeiten bieten;
- b) aus religiösen oder sprachlichen Gründen getrennte Bildungssysteme oder -anstalten zu schaffen oder zu unterhalten, die eine den Wünschen der Eltern oder des gesetzlichen Vormunds des Schülers entsprechende Bil-

ung vermitteln, sofern in bezug auf die Zugehörigkeit zu solchen Systemen oder den Besuch solcher Anstalten kein Zwang ausgeübt wird und die dort vermittelte Bildung den Normen entspricht, die die zuständigen Behörden, insbesondere für die Bildung auf gleicher Ebene, festgelegt oder genehmigt haben;

- c) private Bildungsanstalten zu schaffen oder zu unterhalten, sofern ihr Ziel nicht auf den Ausschluß irgendeiner Personengruppe, sondern darauf gerichtet ist, zusätzliche Bildungsmöglichkeiten zu den durch staatliche Stellen bereitgestellten zu bieten, und sofern solche Anstalten in Übereinstimmung mit dieser Zielsetzung geführt werden und die dort vermittelte Bildung den Normen entspricht, die die zuständigen Behörden, insbesondere für die Bildung auf gleicher Ebene, festgelegt oder genehmigt haben.

Artikel 3

Um jede Diskriminierung im Sinne dieser Konvention zu beseitigen und zu verhüten, verpflichten sich die Vertragsstaaten:

- a) alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften aufzuheben und alle Verwaltungsgepflogenheiten einzustellen, die eine Diskriminierung im Bildungswesen bewirken;
- b) die notwendigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls durch Gesetzgebung, damit bei der Zulassung von Schülern zu Bildungsanstalten keine Diskriminierung stattfindet;
- c) in bezug auf Schulgebühren, auf die Gewährung von Freiplätzen oder sonstigen Vergünstigungen für Schüler sowie auf etwa erforderliche Genehmigungen und Erleichterungen für Studien im Ausland keine unterschiedliche Behandlung ihrer eigenen Staatsangehörigen durch die Behörden zuzulassen, es sei denn auf Grund von Leistung oder Bedürftigkeit;
- d) bei der Unterstützung, gleichviel welcher Art, die den Bildungsanstalten von behördlicher Seite gewährt wird, keine Bevorzugung oder Beschränkung zuzulassen, die lediglich auf der Zugehörigkeit der Schüler zu einer bestimmten Personengruppe beruht;
- e) ausländischen Staatsangehörigen, die in ihrem Hoheitsgebiet ansässig sind, denselben Zugang zur Bildung zu gewähren wie ihren eigenen Staatsangehörigen.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich ferner, eine staatliche Politik festzulegen, weiterzuentwickeln und durchzuführen, die durch Methoden, die den gegebenen Umständen und nationalen Gepflogenheiten angepaßt sind, darauf abzielt, gleiche Möglichkeiten und gleiche Behandlung im Bildungswesen zu fördern und insbesondere

- a) Schulpflicht und Schulgeldfreiheit für den Grundschulunterricht einzuführen, die weiterführende Bildung in ihren unterschiedlichen Formen allgemein bereitzustellen und allen zugänglich zu machen; die Hochschulbildung auf der Grundlage der Gleichberechtigung allen auf der Grundlage ihrer individuellen Fähigkeiten zugänglich zu machen; sicherzustellen, daß alle der gesetzlich vorgeschriebenen Schulpflicht nachkommen;
- b) in allen öffentlichen Bildungsanstalten gleicher Stufe ein gleiches Unterrichtsniveau und gleichwertige Voraussetzungen für die Qualität der Bildung sicherzustellen;
- c) durch geeignete Methoden die Bildung derjenigen zu fördern und zu vertiefen, die eine Grundschulbildung nicht genossen oder nicht abgeschlossen haben, und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auf der Grundlage ihrer individuellen Fähigkeiten weiterzubilden;
- d) die Ausbildung zum Lehrberuf ohne Diskriminierung zu gewährleisten.

Artikel 5

(1) Die Vertragsstaaten dieser Konvention kommen überein,

- a) daß die Bildung darauf auszurichten ist, die menschliche Persönlichkeit voll zu entfalten, die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken, Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Völkern, allen rassischen oder religiösen Gruppen zu pflegen und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Wahrung des Friedens zu fördern;
- b) daß es wesentlich ist, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des gesetzlichen Vormunds zu achten, erstens für ihre Kinder andere als die behördlich unterhaltenen Bildungsanstalten zu wählen, die aber den Mindestnormen entsprechen, die die zuständigen Behörden festgelegt oder genehmigt haben; und zweitens, daß es ebenso wesentlich ist, ihre Freiheit zu achten, im Einklang mit dem für die Anwendung der innerstaatlichen Gesetzgebung geltenden Verfahren die religiöse und sittliche Erziehung der Kinder nach ihrer eigenen Überzeugung sicherzustellen, und daß keine Person oder Personengruppe gezwungen werden soll, religiöse Unterweisungen zu empfangen, die mit ihrer Überzeugung unvereinbar sind;
- c) daß es wesentlich ist, den Angehörigen nationaler Minderheiten das Recht zuzuerkennen, ihre eigene Erziehungsarbeit zu leisten, hierbei Schulen zu unterhalten und abhängig von der innerstaatlichen Politik in Erziehungsfragen ihre eigene Sprache zu gebrauchen und zu lehren, jedoch vorausgesetzt,
- i) daß dieses Recht nicht in einer Weise ausgeübt werden darf, die die Angehörigen dieser Minderheiten daran hindert, die Kultur und Sprache der gesamten Gemeinschaft zu verstehen und an ihren Tätigkeiten teilzunehmen, oder in einer Weise, die der staatlichen Souveränität Abbruch tut;
- ii) daß das Bildungsniveau nicht niedriger sein darf als das allgemeine Niveau, das die zuständigen Behörden festgelegt oder genehmigt haben; und
- iii) daß kein Zwang zum Besuch dieser Schulen ausgeübt werden darf.

(2) Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung der in Absatz 1 dieses Artikels dargelegten Grundsätze zu gewährleisten.

Artikel 6

Bei der Anwendung dieser Konvention verpflichten sich die Vertragsstaaten, alle von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur künftig angenommenen Empfehlungen zur Bestimmung von Maßnahmen, die zu ergreifen sind gegen die verschiedenen Formen der Diskriminierung im Bildungswesen, auf das sorgfältigste zu beachten sowie gleiche Möglichkeiten und Gleichbehandlung zu gewährleisten.

Artikel 7

Die Vertragsstaaten dieser Konvention informieren in ihren periodischen Berichten, die sie der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt und in einer von ihr bestimmten Weise unterbreiten, über die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sie beschlossen, und über die sonstigen Maßnahmen, die sie getroffen haben, um diese Konvention durchzuführen; hierzu gehören auch Angaben über ihre Maßnahmen zur Festlegung und Weiterentwicklung der in Artikel 4 bezeichneten staatlichen Politik und über die bei deren Durchführung erzielten Ergebnisse und aufgetretenen Hindernisse.

Artikel 8

Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten dieser Konvention über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, ist auf Antrag der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen, sofern kein anderes Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit gegeben ist.

Artikel 9

Vorbehalte zu dieser Konvention sind nicht zulässig.

Artikel 10

Diese Konvention bewirkt keine Minderung von Rechten, die Personen oder Personengruppen auf Grund von Übereinkünften zwischen zwei oder mehr Staaten zustehen, soweit diese Rechte weder dem Wortlaut noch dem Geist dieser Konvention zuwiderlaufen.

Artikel 11

Diese Konvention ist in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 12

(1) Diese Konvention bedarf der Ratifikation oder der Annahme durch die Mitgliedsstaaten der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur gemäß ihrer entsprechenden verfassungsrechtlichen Verfahren.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmearkunden sind beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegen.

Artikel 13

(1) Diese Konvention steht jedem Staat zum Beitritt offen, der nicht Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur ist und vom Exekutivrat dieser Organisation dazu aufgefordert wird.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

Artikel 14

Diese Konvention tritt drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der dritten Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch nur für die Staaten, die zu oder vor diesem Zeitpunkt ihre Urkunde hinterlegt haben. Für jeden anderen Staat tritt sie drei Monate nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 15

Die Vertragsstaaten dieser Konvention erkennen an, daß diese Konvention nicht nur auf ihr Mutterland, sondern auch auf alle Gebiete ohne Selbstregierung, Treuhand-, Kolonial- und sonstige Gebiete anwendbar ist, deren internationale Beziehungen sie wahrnehmen; sie verpflichten sich, erforderlichenfalls die Regierungen oder sonstigen zuständigen Behörden dieser Gebiete bei oder vor der Ratifikation, der Annahme oder dem Beitritt zu konsultieren, um die Anwendung dieser Konvention auf diese Gebiete sicherzustellen; sie werden dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Gebiete notifizieren, auf welche die Konvention demgemäß Anwendung findet; die Notifikation wird drei Monate nach ihrem Eingang wirksam.

Artikel 16

(1) Jeder Vertragsstaat dieser Konvention kann diese Konvention für sich oder für jedes Gebiet kündigen, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt.

(2) Die Kündigung wird durch eine beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegende schriftliche Urkunde notifiziert.

(3) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Kündigungsurkunde wirksam.

Artikel 17

Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur unterrichtet die Mitgliedsstaaten der Organisation, die in Artikel 13 bezeichneten Nichtmitgliedsstaaten sowie die Vereinten Nationen über die Hinterlegung aller in den Artikeln 12 und 13 vorgesehenen Ratifikations-, Annahme- und Beitrittsurkunden sowie über die in den Artikeln 15 und 16 vorgesehenen Notifikationen und Kündigungen.

Artikel 18

(1) Diese Konvention kann von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur geändert werden. Der geänderte Wortlaut ist jedoch nur für diejenigen Staaten verbindlich, die Vertragsparteien der geänderten Konvention werden.

(2) Nimmt die Generalkonferenz eine neue Konvention zur vollständigen oder teilweisen Änderung dieser Konvention an, so steht vom Inkrafttreten der geänderten neuen Konvention an die vorliegende Konvention nicht mehr zur Ratifikation, zur Annahme oder zum Beitritt offen, es sei denn, daß die neue Konvention etwas anderes bestimmt.

Artikel 19

Gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird diese Konvention auf Antrag des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur beim Sekretariat der Vereinten Nationen registriert.

AUSGEFERTIGT zu Paris am 15. Dezember 1960 in zwei Originalen, die die Unterschriften des Präsidenten der Elften Tagung der Generalkonferenz und des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur tragen und im Archiv der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinterlegt werden; allen in den Artikeln 12 und 13 bezeichneten Staaten sowie den Vereinten Nationen werden beglaubigte Abschriften übermittelt.

Der vorstehende Text ist der verbindliche Wortlaut der Konvention, die von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer in Paris abgehaltenen und am 15. Dezember 1960 beendeten Elften Tagung ordnungsgemäß angenommen wurde.

ZU URKUND DESSEN haben wir heute, am 15. Dezember 1960, unsere Unterschrift hierunter gesetzt.

Der Präsident der Generalkonferenz
Akale-Work Abte-Wold

Der Generalsekretär
Vittorino Veronese

Beglaubigte Kopie
Paris,

Der Rechtsberater
der Organisation der Vereinten Nationen
für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

**CONVENTION
AGAINST DISCRIMINATION
IN EDUCATION**

The General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, meeting in Paris from 14 November to 13 December 1960, at its eleventh session,

Recalling that the Universal Declaration of Human Rights asserts the principle of non-discrimination and proclaims that every person has the right to education,

Considering that discrimination in education is a violation of rights enunciated in that Declaration,

Considering that, under the terms of its Constitution, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization has the purpose of instituting collaboration among the nations with a view to furthering for all universal respect for human rights and equality of educational opportunity,

Recognizing that, consequently, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, while respecting the diversity of national educational systems, has the duty not only to proscribe any form of discrimination in education but also to promote equality of opportunity and treatment for all in education,

Having before it proposals concerning the different aspects of discrimination in education, constituting item 17.1.4 of the agenda of the session,

Having decided at its tenth session that this question should be made the subject of an international convention as well as of recommendations to Member States,

Adopts this Convention on the fourteenth day of December 1960.

ARTICLE 1

1. For the purposes of this Convention, the term "discrimination" includes any distinction, exclusion, limitation or preference which, being based on race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, economic condition or birth, has the purpose or effect of nullifying or impairing equality of treatment in education and in particular:

- a. Of depriving any person or group of persons of access to education of any type or at any level;
- b. Of limiting any person or group of persons to education of an inferior standard;
- c. Subject to the provisions of Article 2 of this Convention, of establishing or maintaining separate educational systems or institutions for persons or groups of persons; or
- d. Of inflicting on any person or group of persons conditions which are incompatible with the dignity of man.

2. For the purposes of this Convention, the term "education" refers to all types and levels of education, and includes access to education, the standard and quality of education, and the conditions under which it is given.

ARTICLE 2

When permitted in a State, the following situations shall not be deemed to constitute discrimination, within the meaning of Article 1 of this Convention:

- a. The establishment or maintenance of separate educational systems or institutions for pupils of the two sexes, if these systems or institutions offer equivalent access to education, provide a teaching staff with qualifications of the same standard as well as school premises and equipment of the same quality, and afford the opportunity to take the same or equivalent courses of study;

- b. The establishment or maintenance, for religious or linguistic reasons, of separate educational systems or institutions offering an education which is in keeping with the wishes of the pupil's parents or legal guardians, if participation in such systems or attendance at such institutions is optional and if the education provided conforms to such standards as may be laid down or approved by the competent authorities, in particular for education of the same level;
- c. The establishment or maintenance of private educational institutions, if the object of the institutions is not to secure the exclusion of any group but to provide educational facilities in addition to those provided by the public authorities, if the institutions are conducted in accordance with that object, and if the education provided conforms with such standards as may be laid down or approved by the competent authorities, in particular for education of the same level.

ARTICLE 3

In order to eliminate and prevent discrimination within the meaning of this Convention, the States Parties thereto undertake:

- a. To abrogate any statutory provisions and any administrative instructions and to discontinue any administrative practices which involve discrimination in education;
- b. To ensure, by legislation where necessary, that there is no discrimination in the admission of pupils to educational institutions;
- c. Not to allow any differences of treatment by the public authorities between nationals, except on the basis of merit or need, in the matter of school fees and the grant of scholarships or other forms of assistance to pupils and necessary permits and facilities for the pursuit of studies in foreign countries;
- d. Not to allow, in any form of assistance granted by the public authorities to educational institutions, any restrictions or preference based solely on the ground that pupils belong to a particular group;
- e. To give foreign nationals resident within their territory the same access to education as that given to their own nationals.

ARTICLE 4

The States Parties to this Convention undertake furthermore to formulate, develop and apply a national policy which, by methods appropriate to the circumstances and to national usage, will tend to promote equality of opportunity and of treatment in the matter of education and in particular:

- a. To make primary education free and compulsory; make secondary education in its different forms generally available and accessible to all; make higher education equally accessible to all on the basis of individual capacity; assure compliance by all with the obligation to attend school prescribed by law;
- b. To ensure that the standards of education are equivalent in all public educational institutions of the same level, and that the conditions relating to the quality of the education provided are also equivalent;
- c. To encourage and intensify by appropriate methods the education of persons who have not received any primary education or who have not completed the entire primary education course and the continuation of their education on the basis of individual capacity;
- d. To provide training for the teaching profession without discrimination.

ARTICLE 5

1. The States Parties to this Convention agree that:
- a. Education shall be directed to the full development of the human personality and to the strengthening of respect for human rights and fundamental freedoms; it shall promote understanding, tolerance and friendship among all nations, racial or religious groups, and shall further the activities of the United Nations for the maintenance of peace;
 - b. It is essential to respect the liberty of parents and, where applicable, of legal guardians, firstly to choose for their children institutions other than those maintained by the public authorities but conforming to such minimum educational standards as may be laid down or approved by the competent authorities and, secondly, to ensure in a manner consistent with the procedures followed in the State for the application of its legislation, the religious and moral education of the children in conformity with their own convictions; and no person or group of persons should be compelled to receive religious instruction inconsistent with his or their convictions;
 - c. It is essential to recognize the right of members of national minorities to carry on their own educational activities, including the maintenance of schools and, depending on the educational policy of each State, the use or the teaching of their own language, provided however:
 - (i) That this right is not exercised in a manner which prevents the members of these minorities from understanding the culture and language of the community as a whole and from participating in its activities, or which prejudices national sovereignty;
 - (ii) That the standard of education is not lower than the general standard laid down or approved by the competent authorities; and
 - (iii) That attendance at such schools is optional.
2. The States Parties to this Convention undertake to take all necessary measures to ensure the application of the principles enunciated in paragraph 1 of this Article.

ARTICLE 6

In the application of this Convention, the States Parties to it undertake to pay the greatest attention to any recommendations hereafter adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization defining the measures to be taken against the different forms of discrimination in education and for the purpose of ensuring equality of opportunity and treatment in education.

ARTICLE 7

The States Parties to this Convention shall in their periodic reports submitted to the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on dates and in a manner to be determined by it, give information on the legislative and administrative provisions which they have adopted and other action which they have taken for the application of this Convention, including that taken for the formulation and the development of the national policy defined in Article 4 as well as the results achieved and the obstacles encountered in the application of that policy.

ARTICLE 8

Any dispute which may arise between any two or more States Parties to this Convention concerning the interpretation or application of this Convention, which is not settled by negotiation shall at the request of the parties to the dispute be referred, failing other means of settling the dispute, to the International Court of Justice for decision.

ARTICLE 9

Reservations to this Convention shall not be permitted.

ARTICLE 10

This Convention shall not have the effect of diminishing the rights which individuals or groups may enjoy by virtue of agreements concluded between two or more States, where such rights are not contrary to the letter or spirit of this Convention.

ARTICLE 11

This Convention is drawn up in English, French, Russian and Spanish, the four texts being equally authoritative.

ARTICLE 12

1. This Convention shall be subject to ratification or acceptance by States Members of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization in accordance with their respective constitutional procedures.
2. The instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

ARTICLE 13

1. This Convention shall be open to accession by all States not Members of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization which are invited to do so by the Executive Board of the Organization.
2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

ARTICLE 14

This Convention shall enter into force three months after the date of the deposit of the third instrument of ratification, acceptance or accession, but only with respect to those States which have deposited their respective instruments on or before that date. It shall enter into force with respect to any other State three months after the deposit of its instrument of ratification, acceptance or accession.

ARTICLE 15

The States Parties to this Convention recognize that the Convention is applicable not only to their metropolitan territory but also to all non-self-governing, trust, colonial and other territories for the international relations of which they are responsible; they undertake to consult, if necessary, the governments or other competent authorities of these territories on or before ratification, acceptance or accession with a view to securing the application of the Convention to those territories, and to notify the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization of the territories to which it is accordingly applied, the notification to take effect three months after the date of its receipt.

ARTICLE 16

1. Each State Party to this Convention may denounce the Convention on its own behalf or on behalf of any territory for whose international relations it is responsible.
2. The denunciation shall be notified by an instrument in writing, deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.
3. The denunciation shall take effect twelve months after the receipt of the instrument of denunciation.

ARTICLE 17

The Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall inform the States Members of the Organization, the States not members of the Organization which are referred to in Article 13, as well as the United Nations, of the deposit of all the instruments of ratification, acceptance and accession provided for in Articles 12 and 13, and of the notifications and denunciations provided for in Articles 15 and 16 respectively.

ARTICLE 18

1. This Convention may be revised by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization. Any such revision shall, however, bind only the States which shall become Parties to the revising convention.

2. If the General Conference should adopt a new convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new convention otherwise provides, this Convention shall cease to be open to ratification, acceptance or accession as from the date on which the new revising convention enters into force.

ARTICLE 19

In conformity with Article 102 of the Charter of the United Nations, this Convention shall be registered with the Secretariat of the United Nations at the request of the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

Done in Paris, this fifteenth day of December 1960, in two authentic copies bearing the signatures of the President of the eleventh session of the General Conference and of the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, which shall be deposited in the archives of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, and certified true copies of which shall be delivered to all the States referred to in Articles 12 and 13 as well as to the United Nations.

The foregoing is the authentic text of the Convention duly adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization during its eleventh session, which was held in Paris and declared closed the fifteenth day of December 1960.

IN FAITH WHEREOF we have appended our signatures this fifteenth day of December 1960.

The President of the General Conference
AKALE-WORK ABTE-WOLD

The Director-General
VITTORINO VERONESE

Certified copy
Paris,

Legal Adviser
of the United Nations Educational,
Scientific and Cultural Organization

**CONVENTION CONCERNANT LA LUTTE
CONTRE LA DISCRIMINATION
DANS LE DOMAINE DE L'ENSEIGNEMENT**

La Conférence générale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, réunie à Paris du 14 novembre au 15 décembre 1960, en sa onzième session,

Rappelant que la Déclaration universelle des droits de l'homme affirme le principe de la non-discrimination et proclame le droit de toute personne à l'éducation,

Considérant que la discrimination dans le domaine de l'enseignement constitue une violation de droits énoncés dans cette déclaration,

Considérant qu'aux termes de son Acte constitutif, l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture se propose d'instituer la collaboration des nations afin d'assurer pour tous le respect universel des droits de l'homme et une chance égale d'éducation,

Consciente qu'il incombe en conséquence à l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, dans le respect de la diversité des systèmes nationaux d'éducation, non seulement de proscrire toute discrimination en matière d'enseignement mais également de promouvoir l'égalité de chance et de traitement pour toutes personnes dans ce domaine,

Étant saisie de propositions concernant les différents aspects de la discrimination dans l'enseignement, question qui constitue le point 17.1.4 de l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé, lors de sa dixième session, que cette question ferait l'objet d'une convention internationale ainsi que de recommandations aux États membres,

Adopte, ce quatorzième jour de décembre 1960, la présente convention.

ARTICLE PREMIER

1. Aux fins de la présente convention, le terme "discrimination" comprend toute distinction, exclusion, limitation ou préférence qui, fondée sur la race, la couleur, le sexe, la langue, la religion, l'opinion politique ou toute autre opinion, l'origine nationale ou sociale, la condition économique ou la naissance, a pour objet ou pour effet de détruire ou d'altérer l'égalité de traitement en matière d'enseignement et, notamment:

- a. D'écarter une personne ou un groupe de l'accès aux divers types ou degrés d'enseignement;
- b. De limiter à un niveau inférieur l'éducation d'une personne ou d'un groupe;
- c. Sous réserve de ce qui est dit à l'article 2 de la présente convention, d'instituer ou de maintenir des systèmes ou des établissements d'enseignement séparés pour des personnes ou des groupes; ou
- d. De placer une personne ou un groupe dans une situation incompatible avec la dignité de l'homme.

2. Aux fins de la présente convention, le mot "enseignement" vise les divers types et les différents degrés de l'enseignement et recouvre l'accès à l'enseignement, son niveau et sa qualité, de même que les conditions dans lesquelles il est dispensé.

ARTICLE 2

Lorsqu'elles sont admises par l'État, les situations suivantes ne sont pas considérées comme constituant des discriminations au sens de l'article premier de la présente convention:

- a. La création ou le maintien de systèmes ou d'établissements d'enseignement séparés pour les élèves des deux sexes, lorsque ces systèmes ou établissements présentent des facilités d'accès à l'enseignement équivalentes, disposent d'un personnel enseignant possédant des qualifications de même

ordre, ainsi que de locaux scolaires et d'un équipement de même qualité, et permettent de suivre les mêmes programmes d'études ou des programmes d'études équivalents;

- b. La création ou le maintien, pour des motifs d'ordre religieux ou linguistique, de systèmes ou d'établissements séparés dispensant un enseignement qui correspond au choix des parents ou tuteurs légaux des élèves, si l'adhésion à ces systèmes ou la fréquentation de ces établissements demeure facultative et si l'enseignement dispensé est conforme aux normes qui peuvent avoir été prescrites ou approuvées par les autorités compétentes, en particulier pour l'enseignement du même degré;
- c. La création ou le maintien d'établissements d'enseignement privés, si ces établissements ont pour objet non d'assurer l'exclusion d'un groupe quelconque mais d'ajouter aux possibilités d'enseignement qu'offrent les pouvoirs publics, si leur fonctionnement répond à cet objet et si l'enseignement dispensé est conforme aux normes qui peuvent avoir été prescrites ou approuvées par les autorités compétentes, en particulier pour l'enseignement du même degré.

ARTICLE 3

Aux fins d'éliminer et de prévenir toute discrimination au sens de la présente convention, les États qui y sont parties s'engagent à:

- a. Abroger toutes dispositions législatives et administratives et à faire cesser toutes pratiques administratives qui comporteraient une discrimination dans le domaine de l'enseignement;
- b. Prendre les mesures nécessaires, au besoin par la voie législative, pour qu'il ne soit fait aucune discrimination dans l'admission des élèves dans les établissements d'enseignement;
- c. N'admettre, en ce qui concerne les frais de scolarité, l'attribution de bourses et toute autre forme d'aide aux élèves, l'octroi des autorisations et facilités qui peuvent être nécessaires pour la poursuite des études à l'étranger, aucune différence de traitement entre nationaux par les pouvoirs publics, sauf celles fondées sur le mérite ou les besoins;
- d. N'admettre dans l'aide éventuellement fournie, sous quelque forme que ce soit, par les autorités publiques aux établissements d'enseignement, aucune préférence ni restriction fondées uniquement sur le fait que les élèves appartiennent à un groupe déterminé;
- e. Accorder aux ressortissants étrangers résidant sur leur territoire le même accès à l'enseignement qu'à leurs propres nationaux.

ARTICLE 4

Les États parties à la présente convention s'engagent en outre à formuler, à développer et à appliquer une politique nationale visant à promouvoir, par des méthodes adaptées aux circonstances et aux usages nationaux, l'égalité de chance et de traitement en matière d'enseignement, et notamment à:

- a. Rendre obligatoire et gratuit l'enseignement primaire; généraliser et rendre accessible à tous l'enseignement secondaire sous ses diverses formes; rendre accessible à tous, en pleine égalité, en fonction des capacités de chacun, l'enseignement supérieur; assurer l'exécution par tous de l'obligation scolaire prescrite par la loi;
- b. Assurer dans tous les établissements publics de même degré un enseignement de même niveau et des conditions équivalentes en ce qui concerne la qualité de l'enseignement dispensé;
- c. Encourager et intensifier par des méthodes appropriées l'éducation des personnes qui n'ont pas reçu d'instruction primaire ou qui ne l'ont pas reçue jusqu'à son terme, et leur permettre de poursuivre leurs études en fonction de leurs aptitudes;

- d. Assurer sans discrimination la préparation à la profession enseignante.

ARTICLE 5

1. Les États parties à la présente convention conviennent:

- a. Que l'éducation doit viser au plein épanouissement de la personnalité humaine et au renforcement du respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales et qu'elle doit favoriser la compréhension, la tolérance et l'amitié entre toutes les nations et tous les groupes raciaux ou religieux, ainsi que le développement des activités des Nations Unies pour le maintien de la paix;
- b. Qu'il importe de respecter la liberté des parents et, le cas échéant, des tuteurs légaux: 1° de choisir pour leurs enfants des établissements autres que ceux des pouvoirs publics, mais conformes aux normes minimums qui peuvent être prescrites ou approuvées par les autorités compétentes; et 2° de faire assurer, selon les modalités d'application propres à la législation de chaque État, l'éducation religieuse et morale des enfants conformément à leurs propres convictions; qu'en outre, aucune personne ni aucun groupe ne devraient être contraints de recevoir une instruction religieuse incompatible avec leurs convictions;
- c. Qu'il importe de reconnaître aux membres des minorités nationales le droit d'exercer des activités éducatives qui leur soient propres, y compris la gestion d'écoles et, selon la politique de chaque État en matière d'éducation, l'emploi ou l'enseignement de leur propre langue, à condition toutefois:
- (i) Que ce droit ne soit pas exercé d'une manière qui empêche les membres des minorités de comprendre la culture et la langue de l'ensemble de la collectivité et de prendre part à ses activités, ou qui compromette la souveraineté nationale;
 - (ii) Que le niveau de l'enseignement dans ces écoles ne soit pas inférieur au niveau général prescrit ou approuvé par les autorités compétentes; et
 - (iii) Que la fréquentation de ces écoles soit facultative.

2. Les États parties à la présente convention s'engagent à prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer l'application des principes énoncés au paragraphe 1 du présent article.

ARTICLE 6

Dans l'application de la présente convention, les États qui y sont parties s'engagent à accorder la plus grande attention aux recommandations que la Conférence générale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture pourra adopter en vue de définir les mesures à prendre pour lutter contre les divers aspects de la discrimination dans l'enseignement et assurer l'égalité de chance et de traitement.

ARTICLE 7

Les États parties à la présente convention devront indiquer dans des rapports périodiques qu'ils présenteront à la Conférence générale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, aux dates et sous la forme qu'elle déterminera, les dispositions législatives et réglementaires et les autres mesures qu'ils auront adoptées pour l'application de la présente convention, y compris celles prises pour formuler et développer la politique nationale définie à l'article 4 ainsi que les résultats obtenus et les obstacles rencontrés dans sa mise en œuvre.

ARTICLE 8

Tout différend entre deux ou plusieurs États parties à la présente convention touchant l'interprétation ou l'application de la présente convention qui n'aura pas été réglé par voie

de négociations sera porté, à la requête des parties au différend, devant la Cour internationale de justice pour qu'elle statue à son sujet, à défaut d'autre procédure de solution du différend.

ARTICLE 9

Il ne sera admise aucune réserve à la présente convention.

ARTICLE 10

La présente convention n'a pas pour effet de porter atteinte aux droits dont peuvent jouir des individus ou des groupes en vertu d'accords conclus entre deux ou plusieurs États, à condition que ces droits ne soient contraires ni à la lettre, ni à l'esprit de la présente convention.

ARTICLE 11

La présente convention est établie en anglais, en espagnol, en français et en russe, les quatre textes faisant également foi.

ARTICLE 12

1. La présente convention sera soumise à la ratification ou à l'acceptation des États membres de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, conformément à leurs procédures constitutionnelles respectives.
2. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture.

ARTICLE 13

1. La présente convention est ouverte à l'adhésion de tout État non membre de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture invité à y adhérer par le Conseil exécutif de l'Organisation.
2. L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture.

ARTICLE 14

La présente convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du troisième instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, mais uniquement à l'égard des États qui auront déposé leurs instruments respectifs de ratification, d'acceptation ou d'adhésion à cette date ou antérieurement. Elle entrera en vigueur pour chaque autre État trois mois après le dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion.

ARTICLE 15

Les États parties à la présente convention reconnaissent que celle-ci est applicable non seulement à leur territoire métropolitain, mais aussi à tous les territoires non autonomes, sous tutelle, coloniaux et autres dont ils assurent les relations internationales; ils s'engagent à consulter, si nécessaire, les gouvernements ou autres autorités compétentes desdits territoires, au moment de la ratification, de l'acceptation ou de l'adhésion, ou auparavant, en vue d'obtenir l'application de la convention à ces territoires, ainsi qu'à notifier au Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture les territoires auxquels la convention s'appliquera; cette notification devant prendre effet trois mois après la date de sa réception.

ARTICLE 16

1. Chacun des États parties à la présente convention aura la faculté de dénoncer la présente convention en son nom propre ou au nom de tout territoire dont il assure les relations internationales.

2. La dénonciation sera notifiée par un instrument écrit déposé auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture.

3. La dénonciation prendra effet douze mois après réception de l'instrument de dénonciation.

ARTICLE 17

Le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture informera les États membres de l'Organisation, les États non membres visés à l'article 13, ainsi que l'Organisation des Nations Unies, du dépôt de tous les instruments de ratification, d'acceptation ou d'adhésion mentionnés aux articles 12 et 13, de même que des notifications et dénonciations respectivement prévues aux articles 15 et 16.

ARTICLE 18

1. La présente convention pourra être révisée par la Conférence générale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture. La révision ne liera cependant que les États qui deviendront parties à la convention portant révision.

2. Au cas où la Conférence générale adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention n'en dispose autrement, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification, à l'acceptation ou à l'adhésion à partir de la date d'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision.

ARTICLE 19

Conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, la présente convention sera enregistrée au Secrétariat des Na-

tions Unies à la requête du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture.

Fait à Paris, le quinze décembre 1960, en deux exemplaires authentiques portant la signature du Président de la Conférence générale, réunie en sa onzième session, et du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, qui seront déposés dans les archives de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture et dont les copies certifiées conformes seront remises à tous les États visés aux articles 12 et 13 ainsi qu'à l'Organisation des Nations Unies.

Le texte qui précède est le texte authentique de la convention dûment adoptée par la Conférence générale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture à sa onzième session, qui s'est tenue à Paris et qui a été déclarée close le quinzième jour de décembre 1960.

En foi de quoi ont apposé leur signature, ce quinzième jour de décembre 1960,

Le Président de la Conférence générale
AKALE-WORK ABTE-WOLD

Le Directeur général
VITTORINO VERONESE

Copie certifiée conforme
Paris,

Conseiller juridique
de l'Organisation des Nations Unies
pour l'éducation, la science et la culture

**КОНВЕНЦИЯ
О БОРЬБЕ С ДИСКРИМИНАЦИЕЙ
В ОБЛАСТИ ОБРАЗОВАНИЯ**

Генеральная конференция Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры, собравшаяся в Париже на одиннадцатую сессию и заседавшая с 14 ноября по 15 декабря 1960 г.,

Напоминая, что Всеобщая декларация прав человека утверждает принцип недопустимости дискриминации и провозглашает право каждого человека на образование,

Принимая во внимание, что дискриминация в области образования является нарушением прав, изложенных в этой декларации,

Принимая во внимание, что в силу своего Устава Организация Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры стремится установить сотрудничество между нациями для того, чтобы обеспечить повсеместно соблюдение прав человека и равный для всех доступ к образованию,

Признавая, следовательно, что Организация Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры, исходя из многообразия систем образования, принятых в отдельных странах, должна не только устранять всякую дискриминацию в области образования, но и поощрять всеобщее равенство возможностей и равное ко всем отношение в этой области,

Получив предложения, касающиеся различных аспектов дискриминации в области образования, т.е. вопроса, включенного в пункт 17.1.4. повестки дня сессии,

Принимая во внимание принятое на десятой сессии решение о том, что этот вопрос является предметом международной конвенции, а также рекомендаций государствам-членам,

Принимает четырнадцатого декабря 1960 года настоящую Конвенцию.

СТАТЬЯ 1

1. В настоящей Конвенции выражение «дискриминация» охватывает всякое различие, исключение, ограничение или предпочтение по признаку расы, цвета кожи, пола, языка, религии, политических или иных убеждений, национального или социального происхождения, экономического положения или рождения, которое имеет целью или следствием уничтожение или нарушение равенства отношения в области образования, и, в частности:

- a. Закрытие для какого-либо лица или группы лиц доступа к образованию любой ступени или типа;
- b. Ограничение образования для какого-либо лица или группы лиц низким уровнем образования;
- c. Создание или сохранение раздельных систем образования или учебных заведений для каких-либо лиц или группы лиц, помимо случаев, предусмотренных положением Статьи 2 настоящей Конвенции; или
- d. положение, несовместимое с достоинством человека, в которое ставится какое-либо лицо или группа лиц.

2. В настоящей Конвенции слово «образование» относится ко всем типам и ступеням образования и включает доступ к образованию, уровень и качество обучения, а также условия, в которых оно ведется.

СТАТЬЯ 2

Следующие положения не рассматриваются как дискриминация с точки зрения Статьи 1 настоящей Конвенции, если они допускаются в отдельных государствах:

- a. Создание или сохранение раздельных систем образования или учебных заведений для учащихся разного пола в тех случаях, когда эти системы или заведения обеспечивают

равный доступ к образованию, когда их преподавательский состав имеет одинаковую квалификацию; когда они располагают помещениями и оборудованием равного качества и позволяют проходить обучение по одинаковым программам;

- b. Создание или сохранение по мотивам религиозного или языкового характера раздельных систем образования или учебных заведений, дающих образование, соответствующее выбору родителей или законных опекунов учащихся, в тех случаях, когда включение в эти системы или поступление в эти заведения является добровольным и если даваемое ими образование соответствует нормам, предписанным или утвержденным компетентными органами образования, в частности в отношении образования одной и той же ступени;

- c. Создание или сохранение частных учебных заведений в тех случаях, когда их целью является не исключение какой-либо группы, а лишь дополнение возможностей образования, предоставляемых государством, при условии, что их деятельность действительно отвечает вышеуказанной цели и что даваемое ими образование соответствует нормам, предписанным или утвержденным компетентными органами образования, в частности, в отношении норм образования одной и той же ступени.

СТАТЬЯ 3

В целях ликвидации или предупреждения дискриминации, подпадающей под определение, данное в настоящей Конвенции, государства, являющиеся сторонами этой последней, обязуются:

- a. Отменить все законодательные постановления и административные распоряжения и прекратить административную практику дискриминационного характера в области образования;
- b. Принять, если нужно, в законодательном порядке меры, необходимые для того, чтобы устранить всякую дискриминацию при приеме учащихся в учебные заведения;
- c. Не допускать в том, что касается платы за обучение, предоставления стипендий и любой другой помощи учащимся, а также разрешений и льгот, которые могут быть необходимы для продолжения образования за границей, никаких различий в отношении к учащимся — гражданам данной страны со стороны государственных органов, кроме различий, основанных на их успехах или потребностях;
- d. Не допускать — в случаях, когда государственные органы предоставляют учебным заведениям те или иные виды помощи — никаких предпочтений или ограничений, основанных исключительно на принадлежности учащихся к какой-либо определенной группе;
- e. Предоставлять иностранным гражданам, проживающим на их территории, такой же доступ к образованию, что и своим гражданам.

СТАТЬЯ 4

Государства, являющиеся сторонами настоящей Конвенции, обязуются, кроме того, разрабатывать, развивать и проводить в жизнь общегосударственную политику, использующую соответствующие национальным условиям и обычаям методы для осуществления равенства возможностей и отношения в области образования, и, в частности:

- a. Сделать начальное образование обязательным и бесплатным; сделать среднее образование в различных его формах всеобщим достоянием и обеспечивать его общедоступность; сделать высшее образование доступным для всех на основе полного равенства и в зависимости от способностей каждого; обеспечить соблюдение предусмотренной законом обязанности обучения;

- b. Обеспечить во всех государственных учебных заведениях равной ступени одинаковый уровень образования и равные условия в отношении качества обучения;
- c. Поощрять и развивать подходящими методами образование лиц, не получивших начального образования или не закончивших его, и продолжение их образования в соответствии со способностями каждого;
- d. Обеспечить без дискриминации подготовку к преподавательской профессии.

СТАТЬЯ 5

1. Государства, являющиеся сторонами настоящей Конвенции, считают, что:
 - a. Образование должно быть направлено на полное развитие человеческой личности и на большее уважение прав человека и основных свобод; оно должно содействовать взаимопониманию, терпимости и дружбе между всеми народами и всеми расовыми или религиозными группами, а также развитию деятельности Организации Объединенных Наций по поддержанию мира;
 - b. Родители и, в соответствующих случаях, законные опекуны должны иметь возможность, во-первых, в рамках, определенных законодательством каждого государства, свободно посылать своих детей не в государственные, а в другие учебные заведения, отвечающие минимальным требованиям, предписанным или утвержденным компетентными органами образования, и, во-вторых, обеспечивать религиозное и моральное воспитание детей в соответствии с их собственными убеждениями; никому в отдельности и ни одной группе лиц, взятой в целом, не следует навязывать религиозное воспитание, не совместимое с их убеждениями;
 - c. За лицами, принадлежащими к национальным меньшинствам, следует признавать право вести собственную просветительскую работу, включая руководство школами, и, в соответствии с политикой в области образования каждого государства, использовать или преподавать свой собственный язык, при условии, однако, что:
 - (i) Осуществление этого права не мешает лицам, принадлежащим к меньшинствам, понимать культуру и язык всего коллектива и участвовать в его деятельности, и что оно не подрывает суверенитета страны;
 - (ii) Уровень образования в такого рода школах не ниже общего уровня, предписанного или утвержденного компетентными органами; и
 - (iii) Посещение такого рода школ является факультативным.
2. Государства, являющиеся сторонами настоящей Конвенции, обязуются принять все необходимые меры, чтобы обеспечить применение принципов, изложенных в пункте 1 настоящей статьи.

СТАТЬЯ 6

При применении настоящей Конвенции государства, являющиеся ее сторонами, обязуются в возможно большей мере учитывать рекомендации, которые Генеральная конференция Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры может принять в целях определения мер борьбы с различными аспектами дискриминации в области образования и мер по обеспечению равенства возможностей и отношения в этой области.

СТАТЬЯ 7

Государства, являющиеся сторонами настоящей Конвенции, должны сообщать в периодических докладах, которые они будут представлять Генеральной конференции Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры в сроки и в форме, которые будут установлены Конфе-

ренцией, о законодательных, административных и других мерах, принятых ими для осуществления настоящей Конвенции, в частности, о выработке и развитии общегосударственной политики, упомянутой в Статье 4, о достигнутых результатах и о препятствиях, на которые натолкнулось претворение этой политики в жизнь.

СТАТЬЯ 8

Если между двумя или несколькими государствами, являющимися сторонами настоящей Конвенции, возникнут разногласия по вопросу о ее толковании или применении и если эти разногласия не будут урегулированы путем переговоров, они будут переданы, по просьбе сторон, Международному суду для вынесения решения в том случае, если не окажется других средств урегулирования разногласий.

СТАТЬЯ 9

Никакие оговорки к настоящей Конвенции не допускаются.

СТАТЬЯ 10

Настоящая Конвенция не ущемляет прав, которыми могут пользоваться отдельные лица или группы в силу соглашений, заключенных между двумя или несколькими государствами, при условии, что эти права не идут вразрез с буквой или с духом Конвенции.

СТАТЬЯ 11

Настоящая Конвенция составлена на английском, испанском, русском и французском языках, причем все четыре текста имеют равную силу.

СТАТЬЯ 12

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации или принятию государствами-членами Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры в порядке, предусмотренном их конституциями.
2. Ратификационные грамоты или акты о принятии сдаются на хранение Генеральному директору Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры.

СТАТЬЯ 13

1. К настоящей Конвенции может присоединиться любое государство, не состоящее членом Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры, которое получит от Исполнительного совета приглашение присоединиться к ней.
2. Присоединение происходит путем сдачи акта о присоединении на хранение Генеральному директору Организации Объединенных Наций по вопросам образования, науки и культуры.

СТАТЬЯ 14

Настоящая Конвенция вступит в силу через три месяца со дня сдачи на хранение третьей ратификационной грамоты или акта о принятии или присоединении, но лишь в отношении тех государств, которые сдали на хранение свои акты о ратификации, принятии или присоединении в указанный день или ранее. В отношении любого другого государства Конвенция вступает в силу через три месяца после того, как оно сдало на хранение свой акт о ратификации, принятии или присоединении.

СТАТЬЯ 15

Государства, являющиеся сторонами настоящей Конвенции, признают, что ее действие распространяется не только на территории их метрополии, но и на все самоуправляющиеся

подопечные, колоннальные и другие территории, за внешние сношения которых они несут ответственность; они обязуются консультироваться, если необходимо, с правительствами или с компетентными властями указанных территорий в момент ратификации, принятия или присоединения, или еще ранее, чтобы обеспечить осуществление Конвенции на этих территориях, а также нотифицировать Генерального директора Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры о территориях, на которых Конвенция будет осуществляться. Эта нотификация вступает в силу через три месяца после ее получения.

СТАТЬЯ 16

1. Каждое государство, являющееся стороной настоящей Конвенции, может ее денонсировать от своего имени или от имени любой территории, за внешние сношения которой оно несет ответственность.
2. Денонсация нотифицируется письменным актом, который сдается Генеральному директору Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.
3. Денонсация вступает в силу через двенадцать месяцев после получения акта о денонсации.

СТАТЬЯ 17

Генеральный директор Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры сообщает государствам-членам Организации, государствам, не состоящим членами Организации, упомянутым в Статье 13, а также Организации Объединенных Наций, о сдаче на хранение всех актов о ратификации, принятии или присоединении, упомянутых в Статьях 12 и 13, а также о нотификациях и денонсациях, указанных в Статьях 15 и 16.

СТАТЬЯ 18

1. Настоящая Конвенция может быть пересмотрена Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры. Однако ее пересмотренный текст будет обязывать лишь те государства, которые станут сторонами пересмотренной Конвенции.
2. В случае, если Генеральная конференция примет новую Конвенцию в результате полного или частичного пересмотра настоящей Конвенции и если новая Конвенция не будет содержать других указаний, настоящая Конвенция будет закрыта

для ратификации, принятия или присоединения со дня вступления в силу новой Конвенции, содержащей пересмотренный текст.

СТАТЬЯ 19

Согласно статье 102 Устава Организации Объединенных Наций, настоящая Конвенция будет зарегистрирована в Секретариате Организации Объединенных Наций по просьбе Генерального директора Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры.

Составлено в Париже, пятнадцатого декабря 1960 года в двух аутентичных экземплярах за подписью Председателя Генеральной конференции, собравшейся на одиннадцатую сессию, и Генерального директора Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры; эти экземпляры будут сданы на хранение в архив Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры и надлежащим образом заверенные копии их будут направлены всем государствам, указанным в Статьях 12 и 13, а также Организации Объединенных Наций.

Приведенный выше текст является подлинным текстом Конвенции, надлежащим образом принятой Генеральной конференцией Организации объединенных наций по вопросам образования, науки и культуры на ее одиннадцатой сессии, состоявшейся в Париже и закончившейся пятнадцатого декабря 1960 г.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО, настоящую Конвенцию подписали сего пятнадцатого декабря 1960 г.

Председатель Генеральной конференции

AKALE-WORK ABTE-WOLD

Генеральный директор

VITTORINO VERONESE

Заверенная копия
Париж,

Юрисконсульт Организации
объединенных наций по вопросам
образования, науки и культуры

**CONVENCIÓN RELATIVA A LA LUCHA
CONTRA LAS DISCRIMINACIONES
EN LA ESFERA DE LA ENSEÑANZA**

La Conferencia General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en su undécima reunión, celebrada en París, del 14 de noviembre al 15 de diciembre de 1960,

Recordando que la Declaración Universal de Derechos Humanos afirma el principio de que no deben establecerse discriminaciones y proclama el derecho de todos a la educación,

Considerando que las discriminaciones en la esfera de la enseñanza constituyen una violación de derechos enunciados en la Declaración Universal de Derechos Humanos,

Considerando que, según lo previsto en su Constitución, la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura se propone instituir la cooperación entre las naciones a fin de asegurar el respeto universal de los derechos humanos y una igualdad de posibilidades de educación,

Consciente de que, en consecuencia, incumbe a la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, con el debido respeto a la diversidad de los sistemas educativos nacionales, no sólo proscribir todas las discriminaciones en la esfera de la enseñanza, sino también procurar la igualdad de posibilidades y de trato para todas las personas en esa esfera,

Habiendo recibido propuestas sobre los diferentes aspectos de las discriminaciones en la enseñanza, cuestión que constituye el punto 17.1.4. del orden del día de la reunión,

Después de haber decidido, en su décima reunión, que esta cuestión sería objeto de una convención internacional y de recomendaciones a los Estados Miembros,

Aprueba hoy, catorce de diciembre de 1960, la presente Convención.

ARTÍCULO 1

1. A los efectos de la presente Convención, se entiende por "discriminación" toda distinción, exclusión, limitación o preferencia, fundada en la raza, el color, el sexo, el idioma, la religión, las opiniones políticas o de cualquier otra índole, el origen nacional o social, la posición económica o el nacimiento, que tenga por finalidad o por efecto destruir o alterar la igualdad de trato en la esfera de la enseñanza y, en especial:

- a. Excluir a una persona o a un grupo del acceso a los diversos grados y tipos de enseñanza;
- b. Limitar a un nivel inferior la educación de una persona o de un grupo;
- c. A reserva de lo previsto en el artículo 2 de la presente Convención, instituir o mantener sistemas o establecimientos de enseñanza separados para personas o grupos; o
- d. Colocar a una persona o a un grupo en una situación incompatible con la dignidad humana.

2. A los efectos de la presente Convención, la palabra "enseñanza" se refiere a la enseñanza en sus diversos tipos y grados, y comprende el acceso a la enseñanza, el nivel y la calidad de ésta y las condiciones en que se da.

ARTÍCULO 2

En el caso de que el Estado las admita, las situaciones siguientes no serán consideradas como constitutivas de discriminación en el sentido del artículo 1 de la presente Convención:

- a. La creación o el mantenimiento de sistemas o establecimientos de enseñanza separados para los alumnos de sexo masculino y para los de sexo femenino, siempre que esos sistemas o establecimientos ofrezcan facilidades equivalentes de acceso a la enseñanza, dispongan de un personal docente igualmente calificado, así como de locales escolares y de un equipo de igual calidad y permitan seguir los mismos programas de estudio o programas equivalentes;
- b. La creación o el mantenimiento, por motivos de orden religioso o lingüístico, de sistemas o establecimientos separados que proporcionen una enseñanza conforme a los deseos de los padres o tutores legales de los alumnos, si la participación en esos sistemas o la asistencia a esos establecimientos es facultativa y si la enseñanza en ellos proporcionada se ajusta a las normas que las autoridades competentes puedan haber fijado o aprobado, particularmente para la enseñanza del mismo grado;
- c. La creación o el mantenimiento de establecimientos de enseñanza privados, siempre que la finalidad de esos establecimientos no sea la de lograr la exclusión de cualquier grupo sino la de añadir nuevas posibilidades de enseñanza a las que proporciona el poder público, y siempre que funcionen de conformidad con esa finalidad, y que la enseñanza dada corresponda a las normas que hayan podido prescribir o aprobar las autoridades competentes, particularmente para la enseñanza del mismo grado.

ARTÍCULO 3

A fin de eliminar o prevenir cualquier discriminación en el sentido que se da a esta palabra en la presente Convención, los Estados Partes se comprometen a:

- a. Derogar todas las disposiciones legislativas y administrativas y abandonar todas las prácticas administrativas que entrañen discriminaciones en la esfera de la enseñanza;
- b. Adoptar las medidas necesarias, inclusive disposiciones legislativas, para que no se haga discriminación alguna en la admisión de los alumnos en los establecimientos de enseñanza;
- c. No admitir, en lo concerniente a los gastos de matrícula, la adjudicación de becas o cualquier otra forma de ayuda a los alumnos, ni en la concesión de permisos y facilidades que puedan ser necesarios para la continuación de los estudios en el extranjero, ninguna diferencia de trato entre nacionales por los poderes públicos, salvo las fundadas en el mérito o las necesidades;
- d. No admitir, en la ayuda, cualquiera que sea la forma que los poderes públicos puedan prestar a los establecimientos de enseñanza, ninguna preferencia ni restricción fundadas únicamente en el hecho de que los alumnos pertenezcan a un grupo determinado;
- e. Conceder, a los súbditos extranjeros residentes en su territorio, el acceso a la enseñanza en las mismas condiciones que a sus propios nacionales.

ARTÍCULO 4

Los Estados Partes en la presente Convención se comprometen, además, a formular, desarrollar y aplicar una política nacional encaminada a promover, por métodos adecuados a las circunstancias y las prácticas nacionales, la igualdad de posibilidades y de trato en la esfera de la enseñanza y, en especial, a:

- a. Hacer obligatoria y gratuita la enseñanza primaria, generalizar y hacer accesible a todos la enseñanza secundaria en sus diversas formas; hacer accesible a todos, en condiciones de igualdad total y según la capacidad de cada uno, la enseñanza superior; velar por el cumplimiento por todos de la obligación escolar prescrita por la ley;

- b. Mantener en todos los establecimientos públicos del mismo grado una enseñanza del mismo nivel y condiciones equivalentes en cuanto se refiere a la calidad de la enseñanza proporcionada;
- c. Fomentar e intensificar, por métodos adecuados, la educación de las personas que no hayan recibido instrucción primaria o que no la hayan recibido en su totalidad, y permitirles que continúen sus estudios en función de sus aptitudes;
- d. Velar por que, en la preparación para la profesión docente, no existan discriminaciones.

ARTÍCULO 5

1. Los Estados Partes en la presente Convención convienen:

- a. En que la educación debe tender al pleno desenvolvimiento de la personalidad humana y a reforzar el respeto de los derechos humanos y de las libertades fundamentales, y que debe fomentar la comprensión, la tolerancia y la amistad entre todas las naciones y todos los grupos raciales o religiosos, y el desarrollo de las actividades de las Naciones Unidas para el mantenimiento de la paz;
- b. En que debe respetarse la libertad de los padres o, en su caso, de los tutores legales, 1.º de elegir para sus hijos establecimientos de enseñanza que no sean los mantenidos por los poderes públicos, pero que respeten las normas mínimas que puedan fijar o aprobar las autoridades competentes, y 2.º de dar a sus hijos, según las modalidades de aplicación que determine la legislación de cada Estado, la educación religiosa y moral conforme a sus propias convicciones; en que, además, no debe obligarse a ningún individuo o grupo a recibir una instrucción religiosa incompatible con sus convicciones;
- c. En que debe reconocerse a los miembros de las minorías nacionales el derecho a ejercer las actividades docentes que les sean propias, entre ellas la de establecer y mantener escuelas y, según la política de cada Estado en materia de educación, emplear y enseñar su propio idioma, siempre y cuando:
 - (i) Ese derecho no se ejerza de manera que impida a los miembros de las minorías comprender la cultura y el idioma del conjunto de la colectividad y tomar parte en sus actividades, ni que comprometa la soberanía nacional;
 - (ii) El nivel de enseñanza en estas escuelas no sea inferior al nivel general prescrito o aprobado por las autoridades competentes; y
 - (iii) La asistencia a tales escuelas sea facultativa.

2. Los Estados Partes en la presente Convención se comprometen a tomar todas las disposiciones necesarias para garantizar la aplicación de los principios enunciados en el párrafo 1 de este artículo.

ARTÍCULO 6

Los Estados Partes en la presente Convención se comprometen a prestar, en la aplicación de la misma, la mayor atención a las recomendaciones que pueda aprobar la Conferencia General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura con el fin de definir las medidas que hayan de adoptarse para luchar contra los diversos aspectos de las discriminaciones en la enseñanza y conseguir la igualdad de posibilidades y de trato en esa esfera.

ARTÍCULO 7

Los Estados Partes en la presente Convención deberán indicar, en informes periódicos que habrán de someter a la Conferencia General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en las fechas y en la forma que ésta determine, las disposiciones legisla-

tivas o reglamentarias, y las demás medidas que hubieren adoptado para aplicar la presente Convención, inclusive las que hubieren adoptado para formular y desarrollar la política nacional definida en el artículo 4, los resultados obtenidos y los obstáculos que hayan encontrado en su aplicación.

ARTÍCULO 8

Cualquier controversia entre dos o varios Estados Partes en la presente Convención respecto a su interpretación o aplicación que no se hubiere resuelto mediante negociaciones, se someterá, a petición de las partes en la controversia, a la Corte Internacional de Justicia para que resuelva al respecto, a falta de otro procedimiento para resolver la controversia.

ARTÍCULO 9

No se admitirá ninguna reserva a la presente Convención.

ARTÍCULO 10

La presente Convención no tendrá por efecto menoscabar los derechos de que disfruten los individuos o los grupos en virtud de acuerdos concertados entre dos o más Estados, siempre que esos derechos no sean contrarios a la letra o al espíritu de la presente Convención.

ARTÍCULO 11

La presente Convención ha sido redactada en español, francés, inglés y ruso; los cuatro textos son igualmente auténticos.

ARTÍCULO 12

1. La presente Convención será sometida a los Estados Miembros de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, para su ratificación o aceptación de conformidad con sus respectivos procedimientos constitucionales.

2. Los instrumentos de ratificación o de aceptación serán depositados en poder del Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura.

ARTÍCULO 13

1. La presente Convención estará abierta a la adhesión de cualquier Estado que no sea miembro de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y que sea invitado a adherirse a ella por el Consejo Ejecutivo de la Organización.

2. La adhesión se hará mediante el depósito de un instrumento de adhesión en poder del Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura.

ARTÍCULO 14

La presente Convención entrará en vigor tres meses después de la fecha en que se deposite el tercer instrumento de ratificación, aceptación o adhesión, pero únicamente respecto de los Estados que hubieren depositado sus respectivos instrumentos de ratificación, aceptación o adhesión en esa fecha o anteriormente. Asimismo, entrará en vigor respecto de cada uno de los demás Estados tres meses después del depósito de su instrumento de ratificación, aceptación o adhesión.

ARTÍCULO 15

Los Estados Partes en la presente Convención reconocen que ésta es aplicable no sólo en su territorio metropolitano, sino también en todos aquellos territorios no autónomos, en fidei-

comiso, coloniales o cualesquiera otros cuyas relaciones internacionales tengan a su cargo. Los Estados Partes se comprometen a consultar, si fuera necesario, al gobierno o demás autoridades competentes de esos territorios, antes o en el momento de la ratificación, aceptación o adhesión, para obtener la aplicación de la Convención a esos territorios, y a notificar al Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, a qué territorios se aplicará la Convención, notificación que surtirá efecto tres meses después de recibida.

ARTÍCULO 16

1. Todo Estado Parte en la presente Convención tendrá la facultad de denunciarla en su propio nombre o en el de cualquier territorio cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo.

2. La denuncia será notificada mediante un instrumento escrito que se depositará en poder del Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura.

3. La denuncia surtirá efecto doce meses después de la fecha de recibo del correspondiente instrumento de denuncia.

ARTÍCULO 17

El Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura informará a los Estados Miembros de la Organización, a los Estados no miembros a que se refiere el artículo 13 y a las Naciones Unidas, del depósito de cualquiera de los instrumentos de ratificación, aceptación o adhesión a que se refieren los artículos 12 y 13, así como de las notificaciones y denuncias previstas en los artículos 15 y 16 respectivamente.

ARTÍCULO 18

1. La presente Convención podrá ser revisada por la Conferencia General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura. No obstante, la revisión no obligará sino a los Estados que lleguen a ser Partes en la convención revisada.

2. En el caso de que la Conferencia General aprobara una nueva convención que constituya una revisión total o parcial de la presente Convención, y a menos que la nueva convención disponga otra cosa, la presente Convención dejará de

estar abierta a la ratificación, la aceptación o la adhesión desde la fecha de entrada en vigor de la nueva convención revisada.

ARTÍCULO 19

De conformidad con el artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas, la presente Convención será registrada en la Secretaría de las Naciones Unidas a petición del Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura.

Hecho en París, el quince de diciembre de 1960, en dos ejemplares auténticos, firmados por el Presidente de la undécima reunión de la Conferencia General, y por el Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, ejemplares que quedarán depositados en los archivos de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y de los que se enviarán copias certificadas conformes a todos los Estados a que se hace referencia en los artículos 12 y 13, así como a las Naciones Unidas.

Lo anterior es el texto auténtico de la Convención aprobada en buena y debida forma por la Conferencia General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, en su undécima reunión, celebrada en París y terminada el quince de diciembre de 1960.

EN FE DE LO CUAL estampan sus firmas, en este día quince de diciembre de 1960.

El Presidente de la Conferencia General
AKALE-WORK ABTE-WOLD

El Director General
VITTORINO VERONESE

Copia certificada conforme
París,

Consejero jurídico
de la Organización de las Naciones Unidas
para la Educación, la Ciencia y la Cultura

Sowjetische Außenpolitik und europäische Sicherheit

Übersetzung aus dem Russischen

303 Seiten · Leinen 9,50 Mark

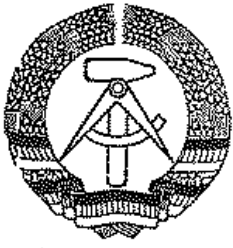
Das sowjetische Autorenkollektiv untersucht umfassend alle wesentlichen Aspekte, die mit dem Beginn der neuen Entwicklungsetappe im Zusammenleben der Völker Europas verbunden sind. Sie gliederten diese Arbeit in 13 Kapitel:

- Die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit — eines der Hauptprobleme der Gegenwart
- Potsdam: Ergebnis des Krieges — Programm für die Nachkriegsregelung
- Der Sozialismus — die entscheidende Kraft im heutigen Europa
- Geschlossenheit und Einheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft — der wichtigste Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa
- Die Völker Europas im Kampf für Frieden und Sicherheit
- Gesamteuropäische Konferenz — Weg zur Gewährleistung der Sicherheit
- Die ökonomischen Aspekte des Problems der europäischen Sicherheit
- Die Normalisierung der Lage im Zentrum Europas — wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit
- Die Bedeutung der Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich für die Sicherheit in Europa
- Großbritannien und die Sicherheit Europas
- Das Problem der Abrüstung und die Sicherung des Friedens in Europa
- Gegen die Verfälschung der sowjetischen Außenpolitik
- Der Frieden in Europa und die Verstärkung der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

137

1973

Berlin, den 20. September 1973

Teil II Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
5. 9. 73	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Zusatzübereinkommen vom 26. Februar 1966 zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden	137
5. 9. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 15. November 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien	144
24. 8. 73	Bekanntmachung über das Wirksamwerden der Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Internationalen Fernmeldeverein und das Inkrafttreten des Internationalen Fernmeldevertrages i. d. F. Montreux 1965 für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	144
24. 8. 73	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zu den Urkunden des Weltpostvereins i. d. F. Tokio 1969	144

Bekanntmachung über den

**Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik
zum Zusatzübereinkommen vom 26. Februar 1966
zum Internationalen Übereinkommen
über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV)
vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn
für Tötung und Verletzung von Reisenden**

vom 5. September 1973

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 1. Mai 1973 dem nachstehend veröffentlichten Zusatzübereinkommen vom 26. Februar 1966 zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden beigetreten ist.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde seitens der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 1 § 2 des Zusatzübereinkommens ein Vorbehalt erklärt.

Berlin, den 5. September 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Zusatzübereinkommen
zum Internationalen Übereinkommen über den
Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV)
vom 25. Februar 1961
über die Haftung der Eisenbahn
für Tötung und Verletzung von Reisenden**

DIE UNTERZEICHNETEN BEVOLLMÄCHTIGTEN.

In der Erkenntnis der Vorteile einer einheitlichen Regelung der Haftung der Eisenbahn für Schäden, die während einer internationalen Beförderung durch Tötung, Verletzung oder sonstige Beeinträchtigung der körperlichen oder der geistigen

Gesundheit eines Reisenden sowie durch Beschädigung oder Verlust der von ihm mitgeführten Sachen entstehen,

haben beschlossen, in Ergänzung des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 ein Zusatzübereinkommen abzuschließen,

und sind über folgende Artikel übereingekommen:

Artikel 1.

Geltungsbereich.

§ 1. — Dieses Übereinkommen regelt die Haftung der Eisenbahn für Schäden, die Reisende durch Unfall auf dem Gebiet eines Vertragsstaates dieses Übereinkommens erlitten haben. Reisende im Sinne dieses Übereinkommens sind:

a) Reisende, die auf Grund des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 befördert werden,

b) Begleiter von Sendungen, die auf Grund des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) vom 25. Februar 1961 befördert werden.

§ 2. — Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde oder seiner Beitrittsurkunde erklären, daß er sich das Recht vorbehält, dieses Übereinkommen nicht anzuwenden, wenn sich der Unfall auf seinem Gebiet ereignet hat und der Reisende Angehöriger dieses Staates ist oder in diesem Staat seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Artikel 2.

Umfang der Haftung.

§ 1. — Die Eisenbahn haftet für den Schaden, der dadurch entsteht, daß ein Reisender durch Unfall im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb während seines Aufenthaltes in den Fahrzeugen oder beim Ein- oder Aussteigen getötet, verletzt oder sonst in seiner körperlichen oder seiner geistigen Gesundheit beeinträchtigt wird.

Die Eisenbahn haftet ferner für den Schaden, der durch Beschädigung oder gänzlichen oder teilweisen Verlust von Sachen entsteht, die der durch einen solchen Unfall betroffene Reisende an sich trägt oder als Handgepäck mit sich führt; dies gilt auch für Tiere, die der Reisende mit sich führt.

§ 2. — Die Eisenbahn ist von dieser Haftung befreit, wenn der Unfall durch außerhalb des Betriebes gelegene Umstände verursacht worden ist und die Eisenbahn diese Umstände trotz Anwendung der nach Lage des Falles gebotenen Sorgfalt nicht vermeiden und deren Folgen nicht abwenden konnte.

§ 3. — Die Eisenbahn ist von dieser Haftung ganz oder teilweise in dem Maße befreit, in welchem der Unfall auf ein Verschulden des Reisenden oder auf ein Verhalten des Reisenden zurückzuführen ist, das nicht dem normalen Verhalten von Reisenden entspricht.

§ 4. — Die Eisenbahn ist von dieser Haftung befreit, wenn der Unfall auf das Verhalten eines Dritten zurückzuführen ist und die Eisenbahn dieses Verhalten trotz Anwendung der nach Lage des Falles gebotenen Sorgfalt nicht vermeiden und dessen Folgen nicht abwenden konnte.

Ist die Haftung der Eisenbahn gemäß dem vorstehenden Absatz nicht ausgeschlossen, so haftet sie unter den Beschränkungen dieses Übereinkommens für das Ganze, unbeschadet ihres etwaigen Rückgriffes gegen den Dritten.

§ 5. — Eine etwaige Haftung der Eisenbahn in den in § 1 nicht vorgesehenen Fällen wird durch dieses Übereinkommen nicht berührt.

§ 6. — Die «haftbare Eisenbahn» im Sinne dieses Übereinkommens ist diejenige Eisenbahn, die nach der in Artikel 59 CIV vorgesehenen Streckenliste die Strecke betreibt, auf der sich der Unfall ereignet hat. Besteht nach der Streckenliste gemeinsamer Betrieb zweier Eisenbahnen, so ist jede von ihnen haftbar.

Artikel 3.

Schadenersatz bei Tötung des Reisenden.

§ 1. — Bei Tötung des Reisenden umfaßt der Schadenersatz:

a) die infolge des Todes des Reisenden entstandenen notwendigen Kosten, insbesondere für die Leichenbeförderung und die Erd- oder die Feuerbestattung;

b) bei nicht sofortigem Eintritt des Todes den in Artikel 4 vorgesehenen Schadenersatz.

§ 2. — Haben durch den Tod des Reisenden Personen, denen gegenüber er kraft Gesetzes unterhaltspflichtig war oder zukünftig unterhaltspflichtig geworden wäre, den Versorger verloren, so ist auch für diesen Verlust Ersatz zu leisten. Der Schadenersatzanspruch von Personen, denen der Reisende ohne gesetzliche Verpflichtung Unterhalt gewährt hat, richtet sich nach dem Landesrecht.

Artikel 4.

Schadenersatz bei Verletzung des Reisenden.

Bei Verletzung oder sonstiger Beeinträchtigung der körperlichen oder der geistigen Gesundheit des Reisenden umfaßt der Schadenersatz:

a) die notwendigen Kosten, insbesondere für Heilung und Pflege sowie für die Beförderung;

b) den Vermögensnachteil, den der Reisende durch gänzliche oder teilweise Arbeitsunfähigkeit oder durch eine Vermehrung seiner Bedürfnisse erleidet.

Artikel 5.

Ersatz anderer Schäden.

Oh und inwieweit die Eisenbahn für andere als die in den Artikeln 3 und 4 vorgesehenen Schäden Ersatz zu leisten hat, insbesondere für körperliche und seelische Unbill (*pretium doloris*) und für ästhetische Nachteile, richtet sich nach dem Landesrecht.

Artikel 6.

Form und Beschränkung des Schadenersatzes bei Tötung oder Verletzung des Reisenden.

§ 1. — Der in Artikel 3 § 2 und in Artikel 4 lit. b) vorgesehene Schadenersatz ist in Form eines Kapitalbetrages zu leisten. Ist jedoch nach Landesrecht die Zuerkennung einer Rente

zulässig, so wird der Schadenersatz in dieser Form geleistet, wenn der verletzte Reisende oder die nach Artikel 3 § 2 Anspruchsberechtigten die Zahlung einer Rente verlangen.

§ 2. — Die Höhe des nach § 1 zu leistenden Schadenersatzes bemißt sich nach dem Landesrecht. Bei Anwendung dieses Übereinkommens gilt jedoch für jeden Reisenden eine Höchstgrenze von 200 000 Franken für den Kapitalbetrag oder eine diesem Betrag entsprechende Jahresrente, sofern das Landesrecht eine niedrigere Höchstgrenze vorsieht.

Artikel 7.

Beschränkung des Schadenersatzes bei Beschädigung oder Verlust von Sachen.

Hat die Eisenbahn auf Grund der Bestimmungen dieses Übereinkommens Schadenersatz zu leisten für Beschädigung oder gänzlichen oder teilweisen Verlust von Sachen, die der getötete oder verletzte Reisende an sich getragen oder als Handgepäck (Tiere inbegriffen) mit sich geführt hat, so kann Ersatz dieses Schadens bis zur Höchstgrenze von 2 000 Franken je Reisenden beansprucht werden.

Artikel 8.

Höhe des Schadenersatzes bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Die Bestimmungen der Artikel 6 und 7 dieses Übereinkommens sowie die Bestimmungen des Landesrechtes, die den Schadenersatz auf einen festen Betrag beschränken, finden keine Anwendung, wenn der Schaden auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Eisenbahn zurückzuführen ist.

Artikel 9.

Verzinsung und Rückzahlung der Entschädigung.

§ 1. — Der Berechtigte kann auf die Entschädigung Zinsen in Höhe von 5% jährlich verlangen. Die Zinsen laufen vom Tage der Reklamation oder, wenn keine solche vorausging, vom Tage der Klageerhebung an. Für Entschädigungen nach den Artikeln 3 und 4 laufen jedoch die Zinsen erst von dem Tage an, an dem die für die Bemessung des Schadenersatzes maßgebenden Umstände eingetreten sind, wenn dieser Tag später liegt als derjenige der Reklamation oder der Klageerhebung.

§ 2. — Eine zu Unrecht empfangene Entschädigung ist zurückzuzahlen.

Artikel 10.

Verbot von Haftungsbeschränkungen.

Tarifbestimmungen und Sonderabmachungen zwischen der Eisenbahn und dem Reisenden, durch welche die Haftung der Eisenbahn auf Grund dieses Übereinkommens im voraus ganz oder teilweise ausgeschlossen werden soll, die der Eisenbahn obliegende Beweislast umgekehrt wird oder niedrigere als die in Artikel 6 § 2 und in Artikel 7 vorgesehenen Höchstgrenzen festgelegt werden, sind nichtig. Diese Nichtigkeit hat jedoch nicht die Nichtigkeit des Beförderungsvertrages zur Folge; dieser bleibt den Bestimmungen der CIV und dieses Übereinkommens unterstellt.

Artikel 11.

Haftung der Eisenbahn für ihre Leute.

Die Eisenbahn haftet für ihre Bediensteten und für andere Personen, deren sie sich bei der Ausführung der Beförderung bedient.

Wenn jedoch Eisenbahnbedienstete auf Verlangen eines Reisenden der Eisenbahn nicht obliegende Verrichtungen besorgen, gelten sie als Beauftragte des Reisenden, für den sie tätig sind.

Artikel 12.

Geltendmachung von in diesem Übereinkommen nicht vorgesehenen Ansprüchen.

In den Fällen des Artikels 2 § 1 kann gegen die Eisenbahn ein Anspruch auf Schadenersatz, auf welchem Rechtsgrund er

auch beruht, nur unter den Voraussetzungen und Beschränkungen geltend gemacht werden, die in diesem Übereinkommen vorgesehen sind.

Das gleiche gilt für Ansprüche gegen die Personen, für welche die Eisenbahn nach Artikel 11 haftet.

Artikel 13.

Reklamationen.

§ 1. — Den Berechtigten steht es frei, Schadenersatzansprüche auf Grund dieses Übereinkommens durch Reklamation geltend zu machen. Die Reklamation kann bei einer der nachstehend genannten Eisenbahnen eingereicht werden, sofern diese Eisenbahn ihren Sitz auf dem Gebiet eines Vertragsstaates dieses Übereinkommens hat:

1. bei der haftbaren Eisenbahn; falls nach Artikel 2 § 6 zwei Eisenbahnen haftbar sind, bei einer von ihnen;
2. bei der Abgangsbahn;
3. bei der Bestimmungsbahn;
4. bei der Eisenbahn am Wohnsitz oder am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Reisenden.

§ 2. — Reklamationen sind schriftlich einzureichen. Belege, die der Berechtigte seiner Reklamation beifügen will, sind im Original oder in Abschrift vorzulegen, Abschriften auf Verlangen der Eisenbahn in gehörig beglaubigter Form.

Artikel 14.

Eisenbahnen, gegen welche Ansprüche gerichtlich geltend gemacht werden können.

Schadenersatzansprüche auf Grund dieses Übereinkommens können nur gegen die haftbare Eisenbahn gerichtlich geltend gemacht werden.

Bei gemeinsamem Betrieb zweier Eisenbahnen hat der Kläger die Wahl zwischen diesen Eisenbahnen. Das Wahlrecht erlischt, sobald die Klage gegen eine dieser Eisenbahnen eingereicht ist.

Artikel 15.

Zuständigkeit.

Wenn in Staatsverträgen oder Konzessionen nichts anderes bestimmt ist, können auf dieses Übereinkommen gegründete Ansprüche nur vor den Gerichten des Staates geltend gemacht werden, auf dessen Gebiet sich der Unfall des Reisenden ereignet hat.

Artikel 16.

Erlöschen der Ansprüche.

§ 1. — Der Berechtigte verliert seine Ansprüche, wenn er den Unfall des Reisenden nicht spätestens drei Monate, nachdem er vom Schaden Kenntnis erlangt hat, einer der Eisenbahnen anzeigt, bei denen die Reklamation nach Artikel 13 eingereicht werden kann.

Zeigt der Berechtigte den Unfall mündlich der Eisenbahn an, so hat diese ihm über die mündliche Anzeige eine Bestätigung auszustellen.

§ 2. — Die Ansprüche erlöschen jedoch nicht:

- a) wenn der Berechtigte innerhalb der in § 1 vorgesehenen Frist seine Ansprüche gegenüber einer der in Artikel 13 § 1 genannten Eisenbahnen geltend gemacht hat;
- b) wenn der Berechtigte nachweist, daß der Unfall durch ein Verschulden der Eisenbahn verursacht worden ist;
- c) wenn infolge von Umständen, die dem Berechtigten nicht zuzurechnen sind, der Unfall nicht oder nicht rechtzeitig angezeigt worden ist;
- d) wenn die haftbare Eisenbahn — oder, falls nach Artikel 2 § 6 zwei Eisenbahnen haftbar sind, eine von ihnen — innerhalb der in § 1 vorgesehenen Frist auf andere Weise vom Unfall des Reisenden Kenntnis erhalten hat.

Artikel 17.

Verjährung der Ansprüche.

§ 1. — Schadenersatzansprüche auf Grund dieses Übereinkommens verjähren:

- a) Ansprüche des Reisenden in drei Jahren, gerechnet vom ersten Tag nach dem Unfall;
- b) Ansprüche der anderen Berechtigten in drei Jahren, gerechnet vom ersten Tage nach dem Tode des Reisenden, spätestens aber in fünf Jahren, gerechnet vom ersten Tage nach dem Unfall.

§ 2. — Wenn der Berechtigte eine Reklamation nach Artikel 13 bei der Eisenbahn einreicht, wird der Lauf der drei in § 1 genannten Verjährungsfristen bis zu dem Tage gehemmt, an dem die Eisenbahn die Reklamation durch schriftlichen Bescheid zurückweist und die der Reklamation beigefügten Belege zurückgibt. Wird der Reklamation teilweise stattgegeben, so beginnt die Verjährung für den noch streitigen Teil der Reklamation weiterzulaufen. Wer sich auf die Einreichung einer Reklamation, auf die Erteilung eines Bescheides oder auf die Rückgabe von Belegen beruft, hat dies zu beweisen.

Weitere Reklamationen, die denselben Anspruch betreffen, hemmen die Verjährung nicht.

§ 3. — Ansprüche, die verjährt sind, können auch nicht im Wege der Widerklage oder der Einrede geltend gemacht werden.

§ 4. — Vorbehaltlich vorstehender Bestimmungen gilt für die Verjährung das Landesrecht.

Artikel 18.

Landesrecht.

§ 1. — Soweit in diesem Übereinkommen keine Bestimmungen getroffen sind, gilt das Landesrecht.

§ 2. — Für die Anwendung dieses Übereinkommens versteht man unter « Landesrecht » das Recht des Staates, auf dessen Gebiet sich der Unfall des Reisenden ereignet hat, einschließlich der Kollisionsnormen.

Artikel 19.

Allgemeine Verfahrensvorschriften.

In allen Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus diesem Übereinkommen richtet sich das Verfahren nach dem Rechte des zuständigen Gerichtes, soweit nicht durch dieses Übereinkommen andere Bestimmungen getroffen sind.

Artikel 20.

Vollstreckbarkeit der Urteile. Sicherheitsleistung.

§ 1. — Urteile, auch Versäumnisurteile, die auf Grund der Bestimmungen dieses Übereinkommens von dem zuständigen Gericht erlassen und nach den für das urteilende Gericht maßgebenden Gesetzen vollstreckbar geworden sind, sind in jedem anderen Vertragsstaat vollstreckbar, sobald die in dem betreffenden Staate vorgeschriebenen Förmlichkeiten erfüllt sind. Eine sachliche Nachprüfung des Inhaltes ist nicht zulässig.

Auf nur vorläufig vollstreckbare Urteile findet diese Vorschrift keine Anwendung, ebensowenig auf solche Bestimmungen eines Urteils, die dem im Rechtsstreit unterlegenen Kläger außer den Kosten eine Entschädigung auferlegen.

Vergleiche, die zwischen den Parteien zur Beilegung eines Rechtsstreites vor dem zuständigen Gericht abgeschlossen und zu gerichtlichem Protokoll genommen worden sind, stehen Urteilen gleich.

§ 2. — Eine Sicherheitsleistung für die Kosten des Rechtsstreites kann bei den auf Grund dieses Übereinkommens erhobenen Klagen nicht gefordert werden.

Artikel 21.**Währung.**

Als Franken im Sinne dieses Übereinkommens gelten Goldfranken im Gewicht von 10/31 Gramm und 0,900 Feingehalt.

Artikel 22.**Gemischte Beförderungen.**

§ 1. — Dieses Übereinkommen ist, vorbehaltlich des § 2, auf Schäden nicht anzuwenden, die während der Beförderung auf einer in der Streckenliste nach Artikel 59 CIV eingetragenen Kraftwagen- oder Schiffahrtslinie entstehen.

§ 2. — Werden jedoch Eisenbahnwagen auf einem Fahrschiff befördert, so ist dieses Übereinkommen auf die durch Artikel 2 § 1 erfaßten Schäden anzuwenden, die der Reisende durch Unfall im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb während seines Aufenthaltes in diesen Wagen, beim Einsteigen in die Wagen oder beim Aussteigen aus den Wagen erleidet.

Für die Anwendung des vorstehenden Absatzes ist unter dem «Staat, auf dessen Gebiet sich der Unfall des Reisenden ereignet hat», der Staat zu verstehen, dessen Flagge das Fahrschiff führt.

§ 3. — Wenn die Eisenbahn infolge außerordentlicher Umstände genötigt ist, ihren Betrieb vorübergehend zu unterbrechen, und die Reisenden mit einem anderen Beförderungsmittel befördert oder befördern läst, so haftet sie nach dem für dieses Beförderungsmittel geltenden Recht. Die Bestimmungen der Artikel 13 bis 17, 18 § 2, 19 und 20 dieses Übereinkommens bleiben jedoch anwendbar.

Artikel 23.**Haftung für die Folgen nuklearer Ereignisse.**

Die Eisenbahn ist von der ihr nach diesem Übereinkommen obliegenden Haftung befreit, wenn der Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht ist und wenn nach den besonderen, in einem Vertragsstaat geltenden Vorschriften über die Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie der Inhaber einer Atomanlage oder eine ihm gleichgestellte Person für diesen Schaden haftet.

Artikel 24.**Unterzeichnung.**

Dieses Übereinkommen liegt bis zum 1. Juli 1966 zur Unterzeichnung durch die Staaten auf, die eingeladen wurden, sich an der vom 21. bis 26. Februar 1966 in Bern abgehaltenen Konferenz vertreten zu lassen.

Artikel 25.**Ratifikation und Inkraftsetzung.**

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich bei der schweizerischen Regierung zu hinterlegen.

Sobald dieses Übereinkommen von fünfzehn Staaten ratifiziert ist, setzt sich die schweizerische Regierung mit den beteiligten Regierungen in Verbindung, um mit ihnen den Zeitpunkt des Inkrafttretens zu bestimmen.

Artikel 26.**Beitritt.**

Will ein Staat, der am Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 beteiligt ist, das vorliegende Übereinkommen jedoch nicht unterzeichnet hat, diesem beitreten, so teilt er dies der schweizerischen Regierung mit, die davon allen Vertragsstaaten Kenntnis gibt.

Der Beitritt wird einen Monat nach dem Tage wirksam, an dem die schweizerische Regierung den Vertragsstaaten von der Beitrittserklahrung Kenntnis gegeben hat.

Artikel 27.**Geltungsdauer und Revision.**

Dieses Übereinkommen hat die gleiche Geltungsdauer wie das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961; es kann nach dem in Artikel 68 § 1 der CIV vorgesehenen Verfahren revidiert und gegebenenfalls in diese eingefügt werden.

Artikel 28.**Wortlaut des Übereinkommens. Amtliche Übersetzungen.**

Dieses Übereinkommen ist dem diplomatischen Gebrauch entsprechend in französischer Sprache abgeschlossen und unterzeichnet.

Dem französischen Wortlaut sind ein deutscher, ein englischer und ein italienischer Wortlaut beigefügt, die als amtliche Übersetzungen gelten.

Bei Nichtübereinstimmung ist der französische Wortlaut maßgebend.

ZU URKUND DESSEN haben die nachstehenden Bevollmächtigten, deren Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden wurden, das vorliegende Übereinkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Bern am sechsundzwanzigsten Februar neunzehnhundertsechundsechzig in einer Urschrift, die im Archiv der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt und von der jedem Vertragsstaat eine amtliche Ausfertigung zugestellt wird.

Convention additionnelle**à la Convention internationale concernant le transport des voyageurs et des bagages par chemins de fer (CIV) du 25 février 1961,****relative à la responsabilité du chemin de fer pour la mort et les blessures de voyageurs****LES PLÉNIPOTENTIAIRES SOUSSIGNES,**

ayant reconnu l'utilité d'une unification des règles de responsabilité du chemin de fer pour les dommages survenus au cours d'un transport international et résultant de la mort, des blessures ou de toute autre atteinte à l'intégrité physique ou mentale d'un voyageur, ainsi que de l'avarie ou de la perte des objets qu'il avait avec lui,

ont résolu de compléter par une Convention additionnelle la Convention internationale concernant le transport des voyageurs et des bagages par chemins de fer (CIV) du 25 février 1961,

et sont convenus des articles suivants:

Article premier.**Champ d'application.**

§ 1. — La présente Convention règle la responsabilité du chemin de fer pour les dommages causes aux voyageurs par un accident survenu sur le territoire d'un Etat partie à la présente Convention. Au sens de la présente Convention, on entend par « voyageurs »:

- les voyageurs dont le transport est régi par la Convention internationale concernant le transport des voyageurs et des bagages par chemins de fer (CIV) du 25 février 1961.
- les convoyeurs des envois effectues conformément à la Convention internationale concernant le transport des marchandises par chemins de fer (CIM) du 25 février 1961.

§ 2. — Chaque Etat contractant pourra, au moment où il signe la présente Convention ou dépose son instrument de ratification ou d'adhésion, déclarer qu'il se réserve le droit de ne pas appliquer la présente Convention aux voyageurs victimes d'accidents survenus sur son territoire, lorsque ceux-ci sont ses ressortissants ou des personnes ayant leur résidence habituelle dans cet Etat.

Article 2.

Etendue de la responsabilité.

§ 1. — Le chemin de fer est responsable des dommages résultant de la mort, des blessures ou de toute autre atteinte à l'intégrité physique ou mentale d'un voyageur causées par un accident en relation avec l'exploitation ferroviaire survenu pendant que le voyageur séjourne dans les véhicules, qu'il y entre ou qu'il en sort.

Le chemin de fer est, en outre, responsable des dommages résultant de l'avarie ou de la perte totale ou partielle des objets que le voyageur victime d'un tel accident avait, soit sur lui, soit avec lui comme colis à main, y compris les animaux.

§ 2. — Le chemin de fer est déchargé de cette responsabilité si l'accident a été causé par des circonstances extérieures à l'exploitation que le chemin de fer, en dépit de la diligence requise d'après les particularités de l'espèce, ne pouvait pas éviter et aux conséquences desquelles il ne pouvait pas obvier.

§ 3. — Le chemin de fer est déchargé en tout ou en partie de cette responsabilité dans la mesure où l'accident est dû à une faute du voyageur ou à un comportement de celui-ci qui n'est pas conforme à la conduite normale des voyageurs.

§ 4. — Le chemin de fer est déchargé de cette responsabilité si l'accident est dû au comportement d'un tiers que le chemin de fer, en dépit de la diligence requise d'après les particularités de l'espèce, ne pouvait pas éviter et aux conséquences duquel il ne pouvait pas obvier.

Si la responsabilité du chemin de fer n'est pas exclue selon l'alinéa précédent, le chemin de fer répond pour le tout dans les limites de la présente Convention et sans préjudice de son recours éventuel contre le tiers.

§ 5. — La présente Convention n'affecte pas la responsabilité qui peut incomber au chemin de fer pour les cas non prévus au § 1.

§ 6. — Le « chemin de fer responsable » au sens de la présente Convention est celui qui, d'après la liste des lignes prévue à l'article 59 de la CIV, exploite la ligne sur laquelle l'accident s'est produit. S'il y a, d'après la liste mentionnée, coexploitation par deux chemins de fer, chacun de ces chemins de fer est responsable.

Article 3.

Domages-intérêts en cas de mort du voyageur.

§ 1. — En cas de mort du voyageur, les dommages-intérêts comprennent:

- a) les frais nécessaires consécutifs au décès, notamment ceux du transport du corps, d'inhumation et d'incinération;
- b) si la mort n'est pas survenue immédiatement, les dommages-intérêts définis à l'article 4.

§ 2. — Si, par la mort du voyageur, des personnes envers lesquelles il avait ou aurait eu à l'avenir une obligation alimentaire, en vertu de la loi, sont privées de leur soutien, il y a également lieu de les indemniser de cette perte. L'action en dommages-intérêts des personnes dont le voyageur assumait l'entretien sans y être tenu par la loi reste soumise au droit national.

Article 4.

Domages-intérêts en cas de blessures du voyageur.

En cas de blessures ou de toute autre atteinte à l'intégrité physique ou mentale du voyageur, les dommages-intérêts comprennent:

- a) les frais nécessaires, notamment ceux de traitement et de transport;
- b) la réparation du préjudice causé, soit par l'incapacité de travail totale ou partielle, soit par l'accroissement des besoins.

Article 5.

Réparation d'autres préjudices.

Le droit national détermine si et dans quelle mesure le chemin de fer est tenu à verser des dommages-intérêts pour des préjudices autres que ceux prévus aux articles 3 et 4, notamment les préjudices moral et physique (*pretium doloris*) et esthétique.

Article 6.

Forme et limitation des dommages-intérêts en cas de mort ou de blessures du voyageur.

§ 1. — Les dommages-intérêts prévus à l'article 3, § 2, et à l'article 4, lettre b), doivent être alloués sous forme de capital; toutefois, si le droit national permet l'allocation d'une rente, ils sont alloués sous cette forme lorsque le voyageur lésé ou les ayants droit désignés à l'article 3, § 2, le demandent.

§ 2. — Le montant des dommages-intérêts à allouer en vertu du § 1 est déterminé selon le droit national. Toutefois, pour l'application de la présente Convention, il est fixé une limite maximale de 200 000 francs en capital ou en rente annuelle correspondant à ce capital, pour chaque voyageur, dans le cas où le droit national prévoit une limite maximale d'un montant inférieur.

Article 7.

Limitation des dommages-intérêts en cas d'avarie ou de perte d'objets.

Quand, en vertu des dispositions de la présente Convention, des dommages-intérêts pour avarie ou pour perte totale ou partielle des objets que le voyageur victime d'un accident avait, soit sur lui, soit avec lui comme colis à main, y compris les animaux, sont mis à la charge du chemin de fer, il peut être réclamé la réparation du dommage, jusqu'à concurrence de 2 000 francs par voyageur.

Article 8.

Montant des dommages-intérêts en cas de dol ou de faute lourde.

Les dispositions des articles 6 et 7 de la présente Convention ou celles prévues par le droit national qui limitent à un montant déterminé les indemnités ne s'appliquent pas si le dommage résulte d'un dol ou d'une faute lourde du chemin de fer.

Article 9.

Intérêts et restitution des indemnités.

§ 1. — L'ayant droit peut demander des intérêts de l'indemnité, qui sont calculés à raison de cinq pour cent l'an. Ces intérêts courent du jour de la réclamation administrative ou, s'il n'y a pas eu de réclamation, du jour de la demande en justice. Toutefois, pour les indemnités dues en vertu des articles 3 et 4, les intérêts ne courent que du jour où les faits qui ont servi à la détermination de leur montant se sont produits, si ce jour est postérieur à celui de la réclamation ou de la demande en justice.

§ 2. — Toute indemnité indûment perçue doit être restituée.

Article 10.**Interdiction de limiter la responsabilité.**

Les dispositions tarifaires et les accords particuliers conclus entre le chemin de fer et le voyageur, qui tendent à exonérer d'avance, totalement ou partiellement, le chemin de fer de sa responsabilité en vertu de la présente Convention, ou qui ont pour effet de renverser le fardeau de la preuve incombant au chemin de fer, ou qui établissent des limites inférieures à celles qui sont fixées à l'article 6, § 2, et à l'article 7, sont nuls de plein droit. Cette nullité n'entraîne toutefois pas celle du contrat de transport, qui reste soumis aux dispositions de la CIV et de la présente Convention.

Article 11.**Responsabilité du chemin de fer pour ses agents.**

Le chemin de fer est responsable des agents attachés à son service et des autres personnes qu'il emploie pour l'exécution d'un transport dont il est chargé.

Toutefois, si, à la demande des voyageurs, les agents du chemin de fer leur rendent des services qui n'incombent pas au chemin de fer, ils sont considérés comme agissant pour le compte des voyageurs à qui ils rendent ces services.

Article 12.**Exercice d'actions non prévues par la présente Convention.**

Dans les cas prévus à l'article 2, § 1, toute action en responsabilité, à quelque titre que ce soit, ne peut être exercée contre le chemin de fer que dans les conditions et limites prévues par la présente Convention.

Il en est de même pour toute action exercée contre les personnes dont le chemin de fer répond en vertu de l'article 11.

Article 13.**Réclamations administratives.**

§ 1. — Les réclamations en dommages-intérêts en vertu de la présente Convention sont facultatives; elles peuvent être présentées à l'un des chemins de fer suivants, pour autant qu'il ait son siège social sur le territoire d'un Etat partie à la dite Convention:

- 1° le chemin de fer responsable; si d'après l'article 2, § 6, deux chemins de fer sont responsables, à l'un de ceux-ci;
- 2° le chemin de fer de départ;
- 3° le chemin de fer de destination;
- 4° le chemin de fer du domicile ou de la résidence habituelle du voyageur.

§ 2. — Les réclamations doivent être adressées par écrit. Les pièces que l'ayant droit juge utile de joindre à sa réclamation doivent être présentées soit en originaux, soit en copies, celles-ci dûment légalisées si le chemin de fer le demande.

Article 14.**Chemin de fer contre lequel l'action judiciaire peut être exercée.**

L'action judiciaire en dommages-intérêts fondée sur la présente Convention ne peut être exercée que contre le chemin de fer responsable.

En cas de coexploitation par deux chemins de fer, le demandeur a le choix entre ceux-ci. Ce droit d'option s'éteint dès que l'action est intentée contre l'un d'eux.

Article 15.**Compétence.**

Les actions judiciaires fondées sur la présente Convention ne peuvent être intentées que devant le juge compétent de l'Etat sur le territoire duquel l'accident du voyageur s'est produit, à moins qu'il n'en soit décidé autrement dans les accords entre Etats ou les actes de concession.

Article 16.**Extinction des actions.**

§ 1. — L'ayant droit perd son droit d'action s'il ne signale pas l'accident du voyageur, dans les trois mois à compter de la connaissance du dommage, à l'un des chemins de fer auxquels une réclamation administrative peut être présentée selon l'article 13.

Lorsque l'accident est signalé verbalement par l'ayant droit, attestation de cet avis verbal doit lui être délivrée par le chemin de fer auquel l'accident a été signalé.

§ 2. — Toutefois, l'action n'est pas éteinte:

- a) si, dans le délai prévu au § 1, l'ayant droit a présenté une réclamation administrative auprès de l'un des chemins de fer désignés à l'article 13, § 1;
- b) si l'ayant droit fournit la preuve que l'accident a eu pour cause une faute du chemin de fer;
- c) si l'accident n'a pas été signalé, ou a été signalé en retard, à la suite de circonstances qui ne sont pas imputables à l'ayant droit;
- d) si, pendant le délai mentionné au § 1, le chemin de fer responsable, ou, si d'après l'art. 2, § 6, deux chemins de fer sont responsables, l'un de ceux-ci, a eu connaissance de l'accident du voyageur par une autre voie.

Article 17.**Prescription des actions.**

§ 1. — Les actions en dommages-intérêts fondées sur la présente Convention sont prescrites:

- a) pour la victime, par trois ans à compter du lendemain de l'accident;
- b) pour les autres ayants droit, par trois ans à compter du lendemain du décès de la victime, sans que ce délai puisse toutefois dépasser cinq ans à compter du lendemain de l'accident.

§ 2. — En cas de réclamation administrative adressée au chemin de fer conformément à l'article 13, les trois délais de prescription prévus au § 1 sont suspendus jusqu'au jour où le chemin de fer rejette la réclamation par écrit et restitue les pièces qui y étaient jointes. En cas d'acceptation partielle de la réclamation, la prescription ne reprend son cours que pour la partie de la réclamation qui reste litigieuse. La preuve de la réception de la réclamation ou de la réponse et celle de la restitution des pièces sont à la charge de la partie qui invoque ce fait.

Les réclamations ultérieures ayant le même objet ne suspendent pas la prescription.

§ 3. — L'action prescrite ne peut plus être exercée, même sous forme d'une demande reconventionnelle ou d'une exception.

§ 4. — Sous réserve des dispositions qui précèdent, la prescription est réglée par le droit national.

Article 18.**Droit national.**

§ 1. — A défaut de stipulations dans la présente Convention, le droit national est applicable.

§ 2. — Pour l'application de cette Convention, on entend par « droit national » le droit de l'Etat sur le territoire duquel l'accident du voyageur s'est produit, y compris les règles relatives aux conflits de lois.

Article 19.

Règles générales de procédure.

Pour tous les litiges auxquels donne lieu l'application de la présente Convention, la procédure à suivre est celle du juge compétent, sous réserve des dispositions contraires insérées dans cette Convention.

Article 20.

Exécution des jugements. Cautions.

§ 1. — Lorsque les jugements prononcés contradictoirement ou par défaut par le juge compétent, en vertu des dispositions de la présente Convention, sont devenus exécutoires d'après les lois appliquées par ce juge, ils deviennent exécutoires dans chacun des autres Etats contractants aussitôt après accomplissement des formalités prescrites dans l'Etat intéressé. La révision du fond de l'affaire n'est pas admise.

Cette disposition ne s'applique pas aux jugements qui ne sont exécutoires que provisoirement, non plus qu'aux condamnations en dommages-intérêts qui seraient prononcées, en sus des dépens, contre un demandeur à raison du rejet de sa demande.

Les transactions conclues entre les parties devant le juge compétent, en vue de mettre fin à une contestation, et au sujet desquelles un procès-verbal a été dressé judiciairement, ont valeur de jugement.

§ 2. — La caution à fournir pour assurer le paiement des dépens ne peut être exigée à l'occasion des actions judiciaires fondées sur la présente Convention.

Article 21.

Unité monétaire.

Les sommes indiquées en francs dans la présente Convention sont considérées comme se rapportant au franc or d'un poids de 10/31 de gramme au titre de 0,900.

Article 22.

Transports mixtes.

§ 1. — Sous réserve de la disposition du § 2, la présente Convention n'est pas applicable aux dommages survenus pendant le transport sur des lignes de services automobiles ou de navigation inscrites sur la liste des lignes prévue à l'article 59 de la CIV.

§ 2. — Toutefois, lorsque les véhicules ferroviaires sont transportés par ferry-boat, la présente Convention est applicable aux dommages visés à l'article 2. § 1, et causés par un accident en relation avec l'exploitation ferroviaire survenu pendant que le voyageur séjourne dans les dits véhicules, qu'il y entre ou qu'il en sort.

Pour l'application du présent paragraphe, on entend par « Etat sur le territoire duquel l'accident s'est produit », l'Etat dont le ferry-boat bat le pavillon.

§ 3. — Lorsque, par suite de circonstances exceptionnelles, le chemin de fer se trouve dans l'obligation d'interrompre provisoirement son exploitation et transporte ou fait transporter les voyageurs par un autre moyen de transport, il est responsable d'après le droit afférent à ce moyen de transport. Néanmoins, les dispositions des articles 13 à 17, 18, § 2, 19 et 20 de la présente Convention demeurent applicables.

Article 23.

Responsabilité en cas d'accidents nucléaires.

Le chemin de fer est déchargé de la responsabilité qui lui incombe en vertu de la présente Convention, lorsque le dommage a été causé par un accident nucléaire et que, en vertu des prescriptions spéciales en vigueur dans un Etat contractant réglant la responsabilité dans le domaine de l'énergie nucléaire, l'exploitant d'une installation nucléaire ou une autre personne qui lui est substituée est responsable de ce dommage.

Article 24.

Signature.

La présente Convention demeure ouverte jusqu'au 1er juillet 1966 à la signature des Etats qui ont été invités à se faire représenter à la Conférence tenue à Berne du 21 au 26 février 1966.

Article 25.

Ratification et mise en vigueur.

La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront déposés le plus tôt possible auprès du Gouvernement suisse.

Lorsque la Convention aura été ratifiée par quinze Etats, le Gouvernement suisse se mettra en rapport avec les Gouvernements intéressés à l'effet de fixer avec eux la date d'entrée en vigueur.

Article 26.

Adhésion.

Si un Etat partie à la Convention internationale concernant le transport des voyageurs et des bagages par chemins de fer (CIV) du 25 février 1961, qui n'a pas signé la présente Convention, veut adhérer à celle-ci, il en informera le Gouvernement suisse, qui en donnera connaissance aux Etats contractants.

Toute adhésion produit ses effets un mois après la date à laquelle le Gouvernement suisse a donné connaissance de la demande aux Etats contractants.

Article 27.

Durée et révision.

La présente Convention a la même durée que la Convention internationale concernant le transport des voyageurs et des bagages par chemins de fer (CIV) du 25 février 1961; elle peut être révisée suivant la procédure prévue à l'article 68. § 1, de celle-ci et, éventuellement, lui être intégrée.

Article 28.

Textes de la Convention. Traductions officielles.

La présente Convention a été conclue et signée en langue française selon l'usage diplomatique établi.

Au texte français sont joints un texte en langue allemande, un texte en langue anglaise et un texte en langue italienne, qui ont la valeur de traductions officielles.

En cas de divergence, le texte français fait foi.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires ci-après, munis de leurs pleins pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, ont signé la présente Convention.

FAIT à Berne, le vingt-six février mil neuf cent soixante-six, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les Archives de la Confédération suisse et dont une expédition authentique sera remise à chacune des Parties.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Konsularvertrages vom 15. November 1972
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Sozialistischen Republik Rumänien
vom 5. September 1973**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über den Konsularvertrag vom 15. November 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien (GBl. II Nr. 8 S. 69) wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 15. August 1973 in Bukarest erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 44 am 14. September 1973 in Kraft tritt.

Berlin, den 5. September 1973

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Wirksamwerden der Mitgliedschaft
der Deutschen Demokratischen Republik
im Internationalen Fernmeldeverein
und das Inkrafttreten des Internationalen
Fernmeldevertrages i. d. F. Montreux 1965 für die
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
vom 24. August 1973**

Die Deutsche Demokratische Republik stellte am 4. Januar 1973 den Antrag auf Zulassung als Ordentliches Mitglied zum Internationalen Fernmeldeverein.

Nach Zustimmung von mehr als zwei Dritteln aller Mitgliedsstaaten des Internationalen Fernmeldevereins erklärte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihren Beitritt zum Internationalen Fernmeldevertrag i. d. F. Montreux 1965.

Die Deutsche Demokratische Republik wurde mit Wirkung vom 3. April 1973 Ordentliches Mitglied des Internationalen Fernmeldevereins.

Am gleichen Tage trat der Internationale Fernmeldevertrag gemäß den Bestimmungen seines Artikels 19 für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.

Die Veröffentlichung des Internationalen Fernmeldevertrages i. d. F. Montreux 1965 erfolgte im Jahre 1966 durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik.

Berlin, den 24. August 1973

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

**Bekanntmachung
über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik
zu den Urkunden des Weltpostvereins i. d. F. Tokio 1969
vom 24. August 1973**

Die Deutsche Demokratische Republik ist am 29. Dezember 1972 dem Vertragswerk des Weltpostvereins i. d. F. Tokio 1969 beigetreten. Nach den Verfahrensvorschriften der Verfassung des Weltpostvereins ist der Beitritt mit dem 1. Juni 1973 rechtswirksam geworden.

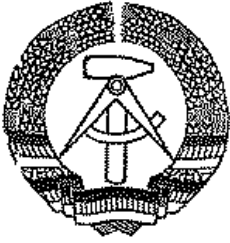
Die Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Weltpostverein erstreckt sich auf folgende Urkunden:

- Verfassung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964,
- Zusatzprotokoll zur Verfassung des Weltpostvereins vom 14. November 1969,
- Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins mit Schlußniederschrift vom 14. November 1969,
- Weltpostvertrag mit Schlußniederschrift und Vollzugsordnung vom 14. November 1969,
- Wertbrief- und Wertkästchenabkommen mit Vollzugsordnung vom 14. November 1969 und
- Postpaketabkommen mit Schlußniederschrift und Vollzugsordnung vom 14. November 1969.

Die Veröffentlichung des Vertragswerkes des Weltpostvereins i. d. F. Tokio 1969 erfolgte im Jahre 1971 durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik.

Berlin, den 24. August 1973

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler



GESETZBLATT

145

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 12. Oktober 1973

Teil II Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
24. 9. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Charta der Vereinten Nationen für die Deutsche Demokratische Republik	145

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der
Charta der Vereinten Nationen
für die Deutsche Demokratische Republik**

vom 24. September 1973

Es wird bekanntgemacht, daß die Charta der Vereinten Nationen mit der Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Organisation der Vereinten Nationen durch Beschluß der Vollversammlung vom 18. September 1973 und die am gleichen Tage erfolgte Registrierung der Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik, die sich aus der Charta der Vereinten Nationen ergebenden Pflichten zu übernehmen und gewissenhaft zu erfüllen, für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten ist.

Nachstehend wird die gültige Fassung der Charta der Vereinten Nationen und des Statuts des Internationalen Gerichtshofes, das Bestandteil der Charta ist, in den Originalsprachen sowie in deutscher Übersetzung bekanntgemacht.

Berlin, den 24. September 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

CHARTA DER VEREINTEN NATIONEN

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN, ENTSCLOSSEN,

die künftigen Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,

den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von großen und kleinen Nationen erneut zu bekräftigen,

Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung der Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,

den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern,

UND FÜR DIESE ZWECKE

Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,

unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten,

durch die Annahme von Grundsätzen und die Schaffung von Methoden zu gewährleisten, daß Waffengewalt nicht zur Anwendung gebracht wird, es sei denn im gemeinsamen Interesse, und

internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern,

HABEN BESCHLOSSEN, UNSERE ANSTRENGUNGEN ZUR VERWIRKLICHUNG DIESER ZIELE ZU VEREINEN.

Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Francisco versammelten Vertreter, die ihre in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten vorgelegt haben, die vorliegende Charta der Vereinten Nationen vereinbart und schaffen hiermit eine internationale Organisation, die den Namen „Vereinte Nationen“ führen soll.

Kapitel I

Ziele und Grundsätze

Artikel 1

Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen und Angriffshandlungen oder andere Friedensbrüche zu unterdrücken sowie durch friedliche Mittel, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts, internationale Streitfälle oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, zu regeln oder beizulegen;
2. freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, die auf der Achtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker beruhen, und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu ergreifen;
3. eine internationale Zusammenarbeit zu erreichen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion zu fördern und zu stärken;
4. ein Zentrum zu sein, um die Maßnahmen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang zu bringen.

Artikel 2

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln in Verfolgung der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um jedem einzelnen von ihnen die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie gemäß der vorliegenden Charta übernommen haben.
3. Alle Mitglieder regeln ihre internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln auf solche Weise, daß der Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.
5. Alle Mitglieder gewähren den Vereinten Nationen jede Unterstützung bei jeglicher Maßnahme, die die Organisation in Einklang mit der vorliegenden Charta ergreift, und enthalten sich der Unterstützung eines jeden Staates, gegen den die Vereinten Nationen Präventiv- oder Zwangsmaßnahmen ergreifen.

6. Die Organisation gewährleistet, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, nach diesen Grundsätzen handeln, soweit dies für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit notwendig ist.
7. Durch die Bestimmungen der vorliegenden Charta sind weder die Vereinten Nationen berechtigt, sich in Angelegenheiten einzumischen, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines jeden Staates gehören, noch die Mitglieder verpflichtet, solche Angelegenheiten der in der vorliegenden Charta vorgesehenen Regelung zu unterwerfen;

dieser Grundsatz beeinträchtigt jedoch in keiner Weise die Anwendung der in Kapitel VII vorgesehenen Zwangsmaßnahmen.

Kapitel II

Mitgliedschaft

Artikel 3

Ursprüngliche Mitglieder der Vereinten Nationen sind diejenigen Staaten, die an der Konferenz der Vereinten Nationen über eine Internationale Organisation in San Francisco teilgenommen oder vorher die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben und nunmehr vorliegende Charta unterzeichnen und gemäß Artikel 110 ratifizieren.

Artikel 4

1. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in der vorliegenden Charta enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach dem Urteil der Organisation fähig und gewillt sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen.
2. Die Aufnahme eines solchen Staates als Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt durch einen Beschluß der Vollversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates.

Artikel 5

Ein Mitglied der Vereinten Nationen, gegen das vom Sicherheitsrat Präventiv- oder Zwangsmaßnahmen ergriffen worden sind, kann durch die Vollversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates von der Ausübung der sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Rechte und Privilegien suspendiert werden. Die Ausübung dieser Rechte und Privilegien kann durch den Sicherheitsrat wiederhergestellt werden.

Artikel 6

Ein Mitglied der Vereinten Nationen, das die in der vorliegenden Charta enthaltenen Grundsätze beharrlich verletzt, kann von der Vollversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates aus der Organisation ausgeschlossen werden.

Kapitel III

Organe

Artikel 7

1. Als Hauptorgane der Vereinten Nationen werden geschaffen:
 - eine Vollversammlung, ein Sicherheitsrat, ein Wirtschafts- und Sozialrat, ein Treuhandschaftratsrat, ein Internationaler Gerichtshof und ein Sekretariat.
2. Je nach Bedarf können in Übereinstimmung mit der vorliegenden Charta Nebenorgane geschaffen werden.

Artikel 8

Die Vereinten Nationen beschränken in keiner Weise die Möglichkeit für Männer und Frauen, gleichberechtigt jede Stellung in den Haupt- und Nebenorganen zu bekleiden.

Kapitel IV

Die Vollversammlung

Zusammensetzung

Artikel 9

1. Die Vollversammlung besteht aus allen Mitgliedern der Vereinten Nationen.
2. Jedes Mitglied hat nicht mehr als fünf Vertreter in der Vollversammlung.

Funktionen und Befugnisse

Artikel 10

Die Vollversammlung kann alle Fragen oder Angelegenheiten erörtern, die in den Rahmen der vorliegenden Charta fallen oder die Befugnisse und Funktionen eines der in der vorliegenden Charta vorgesehenen Organe betreffen, und kann, mit der in Artikel 12 vorgesehenen Ausnahme, Empfehlungen zu diesen Fragen oder Angelegenheiten an die Mitglieder der Vereinten Nationen oder an den Sicherheitsrat oder an beide richten.

Artikel 11

1. Die Vollversammlung kann die allgemeinen Grundsätze der Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, einschließlich der Grundsätze für die Abrüstung und die Rüstungsregulierung beraten und kann hinsichtlich dieser Grundsätze Empfehlungen an die Mitglieder oder den Sicherheitsrat oder an beide richten.
2. Die Vollversammlung kann alle Fragen erörtern, die die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffen und ihr von einem Mitglied der Vereinten Nationen oder vom Sicherheitsrat oder gemäß Artikel 35 Absatz 2 von einem Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, vorgelegt werden, und kann, mit der in Artikel 12 vorgesehenen Ausnahme, zu allen diesen Fragen Empfehlungen an den betreffenden Staat oder die betreffenden Staaten oder an den Sicherheitsrat oder an beide richten. Jede solche Frage, die Maßnahmen erforderlich macht, wird von der Vollversammlung vor oder nach der Erörterung dem Sicherheitsrat überwiesen.
3. Die Vollversammlung kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf Situationen lenken, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden könnten.
4. Die in diesem Artikel aufgeführten Befugnisse der Vollversammlung schränken den allgemeinen Geltungsbereich des Artikels 10 nicht ein.

Artikel 12

1. Solange der Sicherheitsrat hinsichtlich eines Streitfalles oder einer Situation die ihm in der vorliegenden Charta zugewiesenen Funktionen ausübt, darf die Vollversammlung zu diesem Streitfall oder dieser Situation keinerlei Empfehlung erteilen, es sei denn, daß der Sicherheitsrat sie dazu auffordert.
2. Der Generalsekretär verständigt mit Zustimmung des Sicherheitsrates die Vollversammlung bei jeder Tagung von allen Angelegenheiten, die die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffen und vom Sicherheitsrat behandelt werden; er verständigt desgleichen die Vollversammlung oder, wenn die Vollversammlung nicht tagt, die Mitglieder der Vereinten Nationen, sobald der Sicherheitsrat die Behandlung dieser Angelegenheiten einstellt.

Artikel 13

1. Die Vollversammlung veranlaßt Studien und erteilt Empfehlungen, um
 - a) die internationale Zusammenarbeit auf politischem Gebiet zu fördern und die fortschrittliche Entwicklung

des Völkerrechts und seine Kodifikation zu begünstigen,

b) die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, des Bildungswesens und des Gesundheitswesens zu fördern und zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion beizutragen.

2. Die weiteren Verantwortlichkeiten, Funktionen und Befugnisse der Vollversammlung bezüglich der oben in Absatz 1 b) erwähnten Angelegenheiten sind in den Kapiteln IX und X dargelegt.

Artikel 14

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 12 kann die Vollversammlung Maßnahmen zur friedlichen Regelung jeder Situation empfehlen, gleichviel wie sie entstanden ist, wenn diese Situation ihrer Meinung nach das allgemeine Wohl oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen beeinträchtigen könnte, einschließlich solcher Situationen, die sich aus einer Verletzung der Bestimmungen der vorliegenden Charta über die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen ergeben.

Artikel 15

1. Die Vollversammlung erhält und prüft Jahres- und Sonderberichte des Sicherheitsrates, die auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die der Sicherheitsrat zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beschlossen oder ergriffen hat.
2. Die Vollversammlung erhält und prüft Berichte von den anderen Organen der Vereinten Nationen.

Artikel 16

Die Vollversammlung übt hinsichtlich des internationalen Treuhandschaftssystems die ihr gemäß Kapitel XII und XIII zugewiesenen Funktionen aus, einschließlich der Genehmigung der Treuhandschaftsabkommen für Gebiete, die nicht als strategische bezeichnet sind.

Artikel 17

1. Die Vollversammlung prüft und genehmigt das Budget der Organisation.
2. Die Ausgaben der Organisation werden von den Mitgliedern getragen, wobei die Vollversammlung den von jedem Mitglied zu zahlenden Anteil festlegt.
3. Die Vollversammlung prüft und genehmigt alle Finanz- und Budgetabmachungen mit den in Artikel 57 genannten Spezialorganisationen und überprüft die Verwaltungsbudgets dieser Spezialorganisationen mit dem Ziel, ihnen Empfehlungen zu geben.

Abstimmung

Artikel 18

1. Jedes Mitglied der Vollversammlung hat eine Stimme.
2. Beschlüsse der Vollversammlung über wichtige Fragen werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt. Zu diesen Fragen gehören:

Empfehlungen bezüglich der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die Wahl der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates, die Wahl von Mitgliedern des Treuhandschaftsrates gemäß Artikel 86 Absatz 1 c), die Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen, die Suspendierung der Rechte und Privilegien der Mitgliedschaft, der Ausschluß von Mitgliedern, Fragen, die sich auf die Wirkungsweise des Treuhandschaftssystems beziehen, und Budgetfragen.

3. Beschlüsse über andere Fragen, einschließlich der Festsetzung weiterer Kategorien von Fragen, die mit Zweidrittelmehrheit zu entscheiden sind, werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt.

Artikel 19

Ein Mitglied der Vereinten Nationen, das mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge an die Organisation im Rückstand ist, hat in der Vollversammlung kein Stimmrecht, wenn die Höhe des Rückstandes die von ihm für die vorhergehenden zwei vollen Jahre zu entrichtende Beitragssumme erreicht oder übersteigt. Die Vollversammlung kann jedoch diesem Mitglied die Teilnahme an der Abstimmung gestatten, wenn sie davon überzeugt ist, daß die Nichtzahlung auf Umstände zurückzuführen ist, auf die das Mitglied keinen Einfluß hat.

Verfahren

Artikel 20

Die Vollversammlung tritt zu ordentlichen Jahrestagungen und, wenn die Umstände es erfordern, zu außerordentlichen Tagungen zusammen. Außerordentliche Tagungen werden vom Generalsekretär auf Verlangen des Sicherheitsrates oder der Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen einberufen.

Artikel 21

Die Vollversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie wählt für jede Tagung ihren Präsidenten.

Artikel 22

Die Vollversammlung kann Nebenorgane schaffen, die sie für die Ausübung ihrer Funktionen für notwendig erachtet.

Kapitel V

Der Sicherheitsrat

Zusammensetzung

Artikel 23

1. Der Sicherheitsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern der Vereinten Nationen. Die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrates. Die Vollversammlung wählt zehn andere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, wobei in erster Linie der Beitrag der Mitglieder der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zu den anderen Zielen der Organisation und auch eine angemessene geographische Verteilung der Sitze gebührend zu berücksichtigen sind.
2. Die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates werden für einen Zeitraum von zwei Jahren gewählt. Bei der ersten Wahl der nichtständigen Mitglieder nach Erhöhung der Mitgliederzahl des Sicherheitsrates von elf auf fünfzehn werden zwei der vier zusätzlichen Mitglieder für einen Zeitraum von einem Jahr gewählt. Ein ausscheidendes Mitglied kann nicht unmittelbar wiedergewählt werden.
3. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates hat einen Vertreter im Rat.

Funktionen und Befugnisse

Artikel 24

1. Um ein schnelles und wirksames Handeln der Vereinten Nationen zu gewährleisten, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und erklären sich damit einverstanden, daß der Sicherheitsrat in Ausübung der sich aus dieser Verantwortung ergebenden Pflichten in ihrem Namen handelt.

2. Bei Erfüllung dieser Pflichten handelt der Sicherheitsrat gemäß den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen. Die besonderen Befugnisse, die dem Sicherheitsrat zur Erfüllung dieser Pflichten eingeräumt werden, sind in den Kapiteln VI, VII, VIII und XII niedergelegt.
3. Der Sicherheitsrat legt der Vollversammlung Jahresberichte und erforderlichenfalls Sonderberichte zur Prüfung vor.

Artikel 25

Die Mitglieder der Vereinten Nationen erklären sich bereit, die Beschlüsse des Sicherheitsrates gemäß der vorliegenden Charta anzunehmen und durchzuführen.

Artikel 26

Um die Herstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit so zu fördern, daß von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt wird, hat der Sicherheitsrat die Aufgabe, unter Mitwirkung des in Artikel 47 vorgesehenen Generalstabsausschusses Pläne auszuarbeiten, die den Mitgliedern der Vereinten Nationen zwecks Schaffung eines Systems der Rüstungsregulierung zu unterbreiten sind.

Abstimmung

Artikel 27

1. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates hat eine Stimme.
2. Beschlüsse des Sicherheitsrates über Verfahrensfragen werden mit Zustimmung von neun Mitgliedern gefaßt.
3. Beschlüsse des Sicherheitsrates über alle anderen Fragen werden mit Zustimmung von neun Mitgliedern, inbegriffen die Stimmen aller ständigen Mitglieder, gefaßt, wobei vorausgesetzt wird, daß bei Beschlüssen gemäß Kapitel VI und gemäß Artikel 52 Absatz 3 eine an einem Streitfall beteiligte Partei sich der Stimme enthält.

Verfahren

Artikel 28

1. Der Sicherheitsrat wird so organisiert, daß er imstande ist, seine Funktionen ständig auszuüben. Zu diesem Zweck hat jedes Mitglied des Sicherheitsrates jederzeit am Sitz der Organisation vertreten zu sein.
2. Der Sicherheitsrat hält periodisch Sitzungen ab, auf denen jedes seiner Mitglieder nach Wunsch durch ein Regierungsmitglied oder durch einen anderen besonders benannten Beauftragten vertreten sein kann.
3. Der Sicherheitsrat kann Sitzungen auch an anderen Orten als am Sitz der Organisation abhalten, wenn diese seiner Meinung nach die besten Möglichkeiten für seine Arbeit bieten.

Artikel 29

Der Sicherheitsrat kann Nebenorgane schaffen, die er zur Ausübung seiner Funktionen für notwendig erachtet.

Artikel 30

Der Sicherheitsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der er auch das Verfahren festlegt, nach dem sein Präsident bestimmt wird.

Artikel 31

Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das nicht Mitglied des Sicherheitsrates ist, kann ohne Stimmrecht an der Erörterung jeder vor den Sicherheitsrat gebrachten Frage teilnehmen, wenn dieser der Auffassung ist, daß die Interessen dieses Mitgliedes besonders berührt werden.

Artikel 32

Jeder Mitgliedstaat der Vereinten Nationen, der nicht Mitglied des Sicherheitsrates ist, oder jeder Staat, der nicht Mit-

glied der Vereinten Nationen ist, wird, wenn er Partei an einem Streitfall ist, der vom Sicherheitsrat behandelt wird, eingeladen, an der Erörterung des Streitfalles ohne Stimmrecht teilzunehmen. Für die Teilnahme eines Staates, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, setzt der Sicherheitsrat die Bedingungen fest, die er für gerecht hält.

Kapitel VI

Friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 33

1. Die Parteien des Streitfalles, dessen Fortdauer die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte, sollen dessen Lösung vor allem durch Verhandlungen, Untersuchungen, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Regelung, Inanspruchnahme regionaler Organisationen oder Vereinbarungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl anstreben.
2. Wenn der Sicherheitsrat es als notwendig erachtet, fordert er die Parteien auf, ihren Streitfall mit diesen Mitteln beizulegen.

Artikel 34

Der Sicherheitsrat kann jeden Streitfall oder jede Situation, die zu internationalen Reibungen führen oder einen Streitfall hervorrufen könnten, untersuchen, um festzustellen, ob die Fortdauer des Streitfalles oder der Situation die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte.

Artikel 35

1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates oder der Vollversammlung auf jeden Streitfall oder jede Situation der in Artikel 34 bezeichneten Art lenken.
2. Ein Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates oder der Vollversammlung auf jeden Streitfall lenken, an dem er beteiligt ist, wenn er im Hinblick auf diesen Streitfall die in der vorliegenden Charta vorgesehenen Verpflichtungen zur friedlichen Beilegung im voraus annimmt.
3. Die Verhandlungen der Vollversammlung in den Angelegenheiten, auf die ihre Aufmerksamkeit gemäß diesem Artikel gelenkt worden ist, unterliegen den Bestimmungen der Artikel 11 und 12.

Artikel 36

1. Der Sicherheitsrat kann in jedem Stadium eines Streitfalles der in Artikel 33 bezeichneten Art oder einer Situation gleicher Art geeignete Verfahren oder Methoden der Regelung empfehlen.
2. Der Sicherheitsrat soll alle Verfahren in Betracht ziehen, die von den Parteien zur Beilegung des Streitfalles bereits angenommen wurden.
3. Bei Erteilung von Empfehlungen auf Grund dieses Artikels soll der Sicherheitsrat auch berücksichtigen, daß im allgemeinen Rechtsstreitigkeiten von den Parteien dem Internationalen Gerichtshof gemäß den Bestimmungen des Statuts des Gerichtshofes zu unterbreiten sind.

Artikel 37

1. Gelingt es den Parteien eines Streitfalles der in Artikel 33 bezeichneten Art nicht, diesen mit den im besagten Artikel angegebenen Mitteln beizulegen, so unterbreiten sie den Streitfall dem Sicherheitsrat.
2. Wenn der Sicherheitsrat der Auffassung ist, daß die Fortdauer des Streitfalles tatsächlich die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ge-

fährden kann, so beschließt er, ob er Maßnahmen gemäß Artikel 36 ergreifen oder die ihm angemessen erscheinenden Empfehlungen zur Beilegung abgeben soll.

Artikel 38

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 33 bis 37 kann der Sicherheitsrat auf Verlangen aller Parteien eines Streitfalles den Parteien Empfehlungen mit dem Ziel der friedlichen Beilegung dieses Streitfalles unterbreiten.

Kapitel VII

Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen

Artikel 39

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder ein Aggressionsakt vorliegt, und erteilt Empfehlungen oder beschließt, welche Maßnahmen gemäß Artikel 41 und 42 zu ergreifen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Artikel 40

Um eine Verschärfung der Situation zu verhüten, kann der Sicherheitsrat, bevor er Empfehlungen erteilt oder die in Artikel 39 vorgesehenen Maßnahmen beschließt, die beteiligten Parteien auffordern, sich den vorläufigen Maßnahmen zu fügen, die er für notwendig oder wünschenswert hält. Diese vorläufigen Maßnahmen berühren in keiner Weise die Rechte, die Ansprüche oder die Stellung der beteiligten Parteien. Der Sicherheitsrat trägt der Nichtbefolgung solcher vorläufiger Maßnahmen gebührend Rechnung.

Artikel 41

Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen, die keine Anwendung von Waffengewalt beinhalten, zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen, und die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Diese können die völlige oder teilweise Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen und des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen-, Funk- und sonstigen Verbindungen sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen umfassen.

Artikel 42

Sollte der Sicherheitsrat der Auffassung sein, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzureichend sein würden oder sich als unzureichend erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften Maßnahmen durchführen, die er zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für notwendig erachtet. Sie können Demonstrationen, Blockademaßnahmen und andere Operationen der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen umfassen.

Artikel 43

1. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch zu leisten, daß sie dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen und gemäß einem oder mehreren Sonderabkommen Streitkräfte zur Verfügung stellen und Hilfe und Erleichterungen einschließlich der Durchmarschrechte gewähren, soweit dies für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit notwendig ist.
2. Ein solches Abkommen oder solche Abkommen legen die Zahl und Art der Streitkräfte, den Grad ihrer Bereitschaft und ihre allgemeinen Standorte sowie die Art der zu gewährenden Erleichterungen und Hilfe fest.
3. Das Abkommen oder die Abkommen werden so bald wie möglich auf Initiative des Sicherheitsrates auf dem Ver-

handlungswege ausgearbeitet. Sie werden zwischen dem Sicherheitsrat und Mitgliedern oder zwischen dem Sicherheitsrat und Gruppen von Mitgliedern abgeschlossen und unterliegen der Ratifizierung durch die Signatarstaaten gemäß deren verfassungsmäßigen Verfahren.

Artikel 44

Hat der Sicherheitsrat die Anwendung von Gewalt beschlossen, läßt er, bevor er ein im Sicherheitsrat nicht vertretenes Mitglied zur Stellung von Streitkräften in Erfüllung der nach Artikel 43 übernommenen Verpflichtungen auffordert, dieses Mitglied auf seinen Wunsch ein, an den Entscheidungen des Sicherheitsrates über den Einsatz von Kontingenten der Streitkräfte dieses Mitglied teilzunehmen.

Artikel 45

Um die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, dringende militärische Maßnahmen durchzuführen, halten Mitglieder der Organisation Kontingente ihrer nationalen Luftstreitkräfte zur sofortigen Verfügung für gemeinsame internationale Zwangsmaßnahmen bereit. Die Stärke und den Bereitschaftsgrad dieser Kontingente und die Pläne für ihre gemeinsamen Maßnahmen legt der Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses im Rahmen des Sonderabkommens oder der Sonderabkommen, die in Artikel 43 genannt sind, fest.

Artikel 46

Die Pläne für die Anwendung von Waffengewalt werden vom Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses ausgearbeitet.

Artikel 47

1. Es wird ein Generalstabsausschuß gebildet, der den Sicherheitsrat in allen Fragen berät und unterstützt, die die militärischen Bedürfnisse des Sicherheitsrates zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, den Einsatz und das Kommando der ihm zur Verfügung gestellten Streitkräfte, die Regulierung der Rüstungen und die eventuelle Abrüstung betreffen.
2. Der Generalstabsausschuß besteht aus den Generalstabschefs der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates oder ihren Vertretern. Jedes im Ausschuß nicht ständig vertretene Mitglied der Vereinten Nationen wird vom Ausschuß zur Teilnahme eingeladen, wenn die Mitwirkung dieses Mitglied für die wirksame Durchführung der Aufgaben des Ausschusses erforderlich ist.
3. Der Generalstabsausschuß ist unter der Autorität des Sicherheitsrates für die strategische Führung aller dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellten Streitkräfte verantwortlich. Fragen hinsichtlich der Kommandos über diese Streitkräfte werden später geregelt.
4. Der Generalstabsausschuß kann mit Ermächtigung des Sicherheitsrates und nach Beratung mit geeigneten regionalen Organen regionale Unterausschüsse einsetzen.

Artikel 48

1. Die Maßnahmen, die zur Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrates zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich sind, werden je nach Ermessen des Sicherheitsrates von allen oder von einigen Mitgliedern der Vereinten Nationen durchgeführt.
2. Diese Beschlüsse werden von den Mitgliedern der Vereinten Nationen unmittelbar und durch ihr Handeln in den geeigneten internationalen Organisationen durchgeführt, deren Mitglieder sie sind.

Artikel 49

Die Mitglieder der Vereinten Nationen schließen sich zusammen, um sich bei der Durchführung der vom Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen gegenseitig zu unterstützen.

Artikel 50

Wenn vom Sicherheitsrat Präventiv- oder Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat ergriffen werden, hat jeder andere Staat, ob Mitglied der Vereinten Nationen oder nicht, den die Durchführung dieser Maßnahmen vor besondere wirtschaftliche Probleme stellt, das Recht, den Sicherheitsrat zwecks Lösung dieser Probleme zu konsultieren.

Artikel 51

Die Bestimmungen der vorliegenden Charta beeinträchtigen in keiner Weise das unveräußerliche Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen, bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat. Maßnahmen, die von Mitgliedern in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechtes ergriffen worden sind, sind dem Sicherheitsrat sofort zu melden und berühren in keiner Weise die mit der vorliegenden Charta dem Sicherheitsrat gegebene Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu ergreifen, die er zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für notwendig hält.

Kapitel VIII

Regionale Vereinbarungen

Artikel 52

1. Die Bestimmungen der vorliegenden Charta schließen das Bestehen von regionalen Vereinbarungen oder Organen zur Behandlung von Angelegenheiten nicht aus, die mit der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zusammenhängen und sich für regionale Maßnahmen eignen, vorausgesetzt, daß diese Vereinbarungen oder Organe und ihre Tätigkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen vereinbar sind.
2. Die Mitglieder der Vereinten Nationen, die solche Vereinbarungen eingehen oder solche Organe bilden, unternehmen alle Anstrengungen, um eine friedliche Beilegung örtlicher Streitfälle durch diese regionalen Vereinbarungen oder Organe zu erreichen, bevor sie diese dem Sicherheitsrat überweisen.
3. Der Sicherheitsrat fördert die Entwicklung der friedlichen Beilegung örtlicher Streitfälle durch diese regionalen Vereinbarungen oder Organe, sei es auf Initiative der beteiligten Staaten oder durch Rückverweisung seitens des Sicherheitsrates.
4. Der vorliegende Artikel beeinträchtigt in keiner Weise die Anwendung der Artikel 34 und 35.

Artikel 53

1. Der Sicherheitsrat nimmt, wo es angebracht ist, diese regionalen Vereinbarungen oder Organe zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Jedoch dürfen keine Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Vereinbarungen oder durch regionale Organe ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2 dieses Artikels, wie sie in Artikel 107 oder in gegen die Wiederaufnahme der Aggressionspolitik eines solchen Staates gerichteten regionalen Vereinbarungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis die Vereinten Nationen auf Ersuchen der betroffenen Regierungen mit der Aufgabe betraut werden, jede weitere Aggression durch einen solchen Staat zu verhindern.
2. Der Ausdruck Feindstaat, wie er im Absatz 1 des vorliegenden Artikels angewandt wird, bezieht sich auf jeden

Staat, der während des zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichners der vorliegenden Charta war.

Artikel 54

Der Sicherheitsrat ist jederzeit vollständig über die Maßnahmen zu unterrichten, die auf Grund regionaler Vereinbarungen oder durch regionale Organe zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ergriffen wurden oder beabsichtigt werden.

Kapitel IX

Internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet

Artikel 55

Um Verhältnisse der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, die für friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen notwendig sind, fördern die Vereinten Nationen:

- a) bessere Lebensbedingungen, Vollbeschäftigung und Voraussetzungen für Fortschritt und Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet;
- b) die Lösung von internationalen Problemen der Wirtschaft, des Sozial- und Gesundheitswesens und von verwandten Problemen sowie die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und des Bildungswesens; und
- c) die allgemeine Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion.

Artikel 56

Alle Mitglieder verpflichten sich, gemeinsam und einzeln in Zusammenarbeit mit der Organisation zu handeln, um die in Artikel 55 dargelegten Ziele zu erreichen.

Artikel 57

1. Das Verhältnis der Vereinten Nationen zu den verschiedenen, durch zwischenstaatliche Abkommen geschaffenen Spezialorganisationen, die umfassende, in ihren Satzungen genau bestimmte internationale Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und auf verwandten Gebieten haben, wird gemäß den Bestimmungen des Artikels 63 geregelt.
2. Die Organisationen, deren Verhältnis zu den Vereinten Nationen auf diese Weise geregelt wird, werden in folgendem als Spezialorganisationen bezeichnet.

Artikel 58

Die Organisation erteilt Empfehlungen zur Koordinierung der Politik und der Tätigkeit der Spezialorganisationen.

Artikel 59

Die Organisation leitet, wo es angezeigt ist, Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten zur Schaffung neuer Spezialorganisationen ein, die für die Verwirklichung der in Artikel 55 dargelegten Ziele erforderlich sind.

Artikel 60

Die Verantwortung für die Erfüllung der in diesem Kapitel vorgesehenen Funktionen der Organisation wird der Vollversammlung und unter der Autorität der Vollversammlung dem Wirtschafts- und Sozialrat übertragen, der zu diesem Zwecke die in Kapitel X festgelegten Befugnisse hat.

Kapitel X

Der Wirtschafts- und Sozialrat

Zusammensetzung

Artikel 61

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat besteht aus siebenundzwanzig Mitgliedern der Vereinten Nationen, die von der Vollversammlung gewählt werden.
2. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 werden jedes Jahr neun Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt. Ein ausscheidendes Mitglied kann sofort wiedergewählt werden.
3. Bei der ersten Wahl nach Erhöhung der Mitgliederzahl des Wirtschafts- und Sozialrates von achtzehn auf siebenundzwanzig werden zusätzlich zu den Mitgliedern, die anstelle der sechs Mitglieder gewählt werden, deren Amtszeit nach Ablauf eines Jahres endet, neun weitere Mitglieder gewählt. Die Amtszeit von drei dieser neun zusätzlich gewählten Mitglieder endet gemäß den von der Vollversammlung getroffenen Abmachungen nach Ablauf eines Jahres und die von drei weiteren Mitgliedern nach zwei Jahren.
4. Jedes Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates hat einen Vertreter im Rat.

Funktionen und Befugnisse

Artikel 62

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann zu internationalen Fragen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und zu verwandten Fragen Studien und Berichte anfertigen oder veranlassen und zu jeder dieser Fragen der Vollversammlung, den Mitgliedern der Vereinten Nationen und den zuständigen Spezialorganisationen Empfehlungen erteilen.
2. Er kann Empfehlungen erteilen, um die Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern.
3. Er kann in den Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, Konventionentwürfe zur Vorlage an die Vollversammlung vorbereiten.
4. Er kann im Einklang mit den von den Vereinten Nationen festgelegten Regeln internationale Konferenzen über Angelegenheiten einberufen, die in seine Zuständigkeit fallen.

Artikel 63

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann mit jeder der in Artikel 57 genannten Organisationen Abkommen schließen, in denen die Bedingungen festgelegt werden, unter denen die Beziehungen der betreffenden Organisation zu den Vereinten Nationen geregelt werden. Diese Abkommen bedürfen der Zustimmung der Vollversammlung.
2. Er kann die Tätigkeit der Spezialorganisationen durch Beratungen mit diesen Organisationen und Empfehlungen an sie sowie durch Empfehlungen an die Vollversammlung und an die Mitglieder der Vereinten Nationen koordinieren.

Artikel 64

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann geeignete Schritte unternehmen, um von den Spezialorganisationen regelmäßig Berichte zu erhalten. Er kann mit den Mitgliedern der Vereinten Nationen und mit den Spezialorganisationen Vereinbarungen treffen, um Berichte über die Maßnahmen zu erhalten, die ergriffen worden sind, um seine

eigenen Empfehlungen und die Empfehlungen der Vollversammlung über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, zu verwirklichen.

2. Er kann der Vollversammlung seine Bemerkungen zu diesen Berichten mitteilen.

Artikel 65

Der Wirtschafts- und Sozialrat kann dem Sicherheitsrat Auskünfte erteilen und hat ihn auf sein Verlangen zu unterstützen.

Artikel 66

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat übt jene Funktionen aus, die bei der Durchführung der Empfehlungen der Vollversammlung in seine Zuständigkeit fallen.
2. Er kann mit Zustimmung der Vollversammlung auf Ersuchen von Mitgliedern der Vereinten Nationen und auf Ersuchen von Spezialorganisationen Dienste leisten.
3. Er übt die anderen Funktionen aus, die in anderen Teilen der vorliegenden Charta dargelegt oder ihm von der Vollversammlung übertragen werden.

Abstimmung

Artikel 67

1. Jedes Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates hat eine Stimme.
2. Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrates werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt.

Verfahren

Artikel 68

Der Wirtschafts- und Sozialrat setzt Kommissionen für wirtschaftliche und soziale Fragen und für die Förderung der Menschenrechte sowie die weiteren Kommissionen ein, die für die Ausübung seiner Funktionen erforderlich sind.

Artikel 69

Der Wirtschafts- und Sozialrat lädt ein Mitglied der Vereinten Nationen ein, ohne Stimmrecht an seinen Beratungen teilzunehmen, wenn die behandelte Angelegenheit für dieses Mitglied von besonderer Bedeutung ist.

Artikel 70

Der Wirtschafts- und Sozialrat kann Vereinbarungen treffen, daß Vertreter der Spezialorganisationen ohne Stimmrecht an seinen Beratungen und an den Beratungen der von ihm eingesetzten Kommissionen teilnehmen und daß seine eigenen Vertreter an den Beratungen der Spezialorganisationen teilnehmen.

Artikel 71

Der Wirtschafts- und Sozialrat kann geeignete Vereinbarungen zwecks Konsultation mit nichtstaatlichen Organisationen treffen, die sich mit Angelegenheiten seiner Zuständigkeit befassen. Solche Vereinbarungen können mit internationalen Organisationen und, wo es angezeigt ist, nach Konsultation des betreffenden Mitglieds der Vereinten Nationen auch mit nationalen Organisationen getroffen werden.

Artikel 72

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der er das Verfahren festlegt, nach dem sein Präsident bestimmt wird.
2. Der Wirtschafts- und Sozialrat tagt nach Bedarf gemäß den Bestimmungen seiner Geschäftsordnung, die eine Bestimmung über die Einberufung von Sitzungen auf Verlangen der Mehrheit seiner Mitglieder enthalten soll.

Kapitel XI

Erklärung über Gebiete ohne Selbstregierung

Artikel 73

Die Mitglieder der Vereinten Nationen, die die Verantwortung für die Verwaltung von Gebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, anerkennen den Grundsatz, daß die Interessen der Bewohner dieser Gebiete ausschlaggebend sind und übernehmen als heilige Aufgabe die Verpflichtung, die Wohlfahrt der Bewohner dieser Gebiete im Rahmen des durch die vorliegende Charta begründeten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit weitestgehend zu fördern und zu diesem Zweck:

- a) mit der gebührenden Achtung der Kultur der betreffenden Völker ihren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Fortschritt, ihre gerechte Behandlung und ihren Schutz gegen Mißbräuche zu gewährleisten;
- b) die Selbstregierung zu entwickeln, die politischen Bestrebungen der Völker gebührend zu berücksichtigen und sie bei der fortschrittlichen Entwicklung ihrer freien politischen Institutionen zu unterstützen, entsprechend den besonderen Verhältnissen jedes einzelnen Gebietes und deren Völker und den verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung;
- c) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen;
- d) konstruktive Maßnahmen für die Entwicklung zu fördern, die Forschung zu begünstigen sowie miteinander und, wann und wo dies angezeigt ist, mit internationalen Spezialorganisationen zusammenzuarbeiten, um die in diesem Artikel dargelegten sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ziele praktisch zu verwirklichen;
- e) dem Generalsekretär mit der aus Gründen der Sicherheit und verfassungsrechtlichen Rücksichten gebotenen Einschränkung regelmäßig zu Informationszwecken statistische und andere Informationen technischer Art über die wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Verhältnisse in den Gebieten zu übermitteln, für die sie jeweils verantwortlich sind, mit Ausnahme der Gebiete, auf die Kapitel XII und XIII Anwendung finden.

Artikel 74

Die Mitglieder der Vereinten Nationen stimmen auch darin überein, daß ihre Politik hinsichtlich der Gebiete, auf welche dieses Kapitel Anwendung findet, nicht weniger als ihre Politik hinsichtlich des Mutterlandes auf dem allgemeinen Grundsatz guter Nachbarschaft beruhen muß, wobei die Interessen und die Wohlfahrt der übrigen Welt in sozialen, wirtschaftlichen und Handelsangelegenheiten gebührend zu berücksichtigen sind.

Kapitel XII

Internationales Treuhandschaftssystem

Artikel 75

Die Vereinten Nationen errichten unter ihrer Autorität ein internationales Treuhandschaftssystem für die Verwaltung und Beaufsichtigung von Gebieten, die in dieses System durch spätere Einzelabkommen einbezogen werden. Diese Gebiete werden im folgenden als Treuhandgebiete bezeichnet.

Artikel 76

Die Hauptaufgaben des Treuhandschaftssystems sind in Übereinstimmung mit den in Artikel I der vorliegenden Charta dargelegten Zielen der Vereinten Nationen:

- a) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu fördern;
- b) den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Fortschritt der Bewohner der Treuhandgebiete

und ihre fortschrittliche Entwicklung zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit zu fördern, wie es den besonderen Verhältnissen jedes Gebietes und seiner Bevölkerung und deren frei geäußerten Wünschen entspricht und in den Bestimmungen jedes Treuhandschaftsabkommens vorgesehen ist;

- c) die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion zu festigen und das Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker der Welt zu stärken;
- d) die gleiche Behandlung aller Mitglieder der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen in sozialen, wirtschaftlichen und Handelsangelegenheiten und ebenso die gleiche Behandlung der Staatsangehörigen in der Rechtspflege, unbeschadet der Verwirklichung der vorstehend aufgeführten Aufgaben und vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 80 zu gewährleisten.

Artikel 77

1. Das Treuhandschaftssystem findet auf folgende Kategorien von Gebieten Anwendung, die durch Treuhandschaftsabkommen in dieses System einbezogen werden:
 - a) Gebiete, die gegenwärtig unter Mandat stehen;
 - b) Gebiete, die infolge des zweiten Weltkrieges von Feindstaaten abgetrennt werden;
 - c) Gebiete, die von den für ihre Verwaltung verantwortlichen Staaten freiwillig dem System unterstellt werden.
2. Es wird Gegenstand einer späteren Übereinkunft sein, welche Gebiete der genannten Kategorien in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden und unter welchen Bedingungen das geschieht.

Artikel 78

Das Treuhandschaftssystem findet keine Anwendung auf Gebiete, die Mitglied der Vereinten Nationen geworden sind; die Beziehungen zwischen diesen beruhen auf der Achtung des Grundsatzes der souveränen Gleichheit.

Artikel 79

Für jedes Gebiet, das in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden soll, werden die Bedingungen der Treuhandschaft, einschließlich aller Änderungen oder Ergänzungen, von den unmittelbar beteiligten Staaten vereinbart und gemäß den Bestimmungen der Artikel 83 und 85 genehmigt; bei Gebieten, die unter dem Mandat eines Mitgliedes der Vereinten Nationen stehen, zählt die Mandatsmacht zu diesen Staaten.

Artikel 80

1. Soweit in einzelnen, auf Grund der Artikel 77, 79 und 81 geschlossenen Treuhandschaftsabkommen zur Einbeziehung entsprechender Gebiete in das Treuhandschaftssystem nichts anderes vereinbart ist und solange derartige Abkommen noch nicht geschlossen sind, ist keine Bestimmung dieses Kapitels so auszulegen, als ändere sie in irgendeiner Weise mittelbar oder unmittelbar irgendwelche Rechte von Staaten oder Völkern oder die Bestimmungen bestehender internationaler Verträge, an denen Mitglieder der Vereinten Nationen jeweils beteiligt sind.
2. Absatz 1 dieses Artikels darf nicht so ausgelegt werden, daß er Anlaß für eine Verzögerung oder Verschiebung der Verhandlungen und des Abschlusses von Abkommen gibt, durch welche Mandatsgebiete und andere Gebiete gemäß Artikel 77 in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden.

Artikel 81

Das Treuhandschaftsabkommen enthält in jedem Falle die Bedingungen, unter denen das Treuhandgebiet zu verwalten ist und bezeichnet die Macht, die die Verwaltung des Treu-

handgebietes ausübt. Diese Macht, im folgenden als Verwaltungsmacht bezeichnet, können ein Staat oder mehrere Staaten oder die Organisation selbst sein.

Artikel 82

Jedes Treuhandschaftsabkommen kann eine strategische Zone oder mehrere strategische Zonen bezeichnen, die einen Teil oder die Gesamtheit des Treuhandschaftsgebietes, auf das sich das Abkommen bezieht, umfassen, unbeschadet eines Sonderabkommens oder von Sonderabkommen, die gemäß Artikel 43 abgeschlossen wurden.

Artikel 83

1. Alle Funktionen der Vereinten Nationen in bezug auf strategische Zonen, einschließlich der Genehmigung der Bedingungen der Treuhandschaftsabkommen sowie deren Änderung oder Ergänzung, werden vom Sicherheitsrat ausgeübt.
2. Die in Artikel 76 dargelegten Hauptaufgaben gelten auch für die Bevölkerung jeder strategischen Zone.
3. Der Sicherheitsrat nimmt vorbehaltlich der Bestimmungen der Treuhandschaftsabkommen und von Sicherheitsratsentscheidungen die Hilfe des Treuhandschaftsrates in Anspruch, um gemäß dem Treuhandschaftssystem die Funktionen der Vereinten Nationen auszuüben, die politische, wirtschaftliche, soziale und bildungsmäßige Angelegenheiten in den strategischen Zonen betreffen.

Artikel 84

Die Verwaltungsmacht hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Treuhandschaftsgebiet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leistet. Zu diesem Zweck kann die Verwaltungsmacht von freiwilligen Streitkräften, Hilfsmitteln und dem Beistand des Treuhandschaftsgebietes Gebrauch machen, um die in dieser Hinsicht von ihr gegenüber dem Sicherheitsrat übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und um die örtliche Verteidigung und die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung innerhalb des Treuhandschaftsgebietes sicherzustellen.

Artikel 85

1. Die Funktionen der Vereinten Nationen in bezug auf Treuhandschaftsabkommen für alle nicht als strategische Zonen bezeichneten Gebiete, einschließlich der Genehmigung der Bedingungen der Treuhandschaftsabkommen sowie deren Änderung oder Ergänzung, werden von der Vollversammlung ausgeübt.
2. Der Treuhandschaftsrat, der unter der Autorität der Vollversammlung handelt, unterstützt die Vollversammlung bei der Ausübung dieser Funktionen.

Kapitel XIII

Der Treuhandschaftsrat

Zusammensetzung

Artikel 86

1. Der Treuhandschaftsrat besteht aus folgenden Mitgliedern der Vereinten Nationen:
 - a) den Mitgliedern, die Treuhandschaftsgebiete verwalten;
 - b) den in Artikel 23 namentlich aufgeführten Mitgliedern, soweit sie keine Treuhandschaftsgebiete verwalten und
 - c) so vielen anderen von der Vollversammlung für je drei Jahre gewählten Mitgliedern, wie notwendig sind, damit sich die Gesamtzahl der Mitglieder des Treuhandschaftsrates je zur Hälfte aus Mitgliedern der Vereinten Nationen, die Treuhandschaftsgebiete verwalten und solchen, die keine verwalten, zusammensetzt.
2. Jedes Mitglied des Treuhandschaftsrates benennt eine besonders geeignete Persönlichkeit zu seinem Vertreter im Rat.

Funktionen und Befugnisse

Artikel 87

Die Vollversammlung und unter ihrer Autorität der Treuhandschaftsrat können in Ausübung ihrer Funktionen:

- a) von der Verwaltungsmacht vorgelegte Berichte prüfen;
- b) Petitionen entgegennehmen und sie in Konsultation mit der Verwaltungsmacht prüfen;
- c) periodisch Besichtigungen der einzelnen Treuhandschaftsgebiete veranlassen, deren Zeitpunkt mit der Verwaltungsmacht vereinbart wird und
- d) diese und andere Maßnahmen gemäß den Bestimmungen der Treuhandschaftsabkommen ergreifen.

Artikel 88

Der Treuhandschaftsrat erarbeitet einen Fragebogen über die Fortschritte der Bewohner jedes Treuhandschaftsgebietes auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und bildungsmäßigem Gebiet; die Verwaltungsmacht jedes Treuhandschaftsgebietes, für das die Vollversammlung zuständig ist, erstattet der Vollversammlung auf Grund dieses Fragebogens einen Jahresbericht.

Abstimmung

Artikel 89

1. Jedes Mitglied des Treuhandschaftsrates hat eine Stimme.
2. Beschlüsse des Treuhandschaftsrates werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt.

Verfahren

Artikel 90

1. Der Treuhandschaftsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der er das Verfahren festlegt, nach dem sein Präsident bestimmt wird.
2. Der Treuhandschaftsrat tagt nach Bedarf gemäß den Bestimmungen seiner Geschäftsordnung, die eine Bestimmung über die Einberufung von Sitzungen auf Verlangen der Mehrheit seiner Mitglieder enthalten soll.

Artikel 91

Der Treuhandschaftsrat nimmt, wenn es angezeigt ist, die Unterstützung des Wirtschafts- und Sozialrates und der Spezialorganisationen in den Angelegenheiten in Anspruch, für die sie jeweils zuständig sind.

Kapitel XIV

Der Internationale Gerichtshof

Artikel 92

Der Internationale Gerichtshof ist das Hauptorgan der Rechtsprechung der Vereinten Nationen. Er übt seine Tätigkeit gemäß dem beigefügten Statut aus, das auf dem Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofes beruht und ein integrierender Bestandteil der vorliegenden Charta ist.

Artikel 93

1. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen sind ipso facto Parteien des Statuts des Internationalen Gerichtshofes.
2. Ein Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann zu Bedingungen, die in jedem Fall von der Vollversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates festzusetzen sind, Partei des Statuts des Internationalen Gerichtshofes werden.

Artikel 94

1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet sich, in jedem Rechtsfall, an dem es beteiligt ist, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes zu befolgen.

2. Wenn eine Partei an einem Rechtsfall es unterläßt, die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr auf Grund eines vom Gerichtshof gefällten Urteils obliegen, so kann sich die andere Partei an den Sicherheitsrat wenden, der, wenn er es für notwendig hält, Empfehlungen geben oder Maßnahmen beschließen kann, um das Urteil zu verwirklichen.

Artikel 95

Keine Bestimmung der vorliegenden Charta hindert die Mitglieder der Vereinten Nationen daran, mit der Schlichtung ihrer Streitigkeiten auf Grund von bereits bestehenden oder in Zukunft abzuschließenden Abkommen andere Gerichte zu betrauen.

Artikel 96

1. Die Vollversammlung oder der Sicherheitsrat kann den Internationalen Gerichtshof zu jeder Rechtsfrage um die Erstattung eines Gutachtens ersuchen.
2. Andere Organe der Vereinten Nationen und Spezialorganisationen können jederzeit von der Vollversammlung dazu ermächtigt werden, den Gerichtshof ebenfalls um Gutachten über Rechtsfragen zu ersuchen, die sich in ihrem Tätigkeitsbereich ergeben.

Kapitel XV

Das Sekretariat

Artikel 97

Das Sekretariat besteht aus einem Generalsekretär und dem für die Organisation erforderlichen Personal. Der Generalsekretär wird von der Vollversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates ernannt. Er ist der höchste Verwaltungsbeamte der Organisation.

Artikel 98

Der Generalsekretär ist in dieser Eigenschaft auf allen Sitzungen der Vollversammlung, des Sicherheitsrates, des Wirtschafts- und Sozialrates und des Treuhandschaftsrates tätig und übt die weiteren Funktionen aus, die ihm von diesen Organen übertragen werden. Der Generalsekretär erstattet der Vollversammlung einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Organisation.

Artikel 99

Der Generalsekretär kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf jede Angelegenheit lenken, die seiner Meinung nach geeignet ist, die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu bedrohen.

Artikel 100

1. In Ausübung ihrer Pflichten dürfen der Generalsekretär und das Personal keine Weisungen von irgendeiner Regierung oder von irgendeiner Macht außerhalb der Organisation einholen oder entgegennehmen. Sie haben sich jeder Handlung zu enthalten, die ihrer Stellung als internationale, nur der Organisation verantwortliche Beamte abträglich sein könnte.
2. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Generalsekretärs und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Artikel 101

1. Das Personal wird vom Generalsekretär gemäß den von der Vollversammlung festgesetzten Regelungen ernannt.
2. Dem Wirtschafts- und Sozialrat, dem Treuhandschaftsrat und, falls erforderlich, anderen Organen der Vereinten Nationen wird geeignetes Personal für ständig zugeteilt. Dieses Personal bildet einen Teil des Sekretariats.

3. Bei der Einstellung des Personals und der Festsetzung seiner Dienstverhältnisse ist die ausschlaggebende Erwägung, daß es notwendig ist, höchste Leistungsfähigkeit, fachliche Eignung und Rechtschaffenheit zu gewährleisten.

Die Wichtigkeit der Auswahl des Personals auf einer möglichst breiten geographischen Grundlage ist gebührend zu berücksichtigen.

Kapitel XVI

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 102

1. Alle Verträge und internationalen Abkommen, die von einem Mitglied der Vereinten Nationen nach Inkrafttreten der vorliegenden Charta abgeschlossen werden, werden so bald wie möglich beim Sekretariat registriert und von ihm veröffentlicht.
2. Werden solche Verträge oder internationale Abkommen nicht nach Absatz 1 dieses Artikels registriert, so kann sich keine der Vertragsparteien bei einem Organ der Vereinten Nationen auf sie berufen.

Artikel 103

Widersprechen sich die Verpflichtungen der Mitglieder der Vereinten Nationen aus der vorliegenden Charta und ihren Verpflichtungen aus irgendeinem anderen internationalen Abkommen, so haben die Verpflichtungen auf Grund der vorliegenden Charta den Vorrang.

Artikel 104

Die Organisation genießt auf dem Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitglieder die Rechtsfähigkeit, die für die Ausübung ihrer Funktionen und die Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich ist.

Artikel 105

1. Die Organisation genießt auf dem Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitglieder diejenigen Privilegien und Immunitäten, die für die Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich sind.
2. Vertreter der Mitglieder der Vereinten Nationen und Beamte der Organisation genießen gleichfalls die Privilegien und Immunitäten, die für die unabhängige Ausübung ihrer mit der Tätigkeit der Organisation zusammenhängenden Funktionen erforderlich sind.
3. Die Vollversammlung kann Empfehlungen zur Regelung von Einzelheiten der Anwendung von Absatz 1 und 2 dieses Artikels erteilen oder den Mitgliedern der Vereinten Nationen für diesen Zweck Konventionen vorschlagen.

Kapitel XVII

Sicherheitsbestimmungen für die Übergangszeit

Artikel 106

Bis zum Inkrafttreten der in Artikel 43 erwähnten Sonderabkommen, die den Sicherheitsrat nach seiner Meinung in die Lage versetzen, mit der Ausübung seiner Verantwortlichkeiten gemäß Artikel 42 zu beginnen, konsultieren die Unterzeichner der Moskauer Vier-Mächte-Erklärung vom 30. Oktober 1943 und Frankreich gemäß den Bestimmungen des Absatzes 5 dieser Erklärung einander und gegebenenfalls andere Mitglieder der Vereinten Nationen, um gemeinsam die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen im Namen der Organisation zu ergreifen.

Artikel 107

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergriffen oder genehmigt haben, der während dieses

Krieges Feind eines Unterzeichners der vorliegenden Charta war, werden durch die Bestimmungen der vorliegenden Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

Kapitel XVIII

Änderungen

Artikel 108

Änderungen der vorliegenden Charta treten für alle Mitglieder der Vereinten Nationen in Kraft, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Vollversammlung angenommen und von zwei Dritteln der Mitglieder der Vereinten Nationen, einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, gemäß ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren ratifiziert worden sind.

Artikel 109

1. Eine Allgemeine Konferenz der Mitglieder der Vereinten Nationen zur Revision der vorliegenden Charta kann zu einem Zeitpunkt und an einem Orte abgehalten werden, die mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Vollversammlung und mit Zustimmung von neun beliebigen Mitgliedern des Sicherheitsrates festgesetzt werden. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen hat auf der Konferenz eine Stimme.
2. Jede Änderung der vorliegenden Charta, die von der Konferenz mit Zweidrittelmehrheit empfohlen wird, tritt in Kraft, wenn sie von zwei Dritteln der Mitglieder der Vereinten Nationen, einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, gemäß ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren ratifiziert worden ist.
3. Wenn eine solche Konferenz nicht vor der zehnten Jahrestagung der Vollversammlung nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Charta abgehalten worden ist, so wird der Vorschlag, eine solche Konferenz einzuberufen, auf die Tagesordnung dieser Tagung der Vollversammlung gesetzt. Die Konferenz findet statt, wenn dies mit einfacher Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung und mit Zustimmung von sieben beliebigen Mitgliedern des Sicherheitsrates beschlossen wird.

Kapitel XIX

Ratifikation und Unterzeichnung

Artikel 110

1. Die vorliegende Charta wird von den Unterzeichnerstaaten gemäß ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren ratifiziert.
2. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt, die allen Unterzeichnerstaaten sowie dem Generalsekretär der Organisation, sobald er ernannt ist, jede Hinterlegung notifiziert.
3. Die vorliegende Charta tritt in Kraft, sobald die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Mehrheit der anderen Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika errichtet dann über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ein Protokoll, von dem sie allen Unterzeichnerstaaten Abschriften übermittelt.
4. Die Unterzeichnerstaaten der vorliegenden Charta, die sie nach ihrem Inkrafttreten ratifizieren, werden mit dem Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde ursprüngliche Mitglieder der Vereinten Nationen.

Artikel 111

Die vorliegende Charta, deren chinesischer, französischer, russischer, englischer und spanischer Text gleichermaßen authentisch ist, bleibt in den Archiven der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verwahrt. Diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten in gehöriger Form beglaubigte Abschriften.

ZU URKUND DESSEN haben die Vertreter der Regierungen der Vereinten Nationen die vorliegende Charta unterzeichnet.

GESCHEHEN in der Stadt San Francisco, am sechsundzwanzigsten Juni eintausendneunhundertfünfundvierzig.

Statut des Internationalen Gerichtshofes

Artikel 1

Der Internationale Gerichtshof, der durch die Charta der Vereinten Nationen als das Hauptorgan der Rechtsprechung der Vereinten Nationen geschaffen wurde, wird gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Statuts gebildet und übt seine Tätigkeit entsprechend diesen Bestimmungen aus.

Kapitel I

Organisation des Gerichtshofes

Artikel 2

Der Gerichtshof besteht aus einem Kollegium unabhängiger Richter, die ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit aus einem Kreis von Personen mit hohen moralischen Eigenschaften gewählt werden, die in ihrem Lande zur Ausübung höchster richterlicher Ämter erforderlichen Voraussetzungen besitzen oder Völkerrechtsgelehrte von anerkannter Autorität sind.

Artikel 3

1. Der Gerichtshof besteht aus fünfzehn Mitgliedern, von denen jeweils nur ein Mitglied Angehöriger desselben Staates sein darf.
2. Wer hinsichtlich der Mitgliedschaft beim Gerichtshof als Angehöriger von mehr als einem Staat angesehen werden kann, gilt als Angehöriger des Staates, in dem er gewöhnlich seine Bürgerrechte und politischen Rechte ausübt.

Artikel 4

1. Die Mitglieder des Gerichtshofes werden von der Vollversammlung und vom Sicherheitsrat gemäß den nachfolgenden Bestimmungen aus einer Liste von Personen gewählt, die von den nationalen Gruppen des Ständigen Schiedshofes benannt worden sind.
2. Im Falle der im Ständigen Schiedshof nicht vertretenen Mitglieder der Vereinten Nationen werden die Kandidaten durch die nationalen Gruppen benannt, die zu diesem Zweck von ihren Regierungen unter den gleichen Bedingungen eingesetzt werden, wie sie Artikel 44 des Haager Abkommens von 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle für die Mitglieder des Ständigen Schiedshofes vorschreibt.
3. Die Bedingungen, unter denen ein Staat, der Partei des vorliegenden Statuts, aber nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, an der Wahl der Mitglieder des Gerichtshofes teilnehmen kann, werden in Ermangelung einer besonderen Vereinbarung auf Empfehlung des Sicherheitsrates von der Vollversammlung festgesetzt.

Artikel 5

1. Mindestens drei Monate vor dem Tage der Wahl richtet der Generalsekretär der Vereinten Nationen an die Mitglieder des Ständigen Schiedshofes, die zu den Staaten gehören, die Parteien des vorliegenden Statuts sind, sowie an die Mitglieder der gemäß Artikel 4 Absatz 2 eingesetzten nationalen Gruppen die schriftliche Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Frist durch die nationalen Gruppen Personen zu benennen, die in der Lage sind, die Pflichten eines Mitglieds des Gerichtshofes zu übernehmen.
2. Keine Gruppe darf mehr als vier Personen benennen, worunter höchstens zwei ihrer Staatsangehörigkeit sein dürfen. Die Zahl der von einer Gruppe benannten Kandidaten darf unter keinen Umständen mehr als das Doppelte der Zahl der zu besetzenden Sitze betragen.

Artikel 6

Es wird jeder nationalen Gruppe empfohlen, vor diesen Benennungen ihren Obersten Gerichtshof, ihre juristischen Fakultäten und Rechtsschulen sowie ihre nationalen Akademien und die nationalen Sektionen internationaler Akademien, die sich dem Rechtsstudium widmen, zu konsultieren.

Artikel 7

1. Der Generalsekretär stellt eine alphabetische Liste aller auf diese Weise benannten Personen auf. Mit der in Artikel 12 Absatz 2 festgelegten Ausnahme sind allein diese Personen wählbar.
2. Der Generalsekretär legt diese Liste der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat vor.

Artikel 8

Die Vollversammlung und der Sicherheitsrat nehmen unabhängig voneinander die Wahl der Mitglieder des Gerichtshofes vor.

Artikel 9

Bei jeder Wahl haben die Wähler darauf zu achten, daß die zu wählenden Mitglieder nicht nur für ihre Person die erforderlichen Voraussetzungen besitzen, sondern daß der Gerichtshof auch als Gesamtheit die Vertretung der Hauptformen der Zivilisation und der hauptsächlichlichen Rechtssysteme der Welt gewährleistet.

Artikel 10

1. Als gewählt gelten jene Kandidaten, die in der Vollversammlung und im Sicherheitsrat die absolute Stimmenmehrheit erhalten haben.
2. Die Abstimmung im Sicherheitsrat sowohl bei der Wahl der Richter als auch bei der Einsetzung der Mitglieder der in Artikel 12 vorgesehenen Kommission erfolgt ohne Unterscheidung zwischen ständigen und nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates.
3. Erhält mehr als ein Angehöriger desselben Staates die absolute Stimmenmehrheit der Vollversammlung und des Sicherheitsrates, gilt nur der älteste von ihnen als gewählt.

Artikel 11

Bleiben nach dem ersten Wahlgang ein Sitz oder mehrere Sitze frei, so findet ein zweiter und, wenn notwendig, ein dritter Wahlgang statt.

Artikel 12

1. Bleiben nach dem dritten Wahlgang ein Sitz oder mehrere Sitze frei, so kann jederzeit auf Verlangen der Vollversammlung oder des Sicherheitsrates eine Vermittlungskommission von sechs Mitgliedern gebildet werden, von denen drei von der Vollversammlung und drei vom Sicherheitsrat ernannt werden; die Kommission hat die Aufgabe, mit absoluter Stimmenmehrheit für jeden freien Sitz einen Namen auszuwählen, welcher der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat getrennt zur Annahme unterbreitet wird.
2. Hat sich die Vermittlungskommission einstimmig auf eine Person geeinigt, die die erforderlichen Bedingungen erfüllt, so kann sie diese in ihre Liste aufnehmen, selbst wenn die Person nicht in der in Artikel 7 vorgesehenen Kandidatenliste enthalten war.
3. Stellt die Vermittlungskommission fest, daß es ihr nicht gelingen wird, die Wahl durchzuführen, so besetzen die schon gewählten Mitglieder des Gerichtshofes innerhalb einer vom Sicherheitsrat festzusetzenden Frist die freien

Sitze durch eine Auswahl unter denjenigen Personen, die entweder in der Vollversammlung oder im Sicherheitsrat Stimmen erhalten haben.

4. Im Falle von Stimmgleichheit unter den Richtern gibt die Stimme des ältesten Richters den Ausschlag.

Artikel 13

1. Die Mitglieder des Gerichtshofes werden für einen Zeitraum von neun Jahren gewählt und sind wiederwählbar, jedoch endet für fünf der in der ersten Wahl gewählten Richter die Amtszeit nach drei Jahren, für weitere fünf Richter nach sechs Jahren.
2. Die Richter, deren Amtszeit nach Ablauf der obengenannten Anfangszeit von drei und sechs Jahren endet, werden vom Generalsekretär unmittelbar nach Abschluß der ersten Wahl durch das Los bestimmt.
3. Die Mitglieder des Gerichtshofes bleiben im Amt, bis ihre Plätze neu besetzt sind. Nach der Neubesetzung führen sie noch die Fälle zu Ende, die von ihnen begonnen wurden.
4. Im Falle des Rücktrittes eines Mitgliedes des Gerichtshofes ist die Rücktrittserklärung an den Präsidenten des Gerichtshofes zur Weiterleitung an den Generalsekretär zu richten. Mit der Benachrichtigung des letzteren wird der Sitz frei.

Artikel 14

Die Wiederbesetzung freier Sitze erfolgt nach dem für die erste Wahl vorgesehenen Verfahren vorbehaltlich folgender Bestimmung: Der Generalsekretär übersendet innerhalb eines Monats nach Freiwerden des Sitzes die in Artikel 5 vorgesehenen Aufforderungen, und der Zeitpunkt der Wahl wird vom Sicherheitsrat festgesetzt.

Artikel 15

Ein Mitglied des Gerichtshofes, das an Stelle eines Mitgliedes gewählt wird, dessen Amtszeit noch nicht abgelaufen ist, übt sein Amt für den Rest der Amtszeit seines Vorgängers aus.

Artikel 16

1. Ein Mitglied des Gerichtshofes darf weder eine politische oder administrative Funktion ausüben noch sich irgend-einer anderen Beschäftigung beruflicher Art widmen.
2. Bestehen Zweifel in dieser Frage, so entscheidet der Gerichtshof.

Artikel 17

1. Ein Mitglied des Gerichtshofes darf nicht als Bevollmächtigter, Rechtsberater oder Anwalt in irgendeiner Sache tätig sein.
2. Ein Mitglied darf nicht an der Entscheidung irgendeiner Sache teilnehmen, an der es früher als Bevollmächtigter, Rechtsberater oder Anwalt einer der Parteien, als Mitglied eines nationalen oder internationalen Gerichtshofes, einer Untersuchungskommission oder in irgendeiner anderen Eigenschaft beteiligt war.
3. Bestehen Zweifel in dieser Frage, so entscheidet der Gerichtshof.

Artikel 18

1. Ein Mitglied des Gerichtshofes kann seines Amtes nur dann enthoben werden, wenn es nach einstimmiger Meinung der übrigen Mitglieder nicht mehr die erforderlichen Bedingungen erfüllt.
2. Von dieser Tatsache wird dem Generalsekretär vom Generalsekretär offiziell Mitteilung gemacht.
3. Mit dieser Mitteilung wird der Sitz frei.

Artikel 19

Die Mitglieder des Gerichtshofes genießen bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Privilegien und Immunitäten.

Artikel 20

Jedes Mitglied des Gerichtshofes hat vor Antritt seines Amtes in öffentlicher Sitzung des Gerichtshofes die feierliche Erklärung abzugeben, daß es seine Befugnisse unparteiisch und gewissenhaft ausüben werde.

Artikel 21

1. Der Gerichtshof wählt seinen Präsidenten und Vizepräsidenten für drei Jahre; sie können wiedergewählt werden.
2. Der Gerichtshof ernennt seinen Generalsekretär und ist zur Ernennung weiterer erforderlicher Beamter berechtigt.

Artikel 22

1. Der Sitz des Gerichtshofes ist in Den Haag. Der Gerichtshof kann jedoch an anderen Orten tagen und seine Tätigkeit ausüben, wenn er das für wünschenswert hält.
2. Der Präsident und der Generalsekretär wohnen am Sitze des Gerichtshofes.

Artikel 23

1. Der Gerichtshof tagt ständig, außer während der Gerichtsferien, deren Zeitpunkt und Dauer vom Gerichtshof festgesetzt werden.
2. Die Mitglieder des Gerichtshofes haben Anspruch auf regelmäßigen Urlaub, dessen Zeitpunkt und Dauer vom Gerichtshof unter Berücksichtigung der Entfernung von Den Haag vom Heimatort der einzelnen Richter festgesetzt werden.
3. Die Mitglieder des Gerichtshofes sind verpflichtet, außer bei ordentlichem Urlaub, bei Verhinderung wegen Krankheit oder wegen anderer schwerwiegender Gründe, die dem Präsidenten gehörig zu begründen sind, dem Gerichtshof jederzeit zur Verfügung zu stehen.

Artikel 24

1. Glaubt ein Mitglied des Gerichtshofes, daß es aus besonderen Gründen an der Entscheidung einer bestimmten Sache nicht teilnehmen sollte, so gibt es dem Präsidenten davon Kenntnis.
2. Ist der Präsident der Meinung, daß eines der Mitglieder des Gerichtshofes aus besonderen Gründen bei der Verhandlung einer bestimmten Sache nicht mitwirken sollte, so macht er dem Mitglied davon Mitteilung.
3. Bestehen in einem derartigen Falle Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Mitglied des Gerichtshofes und dem Präsidenten, wird die Angelegenheit durch den Gerichtshof entschieden.

Artikel 25

1. Der Gerichtshof tagt in Plenarsitzungen, sofern das vorliegende Statut es nicht ausdrücklich anders bestimmt.
2. Die Verfahrensordnung des Gerichtshofes kann vorsehen, daß ein oder mehrere Richter je nach den Umständen und reihum von der Teilnahme an den Sitzungen befreit werden können, wenn dadurch die Zahl der Richter, die zur Bildung des Gerichtshofes zur Verfügung stehen, nicht weniger als elf beträgt.
3. Der Gerichtshof ist beschlußfähig, wenn neun Richter anwesend sind.

Artikel 26

1. Der Gerichtshof kann bei Bedarf eine oder mehrere Kammern einsetzen, die je nach Beschluß des Gerichtshofes aus drei oder mehr Richtern bestehen, um bestimmte Arten von Rechtssachen zu behandeln, zum Beispiel Arbeitsrechtssachen und sich aus dem Transit und dem Verbindungswesen ergebende Sachen.

2. Der Gerichtshof kann jederzeit eine Kammer zur Verhandlung einer bestimmten Sache einsetzen. Die Zahl der Richter, die diese Kammer bilden, wird vom Gerichtshof mit Zustimmung der Parteien festgesetzt.
3. Die in diesem Artikel vorgesehenen Kammern verhandeln und entscheiden Sachen, wenn die Parteien es beantragen.

Artikel 27

Jedes von einer der in den Artikeln 26 und 29 vorgesehenen Kammern gefällte Urteil gilt als Urteil des Gerichtshofes.

Artikel 28

Die in den Artikeln 26 und 29 vorgesehenen Kammern können mit Zustimmung der Parteien auch an anderen Orten als in Den Haag tagen und ihre Tätigkeit ausüben.

Artikel 29

Zur raschen Erledigung der Geschäfte bildet der Gerichtshof jährlich eine aus fünf Richtern bestehende Kammer, die auf Ersuchen der Parteien im abgekürzten Verfahren Rechtsfälle verhandeln und entscheiden kann. Zusätzlich werden zwei Richter bestimmt, um die Richter zu ersetzen, die an den Sitzungen nicht teilnehmen können.

Artikel 30

1. Der Gerichtshof erarbeitet Regeln für die Ausübung seiner Tätigkeit. Insbesondere legt er eine Verfahrensordnung fest.
2. Die Verfahrensordnung des Gerichtshofes kann die Hinzuziehung von Beisitzern ohne Stimmrecht zu den Sitzungen des Gerichtshofes oder seiner Kammern vorsehen.

Artikel 31

1. Richter, die die Staatsangehörigkeit der Parteien besitzen, behalten das Recht, an den Sitzungen über die vor dem Gerichtshof anhängige Sache teilzunehmen.
2. Gehört dem Kollegium des Gerichtshofes ein Richter an, der die Staatsangehörigkeit einer der Parteien besitzt, so kann jede andere Partei eine Person ihrer Wahl bestimmen, die als Richter an den Sitzungen teilnimmt. Sie ist vorzugsweise aus dem Kreis jener Personen auszuwählen, die gemäß den Bestimmungen der Artikel 4 und 5 als Kandidaten benannt worden sind.
3. Gehört dem Richterkollegium kein Richter an, der die Staatsangehörigkeit einer der Parteien besitzt, so kann jede dieser Parteien auf die im Absatz 2 dieses Artikels vorgesehene Weise einen Richter bestimmen.
4. Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels finden auch auf die in den Artikeln 26 und 29 vorgesehenen Fälle Anwendung. In diesen Fällen ersucht der Präsident ein oder erforderlichenfalls zwei der die Kammer bildenden Mitglieder des Gerichtshofes, ihren Platz an die Mitglieder des Gerichtshofes, die die Staatsangehörigkeit der beteiligten Parteien besitzen oder in Ermangelung oder bei Verhinderung solcher Mitglieder, an die von den Parteien besonders bestimmten Richter abzutreten.
5. Bilden mehrere Parteien eine Streitgenossenschaft, so gelten sie hinsichtlich der vorstehenden Bestimmungen als eine Partei. Bestehen Zweifel, so entscheidet der Gerichtshof.
6. Die gemäß Absatz 2, 3 und 4 dieses Artikels bestimmten Richter müssen die in den Artikeln 2, 17 Absatz 2, 20 und 24 des vorliegenden Statuts aufgestellten Bedingungen erfüllen. Sie wirken an der Entscheidung völlig gleichberechtigt mit ihren Kollegen mit.

Artikel 32

1. Die Mitglieder des Gerichtshofes erhalten ein Jahresgehalt.

2. Der Präsident erhält eine jährliche Sonderzulage.
3. Der Vizepräsident erhält eine Sonderzulage für jeden Tag, an dem er das Amt des Präsidenten ausübt.
4. Die gemäß Artikel 31 bestimmten Richter, die nicht Mitglieder des Gerichtshofes sind, erhalten eine Entschädigung für jeden Tag, an dem sie ihre Tätigkeit ausüben.
5. Diese Gehälter, Zulagen und Entschädigungen werden von der Vollversammlung festgesetzt. Sie dürfen während der Amtszeit nicht herabgesetzt werden.
6. Das Gehalt des Gerichtssekretärs wird von der Vollversammlung auf Vorschlag des Gerichtshofes festgesetzt.
7. Von der Vollversammlung erlassene Regelungen setzen die Bedingungen fest, unter denen den Mitgliedern des Gerichtshofes und dem Gerichtssekretär ein Ruhegehalt gewährt wird, sowie die Bedingungen, unter denen den Mitgliedern des Gerichtshofes und dem Gerichtssekretär Reisekosten erstattet werden.
8. Die Gehälter, Zulagen und Entschädigungen sind von allen Steuern befreit.

Artikel 33

Die Ausgaben des Gerichtshofes werden von den Vereinten Nationen in einer durch die Vollversammlung festzusetzenden Weise getragen.

Kapitel II

Zuständigkeit des Gerichtshofes

Artikel 34

1. Nur Staaten sind berechtigt, als Parteien vor dem Gerichtshof aufzutreten.
2. Der Gerichtshof kann entsprechend seiner Verfahrensordnung öffentliche internationale Organisationen um Auskünfte zu ihm vorliegenden Rechtsfällen ersuchen und nimmt solche Auskünfte auch entgegen, wenn sie ihm von diesen Organisationen aus eigener Initiative erteilt werden.
3. Steht die Auslegung der Gründungsurkunde einer öffentlichen internationalen Organisation oder eines auf Grund dieser Urkunde abgeschlossenen internationalen Abkommens in einem dem Gerichtshof vorgelegten Rechtsfall in Frage, so verständigt der Gerichtssekretär die betreffende öffentliche internationale Organisation hiervon und übermittelt ihr Abschriften aller schriftlichen Vorgänge.

Artikel 35

1. Der Gerichtshof steht den Staaten offen, die Parteien des vorliegenden Statuts sind.
2. Die Bedingungen, unter denen der Gerichtshof anderen Staaten offen steht, werden vorbehaltlich von besonderen Bestimmungen in geltenden Verträgen vom Sicherheitsrat festgesetzt; daraus darf sich unter keinen Umständen für die Parteien eine ungleiche Lage vor dem Gerichtshof ergeben.
3. Ist ein Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, Partei eines Rechtsfalls, so setzt der Gerichtshof den Beitrag fest, den diese Partei zu den Ausgaben des Gerichtshofes zu entrichten hat. Diese Bestimmung gilt nicht, wenn der betreffende Staat bereits die Ausgaben des Gerichtshofes mitbestreitet.

Artikel 36

1. Die Zuständigkeit des Gerichtshofes erstreckt sich auf alle Rechtsfälle, die die Parteien ihm vorlegen sowie auf alle Angelegenheiten, die in der Charta der Vereinten Nationen oder in geltenden Verträgen und Abkommen besonders vorgesehen sind.

2. Die Staaten, die Parteien des vorliegenden Statuts sind, können jederzeit erklären, daß sie die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes ipso facto und ohne besondere Vereinbarung gegenüber jedem anderen Staat, der die gleiche Verpflichtung übernimmt, in allen Rechtsstreitigkeiten über folgende Gegenstände als obligatorisch anerkennen:

- a) die Auslegung eines Vertrages;
 - b) jede Frage des Völkerrechts;
 - c) das Bestehen jeder Tatsache, die, wenn sie bewiesen wäre, die Verletzung einer internationalen Verpflichtung darstellen würde;
 - d) Art und Umfang der wegen Verletzung einer internationalen Verpflichtung zu leistenden Wiedergutmachung.
3. Die obengenannten Erklärungen können vorbehaltlos oder vorbehaltlich der von mehreren oder bestimmten Staaten zu erklärenden Gegenseitigkeit oder für eine bestimmte Zeitdauer abgegeben werden.
4. Diese Erklärungen sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen, der den Parteien des vorliegenden Statuts sowie dem Gerichtsssekretär Abschriften davon übermittelt.
5. Erklärungen, die in Anwendung des Artikels 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes abgegeben wurden und deren Geltungsdauer noch nicht abgelaufen ist, gelten entsprechend ihren Bedingungen in den Beziehungen zwischen den Parteien des vorliegenden Statuts als Annahme der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes für die restliche Geltungsdauer.
6. Im Falle eines Streites über die Zuständigkeit des Gerichtshofes entscheidet der Gerichtshof.

Artikel 37

Ist in einem geltenden Vertrag oder Abkommen die Überweisung einer Angelegenheit an ein Gericht, das der Völkerbund zu errichten hatte, oder an den Ständigen Internationalen Gerichtshof vorgesehen, so wird die Angelegenheit, wenn sie Parteien des vorliegenden Statuts betrifft, dem Internationalen Gerichtshof überwiesen.

Artikel 38

1. Der Gerichtshof, dessen Aufgabe es ist, die ihm unterbreiteten Streitfälle nach dem Völkerrecht zu entscheiden, wendet an:
 - a) die internationalen Abkommen allgemeiner oder besonderer Natur, die Normen enthalten, die von den im Streit befindlichen Staaten ausdrücklich anerkannt sind;
 - b) das internationale Gewohnheitsrecht als Beweis einer allgemeinen, als Recht anerkannten Übung;
 - c) die von den zivilisierten Nationen anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze;
 - d) vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 59 gerichtliche Entscheidungen und die Lehren der fähigsten Völkerrechtler der verschiedenen Nationen als Hilfsmittel zur Feststellung von Rechtsnormen.
2. Durch diese Bestimmung wird die Befugnis des Gerichtshofes, mit Zustimmung der Parteien den Streitfall *ex aequo et bono* zu entscheiden, nicht beeinträchtigt.

Kapitel III

Verfahren

Artikel 39

1. Die amtlichen Sprachen des Gerichtshofes sind französisch und englisch. Wenn die Parteien vereinbaren, daß das ganze Verfahren in französischer Sprache durchgeführt

wird, so wird das Urteil in französischer Sprache gefällt. Wenn die Parteien vereinbaren, daß das ganze Verfahren in englischer Sprache durchgeführt wird, so wird das Urteil in englischer Sprache gefällt.

2. In Ermangelung einer Vereinbarung über die anzuwendende Sprache kann sich jede Partei bei ihren Vorträgen nach Belieben einer der beiden Sprachen bedienen; die Entscheidung des Gerichtshofes ergeht dann in französischer und englischer Sprache. In diesem Fall hat der Gerichtshof gleichzeitig zu bestimmen, welcher der beiden Texte als authentisch anzusehen ist.
3. Auf Ersuchen einer Partei gestattet der Gerichtshof ihr den Gebrauch einer anderen Sprache als der französischen oder englischen.

Artikel 40

1. Die Rechtsfälle werden beim Gerichtshof je nach der Art des Falles durch Notifizierung der besonderen Vereinbarung oder durch eine Klageschrift an den Gerichtsssekretär anhängig gemacht. In beiden Fällen müssen der Streitgegenstand und die Parteien angegeben werden.
2. Der Gerichtsssekretär übermittelt die Klageschrift unverzüglich allen Beteiligten.
3. Er unterrichtet auch die Mitglieder der Vereinten Nationen durch den Generalsekretär und ebenfalls die anderen zum Gerichtshof zugelassenen Staaten.

Artikel 41

1. Der Gerichtshof ist befugt, sofern es seines Erachtens die Umstände erfordern, diejenigen vorläufigen Maßnahmen zu nennen, die zum Schutze der Rechte jeder Partei getroffen werden müssen.
2. Vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung wird den Parteien und dem Sicherheitsrat von den vorgeschlagenen Maßnahmen umgehend Kenntnis gegeben.

Artikel 42

1. Die Parteien werden durch Bevollmächtigte vertreten.
2. Sie können sich vor dem Gerichtshof der Hilfe von Rechtsberatern oder Anwälten bedienen.
3. Die Bevollmächtigten, Rechtsberater und Anwälte der Parteien vor dem Gerichtshof genießen die Privilegien und Immunitäten, die zur unabhängigen Ausübung ihrer Pflichten notwendig sind.

Artikel 43

1. Das Verfahren besteht aus zwei Teilen; einem schriftlichen und einem mündlichen.
2. Das schriftliche Verfahren umfaßt die Übermittlung der Schriftsätze, der Gegenschriften und gegebenenfalls der Repliken sowie aller zur Unterstützung vorgelegten Schriftstücke und Urkunden an den Gerichtshof und an die Parteien.
3. Diese Übermittlung erfolgt durch den Gerichtsssekretär in der Reihenfolge und innerhalb der Fristen, wie sie vom Gerichtshof festgesetzt wurden.
4. Jedes von einer der Parteien vorgelegte Schriftstück ist der anderen Partei in beglaubigter Abschrift zuzustellen.
5. Das mündliche Verfahren besteht in der Anhörung der Zeugen, Sachverständigen, Bevollmächtigten, Rechtsberater und Anwälte durch den Gerichtshof.

Artikel 44

1. Für alle Zustellungen an andere Personen als die Bevollmächtigten, Rechtsberater und Anwälte wendet sich der Gerichtshof unmittelbar an die Regierung des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Zustellung erfolgen soll.

2. Das gleiche gilt, wenn an Ort und Stelle Beweis erhoben werden soll.

Artikel 45

Die mündliche Verhandlung wird vom Präsidenten und, wenn dieser dazu nicht in der Lage ist, vom Vizepräsidenten geleitet; im Falle der Verhinderung beider übernimmt der dienstälteste anwesende Richter den Vorsitz.

Artikel 46

Die mündliche Verhandlung ist öffentlich, wenn nicht der Gerichtshof anders beschließt oder beide Parteien den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen.

Artikel 47

1. Über jede mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, das vom Gerichtsssekretär und vom Präsidenten unterzeichnet wird.

2. Dieses Protokoll allein ist authentisch.

Artikel 48

Der Gerichtshof erläßt Verfügungen über die Führung des Prozesses, bestimmt die Form und die Frist, in der durch jede Partei die Schlußanträge einzubringen sind und trifft alle Maßnahmen, die sich auf die Beweisaufnahme beziehen.

Artikel 49

Der Gerichtshof kann, schon vor der mündlichen Verhandlung, von den Bevollmächtigten die Vorlage aller Urkunden und die Erteilung aller Auskünfte verlangen. Im Falle der Verweigerung wird dies aktenkundig gemacht.

Artikel 50

Der Gerichtshof kann jederzeit und nach freier Wahl eine Person, ein Gremium, ein Büro, eine Kommission oder ein anderes Organ mit der Vornahme einer Untersuchung oder der Abgabe eines Sachverständigenutachtens betrauen.

Artikel 51

Während der Verhandlung sind alle zweckdienlichen Fragen an die Zeugen und Sachverständigen gemäß den Bedingungen zu stellen, die der Gerichtshof in der in Artikel 30 genannten Verfahrensordnung festgelegt hat.

Artikel 52

Nachdem der Gerichtshof innerhalb der von ihm festgesetzten Frist die Beweismittel und Zeugenaussagen erhalten hat, kann er alle weiteren mündlichen oder schriftlichen Beweismittel zurückweisen, die ihm eine der Parteien ohne die Zustimmung der anderen vorlegen möchte.

Artikel 53

1. Erscheint eine der Parteien nicht vor dem Gerichtshof oder unterläßt sie es, ihre Sache zu verteidigen, so kann die andere Partei den Gerichtshof ersuchen, im Sinne ihres Antrages zu entscheiden.

2. Bevor der Gerichtshof diesem Ersuchen entspricht, muß er sich nicht nur vergewissern, daß er gemäß Artikel 36 und 37 zuständig ist, sondern auch, daß der Antrag in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht begründet ist.

Artikel 54

1. Nachdem die Bevollmächtigten, Rechtsberater und Anwälte unter der Leitung des Gerichtshofes ihre Darstellungen des Rechtsfalles abgeschlossen haben, verkündet der Präsident den Schluß der mündlichen Verhandlung.

2. Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung des Urteils zurück.

3. Die Beratungen des Gerichtshofes sind nicht öffentlich und bleiben geheim.

Artikel 55

1. Alle Entscheidungen des Gerichtshofes werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Richter gefaßt.

2. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten oder des Richters, der ihn vertritt.

Artikel 56

1. Das Urteil ist zu begründen.

2. Es enthält die Namen der Richter, die an der Entscheidung teilgenommen haben.

Artikel 57

Bringt das Urteil im ganzen oder zum Teil nicht die übereinstimmende Meinung der Richter zum Ausdruck, so ist jeder Richter berechtigt, eine Darlegung seiner persönlichen Meinung abzugeben.

Artikel 58

Das Urteil wird vom Präsidenten und vom Gerichtsssekretär unterzeichnet. Nach gehöriger Benachrichtigung der Bevollmächtigten wird es in öffentlicher Sitzung verlesen.

Artikel 59

Die Entscheidung des Gerichtshofes ist nur für die Streitparteien und nur für den betreffenden Fall bindend.

Artikel 60

Das Urteil ist endgültig. Berufung kann nicht eingelegt werden. Bei Meinungsverschiedenheiten über den Sinn oder die Tragweite des Urteils hat der Gerichtshof es auf Ersuchen einer Partei auszulegen.

Artikel 61

1. Ein Antrag auf Revision des Urteils kann nur gestellt werden, wenn er sich auf die Entdeckung einer Tatsache stützt, die ihrer Natur nach von entscheidender Bedeutung sein könnte und bei Verkündung des Urteils sowohl dem Gerichtshof als auch der Partei, welche die Revision beantragt, unbekannt war, immer vorausgesetzt, daß diese Unkenntnis nicht auf Nachlässigkeit beruhte.

2. Das Revisionsverfahren wird durch einen Beschluß des Gerichtshofes eröffnet, der das Vorliegen der neuen Tatsache ausdrücklich feststellt, anerkennt, daß ihr Charakter zur Eröffnung des Revisionsverfahrens Anlaß gibt und den Antrag deshalb für zulässig erklärt.

3. Der Gerichtshof kann verlangen, daß die Bestimmungen des Urteils erfüllt werden, bevor er das Revisionsverfahren eröffnet.

4. Der Revisionsantrag muß spätestens sechs Monate nach Entdeckung der neuen Tatsache gestellt werden.

5. Nach Ablauf von zehn Jahren nach der Urteilsverkündung kann kein Revisionsantrag mehr gestellt werden.

Artikel 62

1. Ist ein Staat der Meinung, daß er ein rechtliches Interesse hat, das durch die Entscheidung in einem Rechtsfall berührt werden könnte, so kann er einen Antrag an den Gerichtshof auf Beitritt zu dem Verfahren stellen.

2. Der Gerichtshof entscheidet über diesen Antrag.

Artikel 63

1. Handelt es sich um die Auslegung eines Vertrages, bei dem andere Staaten als die Streitparteien Vertragsparteien sind, so verständigt der Gerichtsssekretär unverzüglich alle diese Staaten.

2. Jeder der so verständigten Staaten ist berechtigt, dem Verfahren beizutreten; wenn er von diesem Recht Gebrauch macht, so ist die im Urteil gegebene Auslegung auch für ihn bindend.

Artikel 64

Wenn der Gerichtshof nicht anders entscheidet, trägt jede Partei ihre eigenen Kosten.

Kapitel IV

Gutachten

Artikel 65

1. Der Gerichtshof kann zu jeder Rechtsfrage ein Gutachten abgeben, und zwar auf Antrag jedes Organs oder jeder Organisation, die durch die Charta der Vereinten Nationen oder gemäß ihren Bestimmungen ermächtigt ist, ein Gutachten zu verlangen.
2. Die Fragen, zu denen ein Gutachten des Gerichtshofes eingeholt wird, werden dem Gerichtshof in einem schriftlichen Antrag vorgelegt, der eine genaue Darstellung der Frage enthält, zu der das Gutachten verlangt wird, und dem alle Dokumente beigelegt werden, die zur Klärung der Frage dienen können.

Artikel 66

1. Der Gerichtssekretär gibt von dem Antrag auf ein Gutachten unverzüglich allen zum Gerichtshof zugelassenen Staaten Kenntnis.
2. Jeder zum Gerichtshof zugelassene Staat und jede internationale Organisation, die nach Ansicht des Gerichtshofes oder, wenn dieser nicht tagt, nach Ansicht seines Präsidenten über die Frage Auskunft geben können, werden außerdem vom Gerichtssekretär durch eine besondere und direkte Mitteilung davon verständigt, daß der Gerichtshof bereit ist, binnen einer vom Präsidenten festgesetzten Frist ihre schriftlichen Ausführungen entgegenzunehmen oder in einer zu diesem Zweck anberaumten öffentlichen Sitzung ihre mündlichen Ausführungen zu dieser Frage zu hören.
3. Hat ein solcher zum Gerichtshof zugelassener Staat die in Absatz 2 dieses Artikels vorgesehene besondere Mit-

teilung nicht erhalten, so kann er den Wunsch äußern, schriftliche Ausführungen vorzulegen oder gehört zu werden; die Entscheidung darüber fällt der Gerichtshof.

4. Staaten und Organisationen, die schriftliche oder mündliche Ausführungen oder beides gemacht haben, sind berechtigt, zu den von anderen Staaten oder Organisationen gemachten Ausführungen in der Form, in dem Umfang und innerhalb der Fristen Stellung zu nehmen, die der Gerichtshof oder, wenn er nicht tagt, sein Präsident in jedem einzelnen Fall festsetzt. Zu diesem Zweck übermittelt der Gerichtssekretär die schriftlichen Ausführungen zu gegebener Zeit den Staaten und Organisationen, die selbst solche Ausführungen gemacht haben.

Artikel 67

Der Gerichtshof gibt sein Gutachten in öffentlicher Sitzung ab, nachdem der Generalsekretär und die Vertreter der Mitglieder der Vereinten Nationen sowie der anderen Staaten und internationalen Organisationen, die ein unmittelbares Interesse haben, benachrichtigt worden sind.

Artikel 68

Bei der Ausübung seiner Gutachtertätigkeit läßt sich der Gerichtshof außerdem von den Bestimmungen des vorliegenden Statuts leiten, die auf Streitsachen Anwendung finden, soweit er sie für anwendbar hält.

Kapitel V

Änderungen

Artikel 69

Änderungen des vorliegenden Statuts werden nach dem gleichen Verfahren durchgeführt, das für Änderungen der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist, jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen, die die Vollversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates für die Teilnahme der Staaten beschließt, die Parteien des vorliegenden Statuts, aber nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind.

Artikel 70

Der Gerichtshof ist berechtigt, Änderungen des vorliegenden Statuts, die er für nötig hält, durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär zur Prüfung entsprechend den Bestimmungen des Artikels 69 vorzuschlagen.

CHARTER OF THE UNITED NATIONS

WE THE PEOPLES OF THE UNITED NATIONS DETERMINED

to save succeeding generations from the scourge of war, which twice in our lifetime has brought untold sorrow to mankind, and

to reaffirm faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person, in the equal rights of men and women and of nations large and small, and

to establish conditions under which justice and respect for the obligations arising from treaties and other sources of international law can be maintained, and

to promote social progress and better standards of life in larger freedom,

AND FOR THESE ENDS

to practice tolerance and live together in peace with one another as good neighbors, and

to unite our strength to maintain international peace and security, and

to ensure, by the acceptance of principles and the institution of methods, that armed force shall not be used, save in the common interest, and

to employ international machinery for the promotion of the economic and social advancement of all peoples,

HAVE RESOLVED TO COMBINE OUR EFFORTS TO ACCOMPLISH THESE AIMS.

Accordingly, our respective Governments, through representatives assembled in the city of San Francisco, who have exhibited their full powers found to be in good and due form, have agreed to the present Charter of the United Nations and do hereby establish an international organization to be known as the United Nations.

CHAPTER I PURPOSES AND PRINCIPLES

Article 1

The Purposes of the United Nations are:

1. To maintain international peace and security, and to that end: to take effective collective measures for the prevention and removal of threats to the peace, and for the suppression of acts of aggression or other breaches of the peace, and to bring about by peaceful means, and in conformity with the principles of justice and international law, adjustment or settlement of international disputes or situations which might lead to a breach of the peace;

2. To develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace;

3. To achieve international cooperation in solving international problems of an economic, social, cultural, or humanitarian character, and in promoting and encouraging respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion; and

4. To be a center for harmonizing the actions of nations in the attainment of these common ends.

Article 2

The Organization and its Members, in pursuit of the Purposes stated in Article 1, shall act in accordance with the following Principles.

1. The Organization is based on the principle of the sovereign equality of all its Members.

2. All Members, in order to ensure to all of them the rights and benefits resulting from membership, shall fulfil in good faith

the obligations assumed by them in accordance with the present Charter.

3. All Members shall settle their international disputes by peaceful means in such a manner that international peace and security, and justice, are not endangered.

4. All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.

5. All Members shall give the United Nations every assistance in any action it takes in accordance with the present Charter, and shall refrain from giving assistance to any state against which the United Nations is taking preventive or enforcement action.

6. The Organization shall ensure that states which are not Members of the United Nations act in accordance with these Principles so far as may be necessary for the maintenance of international peace and security.

7. Nothing contained in the present Charter shall authorize the United Nations to intervene in matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state or shall require the Members to submit such matters to settlement under the present Charter; but this principle shall not prejudice the application of enforcement measures under Chapter VII.

CHAPTER II MEMBERSHIP

Article 3

The original Members of the United Nations shall be the states which, having participated in the United Nations Conference on International Organization at San Francisco, or having previously signed the Declaration by United Nations of January 1, 1942, sign the present Charter and ratify it in accordance with Article 110.

Article 4

1. Membership in the United Nations is open to all other peace-loving states which accept the obligations contained in the present Charter and, in the judgment of the Organization, are able and willing to carry out these obligations.

2. The admission of any such state to membership in the United Nations will be effected by a decision of the General Assembly upon the recommendation of the Security Council.

Article 5

A Member of the United Nations against which preventive or enforcement action has been taken by the Security Council may be suspended from the exercise of the rights and privileges of membership by the General Assembly upon the recommendation of the Security Council. The exercise of these rights and privileges may be restored by the Security Council.

Article 6

A Member of the United Nations which has persistently violated the Principles contained in the present Charter may be expelled from the Organization by the General Assembly upon the recommendation of the Security Council.

CHAPTER III
ORGANS

Article 7

1. There are established as the principal organs of the United Nations: a General Assembly, a Security Council, an Economic and Social Council, a Trusteeship Council, an International Court of Justice, and a Secretariat.

2. Such subsidiary organs as may be found necessary may be established in accordance with the present Charter.

Article 8

The United Nations shall place no restrictions on the eligibility of men and women to participate in any capacity and under conditions of equality in its principal and subsidiary organs.

CHAPTER IV
THE GENERAL ASSEMBLY

Composition

Article 9

1. The General Assembly shall consist of all the Members of the United Nations.

2. Each Member shall have not more than five representatives in the General Assembly.

Functions and Powers

Article 10

The General Assembly may discuss any questions or any matters within the scope of the present Charter or relating to the powers and functions of any organs provided for in the present Charter, and, except as provided in Article 12, may make recommendations to the Members of the United Nations or to the Security Council or to both on any such questions or matters.

Article 11

1. The General Assembly may consider the general principles of cooperation in the maintenance of international peace and security, including the principles governing disarmament and the

regulation of armaments, and may make recommendations with regard to such principles to the Members or to the Security Council or to both.

2. The General Assembly may discuss any questions relating to the maintenance of international peace and security brought before it by any Member of the United Nations, or by the Security Council, or by a state which is not a Member of the United Nations in accordance with Article 35, paragraph 2, and, except as provided in Article 12, may make recommendations with regard to any such questions to the state or states concerned or to the Security Council or to both. Any such question on which action is necessary shall be referred to the Security Council by the General Assembly either before or after discussion.

3. The General Assembly may call the attention of the Security Council to situations which are likely to endanger international peace and security.

4. The powers of the General Assembly set forth in this Article shall not limit the general scope of Article 10.

Article 12

1. While the Security Council is exercising in respect of any dispute or situation the functions assigned to it in the present Charter, the General Assembly shall not make any recommendation with regard to that dispute or situation unless the Security Council so requests.

2. The Secretary-General, with the consent of the Security Council, shall notify the General Assembly at each session of any matters relative to the maintenance of international peace and security which are being dealt with by the Security Council and shall similarly notify the General Assembly, or the Members of the United Nations if the General Assembly is not in session, immediately the Security Council ceases to deal with such matters.

Article 13

1. The General Assembly shall initiate studies and make recommendations for the purpose of:

a. promoting international cooperation in the political field and encouraging the progressive development of international law and its codification;

b. promoting international cooperation in the economic, social, cultural, educational, and health fields, and assisting in the realization of human rights and fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion.

2. The further responsibilities, functions, and powers of the General Assembly with respect to matters mentioned in paragraph 1 (b) above are set forth in Chapters IX and X.

Article 14

Subject to the provisions of Article 12, the General Assembly may recommend measures for the peaceful adjustment of any situation, regardless of origin, which it deems likely to impair the general welfare or friendly relations among nations, including situations resulting from a violation of the provisions of the present Charter setting forth the Purposes and Principles of the United Nations.

Article 15

1. The General Assembly shall receive and consider annual and special reports from the Security Council; these reports shall include an account of the measures that the Security Council has decided upon or taken to maintain international peace and security.

2. The General Assembly shall receive and consider reports from the other organs of the United Nations.

Article 16

The General Assembly shall perform such functions with respect to the international trusteeship system as are assigned to it under Chapters XII and XIII, including the approval of the trusteeship agreements for areas not designated as strategic.

Article 17

1. The General Assembly shall consider and approve the budget of the Organization.

2. The expenses of the Organization shall be borne by the Members as apportioned by the General Assembly.

3. The General Assembly shall consider and approve any financial and budgetary arrangements with specialized agencies referred to in Article 57 and shall examine the administrative budgets of such specialized agencies with a view to making recommendations to the agencies concerned.

Voting

Article 18

1. Each member of the General Assembly shall have one vote.

2. Decisions of the General Assembly on important questions shall be made by a two-thirds majority of the members present and voting. These questions shall include: recommendations with respect to the maintenance of international peace and security, the election of the non-permanent members of the Security Council, the election of the members of the Economic and Social Council, the election of members of the Trusteeship Council in accordance with paragraph 1 (c) of Article 86, the admission of new Members to the United Nations, the suspension of the rights and privileges of membership, the expulsion of Members, questions relating to the operation of the trusteeship system, and budgetary questions.

3. Decisions on other questions, including the determination of additional categories of questions to be decided by a two-thirds majority, shall be made by a majority of the members present and voting.

Article 19

A Member of the United Nations which is in arrears in the payment of its financial contributions to the Organization shall have no vote in the General Assembly if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. The General Assembly may, nevertheless, permit such a Member to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.

Procedure

Article 20

The General Assembly shall meet in regular annual sessions and in such special sessions as occasion may require. Special sessions shall be convoked by the Secretary-General at the request of the Security Council or of a majority of the Members of the United Nations.

Article 21

The General Assembly shall adopt its own rules of procedure. It shall elect its President for each session.

Article 22

The General Assembly may establish such subsidiary organs as it deems necessary for the performance of its functions.

CHAPTER V THE SECURITY COUNCIL

Composition

Article 23

1. The Security Council shall consist of fifteen Members of the United Nations. The Republic of China, France, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America shall be permanent members of the Security Council. The General Assembly shall elect ten other Members of the United Nations to be non-permanent members of the Security Council, due regard being specially paid, in the first instance to the contribution of Members of the United Nations to the maintenance of international

peace and security and to the other purposes of the Organization and also to equitable geographical distribution.

2. The non-permanent members of the Security Council shall be elected for a term of two years. In the first election of the non-permanent members after the increase of the membership of the Security Council from eleven to fifteen, two of the four additional members shall be chosen for a term of one year. A retiring member shall not be eligible for immediate re-election.

3. Each member of the Security Council shall have one representative.

Functions and Powers

Article 24

1. In order to ensure prompt and effective action by the United Nations, its Members confer on the Security Council primary responsibility for the maintenance of international peace and security, and agree that in carrying out its duties under this responsibility the Security Council acts on their behalf.

2. In discharging these duties the Security Council shall act in accordance with the Purposes and Principles of the United Nations. The specific powers granted to the Security Council for the discharge of these duties are laid down in Chapters VI, VII, VIII, and XII.

3. The Security Council shall submit annual and, when necessary, special reports to the General Assembly for its consideration.

Article 25

The Members of the United Nations agree to accept and carry out the decisions of the Security Council in accordance with the present Charter.

Article 26

In order to promote the establishment and maintenance of international peace and security with the least diversion for armaments of the world's human and economic resources, the Security Council shall be responsible for formulating, with the assistance of the Military Staff Committee referred to in Article 47, plans to be submitted to the Members of the United Nations for the establishment of a system for the regulation of armaments.

Voting

Article 27

1. Each member of the Security Council shall have one vote.

2. Decisions of the Security Council on procedural matters shall be made by an affirmative vote of nine members.

3. Decisions of the Security Council on all other matters shall be made by an affirmative vote of nine members including the concurring votes of the permanent members; provided that, in decisions under Chapter VI, and under paragraph 3 of Article 52, a party to a dispute shall abstain from voting.

Procedure

Article 28

1. The Security Council shall be so organized as to be able to function continuously. Each member of the Security Council shall for this purpose be represented at all times at the seat of the Organization.

2. The Security Council shall hold periodic meetings at which each of its members may, if it so desires, be represented by a member of the government or by some other specially designated representative.

3. The Security Council may hold meetings at such places other than the seat of the Organization as in its judgment will best facilitate its work.

Article 29

The Security Council may establish such subsidiary organs as it deems necessary for the performance of its functions.

Article 30

The Security Council shall adopt its own rules of procedure, including the method of selecting its President.

Article 31

Any Member of the United Nations which is not a member of the Security Council may participate, without vote, in the discussion of any question brought before the Security Council whenever the latter considers that the interests of that Member are specially affected.

Article 32

Any Member of the United Nations which is not a member of the Security Council or any state which is not a Member of the United Nations, if it is a party to a dispute under consideration by the Security Council, shall be invited to participate, without vote, in the discussion relating to the dispute. The Security Council shall lay down such conditions as it deems just for the participation of a state which is not a Member of the United Nations.

CHAPTER VI PACIFIC SETTLEMENT OF DISPUTES

Article 33

1. The parties to any dispute, the continuance of which is likely to endanger the maintenance of international peace and security, shall, first of all, seek a solution by negotiation, enquiry, mediation, conciliation, arbitration, judicial settlement, resort to regional agencies or arrangements, or other peaceful means of their own choice.

2. The Security Council shall, when it deems necessary, call upon the parties to settle their dispute by such means.

Article 34

The Security Council may investigate any dispute, or any situation which might lead to international friction or give rise to a dispute, in order to determine whether the continuance of the dispute or situation is likely to endanger the maintenance of international peace and security.

Article 35

1. Any Member of the United Nations may bring any dispute, or any situation of the nature referred to in Article 34, to the attention of the Security Council or of the General Assembly.

2. A state which is not a Member of the United Nations may bring to the attention of the Security Council or of the General Assembly any dispute to which it is a party if it accepts in advance, for the purposes of the dispute, the obligations of pacific settlement provided in the present Charter.

3. The proceedings of the General Assembly in respect of matters brought to its attention under this Article will be subject to the provisions of Articles 11 and 12.

Article 36

1. The Security Council may, at any stage of a dispute of the nature referred to in Article 33 or of a situation of like nature, recommend appropriate procedures or methods of adjustment.

2. The Security Council should take into consideration any procedures for the settlement of the dispute which have already been adopted by the parties.

3. In making recommendations under this Article the Security Council should also take into consideration that legal disputes should as a general rule be referred by the parties to the International Court of Justice in accordance with the provisions of the Statute of the Court.

Article 37

1. Should the parties to a dispute of the nature referred to in Article 33 fail to settle it by the means indicated in that Article, they shall refer it to the Security Council.

2. If the Security Council deems that the continuance of the dispute is in fact likely to endanger the maintenance of international peace and security, it shall decide whether to take action under Article 36 or to recommend such terms of settlement as it may consider appropriate.

Article 38

Without prejudice to the provisions of Articles 33 to 37, the Security Council may, if all the parties to any dispute so request, make recommendations to the parties with a view to a pacific settlement of the dispute.

CHAPTER VII ACTION WITH RESPECT TO THREATS TO THE PEACE, BREACHES OF THE PEACE, AND ACTS OF AGGRESSION

Article 39

The Security Council shall determine the existence of any threat to the peace, breach of the peace, or act of aggression and shall make recommendations, or decide what measures shall be taken in accordance with Articles 41 and 42, to maintain or restore international peace and security.

Article 40

In order to prevent an aggravation of the situation, the Security Council may, before making the recommendations or deciding upon the measures provided for in Article 39, call upon the parties concerned to comply with such provisional measures as it deems necessary or desirable. Such provisional measures shall be without prejudice to the rights, claims, or position of the parties concerned. The Security Council shall duly take account of failure to comply with such provisional measures.

Article 41

The Security Council may decide what measures not involving the use of armed force are to be employed to give effect to its decisions, and it may call upon the Members of the United Nations to apply such measures. These may include complete or partial interruption of economic relations and of rail, sea, air, postal, telegraphic, radio, and other means of communication, and the severance of diplomatic relations.

Article 42

Should the Security Council consider that measures provided for in Article 41 would be inadequate or have proved to be inadequate, it may take such action by air, sea, or land forces as may be necessary to maintain or restore international peace and security. Such action may include demonstrations, blockade, and other operations by air, sea, or land forces of Members of the United Nations.

Article 43

1. All Members of the United Nations, in order to contribute to the maintenance of international peace and security, undertake to make available to the Security Council, on its call and in accordance with a special agreement or agreements, armed forces, assistance, and facilities, including rights of passage, necessary for the purpose of maintaining international peace and security.

2. Such agreement or agreements shall govern the numbers and types of forces, their degree of readiness and general location, and the nature of the facilities and assistance to be provided.

3. The agreement or agreements shall be negotiated as soon as possible on the initiative of the Security Council. They shall be

concluded between the Security Council and Members or between the Security Council and groups of Members and shall be subject to ratification by the signatory states in accordance with their respective constitutional processes.

Article 44

When the Security Council has decided to use force it shall, before calling upon a Member not represented on it to provide armed forces in fulfillment of the obligations assumed under Article 43, invite that Member, if the Member so desires, to participate in the decisions of the Security Council concerning the employment of contingents of that Member's armed forces.

Article 45

In order to enable the United Nations to take urgent military measures, Members shall hold immediately available national air-force contingents for combined international enforcement action. The strength and degree of readiness of these contingents and plans for their combined action shall be determined, within the limits laid down in the special agreement or agreements referred to in Article 43, by the Security Council with the assistance of the Military Staff Committee.

Article 46

Plans for the application of armed force shall be made by the Security Council with the assistance of the Military Staff Committee.

Article 47

1. There shall be established a Military Staff Committee to advise and assist the Security Council on all questions relating to the Security Council's military requirements for the maintenance of international peace and security, the employment and command of forces placed at its disposal, the regulation of armaments, and possible disarmament.

2. The Military Staff Committee shall consist of the Chiefs of Staff of the permanent members of the Security Council or their representatives. Any Member of the United Nations not permanently represented on the Committee shall be invited by the Committee to be associated with it when the efficient discharge of the Committee's responsibilities requires the participation of that Member in its work.

3. The Military Staff Committee shall be responsible under the Security Council for the strategic direction of any armed forces placed at the disposal of the Security Council. Questions relating to the command of such forces shall be worked out subsequently.

4. The Military Staff Committee, with the authorization of the Security Council and after consultation with appropriate regional agencies, may establish regional subcommittees.

Article 48

1. The action required to carry out the decisions of the Security Council for the maintenance of international peace and security shall be taken by all the Members of the United Nations or by some of them, as the Security Council may determine.

2. Such decisions shall be carried out by the Members of the United Nations directly and through their action in the appropriate international agencies of which they are members.

Article 49

The Members of the United Nations shall join in affording mutual assistance in carrying out the measures decided upon by the Security Council.

Article 50

If preventive or enforcement measures against any state are taken by the Security Council, any other state, whether a Member of the United Nations or not, which finds itself confronted with special economic problems arising from the carrying out of those measures shall have the right to consult the Security Council with regard to a solution of those problems.

Article 51

Nothing in the present Charter shall impair the inherent right of individual or collective self-defense if an armed attack occurs against a Member of the United Nations, until the Security Council has taken the measures necessary to maintain international peace and security. Measures taken by Members in the exercise of this right of self-defense shall be immediately reported to the Security Council and shall not in any way affect the authority and responsibility of the Security Council under the present Charter to take at any time such action as it deems necessary in order to maintain or restore international peace and security.

CHAPTER VIII REGIONAL ARRANGEMENTS

Article 52

1. Nothing in the present Charter precludes the existence of regional arrangements or agencies for dealing with such matters relating to the maintenance of international peace and security as are appropriate for regional action, provided that such arrangements or agencies and their activities are consistent with the Purposes and Principles of the United Nations.

2. The Members of the United Nations entering into such arrangements or constituting such agencies shall make every effort to achieve pacific settlement of local disputes through such regional arrangements or by such regional agencies before referring them to the Security Council.

3. The Security Council shall encourage the development of pacific settlement of local disputes through such regional arrangements or by such regional agencies either on the initiative of the states concerned or by reference from the Security Council.

4. This Article in no way impairs the application of Articles 34 and 35.

Article 53

1. The Security Council shall, where appropriate, utilize such regional arrangements or agencies for enforcement action under its authority. But no enforcement action shall be taken under regional arrangements or by regional agencies without the authorization of the Security Council, with the exception of measures against any enemy state, as defined in paragraph 2 of this Article, provided for pursuant to Article 107 or in regional arrangements directed against renewal of aggressive policy on the part of any such state, until such time as the Organization may, on request of the Governments concerned, be charged with the responsibility for preventing further aggression by such a state.

2. The term enemy state as used in paragraph 1 of this Article applies to any state which during the Second World War has been an enemy of any signatory of the present Charter.

Article 54

The Security Council shall at all times be kept fully informed of activities undertaken or in contemplation under regional arrangements or by regional agencies for the maintenance of international peace and security.

CHAPTER IX INTERNATIONAL ECONOMIC AND SOCIAL COOPERATION

Article 55

With a view to the creation of conditions of stability and well-being which are necessary for peaceful and friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, the United Nations shall promote:

a. higher standards of living, full employment, and conditions of economic and social progress and development;

b. solutions of international economic, social, health, and related problems; and international cultural and educational cooperation; and

c. universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion.

Article 56

All Members pledge themselves to take joint and separate action in cooperation with the Organization for the achievement of the purposes set forth in Article 55.

Article 57

1. The various specialized agencies, established by intergovernmental agreement and having wide international responsibilities, as defined in their basic instruments, in economic, social, cultural, educational, health, and related fields, shall be brought into relationship with the United Nations in accordance with the provisions of Article 63.

2. Such agencies thus brought into relationship with the United Nations are hereinafter referred to as specialized agencies.

Article 58

The Organization shall make recommendations for the coordination of the policies and activities of the specialized agencies.

Article 59

The Organization shall, where appropriate, initiate negotiations among the states concerned for the creation of any new specialized agencies required for the accomplishment of the purposes set forth in Article 55.

Article 60

Responsibility for the discharge of the functions of the Organization set forth in this Chapter shall be vested in the General Assembly and, under the authority of the General Assembly, in the Economic and Social Council, which shall have for this purpose the powers set forth in Chapter X.

CHAPTER X THE ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL

Composition

Article 61

1. The Economic and Social Council shall consist of twenty-seven Members of the United Nations elected by the General Assembly.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, nine members of the Economic and Social Council shall be elected each year for a term of three years. A retiring member shall be eligible for immediate re-election.

3. At the first election after the increase in the membership of the Economic and Social Council from eighteen to twenty-seven members, in addition to the members elected in place of the six members whose term of office expires at the end of that year, nine additional members shall be elected. Of these nine additional members, the term of office of three members so elected shall expire at the end of one year, and of three other members at the end of two years, in accordance with arrangements made by the General Assembly.

4. Each member of the Economic and Social Council shall have one representative.

Functions and Powers

Article 62

1. The Economic and Social Council may make or initiate studies and reports with respect to international economic, social, cultural, educational, health, and related matters and may make recom-

mendations with respect to any such matters to the General Assembly, to the Members of the United Nations, and to the specialized agencies concerned.

2. It may make recommendations for the purpose of promoting respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all.

3. It may prepare draft conventions for submission to the General Assembly, with respect to matters falling within its competence.

4. It may call, in accordance with the rules prescribed by the United Nations, international conferences on matters falling within its competence.

Article 63

1. The Economic and Social Council may enter into agreements with any of the agencies referred to in Article 57, defining the terms on which the agency concerned shall be brought into relationship with the United Nations. Such agreements shall be subject to approval by the General Assembly.

2. It may coordinate the activities of the specialized agencies through consultation with and recommendations to such agencies and through recommendations to the General Assembly and to the Members of the United Nations.

Article 64

1. The Economic and Social Council may take appropriate steps to obtain regular reports from the specialized agencies. It may make arrangements with the Members of the United Nations and with the specialized agencies to obtain reports on the steps taken to give effect to its own recommendations and to recommendations on matters falling within its competence made by the General Assembly.

2. It may communicate its observations on these reports to the General Assembly.

Article 65

The Economic and Social Council may furnish information to the Security Council and shall assist the Security Council upon its request.

Article 66

1. The Economic and Social Council shall perform such functions as fall within its competence in connection with the carrying out of the recommendations of the General Assembly.

2. It may, with the approval of the General Assembly, perform services at the request of Members of the United Nations and at the request of specialized agencies.

3. It shall perform such other functions as are specified elsewhere in the present Charter or as may be assigned to it by the General Assembly.

Voting

Article 67

1. Each member of the Economic and Social Council shall have one vote.

2. Decisions of the Economic and Social Council shall be made by a majority of the members present and voting.

Procedure

Article 68

The Economic and Social Council shall set up commissions in economic and social fields and for the promotion of human rights, and such other commissions as may be required for the performance of its functions.

Article 69

The Economic and Social Council shall invite any Member of the United Nations to participate, without vote, in its deliberations on any matter of particular concern to that Member.

Article 70

The Economic and Social Council may make arrangements for representatives of the specialized agencies to participate, without vote, in its deliberations and in those of the commissions established by it, and for its representatives to participate in the deliberations of the specialized agencies.

Article 71

The Economic and Social Council may make suitable arrangements for consultation with non-governmental organizations which are concerned with matters within its competence. Such arrangements may be made with international organizations and, where appropriate, with national organizations after consultation with the Member of the United Nations concerned.

Article 72

1. The Economic and Social Council shall adopt its own rules of procedure, including the method of selecting its President.
2. The Economic and Social Council shall meet as required in accordance with its rules, which shall include provision for the convening of meetings on the request of a majority of its members.

CHAPTER XI DECLARATION REGARDING NON-SELF-GOVERNING TERRITORIES

Article 73

Members of the United Nations which have or assume responsibilities for the administration of territories whose peoples have not yet attained a full measure of self-government recognize the principle that the interests of the inhabitants of these territories are paramount, and accept as a sacred trust the obligation to promote to the utmost, within the system of international peace and security established by the present Charter, the well-being of the inhabitants of these territories, and, to this end:

- a. to ensure, with due respect for the culture of the peoples concerned, their political, economic, social, and educational advancement, their just treatment, and their protection against abuses;
- b. to develop self-government, to take due account of the political aspirations of the peoples, and to assist them in the progressive development of their free political institutions, according to the particular circumstances of each territory and its peoples and their varying stages of advancement;
- c. to further international peace and security;
- d. to promote constructive measures of development, to encourage research, and to cooperate with one another and, when and where appropriate, with specialized international bodies with a view to the practical achievement of the social, economic, and scientific purposes set forth in this Article; and
- e. to transmit regularly to the Secretary-General for information purposes, subject to such limitation as security and constitutional considerations may require, statistical and other information of a technical nature relating to economic, social, and educational conditions in the territories for which they are respectively responsible other than those territories to which Chapters XII and XIII apply.

Article 74

Members of the United Nations also agree that their policy in respect of the territories to which this Chapter applies, no less than in respect of their metropolitan areas, must be based on the general principle of good-neighborliness, due account being taken of the interests and well-being of the rest of the world, in social, economic, and commercial matters.

CHAPTER XII INTERNATIONAL TRUSTEESHIP SYSTEM

Article 75

The United Nations shall establish under its authority an international trusteeship system for the administration and supervision of such territories as may be placed thereunder by subsequent individual agreements. These territories are hereinafter referred to as trust territories.

Article 76

The basic objectives of the trusteeship system, in accordance with the Purposes of the United Nations laid down in Article I of the present Charter, shall be:

- a. to further international peace and security;
- b. to promote the political, economic, social, and educational advancement of the inhabitants of the trust territories, and their progressive development towards self-government or independence as may be appropriate to the particular circumstances of each territory and its peoples and the freely expressed wishes of the peoples concerned, and as may be provided by the terms of each trusteeship agreement;
- c. to encourage respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion, and to encourage recognition of the interdependence of the peoples of the world; and
- d. to ensure equal treatment in social, economic, and commercial matters for all Members of the United Nations and their nationals, and also equal treatment for the latter in the administration of justice, without prejudice to the attainment of the foregoing objectives and subject to the provisions of Article 80.

Article 77

1. The trusteeship system shall apply to such territories in the following categories as may be placed thereunder by means of trusteeship agreements:
 - a. territories now held under mandate;
 - b. territories which may be detached from enemy states as a result of the Second World War; and
 - c. territories voluntarily placed under the system by states responsible for their administration.
2. It will be a matter for subsequent agreement as to which territories in the foregoing categories will be brought under the trusteeship system and upon what terms.

Article 78

The trusteeship system shall not apply to territories which have become Members of the United Nations, relationship among which shall be based on respect for the principle of sovereign equality.

Article 79

The terms of trusteeship for each territory to be placed under the trusteeship system, including any alteration or amendment, shall be agreed upon by the states directly concerned, including the mandatory power in the case of territories held under mandate by a Member of the United Nations, and shall be approved as provided for in Articles 83 and 85.

Article 80

1. Except as may be agreed upon in individual trusteeship agreements, made under Articles 77, 79, and 81, placing each territory under the trusteeship system, and until such agreements have been concluded, nothing in this Chapter shall be construed in or of itself to alter in any manner the rights whatsoever of any states or any peoples or the terms of existing international instruments to which Members of the United Nations may respectively be parties.
2. Paragraph 1 of this Article shall not be interpreted as giving grounds for delay or postponement of the negotiation and conclusion of agreements for placing mandated and other territories under the trusteeship system as provided for in Article 77.

Article 81

The trusteeship agreement shall in each case include the terms under which the trust territory will be administered and designate the authority which will exercise the administration of the trust territory. Such authority, hereinafter called the administering authority, may be one or more states or the Organization itself.

Article 82

There may be designated, in any trusteeship agreement, a strategic area or areas which may include part or all of the trust territory to which the agreement applies, without prejudice to any special agreement or agreements made under Article 43.

Article 83

1. All functions of the United Nations relating to strategic areas, including the approval of the terms of the trusteeship agreements and of their alteration or amendment, shall be exercised by the Security Council.

2. The basic objectives set forth in Article 76 shall be applicable to the people of each strategic area.

3. The Security Council shall, subject to the provisions of the trusteeship agreements and without prejudice to security considerations, avail itself of the assistance of the Trusteeship Council to perform those functions of the United Nations under the trusteeship system relating to political, economic, social, and educational matters in the strategic areas.

Article 84

It shall be the duty of the administering authority to ensure that the trust territory shall play its part in the maintenance of international peace and security. To this end the administering authority may make use of volunteer forces, facilities, and assistance from the trust territory in carrying out the obligations towards the Security Council undertaken in this regard by the administering authority, as well as for local defense and the maintenance of law and order within the trust territory.

Article 85

1. The functions of the United Nations with regard to trusteeship agreements for all areas not designated as strategic, including the approval of the terms of the trusteeship agreements and of their alteration or amendment, shall be exercised by the General Assembly.

2. The Trusteeship Council, operating under the authority of the General Assembly, shall assist the General Assembly in carrying out these functions.

CHAPTER XIII THE TRUSTEESHIP COUNCIL

Composition

Article 86

1. The Trusteeship Council shall consist of the following Members of the United Nations:

- a. those Members administering trust territories;
- b. such of those Members mentioned by name in Article 23 as are not administering trust territories; and
- c. as many other Members elected for three-year terms by the General Assembly as may be necessary to ensure that the total number of members of the Trusteeship Council is equally divided between those Members of the United Nations which administer trust territories and those which do not.

2. Each member of the Trusteeship Council shall designate one specially qualified person to represent it therein.

Functions and Powers

Article 87

The General Assembly and, under its authority, the Trusteeship Council, in carrying out their functions, may:

- a. consider reports submitted by the administering authority;
- b. accept petitions and examine them in consultation with the administering authority;
- c. provide for periodic visits to the respective trust territories at times agreed upon with the administering authority; and
- d. take these and other actions in conformity with the terms of the trusteeship agreements.

Article 88

The Trusteeship Council shall formulate a questionnaire on the political, economic, social, and educational advancement of the inhabitants of each trust territory, and the administering authority for each trust territory within the competence of the General Assembly shall make an annual report to the General Assembly upon the basis of such questionnaire.

Voting

Article 89

- 1. Each member of the Trusteeship Council shall have one vote.
- 2. Decisions of the Trusteeship Council shall be made by a majority of the members present and voting.

Procedure

Article 90

- 1. The Trusteeship Council shall adopt its own rules of procedure, including the method of selecting its President.
- 2. The Trusteeship Council shall meet as required in accordance with its rules, which shall include provision for the convening of meetings on the request of a majority of its members.

Article 91

The Trusteeship Council shall, when appropriate, avail itself of the assistance of the Economic and Social Council and of the specialized agencies in regard to matters with which they are respectively concerned.

CHAPTER XIV THE INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

Article 92

The International Court of Justice shall be the principal judicial organ of the United Nations. It shall function in accordance with the annexed Statute, which is based upon the Statute of the Permanent Court of International Justice and forms an integral part of the present Charter.

Article 93

- 1. All Members of the United Nations are ipso facto parties to the Statute of the International Court of Justice.
- 2. A state which is not a Member of the United Nations may become a party to the Statute of the International Court of Justice on conditions to be determined in each case by the General Assembly upon the recommendation of the Security Council.

Article 94

- 1. Each Member of the United Nations undertakes to comply with the decision of the International Court of Justice in any case to which it is a party.
- 2. If any party to a case fails to perform the obligations incumbent upon it under a judgment rendered by the Court, the other party

may have recourse to the Security Council, which may, if it deems necessary, make recommendations or decide upon measures to be taken to give effect to the judgment.

Article 95

Nothing in the present Charter shall prevent Members of the United Nations from entrusting the solution of their differences to other tribunals by virtue of agreements already in existence or which may be concluded in the future.

Article 96

1. The General Assembly or the Security Council may request the International Court of Justice to give an advisory opinion on any legal question.

2. Other organs of the United Nations and specialized agencies, which may at any time be so authorized by the General Assembly, may also request advisory opinions of the Court on legal questions arising within the scope of their activities.

CHAPTER XV THE SECRETARIAT

Article 97

The Secretariat shall comprise a Secretary-General and such staff as the Organization may require. The Secretary-General shall be appointed by the General Assembly upon the recommendation of the Security Council. He shall be the chief administrative officer of the Organization.

Article 98

The Secretary-General shall act in that capacity in all meetings of the General Assembly, of the Security Council, of the Economic and Social Council, and of the Trusteeship Council, and shall perform such other functions as are entrusted to him by these organs. The Secretary-General shall make an annual report to the General Assembly on the work of the Organization.

Article 99

The Secretary-General may bring to the attention of the Security Council any matter which in his opinion may threaten the maintenance of international peace and security.

Article 100

1. In the performance of their duties the Secretary-General and the staff shall not seek or receive instructions from any government or from any other authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Organization.

2. Each Member of the United Nations undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Secretary-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

Article 101

1. The staff shall be appointed by the Secretary-General under regulations established by the General Assembly.

2. Appropriate staffs shall be permanently assigned to the Economic and Social Council, the Trusteeship Council, and, as required, to other organs of the United Nations. These staffs shall form a part of the Secretariat.

3. The paramount consideration in the employment of the staff and in the determination of the conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency, competence, and integrity. Due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible.

CHAPTER XVI MISCELLANEOUS PROVISIONS

Article 102

1. Every treaty and every international agreement entered into by any Member of the United Nations after the present Charter comes into force shall as soon as possible be registered with the Secretariat and published by it.

2. No party to any such treaty or international agreement which has not been registered in accordance with the provisions of paragraph 1 of this Article may invoke that treaty or agreement before any organ of the United Nations.

Article 103

In the event of a conflict between the obligations of the Members of the United Nations under the present Charter and their obligations under any other international agreement, their obligations under the present Charter shall prevail.

Article 104

The Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfillment of its purposes.

Article 105

1. The Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such privileges and immunities as are necessary for the fulfillment of its purposes.

2. Representatives of the Members of the United Nations and officials of the Organization shall similarly enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organization.

3. The General Assembly may make recommendations with a view to determining the details of the application of paragraphs 1 and 2 of this Article or may propose conventions to the Members of the United Nations for this purpose.

CHAPTER XVII TRANSITIONAL SECURITY ARRANGEMENTS

Article 106

Pending the coming into force of such special agreements referred to in Article 43 as in the opinion of the Security Council enable it to begin the exercise of its responsibilities under Article 42, the parties to the Four-Nation Declaration, signed at Moscow, October 30, 1943, and France, shall, in accordance with the provisions of paragraph 5 of that Declaration, consult with one another and as occasion requires with other Members of the United Nations with a view to such joint action on behalf of the Organization as may be necessary for the purpose of maintaining international peace and security.

Article 107

Nothing in the present Charter shall invalidate or preclude action, in relation to any state which during the Second World War has been an enemy of any signatory to the present Charter, taken or authorized as a result of that war by the Governments having responsibility for such action.

CHAPTER XVIII AMENDMENTS

Article 108

Amendments to the present Charter shall come into force for all Members of the United Nations when they have been adopted by a vote of two thirds of the members of the General Assembly and ratified in accordance with their respective constitutional processes by two thirds of the Members of the United Nations, including all the permanent members of the Security Council.

Article 109

1. A General Conference of the Members of the United Nations for the purpose of reviewing the present Charter may be held at a date and place to be fixed by a two-thirds vote of the members of the General Assembly and by a vote of any nine members of the Security Council. Each Member of the United Nations shall have one vote in the conference.

2. Any alteration of the present Charter recommended by a two-thirds vote of the conference shall take effect when ratified in accordance with their respective constitutional processes by two thirds of the Members of the United Nations including all the permanent members of the Security Council.

3. If such a conference has not been held before the tenth annual session of the General Assembly following the coming into force of the present Charter, the proposal to call such a conference shall be placed on the agenda of that session of the General Assembly, and the conference shall be held if so decided by a majority vote of the members of the General Assembly and by a vote of any seven members of the Security Council.

CHAPTER XIX RATIFICATION AND SIGNATURE

Article 110

1. The present Charter shall be ratified by the signatory states in accordance with their respective constitutional processes.

2. The ratifications shall be deposited with the Government of the United States of America, which shall notify all the signatory states of each deposit as well as the Secretary-General of the Organization when he has been appointed.

3. The present Charter shall come into force upon the deposit of ratifications by the Republic of China, France, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, and by a majority of the other signatory states. A protocol of the ratifications deposited shall thereupon be drawn up by the Government of the United States of America which shall communicate copies thereof to all the signatory states.

4. The states signatory to the present Charter which ratify it after it has come into force will become original Members of the United Nations on the date of the deposit of their respective ratifications.

Article 111

The present Charter, of which the Chinese, French, Russian, English, and Spanish texts are equally authentic, shall remain deposited in the archives of the Government of the United States of America. Duly certified copies thereof shall be transmitted by that Government to the Governments of the other signatory states.

In faith whereof the representatives of the Governments of the United Nations have signed the present Charter.

Done at the city of San Francisco the twenty-sixth day of June, one thousand nine hundred and forty-five.

STATUTE OF THE INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

Article 1

The International Court of Justice established by the Charter of the United Nations as the principal judicial organ of the United Nations shall be constituted and shall function in accordance with the provisions of the present Statute.

CHAPTER I
ORGANIZATION OF THE COURT

Article 2

The Court shall be composed of a body of independent judges, elected regardless of their nationality from among persons of high moral character, who possess the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices, or are jurisconsults of recognized competence in international law.

Article 3

1. The Court shall consist of fifteen members, no two of whom may be nationals of the same state.
2. A person who for the purposes of membership in the Court could be regarded as a national of more than one state shall be deemed to be a national of the one in which he ordinarily exercises civil and political rights.

Article 4

1. The members of the Court shall be elected by the General Assembly and by the Security Council from a list of persons nominated by the national groups in the Permanent Court of Arbitration, in accordance with the following provisions.

2. In the case of Members of the United Nations not represented in the Permanent Court of Arbitration, candidates shall be nominated by national groups appointed for this purpose by their governments under the same conditions as those prescribed for members of the Permanent Court of Arbitration by Article 44 of the Convention of The Hague of 1907 for the pacific settlement of international disputes.

3. The conditions under which a state which is a party to the present Statute but is not a Member of the United Nations may participate in electing the members of the Court shall, in the absence of a special agreement, be laid down by the General Assembly upon recommendation of the Security Council.

Article 5

1. At least three months before the date of the election, the Secretary-General of the United Nations shall address a written request to the members of the Permanent Court of Arbitration belonging to the states which are parties to the present Statute, and to the members of the national groups appointed under Article 4, paragraph 2, inviting them to undertake, within a given time, by national groups, the nomination of persons in a position to accept the duties of a member of the Court.

2. No group may nominate more than four persons, not more than two of whom shall be of their own nationality. In no case may the number of candidates nominated by a group be more than double the number of seats to be filled.

Article 6

Before making these nominations, each national group is recommended to consult its highest court of justice, its legal faculties and schools of law, and its national academies and national sections of international academies devoted to the study of law.

Article 7

1. The Secretary-General shall prepare a list in alphabetical order of all the persons thus nominated. Save as provided in Article 12, paragraph 2, these shall be the only persons eligible.

2. The Secretary-General shall submit this list to the General Assembly and to the Security Council.

Article 8

The General Assembly and the Security Council shall proceed independently of one another to elect the members of the Court.

Article 9

At every election, the electors shall bear in mind not only that the persons to be elected should individually possess the qualifications required, but also that in the body as a whole the representation of the main forms of civilization and of the principal legal systems of the world should be assured.

Article 10

1. Those candidates who obtain an absolute majority of votes in the General Assembly and in the Security Council shall be considered as elected.

2. Any vote of the Security Council, whether for the election of judges or for the appointment of members of the conference envisaged in Article 12, shall be taken without any distinction between permanent and non-permanent members of the Security Council.

3. In the event of more than one national of the same state obtaining an absolute majority of the votes both of the General Assembly and of the Security Council, the eldest of these only shall be considered as elected.

Article 11

If, after the first meeting held for the purpose of the election, one or more seats remain to be filled, a second and, if necessary, a third meeting shall take place.

Article 12

1. If, after the third meeting, one or more seats still remain unfilled, a joint conference consisting of six members, three appointed by the General Assembly and three by the Security Council, may be formed at any time at the request of either the General Assembly or the Security Council, for the purpose of choosing by the vote of an absolute majority one name for each seat still vacant, to submit to the General Assembly and the Security Council for their respective acceptance.

2. If the joint conference is unanimously agreed upon any person who fulfils the required conditions, he may be included in its list, even though he was not included in the list of nominations referred to in Article 7.

3. If the joint conference is satisfied that it will not be successful in procuring an election, those members of the Court who have already been elected shall, within a period to be fixed by the Security Council, proceed to fill the vacant seats by selection from among those candidates who have obtained votes either in the General Assembly or in the Security Council.

4. In the event of an equality of votes among the judges, the eldest judge shall have a casting vote.

Article 13

1. The members of the Court shall be elected for nine years and may be re-elected; provided, however, that of the judges elected at the first election, the terms of five judges shall expire at the end of three years and the terms of five more judges shall expire at the end of six years.

2. The judges whose terms are to expire at the end of the above-mentioned initial periods of three and six years shall be chosen by lot to be drawn by the Secretary-General immediately after the first election has been completed.

3. The members of the Court shall continue to discharge their duties until their places have been filled. Though replaced, they shall finish any cases which they may have begun.

4. In the case of the resignation of a member of the Court, the resignation shall be addressed to the President of the Court for transmission to the Secretary-General. This last notification makes the place vacant.

Article 14

Vacancies shall be filled by the same method as that laid down for the first election, subject to the following provision: the Secretary-General shall, within one month of the occurrence of the vacancy, proceed to issue the invitations provided for in Article 5, and the date of the election shall be fixed by the Security Council.

Article 15

A member of the Court elected to replace a member whose term of office has not expired shall hold office for the remainder of his predecessor's term.

Article 16

1. No member of the Court may exercise any political or administrative function, or engage in any other occupation of a professional nature.

2. Any doubt on this point shall be settled by the decision of the Court.

Article 17

1. No member of the Court may act as agent, counsel, or advocate in any case.

2. No member may participate in the decision of any case in which he has previously taken part as agent, counsel, or advocate for one of the parties, or as a member of a national or international court, or of a commission of enquiry, or in any other capacity.

3. Any doubt on this point shall be settled by the decision of the Court.

Article 18

1. No member of the Court can be dismissed unless, in the unanimous opinion of the other members, he has ceased to fulfil the required conditions.

2. Formal notification thereof shall be made to the Secretary-General by the Registrar.

3. This notification makes the place vacant.

Article 19

The members of the Court, when engaged on the business of the Court, shall enjoy diplomatic privileges and immunities.

Article 20

Every member of the Court shall, before taking up his duties, make a solemn declaration in open court that he will exercise his powers impartially and conscientiously.

Article 21

1. The Court shall elect its President and Vice-President for three years; they may be re-elected.

2. The Court shall appoint its Registrar and may provide for the appointment of such other officers as may be necessary.

Article 22

1. The seat of the Court shall be established at The Hague. This, however, shall not prevent the Court from sitting and exercising its functions elsewhere whenever the Court considers it desirable.

2. The President and the Registrar shall reside at the seat of the Court.

Article 23

1. The Court shall remain permanently in session, except during the judicial vacations, the dates and duration of which shall be fixed by the Court.

2. Members of the Court are entitled to periodic leave, the dates and duration of which shall be fixed by the Court, having in mind the distance between The Hague and the home of each judge.

3. Members of the Court shall be bound, unless they are on leave or prevented from attending by illness or other serious reasons duly explained to the President, to hold themselves permanently at the disposal of the Court.

Article 24

1. If, for some special reason, a member of the Court considers that he should not take part in the decision of a particular case, he shall so inform the President.

2. If the President considers that for some special reason one of the members of the Court should not sit in a particular case, he shall give him notice accordingly.

3. If in any such case the member of the Court and the President disagree, the matter shall be settled by the decision of the Court.

Article 25

1. The full Court shall sit except when it is expressly provided otherwise in the present Statute.

2. Subject to the condition that the number of judges available to constitute the Court is not thereby reduced below eleven, the Rules of the Court may provide for allowing one or more judges, according to circumstances and in rotation, to be dispensed from sitting.

3. A quorum of nine judges shall suffice to constitute the Court.

Article 26

1. The Court may from time to time form one or more chambers, composed of three or more judges as the Court may determine, for dealing with particular categories of cases; for example, labor cases and cases relating to transit and communications.

2. The Court may at any time form a chamber for dealing with a particular case. The number of judges to constitute such a chamber shall be determined by the Court with the approval of the parties.

3. Cases shall be heard and determined by the chambers provided for in this Article if the parties so request.

Article 27

A judgment given by any of the chambers provided for in Articles 26 and 29 shall be considered as rendered by the Court.

Article 28

The chambers provided for in Articles 26 and 29 may, with the consent of the parties, sit and exercise their functions elsewhere than at The Hague.

Article 29

With a view to the speedy despatch of business, the Court shall form annually a chamber composed of five judges which, at the request of the parties, may hear and determine cases by summary procedure. In addition, two judges shall be selected for the purpose of replacing judges who find it impossible to sit.

Article 30

1. The Court shall frame rules for carrying out its functions. In particular, it shall lay down rules of procedure.

2. The Rules of the Court may provide for assessors to sit with the Court or with any of its chambers, without the right to vote.

Article 31

1. Judges of the nationality of each of the parties shall retain their right to sit in the case before the Court.

2. If the Court includes upon the Bench a judge of the nationality of one of the parties, any other party may choose a person to sit as judge. Such person shall be chosen preferably from among those persons who have been nominated as candidates as provided in Articles 4 and 5.

3. If the Court includes upon the Bench no judge of the nationality of the parties, each of these parties may proceed to choose a judge as provided in paragraph 2 of this Article.

4. The provisions of this Article shall apply to the case of Articles 26 and 29. In such cases, the President shall request one or, if necessary, two of the members of the Court forming the chamber to give place to the members of the Court of the nationality of the parties concerned, and, failing such, or if they are unable to be present, to the judges specially chosen by the parties.

5. Should there be several parties in the same interest, they shall, for the purpose of the preceding provisions, be reckoned as one party only. Any doubt upon this point shall be settled by the decision of the Court.

6. Judges chosen as laid down in paragraphs 2, 3, and 4 of this Article shall fulfil the conditions required by Articles 2, 17 (paragraph 2), 20, and 24 of the present Statute. They shall take part in the decision on terms of complete equality with their colleagues.

Article 32

1. Each member of the Court shall receive an annual salary.

2. The President shall receive a special annual allowance.

3. The Vice-President shall receive a special allowance for every day on which he acts as President.

4. The judges chosen under Article 31, other than members of the Court, shall receive compensation for each day on which they exercise their functions.

5. These salaries, allowances, and compensation shall be fixed by the General Assembly. They may not be decreased during the term of office.

6. The salary of the Registrar shall be fixed by the General Assembly on the proposal of the Court.

7. Regulations made by the General Assembly shall fix the conditions under which retirement pensions may be given to members of the Court and to the Registrar, and the conditions under which members of the Court and the Registrar shall have their traveling expenses refunded.

8. The above salaries, allowances, and compensation shall be free of all taxation.

Article 33

The expenses of the Court shall be borne by the United Nations in such a manner as shall be decided by the General Assembly.

CHAPTER II COMPETENCE OF THE COURT

Article 34

1. Only states may be parties in cases before the Court.

2. The Court, subject to and in conformity with its Rules, may request of public international organizations information relevant to cases before it, and shall receive such information presented by such organizations on their own initiative.

3. Whenever the construction of the constituent instrument of a public international organization or of an international convention adopted thereunder is in question in a case before the Court, the

Registrar shall so notify the public international organization concerned and shall communicate to it copies of all the written proceedings.

Article 35

1. The Court shall be open to the states parties to the present Statute.

2. The conditions under which the Court shall be open to other states shall, subject to the special provisions contained in treaties in force, be laid down by the Security Council, but in no case shall such conditions place the parties in a position of inequality before the Court.

3. When a state which is not a Member of the United Nations is a party to a case, the Court shall fix the amount which that party is to contribute towards the expenses of the Court. This provision shall not apply if such state is bearing a share of the expenses of the Court.

Article 36

1. The jurisdiction of the Court comprises all cases which the parties refer to it and all matters specially provided for in the Charter of the United Nations or in treaties and conventions in force.

2. The states parties to the present Statute may at any time declare that they recognize as compulsory ipso facto and without special agreement, in relation to any other state accepting the same obligation, the jurisdiction of the Court in all legal disputes concerning:

a. the interpretation of a treaty;

b. any question of international law;

c. the existence of any fact which, if established, would constitute a breach of an international obligation;

d. the nature or extent of the reparation to be made for the breach of an international obligation.

3. The declarations referred to above may be made unconditionally or on condition of reciprocity on the part of several or certain states, or for a certain time.

4. Such declarations shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit copies thereof to the parties to the Statute and to the Registrar of the Court.

5. Declarations made under Article 36 of the Statute of the Permanent Court of International Justice and which are still in force shall be deemed, as between the parties to the present Statute, to be acceptances of the compulsory jurisdiction of the International Court of Justice for the period which they still have to run and in accordance with their terms.

6. In the event of a dispute as to whether the Court has jurisdiction, the matter shall be settled by the decision of the Court.

Article 37

Whenever a treaty or convention in force provides for reference of a matter to a tribunal to have been instituted by the League of Nations, or to the Permanent Court of International Justice, the matter shall, as between the parties to the present Statute, be referred to the International Court of Justice.

Article 38

1. The Court, whose function is to decide in accordance with international law such disputes as are submitted to it, shall apply:

a. international conventions, whether general or particular, establishing rules expressly recognized by the contesting states;

b. international custom, as evidence of a general practice accepted as law;

c. the general principles of law recognized by civilized nations;

d. subject to the provisions of Article 59, judicial decisions and the teachings of the most highly qualified publicists of the various nations, as subsidiary means for the determination of rules of law.

2. This provision shall not prejudice the power of the Court to decide a case *ex aequo et bono*, if the parties agree thereto.

CHAPTER III PROCEDURE

Article 39

1. The official languages of the Court shall be French and English. If the parties agree that the case shall be conducted in French, the judgment shall be delivered in French. If the parties agree that the case shall be conducted in English, the judgment shall be delivered in English.

2. In the absence of an agreement as to which language shall be employed, each party may, in the pleadings, use the language which it prefers; the decision of the Court shall be given in French and English. In this case the Court shall at the same time determine which of the two texts shall be considered as authoritative.

3. The Court shall, at the request of any party, authorize a language other than French or English to be used by that party.

Article 40

1. Cases are brought before the Court, as the case may be, either by the notification of the special agreement or by a written application addressed to the Registrar. In either case the subject of the dispute and the parties shall be indicated.

2. The Registrar shall forthwith communicate the application to all concerned.

3. He shall also notify the Members of the United Nations through the Secretary-General, and also any other states entitled to appear before the Court.

Article 41

1. The Court shall have the power to indicate, if it considers that circumstances so require, any provisional measures which ought to be taken to preserve the respective rights of either party.

2. Pending the final decision, notice of the measures suggested shall forthwith be given to the parties and to the Security Council.

Article 42

1. The parties shall be represented by agents.

2. They may have the assistance of counsel or advocates before the Court.

3. The agents, counsel, and advocates of parties before the Court shall enjoy the privileges and immunities necessary to the independent exercise of their duties.

Article 43

1. The procedure shall consist of two parts: written and oral.

2. The written proceedings shall consist of the communication to the Court and to the parties of memorials, counter-memorials and, if necessary, replies; also all papers and documents in support.

3. These communications shall be made through the Registrar, in the order and within the time fixed by the Court.

4. A certified copy of every document produced by one party shall be communicated to the other party.

5. The oral proceedings shall consist of the hearing by the Court of witnesses, experts, agents, counsel, and advocates.

Article 44

1. For the service of all notices upon persons other than the agents, counsel, and advocates, the Court shall apply direct to the government of the state upon whose territory the notice has to be served.

2. The same provision shall apply whenever steps are to be taken to procure evidence on the spot.

Article 45

The hearing shall be under the control of the President or, if he is unable to preside, of the Vice-President; if neither is able to preside, the senior judge present shall preside.

Article 46

The hearing in Court shall be public, unless the Court shall decide otherwise, or unless the parties demand that the public be not admitted.

Article 47

1. Minutes shall be made at each hearing and signed by the Registrar and the President.

2. These minutes alone shall be authentic.

Article 48

The Court shall make orders for the conduct of the case, shall decide the form and time in which each party must conclude its arguments, and make all arrangements connected with the taking of evidence.

Article 49

The Court may, even before the hearing begins, call upon the agents to produce any document or to supply any explanations. Formal note shall be taken of any refusal.

Article 50

The Court may, at any time, entrust any individual, body, bureau, commission, or other organization that it may select, with the task of carrying out an enquiry or giving an expert opinion.

Article 51

During the hearing any relevant questions are to be put to the witnesses and experts under the conditions laid down by the Court in the rules of procedure referred to in Article 30.

Article 52

After the Court has received the proofs and evidence within the time specified for the purpose, it may refuse to accept any further oral or written evidence that one party may desire to present unless the other side consents.

Article 53

1. Whenever one of the parties does not appear before the Court, or fails to defend its case, the other party may call upon the Court to decide in favor of its claim.

2. The Court must, before doing so, satisfy itself, not only that it has jurisdiction in accordance with Articles 36 and 37, but also that the claim is well founded in fact and law.

Article 54

1. When, subject to the control of the Court, the agents, counsel, and advocates have completed their presentation of the case, the President shall declare the hearing closed.

2. The Court shall withdraw to consider the judgment.

3. The deliberations of the Court shall take place in private and remain secret.

Article 55

1. All questions shall be decided by a majority of the judges present.

2. In the event of an equality of votes, the President or the judge who acts in his place shall have a casting vote.

Article 56

1. The judgment shall state the reasons on which it is based.

2. It shall contain the names of the judges who have taken part in the decision.

Article 57

If the judgment does not represent in whole or in part the unanimous opinion of the judges, any judge shall be entitled to deliver a separate opinion.

Article 58

The judgment shall be signed by the President and by the Registrar. It shall be read in open court, due notice having been given to the agents.

Article 59

The decision of the Court has no binding force except between the parties and in respect of that particular case.

Article 60

The judgment is final and without appeal. In the event of dispute as to the meaning or scope of the judgment, the Court shall construe it upon the request of any party.

Article 61

1. An application for revision of a judgment may be made only when it is based upon the discovery of some fact of such a nature as to be a decisive factor, which fact was, when the judgment was given, unknown to the Court and also to the party claiming revision, always provided that such ignorance was not due to negligence.

2. The proceedings for revision shall be opened by a judgment of the Court expressly recording the existence of the new fact, recognizing that it has such character as to lay the case open to revision, and declaring the application admissible on this ground.

3. The Court may require previous compliance with the terms of the judgment before it admits proceedings in revision.

4. The application for revision must be made at latest within six months of the discovery of the new fact.

5. No application for revision may be made after the lapse of ten years from the date of the judgment.

Article 62

1. Should a state consider that it has an interest of a legal nature which may be affected by the decision in the case, it may submit a request to the Court to be permitted to intervene.

2. It shall be for the Court to decide upon this request.

Article 63

1. Whenever the construction of a convention to which states other than those concerned in the case are parties is in question, the Registrar shall notify all such states forthwith.

2. Every state so notified has the right to intervene in the proceedings; but if it uses this right, the construction given by the judgment will be equally binding upon it.

Article 64

Unless otherwise decided by the Court, each party shall bear its own costs.

CHAPTER IV ADVISORY OPINIONS

Article 65

1. The Court may give an advisory opinion on any legal question at the request of whatever body may be authorized by or in accordance with the Charter of the United Nations to make such a request.

2. Questions upon which the advisory opinion of the Court is asked shall be laid before the Court by means of a written request containing an exact statement of the question upon which an opinion is required, and accompanied by all documents likely to throw light upon the question.

Article 66

1. The Registrar shall forthwith give notice of the request for an advisory opinion to all states entitled to appear before the Court.

2. The Registrar shall also, by means of a special and direct communication, notify any state entitled to appear before the Court or international organization considered by the Court, or, should it not be sitting, by the President, as likely to be able to furnish information on the question, that the Court will be prepared to receive, within a time limit to be fixed by the President, written statements, or to hear, at a public sitting to be held for the purpose, oral statements relating to the question.

3. Should any such state entitled to appear before the Court have failed to receive the special communication referred to in paragraph 2 of this Article, such state may express a desire to submit a written statement or to be heard; and the Court will decide.

4. States and organizations having presented written or oral statements or both shall be permitted to comment on the statements made by other states or organizations in the form, to the extent, and within the time limits which the Court, or, should it not be sitting, the President, shall decide in each particular case. Accordingly, the Registrar shall in due time communicate any such written statements to states and organizations having submitted similar statements.

Article 67

The Court shall deliver its advisory opinions in open court, notice having been given to the Secretary-General and to the representatives of Members of the United Nations, of other states and of international organizations immediately concerned.

Article 68

In the exercise of its advisory functions the Court shall further be guided by the provisions of the present Statute which apply in contentious cases to the extent to which it recognizes them to be applicable.

CHAPTER V AMENDMENT

Article 69

Amendments to the present Statute shall be effected by the same procedure as is provided by the Charter of the United Nations for amendments to that Charter, subject however to any provisions which the General Assembly upon recommendation of the Security Council may adopt concerning the participation of states which are parties to the present Statute but are not Members of the United Nations.

Article 70

The Court shall have power to propose such amendments to the present Statute as it may deem necessary, through written communications to the Secretary-General, for consideration in conformity with the provisions of Article 69.

CHARTRE DES NATIONS UNIES

NOUS, PEUPLES DES NATIONS UNIES RESOLUS

- à préserver les générations futures du fléau de la guerre qui deux fois en l'espace d'une vie humaine a infligé à l'humanité d'indicibles souffrances,
- à proclamer à nouveau notre foi dans les droits fondamentaux de l'homme, dans la dignité et la valeur de la personne humaine, dans l'égalité de droits des hommes et des femmes, ainsi que des nations, grandes et petites,
- à créer les conditions nécessaires au maintien de la justice et du respect des obligations nées des traités et autres sources du droit international,
- à favoriser le progrès social et instaurer de meilleures conditions de vie dans une liberté plus grande,

ET A CES FINS

- à pratiquer la tolérance, à vivre en paix l'un avec l'autre dans un esprit de bon voisinage,
- à unir nos forces pour maintenir la paix et la sécurité internationales,
- à accepter des principes et instituer des méthodes garantissant qu'il ne sera pas fait usage de la force des armes, sauf dans l'intérêt commun,
- à recourir aux institutions internationales pour favoriser le progrès économique et social de tous les peuples,

AVONS DECIDE D'ASSOCIER NOS EFFORTS POUR REALISER CES DESSEINS

En conséquence, nos Gouvernements respectifs, par l'intermédiaire de leurs représentants, réunis en la ville de San Francisco, et munis de pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont adopté la présente Charte des Nations Unies et établissent par les présentes une organisation internationale qui pendra le nom de Nations Unies.

CHAPITRE I BUTS ET PRINCIPES

Article 1

Les Buts des Nations Unies sont les suivants:

1. Maintenir la paix et la sécurité internationales et à cette fin: prendre des mesures collectives efficaces en vue de prévenir et d'écartier les menaces à la paix et de réprimer tout acte d'agression ou autre rupture de la paix, et réaliser, par des moyens pacifiques, conformément aux principes de la justice et du droit international, l'ajustement ou le règlement de différends ou de situations, de caractère international, susceptibles de mener à une rupture de la paix;
2. Développer entre les nations des relations amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, et prendre toutes autres mesures propres à consolider la paix du monde;
3. Réaliser la coopération internationale en résolvant les problèmes internationaux d'ordre économique, social, intellectuel ou humanitaire, en développant et en encourageant le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion;
4. Etre un centre où s'harmonisent les efforts des nations vers ces fins communes.

Article 2

L'Organisation des Nations Unies et ses Membres, dans la poursuite des Buts énoncés à l'article 1, doivent agir conformément aux Principes suivants:

1. L'Organisation est fondée sur le principe de l'égalité souveraine de tous ses Membres.
2. Les Membres de l'Organisation, afin d'assurer à tous la jouissance des droits et avantages résultant de leur qualité de Membre, doivent remplir de bonne foi les obligations qu'ils ont assumées aux termes de la présente Charte.
3. Les Membres de l'Organisation règlent leurs différends internationaux par des moyens pacifiques, de telle manière que la paix et la sécurité internationales ainsi que la justice ne soient pas mises en danger.
4. Les Membres de l'Organisation s'abstiennent, dans leurs relations internationales, de recourir à la menace ou à l'emploi de la force, soit contre l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique de tout Etat, soit de toute autre manière incompatible avec les Buts des Nations Unies.
5. Les Membres de l'Organisation donnent à celle-ci pleine assistance dans toute action entreprise par elle conformément aux dispositions de la présente Charte et s'abstiennent de prêter assistance à un Etat contre lequel l'Organisation entreprend une action préventive ou coercitive.
6. L'Organisation fait en sorte que les Etats qui ne sont pas Membres des Nations Unies agissent conformément à ces Principes dans la mesure nécessaire au maintien de la paix et de la sécurité internationales.
7. Aucune disposition de la présente Charte n'autorise les Nations Unies à intervenir dans des affaires qui relèvent essentiellement de la compétence nationale d'un Etat ni n'oblige les Membres à soumettre des affaires de ce genre à une procédure de règlement aux termes de la présente Charte; toutefois ce principe ne porte en rien atteinte à l'application des mesures de coercition prévues au chapitre VII.

CHAPITRE II MEMBRES

Article 3

Sont Membres originaires des Nations Unies les Etats qui, ayant participé à la Conférence des Nations Unies pour l'Organisation Internationale à San Francisco ou ayant antérieurement signé la Déclaration des Nations Unies, en date du 1^{er} janvier 1942, signent la présente Charte et la ratifient conformément à l'article 110.

Article 4

1. Peuvent devenir Membres des Nations Unies tous autres Etats pacifiques qui acceptent les obligations de la présente Charte et, au jugement de l'Organisation, sont capables de les remplir et disposés à le faire.

2. L'admission comme Membre des Nations Unies de tout Etat remplissant ces conditions se fait par décision de l'Assemblée Générale sur recommandation du Conseil de Sécurité.

Article 5

Un Membre de l'Organisation contre lequel une action préventive ou coercitive a été entreprise par le Conseil de Sécurité, peut être suspendu par l'Assemblée Générale, sur recommandation du Conseil de Sécurité, de l'exercice des droits et privilèges inhérents à la qualité de Membre. L'exercice de ces droits et privilèges peut être rétabli par le Conseil de Sécurité.

Article 6

Si un Membre de l'Organisation enfreint de manière persistante les Principes énoncés dans la présente Charte, il peut être exclu de l'Organisation par l'Assemblée Générale sur recommandation du Conseil de Sécurité.

CHAPITRE III ORGANES

Article 7

1. Il est créé comme organes principaux de l'Organisation des Nations Unies: une Assemblée Générale, un Conseil de Sécurité, un Conseil Economique et Social, un Conseil de Tutelle, une Cour Internationale de Justice et un Secrétariat.

2. Les organes subsidiaires qui se révéleraient nécessaires pourront être créés conformément à la présente Charte.

Article 8

Aucune restriction ne sera imposée par l'Organisation à l'accès des hommes et des femmes, dans des conditions égales, à toutes les fonctions, dans ses organes principaux et subsidiaires.

CHAPITRE IV ASSEMBLEE GENERALE

Composition

Article 9

1. L'Assemblée Générale se compose de tous les Membres des Nations Unies.

2. Chaque Membre a cinq représentants au plus à l'Assemblée Générale.

Fonctions et Pouvoirs

Article 10

L'Assemblée Générale peut discuter toutes questions ou affaires rentrant dans le cadre de la présente Charte ou se rapportant aux

pouvoirs et fonctions de l'un quelconque des organes prévus dans la présente Charte, et, sous réserve des dispositions de l'article 12, formuler sur ces questions ou affaires des recommandations aux Membres de l'Organisation des Nations Unies, au Conseil de Sécurité, ou aux Membres de l'Organisation et au Conseil de Sécurité.

Article 11

1. L'Assemblée Générale peut étudier les principes généraux de coopération pour le maintien de la paix et de la sécurité internationales, y compris les principes régissant le désarmement et la réglementation des armements, et faire, sur ces principes, des recommandations soit aux Membres de l'Organisation, soit au Conseil de Sécurité, soit aux Membres de l'Organisation et au Conseil de Sécurité.

2. L'Assemblée Générale peut discuter toutes questions se rattachant au maintien de la paix et de la sécurité internationales, dont elle aura été saisie par l'une quelconque des Nations Unies, ou par le Conseil de Sécurité, ou par un Etat qui n'est pas Membre de l'Organisation, conformément aux dispositions de l'article 35, paragraphe 2, et, sous réserve de l'article 12, faire sur toutes questions de ce genre des recommandations soit à l'Etat ou aux Etats intéressés, soit au Conseil de Sécurité, soit aux Etats et au Conseil de Sécurité. Toute question de ce genre qui appelle une action est renvoyée au Conseil de Sécurité par l'Assemblée Générale, avant ou après discussion.

3. L'Assemblée Générale peut attirer l'attention du Conseil de Sécurité sur les situations qui semblent devoir mettre en danger la paix et la sécurité internationales.

4. Les pouvoirs de l'Assemblée Générale énumérés dans le présent article ne limitent pas la portée générale de l'article 10.

Article 12

1. Tant que le Conseil de Sécurité remplit, à l'égard d'un différend ou d'une situation quelconque, les fonctions qui lui sont attribuées par la présente Charte, l'Assemblée Générale ne doit faire aucune recommandation sur ce différend ou cette situation, à moins que le Conseil de Sécurité ne le lui demande.

2. Le Secrétaire Général, avec l'assentiment du Conseil de Sécurité, porte à la connaissance de l'Assemblée Générale, lors de chaque session, les affaires relatives au maintien de la paix et de la sécurité internationales dont s'occupe le Conseil de Sécurité; il avise de même l'Assemblée Générale ou, si l'Assemblée Générale ne siège pas, les Membres de l'Organisation, dès que le Conseil de Sécurité cesse de s'occuper desdites affaires.

Article 13

1. L'Assemblée Générale provoque des études et fait des recommandations en vue de:

a. développer la coopération internationale dans le domaine politique et encourager le développement progressif du droit international et sa codification;

b. développer la coopération internationale dans les domaines économique, social, de la culture intellectuelle et de l'éducation, de la santé publique, et faciliter pour tous, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion, la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales.

2. Les autres responsabilités, fonctions et pouvoirs de l'Assemblée Générale, relativement aux questions mentionnées au paragraphe 1 b ci-dessus sont énoncés aux chapitres IX et X.

Article 14

Sous réserve des dispositions de l'article 12, l'Assemblée Générale peut recommander les mesures propres à assurer l'ajustement pacifique de toute situation, quelle qu'en soit l'origine, qui lui semble de nature à nuire au bien général ou à compromettre les relations amicales entre nations, y compris les situations résultant d'une infraction aux dispositions de la présente Charte où sont énoncés les Buts et les Principes des Nations Unies.

Article 15

1. L'Assemblée Générale reçoit et étudie les rapports annuels et les rapports spéciaux du Conseil de Sécurité; ces rapports comprennent un compte-rendu des mesures que le Conseil de Sécurité a décidées ou prises pour maintenir la paix et la sécurité internationales.

2. L'Assemblée Générale reçoit et étudie les rapports des autres organes de l'Organisation.

Article 16

L'Assemblée Générale remplit, en ce qui concerne le régime international de Tutelle, les fonctions qui lui sont dévolues en vertu des chapitres XII et XIII; entre autres, elle approuve les accords de Tutelle relatifs aux zones non désignées comme zones stratégiques.

Article 17

1. L'Assemblée Générale examine et approuve le budget de l'Organisation.

2. Les dépenses de l'Organisation sont supportées par les Membres selon la répartition fixée par l'Assemblée Générale.

3. L'Assemblée Générale examine et approuve tous arrangements financiers et budgétaires passés avec les institutions spécialisées visées à l'article 57 et examine les budgets administratifs desdites institutions en vue de leur adresser des recommandations.

Vote

Article 18

1. Chaque membre de l'Assemblée Générale dispose d'une voix.

2. Les décisions de l'Assemblée Générale sur les questions importantes sont prises à la majorité des deux tiers des membres présents et votant. Sont considérées comme questions importantes: les recommandations relatives au maintien de la paix et de la sécurité internationales, l'élection des membres non permanents du Conseil de Sécurité, l'élection des membres du Conseil Economique et Social, l'élection des membres du Conseil de Tutelle conformément au paragraphe 1c de l'article 86, l'admission de nouveaux Membres dans l'Organisation, la suspension des droits et privilèges de Membres, l'exclusion de Membres, les questions relatives au fonctionnement du régime de Tutelle et les questions budgétaires.

3. Les décisions sur d'autres questions, y compris la détermination de nouvelles catégories de questions à trancher à la majorité des deux-tiers, sont prises à la majorité des membres présents et votant.

Article 19

Un Membre des Nations Unies en retard dans le paiement de sa contribution aux dépenses de l'Organisation ne peut participer au vote à l'Assemblée Générale si le montant de ses arriérés est égal ou supérieur à la contribution due par lui pour les deux années complètes écoulées. L'Assemblée Générale peut néanmoins autoriser ce Membre à participer au vote si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

Procédure

Article 20

L'Assemblée Générale tient une session annuelle régulière et, lorsque les circonstances l'exigent, des sessions extraordinaires. Celles-ci sont convoquées par le Secrétaire Général sur la demande du Conseil de Sécurité ou de la majorité des Membres des Nations Unies.

Article 21

L'Assemblée Générale établit son règlement intérieur. Elle désigne son Président pour chaque session.

Article 22

L'Assemblée Générale peut créer les organes subsidiaires qu'elle juge nécessaires à l'exercice de ses fonctions.

CHAPITRE V
CONSEIL DE SECURITE

Composition

Article 23

1. Le Conseil de Sécurité se compose de quinze Membres de l'Organisation. La République de Chine, la France, l'Union des Républiques socialistes soviétiques, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Etats-Unis d'Amérique sont membres permanents du Conseil de Sécurité. Dix autres Membres de l'Organisation sont élus, à titre de membres non permanents du Conseil de Sécurité, par l'Assemblée Générale qui tient spécialement compte, en premier lieu, de la contribution des Membres de l'Organisation au maintien de la paix et de la sécurité internationales et aux autres fins de l'Organisation, et aussi d'une répartition géographique équitable.

2. Les membres non permanents du Conseil de Sécurité sont élus pour une période de deux ans. Lors de la première élection des membres non permanents après que le nombre des membres du Conseil de Sécurité aura été porté de onze à quinze, deux des quatre membres supplémentaires seront élus pour une période d'un an. Les membres sortants ne sont pas immédiatement rééligibles.

3. Chaque membre du Conseil de Sécurité a un représentant au Conseil.

Fonctions et Pouvoirs

Article 24

1. Afin d'assurer l'action rapide et efficace de l'Organisation, ses Membres confèrent au Conseil de Sécurité la responsabilité principale du maintien de la paix et de la sécurité internationales et reconnaissent qu'en s'acquittant des devoirs que lui impose cette responsabilité, le Conseil de Sécurité agit en leur nom.

2. Dans l'accomplissement de ces devoirs, le Conseil de Sécurité agit conformément aux Buts et Principes des Nations Unies. Les pouvoirs spécifiques accordés au Conseil de Sécurité pour lui permettre d'accomplir lesdits devoirs sont définis aux chapitres VI, VII, VIII et XII.

3. Le Conseil de Sécurité soumet pour examen des rapports annuels et, le cas échéant, des rapports spéciaux à l'Assemblée Générale.

Article 25

Les Membres de l'Organisation conviennent d'accepter et d'appliquer les décisions du Conseil de Sécurité conformément à la présente Charte.

Article 26

Afin de favoriser l'établissement et le maintien de la paix et de la sécurité internationales en ne détournant vers les armements que le minimum des ressources humaines et économiques du monde, le Conseil de Sécurité est chargé, avec l'assistance du Comité d'Etat-Major prévu à l'article 47, d'élaborer des plans qui seront soumis aux Membres de l'Organisation en vue d'établir un système de réglementation des armements.

Vote

Article 27

1. Chaque membre du Conseil de Sécurité dispose d'une voix.

2. Les décisions du Conseil de Sécurité sur des questions de procédure sont prises par un vote affirmatif de neuf membres.

3. Les décisions du Conseil de Sécurité sur toutes autres questions sont prises par un vote affirmatif de neuf de ses membres dans lequel sont comprises les voix de tous les membres permanents, étant entendu que, dans les décisions prises aux termes du Chapitre VI et du paragraphe 3 de l'article 52, une partie à un différend s'abstient de voter.

Procédure

Article 28

1. Le Conseil de Sécurité est organisé de manière à pouvoir exercer ses fonctions en permanence. A cet effet, chaque membre du Conseil de Sécurité doit avoir en tout temps un représentant au siège de l'Organisation.

2. Le Conseil de Sécurité tient des réunions périodiques auxquelles chacun de ses membres peut, s'il le désire, se faire représenter par un membre de son gouvernement ou par quelqu'autre représentant spécialement désigné.

3. Le Conseil de Sécurité peut tenir des réunions à tous endroits autres que le siège de l'Organisation qu'il juge les plus propres à faciliter sa tâche.

Article 29

Le Conseil de Sécurité peut créer les organes subsidiaires qu'il juge nécessaires à l'exercice de ses fonctions.

Article 30

Le Conseil de Sécurité établit son règlement intérieur, dans lequel il fixe le mode de désignation de son Président.

Article 31

Tout Membre de l'Organisation qui n'est pas membre du Conseil de Sécurité, peut participer, sans droit de vote, à la discussion de toute question soumise au Conseil de Sécurité, chaque fois que celui-ci estime que les intérêts de ce Membre sont particulièrement affectés.

Article 32

Tout Membre des Nations Unies qui n'est pas membre du Conseil de Sécurité ou tout Etat qui n'est pas Membre des Nations Unies, s'il est partie à un différend examiné par le Conseil de Sécurité, est convié à participer, sans droit de vote, aux discussions relatives à ce différend. Le Conseil de Sécurité détermine les conditions qu'il estime juste de mettre à la participation d'un Etat qui n'est pas Membre de l'Organisation.

CHAPITRE VI REGLEMENT PACIFIQUE DES DIFFERENDS

Article 33

1. Les parties à tout différend dont la prolongation est susceptible de menacer le maintien de la paix et de la sécurité internationales, doivent en rechercher la solution, avant tout, par voie de négociation, d'enquête, de médiation, de conciliation, d'arbitrage, de règlement judiciaire, de recours aux organismes ou accords régionaux, ou par d'autres moyens pacifiques de leur choix.

2. Le Conseil de Sécurité, s'il le juge nécessaire, invite les parties à régler leur différend par de tels moyens.

Article 34

Le Conseil de Sécurité peut enquêter sur tout différend ou toute situation qui pourrait entraîner un désaccord entre nations ou engendrer un différend, afin de déterminer si la prolongation de ce différend ou de cette situation semble devoir menacer le maintien de la paix et de la sécurité internationales.

Article 35

1. Tout Membre de l'Organisation peut attirer l'attention du Conseil de Sécurité ou de l'Assemblée Générale sur un différend ou une situation de la nature visée dans l'article 34.

2. Un Etat qui n'est pas Membre de l'Organisation peut attirer l'attention du Conseil de Sécurité ou de l'Assemblée Générale sur tout différend auquel il est partie, pourvu qu'il accepte préalablement, aux fins de ce différend, les obligations de règlement pacifique prévues dans la présente Charte.

3. Les actes de l'Assemblée Générale relativement aux affaires portées à son attention en vertu du présent article sont soumis aux dispositions des articles 11 et 12.

Article 36

1. Le Conseil de Sécurité peut, à tout moment de l'évolution d'un différend de la nature mentionnée à l'article 33 ou d'une situation analogue, recommander les procédures ou méthodes d'ajustement appropriées.

2. Le Conseil de Sécurité devra prendre en considération toutes procédures déjà adoptées par les parties pour le règlement de ce différend.

3. En faisant les recommandations prévues au présent article, le Conseil de Sécurité doit aussi tenir compte du fait que, d'une manière générale, les différends d'ordre juridique devraient être soumis par les parties à la Cour Internationale de Justice conformément aux dispositions du Statut de la Cour.

Article 37

1. Si les parties à un différend de la nature mentionnée à l'article 33 ne réussissent pas à le régler par les moyens indiqués audit article, elles le soumettent au Conseil de Sécurité.

2. Si le Conseil de Sécurité estime que la prolongation du différend semble, en fait, menacer le maintien de la paix et de la sécurité internationales, il décide s'il doit agir en application de l'article 36 ou recommander tels termes de règlement qu'il juge appropriés.

Article 38

Sans préjudice des dispositions des articles 33 à 37, le Conseil de Sécurité peut, si toutes les parties à un différend le demandent, faire des recommandations à celles-ci en vue d'un règlement pacifique de ce différend.

CHAPITRE VII ACTION EN CAS DE MENACE CONTRE LA PAIX, DE RUPTURE DE LA PAIX ET D'ACTE D'AGRESSION

Article 39

Le Conseil de Sécurité constate l'existence d'une menace contre la paix, d'une rupture de la paix ou d'un acte d'agression et fait des recommandations ou décide quelles mesures seront prises conformément aux articles 41 et 42 pour maintenir ou rétablir la paix et la sécurité internationales.

Article 40

Afin d'empêcher la situation de s'aggraver, le Conseil de Sécurité, avant de faire les recommandations ou de décider des mesures à prendre conformément à l'article 39, peut inviter les parties intéressées à se conformer aux mesures provisoires qu'il juge nécessaires ou souhaitables. Ces mesures provisoires ne préjugent en rien les droits, les prétentions ou la position des parties intéressées. En cas de non exécution de ces mesures provisoires, le Conseil de Sécurité tient dûment compte de cette défaillance.

Article 41

Le Conseil de Sécurité peut décider quelles mesures n'impliquant pas l'emploi de la force armée doivent être prises pour donner effet à ses décisions, et peut inviter les Membres des Nations Unies à appliquer ces mesures. Celles-ci peuvent comprendre l'interruption complète ou partielle des relations économiques et des communications ferroviaires, maritimes, aériennes, postales, télégraphiques, radio-électriques et des autres moyens de communication, ainsi que la rupture des relations diplomatiques.

Article 42

Si le Conseil de Sécurité estime que les mesures prévues à l'article 41 seraient inadéquates ou qu'elles se sont révélées telles, il peut entreprendre, au moyen de forces aériennes, navales ou terrestres, toute action qu'il juge nécessaire au maintien ou au rétablissement de la paix et de la sécurité internationales. Cette action peut comprendre des démonstrations, des mesures de blocus et d'autres opérations exécutées par des forces aériennes, navales ou terrestres de Membres des Nations Unies.

Article 43

1. Tous les Membres des Nations Unies, afin de contribuer au maintien de la paix et de la sécurité internationales, s'engagent à mettre à la disposition du Conseil de Sécurité, sur son invitation et conformément à un accord spécial ou à des accords spéciaux, les forces armées, l'assistance et les facilités, y compris le droit de passage, nécessaires au maintien de la paix et de la sécurité internationales.

2. L'accord ou les accords susvisés fixeront les effectifs et la nature de ces forces, leur degré de préparation et leur emplacement général, ainsi que la nature des facilités et de l'assistance à fournir.

3. L'accord ou les accords seront négociés aussitôt que possible, sur l'initiative du Conseil de Sécurité. Ils seront conclus entre le Conseil de Sécurité et des Membres de l'Organisation, ou entre le Conseil de Sécurité et des groupes de Membres de l'Organisation, et devront être ratifiés par les Etat signataires selon leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 44

Lorsque le Conseil de Sécurité a décidé de recourir à la force, il doit, avant d'inviter un Membre non représenté au Conseil à fournir des forces armées en exécution des obligations contractées en vertu de l'article 43, convier ledit Membre, si celui-ci le désire, à participer aux décisions du Conseil de Sécurité touchant l'emploi de contingents des forces armées de ce Membre.

Article 45

Afin de permettre à l'Organisation de prendre d'urgence des mesures d'ordre militaire, des Membres des Nations Unies maintiendront des contingents nationaux de forces aériennes immédiatement utilisables en vue de l'exécution combinée d'une action coercitive internationale. Dans les limites prévues par l'accord spécial ou les accords spéciaux mentionnés à l'article 43, le Conseil de Sécurité, avec l'aide du Comité d'Etat-Major, fixe l'importance et le degré de préparation de ces contingents et établit des plans prévoyant leur action combinée.

Article 46

Les plans pour l'emploi de la force armée sont établis par le Conseil de Sécurité avec l'aide du Comité d'Etat-Major.

Article 47

1. Il est établi un Comité d'Etat-Major chargé de conseiller et d'assister le Conseil de Sécurité pour tout ce qui concerne les moyens d'ordre militaire nécessaires au Conseil pour maintenir la paix et la sécurité internationales, l'emploi et le commandement des forces mises à sa disposition, la réglementation des armements et le désarmement éventuel.

2. Le Comité d'Etat-Major se compose des chefs d'Etat-Major des membres permanents du Conseil de Sécurité ou de leurs représentants. Il convie tout Membre des Nations Unies qui n'est pas représenté au Comité d'une façon permanente à s'associer à lui, lorsque la participation de ce Membre à ses travaux lui est nécessaire pour la bonne exécution de sa tâche.

3. Le Comité d'Etat-Major est responsable, sous l'autorité du Conseil de Sécurité, de la direction stratégique de toutes forces armées mises à la disposition du Conseil. Les questions relatives au commandement de ces forces seront réglées ultérieurement.

4. Des sous-comités régionaux du Comité d'Etat-Major peuvent être établis par lui avec l'autorisation du Conseil de Sécurité et après consultation des organismes régionaux appropriés.

Article 48

1. Les mesures nécessaires à l'exécution des décisions du Conseil de Sécurité pour le maintien de la paix et de la sécurité internationales sont prises par tous les Membres des Nations Unies ou certains d'entre eux, selon l'appréciation du Conseil.

2. Ces décisions sont exécutées par les Membres des Nations Unies directement et grâce à leur action dans les organismes internationaux appropriés dont ils font partie.

Article 49

Les Membres des Nations Unies s'associent pour se prêter mutuellement assistance dans l'exécution des mesures arrêtées par le Conseil de Sécurité.

Article 50

Si un Etat est l'objet de mesures préventives ou coercitives prises par le Conseil de Sécurité, tout autre Etat, qu'il soit ou non Membre des Nations Unies, s'il se trouve en présence de difficultés économiques particulières dues à l'exécution desdites mesures, a le droit de consulter le Conseil de Sécurité au sujet de la solution de ces difficultés.

Article 51

Aucune disposition de la présente Charte ne porte atteinte au droit naturel de légitime défense, individuelle ou collective, dans le cas où un Membre des Nations Unies est l'objet d'une agression armée, jusqu'à ce que le Conseil de Sécurité ait pris les mesures nécessaires pour maintenir la paix et la sécurité internationales. Les mesures prises par des Membres dans l'exercice de ce droit de légitime défense sont immédiatement portées à la connaissance du Conseil de Sécurité et n'affectent en rien le pouvoir et le devoir qu'a le Conseil, en vertu de la présente Charte, d'agir à tout moment de la manière qu'il juge nécessaire pour maintenir ou rétablir la paix et la sécurité internationales.

CHAPITRE VIII ACCORDS REGIONAUX

Article 52

1. Aucune disposition de la présente Charte ne s'oppose à l'existence d'accords ou d'organismes régionaux destinés à régler les affaires qui, touchant au maintien de la paix et de la sécurité internationales, se prêtent à une action de caractère régional, pourvu que ces accords ou ces organismes et leur activité soient compatibles avec les Buts et les Principes des Nations Unies.

2. Les Membres des Nations Unies qui concluent ces accords ou constituent ces organismes doivent faire tous leurs efforts pour régler d'une manière pacifique, par le moyen desdits accords ou organismes, les différends d'ordre local, avant de les soumettre au Conseil de Sécurité.

3. Le Conseil de Sécurité encourage le développement du règlement pacifique des différends d'ordre local par le moyen de ces accords ou de ces organismes régionaux, soit sur l'initiative des Etats intéressés, soit sur renvoi du Conseil de Sécurité.

4. Le présent article n'affecte en rien l'application des articles 34 et 35.

Article 53

1. Le Conseil de Sécurité utilise, s'il y a lieu, les accords ou organismes régionaux pour l'application des mesures coercitives prises sous son autorité. Toutefois, aucune action coercitive ne sera entreprise en vertu d'accords régionaux ou par des organismes régionaux sans l'autorisation du Conseil de Sécurité; sont exceptées les mesures contre tout Etat ennemi au sens de la définition donnée au paragraphe 2 du présent article, prévues en application de l'article 107 ou dans les accords régionaux dirigés contre la reprise, par un tel Etat, d'une politique d'agression, jusqu'au moment où l'Organisation pourra, à la demande des gouvernements intéressés, être chargée de la tâche de prévenir toute nouvelle agression de la part d'un tel Etat.

2. Le terme « Etat ennemi », employé au paragraphe 1 du présent article, s'applique à tout Etat qui, au cours de la seconde guerre mondiale, a été l'ennemi de l'un quelconque des signataires de la présente Charte.

Article 54

Le Conseil de Sécurité doit, en tout temps, être tenu pleinement au courant de toute action entreprise ou envisagée en vertu d'accords régionaux ou par des organismes régionaux, pour le maintien de la paix et de la sécurité internationales.

CHAPITRE IX COOPERATION ECONOMIQUE ET SOCIALE INTERNATIONALE

Article 55

En vue de créer les conditions de stabilité et de bien-être nécessaires pour assurer entre les nations des relations pacifiques et amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité des droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, les Nations Unies favoriseront:

- le relèvement des niveaux de vie, le plein emploi et des conditions de progrès et de développement dans l'ordre économique et social;
- la solution des problèmes internationaux dans les domaines économique, social, de la santé publique et autres problèmes connexes; et la coopération internationale dans les domaines de la culture intellectuelle et de l'éducation;
- le respect universel et effectif des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion.

Article 56

Les Membres s'engagent, en vue d'atteindre les buts énoncés à l'article 55, à agir, tant conjointement que séparément, en coopération avec l'Organisation.

Article 57

1. Les diverses institutions spécialisées créées par accords intergouvernementaux et pourvues, aux termes de leurs statuts, d'attributions internationales étendues dans les domaines économique, social, de la culture intellectuelle et de l'éducation, de la santé publique et autres domaines connexes, sont reliées à l'Organisation conformément aux dispositions de l'article 63.

2. Les institutions ainsi reliées à l'Organisation sont désignées ci-après par l'expression « Institutions spécialisées ».

Article 58

L'Organisation fait des recommandations en vue de coordonner les programmes et activités des institutions spécialisées.

Article 59

L'Organisation provoque, lorsqu'il y a lieu, des négociations entre les Etats intéressés en vue de la création de toutes nouvelles institutions spécialisées nécessaires pour atteindre les buts énoncés à l'article 55.

Article 60

L'Assemblée Générale et, sous son autorité, le Conseil Economique et Social qui dispose à cet effet des pouvoirs qui lui sont attribués aux termes du Chapitre X, sont chargés de remplir les fonctions de l'Organisation énoncées au présent chapitre.

CHAPITRE X CONSEIL ECONOMIQUE ET SOCIAL

Composition

Article 61

1. Le Conseil Economique et Social se compose de vingt-sept Membres de l'Organisation des Nations Unies, élus par l'Assemblée Générale.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, neuf membres du Conseil Economique et Social sont élus chaque année pour une période de trois ans. Les membres sortants sont immédiatement rééligibles.

3. Lors de la première élection qui aura lieu après que le nombre des membres du Conseil Economique et Social aura été porté de dix-huit à vingt-sept, neuf membres seront élus en plus de ceux qui auront été élus en remplacement des six membres dont le mandat viendra à expiration à la fin de l'année. Le mandat de trois de ces neuf membres supplémentaires expirera au bout d'un an et celui de trois autres au bout de deux ans, selon les dispositions prises par l'Assemblée Générale.

4. Chaque membre du Conseil Economique et Social a un représentant au Conseil.

Fonctions et Pouvoirs

Article 62

1. Le Conseil Economique et Social peut faire ou provoquer des études et des rapports sur des questions internationales dans les domaines économique, social, de la culture intellectuelle et de l'éducation, de la santé publique et autres domaines connexes et peut adresser des recommandations sur toutes ces questions à l'Assemblée Générale, aux Membres de l'Organisation et aux institutions spécialisées intéressées.

2. Il peut faire des recommandations en vue d'assurer le respect effectif des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous.

3. Il peut, sur des questions de sa compétence, préparer des projets de convention pour les soumettre à l'Assemblée Générale.

4. Il peut convoquer, conformément aux règles fixées par l'Organisation, des conférences internationales sur des questions de sa compétence.

Article 63

1. Le Conseil Economique et Social peut conclure avec toute institution visée à l'article 57, des accords fixant les conditions dans lesquelles cette institution sera reliée à l'Organisation. Ces accords sont soumis à l'approbation de l'Assemblée Générale.

2. Il peut coordonner l'activité des institutions spécialisées en se concertant avec elles, en leur adressant des recommandations, ainsi qu'en adressant des recommandations à l'Assemblée Générale et aux Membres des Nations Unies.

Article 64

1. Le Conseil Economique et Social peut prendre toutes mesures utiles pour recevoir des rapports réguliers des institutions spécialisées. Il peut s'entendre avec les Membres de l'Organisation et avec les institutions spécialisées afin de recevoir des rapports sur les mesures prises en exécution de ses propres recommandations et des recommandations de l'Assemblée Générale sur des objets relevant de la compétence du Conseil.

2. Il peut communiquer à l'Assemblée Générale ses observations sur ces rapports.

Article 65

Le Conseil Economique et Social peut fournir des informations au Conseil de Sécurité et l'assister si celui-ci le demande.

Article 66

1. Le Conseil Economique et Social, dans l'exécution des recommandations de l'Assemblée Générale, s'acquiesce de toutes les fonctions qui entrent dans sa compétence.

2. Il peut, avec l'approbation de l'Assemblée Générale, rendre les services qui lui seraient demandés par des Membres de l'Organisation ou par des institutions spécialisées.

3. Il s'acquitte des autres fonctions qui lui sont dévolues dans d'autres parties de la présente Charte ou qui peuvent lui être attribuées par l'Assemblée Générale.

Vote

Article 67

1. Chaque membre du Conseil Economique et Social dispose d'une voix.

2. Les décisions du Conseil Economique et Social sont prises à la majorité des membres présents et votant.

Procédure

Article 68

Le Conseil Economique et Social institue des commissions pour les questions économiques et sociales et le progrès des droits de l'homme ainsi que toutes autres commissions nécessaires à l'exercice de ses fonctions.

Article 69

Le Conseil Economique et Social, lorsqu'il examine une question qui intéresse particulièrement un Membre de l'Organisation, convie celui-ci à participer, sans droit de vote, à ses délibérations.

Article 70

Le Conseil Economique et Social peut prendre toutes dispositions pour que des représentants des institutions spécialisées participent, sans droit de vote, à ses délibérations et à celles des commissions instituées par lui, et pour que ses propres représentants participent aux délibérations des institutions spécialisées.

Article 71

Le Conseil Economique et Social peut prendre toutes dispositions utiles pour consulter les organisations non gouvernementales qui s'occupent de questions relevant de sa compétence. Ces dispositions peuvent s'appliquer à des organisations internationales et, s'il y a lieu, à des organisations nationales après consultation du Membre intéressé de l'Organisation.

Article 72

1. Le Conseil Economique et Social adopte son règlement intérieur dans lequel il fixe le mode de désignation de son Président.

2. Il se réunit selon les besoins conformément à son règlement; celui-ci comportera des dispositions prévoyant la convocation du Conseil sur la demande de la majorité de ses membres.

CHAPITRE XI DECLARATION RELATIVE AUX TERRITOIRES NON AUTONOMES

Article 73

Les Membres des Nations Unies qui ont ou qui assument la responsabilité d'administrer des territoires dont les populations ne s'administrent pas encore complètement elles-mêmes, reconnaissent le principe de la primauté des intérêts des habitants de ces territoires. Ils acceptent comme une mission sacrée l'obligation de favoriser dans toute la mesure du possible leur prospérité, dans le cadre du système de paix et de sécurité internationales établi par la présente Charte et, à cette fin:

a. d'assurer, en respectant la culture des populations en question, leur progrès politique, économique et social, ainsi que le développement de leur instruction, de les traiter avec équité et de les protéger contre les abus;

b. de développer leur capacité de s'administrer elles-mêmes, de tenir compte des aspirations politiques des populations et de les aider dans le développement progressif de leurs libres institutions politiques, dans la mesure appropriée aux conditions

particulières de chaque territoire et de ses populations et à leurs degrés variables de développement;

c. d'affermir la paix et la sécurité internationales;

d. de favoriser des mesures constructives de développement, d'encourager des travaux de recherche, de coopérer entre eux et, quand les circonstances s'y préferont, avec les organismes internationaux spécialisés, en vue d'atteindre effectivement les buts sociaux, économiques et scientifiques énoncés au présent article;

e. de communiquer régulièrement au Secrétaire Général, à titre d'information, sous réserve des exigences de la sécurité et de considérations d'ordre constitutionnel, des renseignements statistiques et autres de nature technique relatifs aux conditions économiques, sociales et de l'instruction dans les territoires dont ils sont respectivement responsables, autres que ceux auxquels s'appliquent les chapitres XII et XIII.

Article 74

Les Membres de l'Organisation reconnaissent aussi que leur politique doit être fondée, autant dans les territoires auxquels s'applique le présent chapitre que dans leurs territoires métropolitains, sur le principe général du bon voisinage dans le domaine social, économique et commercial, compte tenu des intérêts et de la prospérité du reste du monde.

CHAPITRE XII REGIME INTERNATIONAL DE TUTELLE

Article 75

L'Organisation des Nations Unies établira, sous son autorité, un régime international de Tutelle pour l'administration et la surveillance des territoires qui pourront être placés sous ce régime en vertu d'accords particuliers ultérieurs. Ces territoires sont désignés ci-après par l'expression «territoires sous Tutelle».

Article 76

Conformément aux Buts des Nations Unies, énoncés à l'article 1 de la présente Charte, les fins essentielles du régime de Tutelle sont les suivantes:

a. affermir la paix et la sécurité internationales;

b. favoriser le progrès politique, économique et social des populations des territoires sous Tutelle ainsi que le développement de leur instruction; favoriser également leur évolution progressive vers la capacité à s'administrer eux-mêmes ou l'indépendance, compte tenu des conditions particulières à chaque territoire et à ses populations, des aspirations librement exprimées des populations intéressées et des dispositions qui pourront être prévues dans chaque accord de Tutelle;

c. encourager le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion, et développer le sentiment de l'interdépendance des peuples du monde;

d. assurer l'égalité de traitement dans le domaine social, économique et commercial à tous les Membres de l'Organisation et à leurs ressortissants; assurer de même à ces derniers l'égalité de traitement dans l'administration de la justice, sans porter préjudice à la réalisation des fins énoncées ci-dessus, et sous réserve des dispositions de l'article 80.

Article 77

1. Le régime de Tutelle s'appliquera aux territoires entrant dans les catégories ci-dessous et qui viendraient à être placés sous ce régime en vertu d'accords de Tutelle:

a. territoires actuellement sous mandat;

b. territoires qui peuvent être détachés d'Etats ennemis par suite de la seconde guerre mondiale;

c. territoires volontairement placés sous ce régime par les Etats responsables de leur administration.

2. Un accord ultérieur déterminera quels territoires, entrant dans les catégories susmentionnées, seront placés sous le régime de Tutelle, et dans quelles conditions.

Article 78

Le régime de Tutelle ne s'appliquera pas aux pays devenus Membres des Nations Unies, les relations entre celles-ci devant être fondées sur le respect du principe de l'égalité souveraine.

Article 79

Les termes du régime de Tutelle, pour chacun des territoires à placer sous ce régime, de même que les modifications et amendements qui peuvent y être apportés, feront l'objet d'un accord entre les Etats directement intéressés, y compris la Puissance mandataire dans le cas de territoires sous mandat d'un Membre des Nations Unies, et seront approuvés conformément aux articles 83 et 85.

Article 80

1. A l'exception de ce qui peut être convenu dans les accords particuliers de Tutelle conclus conformément aux articles 77, 79 et 81 et plaçant chaque territoire sous le régime de Tutelle, et jusqu'à ce que ces accords aient été conclus, aucune disposition du présent chapitre ne sera interprétée comme modifiant directement ou indirectement en aucune manière, les droits quelconques d'aucun Etat ou d'aucun peuple ou les dispositions d'actes internationaux en vigueur auxquels des Membres de l'Organisation peuvent être parties.

2. Le paragraphe 1 du présent article ne doit pas être interprété comme motivant un retard ou un ajournement de la négociation et de la conclusion d'accords destinés à placer sous le régime de Tutelle des territoires sous mandat ou d'autres territoires ainsi qu'il est prévu à l'article 77.

Article 81

L'accord de Tutelle comprend dans chaque cas, les conditions dans lesquelles le territoire sous Tutelle sera administré et désigne l'autorité qui en assurera l'administration. Cette autorité, désignée ci-après par l'expression « autorité chargée de l'administration », peut être constituée par un ou plusieurs Etats ou par l'Organisation elle-même.

Article 82

Un accord de Tutelle peut désigner une ou plusieurs zones stratégiques pouvant comprendre tout ou partie du territoire sous Tutelle auquel l'accord s'applique, sans préjudice de tout accord spécial ou de tous accords spéciaux conclus en application de l'article 43.

Article 83

1. En ce qui concerne les zones stratégiques, toutes les fonctions dévolues à l'Organisation, y compris l'approbation des termes des accords de Tutelle ainsi que de la modification ou de l'amendement éventuels de ceux-ci, sont exercées par le Conseil de Sécurité.

2. Les fins essentielles énoncées à l'article 76 valent pour la population de chacune des zones stratégiques.

3. Le Conseil de Sécurité, eu égard aux dispositions des accords de Tutelle et sous réserve des exigences de la sécurité, aura recours à l'assistance du Conseil de Tutelle dans l'exercice des fonctions assumées par l'Organisation au titre du régime de Tutelle, en matière politique, économique et sociale, et en matière d'instruction, dans les zones stratégiques.

Article 84

L'autorité chargée de l'administration a le devoir de veiller à ce que le territoire sous Tutelle apporte sa contribution au maintien de la paix et de la sécurité internationales. A cette fin, elle peut utiliser des contingents de volontaires, les facilités et l'aide du territoire sous Tutelle pour remplir les obligations qu'elle a contractées à cet égard envers le Conseil de Sécurité ainsi que pour assurer la défense locale et le maintien de l'ordre à l'intérieur du territoire sous Tutelle.

Article 85

1. En ce qui concerne les accords de Tutelle relatifs à toutes les zones qui ne sont pas désignées comme zones stratégiques, les fonctions de l'Organisation, y compris l'approbation des termes

des accords de Tutelle et de leur modification ou amendement, sont exercées par l'Assemblée Générale.

2. Le conseil de Tutelle, agissant sous l'autorité de l'Assemblée Générale, assiste celle-ci dans l'accomplissement de ces tâches.

CHAPITRE XIII CONSEIL DE TUTELLE

Composition

Article 86

1. Le Conseil de Tutelle se compose des Membres suivants des Nations Unies:

a. les Membres chargés d'administrer des territoires sous Tutelle;

b. ceux des Membres désignés nommément à l'article 23 qui n'administrent pas de territoires sous Tutelle;

c. autant d'autres Membres élus pour trois ans, par l'Assemblée Générale, qu'il sera nécessaire pour que le nombre total des membres du Conseil de Tutelle se partage également entre les Membres des Nations Unies qui administrent des territoires sous Tutelle et ceux qui n'en administrent pas.

2. Chaque membre du Conseil de Tutelle désigne une personne particulièrement qualifiée pour le représenter au Conseil.

Fonctions et Pouvoirs

Article 87

L'Assemblée Générale et, sous son autorité, le Conseil de Tutelle, dans l'exercice de leurs fonctions, peuvent:

a. examiner les rapports soumis par l'autorité chargée de l'administration;

b. recevoir des pétitions et les examiner en consultation avec ladite autorité;

c. faire procéder à des visites périodiques dans les territoires administrés par ladite autorité, à des dates convenues avec elle;

d. prendre ces dispositions et toutes autres conformément aux termes des accords de Tutelle.

Article 88

Le Conseil de Tutelle établit un questionnaire portant sur les progrès des habitants de chaque territoire sous Tutelle dans les domaines politique, économique et social et dans celui de l'instruction; l'autorité chargée de l'administration de chaque territoire sous Tutelle relevant de la compétence de l'Assemblée Générale adresse à celle-ci un rapport annuel fondé sur le questionnaire précité.

Vote

Article 89

1. Chaque membre du Conseil de Tutelle dispose d'une voix.

2. Les décisions du Conseil de Tutelle sont prises à la majorité des membres présents et votant.

Procédure

Article 90

1. Le Conseil de Tutelle adopte son règlement intérieur dans lequel il fixe le mode de désignation de son Président.

2. Il se réunit selon les besoins, conformément à son règlement; celui-ci comprend des dispositions prévoyant la convocation du Conseil à la demande de la majorité de ses membres.

Article 91

Le Conseil de Tutelle recourt, quand il y a lieu, à l'assistance du Conseil Economique et Social et à celle des institutions spécialisées, pour les questions qui relèvent de leurs compétences respectives.

CHAPITRE XIV COUR INTERNATIONALE DE JUSTICE

Article 92

La Cour Internationale de Justice constitue l'organe judiciaire principal des Nations Unies. Elle fonctionne conformément à un Statut établi sur la base du Statut de la Cour Permanente de Justice Internationale et annexé à la présente Charte dont il fait partie intégrante.

Article 93

1. Tous les Membres des Nations Unies sont ipso facto parties au Statut de la Cour Internationale de Justice.

2. Les conditions dans lesquelles les Etats qui ne sont pas Membres de l'Organisation peuvent devenir parties au Statut de la Cour Internationale de Justice sont déterminées, dans chaque cas, par l'Assemblée Générale sur recommandation du Conseil de Sécurité.

Article 94

1. Chaque Membre des Nations Unies s'engage à se conformer à la décision de la Cour Internationale de Justice dans tout litige auquel il est partie.

2. Si une partie à un litige ne satisfait pas aux obligations qui lui incombent en vertu d'un arrêt rendu par la Cour, l'autre partie peut recourir au Conseil de Sécurité et celui-ci, s'il le juge nécessaire, peut faire des recommandations ou décider des mesures à prendre pour faire exécuter l'arrêt.

Article 95

Aucune disposition de la présente Charte n'empêche les Membres de l'Organisation de confier la solution de leurs différends à d'autres tribunaux en vertu d'accords déjà existants ou qui pourront être conclus à l'avenir.

Article 96

1. L'Assemblée Générale ou le Conseil de Sécurité peut demander à la Cour Internationale de Justice un avis consultatif sur toute question juridique.

2. Tous autres organes de l'Organisation et institutions spécialisées qui peuvent, à un moment quelconque, recevoir de l'Assemblée Générale une autorisation à cet effet, ont également le droit de demander à la Cour des avis consultatifs sur des questions juridiques qui se poseraient dans le cadre de leur activité.

CHAPITRE XV SECRETARIAT

Article 97

Le Secrétariat comprend un Secrétaire Général et le personnel que peut exiger l'Organisation. Le Secrétaire Général est nommé par l'Assemblée Générale sur recommandation du Conseil de Sécurité. Il est le plus haut fonctionnaire de l'Organisation.

Article 98

Le Secrétaire Général agit en cette qualité à toutes les réunions de l'Assemblée Générale, du Conseil de Sécurité, du Conseil Economique et Social et du Conseil de Tutelle. Il remplit toutes autres fonctions dont il est chargé par ces organes. Il présente à l'Assemblée Générale un rapport annuel sur l'activité de l'Organisation.

Article 99

Le Secrétaire Général peut attirer l'attention du Conseil de Sécurité sur toute affaire qui, à son avis, pourrait mettre en danger le maintien de la paix et de la sécurité internationales.

Article 100

1. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, le Secrétaire Général et le personnel ne solliciteront ni n'accepteront d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autorité extérieure à l'Organisation. Ils s'abstiendront de tout acte incompatible avec leur situation de fonctionnaires internationaux et ne sont responsables qu'envers l'Organisation.

2. Chaque Membre de l'Organisation s'engage à respecter le caractère exclusivement international des fonctions du Secrétaire Général et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.

Article 101

1. Le personnel est nommé par le Secrétaire Général conformément aux règles fixées par l'Assemblée Générale.

2. Un personnel spécial est affecté d'une manière permanente au Conseil Economique et Social, au Conseil de Tutelle et, s'il y a lieu, à d'autres organes de l'Organisation. Ce personnel fait partie du Secrétariat.

3. La considération dominante dans le recrutement et la fixation des conditions d'emploi du personnel doit être la nécessité d'assurer à l'Organisation les services de personnes possédant les plus hautes qualités de travail, de compétence et d'intégrité. Sera dûment prise en considération l'importance d'un recrutement effectué sur une base géographique aussi large que possible.

CHAPITRE XVI DISPOSITIONS DIVERSES

Article 102

1. Tout traité ou accord international conclu par un membre des Nations Unies après l'entrée en vigueur de la présente Charte sera, le plus tôt possible, enregistré au Secrétariat et publié par lui.

2. Aucune partie à un traité ou accord international qui n'aura pas été enregistré conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article ne pourra invoquer ledit traité ou accord devant un organe de l'Organisation.

Article 103

En cas de conflit entre les obligations des Membres des Nations Unies en vertu de la présente Charte et leurs obligations en vertu de tout autre accord international, les premières prévaudront.

Article 104

L'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, de la capacité juridique qui lui est nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses buts.

Article 105

1. L'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour atteindre ses buts.

2. Les représentants des Membres des Nations Unies et les fonctionnaires de l'Organisation jouissent également des privilèges et immunités qui leur sont nécessaires pour exercer en toute indépendance leurs fonctions en rapport avec l'Organisation.

3. L'Assemblée Générale peut faire des recommandations en vue de fixer les détails d'application des paragraphes 1 et 2 du présent article ou proposer aux Membres des Nations Unies des conventions à cet effet.

CHAPITRE XVII DISPOSITIONS TRANSITOIRES DE SECURITE

Article 106

En attendant l'entrée en vigueur des accords spéciaux mentionnés à l'article 43, qui, de l'avis du Conseil de Sécurité, lui permettront de

commencer à assumer les responsabilités lui incombant en application de l'article 42, les parties à la Déclaration des Quatre Nations signée à Moscou le 30 octobre 1943 et la France se concerteront entre elles et, s'il y a lieu, avec d'autres Membres de l'Organisation, conformément aux dispositions du paragraphe 5 de cette Déclaration, en vue d'entreprendre en commun, au nom des Nations Unies, toute action qui pourrait être nécessaire pour maintenir la paix et la sécurité internationales.

Article 107

Aucune disposition de la présente Charte n'affecte ou n'interdit vis-à-vis d'un Etat qui, au cours de la seconde guerre mondiale, a été l'ennemi de l'un quelconque des signataires de la présente Charte, une action entreprise ou autorisée, comme suite de cette guerre, par les gouvernements qui ont la responsabilité de cette action.

CHAPITRE XVIII AMENDEMENTS

Article 108

Les amendements à la présente Charte entreront en vigueur pour tous les Membres des Nations Unies quand ils auront été adoptés à la majorité des deux tiers des membres de l'Assemblée Générale et ratifiés, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives, par les deux-tiers des Membres de l'Organisation, y compris tous les membres permanents du Conseil de Sécurité.

Article 109

1. Une Conférence Générale des Membres des Nations Unies, aux fins d'une révision de la présente Charte, pourra être réunie au lieu et date qui seront fixés par un vote de l'Assemblée Générale à la majorité des deux tiers et par un vote de neuf quelconques des membres du Conseil de Sécurité. Chaque Membre de l'Organisation disposera d'une voix à la conférence.

2. Toute modification à la présente Charte recommandée par la conférence à la majorité des deux tiers prendra effet lorsqu'elle aura été ratifiée conformément à leurs règles constitutionnelles respectives, par les deux tiers des Membres des Nations Unies, y compris tous les membres permanents du Conseil de Sécurité.

3. Si cette conférence n'a pas été réunie avant la dixième session annuelle de l'Assemblée Générale qui suivra l'entrée en vigueur de la présente Charte, une proposition en vue de la convoquer sera inscrite à l'ordre du jour de cette session, et la conférence sera réunie, s'il en est ainsi décidé par un vote de la majorité de l'Assemblée Générale et par un vote de sept quelconques des membres du Conseil de Sécurité.

CHAPITRE XIX RATIFICATION ET SIGNATURE

Article 110

1. La présente Charte sera ratifiée par les Etats signataires conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.

2. Les ratifications seront déposées auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui notifiera chaque dépôt à tous les Etats signataires ainsi qu'au Secrétaire Général de l'Organisation, lorsque celui-ci aura été nommé.

3. La présente Charte entrera en vigueur après le dépôt des ratifications par la République de Chine, la France, l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les Etats-Unis d'Amérique et par la majorité des autres Etats signataires. Un procès-verbal de dépôt des ratifications sera ensuite dressé par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique qui en communiquera copie à tous les Etats signataires.

4. Les Etats signataires de la présente Charte qui la ratifieront après son entrée en vigueur deviendront Membres originaires des Nations Unies à la date du dépôt de leurs ratifications respectives.

Article 111

La présente Charte, dont les textes chinois, français, russe, anglais et espagnol feront également foi, sera déposée dans les archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique. Des copies dûment certifiées conformes en seront remises par lui aux Gouvernements des autres Etats signataires.

EN FOI DE QUOI, les représentants des Gouvernements des Nations Unies ont signé la présente Charte.

FAIT à San Francisco, le vingt-six juin mil neuf cent quarante cinq.

STATUT DE LA COUR INTERNATIONALE DE JUSTICE

Article 1

LA COUR INTERNATIONALE DE JUSTICE instituée par la Charte des Nations Unies comme organe judiciaire principal de l'Organisation sera constituée et fonctionnera conformément aux dispositions du présent Statut.

CHAPITRE I ORGANISATION DE LA COUR

Article 2

La Cour est un corps de magistrats indépendants, élus, sans égard à leur nationalité, parmi les personnes jouissant de la plus haute considération morale, et qui réunissent les conditions requises pour l'exercice, dans leurs pays respectifs, des plus hautes fonctions judiciaires, ou qui sont des juristes possédant une compétence notoire en matière de droit international.

Article 3

1. La Cour se compose de quinze membres. Elle ne pourra comprendre plus d'un ressortissant du même Etat.
2. A cet égard celui qui pourrait être considéré comme le ressortissant de plus d'un Etat, sera censé être ressortissant de celui où il exerce habituellement ses droits civils et politiques.

Article 4

1. Les membres de la Cour sont élus par l'Assemblée Générale et par le Conseil de Sécurité sur une liste de personnes présentées par les groupes nationaux de la Cour Permanente d'Arbitrage, conformément aux dispositions suivantes.
2. En ce qui concerne les Membres des Nations Unies qui ne sont pas représentés à la Cour Permanente d'Arbitrage, les candidats seront présentés par des groupes nationaux, désignés à cet effet par leurs gouvernements, dans les mêmes conditions que celles stipulées pour les membres de la Cour Permanente d'Arbitrage par l'article 44 de la Convention de La Haye de 1907 sur le règlement pacifique des conflits internationaux.
3. En l'absence d'accord spécial, l'Assemblée Générale, sur la recommandation du Conseil de Sécurité, réglera les conditions auxquelles peut participer à l'élection des membres de la Cour un Etat qui, tout en étant partie au présent Statut, n'est pas Membre des Nations Unies.

Article 5

1. Trois mois au moins avant la date de l'élection, le Secrétaire Général des Nations Unies invite par écrit les membres de la Cour Permanente d'Arbitrage appartenant aux Etats qui sont parties au présent Statut, ainsi que les membres des groupes nationaux désignés conformément au paragraphe 2 de l'article 4, à procéder dans un délai déterminé, par groupes nationaux, à la présentation de personnes en situation de remplir les fonctions de membre de la Cour.
2. Chaque groupe ne peut, en aucun cas, présenter plus de quatre personnes dont deux au plus de sa nationalité. En aucun cas, il ne peut être présenté un nombre de candidats plus élevé que le double des sièges à pourvoir.

Article 6

Avant de procéder à cette désignation, il est recommandé à chaque groupe national de consulter la plus haute cour de justice, les facultés et écoles de droit, les académies nationales et les sections nationales d'académies internationales, vouées à l'étude du droit.

Article 7

1. Le Secrétaire Général dresse, par ordre alphabétique, une liste de toutes les personnes ainsi désignées; seules ces personnes sont éligibles, sauf le cas prévu à l'article 12, paragraphe 2.

2. Le Secrétaire Général communique cette liste à l'Assemblée Générale et au Conseil de Sécurité.

Article 8

L'Assemblée Générale et le Conseil de Sécurité procèdent indépendamment l'un de l'autre à l'élection des membres de la Cour.

Article 9

Dans toute élection, les électeurs auront en vue que les personnes appelées à faire partie de la Cour, non seulement réunissent individuellement les conditions requises, mais assurent dans l'ensemble la représentation des grandes formes de civilisation et des principaux systèmes juridiques du monde.

Article 10

1. Sont élus ceux qui ont réuni la majorité absolue des voix dans l'Assemblée Générale et dans le Conseil de Sécurité.
2. Le vote au Conseil de Sécurité, soit pour l'élection des juges, soit pour la nomination des membres de la commission visée à l'article 12 ci-après, ne comportera aucune distinction entre membres permanents et membres non-permanents du Conseil de Sécurité.
3. Au cas où le double scrutin de l'Assemblée Générale et du Conseil de Sécurité se porterait sur plus d'un ressortissant du même Etat, le plus âgé est seul élu.

Article 11

Si, après la première séance d'élection, il reste encore des sièges à pourvoir, il est procédé, de la même manière, à une seconde et, s'il est nécessaire, à une troisième.

Article 12

1. Si, après la troisième séance d'élection, il reste encore des sièges à pourvoir, il peut être à tout moment formé sur la demande, soit de l'Assemblée Générale, soit du Conseil de Sécurité, une Commission médiatrice de six membres, nommés trois par l'Assemblée Générale, trois par le Conseil de Sécurité, en vue de choisir par un vote à la majorité absolue, pour chaque siège non pourvu, un nom à présenter à l'adoption séparée de l'Assemblée Générale et du Conseil de Sécurité.
2. La Commission médiatrice peut porter sur sa liste le nom de toute personne satisfaisant aux conditions requises et qui recueille l'unanimité de ses suffrages, lors même qu'il n'aurait pas figuré sur la liste de présentation visée à l'article 7.
3. Si la Commission médiatrice constate qu'elle ne peut réussir à assurer l'élection, les membres de la Cour déjà nommés pourvoient aux sièges vacants, dans un délai à fixer par le Conseil de Sécurité, en choisissant parmi les personnes qui ont obtenu des suffrages soit dans l'Assemblée Générale, soit dans le Conseil de Sécurité.
4. Si, parmi les juges, il y a partage égal des voix, la voix du juge le plus âgé l'emporte.

Article 13

1. Les membres de la Cour sont élus pour neuf ans et ils sont rééligibles; toutefois, en ce qui concerne les juges nommés à la première élection de la Cour, les fonctions de cinq juges prendront fin au bout de trois ans, et celles de cinq autres juges prendront fin au bout de six ans.
2. Les juges dont les fonctions prendront fin au terme des périodes initiales de trois et six ans mentionnées ci-dessus seront désignés par tirage au sort effectué par le Secrétaire Général, immédiatement après qu'il aura été procédé à la première élection.
3. Les membres de la Cour restent en fonction jusqu'à leur remplacement. Après ce remplacement, ils continuent de connaître des affaires dont ils sont déjà saisis.

4. En cas de démission d'un membre de la Cour, la démission sera adressée au Président de la Cour, pour être transmise au Secrétaire Général. Cette dernière notification emporte vacance de siège.

Article 14

Il est pourvu aux sièges devenus vacants selon la méthode suivie pour la première élection, sous réserve de la disposition ci-après: dans le mois qui suivra la vacance, le Secrétaire Général procédera à l'invitation prescrite par l'article 5, et la date d'élection sera fixée par le Conseil de Sécurité.

Article 15

Le membre de la Cour élu en remplacement d'un membre dont le mandat n'est pas expiré achève le terme du mandat de son prédécesseur.

Article 16

1. Les membres de la Cour ne peuvent exercer aucune fonction politique ou administrative, ni se livrer à aucune autre occupation de caractère professionnel.

2. En cas de doute, la Cour décide.

Article 17

1. Les membres de la Cour ne peuvent exercer les fonctions d'agent, de conseil ou d'avocat dans aucune affaire.

2. Ils ne peuvent participer au règlement d'aucune affaire dans laquelle ils sont antérieurement intervenus comme agents, conseils ou avocats de l'une des parties, membres d'un tribunal national ou international, d'une commission d'enquête, ou à tout autre titre.

3. En cas de doute, la Cour décide.

Article 18

1. Les membres de la Cour ne peuvent être relevés de leurs fonctions que si, au jugement unanime des autres membres ils ont cessé de répondre aux conditions requises.

2. Le Secrétaire Général en est officiellement informé par le Greffier.

3. Cette communication emporte vacance de siège.

Article 19

Les membres de la Cour jouissent, dans l'exercice de leurs fonctions, des privilèges et immunités diplomatiques.

Article 20

Tout membre de la Cour doit, avant d'entrer en fonction, en séance publique, prendre l'engagement solennel d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

Article 21

1. La Cour nomme, pour trois ans, son Président et son Vice-Président; ils sont rééligibles.

2. Elle nomme son Greffier et peut pourvoir à la nomination de tels autres fonctionnaires qui seraient nécessaires.

Article 22

1. Le siège de la Cour est fixé à La Haye. La Cour peut toutefois siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'elle le juge désirable.

2. Le Président et le Greffier résident au siège de la Cour.

Article 23

1. La Cour reste toujours en fonction, excepté pendant les vacances judiciaires, dont les périodes et la durée sont fixées par la Cour.

2. Les membres de la Cour ont droit à des congés périodiques dont la date et la durée seront fixées par la Cour, en tenant compte de la distance qui sépare La Haye de leurs foyers.

3. Les membres de la Cour sont tenus, à moins de congé, d'empêchement pour cause de maladie ou autre motif grave dûment justifié auprès du Président, d'être à tout moment à la disposition de la Cour.

Article 24

1. Si, pour une raison spéciale, l'un des membres de la Cour estime devoir ne pas participer au jugement d'une affaire déterminée, il en fait part au Président.

2. Si le Président estime qu'un des membres de la Cour ne doit pas, pour une raison spéciale, siéger dans une affaire déterminée, il en avertit celui-ci.

3. Si, en pareils cas, le membre de la Cour et le Président sont en désaccord, la Cour décide.

Article 25

1. Sauf exception expressément prévue par le présent Statut, la Cour exerce ses attributions en séance plénière.

2. Sous la condition que le nombre des juges disponibles pour constituer la Cour ne soit pas réduit à moins de onze, le Règlement de la Cour pourra prévoir que, selon les circonstances et à tour de rôle, un ou plusieurs juges pourront être dispensés de siéger.

3. Le quorum de neuf est suffisant pour constituer la Cour.

Article 26

1. La Cour peut, à toute époque, constituer une ou plusieurs chambres composées de trois juges au moins selon ce qu'elle décidera, pour connaître de catégories déterminées d'affaires, par exemple d'affaires de travail et d'affaires concernant le transit et les communications.

2. La Cour peut, à toute époque, constituer une chambre pour connaître d'une affaire déterminée. Le nombre des juges de cette chambre sera fixé par la Cour avec l'assentiment des parties.

3. Les chambres prévues au présent article statueront, si les parties le demandent.

Article 27

Tout arrêt rendu par l'une des chambres prévues aux articles 26 et 29 sera considéré comme rendu par la Cour.

Article 28

Les chambres prévues aux articles 26 et 29 peuvent, avec le consentement des parties, siéger et exercer leurs fonctions ailleurs qu'à La Haye.

Article 29

En vue de la prompt expédition des affaires, la Cour compose annuellement une chambre de cinq juges, appelés à statuer en procédure sommaire lorsque les parties le demandent. Deux juges seront, en outre, désignés pour remplacer celui des juges qui se trouverait dans l'impossibilité de siéger.

Article 30

1. La Cour détermine par un règlement le mode suivant lequel elle exerce ses attributions. Elle règle notamment sa procédure.

2. Le Règlement de la Cour peut prévoir des assesseurs siégeant à la Cour ou dans ses chambres, sans droit de vote.

Article 31

1. Les juges de la nationalité de chacune des parties conservent le droit de siéger dans l'affaire dont la Cour est saisie.

2. Si la Cour compte sur le siège un juge de la nationalité d'une des parties, toute autre partie peut désigner une personne de son choix pour siéger en qualité de juge. Celle-ci devra être prise de préférence parmi les personnes qui ont été l'objet d'une présentation en conformité des articles 4 et 5.

3. Si la Cour ne compte sur le siège aucun juge de la nationalité des parties, chacune de ces parties peut procéder à la désignation d'un juge de la même manière qu'au paragraphe précédent.

4. Le présent article s'applique dans le cas des articles 26 et 29. En pareils cas, le Président priera un, ou, s'il y a lieu, deux des membres de la Cour composant la chambre, de céder leur place aux membres de la Cour de la nationalité des parties intéressées et, à défaut ou en cas d'empêchement, aux juges spécialement désignés par les parties.

5. Lorsque plusieurs parties font cause commune, elles ne comptent, pour l'application des dispositions qui précèdent, que pour une seule. En cas de doute, la Cour décide.

6. Les juges désignés, comme il est dit aux paragraphes 2, 3 et 4 du présent article, doivent satisfaire aux prescriptions des articles 2, 17, paragraphe 2, 20 et 24 du présent Statut. Ils participent à la décision dans des conditions de complète égalité avec leurs collègues.

Article 32

1. Les membres de la Cour reçoivent un traitement annuel.

2. Le Président reçoit une allocation annuelle spéciale.

3. Le Vice-Président reçoit une allocation spéciale pour chaque jour où il remplit les fonctions de Président.

4. Les juges désignés par application de l'article 31, autres que les membres de la Cour, reçoivent une indemnité pour chaque jour où ils exercent leurs fonctions.

5. Ces traitements, allocations et indemnités sont fixés par l'Assemblée Générale. Ils ne peuvent être diminués pendant la durée des fonctions.

6. Le traitement du Greffier est fixé par l'Assemblée Générale sur la proposition de la Cour.

7. Un règlement adopté par l'Assemblée Générale fixe les conditions dans lesquelles des pensions sont allouées aux membres de la Cour et au Greffier, ainsi que les conditions dans lesquelles les membres de la Cour et le Greffier reçoivent le remboursement de leurs frais de voyage.

8. Les traitements, allocations et indemnités sont exempts de tout impôt.

Article 33

Les frais de la Cour sont supportés par les Nations Unies de la manière que l'Assemblée Générale décide.

CHAPITRE II COMPETENCE DE LA COUR

Article 34

1. Seuls les Etats ont qualité pour se présenter devant la Cour.

2. La Cour, dans les conditions prescrites par son Règlement, pourra demander aux organisations internationales publiques des renseignements relatifs aux affaires portées devant elle, et recevra également les dits renseignements qui lui seraient présentés par ces organisations de leur propre initiative.

3. Lorsque l'interprétation de l'acte constitutif d'une organisation internationale publique ou celle d'une convention internationale adoptée en vertu de cet acte est mise en question dans une affaire soumise à la Cour, le Greffier en avise cette organisation et lui communique toute la procédure écrite.

Article 35

1. La Cour est ouverte aux Etats parties au présent Statut.

2. Les conditions auxquelles elle est ouverte aux autres Etats sont, sous réserve des dispositions particulières des traités en vigueur, réglées par le Conseil de Sécurité, et, dans tous les cas, sans qu'il puisse en résulter pour les parties aucune inégalité devant la Cour.

3. Lorsqu'un Etat, qui n'est pas Membre des Nations Unies, est partie en cause, la Cour fixera la contribution aux frais de la Cour que cette partie devra supporter. Toutefois, cette disposition ne s'appliquera pas, si cet Etat participe aux dépenses de la Cour.

Article 36

1. La compétence de la Cour s'étend à toutes les affaires que les parties lui soumettront, ainsi qu'à tous les cas spécialement prévus dans la Charte des Nations Unies ou dans les traités et conventions en vigueur.

2. Les Etats parties au présent Statut, pourront, à n'importe quel moment, déclarer reconnaître comme obligatoire de plein droit et sans convention spéciale, à l'égard de tout autre Etat acceptant la même obligation, la juridiction de la Cour sur tous les différends d'ordre juridique ayant pour objet:

a. l'interprétation d'un traité;

b. tout point de droit international;

c. la réalité de tout fait qui, s'il était établi, constituerait la violation d'un engagement international;

d. la nature ou l'étendue de la réparation due pour la rupture d'un engagement international.

3. Les déclarations ci-dessus visées pourront être faites purement et simplement ou sous condition de réciprocité de la part de plusieurs ou de certains Etats, ou pour un délai déterminé.

4. Ces déclarations seront remises au Secrétaire Général des Nations Unies qui en transmettra copie aux parties au présent Statut ainsi qu'au Greffier de la Cour.

5. Les déclarations faites en application de l'article 36 du Statut de la Cour Permanente de Justice Internationale pour une durée qui n'est pas encore expirée seront considérées, dans les rapports entre parties au présent Statut, comme comportant acceptation de la juridiction obligatoire de la Cour Internationale de Justice pour la durée restant à courir d'après ces déclarations et conformément à leurs termes.

6. En cas de contestation sur le point de savoir si la Cour est compétente, la Cour décide.

Article 37

Lorsqu'un traité ou une convention en vigueur prévoit le renvoi à une juridiction que devait instituer la Société des Nations ou à la Cour Permanente de Justice Internationale, la Cour Internationale de Justice constituera cette juridiction entre les parties au présent Statut.

Article 38

1. La Cour, dont la mission est de régler conformément au droit international les différends qui lui sont soumis, applique:

a. les conventions internationales, soit générales, soit spéciales, établissant des règles expressément reconnues par les Etats en litige;

b. la coutume internationale comme preuve d'une pratique générale acceptée comme étant le droit;

c. les principes généraux de droit reconnus par les nations civilisées;

d. sous réserve de la disposition de l'article 59, les décisions judiciaires et la doctrine des publicistes les plus qualifiés des différentes nations, comme moyen auxiliaire de détermination des règles de droit.

2. La présente disposition ne porte pas atteinte à la faculté pour la Cour, si les parties sont d'accord, de statuer *ex aequo et bono*.

CHAPITRE III PROCEDURE

Article 39

1. Les langues officielles de la Cour sont le français et l'anglais. Si les parties sont d'accord pour que toute la procédure ait lieu en français, le jugement sera prononcé en cette langue. Si les parties sont d'accord pour que toute la procédure ait lieu en anglais, le jugement sera prononcé en cette langue.

2. A défaut d'un accord fixant la langue dont il sera fait usage, les parties pourront employer pour les plaidoiries celle des deux langues

qu'elles préféreront, et l'arrêt de la Cour sera rendu en français et en anglais. En ce cas, la Cour désignera en même temps celui des deux textes qui fera foi.

3. La Cour, à la demande de toute partie, autorisera l'emploi par cette partie d'une langue autre que le français ou l'anglais.

Article 40

1. Les affaires sont portées devant la Cour, selon le cas, soit par notification du compromis, soit par une requête, adressées au Greffier; dans les deux cas, l'objet du différend et les parties doivent être indiqués.

2. Le Greffier donne immédiatement communication de la requête à tous intéressés.

3. Il en informe également les Membres des Nations Unies par l'entremise du Secrétaire Général, ainsi que les autres Etats admis à ester en justice devant la Cour.

Article 41

1. La Cour a le pouvoir d'indiquer, si elle estime que les circonstances l'exigent, quelles mesures conservatoires du droit de chacun doivent être prises à titre provisoire.

2. En attendant l'arrêt définitif, l'indication de ces mesures est immédiatement notifiée aux parties et au Conseil de Sécurité.

Article 42

1. Les parties sont représentées par des agents.

2. Elles peuvent se faire assister devant la Cour par des conseils ou des avocats.

3. Les agents, conseils et avocats des parties devant la Cour jouiront des privilèges et immunités nécessaires à l'exercice indépendant de leurs fonctions.

Article 43

1. La procédure a deux phases: l'une écrite, l'autre orale.

2. La procédure écrite comprend la communication à juge et à partie des mémoires, des contre-mémoires, et éventuellement, des répliques, ainsi que de toute pièce et document à l'appui.

3. La communication se fait par l'entremise du Greffier dans l'ordre et les délais déterminés par la Cour.

4. Toute pièce produite par l'une des parties doit être communiquée à l'autre en copie certifiée conforme.

5. La procédure orale consiste dans l'audition par la Cour des témoins, experts, agents, conseils et avocats.

Article 44

1. Pour toute notification à faire à d'autres personnes que les agents, conseils et avocats, la Cour s'adresse directement au gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel la notification doit produire effet.

2. Il en est de même s'il s'agit de faire procéder sur place à l'établissement de tous moyens de preuve.

Article 45

Les débats sont dirigés par le Président et, à défaut de celui-ci, par le Vice-Président; en cas d'empêchement, par le plus ancien des juges présents.

Article 46

L'audience est publique, à moins qu'il n'en soit autrement décidé par la Cour ou que les deux parties ne demandent que le public ne soit pas admis.

Article 47

1. Il est tenu de chaque audience un procès-verbal signé par le Greffier et le Président.

2. Ce procès-verbal a seul caractère authentique.

Article 48

La Cour rend des ordonnances pour la direction du procès, la détermination des formes et délais dans lesquels chaque partie doit finalement conclure; elle prend toutes les mesures que comporte l'administration des preuves.

Article 49

La Cour peut, même avant tout débat, demander aux agents de produire tout document et de fournir toutes explications. En cas de refus, elle en prend acte.

Article 50

A tout moment, la Cour peut confier une enquête ou une expertise à toute personne, corps, bureau, commission ou organe de son choix.

Article 51

Au cours des débats, toutes questions utiles sont posées aux témoins et experts dans les conditions que fixera la Cour dans le règlement visé à l'article 30.

Article 52

Après avoir reçu les preuves et témoignages dans les délais déterminés par elle, la Cour peut écarter toutes dépositions ou documents nouveaux qu'une des parties voudrait lui présenter sans l'assentiment de l'autre.

Article 53

1. Lorsqu'une des parties ne se présente pas, ou s'abstient de faire valoir ses moyens, l'autre partie peut demander à la Cour de lui adjuger ses conclusions.

2. La Cour, avant d'y faire droit, doit s'assurer non seulement qu'elle a compétence aux termes des articles 36 et 37, mais que les conclusions sont fondées en fait et en droit.

Article 54

1. Quand les agents, conseils et avocats ont fait valoir, sous le contrôle de la Cour, tous les moyens qu'ils jugent utiles, le Président prononce la clôture des débats.

2. La Cour se retire en Chambre du Conseil pour délibérer.

3. Les délibérations de la Cour sont et restent secrètes.

Article 55

1. Les décisions de la Cour sont prises à la majorité des juges présents.

2. En cas de partage des voix, la voix du Président ou de celui qui le remplace est prépondérante.

Article 56

1. L'arrêt est motivé.

2. Il mentionne les noms des juges qui y ont pris part.

Article 57

Si l'arrêt n'exprime pas en tout ou en partie l'opinion unanime des juges, tout juge aura le droit d'y joindre l'exposé de son opinion individuelle.

Article 58

L'arrêt est signé par le Président et par le Greffier. Il est lu en séance publique, les agents dûment prévenus.

Article 59

La décision de la Cour n'est obligatoire que pour les parties en litige et dans le cas qui a été décidé.

Article 60

L'arrêt est définitif et sans recours. En cas de contestation sur le sens et la portée de l'arrêt, il appartient à la Cour de l'interpréter, à la demande de toute partie.

Article 61

1. La révision de l'arrêt ne peut être éventuellement demandée à la Cour qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de l'arrêt, était inconnu de la Cour et de la partie qui demande la révision, sans qu'il y ait, de sa part, faute à l'ignorer.

2. La procédure de révision s'ouvre par un arrêt de la Cour constatant expressément l'existence du fait nouveau, lui reconnaissant les caractères qui donnent ouverture à la révision, et déclarant de ce chef la demande recevable.

3. La Cour peut subordonner l'ouverture de la procédure en révision à l'exécution préalable de l'arrêt.

4. La demande en révision devra être formée au plus tard dans le délai de six mois après la découverte du fait nouveau.

5. Aucune demande de révision ne pourra être formée après l'expiration d'un délai de dix ans à dater de l'arrêt.

Article 62

1. Lorsqu'un Etat estime que, dans un différend, un intérêt d'ordre juridique est pour lui en cause, il peut adresser à la Cour une requête, à fin d'intervention.

2. La Cour décide.

Article 63

1. Lorsqu'il s'agit de l'interprétation d'une convention à laquelle ont participé d'autres Etats que les parties en litige, le Greffier les avertit sans délai.

2. Chacun d'eux a le droit d'intervenir au procès, et s'il exerce cette faculté, l'interprétation contenue dans la sentence est également obligatoire à son égard.

Article 64

S'il n'en est autrement décidé par la Cour, chaque partie supporte ses frais de procédure.

CHAPITRE IV AVIS CONSULTATIFS

Article 65

1. La Cour peut donner un avis consultatif sur toute question juridique, à la demande de tout organe ou institution qui aura été autorisé par la Charte des Nations Unies ou conformément à ses dispositions, à demander cet avis.

2. Les questions sur lesquelles l'avis consultatif de la Cour est demandé sont exposées à la Cour par une requête écrite qui formule, en termes précis, la question sur laquelle l'avis de la Cour est demandé. Il y est joint tout document pouvant servir à élucider la question.

Article 66

1. Le Greffier notifie immédiatement la requête demandant l'avis consultatif à tous les Etats admis à ester en justice devant la Cour.

2. En outre, à tout Etat admis à ester devant la Cour et à toute organisation internationale jugés, par la Cour ou par le Président si elle ne siège pas, susceptibles de fournir des renseignements sur la question, le Greffier fait connaître, par communication spéciale et directe, que la Cour est disposée à recevoir des exposés écrits dans un délai à fixer par le Président, ou à entendre des exposés oraux au cours d'une audience publique tenue à cet effet.

3. Si un de ces Etats, n'ayant pas été l'objet de la communication spéciale visée au paragraphe 2 du présent article, exprime le désir de soumettre un exposé écrit ou d'être entendu, la Cour statue.

4. Les Etats ou organisations qui ont présenté des exposés écrits ou oraux sont admis à discuter les exposés faits par d'autres Etats et organisations dans les formes, mesures et délais fixés, dans chaque cas d'espèce, par la Cour ou, si elle ne siège pas, par le Président. A cet effet, le Greffier communique, en temps voulu, les exposés écrits aux Etats ou organisations qui en ont eux-mêmes présenté.

Article 67

La Cour prononcera ses avis consultatifs en audience publique, le Secrétaire Général et les représentants des Membres des Nations Unies, des autres Etats et des organisations internationales directement intéressés étant prévenus.

Article 68

Dans l'exercice de ses attributions consultatives, la Cour s'inspirera en outre des dispositions du présent Statut qui s'appliquent en matière contentieuse, dans la mesure où elle les reconnaîtra applicables.

CHAPITRE V AMENDEMENTS

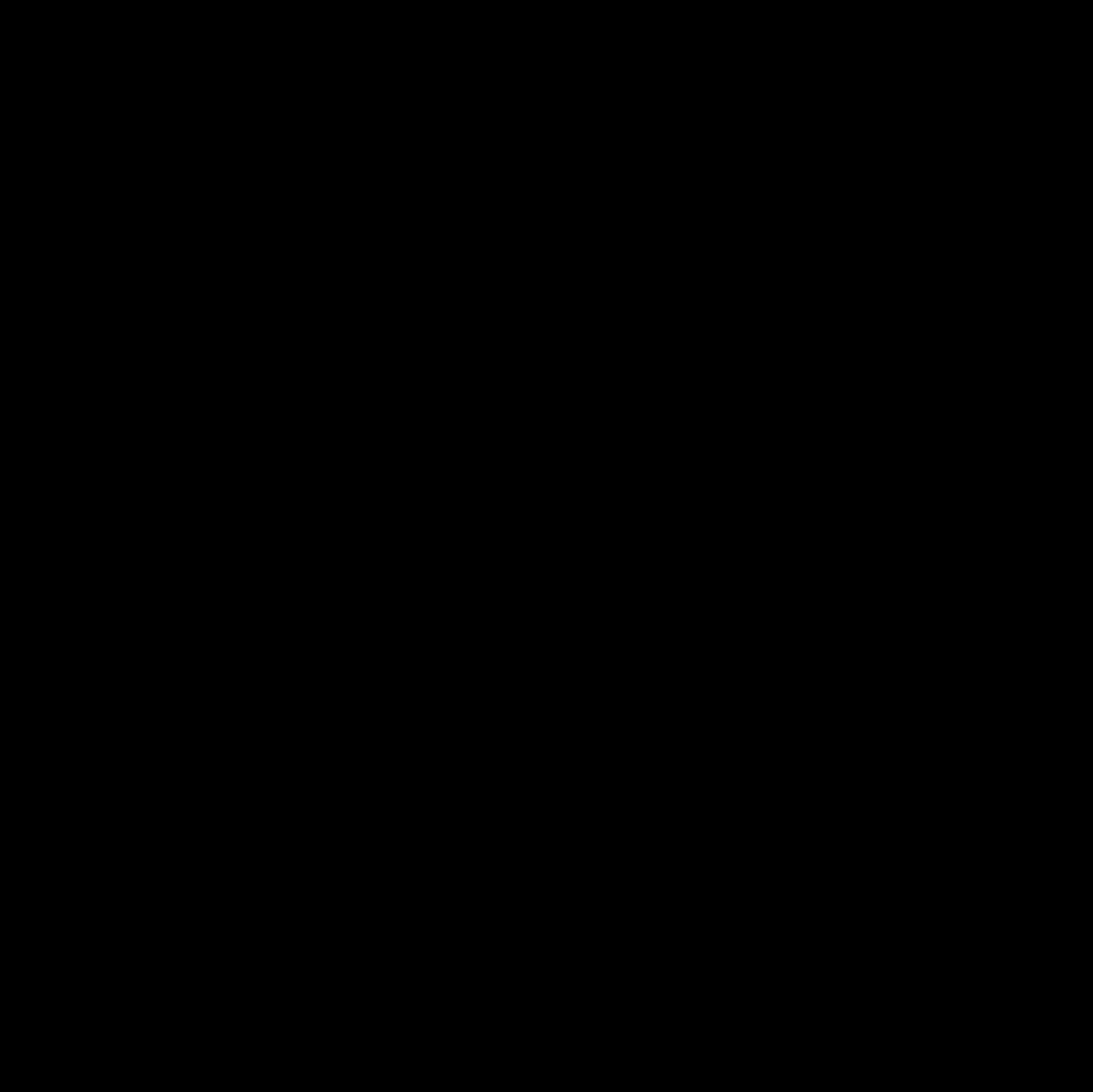
Article 69

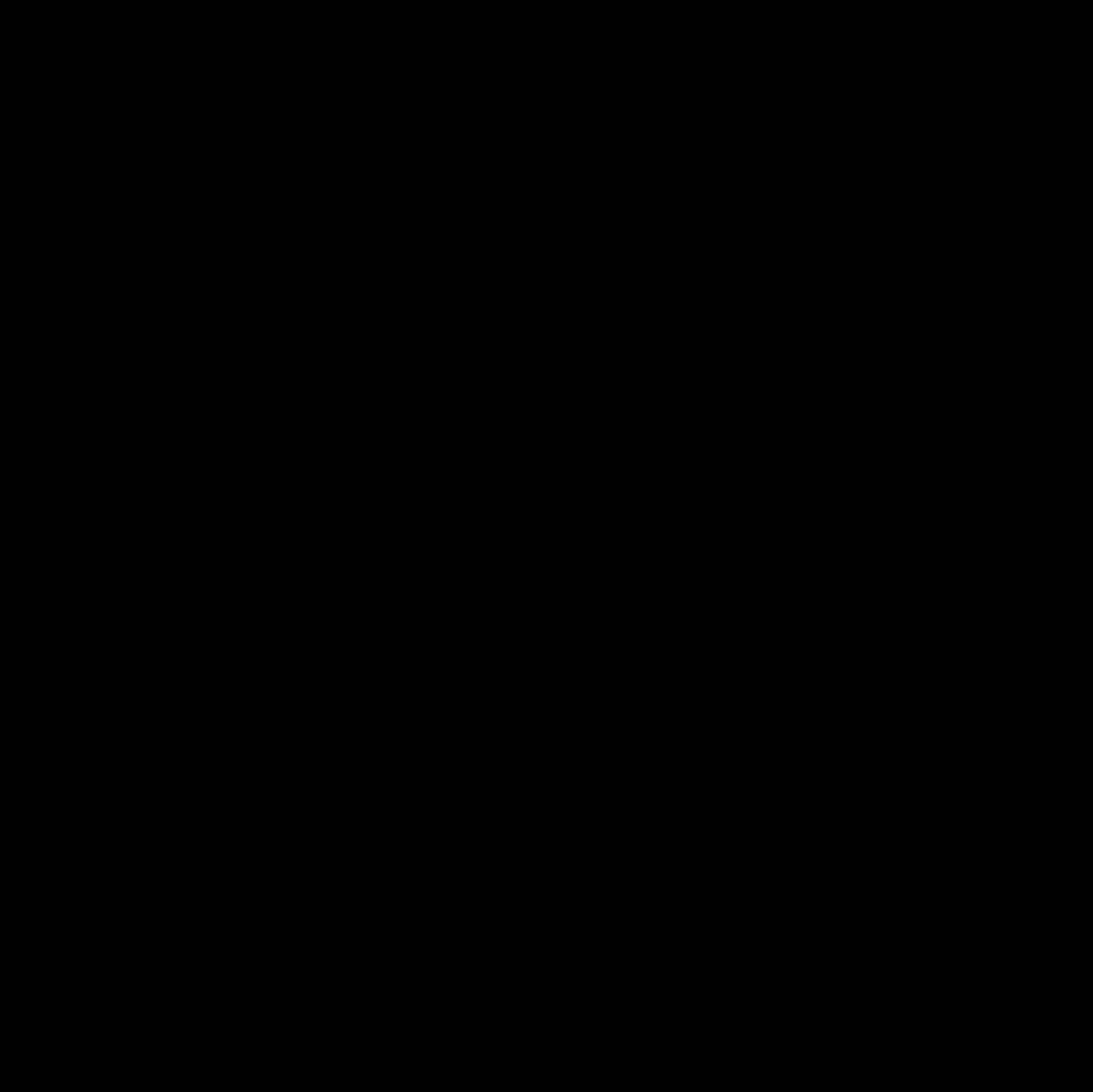
Les amendements au présent Statut seront effectués par la même procédure que celle prévue pour les amendements à la Charte des Nations Unies, sous réserve des dispositions qu'adopterait l'Assemblée Générale, sur la recommandation du Conseil de Sécurité, pour régler la participation à cette procédure des Etats qui, tout en ayant accepté le présent Statut de la Cour, ne sont pas Membres des Nations Unies.

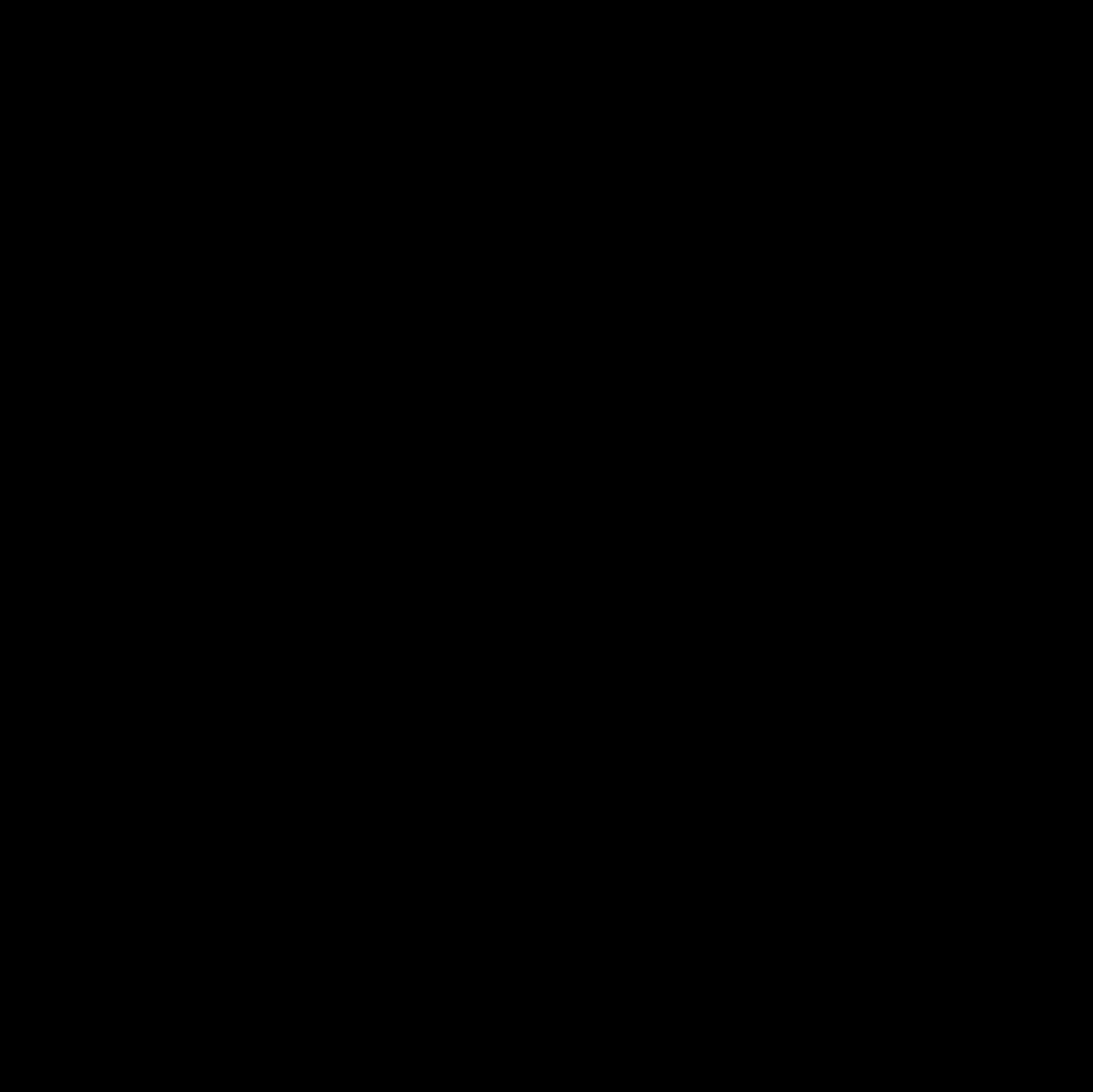
Article 70

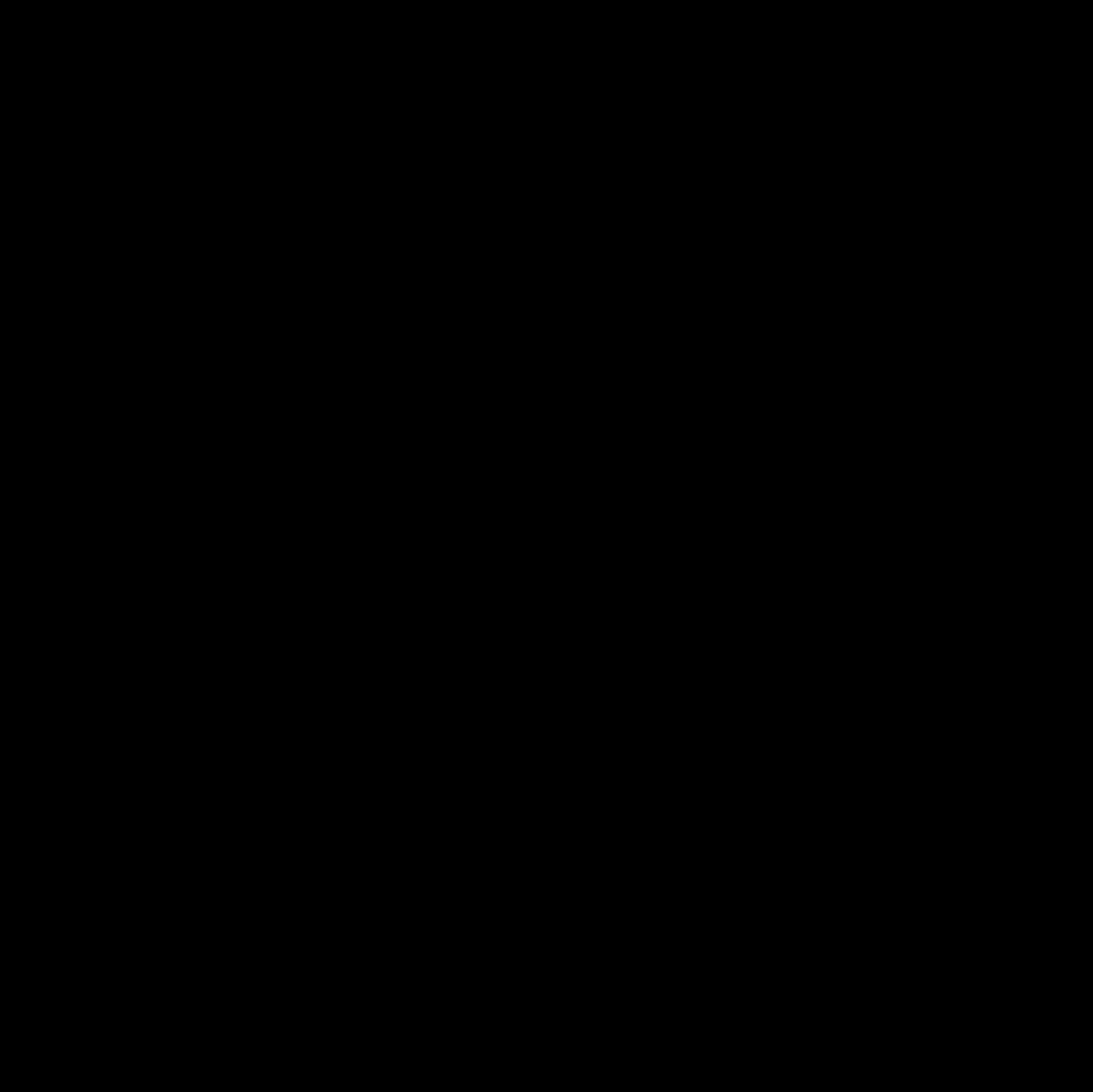
La Cour pourra proposer les amendements qu'elle jugera nécessaire d'apporter au présent Statut, par la voie de communications écrites adressées au Secrétaire Général, aux fins d'examen conformément aux dispositions de l'article 69.

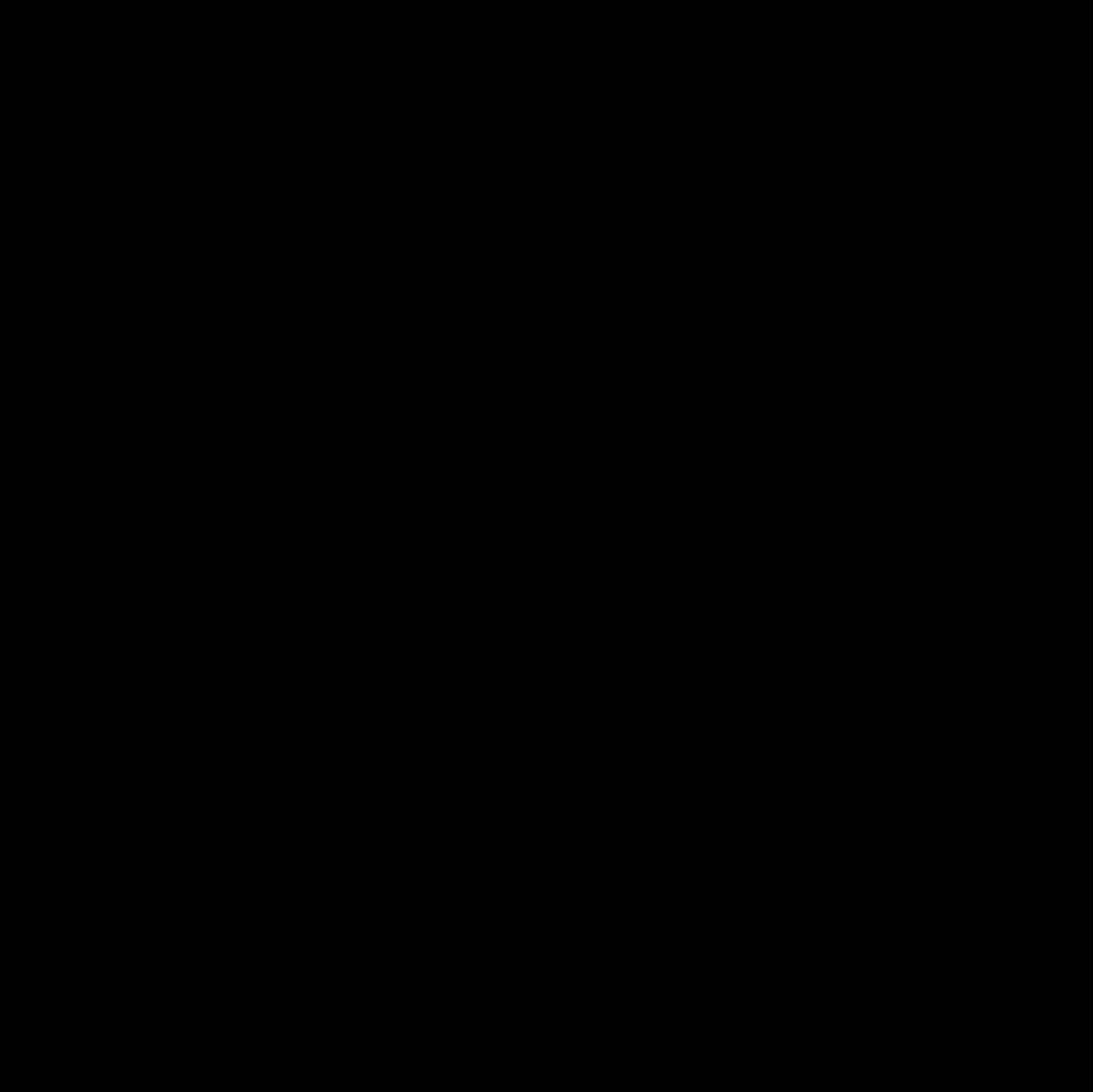


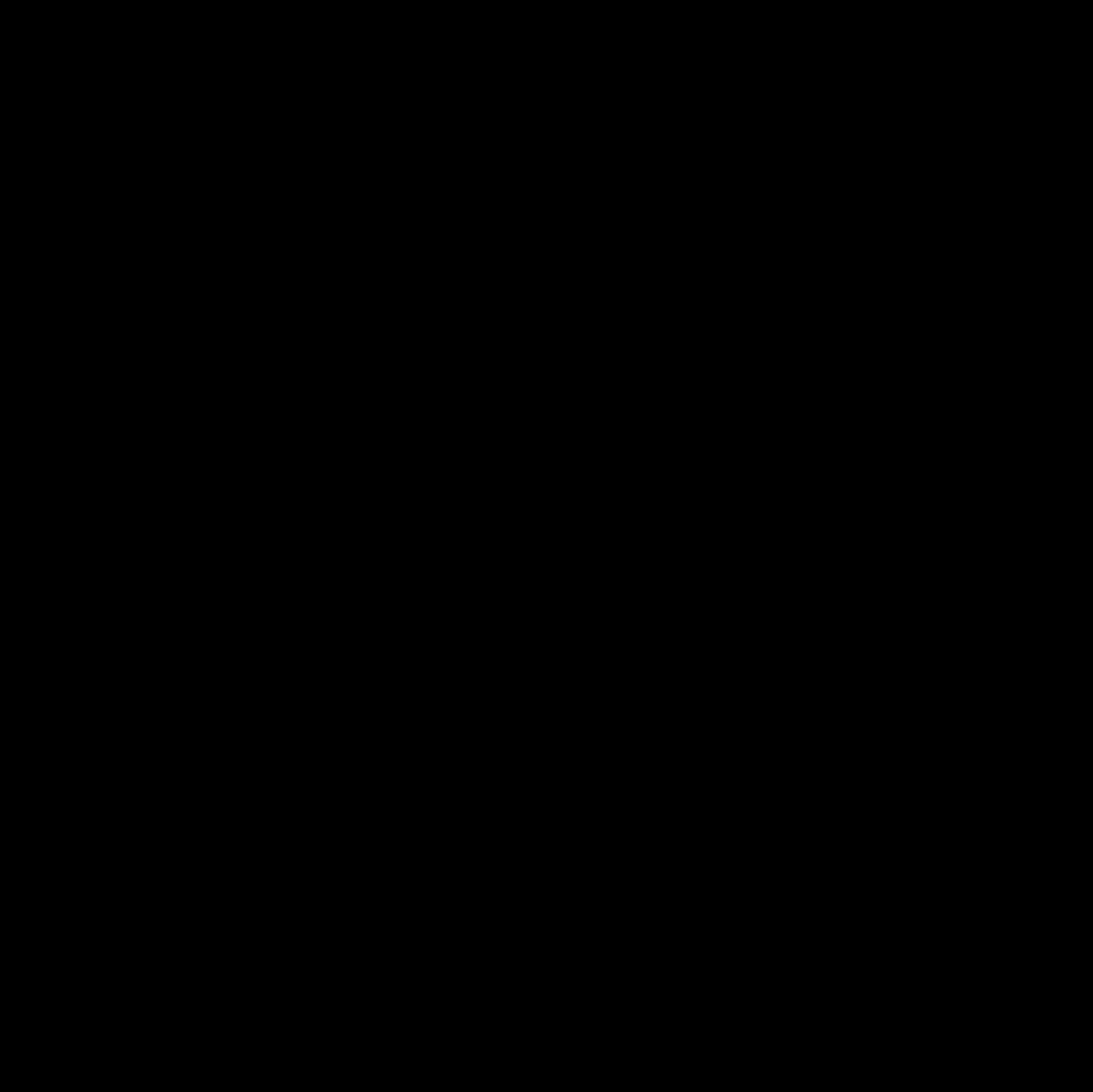


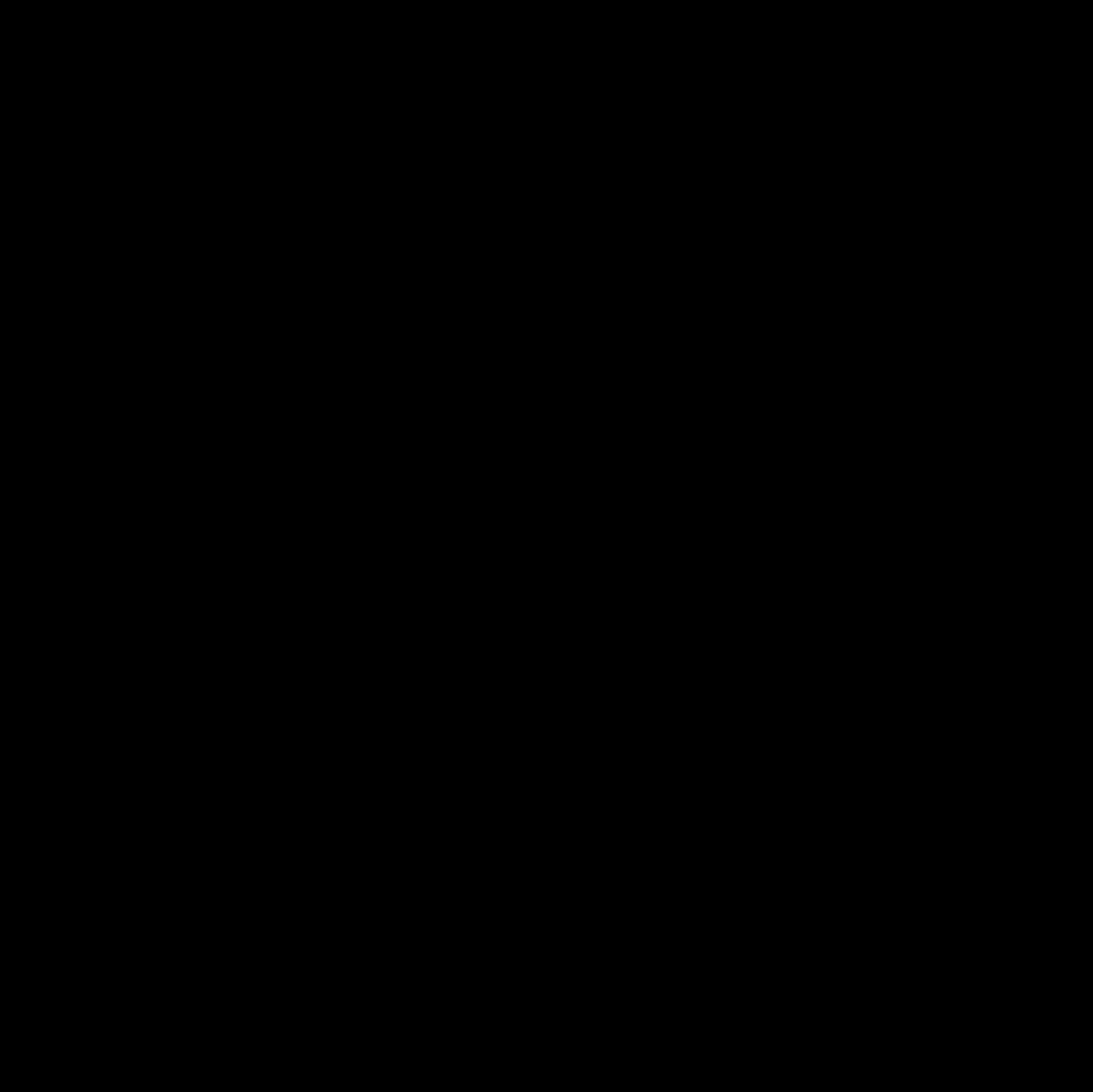




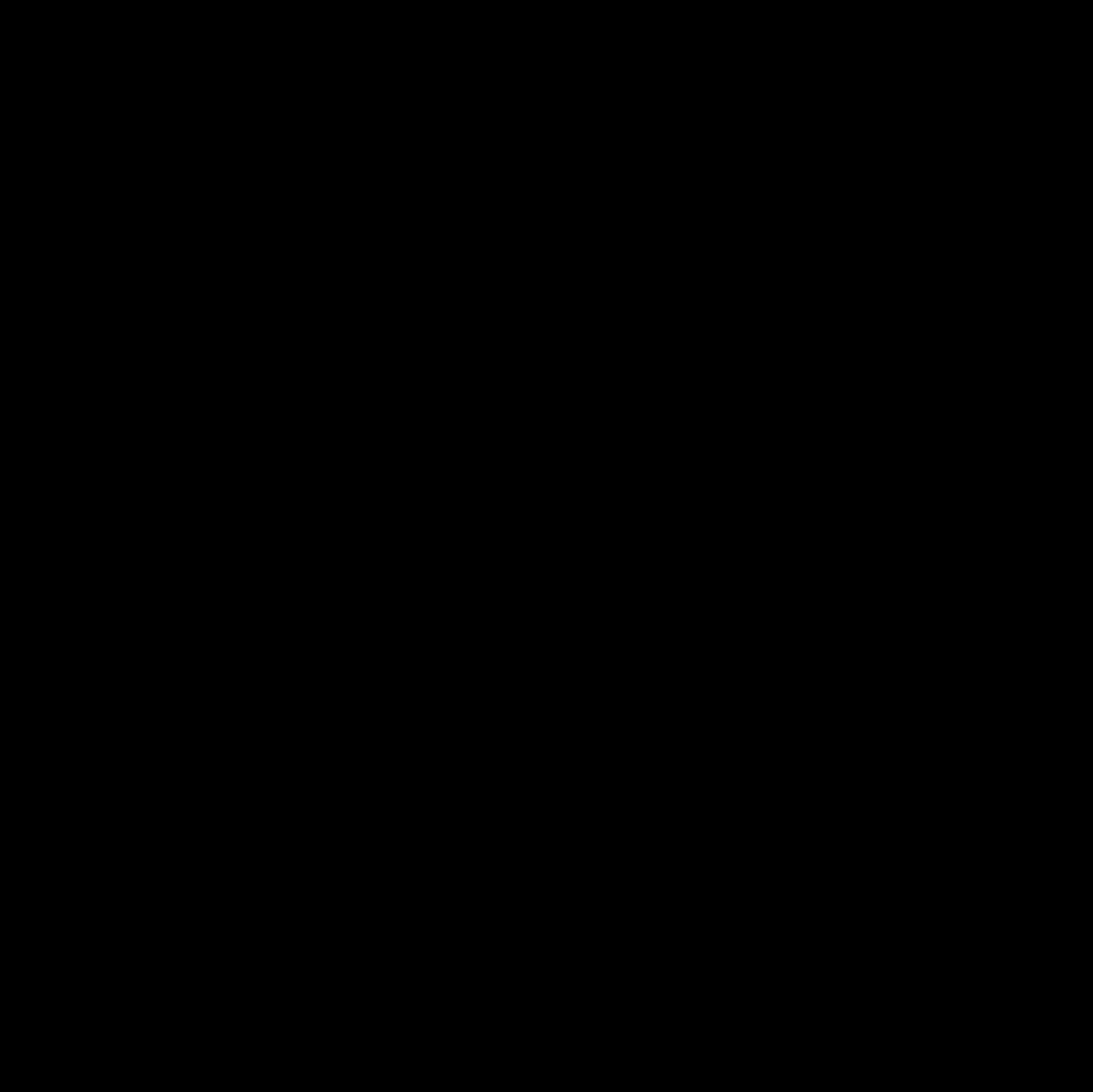


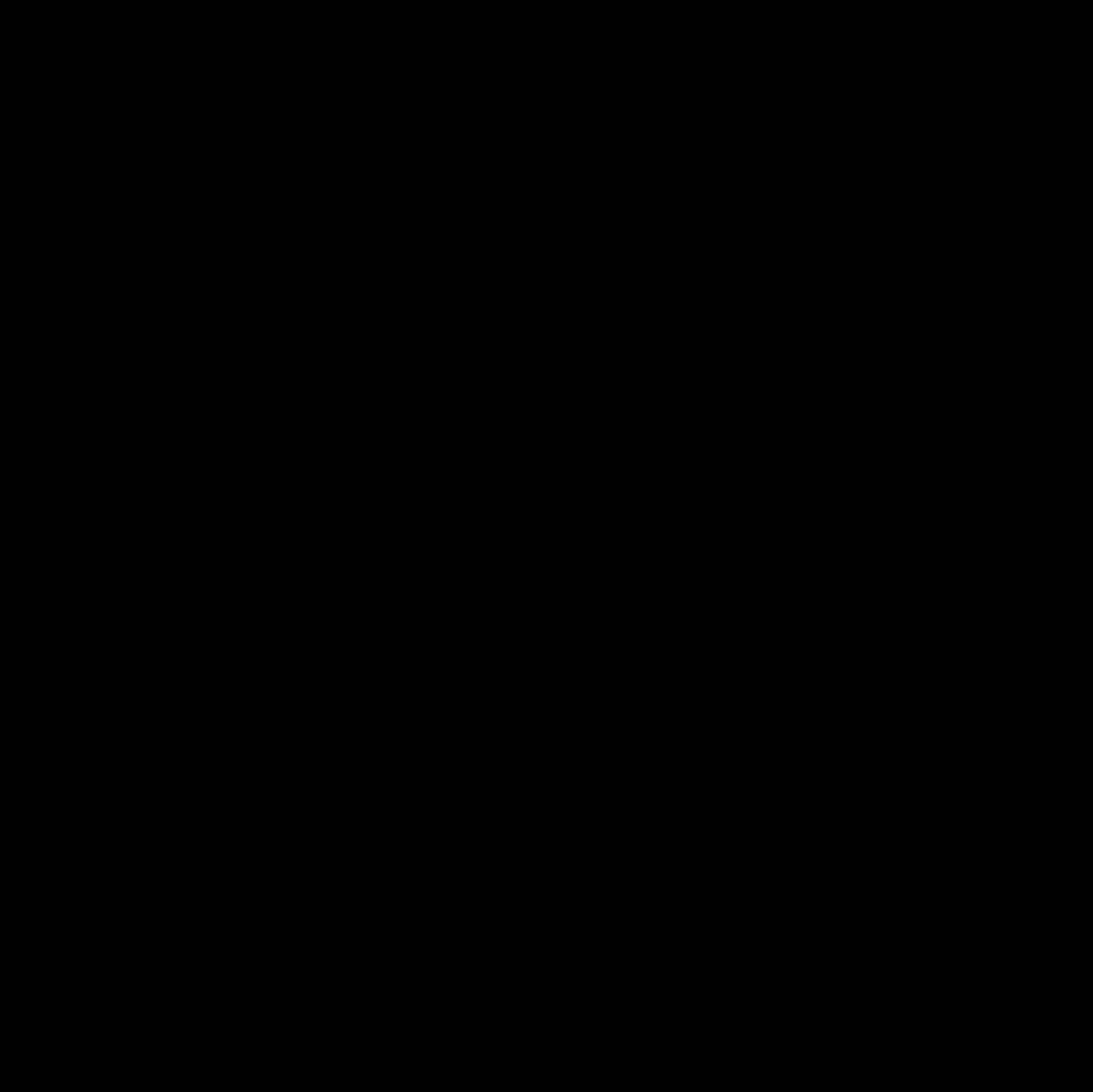


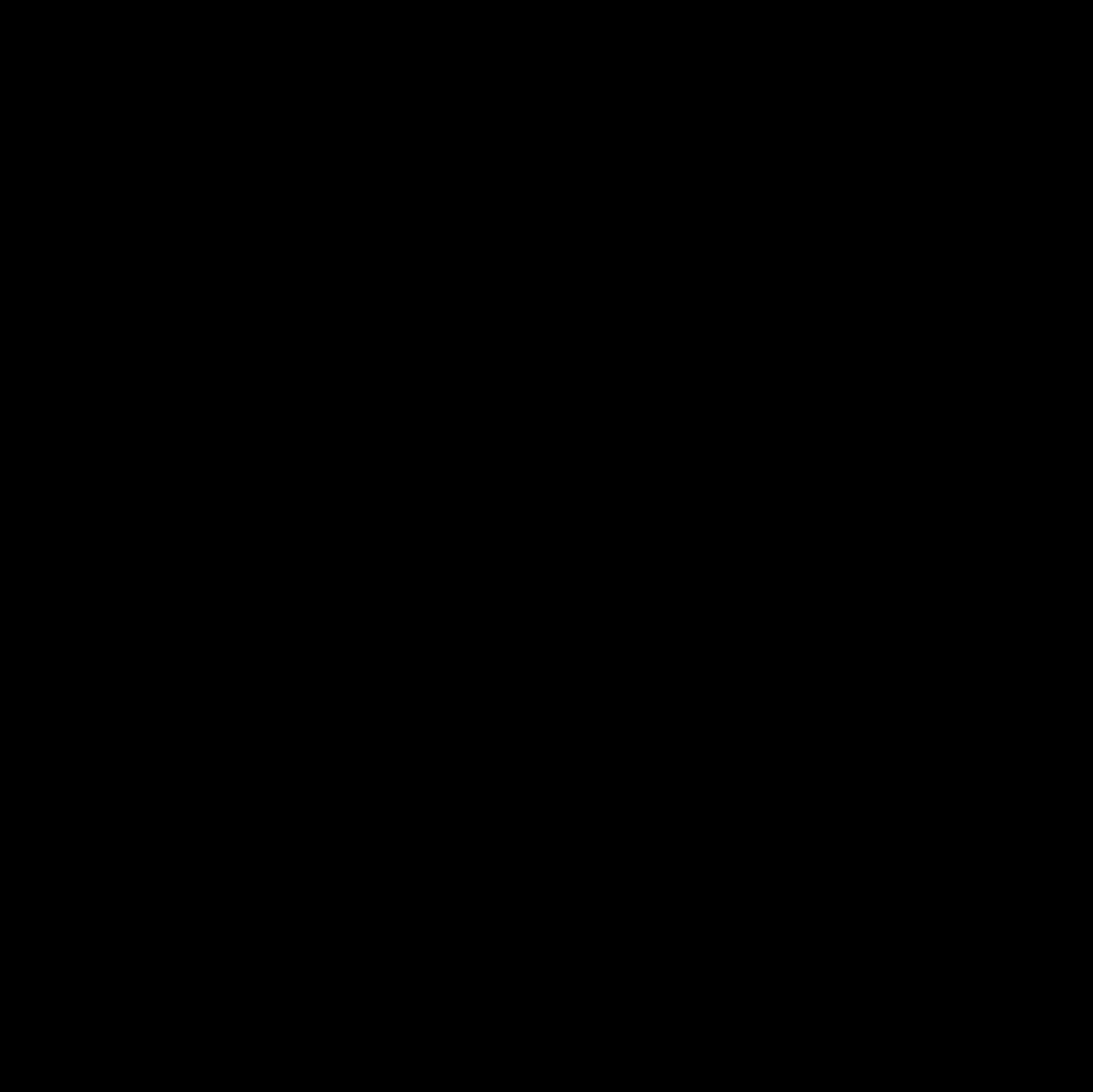




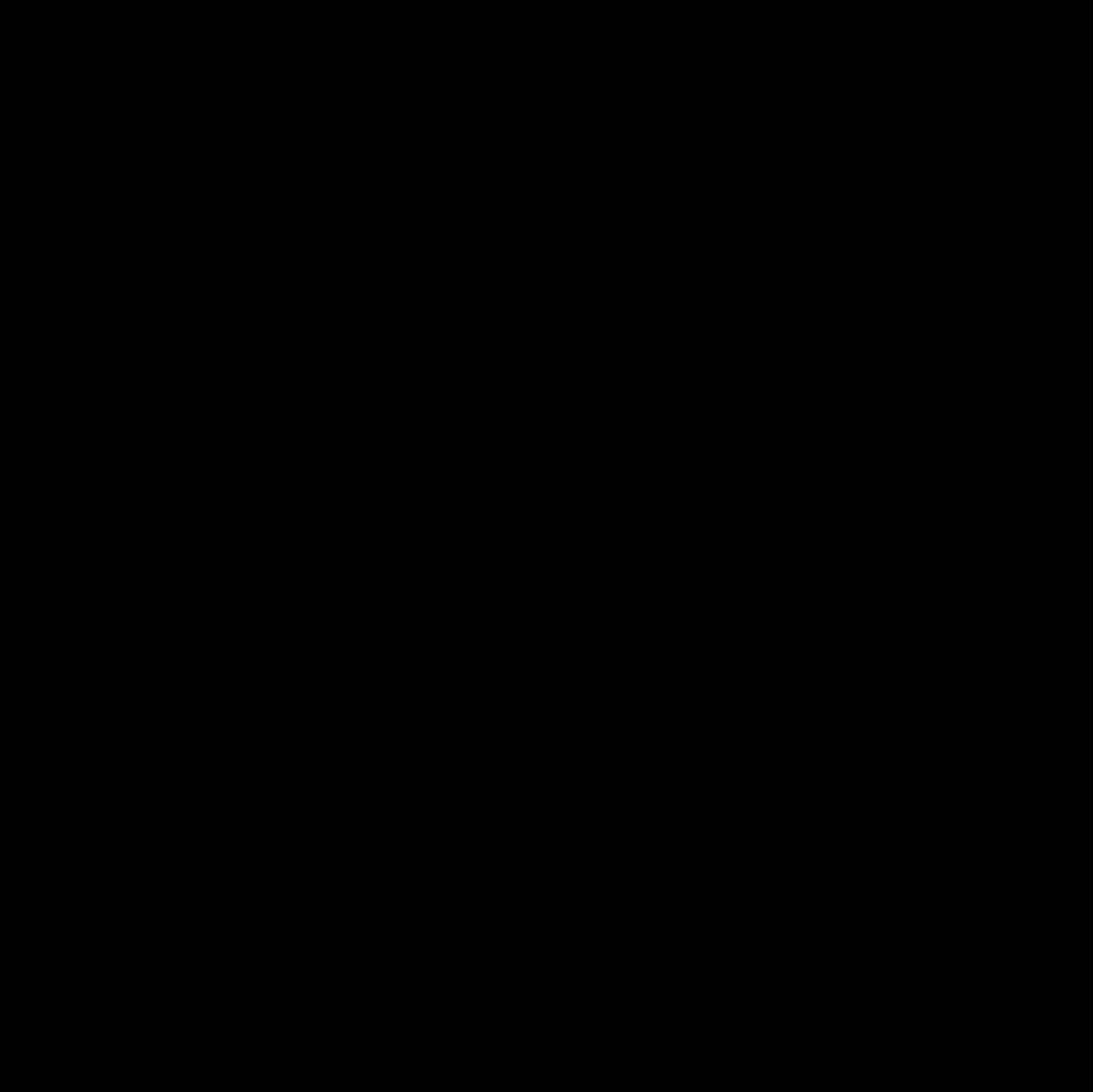


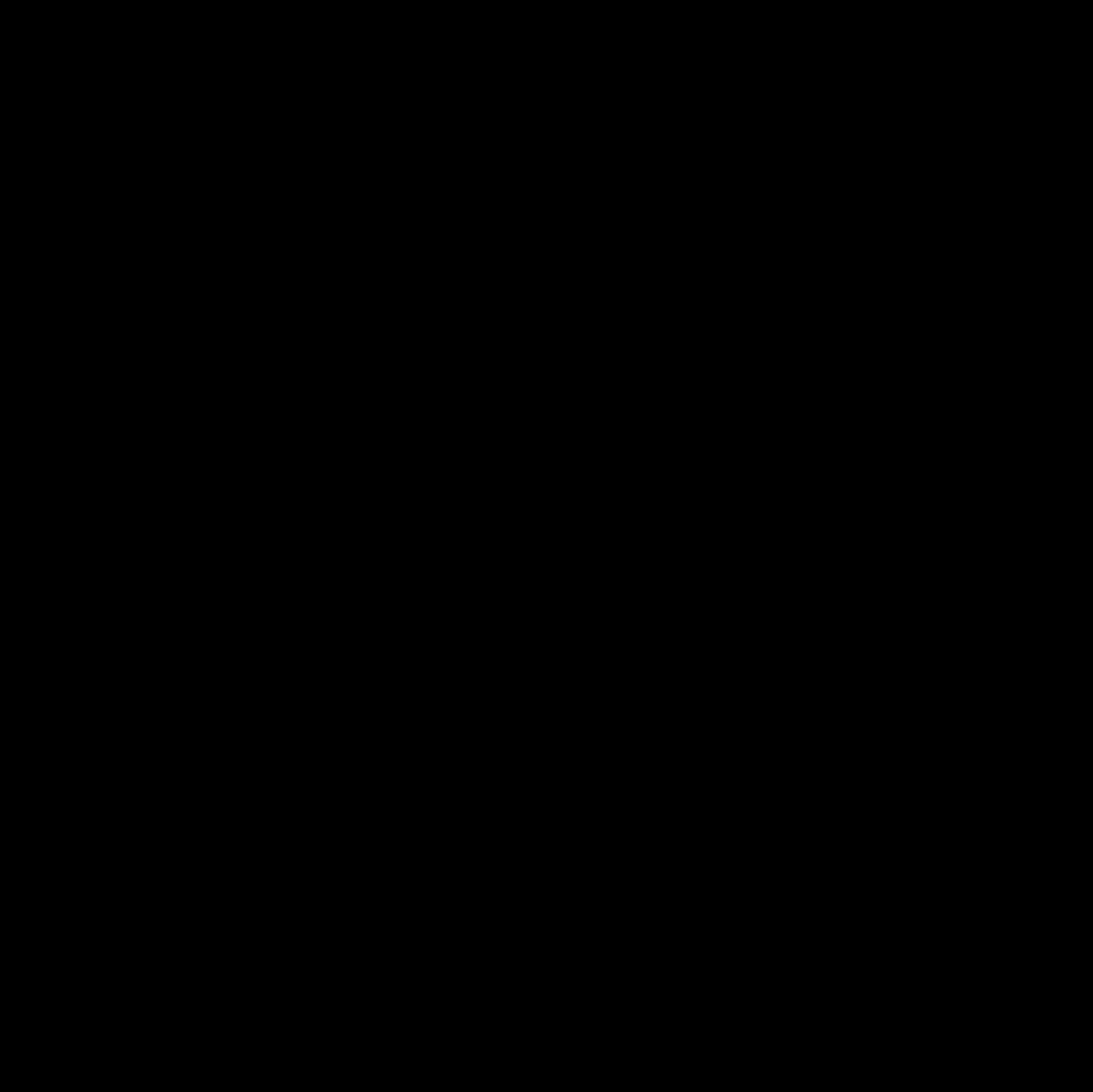


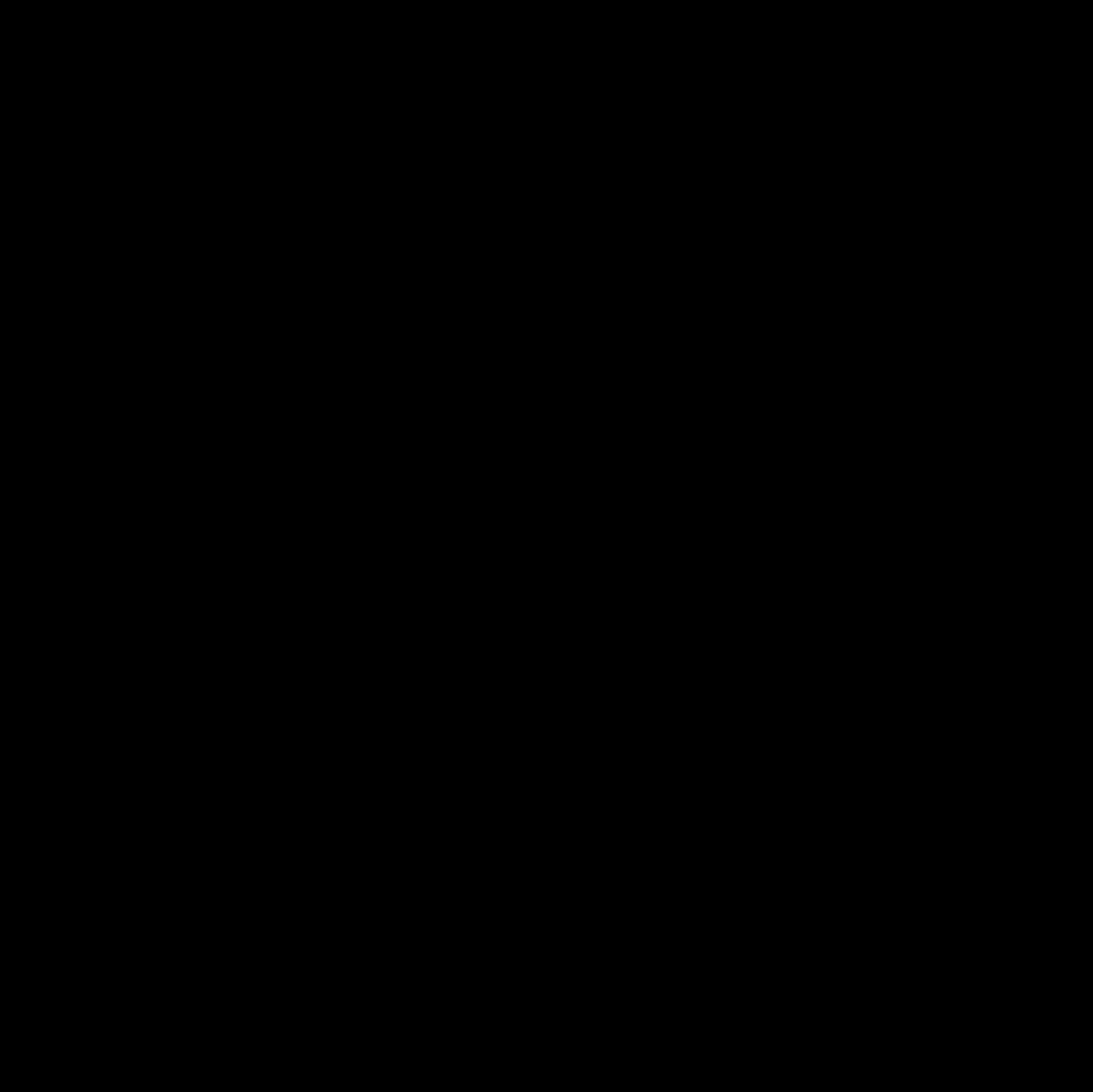




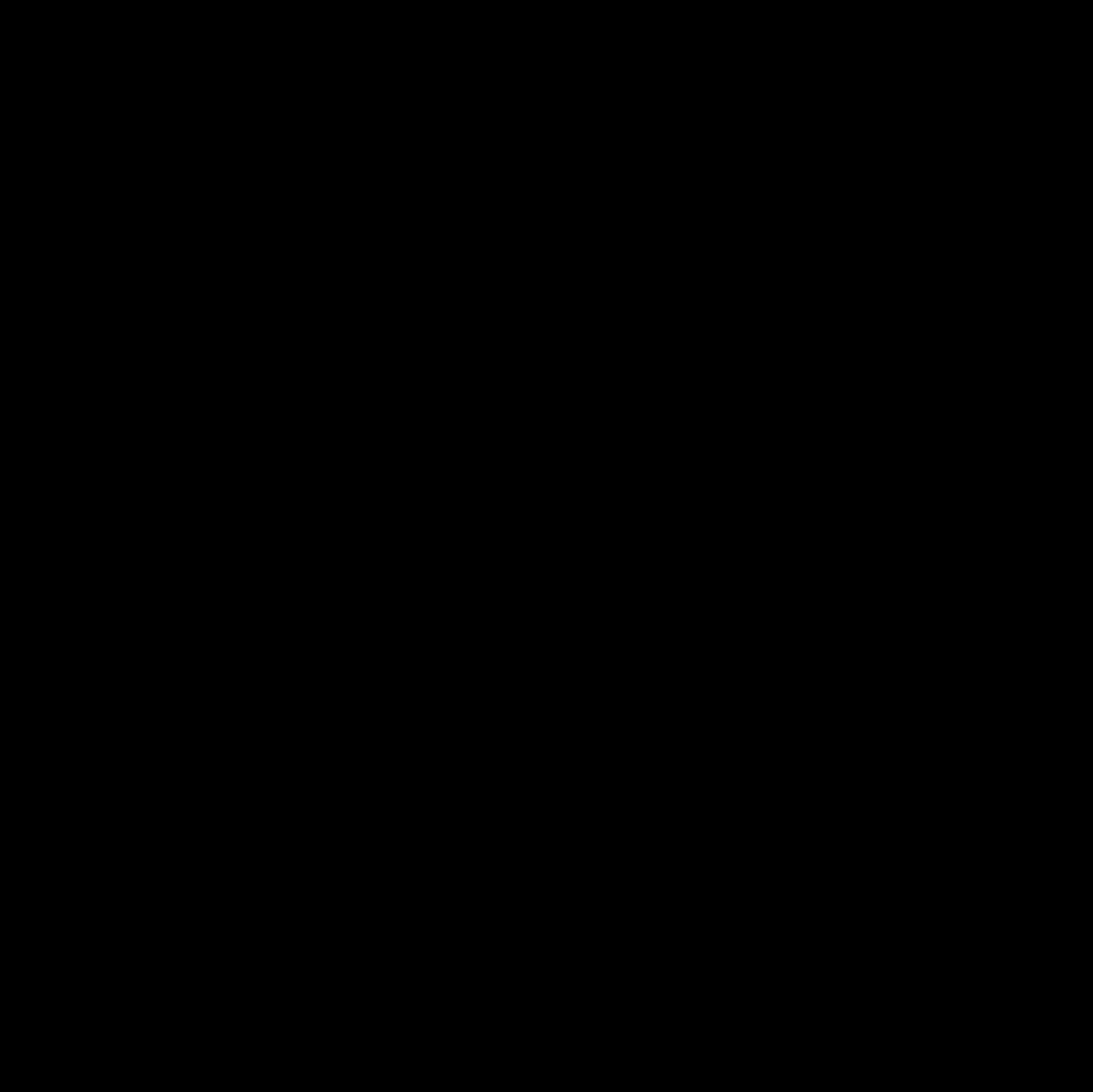


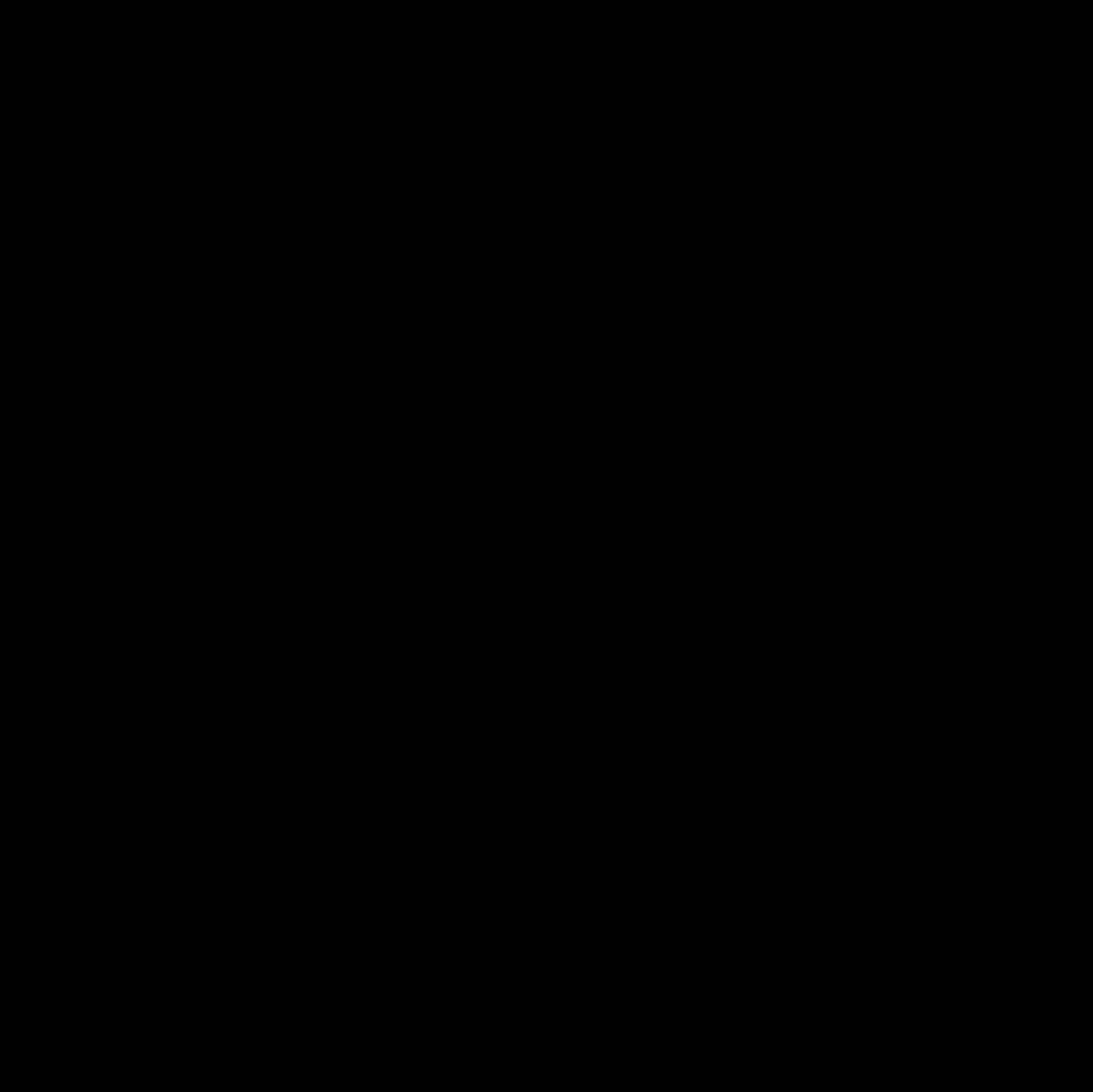


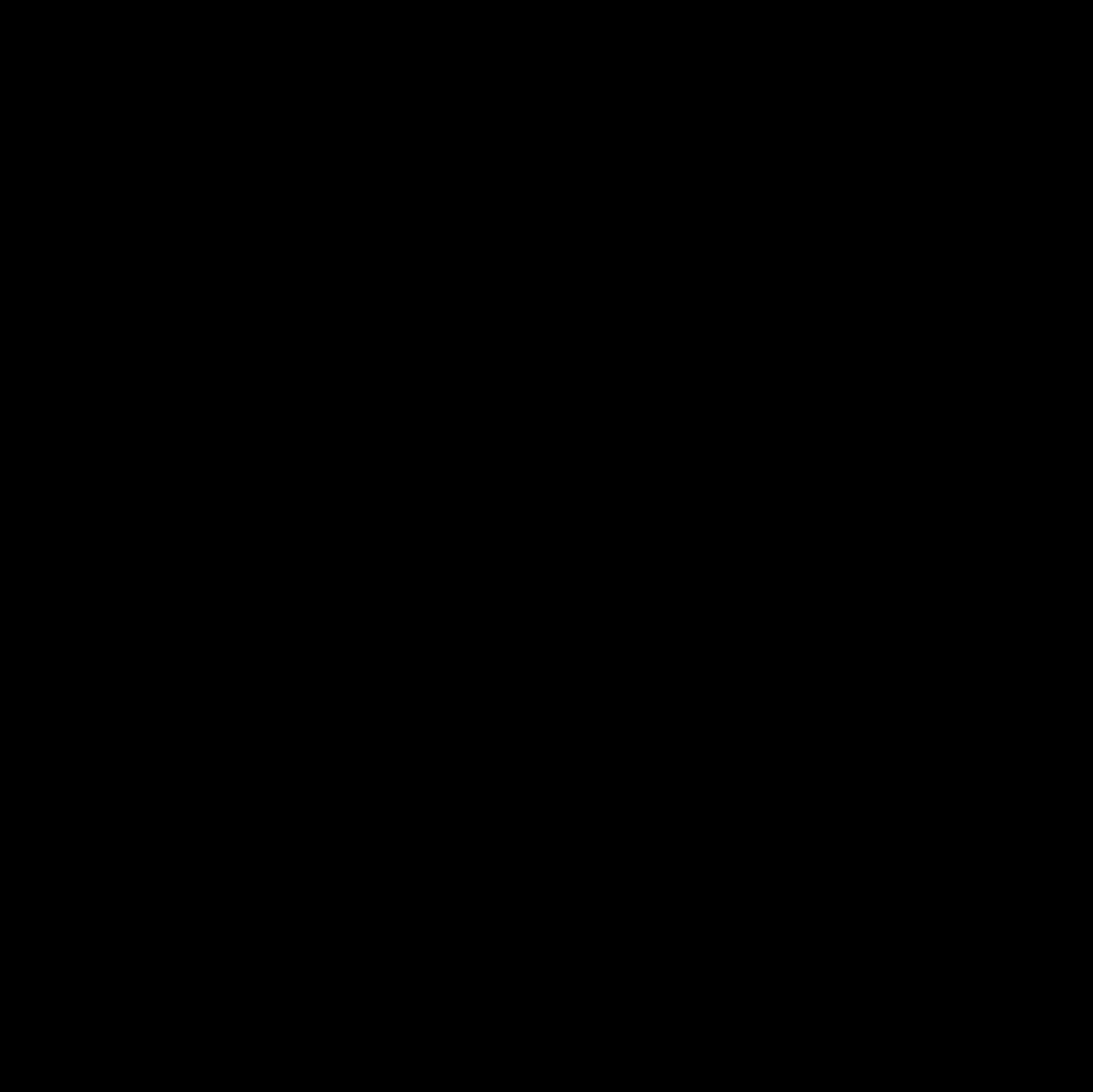


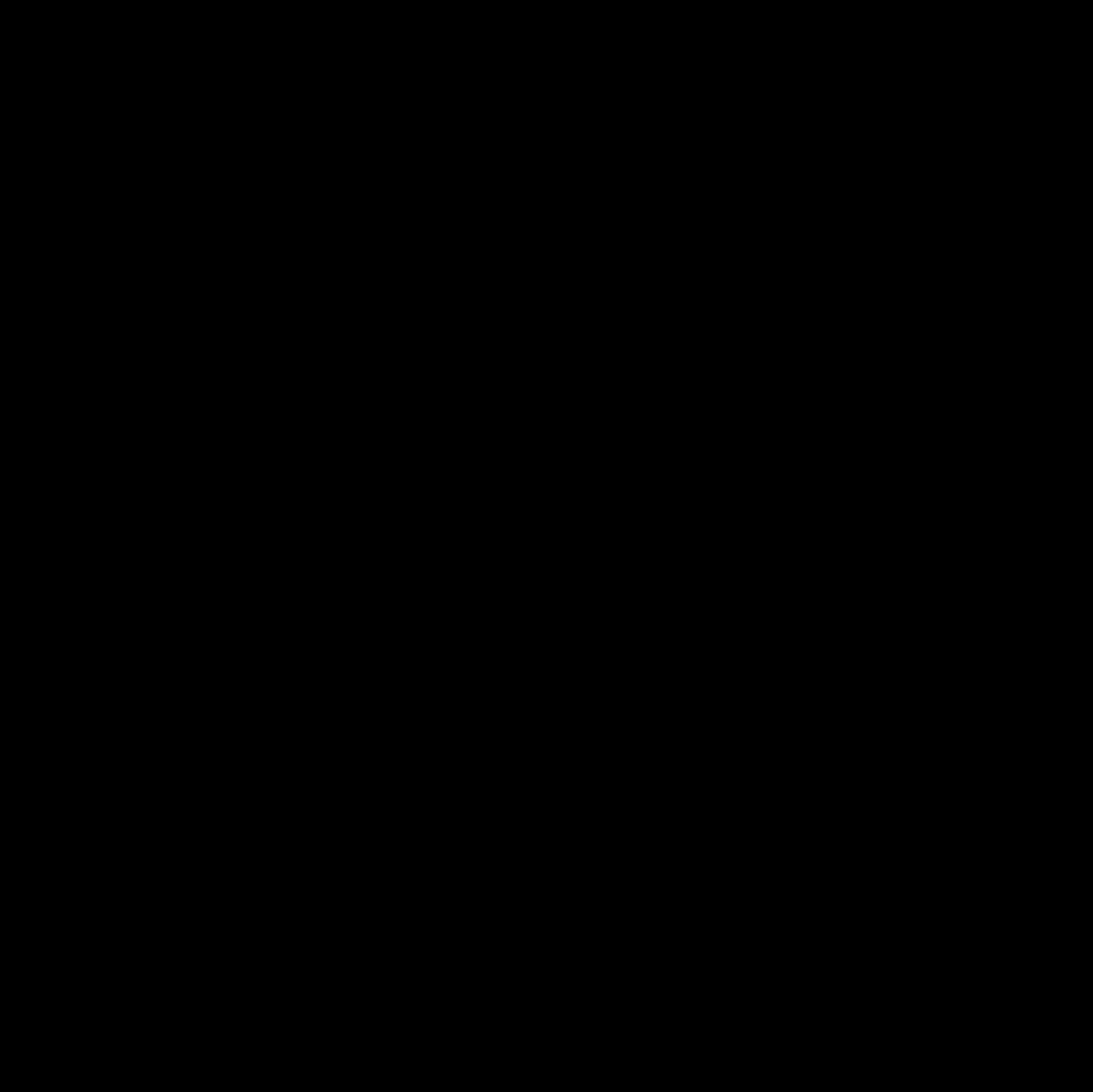


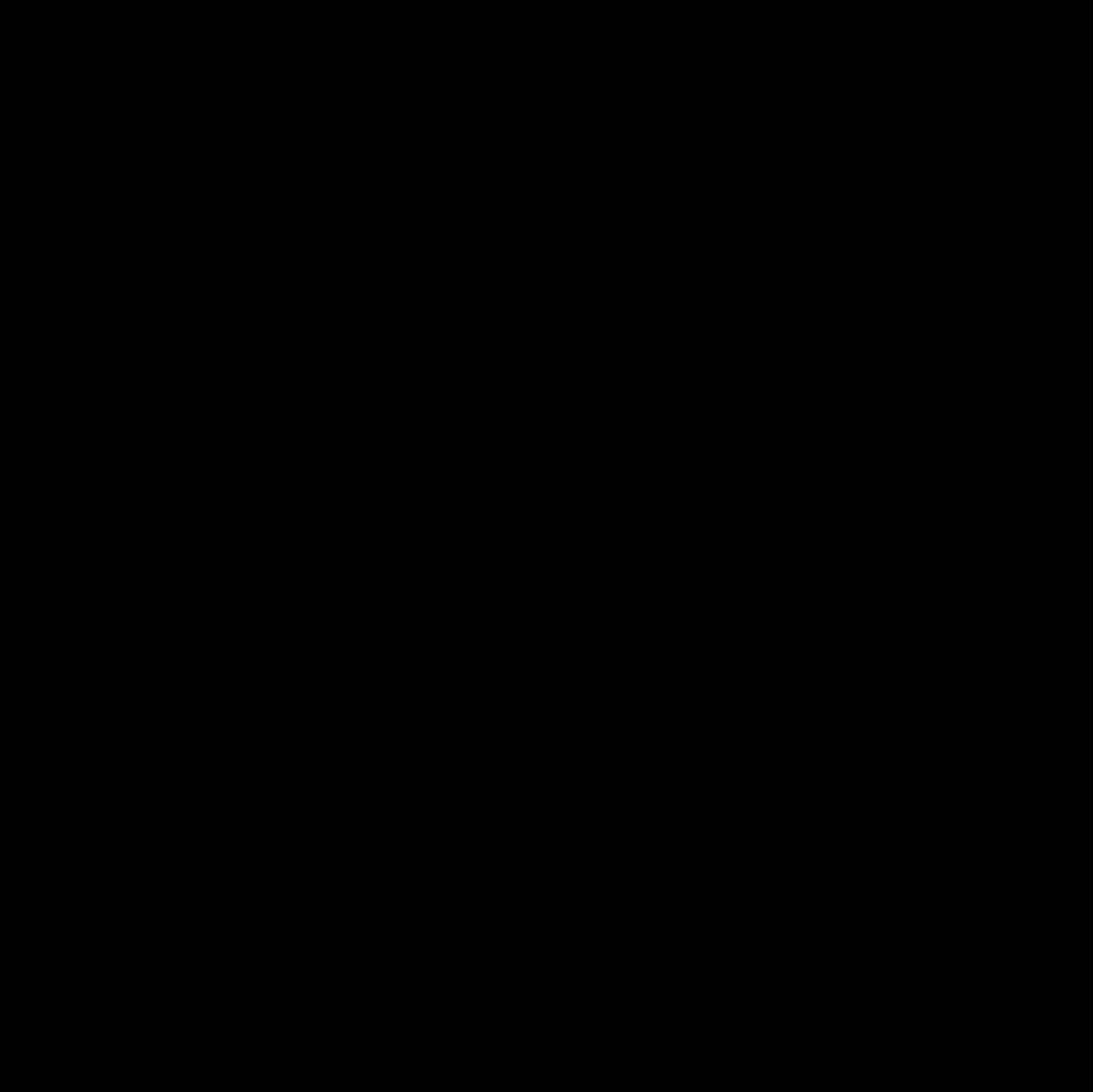


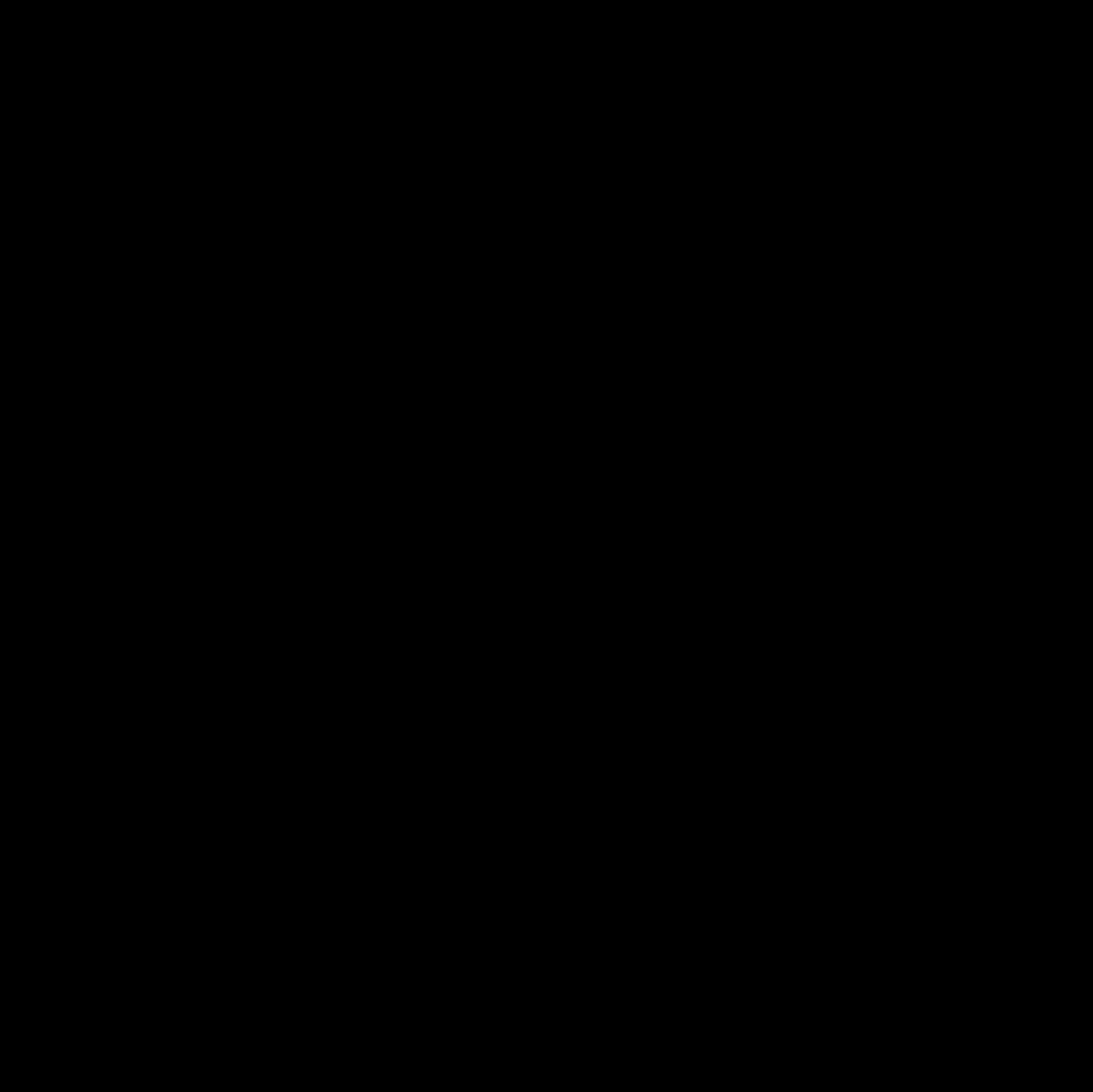


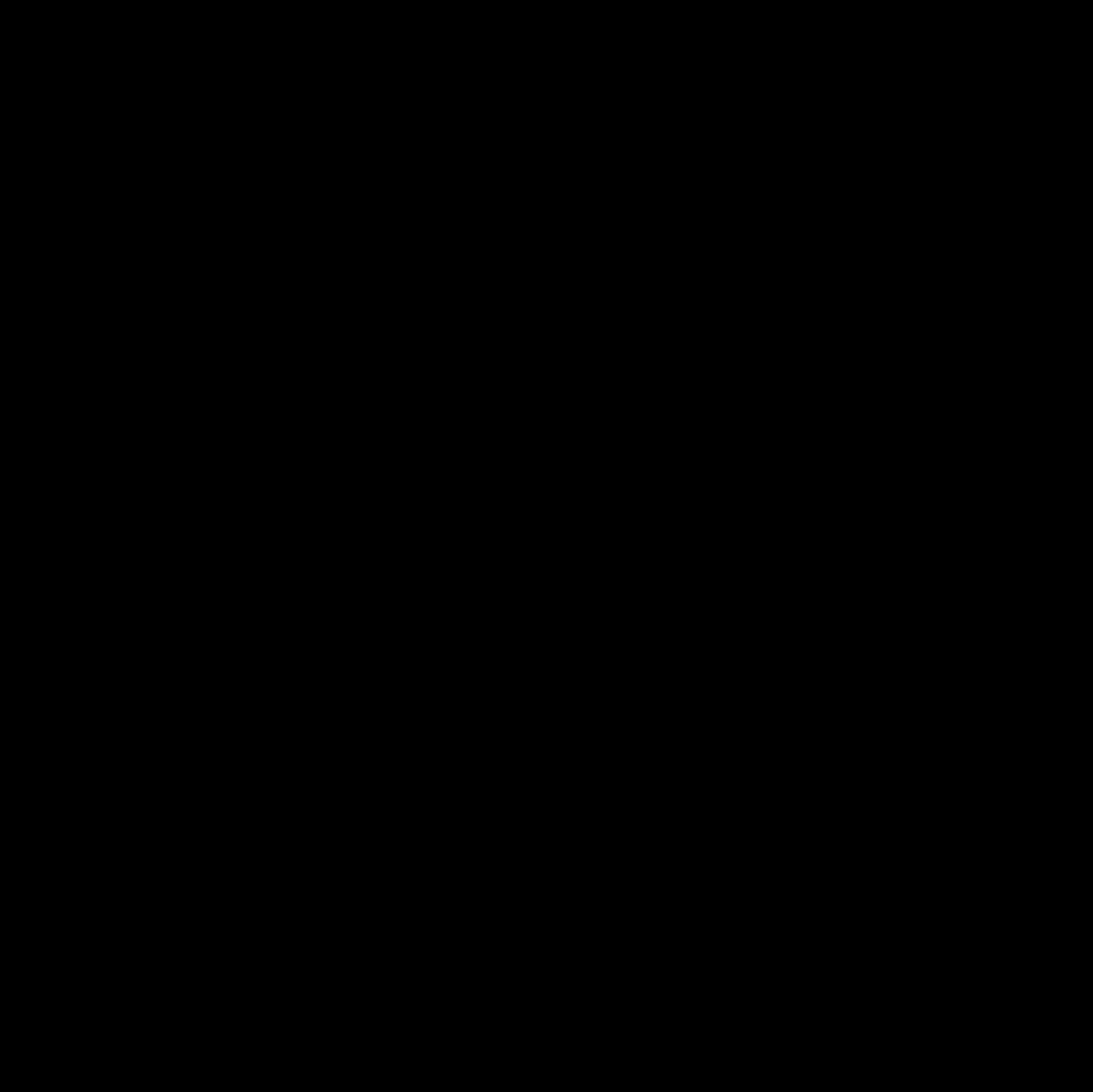




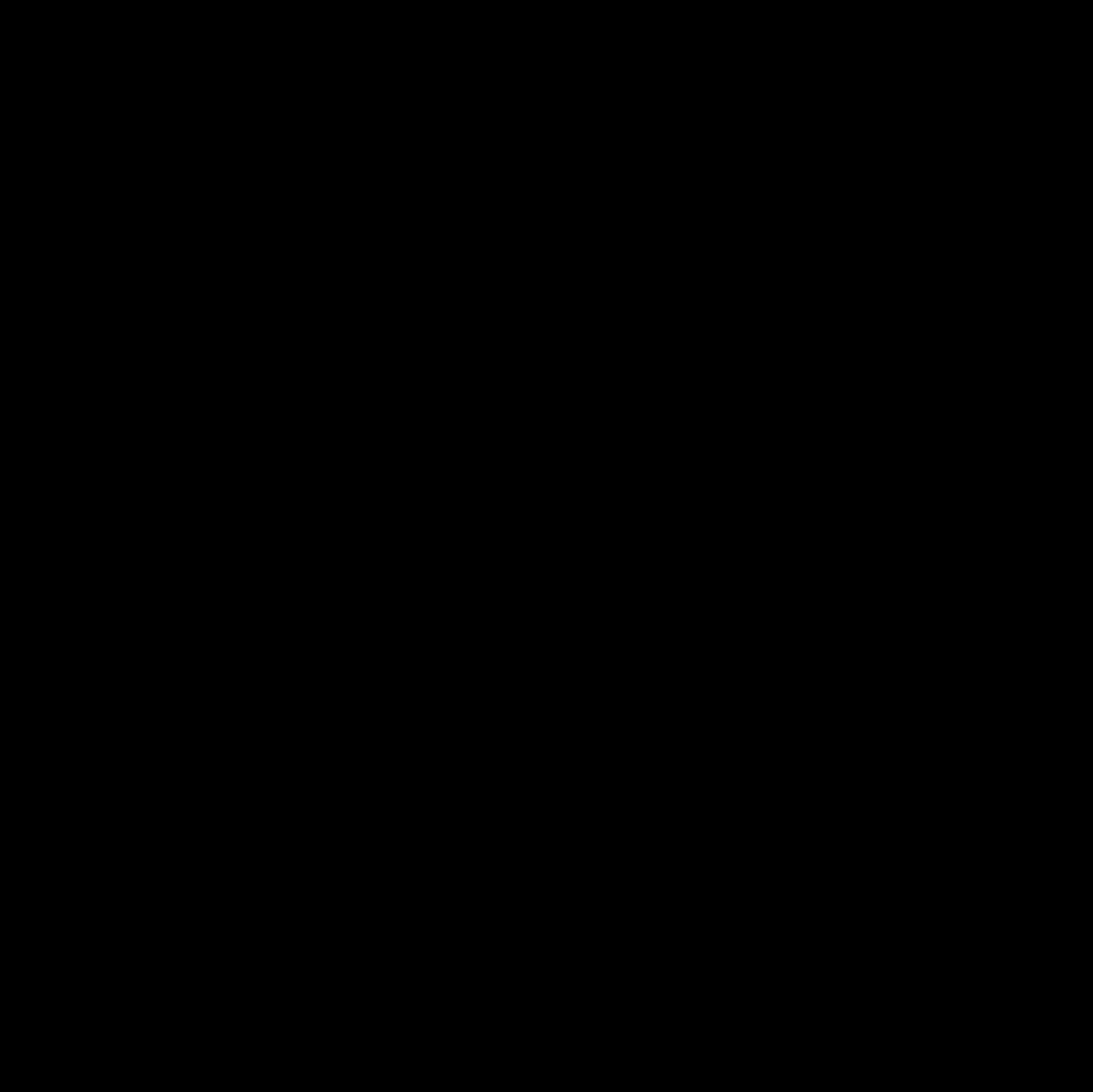


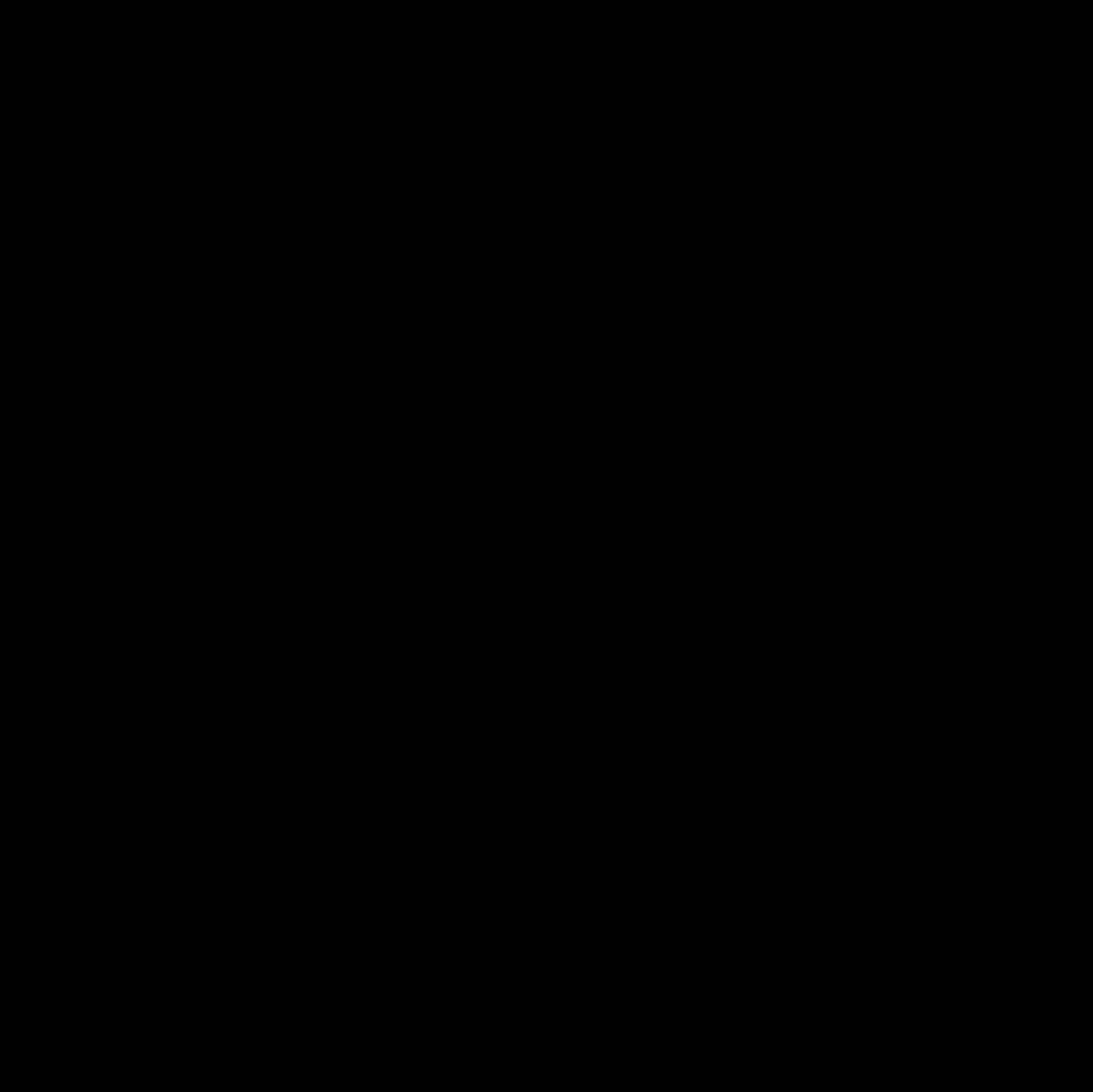


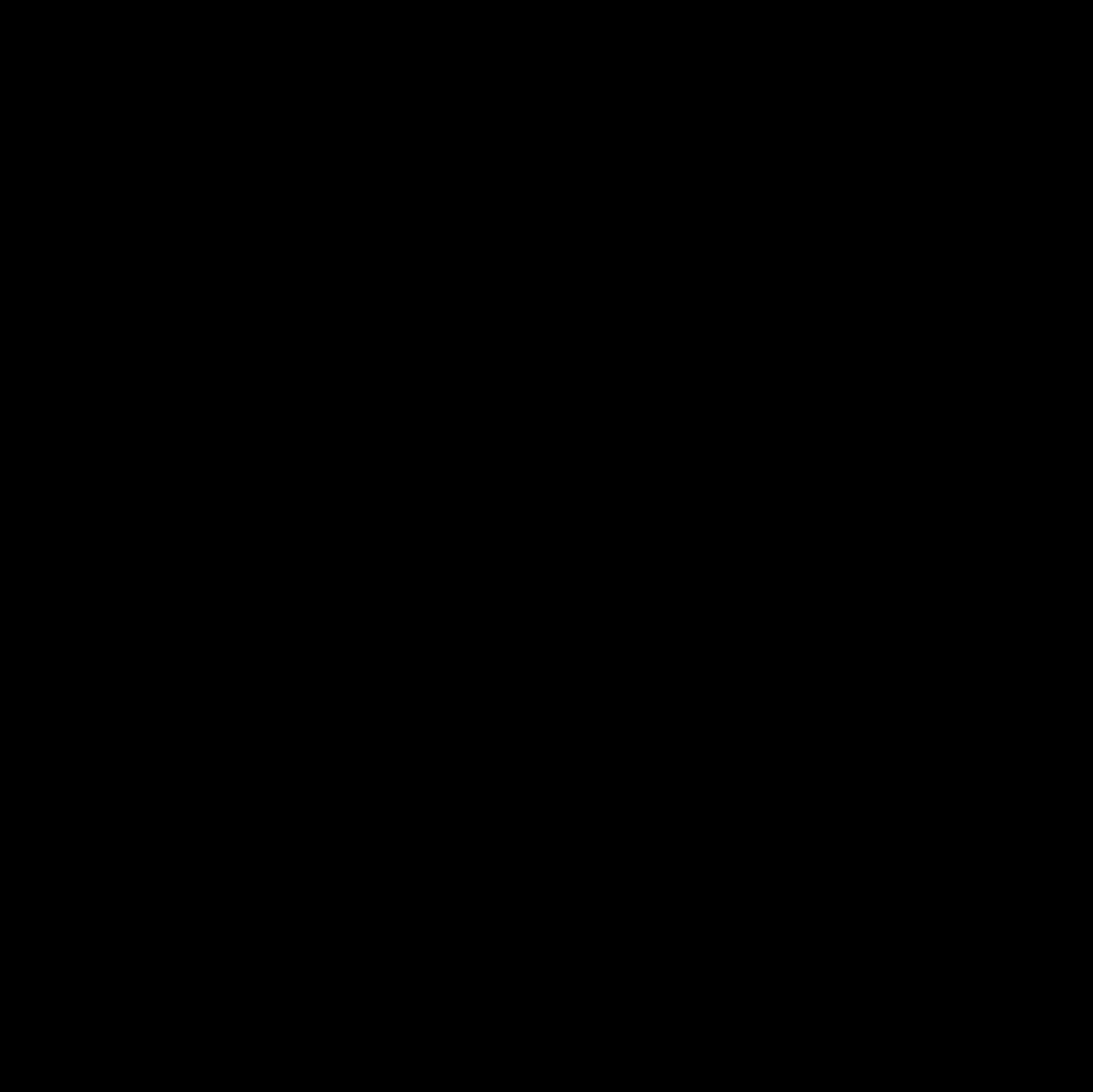


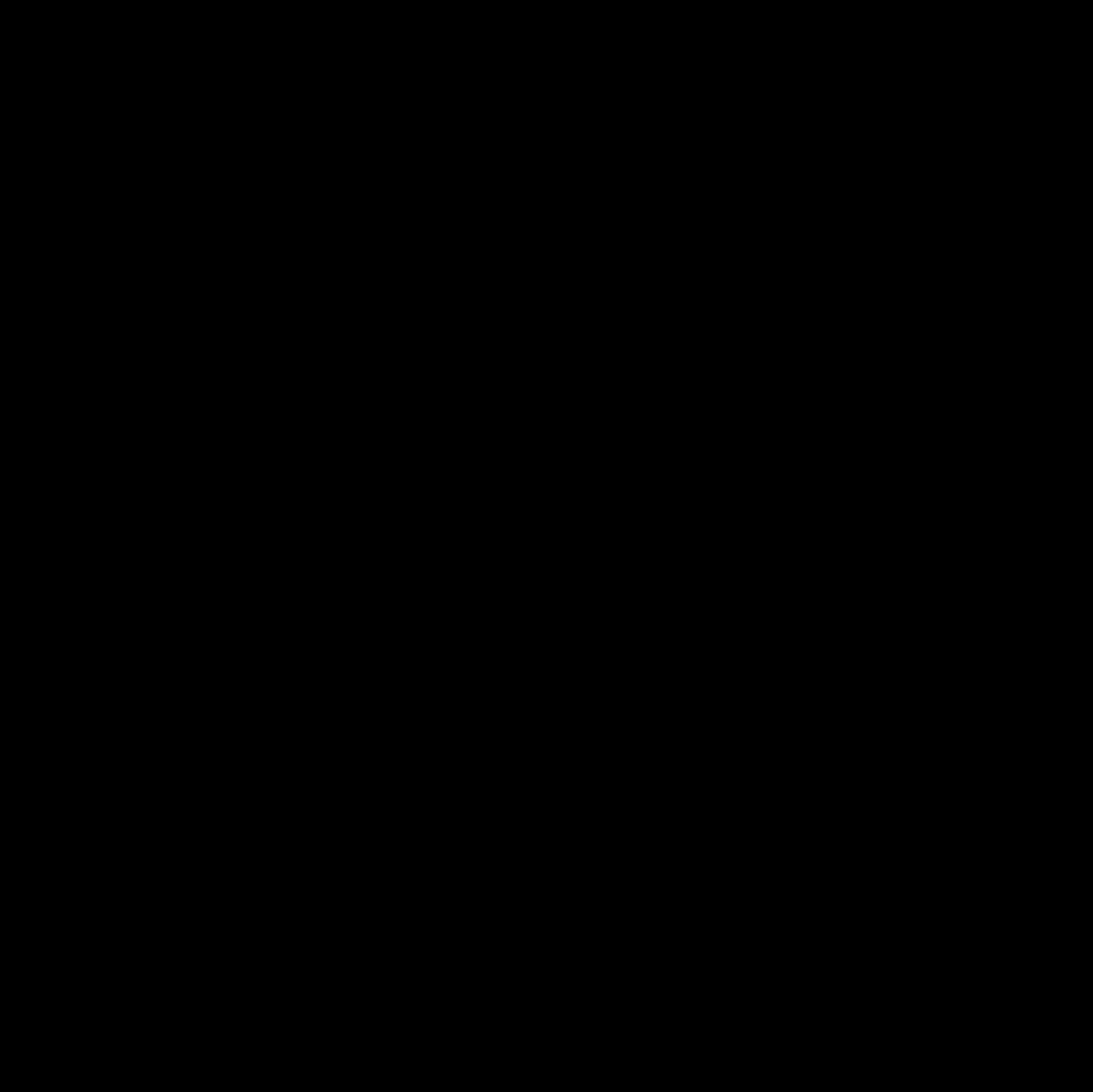


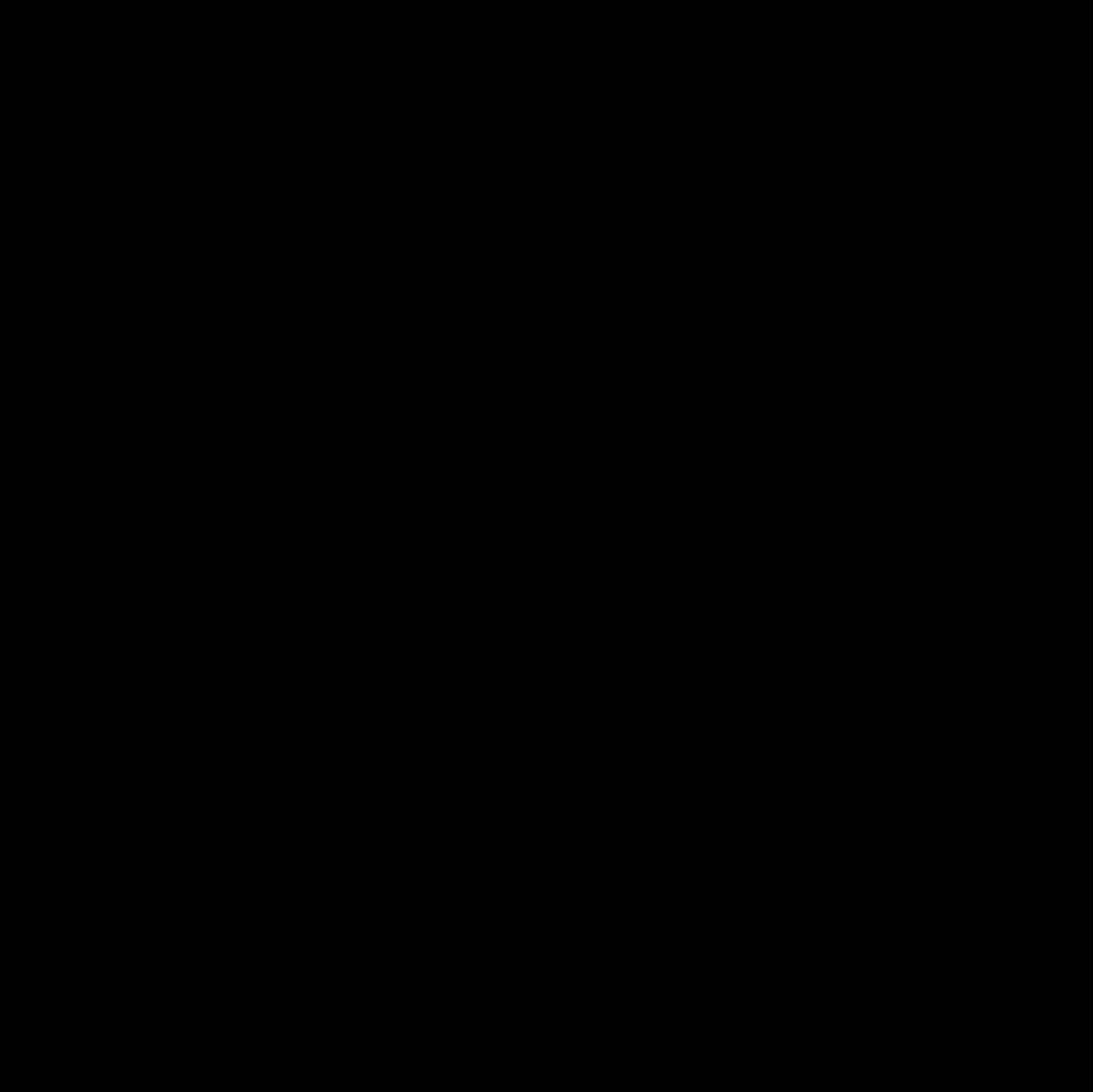


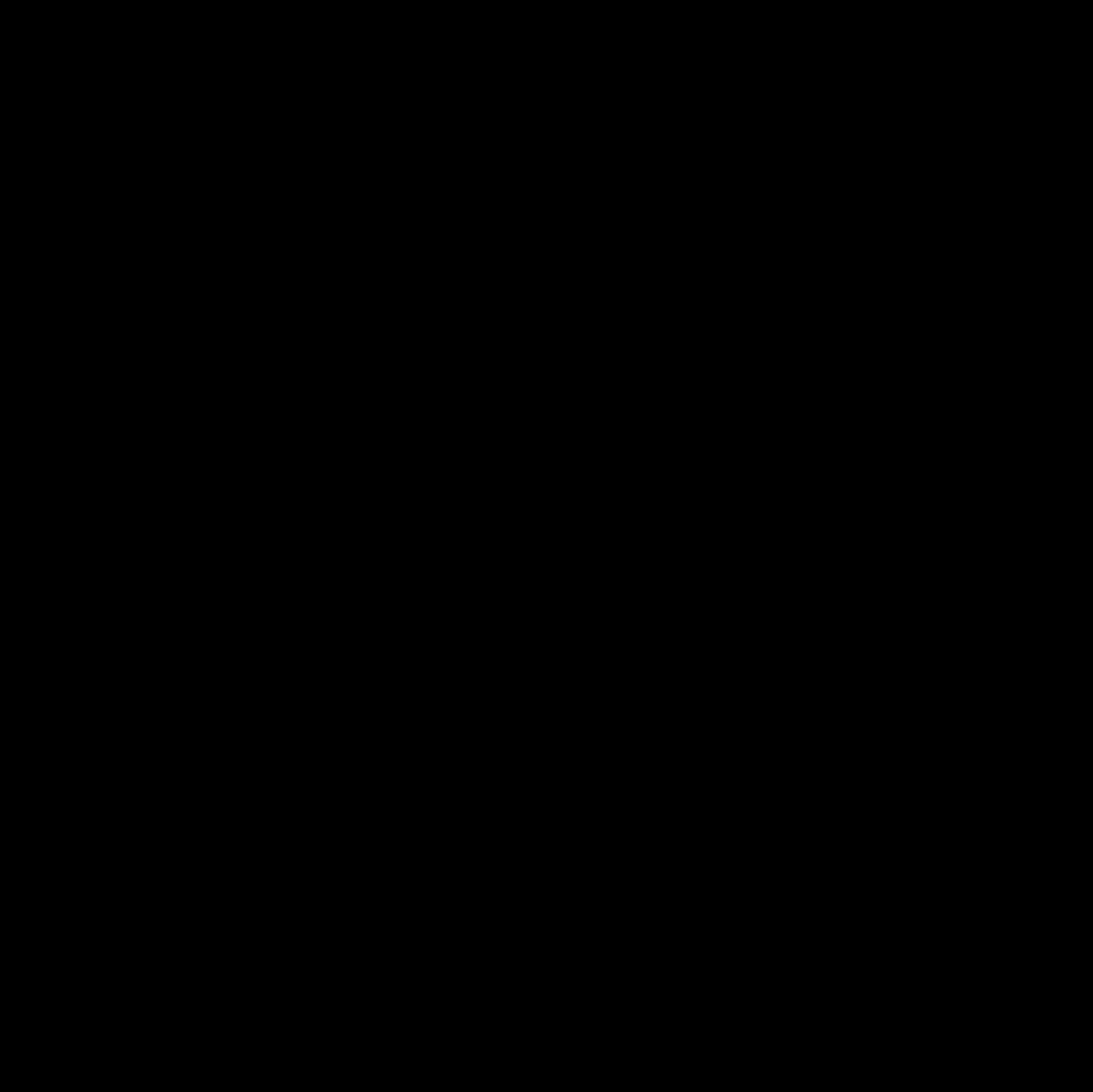


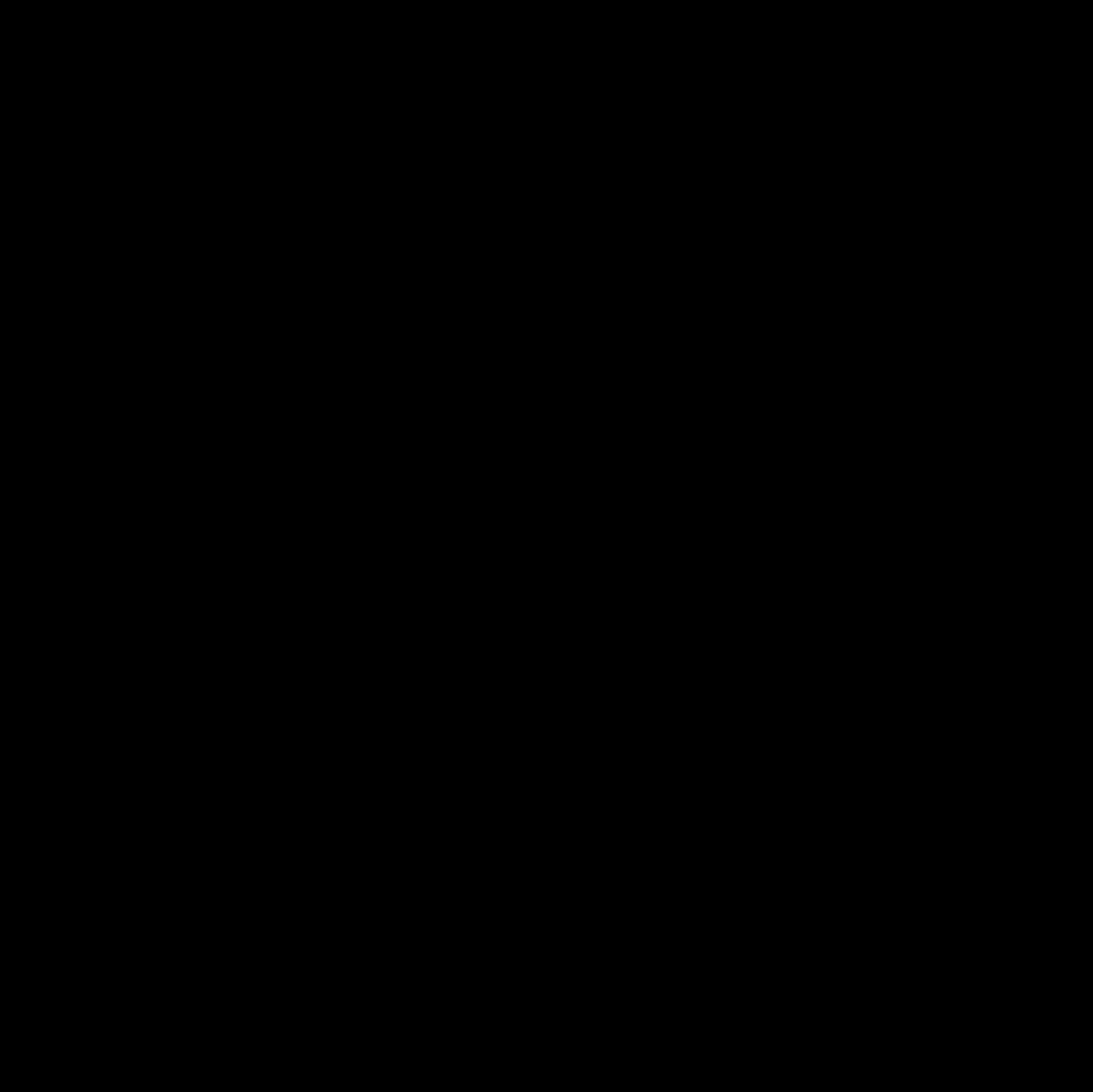




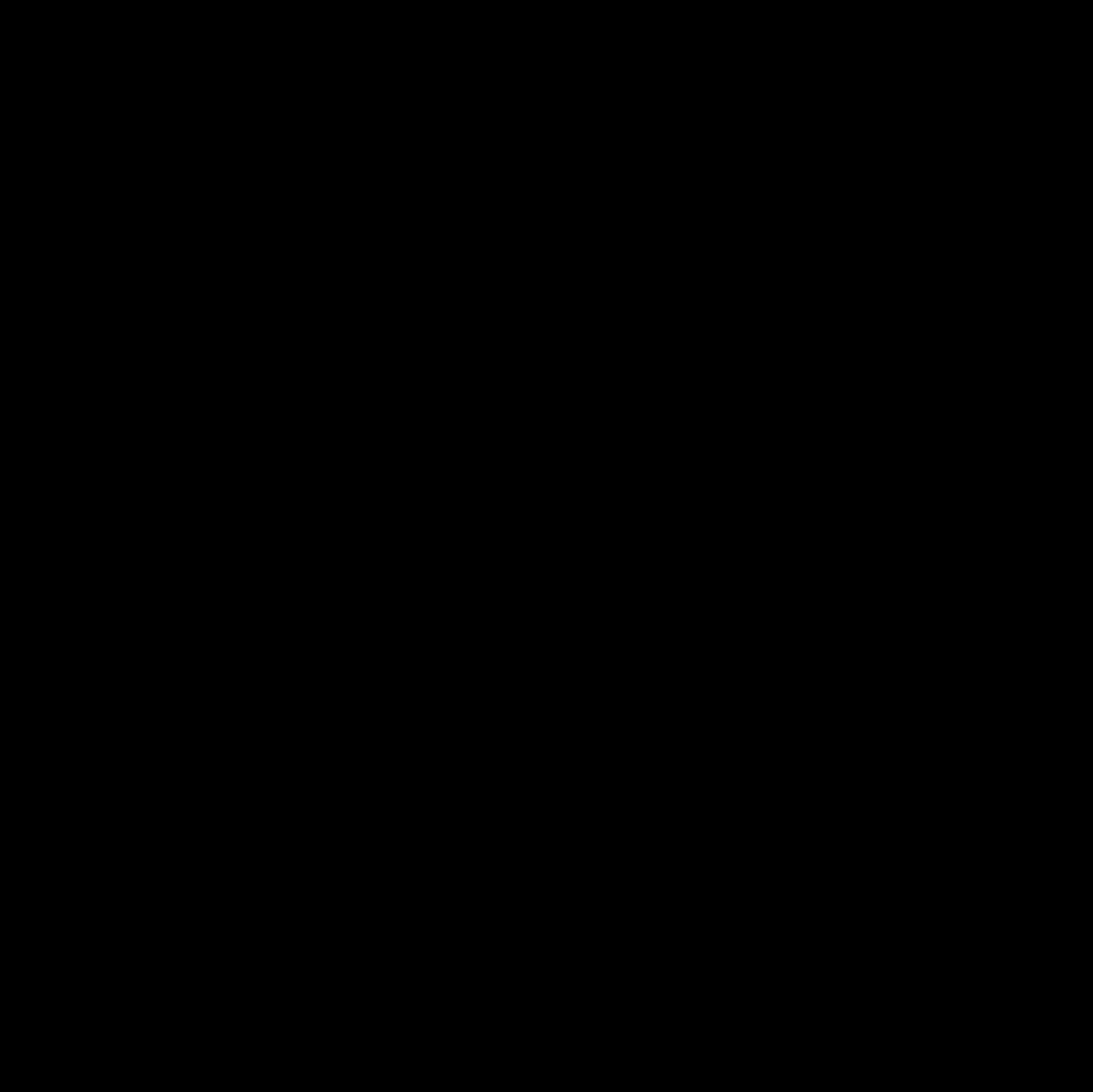


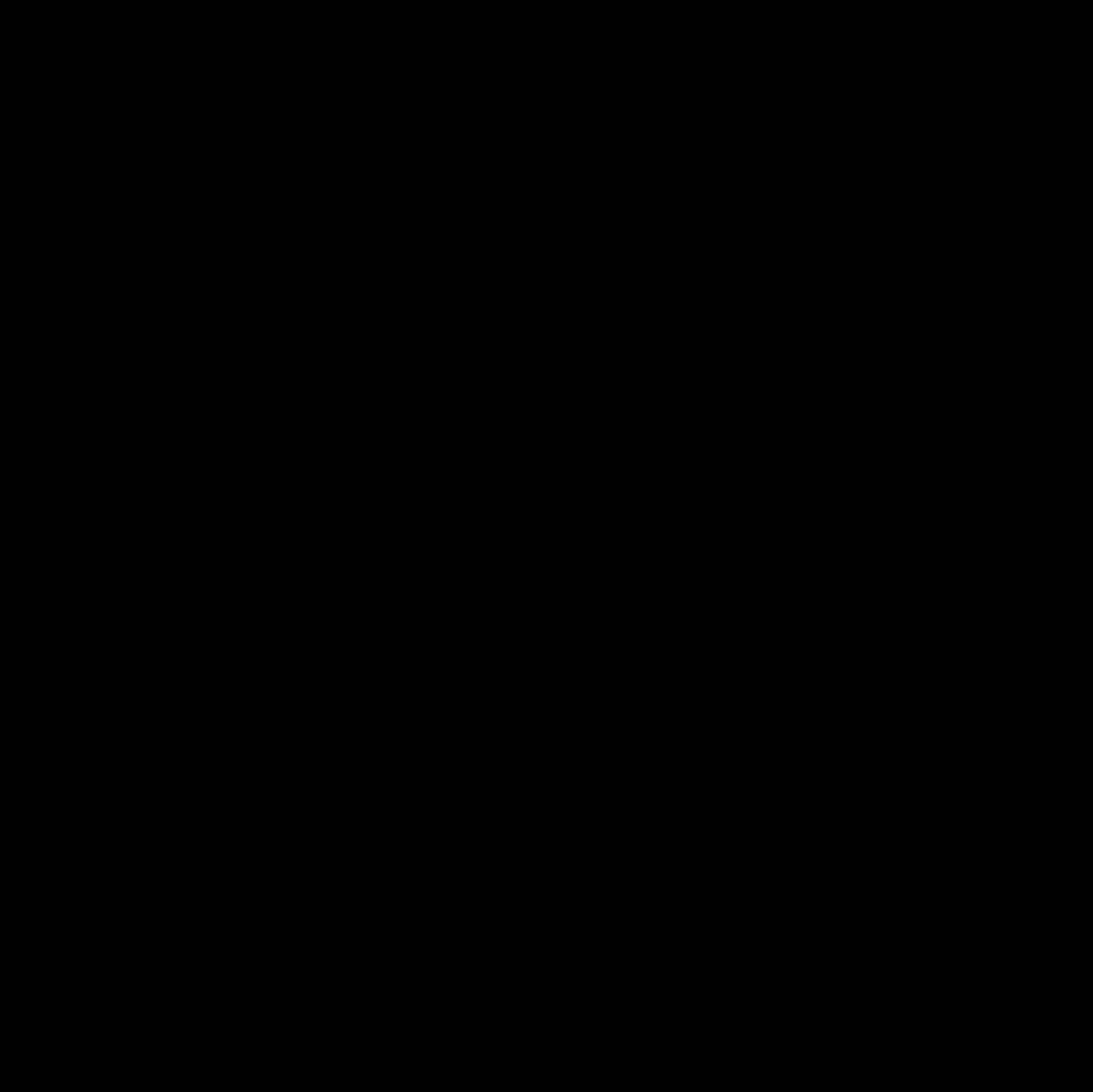


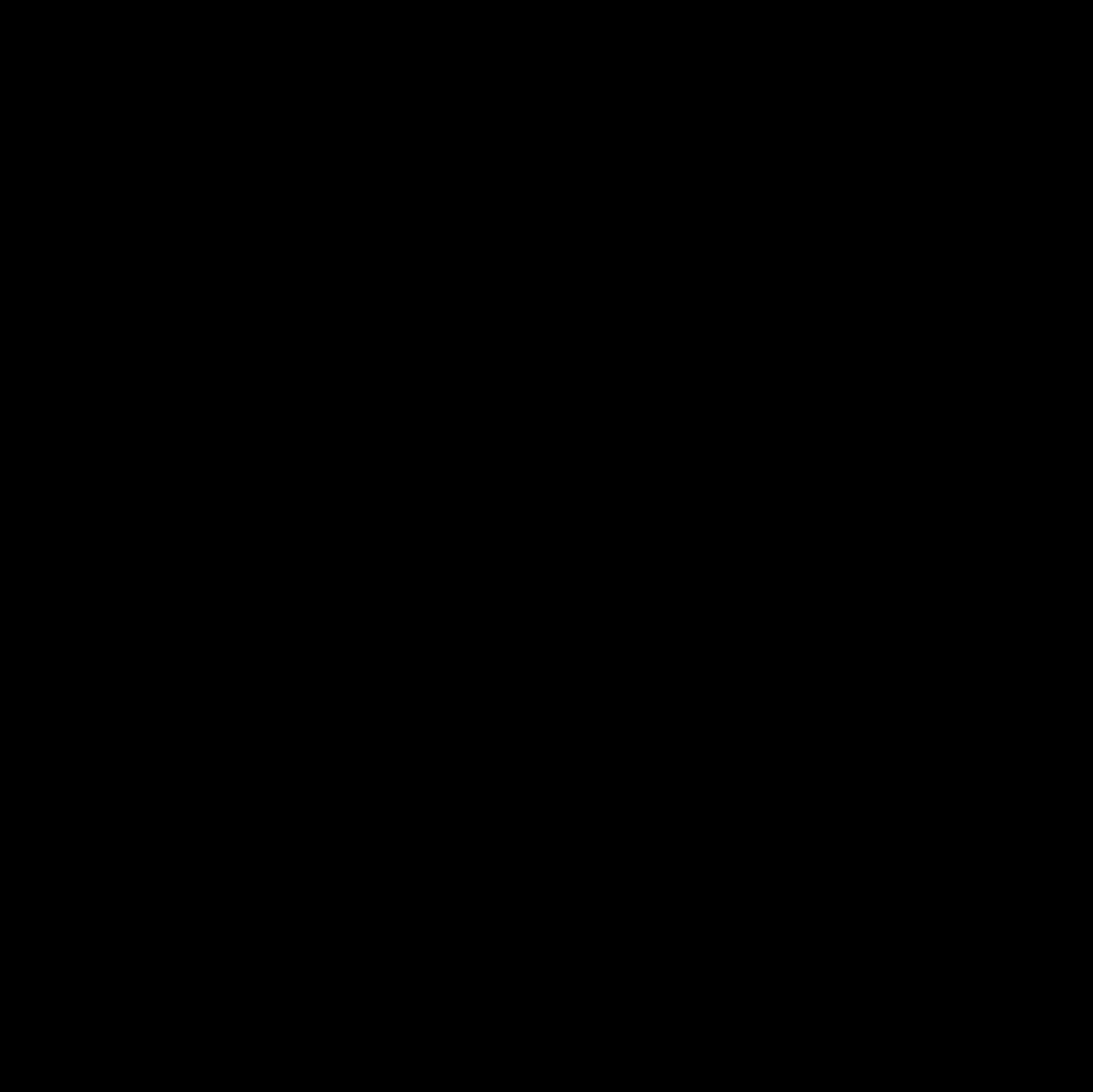


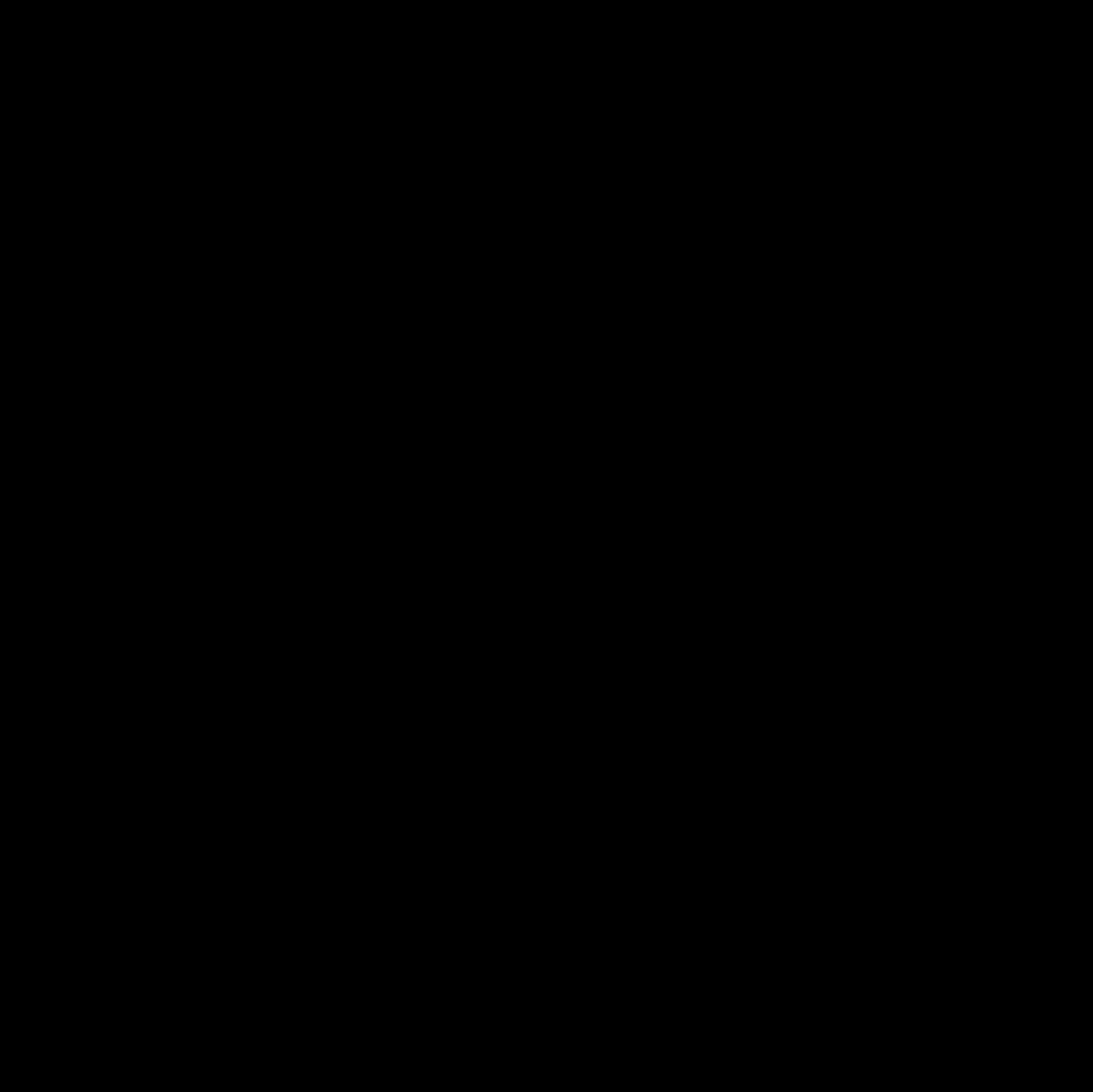


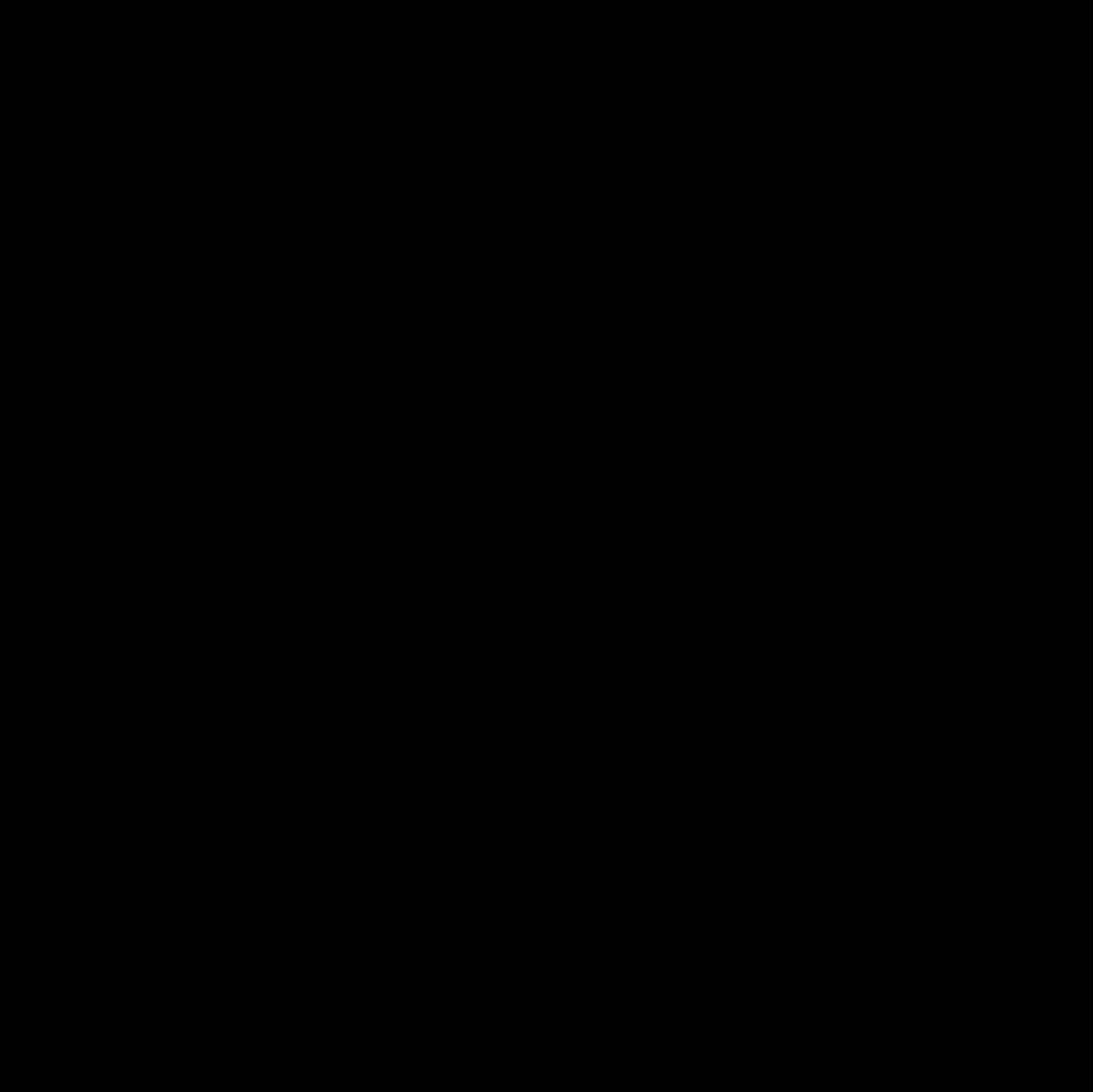


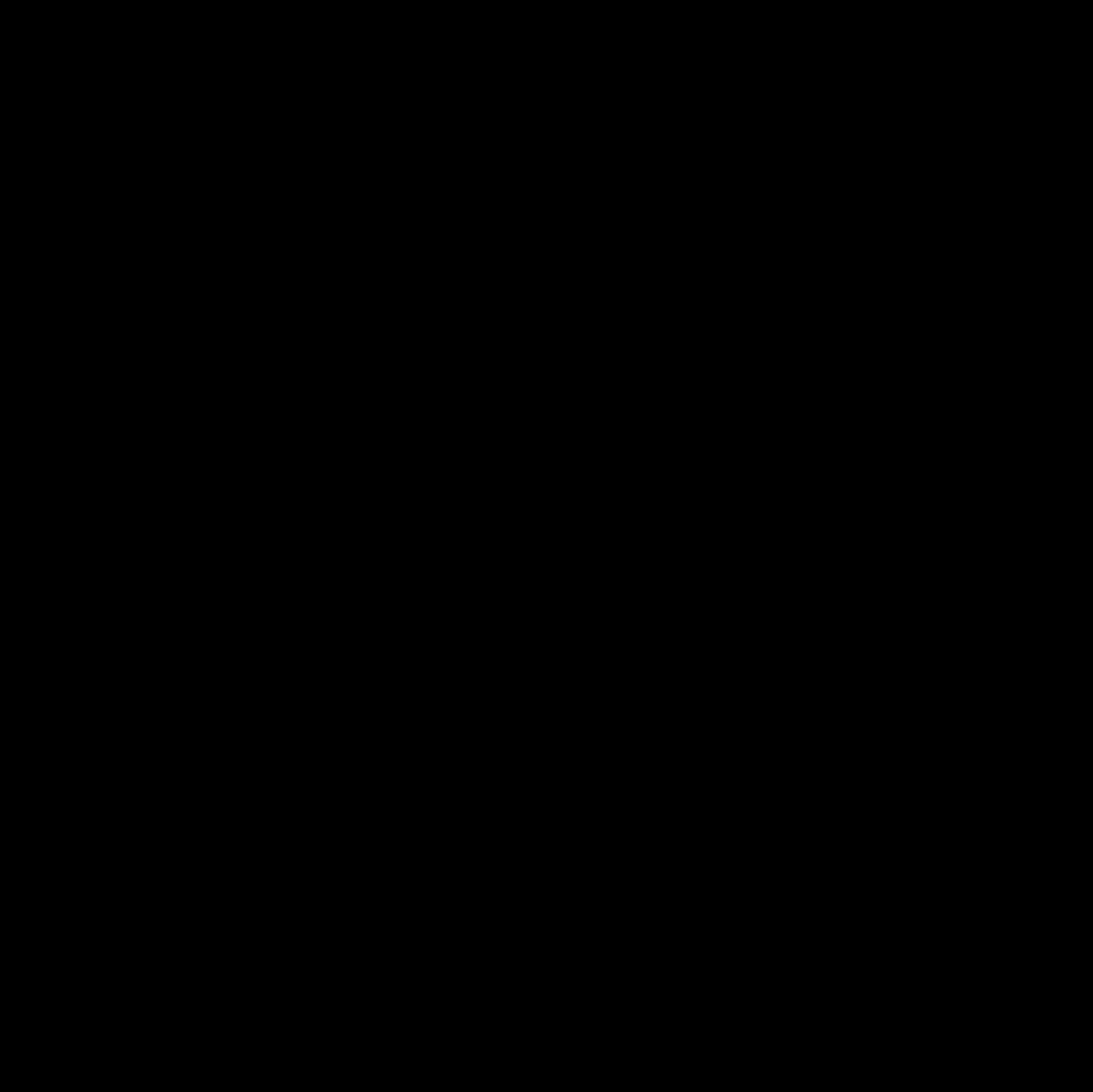






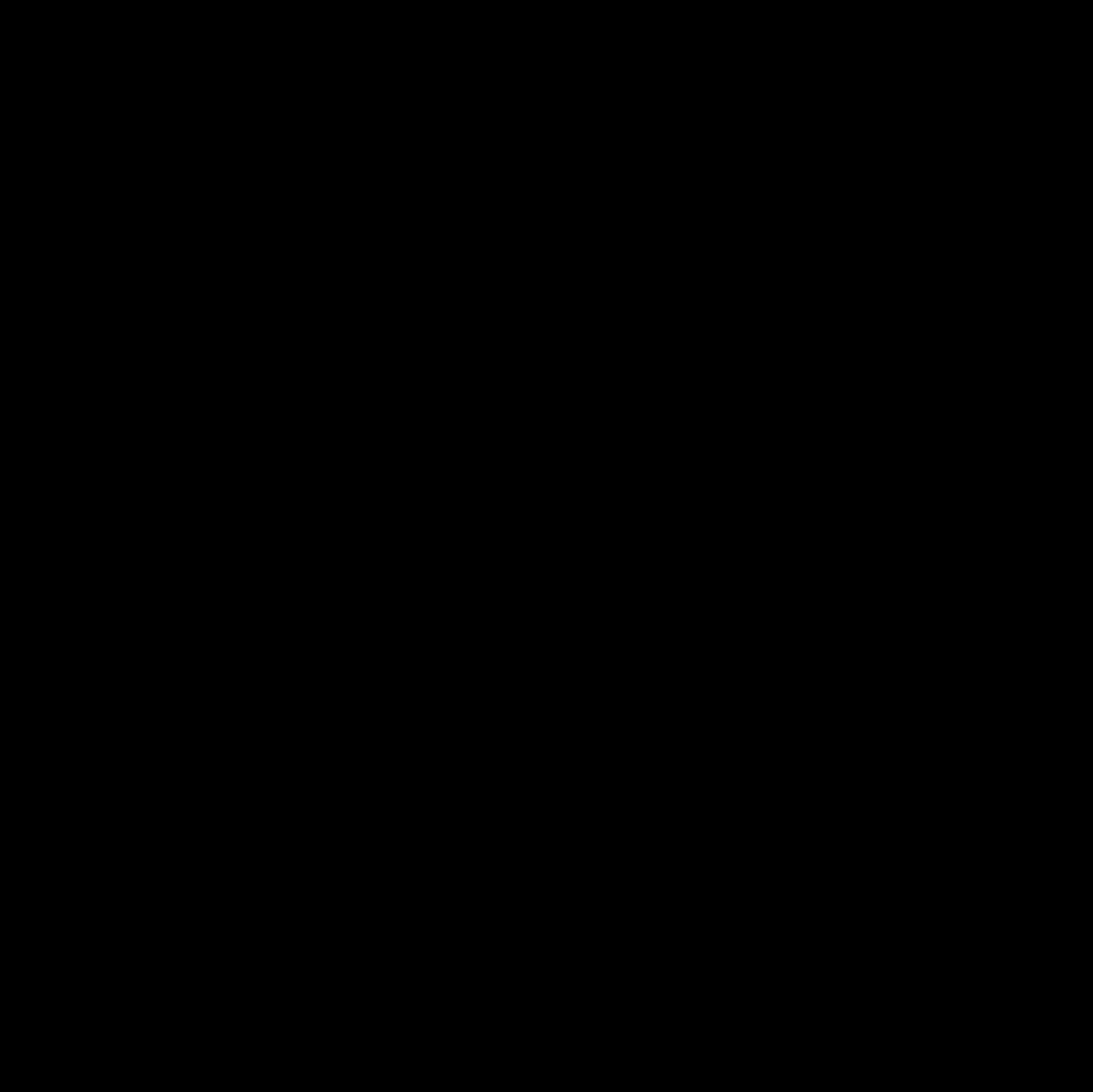


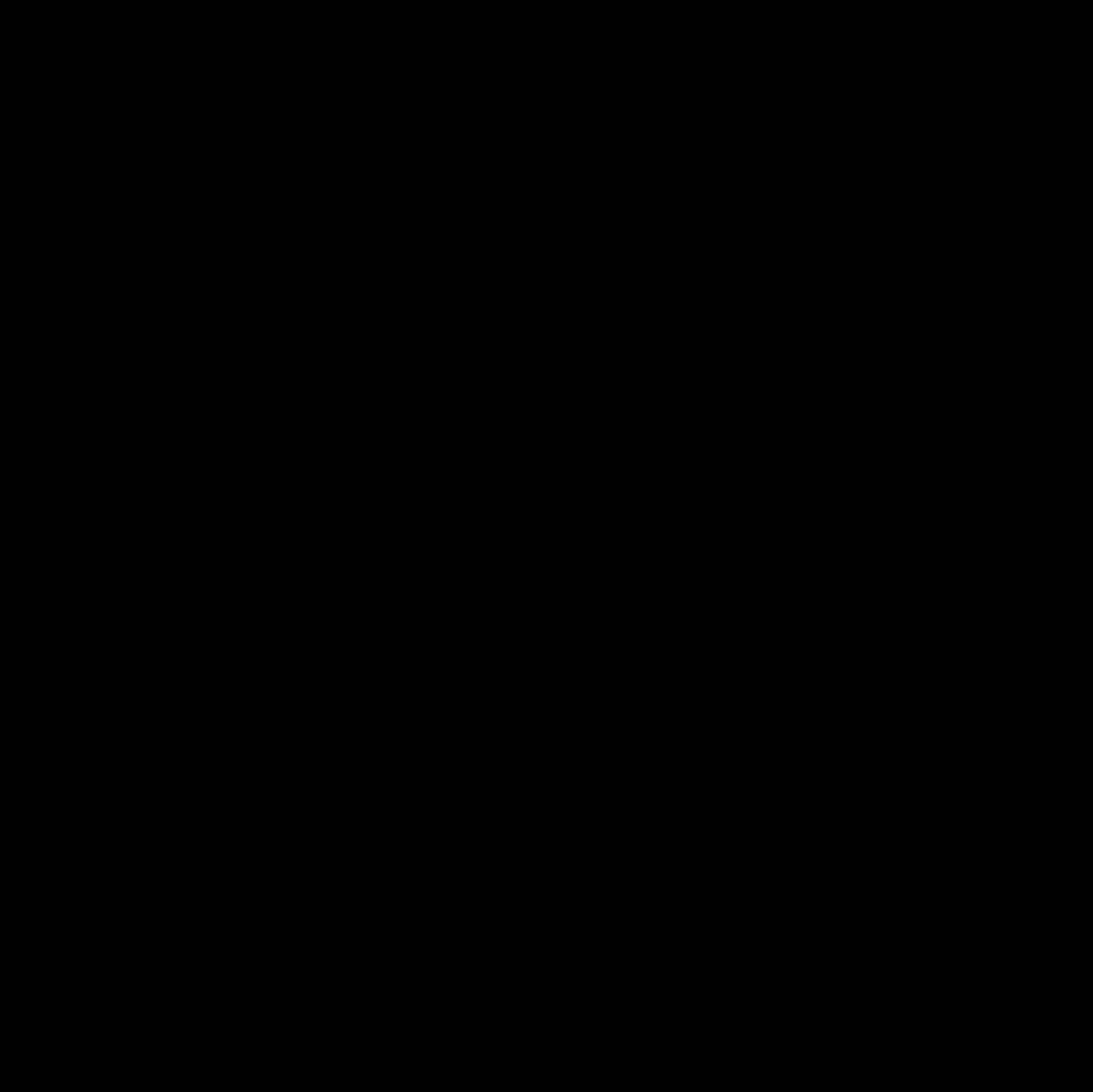


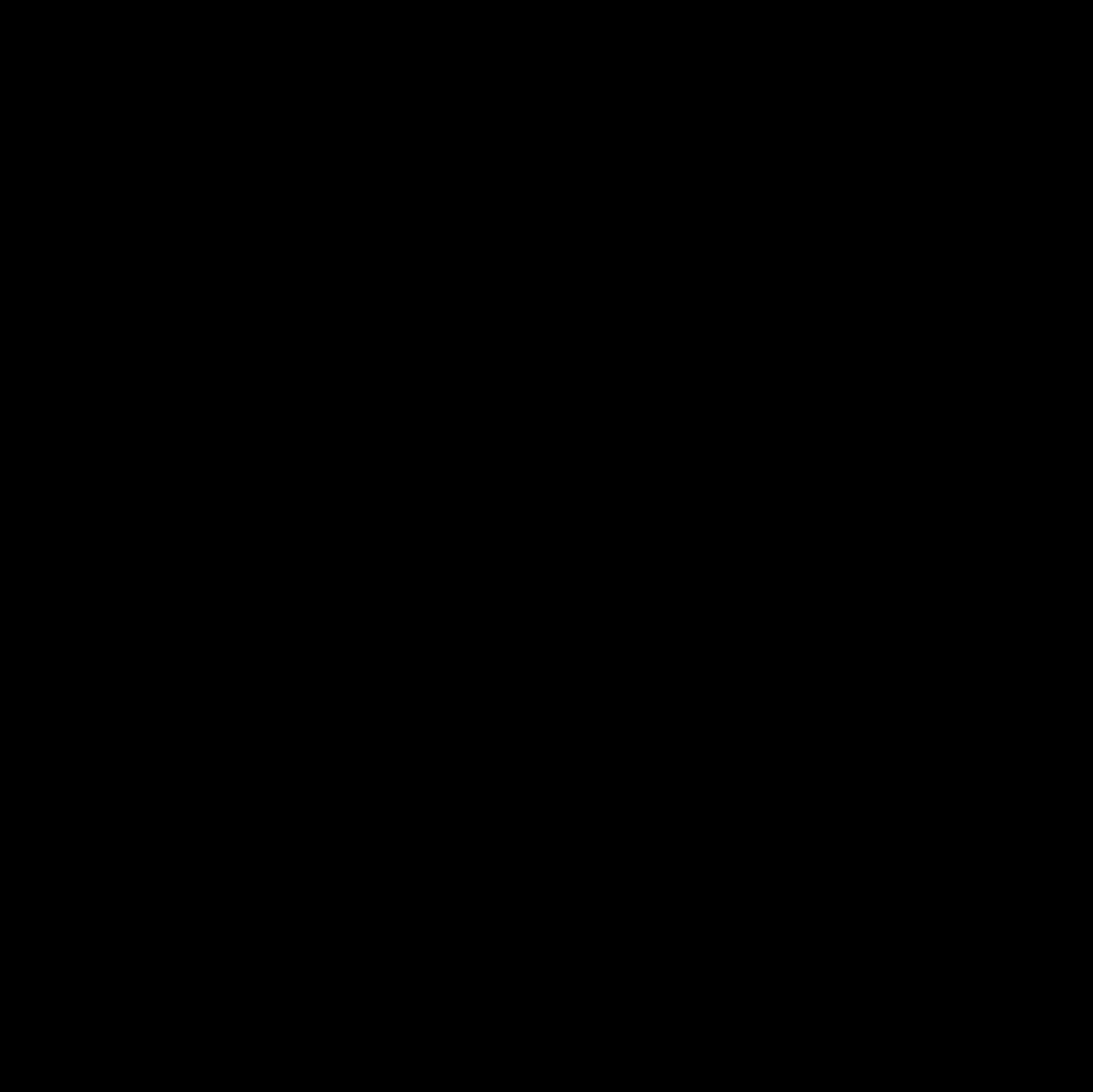


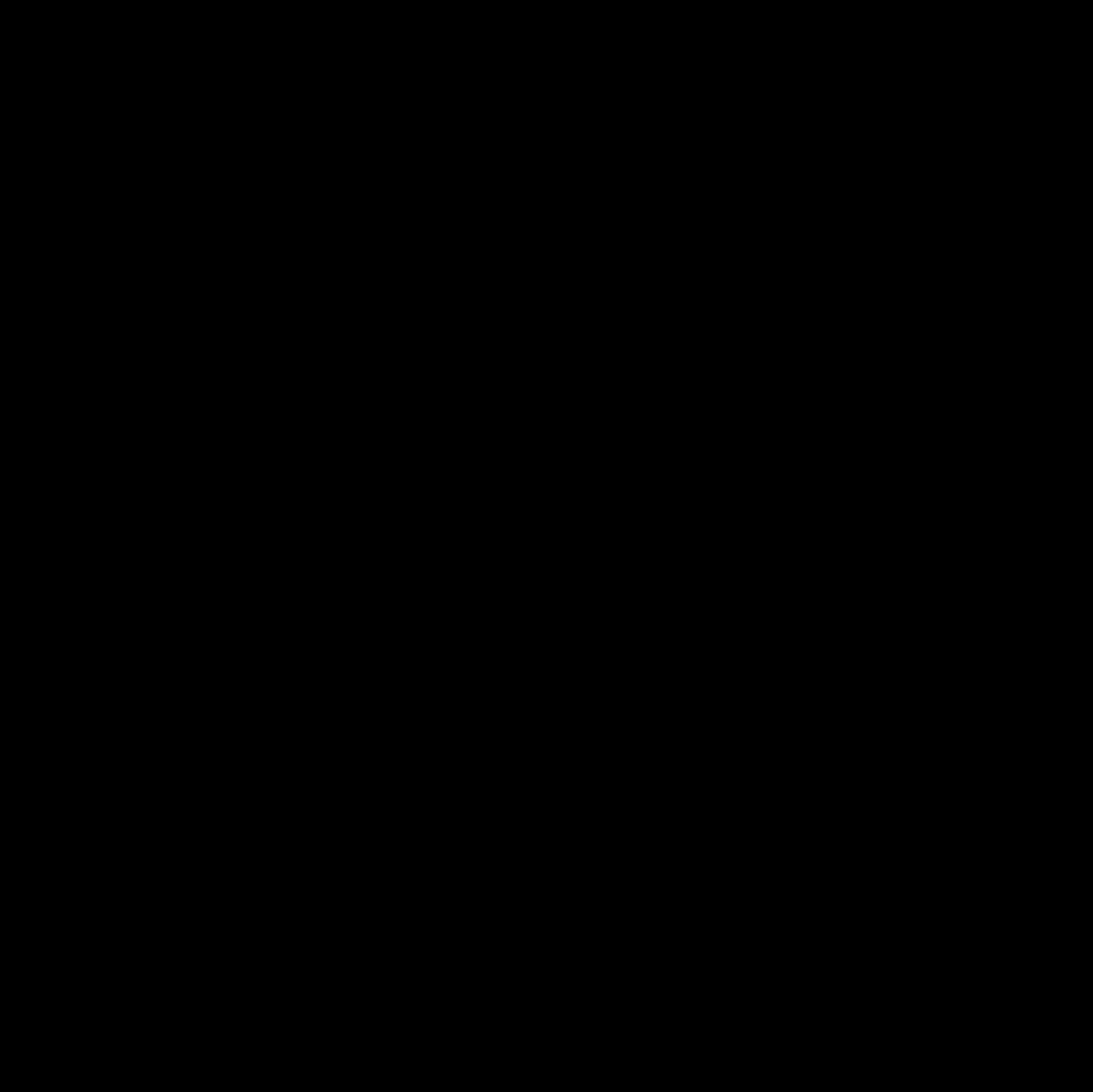


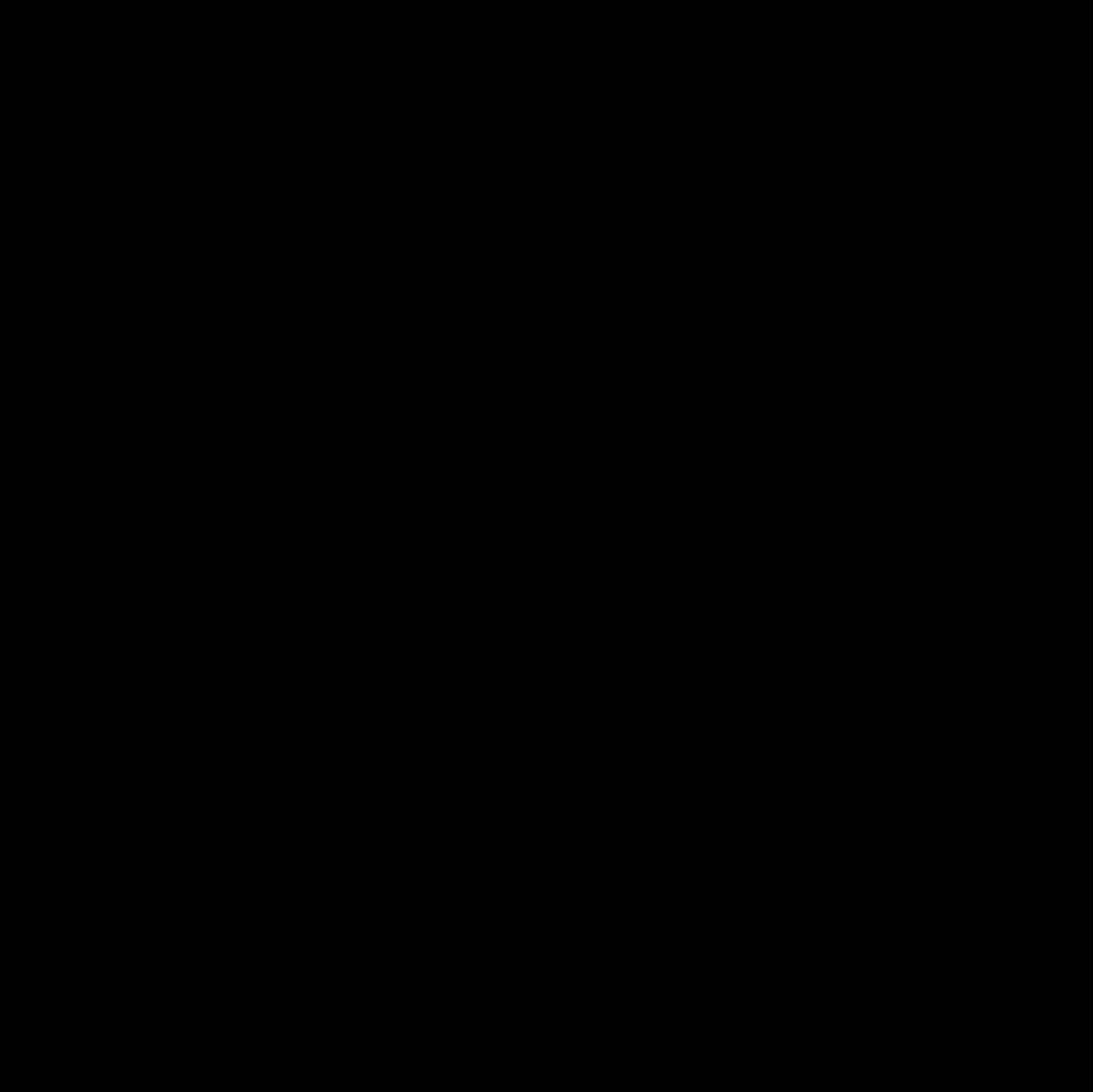


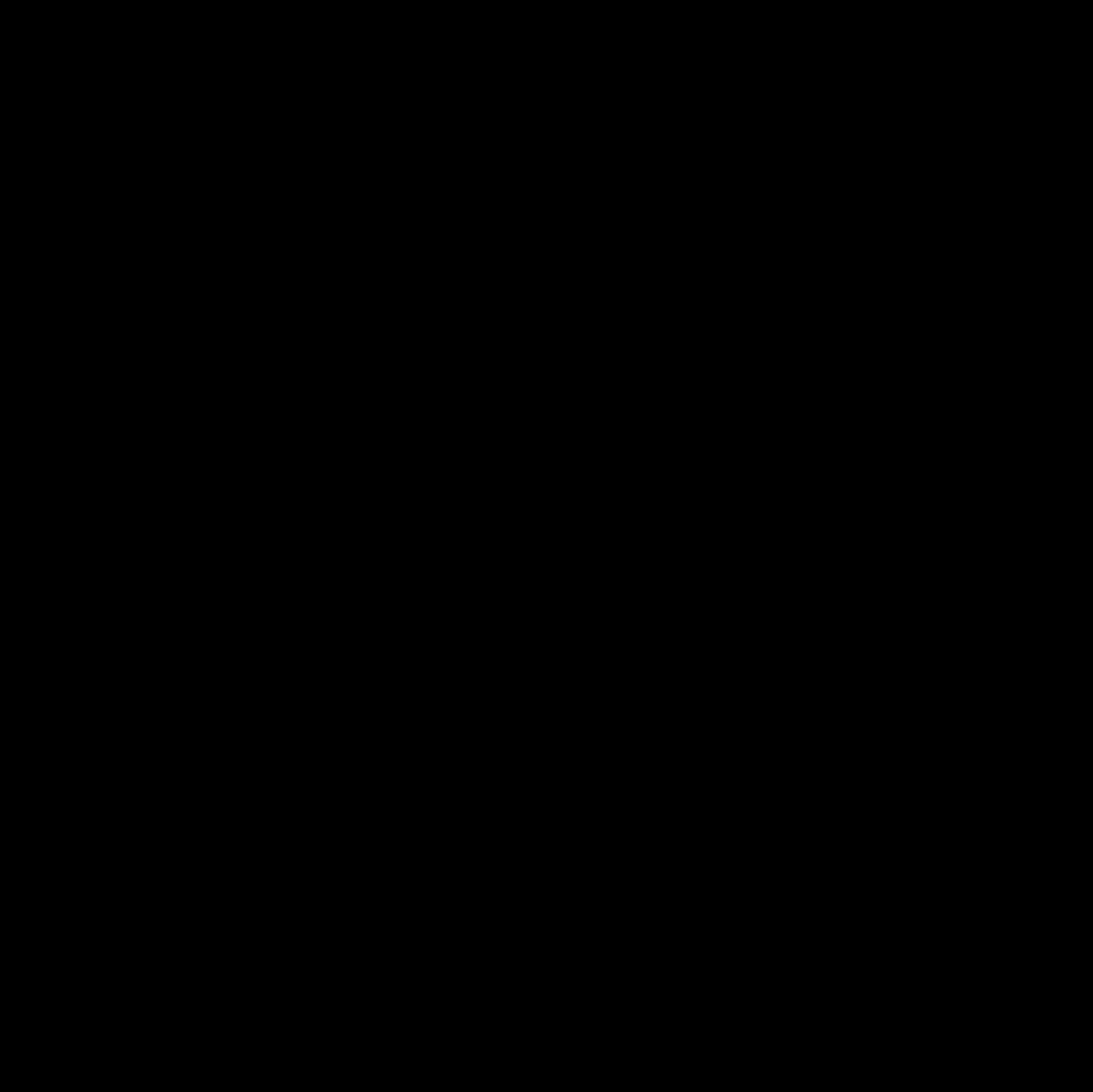


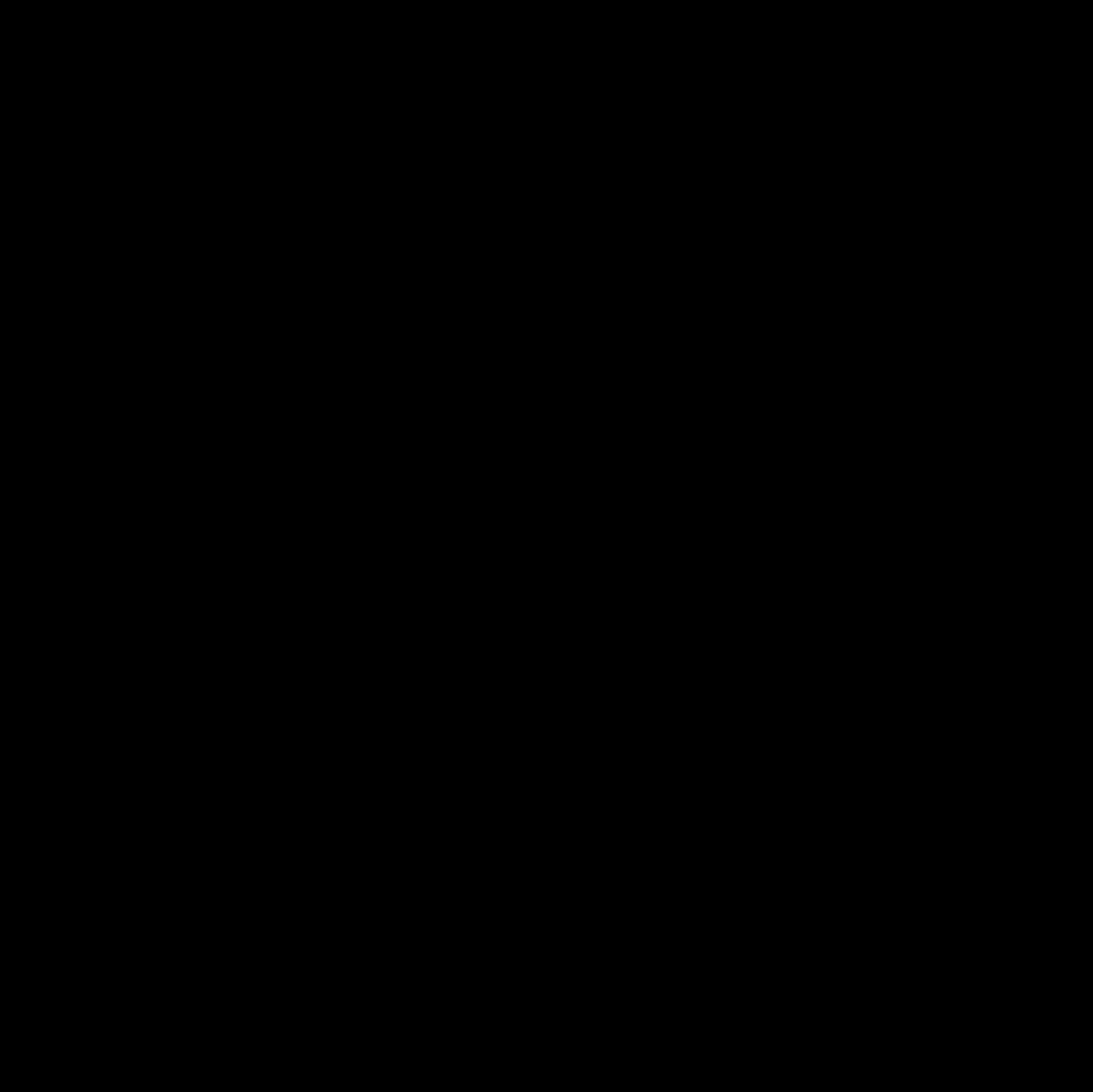




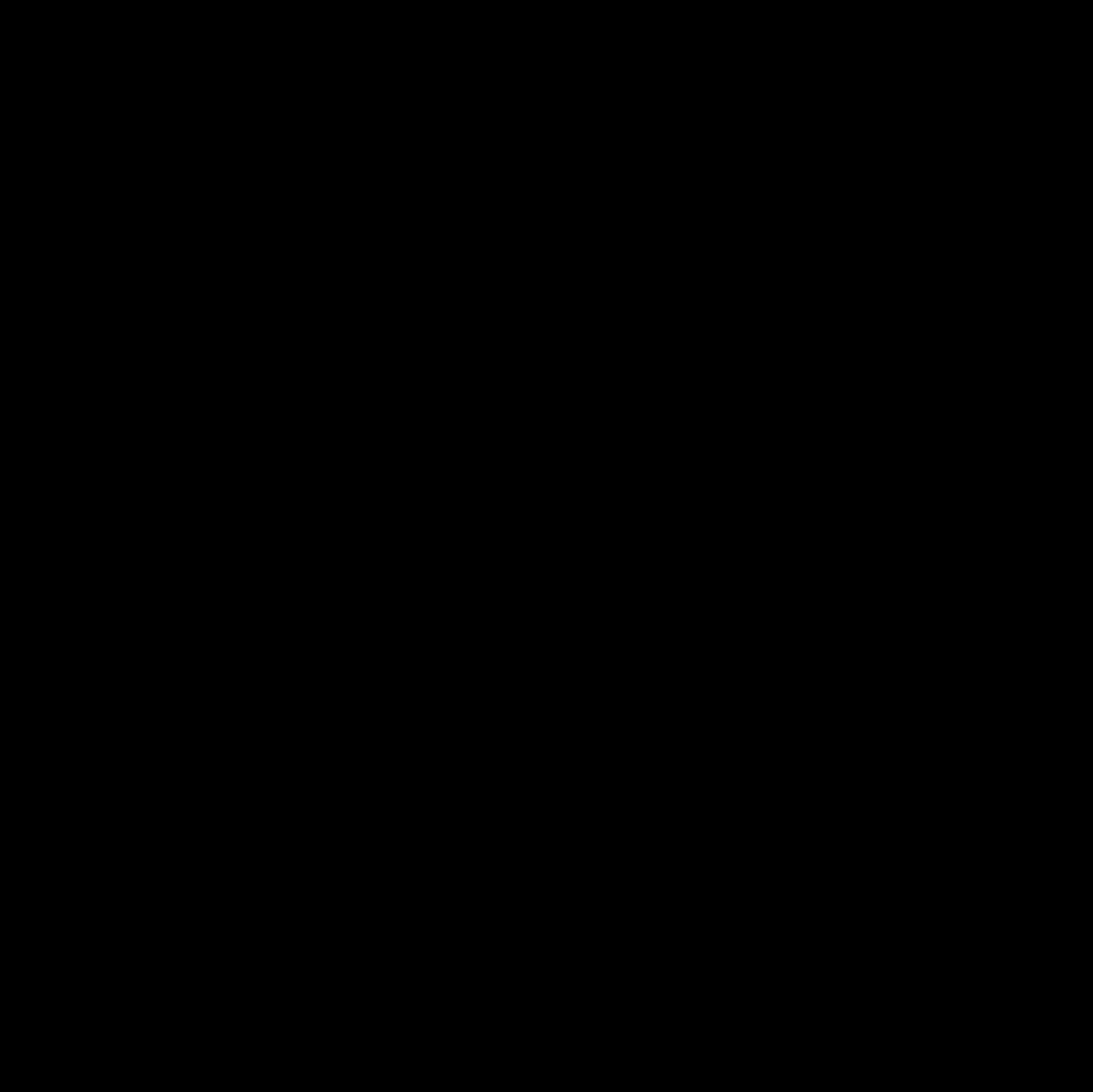


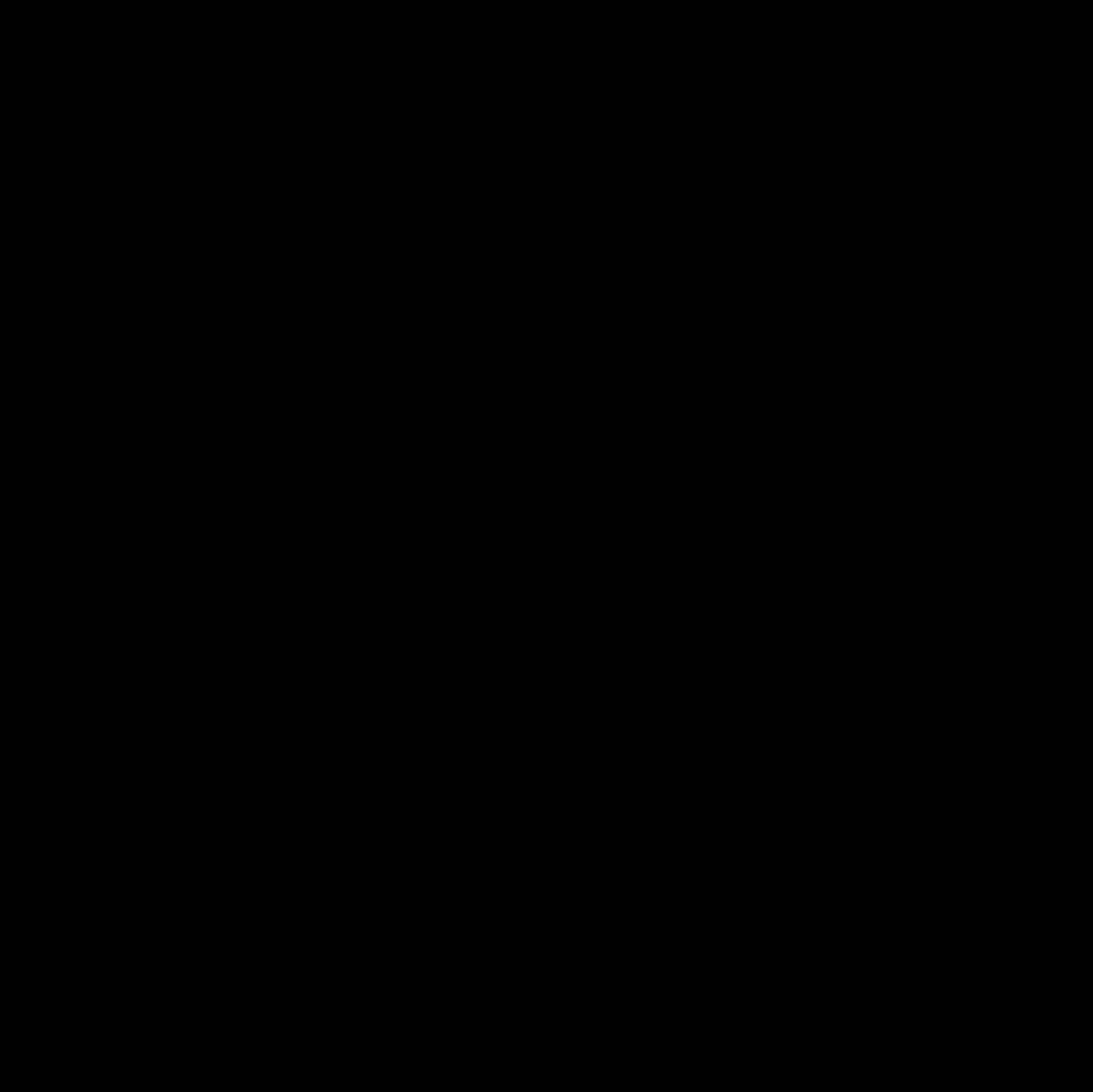


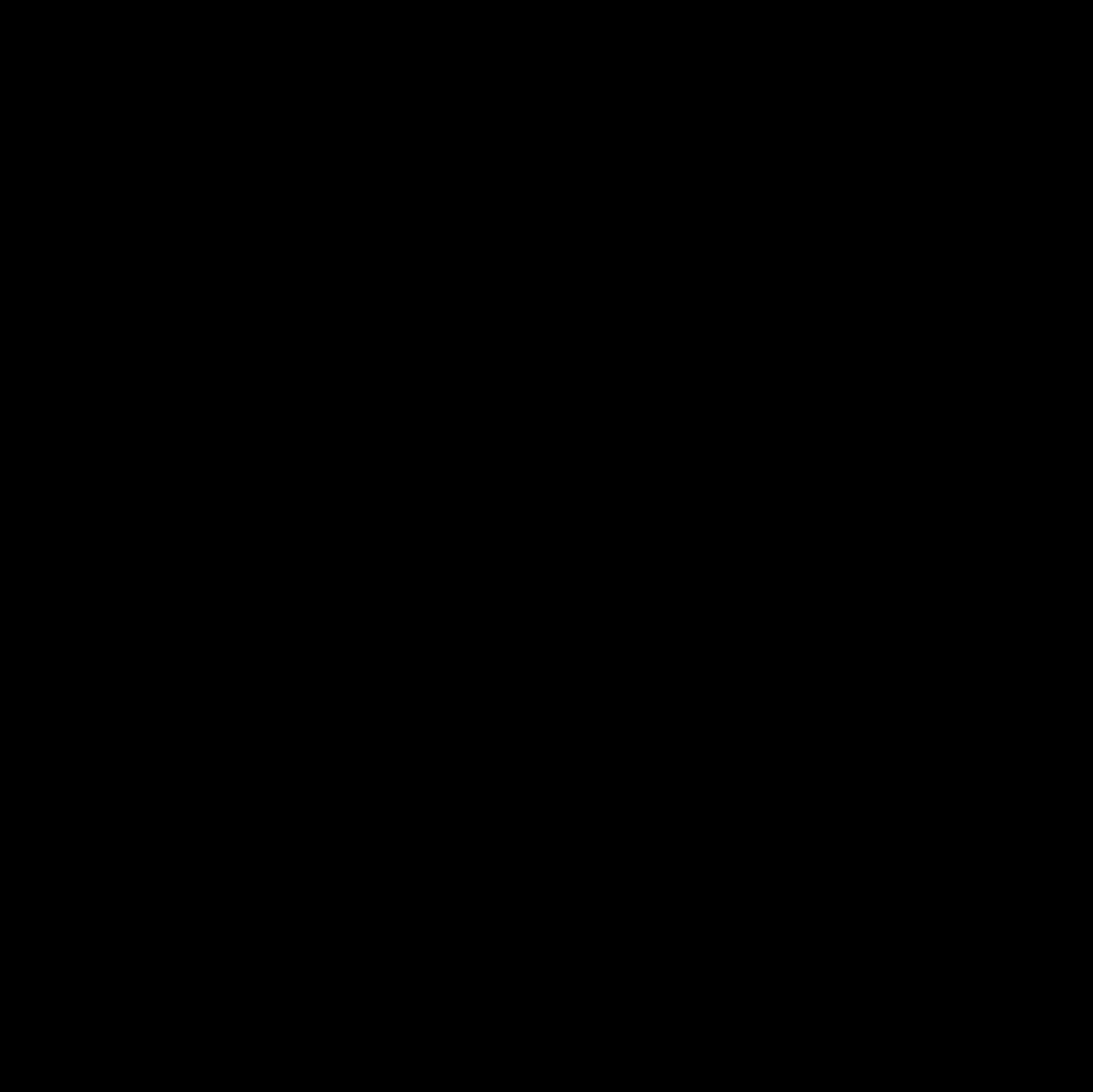


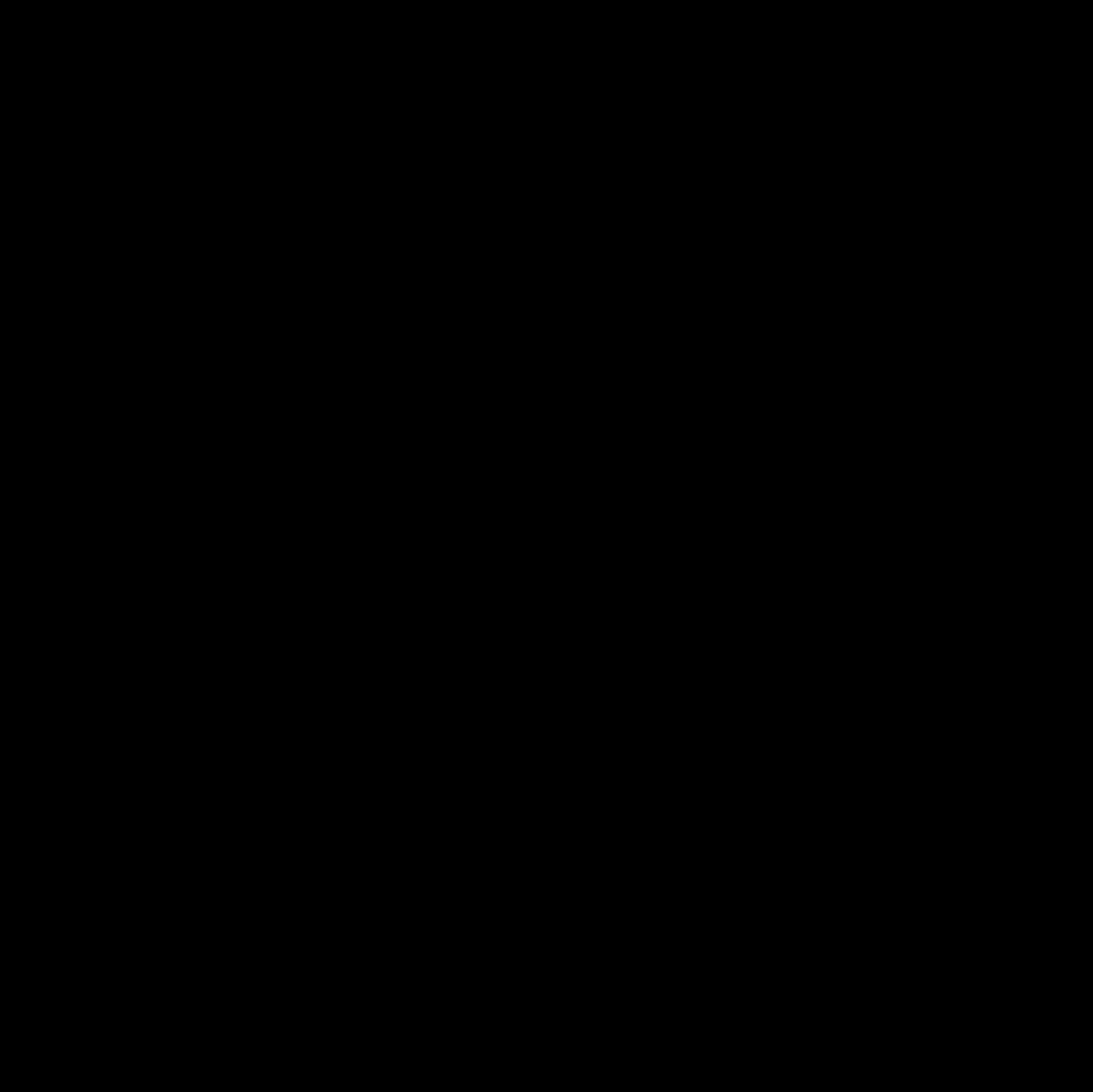


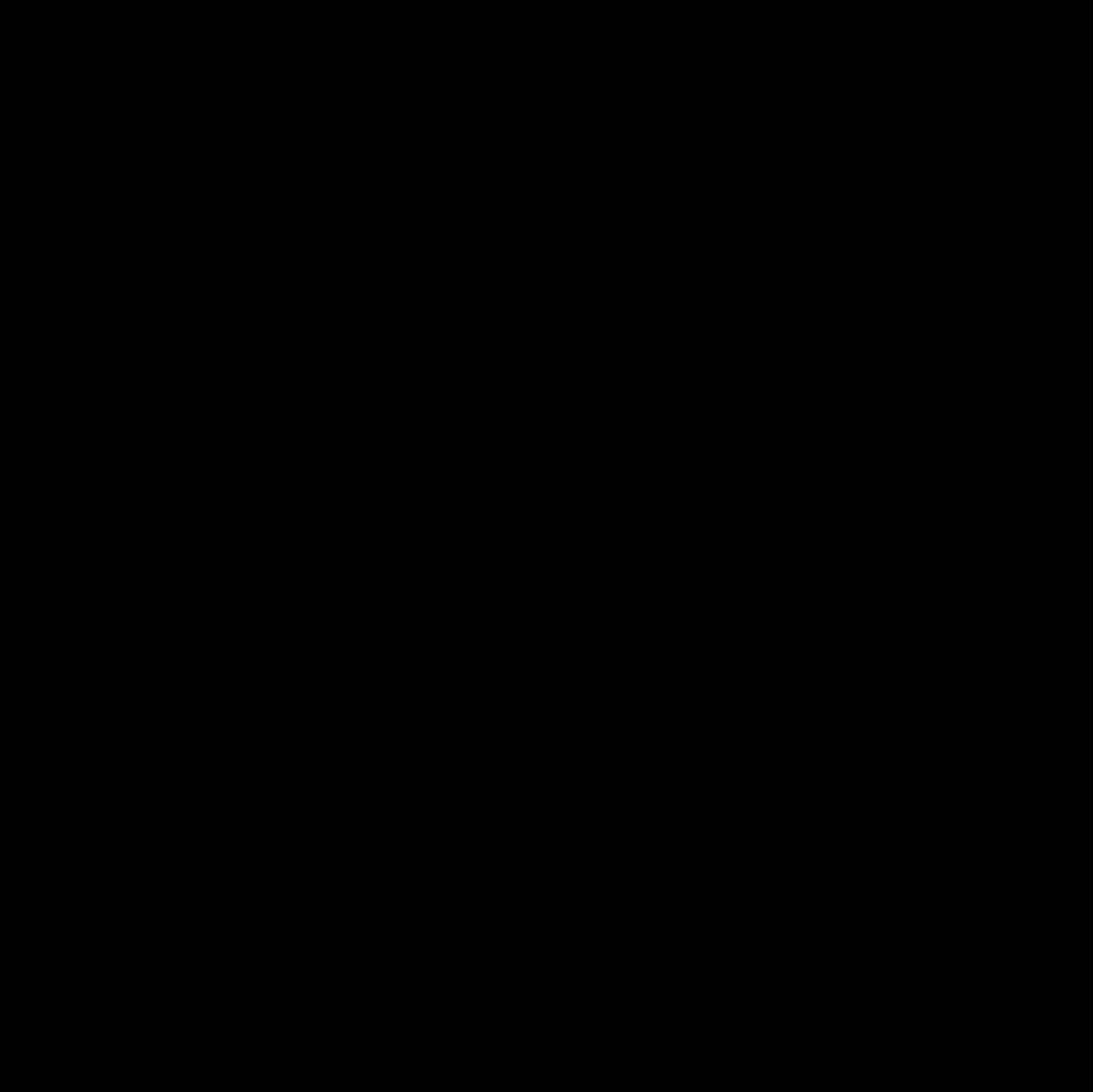


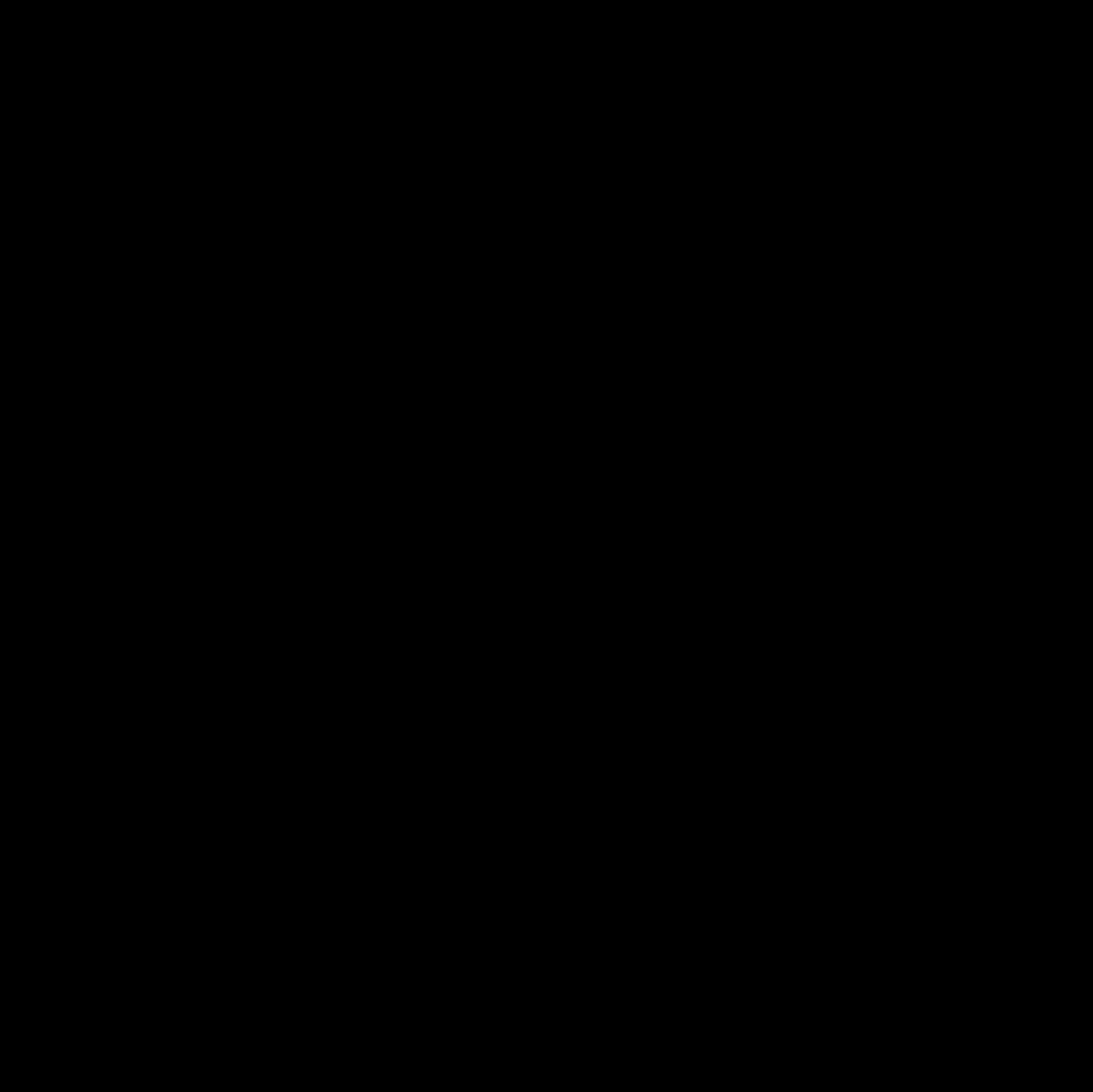


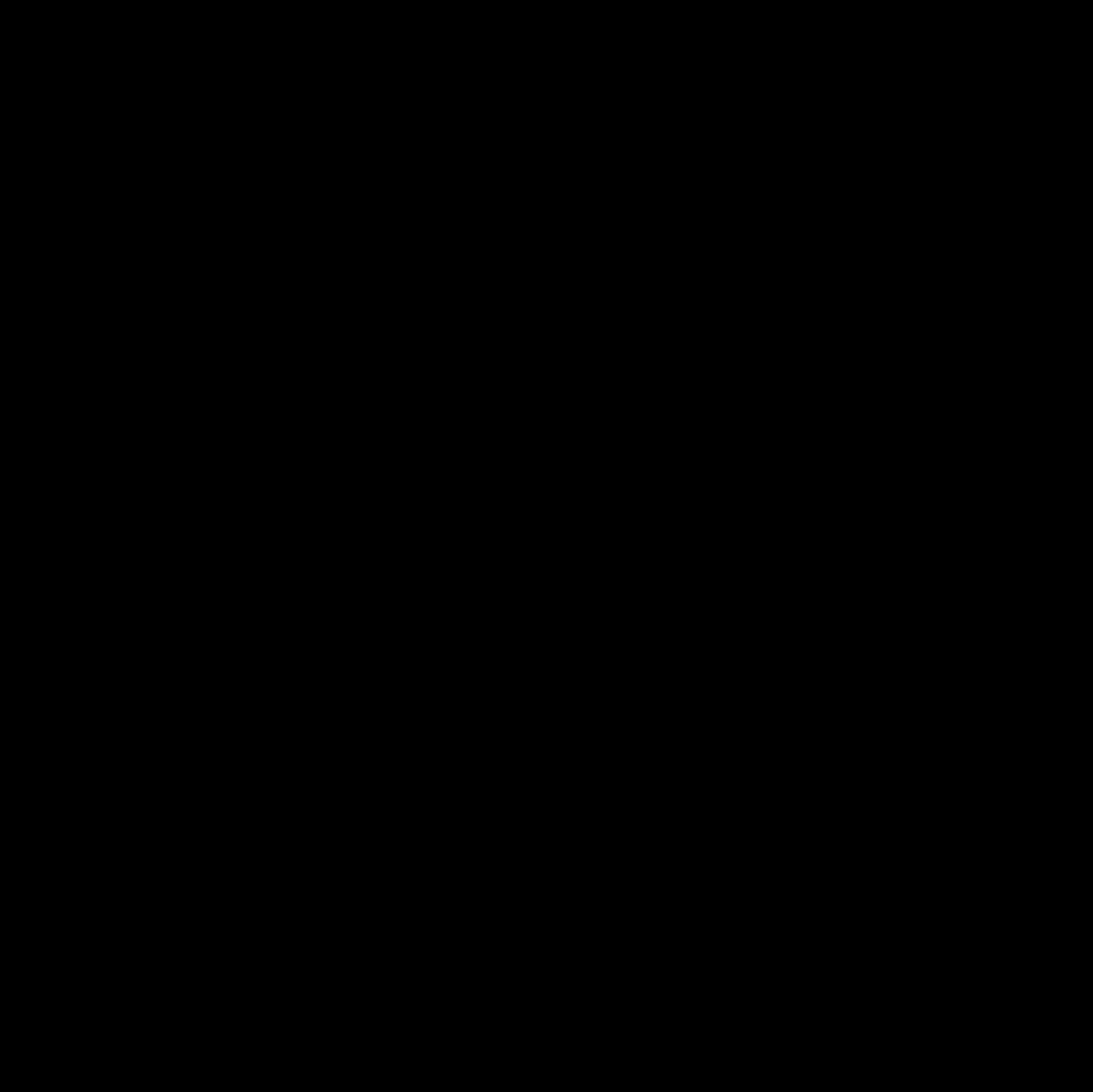














GESETZBLATT

249

der Deutschen Demokratischen Republik

1973

Berlin, den 22. Oktober 1973

Teil II Nr. 15

Tag	Inhalt	Seite
21. 9. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien vom 7. Februar 1973 über die Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958 sowie des Schlußprotokolls zu der Vereinbarung	249
3. 10. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des „Abkommens über den Rechtsschutz von Erfindungen, Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ vom 12. April 1973 in den Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik und zur Sozialistischen Republik Rumänien	256

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Vereinbarung
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
vom 7. Februar 1973
über die Änderung des Abkommens zwischen der
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete
der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958
sowie des Schlußprotokolls zu der Vereinbarung
vom 21. September 1973

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 7. Februar 1973 in Berlin die nachstehend veröffentlichte Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958 sowie das Schlußprotokoll zu der Vereinbarung unterzeichnet wurden.

Die Vereinbarung trat gemäß ihrem § 7 am 1. August 1973 in Kraft.

Berlin, den 21. September 1973

Der Leiter
des Büros des Ministerrates

Dr. Rost
Staatssekretär

Vereinbarung
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
über die Änderung des Abkommens zwischen der
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete
der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Bulgarien haben in Anbetracht der positiven Ergebnisse der gegenseitigen Beziehungen und der Zusammenarbeit, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik erzielt worden sind, und geleitet von dem Wunsche, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Geiste der Freundschaft zwischen beiden Staaten zu verbessern, zu vertiefen und zu erweitern, beschloss, zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958 (nachfolgend Abkommen vom 20. Februar 1958 genannt), diese Vereinbarung abzuschließen.

Sie haben hierzu als Bevollmächtigte ernannt:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Horst Rademacher
Staatssekretär für Arbeit und Löhne

Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien

Mischo Mischew
Minister für Arbeit und Sozialfürsorge

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

§ 1

Artikel 4 des Abkommens vom 20. Februar 1958 erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

Die Gewährung von Renten

(1) Die Versicherungsträger beider Abkommenspartner gewähren Renten und andere Entschädigungen auf dem Gebiet der Rentenversicherung (nachfolgend Renten genannt) entsprechend den Rechtsvorschriften ihres Staates an Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und an Bürger der Volksrepublik Bulgarien, die Dienst- und ihnen gleichgestellte Zeiten (nachfolgend Dienstzeiten genannt) auf dem Territorium beider Staaten erworben haben. Bei der Feststellung des Rentenanspruchs berücksichtigen die Versicherungsträger beider Abkommenspartner die in beiden Staaten erworbenen Dienstzeiten sowie die mit der jeweils geleisteten Arbeit verbundenen Rechte und Privilegien entsprechend den Rechtsvorschriften ihres Staates.

(2) Jeder Versicherungsträger der beiden Abkommenspartner zahlt den Teil der gemäß Absatz 1 errechneten Rente, der dem Anteil der auf dem Territorium seines Staates geleisteten Dienstzeit entspricht. Ist die Summe der von beiden Versicherungsträgern gezahlten Rententeile insgesamt niedriger als diejenige Rente, die dem Anspruchsberechtigten unter Berücksichtigung der in beiden Staaten erworbenen Dienstzeiten nach den Bestimmungen des ständigen Aufenthaltslandes zustehen würde, so erhöht der Versicherungsträger dieses Staates den von ihm zu zahlenden Anteil um die Differenz zwischen dem Betrag dieser Rente und der Summe der proportionalen Teile.

(3) Beträgt die Dienstzeit auf dem Territorium des einen Staates weniger als 6 Monate, kann kein Rentenanspruch gegenüber dem zuständigen Versicherungsträger dieses Staates geltend gemacht werden. Diese Dienstzeit wird vom Versicherungsträger des anderen Staates wie eine bei ihm erworbene berücksichtigt.

(4) Wenn ein Anspruchsberechtigter, der Dienstzeiten auf den Territorien beider Staaten erworben hat, die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch nur nach den Rechtsvorschriften eines Abkommenspartners erfüllt, so gewährt ihm der Versicherungsträger dieses Abkommenspartners den proportionalen Teil der Rente gemäß Absatz 2. Der proportionale Teil der Rente darf nicht niedriger sein als die Mindestrente, die der in diesem Staat erworbenen Dienstzeit entspricht. Werden die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch im anderen Staat später erfüllt, erfolgt die Gewährung und Zahlung beider Rententeile vom Tag der Entstehung dieses Anspruchs an nach den Bestimmungen der Absätze 1 und 2.

(5) Erwirbt ein Rentner, dem eine Rente durch die Versicherungsträger beider Abkommenspartner gewährt wird, nach Festsetzung der Rente eine zusätzliche Dienstzeit auf dem Territorium eines Staates, dessen Rechtsvorschriften dafür eine Erhöhung der Rente vorsehen, so wird ihm die Erhöhung vom Versicherungsträger dieses Abkommenspartners gewährt.

(6) Rente auf Grund eines Arbeitsunfalles wird vom Versicherungsträger des Abkommenspartners nach den Rechtsvorschriften seines Staates gewährt, bei dem der Verletzte zur Zeit des Arbeitsunfalles versichert war.

(7) Rente auf Grund einer Berufskrankheit wird nach den Rechtsvorschriften seines Staates vom Versicherungsträger des Staates gewährt, auf dessen Territorium der Erkrankte unter Bedingungen und in Tätigkeiten gearbeitet hat, die diese Berufskrankheit verursachen könnten. Hat der Anspruchsberechtigte in beiden Staaten unter diesen Bedingungen und in diesen Tätigkeiten gearbeitet, wird die Rente wegen Berufskrankheit vom Versicherungsträger des Staates gewährt, auf dessen Territorium diese Tätigkeit zuletzt unter den erwähnten Bedingungen ausgeübt wurde.

(8) Erwirbt ein Versicherter durch einen erneuten Arbeitsunfall oder durch eine erneute Berufskrankheit, die auf dem Territorium des anderen Staates eingetreten sind, einen An-

spruch auf Rente, so ist der Versicherungsträger dieses Abkommenspartners verpflichtet, die Rente unter Berücksichtigung des vorherigen Arbeitsunfalles bzw. der vorherigen Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften seines Staates festzusetzen und insgesamt zu seinen Lasten zu gewähren.

(9) Siedelt ein Rentner auf das Territorium des anderen Staates über, so ist ihm die zustehende Rente vom ersten Tag des auf die Übersiedlung folgenden Monats zu Lasten des Versicherungsträgers des Abkommenspartners weiterzuzahlen, der die Rente gewährt. Das gilt auch, wenn die Rente in proportionalen Teilen von den Versicherungsträgern beider Abkommenspartner gewährt wird.

(10) Für die Feststellung der Invalidität oder des Körperschadens gelten die medizinischen und sonstigen Kriterien des zuständigen Organs des Abkommenspartners, der die Rente gewährt.

(11) Ein Rentner, dem eine Rente gemäß Absatz 2 gewährt wird, erhält Zahlungen für Familienangehörige von dem Versicherungsträger und nach den Rechtsvorschriften des Staates, auf dessen Territorium die Familienangehörigen ihren ständigen Wohnsitz haben.

(12) Rente, die vom Versicherungsträger eines Abkommenspartners für einen Bürger gewährt wird, der auf dem Territorium des anderen Staates wohnt, wird durch den Versicherungsträger des Staates, in dem der Berechtigte seinen ständigen Wohnsitz hat, ausgezahlt. Dazu gibt der Versicherungsträger des Abkommenspartners, zu dessen Lasten die Rente ausgezahlt wird, dem zuständigen Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners einen Zahlungsauftrag. Diese Leistung wird verrechnet.

(13) Siedelt ein Anspruchsberechtigter in einen dritten Staat über, richtet sich sein Recht auf Rente nach den zwischenstaatlichen Abkommen und den Rechtsvorschriften des jeweiligen Abkommenspartners.“

§ 2

Artikel 5 des Abkommens vom 20. Februar 1958 erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

Die Gewährung von Sachleistungen, kurzfristigen Leistungen und Kinderbeihilfen

(1) Sachleistungen im Falle der Krankheit, des Unfalles, der Mutterschaft oder des Todes werden vom zuständigen Organ des Staates und auf seine Kosten in dem in den Absätzen 2 und 3 festgelegten Umfang gewährt, auf dessen Territorium der Anspruchsberechtigte (Versicherte, Rentner oder Familienangehörige) ständig wohnt oder sich vorübergehend aufhält. Eine Verrechnung dieser Leistungen findet nicht statt.

(2) Sachleistungen im gleichen Umfang, wie sie die Rechtsvorschriften für eigene Staatsbürger vorsehen, erhalten Bürger beider Staaten, die

- ständig auf dem Territorium des anderen Staates wohnen oder in Betrieben bzw. Institutionen dieses Staates beschäftigt sind;
- auf dem Territorium des anderen Staates für Betriebe oder Institutionen mit Sitz im eigenen Staat tätig sind;
- sich in Durchführung eines Dienstauftrages (einschließlich Delegationen) auf dem Territorium des anderen Staates aufhalten;
- in diplomatischen, konsularischen oder anderen ständigen Vertretungen des entsendenden Staates tätig sind;
- bei Beschäftigten der diplomatischen, konsularischen oder anderen ständigen Vertretungen des entsendenden Staates tätig sind;
- sich als anspruchsberechtigte Familienangehörige der vorstehend genannten Bürger auf dem Territorium des anderen Staates aufhalten.

(3) Ein Bürger des einen Staates, der sich vorübergehend auf dem Territorium des anderen Staates aufhält und nicht vom Absatz 2 erfaßt wird (z. B. Tourist, Privatreisender), erhält bei Unfall, übertragbarer und akuter Erkrankung (einschließlich akuter stomatologischer Erkrankung) und in anderen dringenden Fällen unentgeltlich ambulante oder stationäre medizinische Versorgung in den für die Bevölkerung zuständigen Einrichtungen des Gesundheitswesens. Diese Versorgung erhält er so lange, bis es ihm möglich ist, ohne Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder Gefahr für das Leben in seinen Staat zurückzukehren.

(4) Kurzfristige Leistungen der Sozialversicherung (Geldleistungen, Unterstützungen und Zulagen) werden vom Versicherungsträger des Abkommenspartners entsprechend den Rechtsvorschriften seines Staates und auf seine Kosten gewährt, bei dem der Anspruchsberechtigte zum Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs versichert ist oder zuletzt versichert war. Soweit der Anspruch von einer bestimmten Dienstzeit abhängig ist, werden die in beiden Staaten erworbenen Dienstzeiten berücksichtigt.

(5) Die Bestattungskosten werden vom zuständigen Organ des Staates, in dem die Bestattung erfolgte, in der für eigene Bürger vorgesehenen Höhe gewährt.

(6) Unfälle, die Bürger des einen Staates bei der Anreise zur Arbeitsaufnahme im anderen Staat erleiden, gelten als Arbeitsunfälle, wenn ein abgeschlossener Arbeitsvertrag vorliegt und die Reise auf dem kürzesten Weg ohne nicht erforderliche Unterbrechungen erfolgte. Das gleiche gilt für die Rückreise vom Arbeitsort zum ständigen Wohnsitz im Heimatstaat, wenn die Rückreise innerhalb eines Monats nach Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses erfolgt, sowie bei der Hin- und Rückreise während des bezahlten Jahresurlaubs. Die kurzfristigen Leistungen für diese Arbeitsunfälle werden vom Versicherungsträger des Abkommenspartners nach den Rechtsvorschriften seines Staates und auf seine Kosten gewährt, bei dem die Anspruchsberechtigten auf Grund des bestehenden oder beendeten Arbeitsrechtsverhältnisses versichert waren. Derselbe Versicherungsträger gewährt den in diesem Absatz erwähnten Personen und auf seine Kosten kurzfristige Leistungen, wenn während der genannten Reisen infolge Krankheit Arbeitsunfähigkeit eintritt.

(7) Entsteht der Anspruch auf kurzfristige Leistungen der Sozialversicherung während des Aufenthalts auf dem Territorium des anderen Staates oder siedelt der Anspruchsberechtigte während des Bezuges kurzfristiger Leistungen auf das Territorium des anderen Staates über, kann der zur Zahlung verpflichtete Versicherungsträger den Versicherungsträger des Aufenthaltslandes mit der Auszahlung beauftragen. Diese Auftragsleistungen werden verrechnet.

(8) Kinderbeihilfen bzw. Familienzulagen zahlt nach seinen Rechtsvorschriften und auf seine Kosten das zuständige Organ des Staates, auf dessen Territorium die Kinder ständig wohnen.“

§ 3

Artikel 6 des Abkommens vom 20. Februar 1958 erhält folgende Fassung:

„Artikel 6

Sonderbestimmungen
für einige Beschäftigtengruppen

(1) Mit Ausnahme des Artikels 5 Absätze 1 und 3 gelten die Bestimmungen dieses Abkommens nicht für

a) Beschäftigte der diplomatischen und konsularischen Vertretungen und der Organe der Staatlichen Verwaltung sowie anderer Institutionen des einen Staates, deren Sitz im anderen Staat ist, wenn sie zur Ausübung dieser Tätigkeit in den anderen Staat entsandt wurden und Bürger des entsendenden Staates sind. Das gleiche gilt auch für die bei den Beschäftigten dieser Vertretungen, Organe und Institutionen tätigen Bürger des gleichen Staates, wenn sie vor Aufnahme dieser Tätigkeit ihren ständigen Wohnsitz im entsendenden Staat hatten;

b) Beschäftigte von Verkehrs- und anderen Betrieben des einen Staates, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit in den anderen Staat entsandt wurden und Bürger des entsendenden Staates sind.

(2) Die zuständigen zentralen Organe beider Abkommenspartner können auch andere als im Absatz 1 vorgesehene Ausnahmen vereinbaren.“

§ 4

Artikel 7 des Abkommens vom 20. Februar 1958 erhält folgende Fassung:

„Artikel 7

Verrechnung der gegenseitigen Vergütungen

Die im Auftrage des Versicherungsträgers des anderen Abkommenspartners gegenseitig durchgeführten Zahlungen entsprechend diesem Abkommen werden jährlich aufgerechnet. Die Zahlung des Differenzbetrages erfolgt entsprechend den Bestimmungen des zum Zeitpunkt der Zahlung jeweils gültigen Abkommens über die Verrechnung von nichtkommerziellen Zahlungen.“

§ 5

Artikel 17 des Abkommens vom 20. Februar 1958 erhält folgende Fassung:

„Artikel 17

Rückwirkung

Nach den Bestimmungen dieses Abkommens berücksichtigen die Versicherungsträger beider Staaten auch die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens auf dem Territorium des anderen Staates erworbenen Dienstzeiten ab 9. Mai 1945, Dienstzeiten, die von den Versicherten auf dem jetzigen Territorium beider Staaten vor dem 9. Mai 1945 erworben wurden, werden bei der Rentengewährung vom Versicherungsträger des Staates im vollen Umfang berücksichtigt, in dem der Berechtigte am 1. Januar 1973 seinen ständigen Wohnsitz hat.“

§ 6

Die im Abkommen vom 20. Februar 1958 und in dieser Vereinbarung geregelten gegenseitigen Beziehungen zwischen den Abkommenspartnern auf dem Gebiet der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beziehen sich auch auf die Sozialversicherung anderer Personengruppen.

§ 7

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Abkommenspartner. Sie tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Datum der letzten Note, mit der die Bestätigung mitgeteilt wird, folgt. Diese Vereinbarung ist ein unmittelbarer Bestandteil des Abkommens vom 20. Februar 1958.

(2) Mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung treten die Artikel 4, 5, 6, 7 und 17 des Abkommens vom 20. Februar 1958 außer Kraft.

(3) Die Bestimmungen dieser Vereinbarung haben keine Gültigkeit für Renten und kurzfristige Leistungen, deren Zahlung vor ihrem Inkrafttreten begonnen hat.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 7. Februar 1973 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik

gez.: Rademacher

Für die Regierung
der Volksrepublik
Bulgarien

gez.: Mischew

Schlußprotokoll

Zur Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958 haben sich die Bevollmächtigten beider Seiten über folgendes geeinigt:

I.

Zu § 1 der Vereinbarung:

1. Anträge auf Renten und andere Entschädigungen auf dem Gebiet der Rentenversicherung sind vom Anspruchsberechtigten beim Versicherungsträger des Staates zu stellen, auf dessen Territorium er seinen ständigen Wohnsitz hat. Besteht Anspruch auf Rente oder Teile der Rente beim Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners, werden ihm die zur Feststellung und Festsetzung des Rentenanspruchs erforderlichen Angaben vom Versicherungsträger des Abkommenspartners übermittelt, bei dem der Antrag gestellt wurde. Die für die Feststellung und Festsetzung der jeweiligen Rentenansprüche erforderlichen Angaben werden zwischen den Versicherungsträgern vereinbart.
2. Bei der Berechnung der Teile der Rente legen die Versicherungsträger beider Staaten die auf ihrem Territorium geleistete Dienstzeit in vollen Monaten fest.
3. Ist für die Feststellung der Rentenhöhe der in einem bestimmten Zeitraum der Dienstzeit erzielte Durchschnittsverdienst maßgebend und war der Anspruchsberechtigte in diesem Zeitraum ganz oder teilweise beim Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners versichert, ist der Berechnung der Rente der Durchschnittsverdienst zugrunde zu legen, der bei gleicher Tätigkeit während der gleichen Zeit auf dem Territorium des Staates erzielt worden wäre, dessen Versicherungsträger die Rente festsetzt.
4. Die medizinischen Unterlagen, die vom zuständigen Organ eines Abkommenspartners erarbeitet wurden, dienen als Grundlage für die Beschlußfassung des zuständigen Organs des anderen Abkommenspartners. Die Kosten, die auf Grund dafür erforderlicher medizinischer Untersuchungen entstehen, werden nicht verrechnet.

II.

Zu § 2 der Vereinbarung:

1. Sachleistungen an einen Bürger des anderen Staates, der nicht beim Versicherungsträger des Aufenthaltslandes versichert ist, werden gegen Vorlage des Reisedokuments bzw. des Personalausweises gewährt.
2. Die unentgeltliche ambulante und stationäre medizinische Versorgung umfaßt die erforderliche ärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arzneien zu gleichen Bedingungen, wie sie die Rechtsvorschriften für die eigenen Bürger vorsehen.
3. Unterlagen der zuständigen Organe, die das Recht auf kurzfristige Leistungen der Sozialversicherung bestätigen, werden von den Versicherungsträgern beider Abkommenspartner gegenseitig anerkannt.

III.

Zu §§ 1 und 2 der Vereinbarung:

1. Aufträge zur Zahlung von Renten und kurzfristigen Leistungen an Bürger, die auf dem Territorium des anderen Staates wohnen bzw. sich dort aufhalten, erteilen die gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Abkommens vom 20. Fe-

bruar 1958 benannten zentralen Organe. Die beiden Abkommenspartner werden sich schriftlich über Veränderungen in der Zuständigkeit der zentralen Organe benachrichtigen.

2. Die Angaben, die der Zahlungsauftrag enthalten muß sowie Einzelheiten der Art und Weise der Zahlung, werden zwischen den zuständigen zentralen Organen der Abkommenspartner vereinbart. Soweit die Zahlung an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gebunden ist, sind diese im Zahlungsauftrag aufzuführen. Die Versicherungsträger beider Abkommenspartner sind verpflichtet, bei Wegfall dieser Voraussetzungen die Zahlung einzustellen und den anderen Abkommenspartner darüber zu informieren.

IV.

Zu § 4 der Vereinbarung:

1. Die Aufrechnung der im gegenseitigen Auftrag durchgeführten Zahlungen erfolgt durch die zuständigen zentralen Organe.
2. Die Aufstellungen über die im vergangenen Kalenderjahr im Auftrag des zuständigen zentralen Organs des anderen Abkommenspartners durchgeführten Zahlungen übersenden sich die Versicherungsträger gegenseitig bis spätestens 28. Februar des folgenden Jahres. Die Abstimmung der Zahlungen und der Ausgleich des Differenzbetrages erfolgt bis 30. April jeden Jahres.
3. Einzelheiten über den Inhalt der Aufstellungen und den Ausgleich werden zwischen den zuständigen zentralen Organen der Abkommenspartner vereinbart.
4. Die erste Aufrechnung erfolgt für den Zeitraum ab Inkrafttreten der Vereinbarung bis zum 31. Dezember 1973.

V.

Erläuterung einiger Begriffe des Abkommens vom 20. Februar 1958, der Vereinbarung und dieses Schlußprotokolls:

1. Als ständiger Wohnsitz, ständiges Aufenthaltsland oder ständiges Wohnen gilt der Ort, an dem der Versicherte, der Rentner oder der anspruchsberechtigte Familienangehörige mit Genehmigung der zuständigen Organe beider Abkommenspartner wohnt.
2. Als Familienzulagen gelten alle Zahlungen für Kinder einschließlich der einmaligen Geburtenbeihilfe sowie die Leistungen für Familienangehörige.
3. Die im deutschen bzw. bulgarischen Text verwendeten Begriffe Versicherungsträger bzw. Versicherungsorgane sind identisch.

Das Schlußprotokoll ist unmittelbarer Bestandteil der Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 7. Februar 1973 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik
gez.: Rademacher

Für die Regierung
der Volksrepublik
Bulgarien
gez.: Mischew

СПОРАЗУМЕНИЕ
между правителството на
Германската демократична република
и правителството на Народна република България
за изменение на Спогодбата между правителството на
Германската демократична република
и правителството на Народна република България
за сътрудничество в областта на социалната политика
от 20 февруари 1958 година.

Правителството на Германската демократична република и правителството на Народна република България, като взеха предвид положителните резултати от взаимните връзки и сътрудничество в областта на социалната политика и водени от желанието да подобрят, задълбочат и разширят сътрудничеството в тази област в дух на приятелство между двете страни, решиха да сключат настоящото Споразумение за изменение и допълнение на Спогодбата между правителството на Германската демократична република и правителството на Народна република България за сътрудничество в областта на социалната политика от 20 февруари 1958 година (наричана по-нататък «Спогодба от 20 февруари 1958 г.»).

За тази цел те назначиха свои пълномощници:

Правителството на Германската демократична република
ХОРСТ РАДЕМАХЕР
 държавен секретар по труда и работната заплата
 Правителството на Народна република България
МИЦО МИЦЕВ
 министър на труда и социалните грижи

които, след като размениха пълномощията си и ги намериха в добра и надлежна форма, се съгласиха на следното:

§ 1

Член 4 на Спогодбата от 20 февруари 1958 година получава следната редакция:

«Член 4

Отпускане на пенсия

1/ Осигурителните органи на двете страни по Спогодбата отпускат съобразно законодателството на своята страна пенсия и други обезщетения в областта на пенсионната осигуровка (наричани по-нататък «пенсии») на граждани на Германската демократична република и на граждани на Народна република България, които са придобили трудов стаж и приравнено него време (наричано по-нататък «трудов стаж») на територията на двете страни. При определяне правото на пенсия осигурителните органи на двете договорящи страни вземат предвид придобития в двете държави трудов стаж, както и права и привилегии, придобити с оглед на извършваната работа съобразно законодателството на своята държава.

2/ Всеки осигурителен орган на двете договорящи страни заплаща частта от изчислената съобразно алинея 1 пенсия, която отговаря на частта на положения на територията на неговата държава трудов стаж. Когато сборът на изплащанияте от двата осигурителни органа части от пенсията е по-малък от пенсията, която правоимащият би получил съгласно разпоредбите на страната на постоянното си местоживее, след като се вземе под внимание придобитият трудов стаж в двете страни, осигурителният орган на тази държава увеличава подлежащата за изплащане от него част с разликата между размера на тази пенсия и сбора на пропорционалните части.

3/ Когато трудовият стаж, придобит на територията на едната държава, възлиза на по-малко от 6 месеца, не може да се предявява спрямо компетентния осигурителен орган на тази държава искане за пенсия. Този трудов стаж се зачита от осигурителния орган на другата страна като придобит при него.

4/ Ако правоимащият, който е придобил трудов стаж на територията на двете държави, е изпълнил условията за получаване на пенсия само според разпоредбите на едната договоряща страна, осигурителният орган на тази страна му отпуска пропорционалната част от пенсията съобразно алинея 2. Пропорционалната част от пенсията не може да е по-малка

от минималната пенсия, която съответствува на придобития в тази държава трудов стаж. Ако по-късно се изпълнят условията за право на пенсия и в другата държава, отпускането и изплащането на двете части от пенсията се извършва от двете на поредането на това право съобразно разпоредбите на алинея 1 и 2.

5/ Когато пенсионерът, на когото е отпусната пенсия от осигурителните органи на двете договорящи страни придобие след определяне на пенсията допълнителен трудов стаж на територията на едната държава, чие законодателство предвижда за него увеличение на пенсията, това увеличение му се предоставя от осигурителния орган на тази договоряща страна.

6/ Пенсия за трудова злополука отпуска съобразно разпоредбите на законодателството на своята страна осигурителният орган на договорящата страна, при който пострадалият е бил осигурен по време на трудовата злополука.

7/ Пенсия за професионално заболяване отпуска съобразно разпоредбите на законодателството на своята държава осигурителният орган на държавата, на чиято територия заболяният е работил в условия и дейности, които могат да причинят това професионално заболяване. Ако правоимащият е работил при тези условия и дейности и в двете държави, пенсията за професионално заболяване се отпуска от осигурителния орган на държавата, на чиято територия е изпълнявана тази дейност при посочените условия за последен път.

8/ Ако осигуреният придобие право на пенсия вследствие на нова трудова злополука или ново професионално заболяване, които са настъпили на територията на другата държава, осигурителният орган на тази договоряща страна е задължен да определи пенсията, като вземе предвид предходната трудова злополука, респективно предишното професионално заболяване съобразно разпоредбите на своята държава и я изплаща изцяло за своя сметка.

9/ Когато пенсионерът се пресели на територията на другата държава, дължимата му пенсия продължава да се изплаща от първия ден на следващия месец на преселването за сметка на осигурителния орган на договорящата страна, който отпуска пенсията. Това е в сила и когато пенсията се отпуска от осигурителните органи на двете договорящи страни в пропорционални части.

10/ За установяване на инвалидността или телесното увреждане са в сила медицинските и други критерии на компетентния орган на договорящата страна, който отпуска пенсията.

11/ Пенсионер, на когото е отпусната пенсията съобразно алинея 2, получава плащания за членове на семейството от осигурителния орган съобразно законодателството на държавата, на чиято територия имат своето постоянно местожителство членовете на семейството му.

12/ Пенсия, която следва да се отпусне от носителя на осигуровката на една от договорящите страни на гражданин, който живее на територията на другата договоряща държава, се изплаща посредством осигурителния орган на държавата, където правоимащият има постоянното си местожителство. За целта осигурителният орган на договорящата страна, за чиято сметка се изплаща пенсията, дава поръчение за плащане на компетентния осигурителен орган на другата договоряща страна. Това плащане се минава по сметка.

13/ Когато правоимащият се пресели в трета държава, неговото право на пенсия се урежда съобразно междудържавните спогодби и законодателство на съответната договоряща страна.

§ 2

Член 5 на Спогодбата от 20 февруари 1958 г. получава следната редакция:

«Член 5

Отпускане на обезщетения в натура, краткосрочни парични плащания и добавки за деца

1/ Обезщетения в натура в случай на болест, злополука, майчинство и смърт отпуска за своя сметка в установения с алинея 2 и 3 размер компетентният орган на държавата, на

чиято територия живее постоянно или пребивава временно правоимащият (осигуреният, пенсионерът или членът на семейството). Разплащане на тези разходи не се извършва.

/2/ Обезщетенията в натура в същия размер, както е предвидено в законодателството за собствените граждани, получават гражданите на двете държави, които:

- живеят постоянно на територията на другата държава или работят в предприятията, респективно институции на тази държава;
- работят на територията на другата държава за предприятия или институции, които имат седалище в своята държава;
- пребивават в изпълнение на служебно поръчение (включително делегации) на територията на другата държава;
- работят в дипломатически, консулски и други постоянни представителства на изпращащата държава;
- работят при служители на дипломатически, консулски или други постоянни представителства на изпращащата държава;
- пребивават на територията на другата държава като правоимащи членове на семейства на изброените по-горе граждани.

/3/ Гражданин на едната държава, който пребивава временно на територията на другата държава и който не е обхванат от ал. 2 (например: турист, частно пътуващ), получава при злополука, заразно и акутно заболяване (включително акутно стоматологично заболяване) и други специални случаи безплатно амбулаторно или стационарно лечение в обслужващите населените здравни заведения. Това лечение той получава докато стане възможно да се върне в своята държава без опасност за здравето или здравето на семейството или опасност за живота.

/4/ Краткосрочни парични плащания (обезщетения, помощи и добавки) се отпускат от общественото осигуряване от и за сметка на осигурителния орган на договорящата страна съобразно законодателството на своята държава, при който е осигурен правоимащият по време на пораждаване на правото или е бил осигурен за последен път при него. Доколкото правото е в зависимост от определен трудов стаж, взема се предвид придобитият в двете държави трудов стаж.

/5/ Разходите за погребение се поемат от компетентните органи на държавата, където е извършено погребението, в размера, предвиден за собствените граждани.

/6/ Към трудовите злополуки се приравняват и злополуките, които претърпят граждани на едната държава при пътуване, за да достигнат на работа в другата страна въз основа на сключен трудов договор и ако пътуването е извършено по най-краткия път и без неуживни прекъсвания. Същото се отнася и за обратното пътуване от работното място до постоянното местожителство в родината, ако то е извършено в месечния срок след приключване на трудовото правоотношение, както и при случай на пътувания за идване и връщане по време на платен годишен отпуск. Краткосрочните парични обезщетения за тези трудови злополуки се отпускат съобразно законодателството на държавата от и за сметка на осигурителния орган на договорящата страна, при който правоимащите са били осигурени въз основа на съществуващо или изтекло трудово правоотношение. Същият осигурителен орган отпуска за своя сметка краткосрочни парични плащания на посочените в тази алинея лица, ако те са станали нетрудоспособни поради болест при посочените пътувания.

/7/ Ако се породят право на краткосрочни парични плащания от общественото осигуряване по време на пребиваване на територията на другата държава или ако по време на получаване на краткосрочни парични плащания правоимащият се пресели на територията на другата държава, осигурителният орган, който е задължен да извърши плащането, може да възложи същото на осигурителния орган в страната, където пребивава правоимащият. За плащания, направени въз основа на поръчение, се извършва разплащане.

/8/ Добавки за деца, респективно семейни добавки, заплаща за своя сметка съобразно законодателството на своята страна

компетентният орган на държавата, на чиято територия живеят децата постоянно».

§ 3

Член 6 на Спогодбата от 20 февруари 1958 г. получава следната редакция:

«Член 6

Специални разпоредби за някои категории трудещи се

/1/ С изключение на чл. 5, алинея 1 и 2, разпоредбите на тази Спогодба не се прилагат за:

- a) служителите в дипломатическите и консулските представителства и органи на държавната администрация, а също и други институции на едната държава, които имат седалище в другата държава, ако те са изпратени за изпълнение на тази дейност в другата държава и ако са граждани на изпращащата държава. Това е в сила и за гражданите на същата държава, ако работят при служители на тези представителства, органи и институции и преди започване на тази дейност са имали постоянното си местожителство в изпращащата страна;
- b) служителите в транспортни и други предприятия на едната държава, които са изпратени за упражняване на своята дейност в другата държава и са граждани на изпращащата държава.

/2/ Компетентните централни органи на двете договорящи страни могат да договорят и други изключения освен предвидените в алинея 1».

§ 4

Член 7 на Спогодбата от 20 февруари 1958 г. получава следната редакция:

«Член 7

Разплащане на взаимните сметни отношения

Извършените съобразно настоящата Спогодба въз основа на поръчения на осигурителните органи на другата договоряща страна плащания се уреждат ежегодно. Изплащането на салдото се извършва съобразно съответната Спогодба за нестиковите плащания, която е в сила по време на разплащането».

§ 5

Член 17 на Спогодбата от 20 февруари 1958 г. получава следната редакция:

«Член 17

Обратно действие

Съобразно разпоредбите на тази Спогодба осигурителните органи на двете държави зачитат също и трудовият стаж, придобит на територията на другата държава, преди влизането в сила на тази Спогодба, начинаейки от 9 май 1945 г. Трудовият стаж, който е придобит от осигурения на сегашната територия на двете държави преди 9 май 1945 година, се зачита в пълен размер при отпускане на пенсията от осигурителния орган на държавата, в която правоимащият има своето постоянно местожителство на 1 януари 1973 година».

§ 6

Взаимните отношения между двете договорящи страни в областта на общественото осигуряване на работниците и служителите, уредени в Спогодбата от 20 февруари 1958 година и в настоящото Споразумение се отнасят и за другите обхванати от общественото осигуряване лица.

§ 7

/1/ Настоящото Споразумение е необходимо да бъде утвърдено съобразно вътрешнодържавните разпоредби на договорящите страни. То влиза в сила от първия ден на месеца, който следва датата на последната нота, с която се съобщава утвърждаването. Настоящото Споразумение е непосредствена съставна част на Спогодбата от 20 февруари 1958 година.

/2/ От деня на влизането в сила на настоящото Споразумение се обезсилват членове 4, 5, 6, 7 и 17 от Спогодбата от 20 февруари 1958 година.

13/ Разпоредбите на настоящото Споразумение не се прилагат за пенсия и краткосрочни парични плащания, чието плащане е започнало преди влизането му в сила.

За потвърждаване на горното упълномощените подписаха и скрениха с печат настоящото Споразумение.

Съставено в град Берлин на 7 февруари 1973 в два екземпляра, всеки от тях — на немски и български език, като и двата текста имат еднаква сила.

ЗА ПРАВИТЕЛСТВОТО НА ГЕРМАНСКАТА ДЕМОКРАТИЧНА РЕПУБЛИКА R a d e m a c h e r	ЗА ПРАВИТЕЛСТВОТО НА НАРОДНА РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ М И Ш Е В
--	--

ЗАКЛЮЧИТЕЛЕН ПРОТОКОЛ

към Споразумението между правителството на Германската демократична република и правителството на Народна република България относно изменение на Спогодбата между правителството на Германската демократична република и правителството на Народна република България за сътрудничество в областта на социалната политика от 20 февруари 1958 година, при което упълномощените на двете страни се съгласиха за следното:

I.

Към § 1 на Споразумението:

1. Молби за пенсия и други обезщетения в областта на пенсионното осигуряване се подават от правоимащия в осигурителния орган на държавата, на чиято територия той има постоянното си местожителство. Ако е налице право за получаване на пенсия или частична пенсия от осигурителния орган и на другата страна, то необходимите данни за установяване и определяне правото на пенсия се предоставят от осигурителния орган на договорящата страна, където молбата е била подадена. Осигурителните органи на договорящите страни се споразумяват кои ще бъдат необходимите данни за установяване и определяне на съответния вид пенсия.

2. При изчисляване частите на пенсията, осигурителните органи на двете държави зачитат придобития на тяхна територия трудов стаж в пълни месеци.

3. Ако за определяне размера на пенсията е меродавно получаването през определен период средно трудово възнаграждение, и ако през този период правоимащият е бил изцяло или отчасти осигурен при осигурителен орган на другата страна, за база на изчисление на пенсията следва да се вземе средното трудово възнаграждение, което би било получено при същата дейност и през същото време на територията на държавата на осигурителния орган, който определя пенсията.

4. Медицинската документация, издадена от компетентния орган на една от договорящите страни, служи за база при вземане на решение от компетентния орган на другата договоряща страна. Разходите, които възникват във връзка с тези необходими медицински изследвания, не подлежат на взаимно уреждане.

II.

Към § 2 на Споразумението:

1. Гражданин на другата държава, който не е осигурен от осигурителния орган на страната, в която пребивава, получава обезщетение в натура срещу представяне на документите по пътуването, респективно личния паспорт.

2. Безплатното амбулаторно и стационарно лечение обхваща необходимото лечение включително и снабдяването с медикаменти при същите условия, които са предвидени от законодателството за собствените граждани.

3. Издадени от компетентните органи документи, установяващи право на краткосрочни плащания по общественото осигуряване, се признават взаимно от осигурителните органи на двете договорящи страни.

III.

Към § 1 и 2 на Споразумението:

1. Поръчение за плащане на пенсия и краткосрочни парични обезщетения на граждани, които живеят респективно пребивават на територията на другата държава, се дават от централните органи, определени съгласно чл. 13, ал. 2 на Спогодбата от 20 февруари 1958 година. Двете договорящи страни ще си съобщават писмено за промени в компетентността на централните органи.

2. Данните, които следва да съдържа поръчението за плащане, както и подробностите за начина на плащането, се определят между компетентните централни органи на страните. Ако плащането е свързано с изпълнението на определени предпоставки, същите следва да се посочат в поръчението за плащане. При отпадане на тези предпоставки осигурителните органи на двете договорящи страни са задължени да спрат плащането и да уведомят за това другата договоряща страна.

IV.

Към § 4 на Споразумението:

1. Сметните отношения, породени от плащанията, извършени въз основа на взаимно даваните поръчения, се уреждат от компетентните централни органи.

2. Извлеченията от сметките във връзка с плащанията по поръчение на компетентния централен орган, извършени през предходната година, се разменят взаимно между осигурителните органи най-късно до 28 февруари на следващата година. Уточняванията на плащанията и изравняването на салдото се извършват до 30 април всяка година.

3. Подробностите относно съдържанието на извлеченията и изравняването се договарят между компетентните централни органи на страните.

4. Първото приключване на сметките ще се извърши за период от влизане в сила на Споразумението до 31 декември 1973 година.

V.

Разяснения на някои понятия на Спогодбата от 20 февруари 1958 година, Споразумението и настоящия заключителен протокол:

1. Постоянно местожителство, постоянно местоживее или постоянно живее е мястото, където осигуреният, пенсионерът или правоимащият член на семейството живее със съгласието на компетентните органи на двете договорящи страни.

2. Под семейни добавки се разбират всички плащания за деца, включително и еднократни помощи за раждане на деца, а също и плащанията на членовете на семейството.

3. Употребените в немския и българския текст понятия «носител на осигуровката», респективно «осигурителен орган» са равнозначни.

Заключителният протокол е неразделна част от Споразумението между правителството на Германската демократична република и правителството на Народна република България за изменение на Спогодбата между правителството на Германската демократична република и правителството на Народна република България за сътрудничество в областта на социалната политика от 20 февруари 1958 година.

За удостоверяване на горното упълномощените подписаха и подпечатаха този заключителен протокол.

Съставен в град Берлин на 7 февруари 1973 в два екземпляра, всеки от които на немски и български език, като двата текста имат еднаква сила.

ЗА ПРАВИТЕЛСТВОТО НА ГЕРМАНСКАТА ДЕМОКРАТИЧНА РЕПУБЛИКА R a d e m a c h e r	ЗА ПРАВИТЕЛСТВОТО НА НАРОДНА РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ М И Ш Е В
--	--

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des
„Abkommens über den Rechtsschutz von Erfindungen,
Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen
bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen
Zusammenarbeit“ vom 12. April 1973
in den Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik
und zur Sozialistischen Republik Rumänien
vom 3. Oktober 1973

Hierdurch wird bekanntgemacht, daß das mehrseitige „Abkommen über den Rechtsschutz von Erfindungen, Geschmacks-, Gebrauchsmustern und Warenzeichen bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ vom 12. April 1973 (GBl II Nr. 10 S. 109) entsprechend seinem Artikel 20 in den Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik am 19. September 1973 und zur Sozialistischen Republik Rumänien am 22. Oktober 1973 in Kraft tritt.

Berlin, den 3. Oktober 1973

Der Leiter
des Büros des Ministerrates
Dr. Rost
Staatssekretär

Geschichte der sowjetischen Außenpolitik

2. Teil: 1945–1970

Übersetzung aus dem Russischen
653 Seiten · Leinen · 27,— M

Außenpolitische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden in ihrem geschichtlichen Zusammenhang eingeordnet, wodurch ihre Bedeutung und Funktion im Prozeß der Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme plastisch hervortreten und dem Leser zu tiefem Verständnis verhelfen. Die vom XXIV. Parteitag der KPdSU bekräftigten Grundsätze sowjetischer Außenpolitik finden im vorliegenden Band nicht nur detaillierte Darstellung, kompetente Interpretation und theoretische Verarbeitung, sie haben auch die Auswahl und Ordnung des Materials und damit die Gliederung des Buches selbst bestimmt.

Im örtlichen Buchhandel erhältlich.



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik



1973

Berlin, den 22. November 1973

Teil II Nr. 16

Tag

Inhalt

Seite

15. 11. 73

Bekanntmachung über das Inkrafttreten von rechtlichen Regelungen des RGW – „AKB/RGW 1973“ und „Allgemeine Prinzipien der Ersatzteilversorgung des RGW und der SFRJ 1973“ –

257

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
von rechtlichen Regelungen des RGW
– „AKB/RGW 1973“ und
„Allgemeine Prinzipien der Ersatzteilversorgung
des RGW und der SFRJ 1973“ –**

vom 15. November 1973

Hiermit wird bekanntgemacht, daß der Ministerrat die vom Exekutivkomitee des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf seiner 62. Tagung angenommene Empfehlung zu den „Allgemeinen Bedingungen für den Kundendienst für Maschinen, Ausrüstungen und andere Erzeugnisse, die zwischen den zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigten Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe geliefert werden (AKB/RGW 1973)“ und den „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung für Maschinen und Ausrüstungen, die im gegenseitigen Handel zwischen den Mitgliedsländern des RGW und der SFRJ geliefert werden (Allgemeine Prinzipien der Ersatzteilversorgung des RGW und der SFRJ 1973)“ (Anlagen 1 und 2) durch Beschluß vom 24. Mai 1973 bestätigt hat.

Damit treten

- die „Allgemeinen Bedingungen für den Kundendienst für Maschinen, Ausrüstungen und andere Erzeugnisse, die zwischen den zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigten Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe geliefert werden (AKB/RGW 1973)“ am 1. Januar 1974 in Kraft und sind für die Außenhandelsbetriebe und anderen zur Wahrnehmung von Außenhandelsaufgaben berechtigten Betriebe, Kombinate und Vereinigungen Volkseigener Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik rechtsverbindlich.
- Die „AKB/RGW 1973“ finden auf alle Kundendienstverträge Anwendung, die ab 1. Januar 1974 zwischen den zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigten

Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe abgeschlossen werden. Die Partner von Kundendienstverträgen können die Anwendung der „AKB/RGW 1973“ jedoch auch auf früher abgeschlossene Verträge vereinbaren, die nach dem 1. Januar 1974 Gültigkeit behalten;

- die „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung für Maschinen und Ausrüstungen, die im gegenseitigen Handel zwischen den Mitgliedsländern des RGW und der SFRJ geliefert werden (Allgemeine Prinzipien der Ersatzteilversorgung des RGW und der SFRJ 1973)“ am 1. Januar 1974 in Kraft und sind für die Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe, die Außenhandelsbetriebe und alle an der Durchführung von Außenwirtschaftsaufgaben beteiligten Betriebe, Kombinate und Vereinigungen Volkseigener Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik rechtsverbindlich. Die „Zusatzbedingungen für die Ersatzteilversorgung für Transportmittel und -ausrüstungen“ (Anlage 3) sind als Anlage zu den „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung des RGW und der SFRJ 1973“ zu betrachten.

Berlin, den 15. November 1973

Der Leiter
des Büros des Ministerrates

Dr. Rost
Staatssekretär

Anlage 1

zu vorstehender Bekanntmachung

**Allgemeine Bedingungen
für den Kundendienst für Maschinen, Ausrüstungen
und andere Erzeugnisse, die zwischen den zur
Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigten
Organisationen der Mitgliedsländer des
Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe geliefert werden
(AKB/RGW 1973)**

Der Kundendienst (Service) für Erzeugnisse, die zwischen den zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigten Organisationen der Mitgliedsländer des RGW geliefert werden, erfolgt auf der Grundlage dieser Allgemeinen Kundendienstbedingungen.

Alle Kundendienstverträge werden auf der Grundlage dieser Allgemeinen Kundendienstbedingungen abgeschlossen.

Falls die Partner beim Abschluß des Vertrages über die Durchführung des Kundendienstes zu der Schlussfolgerung gelangen, daß die Erzeugnisse, für die ein Kundendienstvertrag abgeschlossen wird, einen spezifischen Charakter haben und/oder daß infolge der Besonderheiten der Durchführung des Kundendienstes Abweichungen von einzelnen Bestimmungen dieser Allgemeinen Kundendienstbedingungen erforderlich sind, können sie das im Vertrag vereinbaren.

I.**Allgemeine Bestimmungen****§ 1**

Die in diesen Allgemeinen Kundendienstbedingungen verwendeten Bezeichnungen „Erzeugnisse“, „Verkäufer“, „Käufer“, „Partner“ und „Vertrag“ sind wie folgt zu verstehen:

Erzeugnisse	— Maschinen, Ausrüstungen und Geräte der Serienproduktion sowie Konsumgüter der Maschinenbauindustrie, die in bedeutenden Mengen geliefert werden, für die ein Kundendienst organisiert wird;
Verkäufer	— die zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechnigte Organisation, die die Erzeugnisse im Export liefert;
Käufer	— die zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechnigte Organisation, die die Erzeugnisse vom Verkäufer bezieht;
Partner	— Verkäufer und Käufer;
Vertrag	— ein Kundendienstvertrag.

§ 2

1. Der Kundendienst für die Erzeugnisse wird innerhalb der Garantiefrist für die Erzeugnisse und nach Ablauf dieser Frist durchgeführt.

Unter der Organisierung des Kundendienstes ist die Schaffung und das Funktionieren einer erforderlichen Anzahl ständiger und/oder beweglicher Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte im Lande des Käufers zu verstehen, die mit den notwendigen Ausrüstungen, Spe-

zial- und Montagewerkzeugen und Vorrichtungen ausgestattet sowie mit Ersatzteilen versorgt sind. Diese Werkstätten und Stützpunkte müssen mit qualifiziertem, speziell für den Kundendienst geschultem Personal versehen sein.

Der Kundendienst wird unter Berücksichtigung der Empfehlung des Verkäufers und in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Käuferlandes organisiert.

2. Der Kundendienst innerhalb der Garantiefrist schließt insbesondere folgende Leistungen ein:
 - a) die Vorbereitung und Inbetriebnahme der gelieferten Erzeugnisse;
 - b) die technische Anleitung bei der Inbetriebnahme der Erzeugnisse sowie bei deren Bedienung und Nutzung;
 - c) die Durchführung des verbindlichen Arbeitsumfanges hinsichtlich der prophylaktischen (vorbeugenden) Durchsicht und Reparatur zu bestimmten Terminen nach Empfehlungen des Verkäufers, die Instruktionen des Herstellerwerkes für Betrieb, Wartung und Reparatur sind;
 - d) die Beseitigung eventuell auftretender Mängel und den Ersatz mangelhafter Teile.
3. Der Kundendienst nach Ablauf der Garantiefrist schließt insbesondere folgende Leistungen ein:
 - a) die Durchführung der prophylaktischen (vorbeugenden) Durchsicht und Reparatur zu vom Verkäufer empfohlenen Terminen und in einem vom Verkäufer empfohlenen Umfang;
 - b) die Durchführung von laufenden und Generalreparaturen der Erzeugnisse;
 - c) die Ersatzteilversorgung.
4. Der detaillierte Umfang des Kundendienstes für Erzeugnisse innerhalb der Garantiefrist wird im Vertrag und/oder im Liefervertrag festgelegt. Der detaillierte Umfang des Kundendienstes nach Ablauf der Garantiefrist wird im Vertrag festgelegt.

II.**Vertragsabschluss****§ 3**

1. Die Verträge werden von den Partnern für Erzeugnisse abgeschlossen, für die die Organisierung des Kundendienstes unter Berücksichtigung der Besonderheiten, der Art

und Menge der gelieferten Erzeugnisse zweckmäßig und notwendig ist. Die Partner können auch eine Nomenklatur der Erzeugnisse, für die Verträge abgeschlossen werden, vereinbaren.

- Die Verträge sind in der Regel gleichzeitig mit dem Vertrag über die Lieferung der Erzeugnisse abzuschließen, jedoch nicht später als zu dem Zeitpunkt, der die rechtzeitige Organisation eines ordnungsgemäßen Kundendienstes für die gelieferten Erzeugnisse gewährleistet.

§ 4

- Im Vertrag werden die Verpflichtungen des Käufers zur Sicherung der Organisation und Durchführung des Kundendienstes durch ihn in seinem Lande für bestimmte vom Verkäufer gelieferte Erzeugnisse sowie die Verpflichtungen des Verkäufers, dem Käufer die zu diesem Zweck notwendige Beratung und technische Unterstützung zu gewähren und andere Verpflichtungen in Übereinstimmung mit diesen Allgemeinen Kundendienstbedingungen festgelegt.
- Die Partner können jedoch im Vertrag vereinbaren, daß der Kundendienst im Lande des Käufers, insbesondere unter Berücksichtigung des spezifischen Charakters oder der Kompliziertheit der Erzeugnisse, durch den Verkäufer organisiert und/oder durchgeführt wird. In diesem Falle werden die Formen der Zusammenarbeit (z. B. Organisation von Kundendienstwerkstätten oder -stützpunkten, Entsendung von Spezialisten) und ihre Bedingungen von den Partnern im Vertrag festgelegt.

§ 5

- Der Verkäufer ist verpflichtet, den Vertragsentwurf anzufertigen.
- Hinsichtlich des Abschlusses des Vertrages, seiner Ausfertigung, der Anlagen zum Vertrag, des Schriftwechsels vor Abschluß des Vertrages usw. werden die §§ 1 bis 4 der „ALB/RGW 1968“ angewendet.

§ 6

- Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, gilt der Vertrag als für die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen.
- Wenn keiner der Partner 6 Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Vertrages in schriftlicher Form seinen Wunsch erklärt, den Vertrag zu annullieren oder seine Bedingungen zu ändern, verlängert sich der Vertrag jeweils automatisch um weitere 12 Monate.

III.

Pflichten des Käufers

§ 7

Der Käufer ist verpflichtet:

- dafür zu sorgen, daß die Erzeugnisse beim Verbraucher in einem einwandfreien, betriebsbereiten Zustand eingehen;

- die ordnungsgemäße Organisation und Durchführung des Kundendienstes für die Erzeugnisse sowohl innerhalb als auch nach Ablauf der Garantiefrist zu sichern;

den Verkäufer (unverzüglich oder in periodischen Abständen) über sich wiederholende Mängel, die im Laufe der Garantiefrist aufgetreten sind, zu informieren;

- rechtzeitig (unter Berücksichtigung der Garantiefristen für die Erzeugnisse) in einer ihm genehmen Art und Weise zu sichern, daß den Verbrauchern das Verzeichnis der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte sowie die Bedingungen der Inanspruchnahme ihrer Leistungen zur Kenntnis gebracht werden;

für die Verbraucher der Erzeugnisse Konsultationen, wenn nötig in Zusammenarbeit mit dem Verkäufer, zu den Regeln des Kundendienstes und der Handhabung dieser Erzeugnisse zu sichern;

- dem Verkäufer rechtzeitig Bedarfsmeldungen für die Lieferung von Ersatzteilen für die Erzeugnisse zu übergeben und in erster Linie die Ersatzteilversorgung der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte zu sichern;

- in seinem Lande Ersatzteilbestände in einer Menge und Nomenklatur zu halten, die unter Berücksichtigung der Betriebsbedingungen und des Umfangs der Lieferungen für den normalen Betrieb der Erzeugnisse ausreichen;

- dem Verkäufer die Möglichkeit zu geben, in vereinbartem Umfang, vereinbarter Form und zu vereinbarten Terminen Informationen über den Stand der Durchführung des Kundendienstes für die Erzeugnisse zu erhalten und sich im Lande des Käufers mit der Organisation und Durchführung des Kundendienstes für die Erzeugnisse vertraut zu machen;

- die Ausbildung der Fachkräfte der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte nach Vereinbarung mit dem Verkäufer in seinem Lande zu sichern oder diese Fachkräfte zur Ausbildung in das Land des Verkäufers zu entsenden. Die Ausbildung dieser Fachkräfte erfolgt durch die Organisation von Lehrgängen und Seminaren sowie durch die Vermittlung von Erfahrungen durch die Fachkräfte der einen Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte des Käuferlandes an die Fachkräfte der anderen Werkstätten und Stützpunkte;

- in seinem Lande, nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Verkäufers, das erforderliche Kundendienstnetz (Kundendienststationen, Reparaturwerkstätten, Ersatzteillager, Ausbildungsstellen usw., die mit den notwendigen Ausrüstungen ausgestattet sind) zu schaffen;

- dem Verkäufer die notwendige Unterstützung in den Fällen zu gewähren, wenn gemäß § 4 Ziff. 2 der Kundendienst für die Erzeugnisse im Käuferland vom Verkäufer organisiert und/oder durchgeführt wird;

- die notwendigen Maßnahmen zur Versorgung der Spezialisten des Verkäufers, die gemäß § 8 Ziffern 8, 9 und 10 in das Käuferland entsandt werden, – und bei vereinbartem längerem Aufenthalt der Spezialisten auch ihrer

Familienmitglieder — mit möbliertem Wohnraum (Wohnung oder Hotelzimmer) zu den bestehenden offiziellen Preisen zu treffen.

IV.

Pflichten des Verkäufers

§ 8

Der Verkäufer ist verpflichtet:

1. die Lieferung der Erzeugnisse an den Käufer in einer solchen Qualität und in einem solchen Sortiment zu sichern, wie es im Liefervertrag festgelegt ist;
2. die Lieferung von Ersatzteilen, die für den normalen Betrieb der gelieferten oder zu liefernden Erzeugnisse notwendig sind, in den Mengen, dem Sortiment und zu den Terminen zu sichern, die in den Verträgen über die Lieferung von Ersatzteilen vorgesehen sind.

Im Falle besonderer Umstände (z.B. Havarien) ist der Verkäufer verpflichtet, Maßnahmen zur Erfüllung der Ersatzteilbestellung des Käufers in möglichst kurzer Frist zu ergreifen;

3. dem Käufer Empfehlungen und Konsultationen über die Menge und die Nomenklatur der Ersatzteile zu geben, die für die Sicherung des normalen Betriebes der gelieferten oder zu liefernden Erzeugnisse notwendig sind;
4. den Käufer unverzüglich über alle technischen Veränderungen an den gelieferten oder zu liefernden Erzeugnissen zu informieren, die den Kundendienst beeinflussen;
5. dem Käufer die erforderliche technische Dokumentation in einer vereinbarten Sprache zur Verfügung zu stellen, darunter:
 - a) zusammen mit den Erzeugnissen die Wartungs- und Betriebsanleitungen für jedes gelieferte Erzeugnis und darüber hinaus in vereinbarter Anzahl zur Versorgung der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte;
 - b) andere notwendige technische Materialien, z. B. Reparaturanleitungen, Ersatzteilkataloge, Informationsunterlagen über technische Veränderungen, Lehrtafeln u. ä. in vereinbarter Anzahl und Spezifizierung;
6. dem Käufer gemäß Liefervertrag Spezialwerkzeuge und Vorrichtungen für die Durchführung des Kundendienstes und der Reparatur der Erzeugnisse zu liefern und/oder Zeichnungen und andere technische Dokumentation zur Verfügung zu stellen, die für die Herstellung der Spezialwerkzeuge erforderlich sind, sofern nicht der Übergabe der Zeichnungen und der technischen Dokumentation Verpflichtungen des Verkäufers gegenüber dritten Personen entgegenstehen. Diese Zeichnungen und diese andere technische Dokumentation werden zu den Bedingungen, die im § 25 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind, übergeben;
7. dem Käufer auf dessen Wunsch Vorschläge über die Organisation des Kundendienstes zu unterbreiten;

8. seine Fachkräfte zur Beratung über die Organisation des Kundendienstes zu schriftlich vereinbarten Bedingungen in das Land des Käufers zu entsenden;

9. innerhalb der Garantiefrist seine Fachkräfte zu den im Vertrag vereinbarten Bedingungen zur Durchführung von Reparaturarbeiten an den gelieferten Erzeugnissen, die nicht von den Fachkräften der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte im Lande des Käufers durchgeführt werden können, zu entsenden;

nach Ablauf der Garantiefrist seine Fachkräfte zu den im Vertrag vereinbarten Bedingungen zur Durchführung großer und/oder komplizierter Reparaturarbeiten an den gelieferten Erzeugnissen, die nicht von den Fachkräften der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte im Lande des Käufers durchgeführt werden können, zu entsenden;

10. die Ausbildung der Fachkräfte der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte des Käuferlandes mit seinen Fachkräften durchzuführen und dabei die erforderlichen speziellen Lehr- und Anschauungsmittel zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Den Ort der Ausbildung, die Anzahl der Fachkräfte und den Termin ihrer Ausbildung vereinbaren die Partner in schriftlicher Form;
11. dem Käufer, wenn die Möglichkeit besteht, auf dessen Ersuchen zu vereinbarten Bedingungen die erforderlichen Lehr- und Anschauungsmittel zu übergeben.*

V.

Anleitung während der Inbetriebnahme
erstmalig gelieferter Erzeugnisse

§ 9

Auf Ersuchen des Käufers und nach Vereinbarung der Partner im Liefervertrag muß der Verkäufer in den Fällen, in denen er die Erzeugnisse erstmalig liefert oder in denen sich die Konstruktion der zu liefernden Erzeugnisse von der Konstruktion der vorher gelieferten Erzeugnisse der betreffenden Art wesentlich unterscheidet, auf seine Kosten im Lande des Käufers, an einem vereinbarten Ort und Termin technische Konsultation gewähren und bei der Inbetriebnahme des ersten Musters des gelieferten Erzeugnisses Anleitung geben.

VI.

Kosten für den Kundendienst

§ 10

1. Die Kosten für die Organisation des Kundendienstes im Lande des Käufers, für Miete oder Bau der Räumlichkeiten, für die Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte sowie deren Ausstattung mit den erforderlichen Ausrüstungen und dem notwendigen Inventar, ihre Unterhaltung und Versorgung mit Ersatzteilen (mit Ausnahme der vom Verkäufer zu liefernden Garantiesätze) sowie die Kosten für die Bezahlung des Kundendienstpersonals und die Ersatzteillagerung trägt der Käufer.

* Die Übergabe solcher Lehr- und Anschauungsmittel an einen Käufer der MVR erfolgt nach Möglichkeit unentgeltlich.

2. Wenn die Partner gemäß § 4 Ziff. 2 übereingekommen sind, daß der Kundendienst im Lande des Käufers vom Verkäufer organisiert und/oder durchgeführt wird, so tragen die Partner die in Ziff. 1 dieses Paragraphen genannten Kosten entsprechend den im Vertrag vereinbarten Bedingungen.
3. Die Einstellung der Tätigkeit der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte, die gemäß § 4 Ziff. 2 organisiert wurden, erfolgt in einer zwischen den Partnern vereinbarten Ordnung und Frist.

§ 11

Die mit der Information der Verbraucher über die Standortverteilung der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte und über die Bedingungen der Inanspruchnahme ihrer Leistungen verbundenen Kosten übernimmt der Käufer.

§ 12

1. Die mit der Übergabe der technischen Dokumentation an den Käufer gemäß § 8 Ziff. 5 verbundenen Kosten sowie die Kosten, die mit der Information über technische Veränderungen verbunden sind, die den Betrieb und den Kundendienst (§ 8 Ziff. 4) betreffen, trägt der Verkäufer.
2. Wenn der Verkäufer in Übereinstimmung mit den Vertragsbedingungen die Dokumentation in der Sprache des Käufers stellen muß, ist der Käufer verpflichtet, auf Ersuchen des Verkäufers eine Überprüfung der Richtigkeit der Übersetzung auf eigene Kosten vornehmen zu lassen.
3. Nach Vereinbarung der Partner kann der Käufer die Übersetzung auf Kosten des Verkäufers vornehmen und die vom Verkäufer übergebene technische Dokumentation in seiner Sprache herausgeben.

§ 13

1. Der Käufer versorgt die Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte in seinem Lande auf eigene Kosten mit gewöhnlichen Reparatur- und Montagewerkzeugen und Vorrichtungen sowie mit anschaulichen Informationstafeln, aus denen hervorgeht, für welche Erzeugnisse der Kundendienst durchgeführt wird.

Die Kosten für die Versorgung der Kundendienstwerkstätten und -stützpunkte im Lande des Käufers mit speziellen Reparatur- und Montagewerkzeugen und Vorrichtungen übernimmt der Käufer, sofern für die Garantiefrist nichts anderes im Vertrag bestimmt wird.

2. Der Verkäufer übergibt dem Käufer auf dessen Ersuchen kostenlos Zeichnungen und andere im § 8 Ziff. 6 vorgesehene Dokumentation. Die Anzahl der Exemplare der genannten Dokumentation vereinbaren die Partner im Vertrag.

§ 14

Die mit der Ausarbeitung und Übersendung der Vorschläge über die Organisation des Kundendienstes an den Käufer gemäß § 8 Ziff. 7 verbundenen Kosten trägt der Verkäufer.

§ 15

Die mit der Entsendung der Fachkräfte des Verkäufers in das Land des Käufers zur Beratung über die Organisation des Kundendienstes verbundenen Kosten trägt der Verkäufer. Die Zahl der Fachkräfte, ihre Aufenthaltsdauer und die anderen Bedingungen werden im Vertrag festgelegt.

§ 16

Die Kosten für die Ausbildung der Fachkräfte der Kundendienstorganisation des Käufers werden wie folgt übernommen:

- a) Wenn die Ausbildung im Lande des Käufers durchgeführt wird, übernimmt der Käufer alle damit verbundenen Kosten, mit Ausnahme der Kosten für spezielle Lehr- und Anschauungsmittel und der Kosten, die mit der Entsendung der Fachkräfte des Verkäufers in das Land des Käufers zur Durchführung der Ausbildung verbunden sind.
- b) Wenn die Ausbildung im Lande des Verkäufers durchgeführt wird, übernimmt der Verkäufer die mit dieser Ausbildung unmittelbar verbundenen Kosten.

Der Verkäufer übernimmt die mit der Ausbildung verbundenen Fahrtkosten der Fachkräfte des Käufers im Lande des Verkäufers (mit Ausnahme der Kosten für die Reise in das Land und die Rückreise aus dem Land) und gewährt ihnen kostenlos möblierten Wohnraum mit Heizung, Beleuchtung und Reinigung und spezielle Schutzbekleidung, die zur Einhaltung der Sicherheits- und Arbeitsschutzbestimmungen erforderlich ist.

§ 17

Die Form der gegenseitigen Erstattung der Kosten, die dem Käufer und dem Verkäufer während der Gültigkeitsdauer des Vertrages entstehen können und mit dessen Erfüllung verbunden sind, bestimmen die Partner im Vertrag. Wenn im Vertrag keine andere Form der Zahlungen festgelegt ist, werden die Bestimmungen angewendet, die in den §§ 59 bis 66 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind.

VII.

Garantieleistungen

§ 18

Der Käufer ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die vom Verkäufer gewährte Garantie im gleichen Umfang dem Verbraucher gewährt wird, sofern die im Käuferland geltenden Vorschriften nichts anderes vorsehen.

§ 19

1. Wenn der Verbraucher des Käuferlandes Mängel im Rahmen der vom Verkäufer gewährten Garantie geltend macht, werden diese Mängel auf Kosten des Verkäufers unverzüglich in den Kundendienstwerkstätten und -stützpunkten im Lande des Käufers durch Ausbesserung der Mängel oder Ersatz der mangelhaften Erzeugnisse oder Teile beseitigt.

2. Der Verkäufer erstattet dem Käufer in Übereinstimmung mit den vom Verkäufer anerkannten Reklamationsprotokollen die als Ersatz für die mangelhaften Teile vorausgabten Ersatzteile.

Andere direkte Aufwendungen für die Beseitigung von Mängeln werden in Höhe der normalen tatsächlichen Kosten in der im Vertrag festgelegten Form erstattet. Wenn in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag Tarifsätze für die Erstattung dieser Kosten festgelegt sind, so müssen die Verrechnungen zwischen den Partnern nach diesen Sätzen erfolgen.

§ 20

1. Zur Auswechslung mangelhafter Teile liefert der Verkäufer nach Vereinbarung mit dem Käufer auf eigene Kosten dem Käufer einen Garantiesatz Ersatzteile, die Eigentum des Verkäufers bleiben und vom Käufer entsprechend den vom Verkäufer anerkannten Reklamationsprotokollen für die Auswechslung der mangelhaften Teile benutzt werden.

Die Partner können vereinbaren, daß der Käufer einmal im Quartal oder während eines anderen vereinbarten Zeitraumes dem Verkäufer Mitteilung über die benutzten Garantiesätze in der Form und zu den Terminen, wie im Vertrag festgelegt, macht.

Die innerhalb der Garantiefrist nicht verwendeten Ersatzteile der Garantiesätze werden nach Vereinbarung der Partner dem Käufer a conto früher abgeschlossener Verträge über die Lieferung von Ersatzteilen übergeben oder vom Käufer auf Grund gesonderter Verträge über die Lieferung von Ersatzteilen gekauft.

2. Falls diese oder jene Ersatzteile des Garantiesatzes für den Ersatz mangelhafter Teile nicht ausreichen, ist der Verkäufer verpflichtet, Maßnahmen zur unverzüglichen Auffüllung des Garantiesatzes mit den fehlenden Ersatzteilen auf eigene Kosten zu ergreifen.
3. Die ausgewechselten mangelhaften Erzeugnisse oder deren Teile werden dem Verkäufer entsprechend den Bestimmungen, die im § 32 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind, zurückgesandt.

§ 21

Der Käufer macht gegenüber dem Verkäufer keine Ansprüche der Verbraucher seines Landes geltend, wenn diese Ansprüche über den Rahmen der vom Verkäufer gewährten Garantie hinausgehen.

§ 22

Die Entsendung der Fachkräfte des Verkäufers in das Land des Käufers zur Durchführung von Reparaturarbeiten innerhalb der Garantiefrist erfolgt entsprechend der im § 8 Ziff. 9 Abs. 1 dieser Allgemeinen Kundendienstbedingungen vorgesehenen Bestimmung. Dabei übernimmt der Käufer, wenn ein Erzeugnis innerhalb der Garantiefrist aus Gründen betriebsunfähig wurde, die der Verkäufer nicht zu vertreten hat, die Kosten für die Entsendung der Fachkräfte entsprechend den „Allgemeinen Montagebedingungen des RGW 1973“. Wenn

ein Erzeugnis innerhalb der Garantiefrist aus Gründen betriebsunfähig wurde, die der Verkäufer zu vertreten hat, übernimmt der Verkäufer die Kosten für die Entsendung seiner Fachkräfte.

§ 23

1. Zur Erstattung eventueller Kosten des Käufers für die Beseitigung von Mängeln an den gelieferten Erzeugnissen und den Ersatz mangelhafter Teile innerhalb der Garantiefrist können die Partner, ausgehend von den Besonderheiten der gelieferten Erzeugnisse, die Gewährung eines Garantierabatts durch den Verkäufer an den Käufer in vereinbarter Höhe festlegen.

Dieser Rabatt kann alle Kosten für die Beseitigung von Mängeln und den Ersatz mangelhafter Teile, einschließlich den Wert der Ersatzteile, oder nur einen Teil dieser Kosten umfassen.

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, bezieht sich der Garantierabatt nicht auf Massenmängel. Den Begriff Massenmängel bestimmen die Partner im Vertrag.

2. Die Partner können vereinbaren, daß der Käufer den Verkäufer in der vereinbarten Form über die Mängel informieren wird, die innerhalb der Garantiefrist an den gelieferten Erzeugnissen aufgetreten sind.

§ 24

Der Verkäufer trägt in solchen Fällen, wie sie im § 34 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind, keine Verantwortung im Rahmen der Garantie.

§ 25

Die Beziehungen zwischen Verkäufer und Käufer hinsichtlich der gewährten Garantie regeln sich nach den entsprechenden Bestimmungen der „ALB/RGW 1968“, den Bestimmungen der bilateralen Vereinbarungen über Ergänzungen der „ALB/RGW 1968“ und den Bestimmungen der Lieferverträge, sofern nichts anderes festgelegt ist:

- a) in diesen Allgemeinen Kundendienstbedingungen oder
- b) im Kundendienstvertrag, wenn die Abweichung von den obengenannten Bestimmungen durch den spezifischen Charakter des Erzeugnisses und/oder die Besonderheiten der Durchführung des Kundendienstes bedingt ist.

VIII.

Versandinstruktionen und Versandbenachrichtigungen

§ 26

1. Auf die Beziehungen der Partner bei der Verladung des Garantiesatzes Ersatzteile, des Werkzeugs, der technischen Dokumentation usw. werden die Bestimmungen, die im Kapitel X der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind, angewendet.
2. Für die vom Verkäufer nicht oder nicht rechtzeitig vorgenommene Benachrichtigung des Käufers über die gemäß Ziff. 1 dieses Paragraphen erfolgte Verladung hat der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe in der im § 87 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehenen Höhe zu zahlen.

Wenn in den Beziehungen zwischen den Partnern keine Bewertung des Versandgegenstandes in Geld festgelegt ist, so wird die Konventionalstrafe in Höhe von 15 Rubel für eine Sendung erhoben.

IX.

Verantwortlichkeit der Partner

§ 27

1. Die Partner tragen die gegenseitige materielle Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen.
2. Jeder der Partner muß seine Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen und gibt dem anderen Partner jede mögliche Unterstützung bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen.
3. Der Partner, der seine vertraglichen Verpflichtungen verletzt hat, muß diese Verletzungen unverzüglich beseitigen.
4. Bei der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen durch einen der Partner ist der andere Partner berechtigt, aus den im Vertrag vorgesehenen Gründen und in der im Vertrag vereinbarten Höhe die Zahlung einer Konventionalstrafe zu fordern.

Die Partner können im Vertrag insbesondere Konventionalstrafen für die Verletzung von Verpflichtungen z. B. aus solchen Gründen vorsehen, wie:

- für die Verzögerung der Übergabe der technischen Dokumentation, die zur Durchführung des Kundendienstes erforderlich ist, durch den Verkäufer an den Käufer;
- für die nicht rechtzeitige Übergabe der technischen Dokumentation, die der Käufer vom Verkäufer erhalten hat, durch den Käufer an die Kundendienststützpunkte und -werkstätten;
- für die Nichteinhaltung der Termine des Versandes und der Auffüllung des Garantiesatzes Ersatzteile sowie der Erstattung der als Ersatz für die mangelhaften Teile verausgabten Ersatzteile an den Käufer;
- für die Nichterfüllung der Verpflichtungen zur Ausbildung der Fachkräfte des Käufers durch den Verkäufer;
- für die Nichteinhaltung der Frist für die Entsendung der Fachkräfte zur Ausbildung ins Land des Verkäufers durch den Käufer;
- für die Nichteinhaltung der Frist für die Entsendung der Fachkräfte zur Durchführung von Reparaturarbeiten ins Land des Käufers durch den Verkäufer;
- für die Nichterfüllung oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung anderer konkreter Verpflichtungen zur Durchführung des Kundendienstes.

Bei der Festlegung des Grundes für die Erhebung der Konventionalstrafe und ihrer Höhe haben die Partner insbesondere die Spezifik der Erzeugnisse und die Besonderheiten ihres Kundendienstes zu berücksichtigen.

5. Für Ausnahmefälle, in denen die Verletzung von vertraglichen Verpflichtungen dazu führt, daß die normale Durchführung des Kundendienstes unmöglich ist, können die Partner im Vertrag das Recht auf Rücktritt vom Vertrag und die Bedingungen, unter denen ein solcher Rücktritt zulässig ist, vorsehen.
6. Bezüglich der Befreiung der Partner von der Verantwortlichkeit für eine teilweise oder völlige Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen werden die Bestimmungen der §§ 68 und 69 der „ALE/RGW 1968“ angewendet.
7. In den Fällen, in denen der Verkäufer den Kundendienst im Lande des Käufers durchführt, werden auf die Beziehungen der Partner die Bestimmungen der Ziffern 1 bis 6 dieses Paragraphen entsprechend angewendet.

X.

Ansprüche

§ 28

1. Ansprüche, die aus dem Vertrag entstehen, müssen unverzüglich geltend gemacht werden, jedoch spätestens 3 Monate nach Entstehung des Grundes ihrer Geltendmachung.
2. Wenn Ansprüche später als in der in Ziff. 1 dieses Paragraphen festgelegten Frist geltend gemacht werden, dann werden die Schiedsgerichtsgebühren, wenn der Anspruch innerhalb der im § 29 vorgesehenen Frist beantwortet wurde, unabhängig vom Ausgang des Schiedsgerichtsverfahrens dem Partner auferlegt, der die Frist für die Geltendmachung des Anspruchs nicht eingehalten hat. Wenn das Schiedsgericht jedoch zu der Schlussfolgerung kommt, daß die Verzögerung bei der Geltendmachung des Anspruchs durch außerordentliche Umstände hervorgerufen wurde, für die der Partner, der den Anspruch erhoben hat, nicht verantwortlich ist, so kann das Schiedsgericht die Frage der Schiedsgerichtsgebühren ausnahmsweise in Abhängigkeit vom Ausgang des Verfahrens entscheiden.
3. Die Ansprüche müssen in schriftlicher Form unter Angabe der konkreten Forderung geltend gemacht werden. Die Ansprüche können telegrafisch oder fernschriftlich erhoben werden. In diesen Fällen müssen die Ansprüche durch Brief bestätigt werden, und zwar spätestens 7 Arbeitstage nach der telegrafischen oder fernschriftlichen Erhebung des Anspruchs, jedoch innerhalb der in Ziff. 1 dieses Paragraphen festgelegten Frist. Im Falle der verspäteten Absendung der Bestätigung gilt mit diesem Brief der Anspruch erstmalig als erhoben.
Dem Anspruch sind die Beweisunterlagen beizufügen.
4. Als Datum der Erhebung des Anspruchs gilt das Datum des Stempels des Postamtes über die Annahme des Briefes oder Telegramms oder das Datum der fernschriftlichen Übermittlung oder das Datum, an dem der Anspruch dem Partner, gegen den er geltend gemacht wird, übergeben wird.

§ 29

1. Der Partner, dem gegenüber ein Anspruch erhoben wurde, ist verpflichtet, den Anspruch zu prüfen und dem Partner, der den Anspruch erhoben hat, unverzüglich, jedoch nicht später als innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Frist, eine Antwort zum Wesen des Anspruchs zu geben (die vollständige oder teilweise Anerkennung zu erklären oder die vollständige oder teilweise Ablehnung mitzuteilen). Wenn im Vertrag eine derartige Frist nicht vorgesehen ist, so muß der Partner, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, die Antwort zum Wesen des Anspruchs unverzüglich geben, jedoch nicht später als innerhalb von 60 Tagen, gerechnet vom Tage des Eingangs des Anspruchs.
2. Wenn der Partner, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, in der Frist gemäß Ziff. 1 dieses Paragraphen keine Antwort zum Wesen des Anspruchs gibt und der Partner, der den Anspruch erhoben hat, sich vor dem Erhalt der Antwort an das Schiedsgericht wendet, so werden unabhängig vom Ausgang des Verfahrens die Schiedsgerichtsgebühren dem Partner auferlegt, der den Anspruch nicht rechtzeitig beantwortet hat. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Fälle, die in Ziff. 3 dieses Paragraphen vorgesehen sind.
3. Wenn es auf Grund technisch begründeter Umstände dem Partner, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, nicht möglich ist, eine Antwort zum Wesen des Anspruchs in der Frist gemäß Ziff. 1 dieses Paragraphen zu geben, kann er dem Partner, der den Anspruch erhoben hat, die Verlängerung dieser Frist bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vorschlagen.
4. Wenn der Partner, der den Anspruch erhoben hat, sich mit dem Vorschlag des Partners, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, über die Verlängerung der Frist für die Antwort zum Wesen des Anspruchs nicht einverstanden erklärt und sich an das Schiedsgericht wendet, wird die Frage der Schiedsgerichtsgebühren vom Schiedsgericht in Abhängigkeit vom Ausgang des Verfahrens entschieden.
5. Wenn der Partner, der den Anspruch erhoben hat, sich mit dem Vorschlag des Partners, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, über die Verlängerung der Frist für die Antwort zum Wesen des Anspruchs einverstanden erklärt, der Partner, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, jedoch innerhalb der vereinbarten Frist keine Antwort gibt, und der Partner, der den Anspruch erhoben hat, sich mit seinen Ansprüchen an das Schiedsgericht wendet, so legt das Schiedsgericht, wenn es die Entscheidung im Verfahren trifft, die Schiedsgerichtsgebühren unabhängig vom Ausgang des Verfahrens dem Partner auf, der den Anspruch nicht rechtzeitig beantwortet hat.

§ 30

Bei der Geltendmachung und Prüfung der Ansprüche auf Zahlung von Konventionalstrafe finden die Bestimmungen des § 31 Anwendung. Auf diese Ansprüche finden die Bestimmungen der §§ 28 und 29 dieser Allgemeinen Kundendienstbedingungen keine Anwendung.

§ 31

1. Ansprüche auf Zahlung von Konventionalstrafe dürfen nicht später als innerhalb von 3 Monaten geltend gemacht werden. Dabei wird die Frist für die Geltendmachung dieser Ansprüche in der Weise berechnet, wie das im § 88 Ziff. 1 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen ist.
2. Auf die in Ziff. 1 dieses Paragraphen genannten Ansprüche finden die Bestimmungen des § 88 Ziffern 3 und 4 der „ALB/RGW 1968“ entsprechende Anwendung.
3. Der Partner, dem gegenüber der Anspruch auf Zahlung von Konventionalstrafe erhoben wurde, ist verpflichtet, diesen Anspruch zu prüfen und innerhalb von 30 Tagen nach seinem Eingang eine Antwort zum Wesen des Anspruchs zu geben.
4. Als Datum der Erhebung des Anspruchs auf Zahlung von Konventionalstrafe gilt das Datum des Stempels des Postamtes über die Annahme des Briefes oder das Datum, an dem der Anspruch dem Partner, gegen den er geltend gemacht wird, übergeben wird.

§ 32

1. Die Partner werden gegeneinander keine Ansprüche geltend machen, die 10 Rubel je Anspruch nicht übersteigen.
2. Die Bestimmungen der Ziff. 1 dieses Paragraphen finden keine Anwendung auf Forderungen, die im Zusammenhang mit festgestellten Rechenfehlern entstehen, und auf Ansprüche, ohne deren Erfüllung der Kundendienst nicht ordnungsgemäß durchgeführt und/oder das Erzeugnis vom Käufer nicht benutzt werden kann.

XI.

Schiedsgericht und Verjährung

§ 33

Alle Streitigkeiten, die aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehen, unterliegen einem Schiedsgerichtsverfahren entsprechend den Bestimmungen, die im Kapitel XV der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind.

§ 34

1. Auf Forderungen, die sich aus den durch diese Allgemeinen Kundendienstbedingungen geregelten Beziehungen ergeben, mit Ausnahme der Forderungen auf Zahlung von Konventionalstrafe, findet die Verjährungsfrist von 2 Jahren Anwendung.
Die Verjährungsfrist, die in dieser Ziffer vorgesehen ist, beginnt mit der Entstehung der Forderung.
2. Auf Forderungen auf Zahlung von Konventionalstrafe findet die Verjährungsfrist von einem Jahr Anwendung. Die Verjährungsfrist, die in dieser Ziffer vorgesehen ist, beginnt mit dem Tage, der dem Tage des Eingangs der Antwort zum Wesen des Anspruchs bei dem Partner, der den Anspruch erhoben hat, folgt und, wenn der Partner, dem gegenüber der Anspruch erhoben wurde, innerhalb der im § 31 Ziff. 3 festgelegten Frist keine Antwort zum

Wesen des Anspruchs gegeben hat, mit dem dem Tage des Ablaufs der Frist für die Antwort auf den Anspruch folgenden Tage.

3. In allen übrigen Fragen, die mit der Anwendung der Verjährung zusammenhängen, finden auf Forderungen, die sich aus den durch diese Allgemeinen Kundendienstbedingungen geregelten Beziehungen ergeben, die in den §§ 95 bis 102 und 107 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehenen Bestimmungen Anwendung.
4. Die in diesem Paragraphen vorgesehenen Bestimmungen werden auf alle Schuldverhältnisse aus Verträgen angewendet, auf die sich die Geltung dieser Allgemeinen Kundendienstbedingungen erstreckt.

XII.

Sonstige Bedingungen

§ 35

Auf Lieferverträge, die in diesen Allgemeinen Kundendienstbedingungen erwähnt werden, finden die „ALB/RGW 1968“ Anwendung.

§ 36

Ist der Schuldner mit einer Geldschuld in Verzug, hat er dem Gläubiger 4% Zinsen jährlich zu zahlen, gerechnet von dem Betrag, mit dessen Zahlung er in Verzug geraten ist.

§ 37

1. Keiner der Partner hat das Recht, seine Rechte und Pflichten aus dem Vertrag ohne schriftliches Einverständnis des anderen Partners an einen Dritten abzutreten.
2. Die Bestimmungen der Ziff. 1 dieses Paragraphen finden keine Anwendung, wenn auf Beschluß des zuständigen Organs die Abtretung der Rechte und Pflichten aus dem Vertrag an eine andere zur Durchführung von Außenhandelsoperationen bevollmächtigte Organisation des gleichen Landes erfolgt, wobei der andere Partner schriftlich benachrichtigt werden muß.

§ 38

Alle Steuern, Zölle und Gebühren, die mit der Vertragserfüllung verbunden sind, werden, sofern sie auf dem Territorium des Verkäuferlandes anfallen, vom Verkäufer und, sofern sie auf dem Territorium des Käuferlandes anfallen, vom Käufer getragen.

§ 39

Auf die Beziehungen der Partner bei der Durchführung des Kundendienstes findet bezüglich solcher Fragen, die in den Verträgen oder in diesen Allgemeinen Kundendienstbedingungen nicht oder nicht erschöpfend geregelt sind, das materielle Recht des Verkäuferlandes Anwendung.

Unter dem materiellen Recht des Verkäuferlandes sind die allgemeinen Bestimmungen des Zivilrechts zu verstehen und nicht Spezialregelungen, die für die Beziehungen zwischen sozialistischen Organisationen und Betrieben des Verkäuferlandes geschaffen worden sind.

Anlage 2

zu vorstehender Bekanntmachung

**Allgemeine Prinzipien
der Ersatzteilversorgung für Maschinen
und Ausrüstungen,
die im gegenseitigen Handel zwischen den
Mitgliedsländern des RGW und der SFRJ
geliefert werden
(Allgemeine Prinzipien der Ersatzteilversorgung
des RGW und der SFRJ 1973)**

Bei der Ersatzteilversorgung für Maschinen und Ausrüstungen, die im gegenseitigen Handel geliefert werden, werden sich die entsprechenden Organe und Organisationen der Mitgliedsländer des RGW und der SFRJ von folgenden Prinzipien leiten lassen:

1. Der Verkäufer von Maschinen und Ausrüstungen ist verpflichtet, den Bedarf des Käufers an Ersatzteilen, die für den normalen Betrieb der von ihm gelieferten Maschinen und Ausrüstungen erforderlich sind, vollständig nach Menge und Sortiment und rechtzeitig zu sichern.
2. Die Verpflichtungen des Verkäufers zur Versorgung des Käufers mit Ersatzteilen entstehen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages über die Lieferung der Maschinen und Ausrüstungen.
Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf nicht mehr in der Produktion befindliche Maschinen und Ausrüstungen sowie auf Ersatzteile, an denen Veränderungen vorgenommen wurden und die deshalb nicht mehr untereinander auswechselbar sind.
3. Die Mitgliedsländer des RGW und die SFRJ legen beim Abschluß der langfristigen Abkommen und der Jahresprotokolle über die gegenseitigen Warenlieferungen Kontingente für Ersatzteillieferungen in Wertgrößen mit Unterteilung auf Maschinen- und Ausrüstungsgruppen fest. Falls erforderlich, vereinbaren die Partner Korrekturen der in den langfristigen Abkommen festgelegten Jahreskontingente.
4. Die Lieferung der Ersatzteile erfolgt auf der Grundlage von Verträgen, die im Rahmen der Jahresprotokolle und langfristigen Abkommen über die gegenseitigen Warenlieferungen abgeschlossen wurden, bzw. — wenn solche nicht vorhanden sind — nach Vereinbarung der Seiten.
Der Umfang der Ersatzteillieferungen wird nach Sortiment und Fristen unterteilt in den Verträgen festgelegt.
5. Wenn der Käufer den Wunsch äußert, Ersatzteile (außer den Ersatzteilen für den Garantiezeitraum) gleichzeitig mit den Maschinen und Ausrüstungen zu beziehen, so wird dies in dem zu unterzeichnenden Vertrag über die Lieferung der genannten Maschinen und Ausrüstungen festgehalten. In diesem Falle ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer das geeignetste Sortiment sowie die Anzahl der Ersatzteile zu empfehlen.
6. Wenn der Käufer den Wunsch äußert, nach den Zeichnungen und der Technologie des Verkäuferlandes eine

eigene Ersatzteilproduktion für die zu importierenden Maschinen und Ausrüstungen aufzunehmen, muß er dies mit dem Verkäufer abstimmen.

Wenn es in dieser Frage zu einer Vereinbarung gekommen ist, ist der Verkäufer von dem zwischen dem Verkäufer und dem Käufer vereinbarten Zeitpunkt an völlig oder teilweise von der Verpflichtung befreit, entsprechend diesen Allgemeinen Prinzipien Ersatzteile zu liefern.

- 7.* Wenn nach einer Vereinbarung zwischen dem Verkäuferland der Maschinen und Ausrüstungen und einem Drittland (Mitgliedsland des RGW oder SFRJ), an der die Käuferländer beteiligt sind, das Drittland die Produktion von Ersatzteilen aufnimmt, um die Käufer damit zu beliefern, so müssen die Käufer die Ersatzteile in diesem Lande kaufen.

In diesem Falle übernimmt das obengenannte Drittland die Verpflichtungen des Verkäuferlandes der Maschinen und Ausrüstungen zur Versorgung der Käuferländer mit Ersatzteilen. Wenn jedoch in der abgeschlossenen Vereinbarung nichts anderes vorgesehen ist, so bleiben für das Verkäuferland der Maschinen und Ausrüstungen die Verpflichtungen zur Versorgung der Käuferländer mit Ersatzteilen so lange bestehen, bis das Drittland die Produktion dieser Ersatzteile entsprechend der genannten Vereinbarung aufnimmt.

Wenn das Käuferland nicht an der obengenannten Vereinbarung zwischen dem Verkäuferland und einem Drittland (Mitgliedsland des RGW oder SFRJ) beteiligt war, so bleiben für das Käuferland die Verpflichtungen zur Versorgung des Käuferlandes mit Ersatzteilen so lange bestehen, bis das Drittland die Produktion und die Lieferung der Ersatzteile in dem Umfang aufnimmt, der für den normalen Betrieb der gelieferten und/oder zu liefernden Maschinen und Ausrüstungen notwendig ist. Dabei müssen die Ersatzteile aus dem Drittland zu Bedingungen geliefert werden, die nicht schlechter sind als die Bedingungen, zu denen die Ersatzteile aus dem Verkäuferland geliefert worden wären.

Der Verkäufer der Maschinen und Ausrüstungen muß den Käufer unverzüglich, spätestens jedoch 60 Tage nach Abschluß der Vereinbarung, benachrichtigen, von welchem

* Anmerkung: Als Subjekte der Vereinbarungen gemäß Ziff. 7 der „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung des RGW und der SFRJ 1973“ treten seitens der SFRJ die Wirtschaftsorganisationen im Rahmen ihrer Kompetenz auf.

Zeitpunkt an und an welche Organisationen des Drittlandes sich der Käufer in Fragen des Einkaufs von Ersatzteilen wenden muß. Wenn das Käuferland nicht an der Vereinbarung beteiligt war, muß eine solche Benachrichtigung auch die erforderlichen Angaben über die entsprechenden Festlegungen der abgeschlossenen Vereinbarung, die mit der Versorgung des Käufers mit Ersatzteilen zusammenhängen, enthalten.

8. Der Verkäufer stellt dem Käufer folgende Materialien und folgende Dokumentation zur Verfügung:

- Kataloge oder Typennomenklaturen, Preislisten, die notwendige technische Dokumentation in der vereinbarten Menge und entsprechend der vereinbarten Aufstellung sowie in der vereinbarten Sprache;
- empfohlene Ersatzteilspezifikationen in einer im Vertrag vereinbarten Menge;
- nach Möglichkeit entsprechende Formulare für die Bedarfsmeldung für Ersatzteile.

Der Verkäufer teilt dem Käufer auch die Ersatzteilverbrauchsnormen für die gegenseitig vereinbarten einzelnen Arten von Maschinen und Ausrüstungen mit.

Für erstmalig zu liefernde Maschinen und Ausrüstungen müssen die genannten Materialien und die Dokumentation bei Lieferbeginn übergeben werden.

Bei der Lieferung von Ersatzteilen, die der Klassifikation unterliegen (für Schiffe, Flugzeuge u. a. Maschinen und Ausrüstungen), übergibt der Verkäufer dem Käufer die Dokumentation des die Klassifikation durchführenden Organs, das die Qualität oder Klasse bestätigt.

9. Der Verkäufer ist verpflichtet, bei irgendwelchen konstruktiven Veränderungen an den Maschinen und Ausrüstungen, infolge derer Ersatzteile die Austauschbarkeit verloren haben, den Käufer unverzüglich, jedoch spätestens 3 Monate nach Vornahme der konstruktiven Veränderungen, über die vorgenommenen Veränderungen an den Ersatzteilen zu informieren und ihm eine entsprechende Dokumentation, einschließlich einer Information über Veränderungen der Nummern und Indizes der Ersatzteile in den Katalogen und Spezifikationen, zu übergeben.

Diese Bestimmung befreit den Verkäufer nicht von der Verpflichtung, Ersatzteile zu liefern, die den normalen Betrieb der früher gelieferten Maschinen und Ausrüstungen gewährleisten.

10. Bei Bestehen einer Vereinbarung zwischen den interessierten Seiten richtet der Verkäufer Konsignationslager für Ersatzteile im Käuferland ein. In den Konsignationslagern müssen Ersatzteilverräte für Maschinen und Ausrüstungen vorhanden sein, die ständig aufgefüllt werden.

11. Der Käufer übermittelt dem Verkäufer eine spezifizierte Bedarfsmeldung für das folgende Lieferjahr mit einer quartalsweisen Aufschlüsselung für die notwendige Ersatzteilmenge in folgender Ordnung und zu folgenden Terminen:

- 80 % des Jahresbedarfs bis 15. Mai des dem Lieferjahr vorangehenden Jahres;

- 15 % des Jahresbedarfs bis 30. September des dem Lieferjahr vorangehenden Jahres;

- 5 % des Jahresbedarfs bis 31. März des Lieferjahres, wobei in die Spezifikation dieser Ersatzteile keine Ersatzteile mit langfristigem Produktionszyklus aufgenommen werden dürfen.

In begründeten Fällen werden für Ersatzteile mit langfristigem Produktionszyklus, für Ersatzteile, die periodisch in die Produktion aufgenommen werden, und auch für Ersatzteile für erstmalig zu liefernde Arten von Maschinen und Ausrüstungen die Übergabetermine der Bedarfsmeldungen zwischen dem Verkäufer und dem Käufer vereinbart.

Der Käufer der MVR erhält das Recht, dem Verkäufer die spezifizierte Bedarfsmeldung in Höhe von 80 % des Jahresbedarfs innerhalb des zweiten Quartals des dem Lieferjahr vorangehenden Jahres zu übergeben.

Der Käufer hat das Recht, bis 30. September des dem Lieferjahr vorangehenden Jahres Korrekturen in Höhe bis zu 5 % des Wertes der Bedarfsmeldung (nach Menge und Nomenklatur) an der ursprünglich übergebenen Bedarfsmeldung vorzunehmen.

Bei den Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen, über deren Lieferung noch keine Verträge abgeschlossen wurden oder deren Lieferung selbst und deren Lieferumfang noch nicht zwischen Verkäufer und Käufer vereinbart sind, können Umfang der Ersatzteillieferungen und die Termine für die Übergabe der Bedarfsmeldungen hierfür zum Zeitpunkt der Präzisierung des Lieferumfangs dieser Maschinen und Ausrüstungen bzw. der Unterzeichnung der Verträge über deren Lieferung vereinbart werden.

12. Der Verkäufer ist verpflichtet, spätestens 60 Tage nach Erhalt der Bedarfsmeldung dem Käufer Angebote zum Abschluß des Vertrages über die Ersatzteillieferung zu übersenden (zu übergeben).

13. Im Falle einer Havarie hat der Käufer das Recht, zu beliebiger Zeit Ersatzteile, die zur Behebung dieser Havarie erforderlich sind, zu bestellen.

Der Verkäufer ist verpflichtet, in diesen Fällen den Versand der Ersatzteile unverzüglich, spätestens jedoch 25 Tage nach Erhalt der Bestellung des Käufers, zu gewährleisten, wenn eine andere Frist im Vertrag nicht festgelegt ist. Bei Ersatzteilen mit langfristigem Produktionszyklus ist der Verkäufer verpflichtet, wenn diese nicht vorrätig sind, den Versand in der kürzestmöglichen Frist zu gewährleisten.

Die Ersatzteilbestellung kann telegrafisch oder fernschriftlich mit kurzer Angabe des Charakters der Havarie aufgegeben werden, wobei diese Bestellung spätestens 3 Arbeitstage nach Aufgabe der Bestellung durch eingeschriebenen Brief bestätigt werden muß. Der Verkäufer ist verpflichtet, unverzüglich die Annahme der Bestellung zur Ausführung zu bestätigen.

14. Wenn die vom Verkäufer zu liefernden Maschinen und Ausrüstungen Teile enthalten, die von ihm aus Drittländern importiert werden, gehört es zu den Pflichten des

Verkäufer, die Versorgung mit diesen Teilen als Ersatzteile auf der allgemeinen Grundlage zu gewährleisten. Wenn es für den Verkäufer aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, diese Ordnung der Ersatzteilversorgung anzuwenden, muß dies vom Verkäufer bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen bekanntgegeben werden und in diesem Falle wird die Ordnung für die Versorgung mit Ersatzteilen, die aus Drittländern importiert werden, nach Vereinbarung zwischen dem Verkäufer und dem Käufer festgelegt.

Für die Verträge über die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen, die vor Annahme der „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung für Maschinen und Ausrüstungen, die im gegenseitigen Handel zwischen den Mitgliedsländern des RGW und der SFRJ geliefert werden“ (1966) abgeschlossen wurden, bleibt die in diesen Verträgen vorgesehene bzw. zwischen Käufer und Verkäufer übliche Ordnung für die Versorgung mit obengenannten Ersatzteilen gültig.

15. Im Falle der Einstellung der Produktion einzelner Maschinen und Ausrüstungen muß der Verkäufer dem Käufer hiervon rechtzeitig in schriftlicher Form Mitteilung machen.

Der Verkäufer ist verpflichtet, Ersatzteile für die nicht mehr in der Produktion befindlichen Maschinen und Ausrüstungen innerhalb eines gegenseitig vereinbarten und technisch begründeten Zeitraumes zu liefern. Dabei werden die Seiten von Orientierungsfristen ausgehen, die für die entsprechenden Arten von Maschinen und Ausrüstungen durch die kompetenten RGW-Organen festgelegt wurden.

Eine Aufstellung der zu liefernden Ersatzteile wird von den Seiten in den Verträgen unter Berücksichtigung der Nomenklatur der Ersatzteile festgelegt, die vor der Einstellung der Produktion der Maschinen und Ausrüstungen geliefert wurden.

Wenn der Käufer den Verkäufer ersucht, die Ersatzteillieferungen nach Ablauf der im zweiten Absatz dieser Ziffer genannten Frist fortzusetzen, so unterliegen eine solche Lieferung und die Bedingungen, zu denen sie erfolgen soll, der Vereinbarung zwischen den Seiten.

Wenn der Verkäufer nicht bereit ist, die Ersatzteillieferungen nach Ablauf der im zweiten Absatz dieser Ziffer genannten Frist fortzusetzen, so wird der Verkäufer, wenn im Vertrag nichts anderes vorgesehen ist, auf Ersuchen des Käufers:

- dem Käufer in dem Umfang und zu den Bedingungen, die zwischen ihnen vereinbart wurden, die technische

Dokumentation für die aus der Produktion gezogenen Ersatzteile übergeben;

- dem Käufer auf Grund eines gesonderten Vertrages die bei ihm vorhandenen und für die Produktion der genannten Ersatzteile bestimmten Spezialvorrichtungen, Werkzeuge, Modelle und Schablonen liefern bzw. dem Käufer zu mit ihm vereinbarten Bedingungen die technische Dokumentation für deren Herstellung übergeben.

16. Garantie für die gelieferten Ersatzteile wird nach Vereinbarung zwischen Verkäufer und Käufer unter Berücksichtigung der internationalen Praxis gewährt. Die vereinbarte Garantie wird im Vertrag festgehalten.

Bei der vertraglichen Festlegung von Garantiefrieten für Ersatzteile, die in die MVR aus Ländern geliefert werden, die mit der MVR keine gemeinsame Staatsgrenze haben, muß von den Seiten beachtet werden, daß die ab Lieferdatum gerechneten Garantiefrieten um 2 Monate verlängert werden.

Die Qualität der zu liefernden Ersatzteile darf nicht geringer sein als die Qualität der Teile, die zur Montage der kompletten Maschinen und Ausrüstungen im Herstellerwerk verwendet werden.

17. Die Bedarfsmeldungen für Aggregate, Baugruppen und Teile, die für andere Zwecke, im besonderen für die Komplettierung bestimmt sind, werden vom Käufer getrennt übergeben und die Lieferung solcher Aggregate, Baugruppen und Teile erfolgt zu den zwischen den Seiten vereinbarten Bedingungen.

18. Die kompetenten Organe und/oder Organisationen der Mitgliedsländer des RGW und der SFRJ führen — nach Möglichkeit alljährlich im ersten Quartal — einen gegenseitigen Austausch von Informationen über Überbestände von Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen, die im gegenseitigen Handel geliefert werden, mit dem Ziel ihres möglichen Verkaufs an die interessierten Organisationen durch.

19. Diese Allgemeinen Prinzipien werden nicht auf die Beziehungen der Seiten bei der Ersatzteilversorgung für Maschinen und Ausrüstungen im Rahmen der Erfüllung von Garantieverpflichtungen angewendet.

20. Diese Allgemeinen Prinzipien treten am 1. Januar 1974 in Kraft.

Von diesem Zeitpunkt an werden sich die Seiten beim Abschluß von Verträgen über die Lieferung von Ersatzteilen von diesen Allgemeinen Prinzipien leiten lassen.

Anlage 3
zu vorstehender Bekanntmachung

**Zusatzbedingungen
für die Ersatzteilversorgung für Transportmittel
und -ausrüstungen***

Bei der Ersatzteilversorgung für Transportmittel und -ausrüstungen, die im gegenseitigen Handel zwischen den Mitgliedsländern des RGW und der SFRJ geliefert werden, lassen sich die entsprechenden Organe dieser Länder in Ergänzung zu den „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung für Maschinen und Ausrüstungen“ auch von nachfolgenden Bedingungen leiten:

1. Ausgehend von Ziff. 10 der „Allgemeinen Prinzipien ...“ organisiert der Verkäufer, falls eine Vereinbarung darüber besteht, im Käuferland Konsignationslager für Ersatzteile für neue Typen und Marken von Kraftfahrzeugen, besonders in den ersten Jahren ihres Betriebes. Die Spezifikation und Menge der Ersatzteile des Konsignationslagers werden zwischen Verkäufer und Käufer vereinbart.
2. Um eventuelle Stillstände in der Luftfahrt zu vermeiden, nimmt der Verkäufer ziviler Luftfahrttechnik von den Käufern zu jeder Zeit des Lieferjahres Bedarfsmeldungen über Ersatzteile entgegen und gewährleistet ihre Erfüllung zu folgenden Terminen (vom Tage des Eingangs der Bedarfsmeldungen gerechnet):
 - a) gewöhnliche Bedarfsmeldungen — im Laufe von 3 Monaten. Für Ersatzteile mit einem langen Produktionszyklus legt der Verkäufer die Nomenklatur fest, übergibt sie dem Käufer und teilt die Termine für die Erfüllung der Bedarfsmeldung über Ersatzteile mit; dabei dürfen die Liefertermine 12 Monate nicht überschreiten;
 - b) Bedarfsmeldungen über einen Sofortbedarf — im Laufe von 7 Tagen;
 - c) Bedarfsmeldungen im Falle einer Havarie — im Laufe von 48 Stunden.

Der Lieferumfang von Ersatzteilen auf Grund von gewöhnlichen Bedarfsmeldungen, Bedarfsmeldungen über einen Sofortbedarf und Bedarfsmeldungen im Falle einer Havarie wird zwischen dem Verkäufer und Käufer vereinbart und wertmäßig für die Flugzeugtypen in den jährlichen Globalverträgen über die Lieferung von Ersatzteilen vorgesehen. Dabei ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer mit Ersatzteilen auf Grund gewöhnlicher Sofort- und Havarie-Bedarfsmeldungen im Umfang von nicht weniger als 10 % des gesamten Jahresbedarfs an Ersatzteilen zu versorgen; die Lieferungen der restlichen

Ersatzteilmengen werden auf der Grundlage von vorläufigen Bedarfsmeldungen in Übereinstimmung mit den „Allgemeinen Prinzipien der Ersatzteilversorgung ...“ durchgeführt.

Um die erwähnten Liefertermine zu gewährleisten, richtet der Verkäufer ziviler Luftfahrttechnik in seinem Land zentrale Ersatzteillager für den Export ein (bzw. gewährleistet in Einzelfällen diese Liefertermine auf andere Art und Weise) sowie im Falle einer Vereinbarung der Partner entsprechend Ziff. 10 der „Allgemeinen Prinzipien ...“ organisiert er im Käuferland Konsignationslager für Ersatzteile.

Beim Kauf ziviler Luftfahrttechnik erwirbt der Käufer gleichzeitig die nötige Ersatzteilmenge in Übereinstimmung mit der Nomenklatur und in einem Umfang, welche den Verbrauchsnormen für Ersatzteile, die vom Verkäufer vorgeschlagen und mit dem Käufer abgestimmt sind, entsprechen.

3. Falls beschlossen wird, die Produktion einzelner Typen und Marken von Transportmitteln und -ausrüstungen, darunter auch der Luftfahrttechnik, einzustellen, informiert der Verkäufer den Käufer unverzüglich davon und gewährleistet auf der Grundlage langfristiger Verträge und Kontrakte die Ersatzteilversorgung für einen bestimmten, gegenseitig vereinbarten, technisch begründeten Zeitraum; dabei sind in Abhängigkeit von der Art, den Typen und Marken der Transportmittel folgende Orientierungsfristen zu berücksichtigen:
 - bei rollendem Eisenbahnmaterial
im Rahmen von 10 bis 20 Jahren;
 - bei Schiffsmechanismen
im Rahmen von 10 bis 15 Jahren;
 - bei Kraftfahrzeugen
im Rahmen von 6 bis 10 Jahren;
 - bei ziviler Luftfahrttechnik
im Rahmen von 10 bis 15 Jahren.

Die Frist zur Lieferung von Ersatzteilen für Schiffsmechanismen, deren Produktion eingestellt ist, kann in einzelnen Fällen nach Vereinbarung zwischen dem Verkäufer und Käufer verlängert werden. Die maximale Frist zur Lieferung von Ersatzteilen für die zivile Luftfahrttechnik bis zu 15 Jahren kann in begründeten Fällen nach Vereinbarung zwischen dem Verkäufer und Käufer festgelegt werden.

* In Kraft gesetzt durch Verfügung Nr. 867 des Ministers für Außenwirtschaft vom 12. November 1968.

4. Wenn der Käufer nach Ablauf der mit dem Verkäufer vereinbarten Fristen für die Ersatzteilversorgung der Transportmittel und -ausrüstungen, deren Produktion eingestellt worden ist, daran interessiert ist, die Produktion entsprechenden Ersatzteile, die für die weitere Unterhaltung und für den Betrieb dieser Transportmittel und -ausrüstungen notwendig sind, aufzunehmen, stellt der Verkäufer im Falle einer Vereinbarung entsprechend Ziff. 6 der „Allgemeinen Prinzipien ...“ dem Käufer die notwendigen technischen Dokumentationen zur Verfügung. Dabei muß eine solche Vereinbarung vor Ablauf der vereinbarten Termine für die Ersatzteilversorgung der Transportmittel und -ausrüstungen, deren Produktion eingestellt worden ist, getroffen werden.
5. Standardisierte und vereinheitlichte Ersatzteile für Transportmittel, deren Produktion im Käuferland durchgeführt wird, können nach Vereinbarung zwischen dem Verkäufer und Käufer beim Abschluß der Verträge Gegenstand gegenseitiger Lieferungen sein.

I. D. Jermolajew **Objektive Gesetze
und wissenschaftliche Leitung
der Gesellschaft**

Herausgegeben von der Hauptredaktion Unterrichtsliteratur
der Parteihochschule und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften
beim ZK der KPdSU

Übersetzung aus dem Russischen
235 Seiten · Leinen · 8,— M

Gliederung der Arbeit:

- **Wesen und Struktur der sozialistischen Gesellschaft und das System ihres Funktionierens und ihrer Entwicklung**
- **Der Wirkungscharakter des Systems der Gesetze in der Periode des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus**
- **Die Wirkungsbesonderheiten der Gesetze in den verschiedenen Sphären und Ebenen der sozialen Organisation der Sowjetgesellschaft**
- **Die optimalen Forderungsparameter der Gesetze unter den verschiedenen Aspekten der strukturellen Gliederung der Gesellschaft**
- **Die Mittel und Wege zur Realisierung der Erfordernisse der Gesetze**
- **Die Gestaltung der wissenschaftlich begründeten Politik auf der Grundlage der Gesetzesforderungen**
- **Die Organisation der Produktionstätigkeit sowie des gesellschaftspolitischen und kulturellen Lebens und Wirkens der Werktätigen in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Gesetze**
- **Die Stimulierung als wichtigstes Mittel zur Entwicklung der schöpferischen Aktivität der Werktätigen und ihrer Mobilisierung zur Verwirklichung der Gesetzesforderungen**



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Sowjetische Außenpolitik und europäische Sicherheit

Übersetzung aus dem Russischen

303 Seiten · Leinen 9,50 Mark

Das sowjetische Autorenkollektiv untersucht umfassend alle wesentlichen Aspekte, die mit dem Beginn der neuen Entwicklungsetappe im Zusammenleben der Völker Europas verbunden sind. Sie gliederten diese Arbeit in 13 Kapitel:

- Die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit — eines der Hauptprobleme der Gegenwart
- Potsdam: Ergebnis des Krieges — Programm für die Nachkriegsregelung
- Der Sozialismus — die entscheidende Kraft im heutigen Europa
- Geschlossenheit und Einheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft — der wichtigste Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa
- Die Völker Europas im Kampf für Frieden und Sicherheit
- Gesamteuropäische Konferenz — Weg zur Gewährleistung der Sicherheit
- Die ökonomischen Aspekte des Problems der europäischen Sicherheit
- Die Normalisierung der Lage im Zentrum Europas — wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit
- Die Bedeutung der Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich für die Sicherheit in Europa
- Großbritannien und die Sicherheit Europas
- Das Problem der Abrüstung und die Sicherung des Friedens in Europa
- Gegen die Verfälschung der sowjetischen Außenpolitik
- Der Frieden in Europa und die Verstärkung der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik



1973

Berlin, den 12. Dezember 1973

Teil II Nr. 17

Tag	Inhalt	Seite
3. 12. 73	Bekanntmachung über die Ratifikation des Vertrages vom 10. Oktober 1973 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft	273

**Bekanntmachung
über die Ratifikation des Vertrages
vom 10. Oktober 1973
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
zur Regelung
von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft
vom 3. Dezember 1973**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 30. November 1973 den nachstehend veröffentlichten Vertrag vom 10. Oktober 1973 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft ratifiziert hat.

Der Tag, an dem der Vertrag für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 3. Dezember 1973

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
zur Regelung
von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß es Personen gibt, die entsprechend der Gesetzgebung beider Vertragschließenden Seiten ihre Staatsbürger sind,

und

geleitet von dem Wunsch, die doppelte Staatsbürgerschaft dieser Personen, insbesondere durch freiwillige Wahl zu beseitigen sowie zu verhindern, daß künftig doppelte Staatsbürgerschaft entsteht,

übereingekommen, diesen Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben als Bevollmächtigte ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik,

Dr. Herbert Krollowski,

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik,

der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik,

RSDr. Jaroslav Silhavy,

Stellvertreter des Ministers des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Beseitigung der doppelten Staatsbürgerschaft

Artikel 1

Personen, die am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages auf Grund der Gesetzgebung der Vertragschließenden Seiten deren Staatsbürger sind, behalten entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages nur die Staatsbürgerschaft einer der Vertragschließenden Seiten.

Artikel 2

(1) Die in Artikel 1 bezeichneten Personen können innerhalb eines Jahres vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an entsprechend Abschnitt I dieses Vertrages wählen, welche Staatsbürgerschaft sie behalten.

(2) Personen, die ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragschließenden Seite haben und die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragschließenden Seite behalten wollen, geben darüber eine Erklärung gegenüber der diplomatischen oder zuständigen konsularischen Vertretung der Vertragschließenden Seite ab, für deren Staatsbürgerschaft sie sich entscheiden.

(3) Personen, die auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates ihren Wohnsitz haben, geben die Erklärung gegenüber der diplomatischen oder zuständigen konsularischen Vertretung beziehungsweise dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vertragschließenden Seite ab, für deren Staatsbürgerschaft sie sich entscheiden.

Artikel 3

(1) Personen, die eine Erklärung entsprechend Artikel 2 Absatz 1 nicht abgeben, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet sie am Tage des Ablaufs der Frist ihren Wohnsitz haben.

(2) Personen, die eine Erklärung entsprechend Artikel 2 Absatz 1 nicht abgeben und ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates haben, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet sie vor der Ausreise in den dritten Staat ihren Wohnsitz hatten. Falls sie einen solchen Wohnsitz nicht hatten, behalten sie die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, die sie später erworben haben.

Artikel 4

(1) Für Minderjährige, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages geboren wurden und die Staatsbürgerschaft beider Vertragsschließenden Seiten haben, können die Eltern, soweit Absatz 3 nicht zutrifft, innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages durch Abgabe einer übereinstimmenden Erklärung eine der Staatsbürgerschaften der Vertragsschließenden Seiten wählen. Haben Minderjährige zu diesem Zeitpunkt das 14. Lebensjahr vollendet, ist deren Einwilligung zur Erklärung der Eltern erforderlich.

(2) Geben die Eltern keine übereinstimmende Erklärung ab, behalten die Minderjährigen die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern am Tage des Ablaufs der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Frist ihren Wohnsitz hatten.

Haben die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz, behalten die Minderjährigen die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der Elternteil besitzt, bei dem die Minderjährigen leben.

Haben die Eltern ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates, behalten die Minderjährigen die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern vor der Ausreise ihren Wohnsitz hatten. Soweit sie einen solchen Wohnsitz nicht gehabt haben, behalten die Minderjährigen die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Mutter besitzt.

(3) Minderjährige behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Eltern besitzen, wenn diese nach Ablauf der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Frist die gleiche Staatsbürgerschaft haben.

Artikel 5

(1) Minderjährige, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages geboren wurden und denen ein Elternteil verstorben ist oder bei denen der Aufenthaltsort eines Elternteils zum Zeitpunkt des Ablaufs der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Frist unbekannt ist oder bei denen das Erziehungsrecht einem Elternteil entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der andere Elternteil besitzt.

(2) Minderjährige, deren Eltern verstorben sind oder bei deren Eltern der Aufenthaltsort unbekannt ist oder deren Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft nach den Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 2.

Abschnitt II

Verhinderung des Entstehens doppelter Staatsbürgerschaft

Artikel 6

(1) Für Kinder, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages geboren werden, können die Eltern, von denen der eine Teil die Staatsbürgerschaft der einen und der andere Teil die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragsschließenden Seite besitzt, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Geburt der Kinder durch Abgabe einer übereinstimmenden Erklärung die Staatsbürgerschaft einer der Vertragsschließenden Seiten wählen.

(2) Wählen die Eltern für Kinder, die auf dem Hoheitsgebiet einer der Vertragsschließenden Seiten geboren werden, die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragsschließenden Seite, ist die Erklärung gegenüber der diplomatischen oder zuständigen konsularischen Vertretung beziehungsweise dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dieser Vertragsschließenden Seite abzugeben.

(3) Geben die Eltern keine übereinstimmende Erklärung ab, behalten die Kinder die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern am Tage des Ablaufs der in Artikel 6 Absatz 1 genannten Frist ihren Wohnsitz hatten.

Haben die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz, behalten die Kinder die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der Elternteil besitzt, bei dem die Kinder leben.

Haben die Eltern ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates, behalten die Kinder die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern vor der Ausreise ihren Wohnsitz hatten. Soweit sie einen solchen Wohnsitz nicht gehabt haben, behalten die Kinder die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Mutter besitzt.

(4) Für Kinder, die auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates geboren werden, ist die übereinstimmende Erklärung der Eltern gegenüber der diplomatischen oder zuständigen konsularischen Vertretung beziehungsweise gegenüber dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vertragsschließenden Seite abzugeben, für deren Staatsbürgerschaft sich die Eltern für die Kinder entscheiden. Wird keine Erklärung abgegeben, ist nach den Bestimmungen des Absatzes 3 zu verfahren.

Artikel 7

(1) Kinder, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages geboren werden und denen ein Elternteil verstorben ist oder bei denen der Aufenthaltsort eines Elternteils zum Zeitpunkt des Ablaufs der in Artikel 6 Absatz 1 genannten Frist unbekannt ist oder bei denen das Erziehungsrecht einem Elternteil entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der andere Elternteil besitzt.

(2) Kinder, deren Eltern verstorben sind oder bei deren Eltern der Aufenthaltsort unbekannt ist oder deren Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft nach den Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 3.

Artikel 8

Kinder, die innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrages geboren werden, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Eltern haben, wenn diese nach Ablauf der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Frist die gleiche Staatsbürgerschaft haben werden.

Abschnitt III

Allgemeine und Schlußbestimmungen

Artikel 9

(1) Wenn auf der Grundlage dieses Vertrages die Erklärung über die Wahl einer Staatsbürgerschaft abgegeben wird, behalten die betreffenden Personen mit dem Tage der Abgabe der Erklärung nur eine Staatsbürgerschaft.

(2) Wurde keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben, behalten die betreffenden Personen mit dem Tage des Ablaufs der in den Artikeln 2 Absatz 1 und 6 Absatz 1 genannten Fristen nur eine Staatsbürgerschaft.

(3) Für Personen, die die Staatsbürgerschaft der einen Vertragsschließenden Seite behalten, gelten auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragsschließenden Seite die Bestimmungen über Ausländer.

Artikel 10

(1) Zur Abgabe der Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft sind nur volljährige Personen berechtigt. Volljährig im Sinne dieses Vertrages sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben oder nach der Gesetzgebung einer der Vertragsschließenden Seiten die Rechte Volljähriger besitzen.

(2) Die Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft sind schriftlich, in der Regel in zweifacher Ausfertigung, oder mündlich zu Protokoll abzugeben.

(3) Für die Abgabe der Erklärungen werden keine Gebühren erhoben.

Artikel 11

(1) Die Abgabe der Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft ist den Bürgern, die die Erklärung abgegeben haben, durch das zuständige staatliche Organ zu bestätigen.

(2) Stellt die Vertragsschließende Seite, an die die Erklärung gerichtet ist, fest, daß die Person, die die Erklärung betrifft, entsprechend ihrer Gesetzgebung nicht ihr Staatsbürger ist,

gilt die Erklärung als nicht abgegeben. Das zuständige staatliche Organ dieser Vertragsschließenden Seite setzt diese Person darüber in Kenntnis.

Artikel 12

(1) Die Vertragsschließenden Seiten tauschen auf diplomatischem Wege

- spätestens sechs Monate nach Ablauf der in Artikel 2 Absatz I genannten Frist Listen über die Personen, die eine Erklärung entsprechend Abschnitt I abgegeben haben,
- in jedem Quartal Listen über die Kinder, für die im Verlaufe des vorangegangenen Quartals eine Erklärung entsprechend Abschnitt II abgegeben wurde,

unter Angabe der Personalien aus.

(2) Den Listen ist jeweils ein Exemplar der Erklärungen beizufügen.

Artikel 13

Nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird jede Vertragsschließende Seite die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Personen der anderen Vertragsschließenden Seite von der Entlassung dieser Personen aus der Staatsbürgerschaft der anderen Vertragsschließenden Seite abhängig machen.

Artikel 14

Fragen, die zwischen den Vertragsschließenden Seiten im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages auftreten, werden auf diplomatischem Wege geklärt.

Artikel 15

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am dreißigsten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Berlin erfolgt.

Dieser Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn keine der Vertragsschließenden Seiten den Vertrag mindestens sechs Monate vor Ablauf der angegebenen Frist kündigt, verlängert sich seine Gültigkeit jeweils um weitere fünf Jahre.

Dieser Vertrag wurde am 10. Oktober 1973 in Prag in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
Herbert Krolkowski

Für die
Tschechoslowakische
Sozialistische Republik
Silhavy

Smlouva mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o úpravě dvojího státního občanství

Německá demokratická republika a Československá socialistická republika

majíce na zřeteli, že se vyskytují osoby, které jsou podle jejich zákonů státními občany obou smluvních stran

a vedeny přáním odstranit dvojí státní občanství těchto osob, především na základě jejich dobrovolného rozhodnutí, jakož i zabránit vzniku dvojího státního občanství v budoucnu

rozhodly se uzavřít tuto smlouvu.

Za tím účelem jmenovali svými zmocněnci
předseda Státní rady Německé demokratické republiky

Dr. Herberta Krolkowského,
mimořádného a zplnomocněného velvyslance Německé demokratické republiky v Československé socialistické republice,

prezident Československé socialistické republiky

RSDr. Jaroslava Šilhavého,
náměstka ministra vnitra ČSSR,

kteří se po výměně svých plných mocí, jež byly shledány v dobré a náležité formě, dohodli takto:

ČÁST I

Odstranění dvojího státního občanství.

Článek 1

Osoby, které jsou ke dni vstupu této smlouvy v platnost státními občany obou smluvních stran podle jejich zákonů, si zachovávají podle této smlouvy státní občanství pouze jedné smluvní strany.

Článek 2

/1/ Osoby uvedené v článku 1 mohou během jednoho roku ode dne vstupu smlouvy v platnost zvolit podle části I této smlouvy, které státní občanství si zachovávají.

/2/ Osoby, které mají trvalý pobyt na výsoštném území jedné smluvní strany a chtějí si zachovat státní občanství druhé smluvní strany, podají o tom prohlášení diplomatické misi nebo příslušnému konzulárnímu úřadu té smluvní strany, pro jejíž státní občanství se rozhodly.

/3/ Osoby, které mají trvalý pobyt na výsoštném území třetího státu, podají prohlášení diplomatické misi nebo příslušnému konzulárnímu úřadu, popřípadě ministerstvu zahraničních věcí smluvní strany, pro jejíž státní občanství se rozhodly.

Článek 3

/1/ Osoby, které nepodají prohlášení podle článku 2 odst. 1, si zachovávají státní občanství smluvní strany, na jejímž výsoštném území mají trvalý pobyt v poslední den lhůty.

/2/ Osoby, které nepodají prohlášení podle článku 2 odst. 1 a mají trvalý pobyt na výsoštném území třetího státu, si zachovávají státní občanství smluvní strany, na jejímž výsoštném území měly trvalý pobyt před vystěhováním. Jestliže takový pobyt neměly, zachovávají si státní občanství smluvní strany, které nabyly později.

Článek 4

/1/ Nezletilým osobám, které se narodily přede dnem vstupu této smlouvy v platnost a mají státní občanství obou smluvních stran, mohou rodiče — nejde-li o případ podle odst. 3 — ve lhůtě jednoho roku od vstupu smlouvy v platnost zvolit souhlasným prohlášením státní občanství jedné smluvní strany. Jde-li o nezletilé osoby starší 14 let, je platnost souhlasného prohlášení podmíněna souhlasem těchto osob.

/2/ Nepodají-li rodiče souhlasné prohlášení, zachovávají si nezletilé osoby státní občanství smluvní strany, na jejímž výsoštném území měli rodiče trvalý pobyt v poslední den lhůty uvedené v článku 2 odst. 1. Nemají-li rodiče společně bydliště, zachovávají si nezletilé osoby státní občanství smluvní strany toho z rodičů, u něhož nezletilé osoby žijí. Mají-li rodiče trvalý pobyt na výsoštném území třetího státu, zachovávají si nezletilé osoby státní občanství smluvní strany, na jejímž výsoštném území měli rodiče trvalý pobyt před vystěhováním. Pokud rodiče takový pobyt neměli, zachovávají si nezletilé osoby státní občanství smluvní strany, které má matka.

/3/ Nezletilé osoby si zachovávají státní občanství smluvní strany, které mají rodiče, jestliže ti mají po uplynutí lhůty uvedené v článku 2 odst. 1 stejné státní občanství.

Článek 5

/1/ Nezletilé osoby, narozené přede dnem vstupu této smlouvy v platnost, jimž jeden z rodičů zemřel, nebo u nichž pobyt jednoho z rodičů ke dni uplynutí lhůty uvedené v článku 2 odst. 1 není znám, anebo jejichž jednomu rodiči byla odňata rodičovská práva, si zachovávají státní občanství smluvní strany, které má druhý z rodičů.

/2/ Jestliže rodiče takových nezletilých osob zemřeli, nebo není místo jejich pobytu anebo jestliže pozbyli rodiče svých rodičovských práv, zachovají si nezletilé osoby státní občanství podle článku 4 odst. 2.

ČÁST II

Zabránění vzniku dvojího státního občanství

Článek 6

/1/ Dětem narozeným po dni vstupu této smlouvy v platnost mohou rodiče, z nichž má jeden státní občanství jedné smluvní strany a druhý státní občanství druhé smluvní strany, zvolit ve lhůtě tří měsíců od narození dětí státní občanství jedné smluvní strany souhlasným prohlášením.

/2/ Jestliže rodiče volí dětem narozeným na výsoštném území jedné smluvní strany státní občanství druhé smluvní strany, podají o tom souhlasné prohlášení diplomatické misi nebo příslušnému konzulárnímu úřadu, popřípadě ministerstvu zahraničních věcí této smluvní strany.

/3/ Nepodají-li rodiče souhlasné prohlášení, zachovají si děti státní občanství smluvní strany, na jejímž výsoštném území měli rodiče trvalý pobyt v poslední den lhůty uvedené v článku 6 odst. 1. Nemají-li rodiče společné bydliště, zachovají si děti státní občanství smluvní strany toho z rodičů, u něhož děti žijí. Mají-li rodiče trvalý pobyt na výsoštném území třetího státu, zachovají si děti státní občanství smluvní strany, na jejímž výsoštném území měli rodiče trvalý pobyt před vystěhováním. Pokud rodiče takový pobyt neměli, zachovají si děti státní občanství smluvní strany, které má matka.

/4/ Narodí-li se děti na výsoštném území třetího státu, podají rodiče souhlasné prohlášení diplomatické misi nebo příslušnému konzulárnímu úřadu, popřípadě ministerstvu zahraničních věcí smluvní strany, pro jejíž státní občanství se rodiče pro děti rozhodli. Neučiní-li tak, postupuje se podle předchozího odstavce.

Článek 7

/1/ Děti, narozené po dni vstupu této smlouvy v platnost, jimž jeden z rodičů zemřel, nebo u nichž pobyt jednoho z rodičů ke dni uplynutí lhůty uvedené v článku 6 odst. 1 není znám, nebo jejichž jednomu rodiči byla odňata rodičovská práva, si zachovají státní občanství smluvní strany, které má druhý z rodičů.

/2/ Jestliže rodiče takových dětí zemřeli, nebo není známo místo jejich pobytu, anebo pozbyli rodiče svých rodičovských práv, zachovají si děti státní občanství podle článku 6 odst. 3.

Článek 8

Děti, narozené ve lhůtě jednoho roku od vstupu smlouvy v platnost, si zachovají státní občanství smluvní strany, které mají jejich rodiče, jestliže ti mají po uplynutí lhůty, uvedené v článku 2 odst. 1 stejné státní občanství.

ČÁST III

Všeobecná a závěrečná ustanovení

Článek 9

/1/ Bylo-li podle této smlouvy podáno prohlášení, zachovají si příslušné osoby jediné státní občanství dnem podání prohlášení.

/2/ Nebylo-li podáno prohlášení, zachovají si příslušné osoby státní občanství jedné ze smluvních stran uplynutím lhůt uvedených v článcích 2 odst. 1 a 6 odst. 1.

/3/ Na osoby, které si zachovají státní občanství jedné smluvní strany, se na výsoštném území druhé smluvní strany vztahují předpisy o cizincích.

Článek 10

/1/ Podat prohlášení jsou oprávněny jen zletilé osoby. Pro účely této smlouvy jsou zletilými osobami ty, které dosáhly věku 18 let nebo mají podle zákonů jedné smluvní strany práva zletilých.

/2/ Prohlášení se podávají písemně, zpravidla ve dvojím vyhotovení, nebo ústně do protokolu.

/3/ Prohlášení nepodléhají správním poplatkům.

Článek 11

/1/ Příslušný státní orgán, který přijal prohlášení, jeho přijetí podatelé potvrdí.

/2/ Zjistí-li smluvní strana, které bylo podáno prohlášení, že osoba, jíž se prohlášení týká, není podle jejího právního řádu jejím státním občanem, hledí se na prohlášení jako by nebylo podáno. Příslušný státní orgán této smluvní strany o tom vyrozumí podatele prohlášení.

Článek 12

/1/ Smluvní strany si vymění diplomatickou cestou — do šesti měsíců po uplynutí lhůty uvedené v článku 2 odst. 1 seznamy osob, které podaly prohlášení podle části I,

— čtvrtletné seznamy dětí, pro které bylo v předcházejícím čtvrtletí podáno prohlášení podle části II, a to s uvedením jejich osobních údajů.

/2/ K seznamům se připojí po jednom vyhotovení příslušných prohlášení.

Článek 13

Smluvní strany budou ode dne, kdy tato smlouva vstoupí v platnost, podmiňovat vydání rozhodnutí o nabytí státního občanství jedné smluvní strany předložením dokladu o propuštění ze státního svazku druhé smluvní strany.

Článek 14

Otázky spojené s prováděním této smlouvy projednají smluvní strany diplomatickou cestou.

Článek 15

Tato smlouva bude ratifikována. Vstoupí v platnost třicátým dnem po výměně ratifikačních listin, která bude provedena v Berlíně.

Tato smlouva se uzavírá na dobu pěti let a její platnost se prodlužuje vždy o dalších pět let, jestliže ji jedna smluvní strana 6 měsíců před uplynutím příslušné doby platnosti nevyhoví.

Tato smlouva byla sepsána ve dvou vyhotoveních, každé v jazyku německém a jazyku českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Dano v Praze dne 10. října 1973.

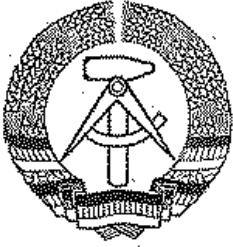
Na důkaz toho zmocněnci tuto smlouvu podepsali a opatřili svými pečeti.

Za
Německou demokratickou
republiku

Herbert Krolkowski

Za
Československou
socialistickou republiku

Šilhavý



1973

Berlin, den 28. Dezember 1973

Teil II Nr. 18

Tag	Inhalt	Seite
15.12.73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der „Allgemeinen Bedingungen für die Montage und die Durchführung anderer technischer Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (AMB/RGW 1973)“	277

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der
„Allgemeinen Bedingungen für die Montage und die
Durchführung anderer technischer Dienstleistungen
im Zusammenhang mit den Lieferungen
von Maschinen und Ausrüstungen
zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer
des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
(AMB/RGW 1973)“

vom 15. Dezember 1973

Hiermit wird bekanntgemacht, daß der Ministerrat die vom Exekutivkomitee des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf seiner 64. Tagung angenommene Empfehlung zu den „Allgemeinen Bedingungen für die Montage und die Durchführung anderer technischer Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (AMB/RGW 1973)“ (Anlage) durch Beschluß vom 18. Oktober 1973 bestätigt hat.

Damit treten die „Allgemeinen Bedingungen für die Montage und die Durchführung anderer technischer Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (AMB/RGW 1973)“ am 1. Januar 1974 in Kraft und sind für die Außenhandelsbetriebe und anderen zur Wahrnehmung von Außenhandelsaufgaben berechtigten Betriebe, Kombinate und Vereinigungen Volkseigener Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik rechtsverbindlich.

Die „AMB/RGW 1973“ finden auf alle Verträge über Montagearbeiten Anwendung, die ab 1. Januar 1974 zwischen den zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigten Organisationen der Mitgliedsländer des RGW abgeschlossen werden. Die Vertragspartner können darüber hinaus vereinbaren, daß die „AMB/RGW 1973“ auch auf früher abge-

schlossene Verträge angewandt werden, die nach dem 1. Januar 1974 noch gültig sind.

Für Montagearbeiten in der MVR wird die Höhe der zusätzlichen Entschädigung gemäß § 29 Abs. 2 für Überstunden, Arbeit an arbeitsfreien Tagen und Feiertagen sowie für Nacharbeit in zweiseitigen Vereinbarungen oder Verträgen festgelegt.

Wenn eine Organisation der Republik Kuba Auftragnehmer oder Auftraggeber für Montagearbeiten ist, werden die im § 29 Abs. 1 Sätze 2 und 3 geregelten Fragen in zweiseitigen Vereinbarungen oder in den Verträgen festgelegt.

Die Zahlungen für Montagearbeiten (§ 41 AMB/RGW 1973) erfolgen zwischen der Republik Kuba und der DDR zu den im Zahlungsabkommen vom 17. Dezember 1960 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Revolutionären Regierung der Republik Kuba festgelegten Bedingungen.

Berlin, den 15. Dezember 1973

Der Leiter
des Büros des Ministerrates

Dr. Rost
Staatssekretär

Anlage

zu vorstehender Bekanntmachung

**Allgemeine Bedingungen
für die Montage und die Durchführung anderer
technischer Dienstleistungen im Zusammenhang
mit den Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen
zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer
des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
(AMB/RGW 1973)**

Die Montagearbeiten, die von den Fachkräften des Auftragnehmers im Lande des Auftraggebers ausgeführt werden und die im Zusammenhang mit den Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des RGW stehen, die zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigt sind, erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden „Allgemeinen Montagebedingungen“.

Alle Verträge über Montagearbeiten müssen diesen „Allgemeinen Montagebedingungen“ entsprechen.

In den Fällen, in denen die Vertragspartner beim Vertragsabschluß zu der Schlussfolgerung gelangen, daß die auszuführenden Montagearbeiten einen besonderen Charakter tragen und infolgedessen Abweichungen von den einzelnen Bestimmungen dieser „Allgemeinen Montagebedingungen“ erforderlich sind, können sie das im Vertrag vereinbaren.

I.

Begriffsbestimmungen

§ 1

Die in den vorliegenden „Allgemeinen Montagebedingungen“ verwendeten Begriffe bedeuten folgendes:

- „Auftraggeber“ — eine zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigte Organisation, die entsprechend dem Vertrag Dienstleistungen zur Ausführung der Montagearbeiten bereitstellt.
- „Auftragnehmer“ — eine zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigte Or-

ganisation, die entsprechend dem Vertrag Pflichten zur Ausführung der Montagearbeiten übernimmt.

„Fachkraft“

- Person, mit einer bestimmten Qualifikation, die vom Auftragnehmer in das Land entsendet wird, in dem die Montagearbeiten entsprechend dem abgeschlossenen Vertrag ausgeführt werden.

„Montagearbeiten“

- Montage, Chefmontage, Arbeiten zur Einrichtung und Inbetriebnahme von Maschinen und Ausrüstungen sowie Durchführung anderer technischer Dienstleistungen (Aufsicht, Instruktion u. a.).

„Montage“

- Ausführung der Montage im Lande des Auftraggebers durch die Fachkräfte des Auftragnehmers, entsprechend den im Vertrag vereinbarten Bedingungen.

„Chefmontage“

- von den Fachkräften des Auftragnehmers entsprechend den im Vertrag vereinbarten Bedingungen ausgeführte technische Leitung der vom Personal des Auftraggebers im Lande des Auftraggebers durchgeführten Montage.

„Montageinventar“

- Montagewerkzeuge, Hilfsgeräte und alle anderen Ausrüstungen, die zur Durchführung der Montagearbeiten erforderlich sind.

II.

Abschluß, Veränderung und Aufhebung des Vertrages

§ 2

(1) Der Vertrag über die Montagearbeiten wird nach Möglichkeit gleichzeitig mit dem Liefervertrag für Maschinen und Ausrüstungen abgeschlossen. Er kann auch als Teil des Liefervertrages für Maschinen und Ausrüstungen abgeschlossen werden.

(2) Der Abschluß des Vertrages über die Montagearbeiten erfolgt in der Weise, wie in den §§ 1 bis 4 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen.

§ 3

(1) Der Vertrag über Montagearbeiten muß insbesondere enthalten:

- a) Bezeichnung und Anschrift der Partner,
- b) Vertragsgegenstand,
- c) Anzahl der Fachkräfte, die der Auftragnehmer entsendet, sowie Angabe ihrer Funktion,
- d) Zahlungsbedingungen.

(2) Je nach Charakter der auszuführenden Montagearbeiten kann der Vertrag auch enthalten:

- a) Anzahl des Fach- und Hilfspersonals, das vom Auftraggeber gestellt wird, sowie Angabe der Funktion,
- b) Verzeichnis des Montageinventars, der Apparaturen, Hilfsmaterialien, Arbeits- und Schutzbekleidung unter Hinweis darauf, was der Auftragnehmer und was der Auftraggeber zur Verfügung stellen muß,
- c) Termine des Beginns und der Beendigung der Montagearbeiten,
- d) spezielle Garantieverpflichtungen des Auftragnehmers,
- e) besondere Verpflichtungen der Partner.

§ 4

(1) Der Vertrag über Montagearbeiten kann durch Vereinbarung der Partner geändert oder aufgehoben werden. Eine einseitige Aufhebung des Vertrages über Montagearbeiten kann nur erfolgen beim Eintreten von Umständen, die im Vertrag ausdrücklich als Grund für seine einseitige Aufhebung vereinbart sind. Im Vertrag über Montagearbeiten kann vereinbart werden, daß zur Feststellung des Vorliegens von Umständen, die auf Grund des Vertrages einer Seite das Recht zur einseitigen Aufhebung des Vertrages geben, das Schiedsgericht anzurufen ist.

(2) Wenn ein Vertrag über die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen für die ein Vertrag über Montagearbeiten abgeschlossen wurde, völlig oder teilweise aufgehoben wird, müssen die Partner unverzüglich über das Weiterbestehen bzw. die Veränderung des Vertrages über die Montagearbeiten entscheiden.

III.

Vorbereitung der Montagearbeiten

§ 5

(1) Zur richtigen Vorbereitung der Montagearbeiten vereinbaren Auftragnehmer und Auftraggeber im Vertrag die Reihenfolge der Durchführung der Montagearbeiten.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber Pläne, technische Daten und andere technische Dokumentationen, die für die Ausführung der Vorbereitungsarbeiten notwendig sind, in dem Umfang und zu den Terminen, die im Vertrag vereinbart wurden, auszuhändigen.

(3) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer den Lageplan des Montageortes und andere notwendige technische Dokumentationen in dem Umfang und zu den Terminen zur Verfügung zu stellen, die im Vertrag vereinbart wurden. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, die genannten technischen Dokumentationen in den Fällen zur Verfügung zu stellen, in denen der Auftragnehmer mitgeteilt hat, daß er diese Dokumente besitzt oder wenn der Auftragnehmer verpflichtet ist, sie selbst anzufertigen.

(4) Wenn im Vertrag der Umfang und die Termine der Übergabe der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten technischen Dokumentationen nicht festgelegt sind, so müssen sie die Partner in dem Umfang und zu den Terminen, die die termingerechte Erfüllung der entsprechenden Arbeiten gewährleisten, übergeben.

(5) Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt ist, so behält der Partner das ausschließliche Recht an den von ihm übergebenen technischen Dokumentationen. Die übergebenen technischen Dokumentationen dürfen ausschließlich nur für den Zweck benutzt werden, für den sie übergeben wurden, und unterliegen ohne Einverständnis des Partners, der diese technischen Dokumentationen übergeben hat, nicht der Veröffentlichung.

§ 6

(1) Der Auftraggeber führt alle Vorbereitungsarbeiten (Fundamente, Bauarbeiten usw.) auf seine Kosten und unter seiner Verantwortung in solch einer Frist durch, daß die Montagearbeiten unverzüglich nach der zu den vereinbarten Terminen erfolgten Ankunft der Fachkräfte des Auftragnehmers begonnen und ohne Hindernisse und Verzögerungen durch-

geführt werden können. In Ausnahmefällen kann der Auftragnehmer nach Vereinbarung der Partner die Durchführung der Vorbereitungsarbeiten in einem Umfang und zu solchen Bedingungen übernehmen, wie dies im Vertrag vorgesehen ist.

(2) Der Auftraggeber setzt den Auftragnehmer davon in Kenntnis, daß die zu montierenden Maschinen und/oder Ausrüstungen, das Montageinventar und der Montageort unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 1 für den Beginn der Montagearbeiten vorbereitet sind. Diese Mitteilung muß spätestens 30 Tage vor dem im Vertrag vorgesehenen Beginn der Montagearbeiten gegeben werden, wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist.

§ 7

Falls der Auftragnehmer die Montagearbeiten nicht beginnen oder nicht in entsprechender Weise fortsetzen konnte, weil die Vorbereitungsarbeiten nicht ausgeführt waren, hat der Auftragnehmer das Recht, den Termin des Beginns der Montagearbeiten zu verlegen oder diese Arbeiten zu unterbrechen. In diesem Falle vereinbaren die Partner einen neuen Termin für den Beginn der Montagearbeiten und ergreifen auch die entsprechenden Maßnahmen zur Beseitigung der entstandenen Verzögerung.

§ 8

Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Fachkräften des Auftragnehmers kostenlos die entsprechenden Räume (überdacht, mit Beleuchtung, Heizung und Reinigung sowie mit dem nötigen Inneninventar ausgestattet) zur Aufbewahrung des Montageinventars, der Kleidung, zur Führung der Büroarbeiten sowie zur Erholung der Fachkräfte während der Arbeitspausen zur Verfügung zu stellen.

§ 9

Vor Beginn der Montagearbeiten fertigen die Partner ein Protokoll an, in dem festgestellt wird, daß die zu montierenden Maschinen und/oder Ausrüstungen, das Montageinventar und der Montageort für den Beginn der Montagearbeiten vorbereitet waren, unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 1 und des § 8. Im Protokoll ist ebenfalls ein Verzeichnis aller festgestellten Mängel und unvollendeten Arbeiten, unter Berücksichtigung der Bedingungen des Vertrages mit Festlegung von Terminen für ihre Beseitigung aufzunehmen.

IV.

Montageinventar und Hilfsmaterial

§ 10

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, auf seine Kosten das Montageinventar in Übereinstimmung mit der vom Auftragnehmer und Auftraggeber aufgestellten und dem Vertrag bei-

gefügt Spezifikation zur Verfügung zu stellen. In diese Spezifikation wird die Kontrollapparatur, die bei den Abnahmeprüfungen verwendet wird, sowie das persönliche Werkzeug der Fachkräfte des Auftragnehmers, die der Auftragnehmer zu stellen hat, nicht einbezogen.

(2) Das Montageinventar, das vom Auftraggeber nicht zur Verfügung gestellt werden kann, überläßt der Auftragnehmer, wenn er die Möglichkeit hat, dem Auftraggeber gegen Bezahlung zur zeitweiligen Nutzung. Für dieses Montageinventar, einschließlich des unverkäuflichen Montageinventars*, stellt der Auftragnehmer eine Spezifikation mit Preisen auf, die mit dem Auftraggeber abgestimmt wurden und dem Prinzip der Preisfestlegung entsprechen, das in den geltenden Handelsabkommen zwischen den betreffenden Ländern vorgesehen ist.

(3) Wenn Montageinventar zur Nutzung überlassen wird, das bereits im Gebrauch war, gibt der Auftragnehmer in der Spezifikation in Prozenten den Abnutzungsgrad an, der als Verrechnungsgrundlage in den Fällen dient, in denen das Montageinventar dem Auftragnehmer nicht zurückgegeben wird.

(4) Die Benutzung des Montageinventars des Auftragnehmers für andere als im Vertrag angegebene Zwecke kann nur mit Zustimmung des Auftragnehmers geschehen.

§ 11

(1) Für die Nutzung des Montageinventars des Auftragnehmers zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Mietgebühr in Höhe der im Vertrag vereinbarten Prozente, die nicht höher sein dürfen als:

- | | |
|---|---------------|
| a) für Montagewerkzeug und Geräte | 0,15 % je Tag |
| b) für Montageausrüstungen, darunter Hebe- und Transportausrüstungen usw. | 0,05 % je Tag |

vom Preis des Montageinventars, der in Übereinstimmung mit § 10 festgelegt wurde.

(2) Die Summe der Mietgebühr für die Nutzung des Montageinventars darf den Preis, der in der Spezifikation festgelegt wurde, nicht übersteigen.

(3) Der Auftraggeber ist verpflichtet, für die Nutzung nur des Montageinventars zu zahlen, das vom Auftragnehmer gemäß Vertrag überlassen wurde.

(4) Die Mietgebühr wird für jeden Kalendertag, gerechnet vom Datum der Überlassung des Montageinventars durch den Auftragnehmer zur Nutzung bis zum Datum seiner Rückgabe durch den Auftraggeber, berechnet.

(5) In den Fällen, in denen der Auftragnehmer gemäß Vertrag für die Einhaltung der Fristen zur Erfüllung der Montage-

* Unter unverkäuflichem Montageinventar versteht man Inventar, das für den Auftragnehmer einen besonderen Wert darstellt.

arbeiten verantwortlich ist und bei deren Ausführung ein Verzug aus Gründen eintrat, die er zu vertreten hat, wird für die Zeit des Verzuges keine Mietgebühr für die Nutzung des Montageinventars erhoben.

§ 12

(1) Als Datum der Überlassung zur Nutzung des Montageinventars durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber gilt:

- a) beim Eisenbahntransport — das Datum des Stempels auf dem Eisenbahnfrachtbrief des Grenzbahnhofs, auf dem das Montageinventar durch die Eisenbahn des Auftragnehmerlandes der Eisenbahn übergeben wird, die das Montageinventar zum Weitertransport an die Adresse übernimmt, die vom Auftraggeber genannt ist;
- b) beim Wassertransport — das Datum des Anbordkonossements oder des Seefrachtbriefes, die die Annahme des Montageinventars im Verladehafen des Auftragnehmerlandes zum Transport an die Adresse bestätigt, die vom Auftraggeber genannt ist;
- c) beim Lufttransport — das Datum des Luftfrachtbriefes, der die Annahme des Montageinventars durch die Luftverkehrsorganisation des Auftragnehmerlandes zum Transport an die Adresse bestätigt, die vom Auftraggeber genannt ist;
- d) beim Kraftfahrzeugtransport — das Datum des Dokumentes, das die Annahme des Montageinventars durch die Transportmittel des Auftraggebers bestätigt und wenn das Montageinventar durch Transportmittel des Auftragnehmers über die Staatsgrenze des Auftragnehmerlandes geliefert wird, — das Datum der Abfertigung des Montageinventars durch den Grenzzoll des Landes, das an das Auftragnehmerland grenzt.

(2) Als Datum der Rückgabe des Montageinventars gilt:

- a) beim Eisenbahntransport — das Datum des Stempels auf dem Eisenbahnfrachtbrief des Grenzbahnhofs, auf dem das Montageinventar durch die Eisenbahn des Auftraggeberlandes oder des Transitlandes der Eisenbahn des Auftragnehmerlandes übergeben wird;
- b) beim Wassertransport — das Datum des Ausladens des Montageinventars aus dem Schiff im Bestimmungshafen des Auftragnehmerlandes;
- c) beim Lufttransport — das Datum des Ausladens des Montageinventars von Bord des Flugzeuges auf dem Flugplatz des Auftragnehmerlandes;
- d) beim Kraftfahrzeugtransport — das Datum der Abfertigung des Montageinventars durch den Grenzzoll des Auftragnehmerlandes.

§ 13

(1) Der Auftraggeber trägt die Kosten für den Transport des Montageinventars sowie das Risiko seines zufälligen Verlustes oder der zufälligen Beschädigung ab dem Zeitpunkt der Überlassung des Montageinventars zur Nutzung durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber und bis zum Zeitpunkt seiner Rückgabe durch den Auftraggeber an den Auftragnehmer.

(2) Als Zeitpunkt der Nutzungsübergabe des Montageinventars durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber gilt:

- a) beim Eisenbahntransport — der Zeitpunkt der Übergabe des Montageinventars am Grenzbahnhof durch die Eisenbahn des Auftragnehmerlandes an die Eisenbahn, die das Montageinventar zum Weitertransport an die Adresse übernimmt, die vom Auftraggeber genannt ist;
- b) beim Wassertransport — der Zeitpunkt des Anbordgehens des Montageinventars im Verladehafen des Auftragnehmerlandes;
- c) beim Lufttransport — der Zeitpunkt der Übergabe des Montageinventars durch den Auftragnehmer an die Luftverkehrsorganisation in seinem Land;
- d) beim Kraftfahrzeugtransport — der Zeitpunkt der Verladung des Montageinventars auf die Transportmittel des Auftraggebers und wenn das Montageinventar mit den Transportmitteln des Auftragnehmers über die Staatsgrenze seines Landes geliefert wird, — der Zeitpunkt der Abfertigung des Montageinventars durch den Grenzzoll des Landes, das an das Auftragnehmerland grenzt.

(3) Als Zeitpunkt der Rückgabe des Montageinventars durch den Auftraggeber an den Auftragnehmer gilt:

- a) beim Eisenbahntransport — der Zeitpunkt der Übergabe des Montageinventars am Grenzbahnhof durch die Eisenbahn des Auftraggeberlandes oder des Transitlandes an die Eisenbahn des Auftragnehmerlandes;
- b) beim Wassertransport — der Zeitpunkt des Vonbordgehens des Montageinventars im Löschungshafen des Auftragnehmerlandes;
- c) beim Lufttransport — der Zeitpunkt der Ausladung des Montageinventars von Bord des Flugzeuges auf dem Flughafen des Auftragnehmerlandes;
- d) beim Kraftfahrzeugtransport — der Zeitpunkt der Abfertigung des Montageinventars durch den Grenzzoll des Auftragnehmerlandes.

§ 14

Der Auftraggeber ist zur Versicherung des ihm vom Auftragnehmer zur Nutzung überlassenen Montageinventars vom

Zeitpunkt der Überlassung durch den Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt der Rückgabe an den Auftragnehmer verpflichtet.

§ 15

Alle möglichen Zölle und Gebühren auf dem Territorium des Auftraggeberlandes in Verbindung mit der Ein- und Ausfuhr des Montageinventars trägt der Auftraggeber.

§ 16

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Art des Transports des Montageinventars vom Auftragnehmer zum Auftraggeber sowie die Übergangspunkte des Montageinventars an der Grenze des Auftragnehmerlandes mit dem Auftraggeber abzustimmen.

§ 17

Wenn nichts anderes im Vertrag festgelegt ist, ist der Auftraggeber verpflichtet, das Montageinventar, das ihm zur Nutzung vom Auftragnehmer überlassen wurde, unverzüglich zurückzugeben, sobald die Notwendigkeit seiner weiteren Nutzung zur Fortsetzung der Montagearbeiten entfällt.

§ 18

(1) Wenn das Montageinventar ohne Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Fachkräfte verlorengeht oder zerstört wird, ist der Auftraggeber verpflichtet, den in der Spezifikation angegebenen Preis zu zahlen unter Berücksichtigung des Abnutzungsgrades zum Zeitpunkt des Verlustes oder der Zerstörung dieses Inventars oder unter Abzug der Summe der Mietgebühr, die vom Auftraggeber dem Auftragnehmer für die Nutzung des Montageinventars bis zu diesem Zeitpunkt gezahlt wurde.

(2) Wenn das Montageinventar, das in der Spezifikation als unverkäuflich bezeichnet wird, verlorengeht oder zerstört wird, ist der Auftraggeber, wenn er nicht beweist, daß der Verlust oder die Zerstörung nicht von ihm verschuldet ist, verpflichtet, dem Auftragnehmer den vollen Wert dieses Inventars entsprechend der Spezifikation zu zahlen. Wenn der Auftraggeber beweist, daß der Verlust oder die Zerstörung des genannten Inventars nicht durch ihn verschuldet wurde, werden die Bestimmungen des Abs. I dieses Paragraphen angewendet.

(3) Der Auftraggeber trägt keine Verantwortung für den Verlust oder die Zerstörung des Montageinventars, die durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Fachkräfte eingetreten sind (z. B. wenn die Fachkräfte des Auftragnehmers nach Beendigung des Arbeitstages die Regeln der Übergabe des Montageinventars zur Aufbewahrung an den Auftraggeber verletzt haben).

§ 19

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, auf seine Kosten und sein Risiko das ihm vom Auftragnehmer überlassene Montageinventar aufzubewahren und es vor atmosphärischen Einflüssen und Beschädigungen zu schützen. Der Auftraggeber hat die gleichen Verpflichtungen in bezug auf die Aufbewahrung des Werkzeuges und der Geräte, die den Fachkräften des Auftragnehmers gehören und die ihm zur Aufbewahrung übergeben wurden.

(2) Falls sich das dem Auftraggeber überlassene Montageinventar bei den Fachkräften des Auftragnehmers zur Aufbewahrung befindet, trägt der Auftragnehmer die Verantwortung für den Verlust oder die Beschädigung dieses Inventars.

§ 20

Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt ist, so ist der Auftraggeber verpflichtet, auf seine Kosten alle Hilfsmaterialien (Wasser, Elektroenergie, Sauerstoff, Karbid, Druckluft usw.), die zur Ausführung der Montagearbeiten notwendig sind, bereitzustellen. Der Auftraggeber sichert die notwendige Beleuchtung sowie dort, wo es möglich ist oder es der Charakter der Maschinen und Ausrüstungen erfordert, die Beheizung des Montageortes.

§ 21

Der Auftraggeber muß rechtzeitig und auf seine Kosten die zu montierenden Maschinen und/oder Ausrüstungen sowie Hilfsmaterialien und das Montageinventar zum Montageort bringen.

V.

Arbeitsbedingungen der Fachkräfte des Auftragnehmers

§ 22

(1) Die Fachkräfte des Auftragnehmers, die mit Montagearbeiten beschäftigt sind, verbleiben im Arbeitsrechtsverhältnis mit dem Auftragnehmer.

(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, auf seine Kosten alle erforderlichen Formalitäten auf dem Territorium seines Landes, die mit dem Aufenthalt der Fachkräfte des Auftragnehmers verbunden sind, sowie die Zollformalitäten bei der Einfuhr und Ausfuhr des Montageinventars, das dem Auftragnehmer gehört, und der persönlichen Werkzeuge und Geräte der Fachkräfte des Auftragnehmers zu erledigen.

(3) Die Fachkräfte des Auftragnehmers sind verpflichtet, sich allen für sie verbindlichen gesetzlichen Bestimmungen des Auftraggeberlandes zu unterwerfen sowie die ihnen bekannten und ihnen in Verbindung mit der Ausführung der Arbeiten bekannt gewordenen Staats- und Dienstgeheimnisse streng zu wahren.

§ 23

(1) Der Auftraggeber gewährt den Fachkräften des Auftragnehmers unentgeltlich möblierten Wohnraum (mit Beleuchtung, Heizung und Reinigung) in der Nähe des Ortes der Ausführung der Montagearbeiten.

(2) Falls die Wohnung der Fachkräfte des Auftragnehmers weiter als 2 km vom Ort der Ausführung der Montagearbeiten entfernt ist, gewährleistet der Auftraggeber den Fachkräften kostenlosen Transport zum Ort der Montagearbeiten und zurück. Dabei wird der Auftraggeber bestrebt sein, zu gewährleisten, daß die Fahrzeit vom Wohnort der Fachkräfte des Auftragnehmers zum Ort der Montagearbeiten und zurück eine Stunde nicht überschreitet.

§ 24

(1) Wenn sich am Ort der Ausführung der Montagearbeiten oder am Wohnort der Fachkräfte des Auftragnehmers eine Werkskantine befindet, gewährt ihnen der Auftraggeber die Möglichkeit, diese zu benutzen.

(2) Wenn am Ort der Ausführung der Montagearbeiten oder am Wohnort der Fachkräfte des Auftragnehmers keine Kantine oder keine andere Möglichkeit der Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung vorhanden ist, organisiert der Auftraggeber auf andere Weise die Verpflegung dieser Fachkräfte so, daß sie mindestens einmal täglich ein warmes Essen erhalten können. Außerdem gewährt der Auftraggeber den Fachkräften des Auftragnehmers die Möglichkeit, Lebensmittel und Massenbedarfsgüter zu kaufen.

(3) Die Kosten für ihren Unterhalt und für den Einkauf von Waren tragen die Fachkräfte des Auftragnehmers.

§ 25

Der Auftraggeber hat im Rahmen seiner Möglichkeiten für die kulturelle Betreuung der Fachkräfte des Auftragnehmers (Radio, Fernsehen, Kino, Theater, Vorträge, Ausflüge usw.) zu sorgen.

§ 26

(1) Bei Krankheit oder Unfall der Fachkräfte des Auftragnehmers und ihrer Familienangehörigen während ihres Aufenthaltes im Auftraggeberland gewährt der Auftraggeber kostenlos dem Kranken oder Verletzten ärztliche Hilfe und Medikamente durch das staatliche Gesundheitswesen seines Landes.

(2) Die Zahlungen für die Zeit der Krankheit der Fachkräfte des Auftragnehmers werden in der Höhe und auf die Art und Weise durchgeführt, wie es im § 38 vorgesehen ist.

(3) Bei Erkrankung der Fachkräfte des Auftragnehmers, die eine Arbeitsunterbrechung zur Folge hat, ist der Auftraggeber verpflichtet, den Auftragnehmer unmittelbar oder über die Handelsvertretung des Auftragnehmerlandes im Auftraggeberland davon in Kenntnis zu setzen. Wenn nach Erklärung des Arztes die Krankheit einer Fachkraft länger als 4 Wochen andauern wird, ist der Auftragnehmer auf Ersuchen des Auftraggebers verpflichtet, sie mit einer anderen Fachkraft der gleichen Qualifikation auszutauschen.

(4) Falls epidemische Krankheiten ausbrechen, ist der Auftraggeber verpflichtet, die entsprechenden vorbeugenden Maßnahmen zum Schutze der Fachkräfte vor diesen Krankheiten zu ergreifen.

(5) Vor Beginn der Montagearbeiten ist der Auftraggeber verpflichtet, am Montageort besondere medizinische Stützpunkte, die mit allen erforderlichen medizinischen Mitteln zur Gewährung der ersten Hilfe (Verbandmaterial, Medikamente usw.) ausgestattet sind, einzurichten. Auf einzelnen Arbeitsstellen, die sich in großer Entfernung von den oben genannten Stützpunkten befinden, müssen Sanitätskästen vorhanden sein.

§ 27

(1) Der Auftragnehmer hat das Recht, nach vorheriger Benachrichtigung des Auftraggebers auf seine Kosten seine Fachkraft unter der Bedingung auszuwechseln, daß diese Auswechslung sich nicht auf den Termin und die Qualität der durchzuführenden Montagearbeiten auswirkt. Die Fachkraft, die ausgetauscht wird, kann den Ort der Ausführung der Montagearbeiten erst nach Ankunft ihres Nachfolgers verlassen.

(2) Beim Vorliegen ernster Gründe hat der Auftraggeber das Recht, vom Auftragnehmer die Abberufung oder den Austausch von Fachkräften zu verlangen.

§ 28

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vor Entsendung seiner Fachkräfte sie mit diesen „Allgemeinen Montagebedingungen“ und den Bedingungen der Ausführung der Montagearbeiten, die im Vertrag vorgesehen sind, sowie mit dem Ablauf des Arbeitstages, den klimatischen und anderen Bedingungen bekannt zu machen, unter denen die Fachkräfte die Montagearbeiten ausführen werden. Der Auftragnehmer entsendet in das Auftraggeberland Fachkräfte, die mit den erwähnten Bedingungen der Ausführung der Montagearbeiten einverstanden sind.

§ 29

(1) Die Fachkräfte des Auftragnehmers haben das Recht, nach 11monatiger Arbeit im Auftraggeberland für die Zeit, die in der Gesetzgebung des Auftragnehmerlandes vorgesehen ist,

jedoch nicht länger als 30 Kalendertage, in den Urlaub zu fahren. Nach Vereinbarung mit dem Auftraggeber kann der Auftragnehmer nach 6monatiger ununterbrochener Tätigkeit der Fachkräfte im Auftraggeberland den Fachkräften Urlaub gewähren unter der Bedingung, daß die Dauer des Aufenthaltes der Fachkräfte im Auftraggeberland nicht weniger als 12 Monate beträgt. In den folgenden Jahren hat der Auftragnehmer das Recht, auch dann, wenn die Dauer des Aufenthaltes weniger als 12 Monate betragen wird, der Fachkraft nach 6 Monaten den ihr zustehenden Urlaub zu gewähren.

(2) Die für die Reise der Fachkraft vom Ort der Ausführung der Montagearbeiten zum Wohnort in der Heimat und zurück zum Ort der Ausführung der Montagearbeiten erforderliche Zeit wird nicht als Urlaub angerechnet.

(3) Die Zeit des Urlaubes wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer so vereinbart, daß er die Montagearbeiten in keiner Weise beeinflusst.

§ 30

(1) Die Fachkraft, deren Aufenthalt im Auftraggeberland für mindestens ein Jahr vorgesehen ist, hat das Recht, ihre Ehefrau und ihre Kinder im schulpflichtigen und Vorschulalter sofort mitzunehmen, wenn am Ort der Ausführung der Montagearbeiten die entsprechenden, für ihren Aufenthalt günstigen Wohnbedingungen vorhanden sind. Wenn zum Zeitpunkt der Anreise der Fachkraft diese Bedingungen nicht gegeben sind, so kommt der Auftraggeber seinen Verpflichtungen in dieser Hinsicht nicht später als 3 Monate nach dem Tag der Ankunft der Fachkraft nach, wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde.

(2) Die Familie der Fachkraft wird zusammen mit der Fachkraft den kostenlos gewährten Wohnraum, unabhängig vom Vorhandensein einer Schule am Wohnort, bewohnen.

§ 31

Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Fachkräften die Möglichkeit zu geben, ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachzukommen, die während ihres Aufenthaltes im Auftraggeberland wahrzunehmen sind (wie z. B. Wahlen, Volksbefragung).

§ 32

(1) Der Auftraggeber stellt zu den vereinbarten Terminen das qualifizierte und das Hilfspersonal, das im Vertrag vorgesehen ist, und, falls notwendig, eine zusätzliche Anzahl von Personal nach Vereinbarung zwischen den Vertretern des Auftragnehmers und des Auftraggebers.

(2) Der Leiter der Montagearbeiten seitens des Auftragnehmers hat das Recht, in begründeten Fällen den Austausch von

ungeeignetem qualifiziertem und Hilfspersonal des Auftraggebers zu verlangen.

(3) Falls erforderlich, stellt der Auftraggeber dem Leiter der Montagearbeiten seitens des Auftragnehmers einen Dolmetscher zur Verfügung. Auf Bitte des Auftraggebers und mit Einverständnis des Auftragnehmers kann zu diesem Zwecke auf Kosten des Auftraggebers der Dolmetscher des Auftragnehmers zu den zwischen beiden Partnern vereinbarten Bedingungen eingesetzt werden.

(4) Die bevollmächtigten Vertreter des Auftraggebers und des Auftragnehmers legen gemeinsam die Arbeitseinteilung für das qualifizierte und Hilfspersonal des Auftraggebers fest.

(5) Der Auftraggeber trägt alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Arbeit des erwähnten Personals.

§ 33

(1) Die Arbeitszeit der Fachkräfte des Auftragnehmers am Ort der Ausführung der Montagearbeiten wird entsprechend den im Auftraggeberland geltenden Bestimmungen festgelegt.

(2) Wenn die Fachkräfte des Auftragnehmers aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht arbeiten können, zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer für diese Zeit wie für Arbeit in normaler Arbeitszeit.

(3) Die Feiertage des Auftragnehmerlandes sind für die Fachkräfte arbeitsfreie Tage.

(4) Der Auftraggeber strebt an, daß die Fachkräfte des Auftragnehmers keine Arbeit an Feiertagen des Auftragnehmerlandes, an arbeitsfreien Tagen* und zur Nachtzeit (von 22.00 bis 6.00 Uhr) sowie auch keine Überstunden zu leisten brauchen. Falls erforderlich, können die Fachkräfte nach Vereinbarung zwischen den Bevollmächtigten des Auftragnehmers und des Auftraggebers am Ort der Ausführung der Montagearbeiten zu den genannten Zeiten arbeiten. In diesem Falle zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer in Übereinstimmung mit § 39 dieser „Allgemeinen Montagebedingungen“.

§ 34

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer oder seinen Vertreter ausführlich mit den im Lande des Auftraggebers geltenden Bestimmungen über die technische Sicherheit und den Arbeitsschutz, Brandschutz usw. bekannt zu machen; der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung dieser Bestimmungen durch

* In den „AMB/RGW 1973“ werden als arbeitsfreie Tage solche verstanden, die für die Fachkräfte des Auftragnehmers am Ort der Durchführung der Montagearbeiten entsprechend den Bestimmungen im Lande des Auftraggebers gelten.

seine Fachkräfte zu ergreifen. Im Montagetagebuch ist darüber ein Vermerk aufzunehmen.

(2) Der Auftraggeber stellt den Fachkräften des Auftragnehmers kostenlos die zur Einhaltung der technischen Sicherheit und des Arbeitsschutzes notwendigen Ausrüstungen und Ausstattungen zur Verfügung und erläutert den Fachkräften deren Anwendung.

(3) Der Auftragnehmer, der gleichzeitig der Lieferant der Maschinen und Ausrüstungen ist, ist verpflichtet, den Auftraggeber auf besondere Gefahren, die mit der Durchführung der Montagearbeiten verbunden sind, hinzuweisen und ihm die notwendigen ausführlichen Erläuterungen zu geben.

§ 35

(1) Wenn der Auftraggeber eine Verletzung der im § 34 angegebenen Bestimmungen durch die Fachkräfte des Auftragnehmers feststellt, ist er verpflichtet, den Auftragnehmer sofort in schriftlicher Form davon in Kenntnis zu setzen. Wenn ungeachtet der Warnung des Auftraggebers die Fachkräfte des Auftragnehmers weiterhin die Bestimmungen über technische Sicherheit und Arbeitsschutz oder über Brandschutz usw. verletzen, so hat der Auftraggeber das Recht, den Fachkräften, die diese Bestimmungen verletzt haben, den Zutritt zum Ort der Ausführung der Montagearbeiten zu untersagen und vom Auftragnehmer ihren Austausch zu verlangen.

(2) Falls die Fachkräfte des Auftragnehmers die ihnen bekannten Bestimmungen gemäß Abs. 1 nicht einhalten, so ist der Auftraggeber für Unfälle, die sich im Ergebnis der Verletzung dieser Bestimmungen ereignen, nicht verantwortlich.

(3) Wenn der Auftraggeber die Bestimmungen über technische Sicherheit und Arbeitsschutz nicht beachtet, teilen die Fachkräfte des Auftragnehmers das dem Auftraggeber in schriftlicher Form mit. Falls der Auftraggeber die entsprechenden Maßnahmen nicht ergreift, können die Fachkräfte die Arbeit unterbrechen.

(4) Die Fachkräfte können die Arbeit in den Fällen sofort unterbrechen, in denen sich Bedingungen ergeben, die für die Fachkräfte lebens- oder gesundheitsgefährdend sind, wenn sie davon den Auftraggeber in Kenntnis gesetzt haben.

VI.

Beziehungen zwischen den Bevollmächtigten des Auftraggebers und des Auftragnehmers

§ 36

(1) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer teilen sich schriftlich vor Beginn der Montagearbeiten die Namen ihrer

Bevollmächtigten mit. Wenn der Auftragnehmer als seinen Bevollmächtigten keine andere Person ernannt hat, so ist am Ort der Ausführung der Montagearbeiten für alle Fragen im Zusammenhang mit den Montagearbeiten und den Fachkräften des Auftragnehmers der Leiter der Montagearbeiten der Bevollmächtigte des Auftragnehmers.

(2) Alle Fragen, die die Montagearbeiten und die Fachkräfte betreffen, erörtert der Auftraggeber am Ort der Ausführung der Montagearbeiten ausschließlich mit dem Bevollmächtigten des Auftragnehmers.

(3) Vom Zeitpunkt des Beginns der Montagearbeiten bis zu ihrer Beendigung führt der Bevollmächtigte des Auftragnehmers das Montagetagebuch mit einer Kopie für den Auftraggeber in der im Vertrag vereinbarten Sprache.

(4) Das Montagetagebuch muß den Ablauf der Montagearbeiten sowie alle mit den Montagearbeiten verbundenen Umstände und Tatsachen, die von großer Bedeutung für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer sind, widerspiegeln (z. B. Datum des Beginns der Montagearbeiten, Bemerkungen in bezug auf die Einhaltung der einzelnen Termine der Montagearbeiten, Datum der Beendigung der Montagearbeiten, die von den Fachkräften geleistete Arbeitszeit an arbeitsfreien und Feiertagen sowie hinsichtlich Überstundenarbeit, Anzahl der Fachkräfte und des Hilfspersonals, das der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt hat).

(5) Jede Aufzeichnung im Montagetagebuch muß von den Bevollmächtigten des Auftraggebers und des Auftragnehmers unterzeichnet sein. Die Aufzeichnungen, die von den Bevollmächtigten beider Partner im Montagetagebuch unterzeichnet wurden, stellen einen Beweis für die dort niedergelegten Tatsachen dar.

(6) Wenn der Bevollmächtigte des Auftraggebers nicht mit dem Verlauf der Montagearbeiten oder mit den Aufzeichnungen des Bevollmächtigten des Auftragnehmers einverstanden ist, legt jeder der Bevollmächtigten seine Meinung im Montagetagebuch nieder. In diesen Fällen müssen die Partner unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zur Regelung der entstandenen Meinungsverschiedenheiten ergreifen.

§ 37

Jede Vereinbarung zwischen den Bevollmächtigten des Auftragnehmers und des Auftraggebers, die eine Veränderung der vertraglichen Verpflichtungen oder das Auftreten neuer Verpflichtungen nach sich zieht, muß vom Auftragnehmer und vom Auftraggeber schriftlich bestätigt werden.

VII.

Bezahlung der Montagearbeiten

§ 38

(1) Für die Ausführung von Montagearbeiten durch die Fachkräfte des Auftragnehmers zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer einen Betrag, der auf der Basis der Sätze berechnet wird, die zwischen den zuständigen Organen der Mitgliedsländer des RGW vereinbart sind,* nach folgenden Kategorien:

- a) Experte — Konsultant,
- b) Chefingenieur,
- c) Oberingenieur,
- d) Ingenieur,
- e) Techniker, Meister, Monteur,
- f) qualifizierter Arbeiter.

Die Zahlung des genannten Betrages erfolgt vom Tage der Ausreise der Fachkraft aus ihrem Land bis zum Tage der Rückkehr in ihr Land. Als Datum der Ausreise und der Rückkehr der Fachkraft gilt das Datum, an dem die Fachkraft die Staatsgrenze des Landes des Auftragnehmers überschreitet.

(2) Falls es erforderlich ist, die Bezahlung je Stunde zu errechnen, wird $\frac{1}{200}$ des Monatssatzes angewandt.

§ 39

(1) Zusätzliche Entschädigung für Überstundenarbeit sowie für Arbeit an arbeitsfreien Tagen und Feiertagen wird nur für folgende Kategorien von Fachkräften gezahlt:

Techniker, Meister, Monteur, qualifizierter Arbeiter.

(2) Die zusätzliche Entschädigung wird über den festgelegten Grundentschädigungssatz hinaus gezahlt. Die Entschädigung wird in Prozenten zu den Grundentschädigungssätzen, die gemäß § 38 vereinbart wurden, festgelegt:

für die Arbeit an Werktagen von 6.00 bis 22.00 Uhr	15 %
für die Arbeit an Werktagen von 22.00 bis 6.00 Uhr.	27 %
für die Arbeit an arbeitsfreien Tagen für die ersten 8 Stunden	27 %
für die folgenden Stunden	55 %
für die Arbeit an Feiertagen	55 %

(3) Wenn die Fachkraft ständig in Nachtschicht von 22.00 bis 6.00 Uhr arbeitet, ist der Auftraggeber verpflichtet, eine

* Nicht veröffentlicht. Die Sätze sind den AHB bekannt.

zusätzliche Entschädigung in Höhe von 15 % des festgelegten Grundentschädigungssatzes zu zahlen.

§ 40

Für die Ausführung von Montagearbeiten unter besonders gefährlichen und gesundheitsschädigenden Bedingungen vereinbarten Auftragnehmer und Auftraggeber im Vertrag einen Zuschlag zu dem Entschädigungssatz in Höhe bis zu 25 % des festgelegten Grundentschädigungssatzes.

§ 41

Die Zahlungen für Montagearbeiten, die in den §§ 38, 39 und 40 vorgesehen sind, erfolgen in transferablen Rubeln entsprechend dem Abkommen über die mehrseitige Verrechnung in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 22. Oktober 1963.

§ 42

Die Bezahlung der Reisekosten der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen sowie der Beförderung ihres persönlichen Gepäcks wird im Vertrag von den Partnern vereinbart.

VIII.

Zahlungsverfahren

§ 43

(1) Zahlungen, die durch diese „Allgemeinen Montagebedingungen“ vorgesehen sind, werden in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der §§ 59 bis 66 der „ALB/RGW 1968“ auf der Grundlage von Rechnungen des Auftragnehmers unter Beifügung des Verzeichnisses der Montagearbeiten, das vom Auftraggeber oder seinem Bevollmächtigten bestätigt wurde, sowie auf der Grundlage anderer im Vertrag vorgesehener Dokumente durchgeführt.

(2) Im Verzeichnis der Montagearbeiten muß die Anzahl der geleisteten Stunden angegeben sein (unter Angabe der Nacht- und Feiertagsarbeit sowie der Arbeit an arbeitsfreien Tagen usw.).

(3) Die Rechnungen für die ausgeführten Montagearbeiten und für die Nutzung des Montageinventars werden nach Ablauf des Monats ausgestellt, in dem die Montagearbeiten ausgeführt wurden, wenn im Vertrag nicht andere Zahlungsfristen festgelegt sind.

IX.

Beendigung der Montagearbeiten

§ 44

Die Bedingungen der Beendigung der Montagearbeiten sowie die Art der Ausfertigung eines entsprechenden Dokumentes über die Beendigung dieser Arbeiten (Protokoll u. ä.) werden von den Partnern im Vertrag vereinbart.

X.

Garantien

§ 45

(1) Der Auftragnehmer ist für die richtige Durchführung der Montage entsprechend den Bedingungen des Vertrages verantwortlich.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf seine Kosten und zu den mit dem Auftraggeber abgestimmten Terminen alle Mängel, die in der Garantiefrist festgestellt wurden und durch falsche Ausführungen der Montage, durch Fehler in der Montagedokumentation sowie durch Verwendung von ungeeignetem Material bei der Montage entstanden sind, zu beseitigen.

(3) Der Auftragnehmer, der die Montage der Maschinen und Ausrüstungen auf Grund von Dokumentationen ausführt, die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt wurden, ist nicht für Mängel verantwortlich, die durch Fehler in dieser Dokumentation entstanden sind.

§ 46

(1) Bei der Chefmontage ist der Auftragnehmer verantwortlich für die Richtigkeit seiner Instruktionen und die technische Richtigkeit der Montagearbeiten sowie der an die Fachkräfte des Auftraggebers gegebenen Empfehlungen und Weisungen, wenn der Auftraggeber alle Bedingungen einhält, die im Chefmontagevertrag vereinbart wurden.

(2) Wenn der Auftragnehmer Empfehlungen und Weisungen auf Grund von Dokumentationen gibt, die er vom Auftraggeber erhalten hat, ist er nicht für die Folgen verantwortlich, die sich aus Fehlern in dieser Dokumentation ergeben können.

(3) Der Auftragnehmer muß auf seine Kosten und zu den mit dem Auftraggeber vereinbarten Terminen alle Mängel beseitigen, die in der Garantiefrist festgestellt wurden und die durch Fehler in der vom Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Montagedokumentation und/oder durch falsche Instruktionen von seiten der Fachkräfte des Auftragnehmers entstanden sind.

§ 47

Für andere Arten von Montagearbeiten, außer den in den §§ 45 und 46 festgelegten, können die Garantiepflichten des Auftragnehmers durch die Partner im Vertrag festgelegt werden.

§ 48

(1) Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde, endet die Garantiefrist für Montage und Chefmontage gleichzeitig mit dem Ablauf der Garantiefrist für die Maschinen und Ausrüstungen aus dem Vertrag über deren Lieferung.

(2) Wenn zum Zeitpunkt der Beendigung der Montagearbeiten die Garantiefrist entsprechend dem Liefervertrag bereits abgelaufen ist oder weniger als 12 Monate beträgt, können die Partner die Garantiefrist für die Montagearbeiten auf 12 Monate verlängern.

§ 49

Wenn der Auftragnehmer die angezeigten Mängel nicht rechtzeitig zum festgelegten Termin beseitigt, so ist der Auftraggeber berechtigt, ohne Verlust seiner Garantierechte diese Mängel auf Kosten des Auftragnehmers selbst zu beseitigen, wobei der Auftragnehmer verpflichtet ist, die Reparatur in Höhe der normalen tatsächlichen Kosten zu bezahlen. Kleinere Mängel, deren Beseitigung keinen Aufschub zuläßt und die keine Teilnahme des Auftragnehmers an ihrer Beseitigung erfordern, werden durch den Auftraggeber unter Anrechnung der normalen tatsächlichen Kosten zu Lasten des Auftragnehmers beseitigt.

§ 50

Der Auftragnehmer ist aus der Garantieverpflichtung dann nicht verantwortlich, wenn er beweist, daß die festgestellten Mängel nicht durch sein Verschulden entstanden sind, sondern insbesondere durch vom Auftraggeber unsachgemäß durchgeführte Arbeiten, durch die Nichteinhaltung der Bedienungs- und Wartungsvorschriften sowie durch den Auftraggeber ohne Zustimmung des Auftragnehmers durchgeführte Änderungen an den Maschinen und Ausrüstungen.

XI.

Verantwortlichkeit der Partner

§ 51

(1) Die Partner sind einander materiell verantwortlich für die Nichterfüllung oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen.

(2) Jeder Partner muß seine Pflichten, die aus dem Vertrag hervorgehen, ordnungsgemäß erfüllen und dabei dem anderen Partner jede mögliche Unterstützung bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen gewähren.

(3) Der Partner, der seine vertraglichen Pflichten verletzt, muß unverzüglich diese Verletzung beseitigen.

(4) Im Falle der Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen durch einen der Partner ist der andere Partner berechtigt, aus den im Vertrag vorgesehenen Gründen und in der vertraglich vereinbarten Höhe die Zahlung einer Konventionalstrafe zu fordern. Bei der Festlegung der Tatbestände für die Geltendmachung der Konventionalstrafe und ihrer Höhe müssen die Partner insbesondere die Spezifik der Montagearbeiten, die Gegenstand des Vertrages sind, berücksichtigen.

§ 52

(1) Hinsichtlich der Befreiung der Partner von der materiellen Verantwortlichkeit für die teilweise oder völlige Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen werden die Bestimmungen der §§ 68 und 69 der „ALB/RGW 1968“ angewandt.

(2) Falls sich der Beginn oder die Beendigung der Montagearbeiten durch Umstände, die im § 68 der „ALB/RGW 1968“ festgelegt sind, um mehr als 3 Monate verzögert, vereinbaren die Partner neue Termine für den Beginn und/oder die Beendigung der Montagearbeiten.

XII.

Mängelansprüche

§ 53

(1) Mängelansprüche müssen in schriftlicher Form mit Hinweis auf das Wesen des Anspruches und die konkrete Forderung erhoben werden.

(2) Dem Mängelanspruch sind die Beweisunterlagen beizufügen.

(3) Bezüglich der Ansprüche auf Konventionalstrafe erfolgt die Berechnung der Konventionalstrafe entweder mit einer dem Mängelanspruch beigefügten Rechnung oder der Anzeige über den Mängelanspruch selbst.

§ 54

(1) Ansprüche, die im Zusammenhang mit Mängeln bei der Durchführung der Montagearbeiten während der Garantiefrist des Auftragnehmers aufgetreten sind, dürfen nicht später als 30 Tage nach Ablauf der Garantiefrist für die Montagearbeiten erhoben werden.

(2) Ansprüche auf Zahlung einer Konventionalstrafe dürfen nicht später als innerhalb von 3 Monaten erhoben werden. Dabei wird die Frist für die Erhebung dieser

Ansprüche in der Ordnung berechnet, wie sie im § 88 Abs. 1 der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen ist.

(3) Ansprüche gemäß Abs. 1 können durch Fernschreiben oder Telegramm erhoben werden. In diesen Fällen müssen sie spätestens nach 7 Arbeitstagen vom Tage der Erhebung des Anspruches über Fernschreiben oder Telegramm durch einen Brief bestätigt werden, jedoch spätestens zu der Frist, die im Abs. 1 festgelegt ist. Im Falle der verspäteten Absendung der Bestätigung gilt dieser Brief als erste Anspruchserhebung.

(4) Bei Nichterhebung von Ansprüchen, die in den Absätzen 1 und 2 festgelegt sind, zu den in diesen Absätzen festgelegten Fristen, verliert der Partner, der die Frist für die Erhebung des Anspruches nicht eingehalten hat, das Recht, sich an das Schiedsgericht zu wenden.

§ 55

Als Datum der Erhebung des Anspruches gilt das Datum des Poststempels des Anmeldelandes über den Erhalt des Briefes oder des Telegramms oder das Datum der Mitteilung über Fernschreiben oder das Datum der Aushändigung des Anspruches an den Partner, demgegenüber er erhoben wird.

§ 56

(1) Der Auftragnehmer, der den Anspruch gemäß § 54 Abs. 1 erhalten hat, ist verpflichtet, ihn zu prüfen und dem Auftraggeber unverzüglich, jedoch nicht später als in der Frist, die im Vertrag festgelegt ist, eine Antwort zum Wesen des Anspruches zu geben (Einverständnis zur vollständigen oder teilweisen Befriedigung zu geben oder die vollständige oder teilweise Ablehnung seiner Befriedigung mitzuteilen). Wenn im Vertrag eine solche Frist nicht festgelegt ist, muß die Antwort zum Wesen des Anspruches unverzüglich gegeben werden, jedoch spätestens innerhalb von 60 Tagen, und hinsichtlich kompletter Werke und Anlagen innerhalb von 90 Tagen, gerechnet vom Tage des Eingangs des Anspruches beim Auftragnehmer.

(2) Wenn der Auftragnehmer keine Antwort zum Wesen des Anspruches innerhalb der im Abs. 1 genannten Frist gibt und der Auftraggeber sich vor Erhalt der Antwort an das Schiedsgericht wendet, so trägt unabhängig vom Ausgang der Sache die Schiedsgerichtsgebühr der Auftragnehmer. Die Bestimmungen dieses Absatzes kommen nicht in Anwendung für die im Abs. 3 genannten Fälle.

(3) Wenn in technisch begründeten Fällen der Auftragnehmer keine Möglichkeit hat, eine Antwort zum Wesen des Anspruches innerhalb der im Abs. 1 genannten Frist zu geben, kann er dem Auftraggeber vorschlagen, diese Frist bis zu einem bestimmten Tage zu verlängern.

(4) Wenn der Auftraggeber nicht mit dem Vorschlag des Auftragnehmers über die Verlängerung der Frist für die

Antwort zum Wesen des Anspruches einverstanden ist und sich an das Schiedsgericht wendet, wird die Frage der Schiedsgerichtsgebühren durch das Schiedsgericht je nach dem Ausgang der Sache entschieden.

(5) Wenn der Auftraggeber mit dem Vorschlag des Auftragnehmers über die Verlängerung der Frist für die Antwort zum Wesen des Anspruches einverstanden ist, jedoch der Auftragnehmer keine solche Antwort innerhalb der vereinbarten Frist gibt und der Auftraggeber sich mit seinen Forderungen an das Schiedsgericht wendet, so erlegt das Schiedsgericht bei der Lösung der Sache die Schiedsgerichtsgebühren unabhängig vom Ausgang des Verfahrens dem Auftragnehmer auf.

§ 57

Der Partner, gegen den ein Anspruch auf Zahlung von Konventionalstrafe geltend gemacht wurde, ist verpflichtet, ihn zu prüfen und eine entsprechende Antwort innerhalb von 30 Tagen, gerechnet von dem Tage des Erhaltes, zu geben.

§ 58

(1) Die Partner werden gegeneinander keine Ansprüche geltend machen, deren Höhe 10 Rubel nicht übersteigt.

(2) Die Bestimmung des Abs. 1 findet keine Anwendung auf Forderungen, die im Zusammenhang mit festgestellten Rechenfehlern entstehen, und auf Ansprüche, ohne deren Erfüllung die normale Durchführung der Montagearbeiten verhindert wird und/oder Maschinen und Ausrüstungen, die Objekt der Montagearbeiten sind, nicht genutzt werden können.

XIII.

Schiedsgericht

§ 59

Alle Streitigkeiten, die aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehen, unterliegen entsprechend den Bestimmungen, die im Kapitel XV der „ALB/RGW 1968“ vorgesehen sind, dem Schiedsgericht zur Entscheidung.

XIV.

Verjährung

§ 60

Auf Forderungen, die sich aus den Beziehungen ergeben, die von den vorliegenden „Allgemeinen Montagebedingungen“ geregelt werden, finden die in diesem Kapitel vorgesehenen Bestimmungen über die Verjährung Anwendung.

§ 61

- (1) Die allgemeine Verjährungsfrist beträgt 2 Jahre.
- (2) Die besondere Verjährungsfrist beträgt ein Jahr:
 - a) bei Klagen aus Ansprüchen, die im § 54 Abs. 1 festgelegt sind;
 - b) bei Klagen aus Ansprüchen zur Zahlung von Konventionalstrafe.

§ 62

- (1) Die allgemeine Verjährungsfrist beginnt mit der Entstehung der Forderung.
- (2) Die besondere Verjährungsfrist beginnt:
 - a) bei Klagen aus Ansprüchen, die im § 54 Abs. 1 festgelegt sind, von dem Tage an, der dem Tag des Eingangs der Antwort des Auftragnehmers beim Auftraggeber folgt, und wenn die Antwort durch den Auftragnehmer nicht innerhalb der Frist entsprechend § 58 Abs. 1 gegeben wurde, vom Tage, der dem Tag folgt, an dem die oben genannte Frist für die Antwort auf den Anspruch abgelaufen ist. Wenn die Antwort des Auftragnehmers eine Entscheidung über den Anspruch nicht enthält, wird die Verjährungsfrist von dem Tage an berechnet, der dem Tag folgt, an dem die Frist für die Antwort auf den Anspruch abgelaufen ist;
 - b) bei Forderungen aus Ansprüchen zur Zahlung der Konventionalstrafe von dem Tage an, der dem Tag des Eingangs der Antwort zum Wesen des Anspruches bei dem Partner folgt, demgegenüber der Anspruch geltend gemacht wurde, und wenn die Antwort zum Wesen des Anspruches nicht von dem Partner, demgegenüber der Anspruch geltend gemacht wurde, innerhalb der im § 57 festgelegten Frist gegeben wurde, von dem Tage an, der dem Tag folgt, an dem die Frist für die Antwort auf den Anspruch abgelaufen ist.

§ 63

Bei allen übrigen sich aus den Beziehungen ergebenden Fragen, die mit der Anwendung der Verjährung im Zusammenhang stehen, die von den „Allgemeinen Montagebedingungen“ geregelt werden, finden die Bestimmungen der §§ 95 bis 101 und 107 der „ALB/RGW 1968“ Anwendung.

§ 64

Eine Änderung der Bestimmungen dieses Kapitels ist nicht zulässig.

§ 65

Die in diesem Kapitel vorgesehenen Bestimmungen werden auf Verpflichtungen aus Verträgen angewendet, auf die sich die Gültigkeit dieser „Allgemeinen Montagebedingungen“ erstreckt.

XV.

Übrige Bestimmungen

§ 66

Ist der Schuldner mit einer Geldschuld in Verzug geraten, hat er dem Gläubiger 4 % Zinsen jährlich zu zahlen, gerechnet von dem Betrag, mit dessen Zahlung er in Verzug geraten ist.

§ 67

(1) Keiner der Partner hat das Recht, seine vertraglichen Rechte und Pflichten dritten Personen ohne das schriftliche Einverständnis des anderen Partners zu übertragen.

(2) Die Bestimmungen des Abs. 1 finden keine Anwendung, wenn auf Beschluß des zuständigen Organs die vertraglichen Rechte und Pflichten an eine zur Durchführung von Außenhandelsoperationen bevollmächtigte Organisation desselben Landes erfolgt, unter der Bedingung der schriftlichen Mitteilung an den anderen Partner.

§ 68

(1) Auf die Beziehungen der Partner bei der Ausführung der Montagearbeiten findet hinsichtlich solcher Fragen, die nicht oder nicht vollständig durch die Verträge oder die vorliegenden „Allgemeinen Montagebedingungen“ geregelt werden, das materielle Recht des Auftragnehmerlandes Anwendung.

(2) Unter dem materiellen Recht des Auftragnehmerlandes sind die allgemeinen Bestimmungen des Zivilrechts zu verstehen und keine Spezialregelungen, die für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Organisationen und den Betrieben des Auftragnehmerlandes festgelegt sind.

Es ist nicht leicht,
das gesamte Gebiet des Arbeitsrechts
bei seinem gegenwärtigen Stand und Umfang völlig zu
übersehen und dessen einzelne Normen mit hoher
Wirksamkeit so einzusetzen, wie es die „Verordnung
über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der
volkseigenen Betriebe, Kombinate und VVB“ von
allen Leitern fordert.

Ziel des **Lexikons des Arbeitsrechts
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Akademie
für Staats- und Rechtswissenschaft
der DDR, Potsdam-Babelsberg

2., unveränderte Auflage mit 422 Seiten · Leinen · 12,— M

ist es, dieses wichtige Rechtsgebiet leichter überschaubar und handhabbar zu machen.

Das Lexikon des Arbeitsrechts ermöglicht eine schnelle Orientierung über alle wesentlichen Regelungen des geltenden Arbeitsrechts. Den Erläuterungen der einzelnen Begriffe sind Definitionen vorangestellt. Den Definitionen folgen Hinweise auf die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen. Bei vielen Begriffen schließen sich Erläuterungen über die Bedeutung und über die Zusammenhänge mit anderen Begriffen an.

Über 100 000 Exemplare wurden bereits ihren Benutzern unentbehrliche Helfer in der täglichen Arbeit!

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik

Landes- kulturgesetz

KOMMENTAR zum Gesetz über die planmäßige Gestaltung der
sozialistischen Landeskultur in der DDR vom 14. Mai 1970

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von
Prof. Dr. habil. Stephan Supranowitz

544 Seiten mit 81 Literaturhinweisen und 167 Hinweisen
auf weitere Rechtsvorschriften · Mit Sachregister · Kunstleder 15,— M

Das Landeskulturgesetz regelt die Aufgaben sowie die Rechte und
Pflichten der Beteiligten bei der Gestaltung der sozialistischen Landes-
kultur. Zu seinem Gegenstand gehören:

- Allgemeine Zielstellungen und Prinzipien der Leitung und Planung
der sozialistischen Landeskultur
- Gestaltung und Pflege der sozialistischen Landschaft sowie der Schutz
der heimatlichen Natur
- Nutzung und Schutz des Bodens, der Wälder und der Gewässer
- Reinhaltung der Luft
- Nutzbarmachung und schadlose Beseitigung der Abprodukte
- Schutz vor Lärm.

Im vorliegenden Kommentar wird das Landeskulturgesetz mit seinen
Durchführungsverordnungen erläutert. In die Kommentierung sind zu-
gleich alle wichtigen Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse, Anordnungen
und Verfügungen einbezogen, die mit Fragen der sozialistischen Lan-
deskultur im Zusammenhang stehen.

Dieser Kommentar vermittelt einen geschlossenen Überblick über die
rechtliche Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR.

Er ist für die Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen zum Um-
weltschutz, zum Landschafts- und Naturschutz ein unentbehrliches Ar-
beitsmittel und Nachschlagewerk!

Erhältlich im örtlichen Buchhandel.



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik